PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

# LENIN

## WERKE

4

HERAUSGEGEBEN AUF BESCHLUSS
DES IX. PARTEITAGES DER KPR(B) UND DES
II. SOWJETKONGRESSES DER UdSSR

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEES
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

MARX-ENGELS-LENIN-STALIN-INSTITUT BEIM ZK DER KPdSU

# W. I. LENIN

## WERKE

INS DEUTSCHE ÜBERTRAGEN
NACH DER VIERTEN RUSSISCHEN AUSGABE

DIE DEUTSCHE AUSGABE
WIRD VOM MARX-ENGELS-LENIN-STALIN-INSTITUT
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED BESORGT

DIETZ VERLAG BERLIN

1955

# W. I. LENIN

## BAND 4

*1898 – APRIL 1901*

DIETZ VERLAG BERLIN

1955

Russischer Originaltitel:

В. И. ЛЕНИН · СОЧИНЕНИЯ

Dietz Verlag GmbH, Berlin · 1. Auflage 1955 · Printed in Germany ·  · Gestaltung und Typographie: Dietz Entwurf · Papierformat: 61×86 cm
Autorenbogen: 30,5 · Druckbogen: 29,75 · Lizenznummer 1
Satz und Druck: VEB Offizin Andersen Nexö in Leipzig III/18/38

# VORWORT

Die in Band 4 der Werke enthaltenen Arbeiten schrieb W. I. Lenin von Februar 1898 bis Februar 1901. Sie sind dem Kampf für den Sieg des revolutionären Marxismus in der Arbeiterbewegung und der Entlarvung der antirevolutionären Ansichten der Volkstümler, „legalen Marxisten" und „Ökonomisten" gewidmet.

Die Artikel „Notiz zur Frage der Theorie der Märkte (Aus Anlaß der Polemik zwischen Herrn Tugan-Baranowski und Herrn Bulgakow)", „Noch einmal zur Frage der Realisationstheorie" und „Der Kapitalismus in der Landwirtschaft (Über das Buch Kautskys und einen Artikel des Herrn Bulgakow)" sind gegen die „legalen Marxisten" gerichtet, die die Arbeiterbewegung den Interessen der Bourgeoisie unterordnen und anpassen wollten.

Der Band enthält die ersten Arbeiten Lenins gegen den „Ökonomismus": „Protest russischer Sozialdemokraten", die Artikel für Nr. 3 der „Rabotschaja Gaseta", „Eine rückläufige Richtung in der russischen Sozialdemokratie" und „Aus Anlaß der ‚Profession de foi'"; in diesen Arbeiten enthüllte Lenin den Opportunismus der „Ökonomisten" und zeigte, daß der „Ökonomismus" eine Abart des internationalen Opportunismus („Bernsteinianertum auf russischem Boden") darstellt. Der antimarxistischen Position der „Ökonomisten" stellte Lenin den Plan der Vereinigung des Sozialismus mit der Arbeiterbewegung entgegen.

Eine Reihe der in diesem Band enthaltenen Artikel sind Musterbeispiele der anprangernden Publizistik, der Lenin im Kampf gegen die Willkür der zaristischen Beamten, für die Erweckung des Bewußtseins in den breiten Volksmassen gewaltige Bedeutung beimaß. Solche Arbeiten sind die

# ZUR FRAGE UNSERER FABRIK- UND WERKSTATISTIK

(Neue statistische Taten Professor Karyschews)[1]

Die russische Leserschaft interessiert sich recht lebhaft für die Frage unserer Fabrik- und Werkstatistik und für die wichtigsten Schlußfolgerungen, die sich aus ihr ergeben. Dieses Interesse ist durchaus verständlich, wenn man bedenkt, daß diese Frage mit der umfassenderen Frage nach dem „Schicksal des Kapitalismus in Rußland" zusammenhängt. Leider aber steht die Bearbeitung unserer Fabrik- und Werkstatistik auf einem Niveau, das in keiner Hinsicht dem allgemeinen Interesse an ihren Daten entspricht. Die Verfassung, in der sich bei uns dieser Zweig der Wirtschaftsstatistik befindet, ist wahrhaft beklagenswert, und vielleicht noch beklagenswerter ist die Tatsache, daß die Leute, die über ihn schreiben, häufig ein erstaunliches Unverständnis zeigen für den Charakter der Zahlen, die sie bearbeiten, für deren Glaubwürdigkeit und deren Tauglichkeit zu diesen oder jenen Schlußfolgerungen. So und nicht anders muß auch über die neueste Arbeit des Herrn Karyschew geurteilt werden, die zuerst in den „Iswestija Moskowskowo Selskochosjaistwennowo Instituta" [Nachrichten des Moskauer Landwirtschaftsinstituts] (Jahrgang IV, Buch 1) gedruckt und dann als Sonderbroschüre unter dem anspruchsvollen Titel „Materialien zur russischen Volkswirtschaft. I. Unsere Fabrik- und Werkindustrie Mitte der neunziger Jahre" (Moskau 1898) erschienen ist. Herr Karyschew versucht in dieser Arbeit, Schlußfolgerungen aus der neuesten Veröffentlichung des Departements für Handel und Manufakturen über unsere Fabrik- und Werkindustrie* zu ziehen. Wir wollen

* „Finanzministerium. Departement für Handel und Manufakturen. Die Fabrik- und Werkindustrie Rußlands. *Verzeichnis der Fabriken und Werke*", St. Petersburg 1897, S. 63 + VI + 1047.

sowohl die Schlußfolgerungen des Herrn Karyschew als auch besonders seine Methoden einer eingehenden Untersuchung unterziehen. Eine solche Untersuchung scheint uns von Bedeutung zu sein, nicht nur, um festzustellen, wie der Herr Professor so und so das Material bearbeitet (das ließe sich in einer Rezension von wenigen Zeilen sagen), sondern auch, um festzustellen, inwieweit die Daten unserer Fabrik- und Werkstatistik glaubwürdig sind, für welche Schlußfolgerungen sie taugen und für welche nicht, welches die wichtigsten Erfordernisse unserer Fabrik- und Werkstatistik und was die Aufgaben der Personen sind, die sie studieren.

Die Quelle, deren sich Herr Karyschew bedient hat, enthält, wie auch aus ihrem Titel zu ersehen ist, ein Verzeichnis der Fabriken und Werke im Russischen Reich für das Jahr 1894/95. Die Herausgabe eines vollständigen Verzeichnisses aller Fabriken und Werke (d. h. der *relativ* größeren Gewerbebetriebe, wobei über die Frage, welche Betriebe als groß zu gelten haben, verschiedene Auffassungen bestehen) stellt keine Neuheit in unserer Literatur dar. Die Herren Orlow und Budagow haben schon im Jahre 1881 einen „Index der Fabriken und Werke" zusammengestellt, dessen letzte (3.) Ausgabe im Jahre 1894 erschienen ist. Bedeutend früher, schon 1869, wurde im ersten Jahrgang des „Jahrbuchs des Finanzministeriums" eine Liste der Fabriken in den Anmerkungen zu den statistischen Berichten über die Industrie abgedruckt. Als Material für alle diese Veröffentlichungen dienten die Berichtsbogen, die die Fabrikanten und Werkbesitzer laut Gesetz alljährlich beim Ministerium einzureichen haben. Die neue Veröffentlichung des Departements für Handel und Manufakturen, die sich von den früheren Schriften dieser Art durch eine etwas größere Zahl von Angaben unterscheidet, hat zugleich auch sehr große Mängel, von denen die früheren Veröffentlichungen frei waren und die es aufs äußerste erschweren, diese Veröffentlichung als Material zur Fabrik- und Werkstatistik zu benutzen. In der Einführung zum „Verzeichnis" wird ausdrücklich auf den unbefriedigenden Stand dieser Statistik in früherer Zeit hingewiesen, und damit wird der Zweck der Veröffentlichung klar bestimmt: nicht nur als Nachschlagewerk, sondern eben als statistisches Material zu dienen. Als statistisches Werk jedoch überrascht das „Verzeichnis" durch das absolute Fehlen aller wie immer gearteten zusammenfassenden, summierenden Zahlen.

Man wird hoffen dürfen, daß eine derartige Veröffentlichung, die erste in ihrer Art, auch die letzte statistische Veröffentlichung ohne zusammenfassende Zahlen sein wird. Für ein Nachschlagewerk wiederum stellt die große Masse rohen Materials in Gestalt von Zahlenhaufen einen überflüssigen Ballast dar. In der Einführung zum „Verzeichnis" wird an den früheren Berichtsbogen, die von den Fabrikanten beim Ministerium eingereicht wurden, scharfe Kritik geübt und gesagt, daß sie „immer wieder ein und dieselben, sich von Jahr zu Jahr wiederholenden verworrenen Angaben enthielten, die es nicht einmal erlaubten, genau zu ermitteln, welche Menge von Waren hergestellt wurde. Indessen sind möglichst vollständige und zuverlässige Daten über die Gewerbe eine dringende Notwendigkeit." (S. 1.) Wir werden natürlich kein einziges Wort verlieren, um das völlig veraltete frühere System unserer Fabrik- und Werkstatistik zu verteidigen, das sowohl in der Organisation als auch in der Qualität der Zeit vor der Reform entspricht. Bedauerlicherweise aber ist von einer Verbesserung seines Zustands auch heute noch *fast nichts zu bemerken*. Das soeben erschienene riesige „Verzeichnis" gibt noch nicht das Recht, von irgendwelchen ernst zu nehmenden Änderungen in diesem alten, von allen für untauglich erkannten System zu sprechen. Die Berichtsbogen „erlaubten nicht einmal, genau zu ermitteln, welche Menge von Waren hergestellt wurde..." Jawohl, aber gerade in dem neuesten „Verzeichnis" gibt es ja überhaupt keine Angaben über die Menge der Waren, während z. B. der „Index" des Herrn Orlow diese Angaben für sehr viele Fabriken geliefert hat, in einigen Gewerben sogar für fast alle Fabriken, so daß auch die Ergebnistabelle Angaben über die Menge des Produkts enthält (Ledergewerbe, Branntweinbrennereien, Ziegeleien, Graupenmühlen, Mehlmühlen, Wachsschmelzereien, Talgsiedereien, Flachsbrechereien, Brauereien). Das Material des „Index" bestand aber gerade aus diesen alten Berichtsbogen. Im „Verzeichnis" gibt es keinerlei Angaben über die Arbeitsmechanismen, während der „Index" für einige Gewerbe diese Angaben geliefert hat. Die „Einführung" beschreibt die in unserer Fabrik- und Werkstatistik eingetretene Änderung wie folgt: Früher hätten die Fabrikanten „auf Grund eines kurzen und nicht genügend klaren Programms" Angaben durch die Polizei eingereicht, und niemand habe diese Angaben geprüft. „Es ergab sich ein Material, aus dem sich keinerlei mehr oder minder exakte Schlußfolgerungen ziehen

ließen." (S. 1.) Jetzt sei ein neues, bedeutend eingehenderes Programm zusammengestellt, und die Sammlung und Prüfung der statistischen Angaben über die Fabriken und Werke obliege den Fabrikinspektoren. Auf den ersten Blick könnte man meinen, wir seien berechtigt, jetzt wirklich erträgliche Daten zu erwarten, denn ein richtiges Programm und eine gesicherte Prüfung der Daten sind zwei überaus wichtige Vorbedingungen einer erfolgreichen Statistik. In Wirklichkeit aber befinden sich diese beiden Bedingungen bis auf den heutigen Tag in dem gleichen primitiv-chaotischen Zustand, in dem sie sich früher befunden haben. Ein ausführliches Programm mit Erläuterungen ist in der „Einführung" zum „Verzeichnis" nicht abgedruckt, obgleich die statistische Methodologie erheischt, daß das Programm veröffentlicht wird, auf Grund dessen die Angaben eingeholt worden sind. Aus der folgenden Untersuchung des im „Verzeichnis" enthaltenen Materials werden wir sehen, daß die *grundlegenden* Programmfragen der Fabrik- und Werkstatistik völlig ungeklärt bleiben. Was nun die Prüfung der Daten anbelangt, so liegt das Urteil eines Mannes vor, der praktisch eine solche Prüfung vorgenommen hat, nämlich des Fabrikoberinspektors für das Gouvernement Cherson, Herrn Mikulins, der ein Buch herausgegeben hat, worin die im Gouvernement Cherson nach dem neuen System gesammelten statistischen Daten bearbeitet worden sind.

„Eine faktische Prüfung aller Zahlenangaben, die von den Besitzern der Gewerbebetriebe in den eingereichten Berichtsbogen gemacht wurden, erwies sich als unmöglich, und deshalb wurden die Berichtsbogen nur dann zur Berichtigung zurückgesandt, wenn sich in ihnen ein offenkundiger Widerspruch zwischen den Antworten und den Daten anderer, ähnlicher Betriebe oder aber den bei Besichtigung der Betriebe festgestellten Tatsachen fand. *Auf jeden Fall tragen die Verantwortung für die Richtigkeit der in den Listen für jeden Betrieb angeführten Zahlenangaben die, die sie gemacht haben.*" („Die Fabrik- und Werkindustrie und das Handwerk im Gouvernement Cherson", Odessa 1897, Vorwort. Hervorgehoben von uns.) Also die Verantwortung für die Genauigkeit der Angaben tragen nach wie vor die Fabrikanten selbst. Die Vertreter der Fabrikinspektion waren nicht nur außerstande, alle Angaben zu prüfen, sondern haben auch (wie wir weiter unten sehen werden) nicht einmal für ihre Gleichartigkeit und Vergleichbarkeit sorgen können.

Alle Mängel des „Verzeichnisses" und seines Materials werden wir später im einzelnen anführen. Sein grundlegender Mangel aber ist, wie wir bereits sagten, das völlige Fehlen zusammenfassender Zahlen (die Privatpersonen, die den „Index" zusammenstellten, haben zusammenfassende Zahlen gegeben und sie mit jeder Ausgabe vermehrt). Herr Karyschew, der sich der Mitarbeit von zwei weiteren Personen bediente, ist auf den glücklichen Gedanken verfallen, diese Lücke wenigstens teilweise zu schließen und zusammenfassende Angaben über unsere Fabrik- und Werkindustrie nach dem „Verzeichnis" zu errechnen. Ein sehr nützliches Beginnen, für dessen Verwirklichung alle dankbar wären, wenn... ja, wenn Herr Karyschew erstens wenigstens einige der von ihm gewonnenen Ergebnisse in vollständiger Form mitgeteilt hätte und wenn er zweitens beim Umgang mit dem Material nicht eine Kritiklosigkeit an den Tag gelegt hätte, die an völlige Ungeniertheit grenzt. Ohne das Material aufmerksam behandelt und ohne es auch nur einigermaßen „gründlich" statistisch bearbeitet zu haben*, hat sich Herr Karyschew beeilt, „Schlußfolgerungen" zu ziehen, und ist dabei natürlich in eine ganze Reihe kuriosester Fehler verfallen.

Beginnen wir mit der ersten, grundlegenden Frage der Industriestatistik: Welche Betriebe sind zu „Fabriken und Werken" zu zählen? Herr Karyschew wirft diese Frage nicht einmal auf; er glaubt offenbar, „Fabrik und Werk" — das sei etwas durchaus Bestimmtes. Bezüglich des „Verzeichnisses" behauptet er mit einer Kühnheit, die besserer Anwendung würdig wäre, diese Veröffentlichung registriere zum Unterschied von früheren nicht nur die *großen*, sondern *alle* Fabriken. Diese Behauptung, die vom Verfasser zweimal (S. 23 und 34) aufgestellt wird, *ist direkt unwahr*. In Wirklichkeit ist es gerade umgekehrt: im Unterschied zu den früheren Veröffentlichungen zur Fabrik- und Werkstatistik registriert das „Verzeichnis" lediglich die *größeren* Betriebe. Wir werden gleich erklären, wie Herr Karyschew es fertigbrachte, eine derartige „Kleinigkeit" „nicht zu bemerken", doch zuvor wollen wir eine historische Klarstellung geben. Bis zur Mitte der achtziger Jahre gab es in unserer Fabrik- und

* Entgegen der Meinung des Rezensenten der „Russkije Wedomosti" [Russische Nachrichten] (Jahrgang 1898, Nr. 144), der offenbar ebenso wenig fähig war, sich zu den Schlußfolgerungen des Herrn Karyschew kritisch zu verhalten, wie Herr Karyschew zu den Zahlen des „Verzeichnisses".

Werkstatistik *keinerlei* Definitionen und Regeln, die den Begriff der Fabrik auf die größeren Gewerbebetriebe beschränkt hätten. In die Statistik der „Fabriken und Werke" gerieten alle und jegliche gewerbliche (und handwerkliche) Betriebe, wodurch selbstverständlich unter den Daten größtes Chaos angerichtet wurde, da eine lückenlose Registrierung aller derartigen Betriebe mit den vorhandenen Kräften und Mitteln (d. h. ohne eine richtige Gewerbezählung) absolut undenkbar ist, und in den einen Gouvernements bzw. Gewerben wurden Hunderte und Tausende der kleinsten Betriebe, in den anderen aber nur größere „Fabriken" gezählt. Es ist deshalb natürlich, daß die Personen, die zum erstenmal den Versuch machten, die Daten unserer Fabrik- und Werkstatistik wissenschaftlich zu bearbeiten (in den sechziger Jahren), alle Aufmerksamkeit dieser Frage zuwandten und alle Anstrengungen darauf richteten, die Gewerbe mit mehr oder weniger glaubwürdigen Daten von den Gewerben mit absolut unglaubwürdigen Daten zu trennen, die Betriebe, die so groß waren, daß man über sie befriedigende Angaben beschaffen konnte, von den Betrieben zu trennen, die so klein waren, daß die Beschaffung befriedigender Angaben über sie unmöglich war. Buschen*, Bock** und Timirjasew*** haben derartig wertvolle Hinweise in allen diesen Fragen gegeben, daß wir heute wahrscheinlich sehr annehmbare Daten hätten, wenn diese Hinweise von den Autoren unserer Fabrik- und Werkstatistik sorgfältig beachtet und weiterentwickelt worden wären. In Wirklichkeit aber waren alle diese Hinweise, wie üblich, eine Stimme des Predigers in der Wüste, und die Fabrik- und Werkstatistik befindet sich immer noch in dem früheren chaotischen Zustand. Seit 1889 gibt das Departement für Handel und Manufakturen „Zusammenstellungen von Daten über die Fabrik- und Werkindustrie in Rußland" heraus (für das Jahr 1885 und folgende Jahre). In dieser Veröffentlichung wurde ein kleiner Schritt vorwärts getan: es wurden die Kleinbetriebe hinausgeworfen, d. h. die Betriebe

---

* „Jahrbuch des Finanzministeriums", 1. Jahrgang, St. Petersburg 1869.

** „Statistische Annalen für das Russische Reich", Serie II, Lieferung 6, St. Petersburg 1872. Materialien für die Statistik der Fabrik- und Werkindustrie im Europäischen Rußland, bearbeitet unter Redaktion von *J. Bock*.

*** „Statistischer Atlas über die wichtigsten Zweige der Fabrik- und Werkindustrie im Europäischen Rußland mit Namenliste der Fabriken und Werke", 3 Lieferungen, St. Petersburg 1869, 1870 und 1873.

mit einer Produktion von weniger als 1000 Rubel. Es versteht sich von selbst, daß diese Norm zu niedrig und zu grob war: *an eine vollständige* Registrierung *aller* Gewerbebetriebe mit einer Produktion, die über dieser Summe liegt, auch nur zu denken, wäre lächerlich, solange die Angaben durch die Polizei eingeholt werden. Nach wie vor haben die einen Gouvernements und die einen Gewerbe eine Unzahl Kleinbetriebe mit einer Produktion von 2000 bis 5000 Rubel einbezogen, während andere Gouvernements und andere Gewerbe sie nicht aufgenommen haben. Beispiele werden wir weiter unten kennenlernen. Schließlich hat das neueste System unserer Fabrik- und Werkstatistik ein ganz anderes Merkmal für die Definition des Begriffs „Fabrik und Werk" eingeführt. Registriert werden sollten „alle Gewerbebetriebe" (soweit sie *„der Aufsicht" der Fabrikinspektion „unterstehen"*), „die mindestens 15 Arbeiter beschäftigen, und ebenso alle diejenigen, die zwar weniger als 15 Arbeiter beschäftigen, aber einen Dampfkessel, eine Dampfmaschine *oder andere mechanische Antriebsmittel und Maschinen oder aber Werk- und Fabrikeinrichtungen"* besitzen.* Auf diese Definition müssen wir ausführlich eingehen (die besonders unklaren Punkte haben wir unterstrichen), wollen jedoch zunächst bemerken, daß die hier gegebene Definition „Fabrik und Werk" eine absolute Neuheit in unserer Fabrik- und Werkstatistik ist: bisher wurde niemals der Versuch unternommen, den Begriff „Fabrik" auf Betriebe mit einer bestimmten Arbeiterzahl oder mit Dampfmaschinen und dgl. mehr zu beschränken. Allgemein gesprochen, ist es unbedingt notwendig, den Begriff „Fabrik und Werk" streng zu begrenzen, aber die eben angeführte Definition leidet bedauerlicherweise an äußerster Ungenauigkeit, Unklarheit und Verschwommenheit. Sie zählt für die Betriebe, die von der „Fabrik- und Werk"statistik zu erfassen sind, folgende Merkmale auf: 1. Der Betrieb muß der Aufsicht der Fabrikinspektion unterstehen. Hierdurch werden offenbar Betriebe, die dem Fiskus usw. gehören, Berg- und Hüttenwerke und dgl. mehr, ausgeschlossen. In das „Verzeichnis"

* Rundschreiben vom 7. Juni 1895 bei Kobeljazki („Handbuch für die Beamten der Fabrikinspektion usw.", 4. Auflage, St. Petersburg 1897, S. 35. Hervorgehoben von uns). In der „Einführung" zum „Verzeichnis" ist dieses Rundschreiben nicht abgedruckt, und Herr Karyschew hat sich, als er das Material des „Verzeichnisses" bearbeitete, nicht darum bemüht, in Erfahrung zu bringen, was das „Verzeichnis" unter „Fabriken und Werken" versteht!!

aber sind viele Fabriken des Fiskus und der Regierung eingegangen (siehe Alphabetische Liste, S. 1/2), und wir wissen nicht, ob sie in allen Gouvernements registriert worden sind, ob die über sie gemachten Angaben der Kontrolle der Fabrikinspektion unterlagen usw. Überhaupt muß bemerkt werden, daß unsere Fabrik- und Werkstatistik, solange sie sich nicht befreit aus dem Spinnengewebe der verschiedenen „Ämter", zu denen die verschiedenen Gewerbebetriebe gehören, *nicht* befriedigend *sein kann*: die Grenzen der Amtsbereiche überschneiden sich oft, unterliegen Veränderungen; die verschiedenen Ämter werden selbst die gleichen Programme niemals in der gleichen Weise anwenden. Eine rationelle Organisation der Sache erfordert notwendigerweise die Konzentration aller Angaben über alle Gewerbebetriebe in einer rein statistischen Institution, die sorgfältig darüber wacht, daß bei der Sammlung und Bearbeitung der Daten die gleichen Methoden angewendet werden. Solange das nicht der Fall ist, wird man gegenüber den Daten der Fabrik- und Werkstatistik, die Betriebe „eines anderen Amtes" bald einschließen, bald ausschließen (zu verschiedenen Zeitpunkten und in verschiedenen Gouvernements), äußerste Vorsicht walten lassen müssen. Beispielsweise sind die Berg- und Hüttenwerke schon längst aus unserer Fabrik- und Werkstatistik ausgeschlossen, trotzdem aber hat der „Index" Orlows auch in der letzten Ausgabe nicht wenige Berg- und Hüttenwerke gezählt (fast die gesamte Schienenproduktion, das Ishewsker und Wotkinsker Werk im Gouvernement Wjatka, u. ä. m.), die im „Verzeichnis" nicht gezählt wurden, während dieses in einigen anderen Gouvernements Berg- und Hüttenwerke registriert, die früher in der „Fabrik- und Werk"statistik nicht gezählt wurden (beispielsweise die Kupferhütte Siemens im Gouvernement Jelisawetpol, S. 330). In der „Einführung" zum „Verzeichnis" sind in der Gewerbegruppe VIII die Eisenverarbeitung, Roheisenerzeugung, Eisen- und Kupfergießerei sowie andere Industrien (S. III) genannt, doch wird absolut nicht gesagt, wie die Betriebe des Bergbaus und Hüttenwesens getrennt wurden von den Betrieben, die dem Departement für Handel und Manufakturen „unterstellt" sind. 2. Der Registrierung unterliegen lediglich *gewerbliche* Betriebe. Dieses Merkmal ist durchaus nicht so klar, wie es auf den ersten Blick scheinen könnte: die Ausscheidung der handwerklichen und der landwirtschaftlichen Betriebe erfordert eingehende und sorgfältige Vorschriften, in denen die Besonderheiten der einzelnen Ge-

werbe zu berücksichtigen sind. Beispiele für den Wirrwarr, der durch ihr Fehlen hervorgerufen wird, werden wir weiter unten reichlich kennenlernen. 3. Die Zahl der Arbeiter eines Betriebs soll mindestens 15 betragen. Es ist unklar, ob lediglich die im Betrieb oder aber auch die außerhalb des Betriebs beschäftigten Arbeiter gezählt werden; es ist nicht klargestellt, wie die einen von den anderen getrennt werden (gleichfalls eine nicht einfache Frage), ob die Hilfskräfte gezählt werden usw. Herr Mikulin bringt in seinem oben zitierten Buch Beispiele für den aus dieser Unklarheit entstehenden Wirrwarr. Das „Verzeichnis" führt nicht wenige Unternehmen an, die *nur* Arbeiter außer Haus, außerhalb des Unternehmens haben. Es versteht sich von selbst, daß ein Versuch, *alle* Unternehmen dieser Art zu erfassen (d. h. alle Geschäfte, die Arbeiten vergeben, alle Verleger in den sogenannten Kustargewerben* usw.), angesichts des Systems, das gegenwärtig bei der Einholung der Angaben angewandt wird, nur ein Lächeln hervorrufen kann und daß die fragmentarischen Daten über einige Gouvernements und einige Gewerbe bedeutungslos sind und nur Verwirrung stiften. 4. Zu den „Fabriken und Werken" gehören alle Betriebe, die einen Dampfkessel oder eine Dampfmaschine besitzen. Dieses Merkmal ist am genauesten und am glücklichsten gewählt, da die Anwendung von Dampfkraft für die Entwicklung der maschinellen Großindustrie wirklich charakteristisch ist. 5. Zu den „Fabriken und Werken" gehören Betriebe, die „andere" (nicht mit Dampf betriebene) „mechanische Antriebsmittel" besitzen. Dieses Merkmal ist sehr ungenau und übermäßig weit gefaßt: auf Grund dieses Merkmals lassen sich Betriebe mit Wasser-, Pferde- und Windantrieb, ja selbst mit Tretwerken zu den Fabriken rechnen. Da von einer lückenlosen Registrierung aller derartigen Betriebe keine Rede sein kann, muß unweigerlich ein Wirrwarr entstehen, für den wir gleich Beispiele kennenlernen werden. 6. Zu den „Fabriken und Werken" werden Betriebe gerechnet, die „Werk- und Fabrikeinrichtungen" besitzen. Dieses letztere, ganz unbestimmte und verschwommene Merkmal nimmt allen vorhergehenden jede Bedeutung und macht die Daten unweigerlich chaotisch und unvergleichbar. In den verschiedenen Gouvernements wird diese Definition unvermeidlich verschieden verstanden werden, ja, und was ist das auch für

* Kustargewerbe — die vorwiegend ländliche russische Hausindustrie. Siehe auch: W. I. Lenin, Werke, Bd. 3, Kapitel VI, Abschnitt VIII. *Der Übers.*

eine Definition? Als Fabrik oder Werk wird ein Betrieb bezeichnet, der Fabrik- oder Werkeinrichtungen besitzt... Das ist das letzte Wort des neuesten Systems unserer Fabrik- und Werkstatistik. Kein Wunder, daß diese Statistik so unbefriedigend ist. Wir wollen Beispiele aus *allen* Gruppen des „Verzeichnisses" bringen, um zu zeigen, wie in einzelnen Gouvernements und in einzelnen Gewerben kleinste Betriebe registriert werden, was Wirrwarr in die Fabrik- und Werkstatistik hineinbringt, da von einer Aufzählung aller derartigen Betriebe gar nicht die Rede sein kann. Da haben wir Gewerbegruppe I: „Baumwollverarbeitung". Auf S. 10/11 finden wir fünf „Fabriken", die in Dörfern des Gouvernements Wladimir liegen und gegen Bezahlung fremdes Gespinst und Leinwand färben (sic!*). An Stelle des Werts der Produktion ist die Bezahlung des Färbens mit 10 Rubel (?) bis 600 Rubel angegeben, bei einer Arbeiterzahl von 0 (ob dies heißt, daß keine Angaben über die Zahl der Arbeiter vorliegen oder daß keine *Lohn*arbeiter beschäftigt werden, ist unbekannt) bis 3. Antriebsmaschinen fehlen ganz. Hier handelt es sich um bäuerliche Färbereien, d. h. um primitivste Handwerksbetriebe, die in dem einen Gouvernement zufällig registriert und in anderen selbstverständlich ausgelassen werden. In Gruppe II (Wollverarbeitung) finden wir in dem gleichen Gouvernement Wladimir „Fabriken" nur mit Handarbeit, in denen 0 oder 1 Arbeiter fremde Wolle gegen Zahlung von 12 bis 48 Rubel jährlich kämmen. Da ist eine dörfliche Seidenfabrik (Gruppe III, Nr. 2517) mit 3 Arbeitern und einer Produktion von 660 Rubel, nur mit Handarbeit. Dann gibt es in dem gleichen Gouvernement Wladimir wieder dörfliche Färbereien nur mit Handarbeit, mit 0 bis 3 Arbeitern und einer Bezahlung von 150 bis 550 Rubel für die Bearbeitung von Leinwand (Gruppe IV, Flachsverarbeitung, S. 141). Da ist im Gouvernement Perm eine Matten„fabrik" (Gruppe V) mit 6 Arbeitern und einer Produktion von 921 Rubel, auch hier nur Handarbeit (Nr. 3936). In anderen Gouvernements (z. B. Kostroma) gibt es selbstverständlich gleichfalls nicht wenige derartige Betriebe, sie wurden dort aber nicht als Fabriken gezählt. Eine Druckerei (Gruppe VI) mit 1 Arbeiter und einer Produktion von 300 Rubel (Nr. 4167): in anderen Gouvernements wurden lediglich große Druckereien gezählt, in wieder anderen wurden Druckereien überhaupt nicht gezählt. Ein Säge„werk" mit 3 Arbeitern und einer Bezahlung von

* so! *Die Red.*

100 Rubel für die Herstellung von Dauben (Gruppe VII, Nr. 6274). Da ist ein Werk für Metallverarbeitung (Gruppe VIII) mit 3 Arbeitern und einer Produktion von 575 Rubel, nur Handarbeit (Nr. 8962). In Gruppe IX (Verarbeitung von Mineralien) gibt es sehr viele kleinste Betriebe, besonders Ziegeleien, beispielsweise mit 1 Arbeiter, einer Produktion von 48 bis 50 Rubel u. ä. m. In Gruppe X (Verarbeitung tierischer Produkte) finden sich kleine Talglichtziehereien, Schaffellkürschnereien, Gerbereien und andere derartige Betriebe, in denen es nur Handarbeit gibt, mit 0 oder 1 bis 2 Arbeitern und einer Produktion von ein paar Hundert Rubel (S. 489, 507 u. a.). Die meisten Kleinbetriebe von rein handwerklichem Typus jedoch gibt es in Gruppe XI (Nahrungsmittelindustrie), in der Ölschlägerei und besonders im Müllereigewerbe. Gerade in diesem letzteren Gewerbe ist es am wichtigsten, die „Werke" streng von den Kleinbetrieben abzugrenzen, bisher aber ist das nicht getan worden, und in allen Veröffentlichungen über unsere Fabrik- und Werkstatistik herrscht ein völliges Chaos. Ein Versuch, die Statistik des Müllereigewerbes vom Fabrik- und Werktypus in Ordnung zu bringen, der von dem ersten Kongreß der Sekretäre der statistischen Gouvernementskomitees (im Mai 1870) unternommen wurde*, blieb gleichfalls ergebnislos, und seitdem scheinen die Autoren unserer Fabrik- und Werkstatistik gar nicht mehr an die völlige Untauglichkeit der von ihnen veröffentlichten Daten zu denken. Das „Verzeichnis" hat unter die „Fabriken und Werke" beispielsweise Windmühlen mit 1 Arbeiter und 0 bis 52 Rubel Zahlung für die Arbeit usw. (S. 587, 589 und viele andere) aufgenommen, Wassermühlen mit einem Rad, mit 1 Arbeiter, mit 34 bis 80 Rubel Zahlung für die Arbeit usw. (S. 589 und viele andere) und dgl. mehr. Selbstverständlich ist eine solche „Statistik" einfach lächerlich, denn mit einer Aufzählung derartiger Mühlen ließe sich noch ein Band, ja ließen sich mehrere Bände füllen, und dennoch würde die Aufzählung nicht vollständig sein. Selbst in die Gruppe Chemische Gewerbe (XII) sind Kleinbetriebe geraten, beispielsweise dörfliche Pechsiedereien mit 1 bis 3 Arbeitern und

* Gemäß dem von dem Kongreß aufgestellten Entwurf von Regeln für die Sammlung von Angaben über die Industrie wurden aus der Zahl der Fabriken alle Mühlen mit weniger als 10 Mahlgängen ausgeschlossen, die Graupenmühlen aber nicht. „Statistische Annalen", Serie II, Lieferung 6, Einleitung, S. XIII.

einer Produktion von 15 bis 300 Rubel (S. 995 u. a.). Mit derartigen Methoden könnte man sich auch bis zu der „Statistik" versteigen, die in den sechziger Jahren das bekannte „Militärstatistische Handbuch" produzierte, das im Europäischen Rußland 3086 Pech- und Teer„werke" zählte, darunter 1450 im Gouvernement Archangelsk (mit 4202 Arbeitern und einer Produktion von 156274 Rubel, d. h., durchschnittlich kamen weniger als 3 Arbeiter und etwas mehr als 100 Rubel auf das „Werk"). Und ausgerechnet das Gouvernement Archangelsk wird vom „Verzeichnis" *in dieser Gewerbegruppe überhaupt nicht angeführt*: wahrscheinlich sieden dort die Bauern kein Pech mehr und haben aufgehört, Teer herzustellen! Wir wollen bemerken, daß in allen von uns erwähnten Beispielen Betriebe registriert worden sind, auf die die Definition des Rundschreibens vom 7. Juni 1895 nicht anwendbar ist. Deshalb ist ihre Registrierung *rein zufällig*: in einigen Gouvernements (vielleicht sogar Kreisen) wurden sie gezählt, in den meisten ausgelassen. In der früheren Statistik (seit 1885) wurden derartige Betriebe nicht registriert, da ihre Produktion unter 1000 Rubel liegt.

Obgleich sich Herr Karyschew in dieser grundlegenden Frage der Fabrik- und Werkstatistik absolut nicht zurechtgefunden hat, hat er sich doch nicht gescheut, „Schlußfolgerungen" aus den Zahlen zu ziehen, die bei seinen Berechnungen herauskamen. Die erste dieser Schlußfolgerungen lautet, die Zahl der Fabriken in Rußland gehe zurück (S. 4 u. a.). Um zu dieser Schlußfolgerung zu gelangen, verfuhr Herr Karyschew äußerst einfach: er nahm die Zahl der Fabriken für 1885 nach den Angaben des Departements für Handel und Manufakturen (17014) und zog von ihr die Zahl der Fabriken im Europäischen Rußland nach dem „Verzeichnis" (14578) ab. Es ergibt sich ein Rückgang um 14,3 Prozent — der Herr Professor berechnet sogar die Höhe des Prozentsatzes, ohne sich dadurch beirren zu lassen, daß die Angaben für 1885 die akzisepflichtigen Betriebe nicht einschließen; er beschränkt sich auf die Bemerkung, die Hinzunahme der akzisepflichtigen Betriebe würde den „Rückgang" der Zahl der Fabriken noch vergrößern. Ferner macht sich der Autor daran, zu untersuchen, in welchem Teil Rußlands dieser „Prozeß des Rückgangs der Zahl der Betriebe" (S. 5) „rascher" erfolgt. In Wirklichkeit *ist keinerlei Rückgangsprozeß zu verzeichnen, die Zahl der Fabriken in Rußland vermindert sich nicht, sondern nimmt zu*, und die von Herrn

Karyschew fabrizierte Schlußfolgerung ist dadurch zustande gekommen, daß der gelehrte Professor absolut unvergleichbare Zahlen miteinander vergleicht.* Und diese Unvergleichbarkeit kommt keineswegs daher, daß für 1885 Angaben über die akzisepflichtigen Betriebe fehlen. Herr Karyschew hätte auch Zahlen nehmen können, die die akzisepflichtigen Betriebe einschließen (aus dem schon zitierten „Index" Orlows, der nach den gleichen Berichtsbogen des Departements für Handel und Manufakturen zusammengestellt worden ist), er hätte auf diese Weise die Zahl der „Fabriken" im Europäischen Rußland mit *27986* für 1879, mit *27235* für 1884, mit *21124* für 1890 feststellen können, und der „Rückgang" für 1894/95 (14578) hätte sich als unvergleichlich stärker erwiesen. Das Malheur ist nur, daß alle diese Zahlen für einen Vergleich ungeeignet sind, erstens, weil der Begriff „Fabrik" in den alten und in den jetzigen Veröffentlichungen über Fabrikstatistik nicht der gleiche ist, und zweitens, weil unter die „Fabriken" zufällig und regellos (für gewisse Gouvernements, für gewisse Jahre) kleinste Betriebe geraten, an deren lückenlose Registrierung angesichts der vorhandenen Mittel unserer Statistik auch nur zu denken lächerlich wäre. Hätte z. B. Herr Karyschew sich die Mühe gemacht, die im „Verzeichnis" gegebene Definition der „Fabrik" zu untersuchen, so hätte er gesehen, daß zum Vergleich der Zahl der Fabriken nach dieser Veröffentlichung mit der Zahl der Fabriken nach anderen Veröffentlichungen *ausschließlich Betriebe mit 15 und mehr Arbeitern genommen werden dürfen,* da das „Verzeichnis" *nur diese Art* Betriebe vollständig und ohne jegliche Einschränkung für alle Gouvernements und für alle Gewerbe registriert hat. Da derartige Betriebe zu den verhältnismäßig großen gehören, so ist ihre Registrierung auch in den früheren Veröffentlichungen am befriedigendsten. Nachdem wir auf diese Art für Gleichartigkeit der zu vergleichenden Zahlen gesorgt haben, berechnen

* Im Jahre 1889 nahm Herr Karyschew („Juriditscheski Westnik" [Juristischer Bote] Nr. 9) für 1885 Zahlen, die aus den alleruntertänigsten Berichten der Herren Gouverneure entnommen waren, Zahlen, in denen Tausende der kleinsten Mühlen, Ölmühlen, Ziegeleien, Töpfereien, Gerbereien, Schaffellkürschnereien und andere Kustarbetriebe enthalten waren, und bestimmte die Zahl der „Fabriken" im Europäischen Rußland auf *62801!* Wir wundern uns, warum er eigentlich den prozentualen „Rückgang" der Zahl der Fabriken in der Gegenwart nicht im Verhältnis zu dieser Zahl berechnet hat.

wir die Zahl der Fabriken mit 16* und mehr Arbeitern nach dem „Index" für 1879 und nach dem „Verzeichnis" für 1894/95 im Europäischen Rußland. Wir erhalten die folgenden lehrreichen Zahlen:

| Quellen | Jahr | Zahl der Fabriken und Werke im Europäischen Rußland | | |
|---|---|---|---|---|
| | | insgesamt | mit 16 und mehr Arbeitern | mit weniger als 16 Arbeitern |
| „Index", 1. Ausgabe | 1879 | 27986** | 4551 | 23435 |
| „Index", 3. Ausgabe | 1890 | 21124 | 6013 | 15111 |
| „Verzeichnis" | 1894/95 | 14578 | 6659, ohne Druckereien dagegen 6372 | 7919 |

Somit zeigt ein Vergleich der Zahlen, die allein als annähernd gleichartig, vergleichbar und vollständig anerkannt werden können, daß *die Zahl der Fabriken in Rußland zunimmt,* und zwar ziemlich schnell: in 15–16 Jahren (1879–1894/95) von 4500 auf 6400, d. h. um 40 Prozent (die Druckereien wurden 1879 und 1890 nicht zu den Fabriken gezählt). Was nun die Zahl der Betriebe mit weniger als 16 Arbeitern anbelangt, so wäre es *unsinnig,* sie für die genannten Jahre vergleichen zu wollen, weil in allen diesen Veröffentlichungen verschiedene Definitionen der „Fabrik", verschiedene Systeme bei der Ausscheidung der kleinen Betriebe angewendet wurden. Im Jahre 1879 wurden *überhaupt keine* Kleinbetriebe weggelassen; *deshalb* wurde in Gewerben, die sich mit der Landwirtschaft und den bäuerlichen Gewerben (Müllerei, Ölschlägerei, Ziegelei, Gerberei, Töpferei u. ä.) berühren, eine Menge kleinster Betriebe gezählt, die in späteren Ausgaben ausgeschieden worden sind. Im Jahre

* Wir nehmen 16 und nicht 15 Arbeiter teilweise deswegen, weil die Fabriken mit 16 und mehr Arbeitern schon im „Index" für 1890 gezählt worden sind (3. Ausgabe, S. X), teilweise deswegen, weil die Erläuterungen des Finanzministeriums mitunter diese Norm wählen (siehe Kobeljazki, l. c. [loco citato — am angeführten Ort. *Die Red.*], S. 14).

** Einige fehlende Angaben sind annähernd ergänzt worden: siehe „Index", S. 695.

1890 wurden bereits manche Kleinbetriebe (mit einer Produktion bis zu 1000 Rubel) ausgeschieden; daher auch weniger kleine „Fabriken". Schließlich wurde 1894/95 eine Menge von Betrieben mit weniger als 15 Arbeitern ausgeschieden, wodurch auch sofort die Zahl der kleinen „Fabriken" gegenüber 1890 fast auf die Hälfte zurückging. Die Zahl der Fabriken für 1879 und die für 1890 könnten noch auf eine andere Weise vergleichbar gemacht werden, indem man nämlich nur die Betriebe mit einer Produktion von mindestens 2000 Rubel nimmt. Die Sache ist die, daß sich die Ergebnisse des „Index", die wir weiter oben angeführt haben, auf alle der Registrierung unterliegenden Betriebe beziehen, während der „Index" in das *Namenverzeichnis* der Fabriken nur Betriebe mit einer Produktion von mindestens 2000 Rubel aufgenommen hat. Die Zahl der Betriebe dieser Art darf als annähernd vergleichbar gelten (obwohl ein Verzeichnis derartiger Betriebe beim gegenwärtigen Stand unserer Statistik niemals vollständig sein kann), jedoch mit Ausnahme der Müllerei. In diesem Gewerbe trägt die Registrierung sowohl im „Index" als auch in der „Zusammenstellung" des Departements für Handel und Manufakturen nach verschiedenen Gouvernements und für verschiedene Jahre ganz zufälligen Charakter. In einigen Gouvernements werden nur Dampfmühlen als „Fabriken" gerechnet, in anderen werden die größten Wassermühlen hinzugezählt, in wieder anderen werden Hunderte von Windmühlen mitgerechnet, in noch anderen sogar Mühlen mit Pferde- und Tretantrieb usw. Die Beschränkung auf einen bestimmten Produktionswert beseitigt das Chaos in der Statistik der Mühlen vom Werktypus durchaus nicht, weil hier an Stelle des Produktionswerts die Mehlmenge genommen wird, die sich auch in sehr kleinen Mühlen häufig auf mehr als 2000 Pud jährlich beläuft. Aus diesem Grunde macht die Zahl der Mühlen, die in die Fabrik- und Werkstatistik geraten, wegen der Ungleichartigkeit der Registrierungsmethoden unglaubliche Sprünge in den einzelnen Jahren. So hat z. B. die „Zusammenstellung" für 1889, 1890 und 1891 im Europäischen Rußland 5073, 5605 und 5201 Mühlen gezählt. Im Gouvernement Woronesh stieg die Zahl der Mühlen von 87 im Jahre 1889 gleich auf 285 im Jahre 1890 und 483 im Jahre 1892, da zufällig die Windmühlen mitgezählt wurden. Im Dongebiet ist die Zahl der Mühlen von 59 im Jahre 1887 auf 545 im Jahre 1888 und auf 976 im Jahre 1890 gestiegen, um dann im Jahre 1892 auf 685 zu fallen (denn die Windmühlen wurden

das eine Mal gezählt, das andere Mal nicht gezählt) usw. usf. Es ist natürlich unzulässig, solche Zahlen zu benutzen. Wir nehmen deshalb nur die Dampfmühlen, und durch Hinzufügung der Betriebe der übrigen Industrien mit einer Produktion von mindestens 2000 Rubel erhalten wir für 1879 rund 11 500 und für 1890 rund 15 500 Fabriken im Europäischen Rußland.* Folglich sehen wir wiederum *eine Zunahme der Zahl der Fabriken* und nicht den von Herrn Karyschew fabrizierten Rückgang. Die Theorie des Herrn Karyschew vom „Prozeß des Rückgangs der Zahl der Betriebe" in der Fabrik- und Werkindustrie Rußlands ist eine reine Fabel, die auf einer mehr als ungenügenden Kenntnis des Materials beruht, an dessen Bearbeitung er sich gemacht hat. Herr Karyschew befaßte sich schon 1889 *mit der Zahl der Fabriken in Rußland* („*Juriditscheski Westnik*" Nr. 9), wobei er absolut untaugliche Zahlen, entnommen den alleruntertänigsten Berichten der Herren Gouverneure und abgedruckt in der „Sammlung statistischer Angaben über Rußland für die Jahre 1884 und 1885" (St. Petersburg 1887, Tabelle XXXIX), mit den kuriosen Zahlen des „Militärstatistischen Handbuchs" (Lieferung IV, St. Petersburg 1871) verglich, das zu den „Fabriken" Tausende kleinster Handwerks- und Kustarbetriebe, Tausende von Tabakpflanzungen (sic! siehe S. 345 und 414 des „Militärstatistischen Handbuchs" über die Tabak„fabriken" des Gouvernements Bessarabien), Tausende landwirtschaftlicher Mühlen, Ölmühlen usw. usf. rechnete. Kein Wunder, daß das „Militärstatistische Handbuch" auf solche Weise für 1866 mehr als 70 000 „Fabriken" im Europäischen Rußland errechnet hat. Es ist verwunderlich, daß sich ein Mann gefunden hat, der sich zu jeder gedruckten Zahl so unaufmerksam und unkritisch verhält, daß er sie unbesehen zur Grundlage von Berechnungen macht.**

---

* Aus den Daten des „Verzeichnisses" kann eine entsprechende Zahl nicht gewonnen werden, erstens, weil es eine Menge Betriebe mit einer Produktion von 2000 Rubel und mehr aus dem Grunde ausscheidet, daß sie weniger als 15 Arbeiter haben. Zweitens, weil das „Verzeichnis" den Produktionswert (zum Unterschied von der früheren Statistik) ohne Akzise berechnet hat. Drittens, weil das „Verzeichnis" zuweilen nicht den Produktionswert, sondern die Bezahlung für Bearbeitung des Rohmaterials zugrunde legt.

** Herr Tugan-Baranowski hat am Beispiel der Zahl der Fabrik- und Werkarbeiter bereits die völlige Untauglichkeit der Zahlen des „Militärstatistischen Handbuchs" gezeigt (siehe sein Buch „*Die Fabrik* usw.", St. Petersburg 1898,

Hier ist eine kleine Abschweifung notwendig. Herr Karyschew folgert aus seiner Theorie vom Rückgang der Zahl der Fabriken, daß ein Prozeß industrieller Konzentration vor sich gehe. Es ist selbstverständlich, daß wir mit der Ablehnung seiner Theorie keineswegs diese Schlußfolgerung bestreiten, die von Herrn Karyschew lediglich falsch bewiesen wird. Um diesen Prozeß zu beweisen, müssen die größten Betriebe gesondert betrachtet werden. Nehmen wir z. B. die Betriebe mit 100 und mehr Arbeitern. Stellen wir die Zahl dieser Betriebe, die Zahl ihrer Arbeiter und den Wert ihrer Produktion den Angaben über alle Betriebe gegenüber, so erhalten wir die folgende Tabelle:

| Siehe Anmerkung* | 1879 | | | 1890 | | | 1894/95 | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Zahl der | | Produktion in tausend Rubel | Zahl der | | Produktion in tausend Rubel | Zahl der | | Produktion in tausend Rubel |
| | Fabriken | Arbeiter | | Fabriken | Arbeiter | | Fabriken | Arbeiter | |
| Alle „Fabriken und Werke" | 27 986 | 763 152 | 1 148 134 | 21 124 | 875 764 | 1 500 871 | 14 578 | 885 555 | 1 345 346 |
| Betriebe mit 100 und mehr Arbeitern | 1238 | 509 643 | 629 926 | 1431 | 623 146 | 858 588 | 1468 | 655 670 | 955 233 |
| In Prozenten zur Gesamtzahl | — | 66,8% | 54,8% | — | 71,1% | 57,2% | — | 74% | 70,8% |

Aus dieser Tabelle ist zu ersehen, daß die Zahl der sehr großen Betriebe und ebenso auch die Zahl der in ihnen beschäftigten Arbeiter sowie der Produktionswert steigen und daß diese einen immer größer wer-

S. 336ff., sowie „Mir Boshi"[2], Jahrgang 1898, Nr. 4), und die Herren N.-on[3] und Karyschew beantworten seine direkte Herausforderung mit Schweigen. Und in der Tat, es bleibt ihnen auch nichts anderes übrig als zu schweigen.

* Die Quellen sind die gleichen. Für das Jahr 1879 wurden, wie bereits bemerkt, einige Zahlen annähernd ergänzt. Die Gesamtzahlen der „Indizes" und des „Verzeichnisses" sind nicht vergleichbar, doch vergleichen wir hier *nur den prozentualen Anteil* an der Gesamtzahl der Arbeiter und am Wert der gesamten Produktion, und diese Zahlen sind in den Resultaten bedeutend glaubwürdiger (wie wir unten zeigen werden) als die Angaben über die Gesamtzahl der Fabriken. Die Berechnung der Großbetriebe ist dem Werk über den „Kapitalismus in Rußland"[4] entnommen, das der Schreiber dieser Zeilen zum Druck vorbereitet.

denden Teil der Gesamtzahl der Arbeiter und des Werts der gesamten Produktion in den offiziell registrierten „Fabriken und Werken" ausmachen. Man könnte uns vielleicht entgegnen: Wenn Konzentration der Industrie stattfindet, so heißt dies, daß die großen Betriebe die kleinen verdrängen und die Zahl der letzteren, folglich also auch die Zahl aller Betriebe, sinkt. Erstens aber gilt diese letztere Schlußfolgerung nicht mehr allein für die „Fabriken und Werke", *sondern für alle Gewerbebetriebe*, von denen zu sprechen wir kein Recht haben, da es bei uns keine auch nur einigermaßen glaubwürdige und vollständige Statistik der Gewerbebetriebe gibt. Zweitens kann man auch vom rein theoretischen Standpunkt aus, a priori*, nicht sagen, daß in der sich entwickelnden kapitalistischen Gesellschaft unbedingt und immer die Zahl der Gewerbebetriebe abnehmen muß, denn neben dem Prozeß industrieller Konzentration geht ein Prozeß der Abziehung der Bevölkerung von der Landwirtschaft, ein Prozeß der Vermehrung der industriellen Kleinbetriebe in den rückständigen Teilen des Landes infolge der Auflösung der halbnaturalen Bauernwirtschaft usw. vor sich.**

Kehren wir zu Herrn Karyschew zurück. Den am wenigsten glaubwürdigen Angaben (nämlich den Angaben über die Zahl der „Fabriken und Werke") widmet er beinah die größte Aufmerksamkeit. Er teilt die Gouvernements nach der Zahl der „Fabriken" in Gruppen ein, stellt ein Kartogramm mit Kennzeichnung dieser Gruppen und eine besondere Tabelle der Gouvernements mit der größten Zahl der „Fabriken" in jeder Gewerbegruppe zusammen (S. 16/17); er errechnet eine Menge Zahlen über den prozentualen Anteil der Fabriken in den einzelnen Gouvernements an der Gesamtzahl der Fabriken (S. 12–15). Herr Karyschew hat hierbei eine Kleinigkeit vergessen: er hat vergessen zu fragen, *ob die Angaben über die Zahl der Fabriken in den verschiedenen Gouvernements vergleichbar sind.* Diese Frage ist zu verneinen, und folglich gehört der größte Teil der Berechnungen, Zusammenstellungen und Betrachtungen

---

* im voraus. *Die Red.*

** Die „Kustarzählung" von 1894/95 im Gouvernement Perm hat z. B. gezeigt, daß in der Zeit nach der Reform in den Dörfern mit jedem Jahrzehnt immer mehr kleine Gewerbebetriebe gegründet werden. Siehe „Übersicht über das Permer Gebiet. Skizze des Zustands der Kustarindustrie im Gouvernement Perm", Perm 1896.

des Herrn Karyschew ins Gebiet harmloser statistischer Übungen. Hätte sich der Herr Professor mit der Definition des Begriffs „Fabrik und Werk" im Rundschreiben vom 7. Juni 1895 vertraut gemacht, so hätte er leicht erraten, daß eine so unklare Definition in den verschiedenen Gouvernements *nicht* gleichartig angewandt werden *kann*, und eine aufmerksamere Prüfung des „Verzeichnisses" selbst hätte ihm zu der gleichen Schlußfolgerung verholfen. Bringen wir Beispiele. Nach der Zahl der Betriebe in Gruppe XI (Nahrungsmittelindustrie; in dieser Gruppe ist die Zahl der Fabriken am größten) hebt Herr Karyschew die Gouvernements Woronesh, Wjatka, Wladimir hervor (S. 12). Aber die hohe Zahl der „Fabriken und Werke" in diesen Gouvernements erklärt sich vor allem dadurch, daß gerade in diesen Gouvernements *rein zufällig* solche Kleinbetriebe registriert wurden, die in den anderen Gouvernements nicht erfaßt worden sind. Das Gouvernement Woronesh beispielsweise weist einfach deshalb viele „Werke" auf, weil hier kleine Mühlen (von 124 Mühlen haben nur 27 Dampfbetrieb; viele Wassermühlen haben 1 Rad bzw. 2 oder 3 Räder. Derartige Mühlen wurden in den anderen Gouvernements nicht gezählt, ja, es wäre unmöglich, sie vollständig zu erfassen) und kleine Ölmühlen (zum größten Teil mit Pferdeantrieb) gezählt wurden, die in anderen Gouvernements nicht gezählt worden sind. Im Gouvernement Wjatka sind von 116 Mühlen nur 3 Dampfmühlen, im Gouvernement Wladimir sind ein Dutzend Windmühlen und 168 Ölmühlen, davon ein großer Teil mit Wind- oder Pferde- oder aber Handantrieb, mitgezählt worden. Wenn in den anderen Gouvernements weniger Betriebe gemeldet sind, so heißt das natürlich nicht, daß es dort keine Windmühlen, keine kleinen Wassermühlen und dgl. gäbe. Sie wurden dort nur nicht erfaßt. In einer ganzen Reihe von Gouvernements wurden fast ausschließlich die Dampfmühlen gezählt (Bessarabien, Jekaterinoslaw, Taurien, Cherson u. a.), aber das Müllereigewerbe stellt in Gruppe XI 2308 „Fabriken" von 6233 im Europäischen Rußland. Es war unsinnig, von der Verteilung der Fabriken auf die Gouvernements zu reden, ohne die *Ungleichartigkeit* der Angaben klargestellt zu haben. Nehmen wir Gruppe IX, Verarbeitung von Mineralien. Da gibt es z. B. im Gouvernement Wladimir 96 Ziegeleien und im Gouvernement Don 31, d. h. weniger als ein Drittel davon. Nach dem „Index" (für 1890) war es umgekehrt: im Gouvernement Wladimir 16 und im Gouvernement Don 61 Betriebe. Es stellt sich her-

aus, daß laut „Verzeichnis" im Gouvernement Wladimir von 96 Betrieben nur 5 Betriebe 16 und mehr Arbeiter haben, im Gouvernement Don aber 26 (von 31). Natürlich erklärt sich die Sache einfach dadurch, daß im Dongebiet die kleinen Ziegeleien nicht so großzügig zu „Werken" gemacht wurden wie im Gebiet Wladimir, und weiter nichts (die kleinen Ziegeleien im Gouvernement Wladimir sind sämtlich Betriebe mit reiner Handarbeit). Herr Karyschew sieht von alledem nichts (S. 14). Von Gruppe X (Verarbeitung tierischer Produkte) sagt Herr Karyschew, die Zahl der Betriebe sei fast in allen Gouvernements geringfügig, jedoch „eine krasse Ausnahme macht das Gouvernement Nishni-Nowgorod mit seinen 252 Fabriken" (S. 14). Das kommt vor allem daher, daß in diesem Gouvernement sehr viele kleine Betriebe nur mit Handarbeit gezählt worden sind (ab und zu mit Pferde- und Windantrieb), die in den anderen Gouvernements nicht gezählt wurden. Im Gouvernement Mogiljow beispielsweise zählt das „Verzeichnis" nur 2 Fabriken in dieser Gruppe; jede von ihnen hat über 15 Arbeiter. Man hätte im Gouvernement Mogiljow ebenfalls Dutzende von Kleinbetrieben zur Verarbeitung tierischer Produkte zusammenbringen können, wie sie auch im „Index" für 1890 zusammengebracht worden sind, der für dies Gouvernement 99 Werke zur Verarbeitung tierischer Produkte angibt. Es fragt sich nun: Welchen Sinn haben hiernach die Berechnungen des Herrn Karyschew über die prozentuale Verteilung so verschieden verstandener „Fabriken"?

Um die verschiedene Auffassung des Terminus „Fabrik" in verschiedenen Gouvernements recht anschaulich zu zeigen, nehmen wir zwei benachbarte Gouvernements: Wladimir und Kostroma. Das erste zählt, laut „Verzeichnis", 993 „Fabriken", das zweite 165. In dem ersten gibt es in allen Industrien (Gewerbegruppen) kleinste Betriebe, die die großen zahlenmäßig erdrücken (nur 324 Betriebe haben 16 und mehr Arbeiter). In dem zweiten gibt es sehr wenige Kleinbetriebe (112 Fabriken von 165 haben 16 und mehr Arbeiter), obgleich jeder begreift, daß auch hier nicht wenige Windmühlen, Ölmühlen, Kleinbetriebe zur Erzeugung von Stärke, Ziegeln, Pech usw. usf. zusammengebracht werden könnten.*

* Hier noch ein Beispiel für die willkürliche Bestimmung der Zahl der „Fabriken" in unserem „neuesten" System der Fabrik- und Werkstatistik. Für das Jahr 1894/95 errechnet das „Verzeichnis" im Gouvernement Cherson 471 Fabriken (Herr Karyschew, zitiertes Werk, S. 5), für 1896 aber errechnet Herr

Die Sorglosigkeit des Herrn Karyschew hinsichtlich der Glaubwürdigkeit der von ihm verwendeten Zahlen überschreitet alle Grenzen, wo er die Angaben über die Zahl der „Fabriken" in den einzelnen Gouvernements für 1894/95 (nach dem „Verzeichnis") und für 1885 (nach der „Zusammenstellung") vergleicht. Hier werden mit ernstester Miene Betrachtungen darüber angestellt, daß im Gouvernement Wjatka die Zahl der Fabriken zugenommen, im Gouvernement Perm „bedeutend abgenommen", im Gouvernement Wladimir wesentlich zugenommen habe und dgl. mehr (S. 6/7). „Auch hieran kann man erkennen", schließt unser Autor tiefsinnig, „daß der erwähnte Prozeß des Rückgangs der Zahl der Fabriken die Gegenden mit entwickelterer, älterer Industrie weniger berührt als die, wo sie jünger ist." (S. 7.) Eine derartige Schlußfolgerung klingt sehr „gelehrt"; schade nur, daß sie völlig unsinnig ist. Die von Herrn Karyschew verwendeten Zahlen sind absolut zufällig. Im Gouvernement Perm z. B. belief sich nach der „Zusammenstellung" in den Jahren 1885 bis 1890 die Zahl der Fabriken auf 1001, 895, 951, 846, 917 und 1002, dann aber, für 1891, fällt diese Zahl plötzlich auf 585. Eine der Ursachen dieser Sprünge besteht darin, daß einmal (1890) 469, das andere Mal (1891) 229 Mühlen zu den „Fabriken" gerechnet werden. Wenn das „Verzeichnis" in diesem Gouvernement nur 362 Fabriken rechnet, so muß beachtet werden, daß es nur noch 66 Mühlen in die Zahl der „Fabriken" einbezieht. Wenn sich im Gouvernement Wladimir die Zahl der „Fabriken" vergrößert hat, so müssen wir uns erinnern, daß das „Verzeichnis" die Kleinbetriebe dieses Gouvernements registriert. Die „Zusammenstellung" zählte für die Jahre 1887–1892 im Gouvernement Wjatka 1, 2, 2, 30, 28, 25 Mühlen, das „Verzeichnis" dagegen zählte 116. Kurzum, der von Herrn Karyschew unternommene Vergleich beweist nur aber und abermals seine völlige Unfähigkeit, mit den Zahlen verschiedener Quellen richtig umzugehen.

Wo er die Zahl der Fabriken nach den verschiedenen Gewerbegruppen bringt und ihren prozentualen Anteil an der Gesamtzahl der Fabriken berechnet, da bemerkt Herr Karyschew wiederum nicht, daß eine un-

---

Mikulin bereits plötzlich 1249 „Fabrik- und Werkbetriebe" (zitiertes Werk, S. XIII), darunter 773 mit mechanischem Antrieb und 109 ohne mechanischen Antrieb mit einer Arbeiterzahl von mehr als 15. Angesichts der Unklarheit des Begriffs „Fabrik" werden derartige Sprünge stets unvermeidlich sein.

gleiche Anzahl von Kleinbetrieben in die verschiedenen Gruppen geraten ist (beispielsweise ist ihre Anzahl in der Textilindustrie und im Hüttenwesen am geringsten, etwa ein Drittel der Gesamtzahl für das Europäische Rußland, während sie in der Industrie für die Verarbeitung von tierischen Produkten und in der Nahrungsmittelindustrie zwei Drittel der Gesamtzahl erreicht). Natürlich kommt es bei ihm auf diese Weise zu einem Vergleich ungleichartiger Größen, und die Prozentberechnungen (S. 8) sind ohne jeden Sinn. Kurzum, in der ganzen Frage nach der Zahl der „Fabriken" und ihrer Verteilung hat Herr Karyschew völliges Unverständnis für den Charakter der von ihm verwendeten Daten und den Grad ihrer Glaubwürdigkeit an den Tag gelegt.

Um von der Zahl der Fabriken zur Zahl der Arbeiter zu kommen, müssen wir vor allem sagen, daß die Angaben über die Gesamtzahl der Arbeiter in unserer Fabrik- und Werkstatistik bedeutend glaubwürdiger sind als die Angaben über die Zahl der Fabriken. Wirrwarr gibt es auch hier natürlich nicht wenig, ebenso Auslassungen sowie Angaben, die geringer sind als die wirkliche Zahl. Es gibt hier jedoch keine solche Buntscheckigkeit der Daten, und die maßlosen Schwankungen in der Zahl der Kleinbetriebe, die bald zu den Fabriken gerechnet, bald nicht dazu gerechnet werden, haben eine sehr geringe Auswirkung auf die Gesamtzahl der Arbeiter aus dem einfachen Grunde, weil selbst ein sehr bedeutender Prozentsatz kleinster Betriebe einen sehr geringen Prozentsatz der Gesamtarbeiterzahl ergibt. Wir haben oben gesehen, daß im Jahre 1894/95 in 1468 Fabriken (10 Prozent der Gesamtzahl) 74 Prozent der Arbeiter konzentriert sind. Die Zahl der kleinen Fabriken (mit weniger als 16 Arbeitern) beträgt 7919 von 14578, d. h. mehr als die Hälfte, und ungefähr werden in ihnen (selbst wenn man durchschnittlich 8 Arbeiter je Betrieb rechnet) höchstens 7 Prozent der Arbeiter beschäftigt sein. Daher auch die Erscheinung, daß bei sehr großem Unterschied in der Zahl der Fabriken für 1890 (nach dem „Index") und für 1894/95 der Unterschied *in der Zahl der Arbeiter unbedeutend ist:* 1890 waren es 875764 in den 50 Gouvernements des Europäischen Rußlands, 1894/95 aber 885555 (wir rechnen nur Arbeiter innerhalb des Betriebs). Ziehen wir von der ersten Zahl die Arbeiter in der Schienenfabrikation (24445) und in den Salzsiedereien (3704) ab, die im „Verzeichnis" nicht berücksichtigt werden, und von der zweiten Zahl die Arbeiter in den Drucke-

reien (16521), die im „Index" nicht berücksichtigt werden, so erhalten wir 847615 Arbeiter für 1890 und 869034 Arbeiter für 1894/95, d. h. 2,5 Prozent mehr. Selbstverständlich kann dieser Prozentsatz die wirkliche Zunahme nicht wiedergeben, da 1894/95 viele Kleinbetriebe nicht gezählt worden sind, im ganzen aber zeigt die Ähnlichkeit dieser Zahlen die relative Brauchbarkeit der allgemeinen Angaben über die Gesamtzahl der Arbeiter sowie ihre relative Glaubwürdigkeit. Herr Karyschew, bei dem wir die Gesamtzahl der Arbeiter entlehnt haben, untersucht nicht genau, welche Gewerbe es sind, die 1894/95, verglichen mit den früheren Veröffentlichungen, erfaßt worden sind, und er weist nicht darauf hin, daß im „Verzeichnis" viele Betriebe fehlen, die früher zu den Fabriken gezählt wurden. Für den Vergleich mit früheren Jahren nimmt er wieder dieselben sinnlosen Angaben des „Militärstatistischen Handbuchs" und wiederholt denselben Unsinn vom angeblichen Rückgang der Zahl der Arbeiter relativ zur Gesamtbevölkerung, eine Behauptung, die bereits von Herrn Tugan-Baranowski (siehe oben) widerlegt worden ist. In Anbetracht der größeren Glaubwürdigkeit der Angaben über die Zahl der Arbeiter verdienten diese Angaben eine sorgfältigere Bearbeitung als die Angaben über die Zahl der Fabriken; Herr Karyschew aber hat es gerade umgekehrt gemacht. Er gruppiert nicht einmal die Fabriken nach der Zahl der Arbeiter, was besonders notwendig gewesen wäre, weil das „Verzeichnis" die Arbeiterzahl als ein wesentliches Merkmal der Fabrik gewählt hat. Aus den von uns weiter oben angeführten Angaben ist zu ersehen, daß die Konzentration der Arbeiter sehr groß ist.

Anstatt die Fabriken nach der Zahl der Arbeiter zu gruppieren, hat Herr Karyschew sich an einfachere Berechnungen gemacht: Ermittlung der durchschnittlichen Arbeiterzahl je Fabrik. Da die Angaben über die Zahl der Fabriken, wie wir gesehen haben, besonders unglaubwürdig, zufällig und ungleichartig sind, so stecken alle diese Berechnungen voller Fehler. Herr Karyschew vergleicht die Durchschnittszahl der Arbeiter je Fabrik für das Jahr 1886 und das Jahr 1894/95 und zieht den Schluß, daß „der Durchschnittstypus der Fabrik größer wird" (S. 23 und 32/33), wobei er nicht weiß, daß für 1894/95 doch nur die größeren Betriebe gezählt wurden, so daß ein Vergleich unrichtig ist. Ganz und gar kurios ist die Gegenüberstellung der Durchschnittsarbeiterzahl je Fabrik in verschiedenen Gouvernements (S. 26); Herr Karyschew gelangt zum Beispiel

zu der Schlußfolgerung, daß im Gouvernement Kostroma „der größte Durchschnittstypus der Industrie von allen Gouvernements zu verzeichnen ist" — 242 Arbeiter je Fabrik gegenüber 125 zum Beispiel im Gouvernement Wladimir. Es kommt dem gelehrten Professor gar nicht in den Sinn, daß dies, wie wir bereits oben erklärt haben, einfach von den verschiedenen Registrierungsmethoden herrührt. Herr Karyschew, der den Unterschied zwischen der Zahl der großen und der Zahl der kleinen Betriebe in den verschiedenen Gouvernements außer acht läßt, hat sich eine sehr einfache Methode ausgedacht, um die Schwierigkeiten dieser Frage zu *umgehen*. Er multipliziert nämlich die Durchschnittszahl der Arbeiter *je Fabrik im gesamten Europäischen Rußland* (und dann auch in Polen und im Kaukasus) mit der Zahl der Fabriken in jedem Gouvernement und trägt die gewonnenen Gruppen in ein besonderes Kartogramm ein (Nr. 3). Wahrhaftig, wie leicht ist das doch! Weshalb die Fabriken nach der Zahl der Arbeiter gruppieren, weshalb die relative Anzahl der Groß- und Kleinbetriebe in den verschiedenen Gouvernements betrachten, wenn wir auf so einfache Weise die „Durchschnitts"größe der Fabriken in den verschiedenen Gouvernements *einer* gemeinsamen Norm *künstlich angleichen* können? Weshalb untersuchen, ob viele oder wenige kleine und kleinste Betriebe in die Zahl der Fabriken des Gouvernements Wladimir oder Kostroma geraten sind, wenn wir „einfach" die Durchschnittszahl der Arbeiter je Fabrik für das *ganze* Europäische Rußland nehmen und mit der Zahl der Fabriken *jedes* Gouvernements multiplizieren können? Was macht es auch, wenn eine solche Methode Hunderte zufällig registrierte Windmühlen und Ölmühlen großen Fabriken gleichsetzt? — der Leser wird das ja nicht bemerken und am Ende gar der von dem Herrn Professor fabrizierten „Statistik" Glauben schenken!

Außer den Arbeitern innerhalb des Betriebs hat das „Verzeichnis" noch eine besondere Rubrik für Arbeiter „außerhalb des Betriebs, außerhalb des Hauses". Hier sind nicht nur diejenigen hingeraten, die auf Bestellung von Fabriken zu Hause arbeiten (Karyschew, S. 20), sondern auch Hilfsarbeiter u. ä. m. Die im „Verzeichnis" genannte Zahl dieser Arbeiter (66 460 im Russischen Reich) kann in keiner Weise als „Gradmesser dafür, wie weit bei uns die Entwicklung des sogenannten auswärtigen Departements der Fabrik gediehen ist" (Karyschew, S. 20), betrachtet werden, denn bei dem heutigen System der Fabrik- und Werkstatistik kann

von einer auch nur einigermaßen vollständigen Registrierung derartiger Arbeiter gar nicht die Rede sein. Herr Karyschew sagt sehr leichtsinnig: „66 500 für ganz Rußland mit seinen Millionen Kustaren und Handwerkern ist nicht viel." (ibid.*) Als er dies schrieb, mußte er vergessen haben, daß von diesen „Millionen Kustaren", wie alle Quellen konstatieren, wenn nicht der größere, so doch ein sehr großer Teil für Aufkäufer arbeitet, das heißt wiederum aus „Arbeitern außer Haus" besteht. Man braucht nur die Seiten des „Verzeichnisses" aufzuschlagen, die sich auf die Bezirke der bekannten „Kustar"gewerbe beziehen, um sich davon zu überzeugen, daß die Registrierung der „Arbeiter außer Haus" absolut zufällig und fragmentarisch ist. In Gruppe II (Wollverarbeitung) beispielsweise zählt das „Verzeichnis" im Gouvernement Nishni-Nowgorod nur 28 Arbeiter außer Haus in der Stadt Arsamas und dem Vorort Wyjesdnaja Sloboda (S. 89), während aus den „Arbeiten der Kommission zur Erforschung der Kustarindustrie in Rußland" (Lieferungen V und VI) bekannt ist, daß hier viele Hunderte (an die tausend) „Kustare" für Unternehmer arbeiten. Im Kreise Semjonow weist das „Verzeichnis" überhaupt keine Arbeiter außer Haus nach, während doch aus der Semstwostatistik bekannt ist, daß hier über 3000 „Kustare" im Walkerei- und Filzsohlengewerbe für Unternehmer arbeiten. Im Ziehharmonikagewerbe, Gouvernement Tula, weist das „Verzeichnis" nur eine „Fabrik" mit 17 Arbeitern außer Haus nach (S. 395), während die erwähnten „Arbeiten der Kommission usw." schon 1882 2000–3000 Kustare zählten, die für Ziehharmonikafabrikanten arbeiteten (Lieferung IX). Es ist daher klar, daß es einfach lächerlich ist, die Zahl von 66 500 Arbeitern außer Haus auch nur für einigermaßen glaubwürdig zu halten und von ihrer Verteilung auf die Gouvernements und Gewerbe zu reden, wie das Herr Karyschew tut, der sogar ein Kartogramm zusammenstellt. Die wirkliche Bedeutung dieser Zahlen liegt durchaus nicht darin, daß sie den Umfang kapitalistischer Hausarbeit bestimmen (eine solche Bestimmung ist nur mit Hilfe einer vollständigen Gewerbezählung möglich, die alle Geschäfte und andere Unternehmen oder Einzelpersonen, die Arbeit außer Haus vergeben, berücksichtigt), sondern in der Trennung der Arbeiter im Betrieb, d. h. der Fabrikarbeiter im strengen Sinne des Wortes, von den Arbeitern außerhalb des Betriebs. Bisher wurden diese Kategorien der Arbeiter sehr häufig

* ibidem – ebenda. *Die Red.*

verwechselt: selbst im „Index" für 1890 sind wiederholt Beispiele für eine solche Verwechslung zu finden. Jetzt wird im „Verzeichnis" der erste Versuch gemacht, dieser Verwechslung ein Ende zu bereiten.

Die Zahlen des „Verzeichnisses", die sich auf die Jahresleistung der Fabriken beziehen, sind bei Herrn Karyschew am befriedigendsten bearbeitet, hauptsächlich weil der Autor statt der üblichen „Durchschnittszahlen" hier endlich eine Gruppierung der Fabriken nach dem Umfang der Produktion gebracht hat. Freilich kann der Autor von diesen „Durchschnittszahlen" (Produktionsumfang je Fabrik) noch immer nicht loskommen, ja, er vergleicht sogar die Durchschnittszahlen für 1894/95 mit den Durchschnittszahlen für 1885 — eine Methode, die, wie wir schon wiederholt gesagt haben, völlig falsch ist. Wir wollen bemerken, daß die Gesamtzahlen über die Jahresleistung der Fabriken unvergleichlich glaubwürdiger sind als die Angaben über die Gesamtzahl der Fabriken, und zwar aus dem schon erwähnten Grunde, weil die Kleinbetriebe eine geringe Rolle spielen. Beispielsweise gibt es im Europäischen Rußland nach dem „Verzeichnis" nur 245 Fabriken mit einer Produktion von mehr als 1 Million Rubel, das sind 1,9 Prozent, bei ihnen sind jedoch 45,6 Prozent der gesamten Jahresproduktion aller Fabriken des Europäischen Rußlands konzentriert (Karyschew, S. 38), während die Fabriken mit einer Produktion von weniger als 5000 Rubel 30,8 Prozent der Gesamtzahl der Fabriken ausmachen, aber nur 0,6 Prozent der gesamten Leistung, d. h. einen ganz verschwindenden Anteil, liefern. Es muß jedoch der Vorbehalt gemacht werden, daß Herr Karyschew bei diesen Berechnungen den Unterschied zwischen dem Produktionswert (= Wert des Produkts) und der Bezahlung für die Bearbeitung des Rohstoffs außer acht läßt. Diese sehr wichtige Unterscheidung wird in unserer Fabrik- und Werkstatistik zum erstenmal im „Verzeichnis" durchgeführt.* Man begreift, daß diese bei-

---

* Nur besitzen wir leider keine Garantie dafür, daß das „Verzeichnis" diese Unterscheidung streng und folgerichtig durchgeführt hat, d. h., daß der Wert des Produkts *nur* für die Fabriken nachgewiesen wird, die ihr Produkt wirklich verkaufen, und die Bezahlung für die Bearbeitung des Rohstoffs nur für diejenigen, die fremdes Material verarbeiten. Es ist z. B. möglich, daß im Müllereigewerbe (wo der erwähnte Unterschied am häufigsten vorkommt) die Besitzer bald die eine, bald die andere Zahl ganz zufällig angegeben haben. Diese Frage erfordert eine spezielle Untersuchung.

den Größen durchaus unvergleichbar sind und daß sie auseinander gehalten werden müßten. Herr Karyschew tut das nicht, und man darf annehmen, ein so niedriger prozentualer Anteil der Kleinbetriebe an der Jahresleistung ergibt sich zum Teil daraus, daß hier Betriebe hereingekommen sind, die nicht den Wert des von ihnen bearbeiteten Produkts, sondern lediglich die Bezahlung für seine Bearbeitung angegeben haben. Wir werden weiter unten ein Beispiel für den Fehler anführen, den Herr Karyschew beging, weil er diesen Umstand ignorierte. Daß das „Verzeichnis" die Bezahlung für Bearbeitung vom Wert des Produkts unterscheidet und ferner, daß es den Akzisenbetrag nicht in den Preis der Produktion einrechnet, hat zur Folge, daß sich seine Zahlen mit den Zahlen früherer Veröffentlichungen nicht vergleichen lassen. Nach dem „Verzeichnis" beläuft sich die Produktion aller Fabriken des Europäischen Rußlands auf 1345 Millionen Rubel, dem „Index" für 1890 zufolge aber auf 1501 Millionen; wenn wir jedoch den Akzisenbetrag von der zweiten Zahl abzögen (allein in der Branntweinbrennerei etwa 250 Millionen Rubel), so würde die erste Zahl bedeutend höher sein.

Im „Index" (2. und 3. Ausg.) wird eine Einteilung der Fabriken und Werke in Gruppen nach dem Umfang der Jahresproduktion gegeben (ohne daß der Anteil jeder Gruppe an der Gesamtproduktion angegeben ist), aber wegen der oben angegebenen Unterschiede in den Methoden der Registrierung und der Feststellung des Umfangs der Jahresproduktion läßt sich diese Einteilung mit den Angaben des „Verzeichnisses" nicht vergleichen.

Es bleibt uns noch eine fehlerhafte Betrachtung des Herrn Karyschew zu untersuchen. Bei der Anführung der Angaben über die Jahresproduktion der Fabriken und Werke nach Gouvernements konnte er auch hier Vergleiche mit den Jahren 1885—1891, d. h. mit den Daten der „Zusammenstellung", nicht unterlassen. In diesen letzteren Daten gibt es keine Angaben über die akzisepflichtigen Gewerbe, und deshalb forscht Herr Karyschew nur, ob es nicht Gouvernements gibt, in denen die Gesamtproduktion 1894/95 *niedriger* ist als in den früheren Jahren. Es finden sich 8 derartige Gouvernements (S. 39/40), und Herr Karyschew räsoniert aus diesem Anlaß über eine „rückläufige Bewegung in der Industrie" in den „am wenigsten industriellen" Gouvernements, darüber, daß dies „als Anzeichen für die schwierige Lage der kleinen Betriebe in ihrer Konkur-

renz mit den großen dienen kann" und dgl. mehr. Alle diese Betrachtungen wären vielleicht sehr tiefsinnig, wenn, ja, wenn sie nicht ausnahmslos völlig falsch wären. Herr Karyschew hat auch hier nicht bemerkt, daß er ganz unvergleichbare und ungleichartige Angaben miteinander vergleicht. Weisen wir diese Unvergleichbarkeit an Hand der Angaben über jedes der von Herrn Karyschew genannten Gouvernements nach.* Im Gouvernement Perm war die Gesamtproduktion 1890 gleich 20,3 Millionen Rubel („Index"), 1894/95 dagegen gleich 13,1 Millionen; darunter das Müllereigewerbe 1890 mit 12,7 Millionen (in 469 Mühlen!) und 1894/95 mit 4,9 Millionen (in 66 Mühlen). Der scheinbare „Rückgang" hängt folglich einfach von der zufälligen Registrierung einer verschiedenen Anzahl von Mühlen ab. Die Zahl der Dampfmühlen beispielsweise stieg von 4 in den Jahren 1890 und 1891 auf 6 im Jahre 1894/95. Ebenso erklärt sich der „Rückgang" der Produktion auch im Gouvernement Simbirsk (1890: 230 Mühlen — 4,8 Millionen Rubel; 1894/95: 27 Mühlen und 1,7 Millionen Rubel. Dampfmühlen gab es 10 und 13). Im Gouvernement Wjatka war die Summe der Produktion 1890 gleich 8,4 Millionen, 1894/95 gleich 6,7 Millionen — 1,7 Millionen Rubel weniger. Im Jahre 1890 aber wurden hier zwei Hüttenwerke, das Wotkinsker und das Ishewsker, gezählt, deren Produktion (zusammengenommen) sich gerade auf 1,7 Millionen beläuft; im Jahre 1894/95 wurden diese Werke, als dem Bergdepartement „unterstellt", nicht gezählt. Im Gouvernement Astrachan wurde 1890 für 2,5 Millionen Rubel, 1894/95 für 2,1 Millionen produziert. Im Jahre 1890 wurde jedoch die Salzsiederei (346 000 Rubel) gezählt, 1894/95 dagegen nicht, da man sie zu den „Produktionszweigen des Bergbaus" rechnete. Im Gouvernement Pskow 1890: 2,7 Millionen Rubel und 1894/95: 2,3 Millionen Rubel; im Jahre 1890 aber wurden 45 Flachsbrechereien mit einer Produktion von 1,2 Millionen Rubel

---

* Wir nehmen hierbei die Angaben nicht aus der „Zusammenstellung", sondern aus dem „Index" für 1890 *und ziehen die akzisepflichtigen Gewerbe ab.* Mit Ausnahme dieser Gewerbe unterscheiden sich die Angaben des „Index" fast gar nicht von den Angaben der „Zusammenstellung", denn sie beruhen auf ein und denselben Berichtsbogen des Departements für Handel und Manufakturen. Um aber den Fehler des Herrn Karyschew zu finden, brauchen wir detaillierte Angaben nicht nur über die einzelnen Gewerbe, sondern auch über die einzelnen Fabriken.

gezählt, während 1894/95 nur 4 *Flachsspinnereien* mit 248 000 Rubel gezählt wurden. Es versteht sich von selbst, daß die Flachsbrechereien im Gouvernement Pskow nicht verschwunden sind, sondern einfach nicht in die Liste kamen (vielleicht weil die meisten von ihnen Betriebe mit reiner Handarbeit und weniger als 15 Arbeitern sind). Im Gouvernement Bessarabien wurde die Produktion der Mehlmühlen auf verschiedene Art registriert, obgleich sowohl 1890 als auch 1894/95 die gleiche Zahl Mühlen (beide Male 97) ermittelt wurde; im Jahre 1890 wurde die Menge des gemahlenen Mehls — 4,3 Millionen Pud = 4,3 Millionen Rubel — gezählt, 1894/95 dagegen wiesen die meisten Mühlen *nur das Mahlgeld* aus, so daß die Gesamtsumme ihrer Leistung (1,8 Millionen Rubel) sich mit der Zahl für 1890 nicht vergleichen läßt. Hier ein paar Beispiele, die diesen Unterschied illustrieren. 2 Mühlen der Firma Löwensohn wiesen 1890 eine Produktion von 335 000 Rubel aus („Index", S. 424), 1894/95 dagegen nur 69 000 Rubel *Mahlgeld* („Verzeichnis" Nr. 14231/32). Umgekehrt ist für die Mühle der Firma Schwarzberg 1890 der Wert der Produktion mit 125 000 Rubel („Index", S. 425) und 1894/95 mit 175 000 Rubel angegeben („Verzeichnis" Nr. 14214); von der gesamten Produktionssumme im Müllereigewerbe kamen 1894/95 1,4 Millionen Rubel auf den Wert des Produkts und 0,4 Millionen Rubel auf das Mahlgeld. Das gleiche auch im Gouvernement Witebsk: 1890 waren es 241 Mühlen mit einer Produktion von 3,6 Millionen Rubel und 1894/95 82 Mühlen mit einer Produktion von 120 000 Rubel, wobei die meisten Mühlen nur das Mahlgeld ausweisen (Dampfmühlen gab es 37 im Jahre 1890, 51 im Jahre 1891 und 64 im Jahre 1894/95), so daß von diesen 120 000 Rubel *mehr als die Hälfte* nicht den Wert des Produkts, sondern Mahlgeld ausmachen. Im letzten Gouvernement — Archangelsk — schließlich erklärt sich die von Herrn Karyschew entdeckte „rückläufige Bewegung in der Industrie" einfach durch einen seltsamen Fehler in seinen Berechnungen: in Wirklichkeit war die Produktion der Archangelsker Fabriken nach dem „Verzeichnis" nicht 1,3 Millionen Rubel, wie Herr Karyschew zweimal angibt (S. 40 und 39; gegenüber 3,2 Millionen Rubel in den Jahren 1885—1891), sondern *6,9 Millionen Rubel*, wovon 6,5 Millionen Rubel auf 18 Sägewerke entfielen („Verzeichnis", S. 247).

Fassen wir das oben Gesagte zusammen, so kommen wir zu dem Schluß, daß Herr Karyschew mit dem von ihm bearbeiteten Material erstaunlich

unaufmerksam und kritiklos umgegangen ist und deshalb eine ganze Reihe gröbster Fehler gemacht hat. Was nun die von ihm gemeinsam mit seinen Mitarbeitern vorgenommene Zusammenrechnung der Zahlen aus dem „Verzeichnis" anbelangt, so verliert ihr statistischer Wert, wie gesagt werden muß, viel durch den Umstand, daß Herr Karyschew vollständige Ergebnisse, d. h. die Zahl der Fabriken und der Arbeiter sowie den Produktionswert für alle Gouvernements und Gewerbegruppen, nicht veröffentlicht hat (obgleich diese Berechnungen offenbar von ihm angestellt worden sind und ihre vollständige Veröffentlichung einerseits eine Nachprüfung ermöglichen und anderseits allen großen Nutzen bringen würde, die das „Verzeichnis" benützen). Somit hat sich die rein statistische Bearbeitung des Materials als äußerst fragmentarisch, unvollständig, unsystematisch erwiesen, und die Schlußfolgerungen, mit denen es Herr Karyschew so eilig hatte, können großenteils als Beispiel dafür dienen, wie man mit Zahlen nicht umgehen darf.

Um zu der oben aufgeworfenen Frage nach dem gegenwärtigen Stand unserer Fabrik- und Werkstatistik überzugehen, müssen wir vor allem sagen: Wenn „vollständige und glaubwürdige statistische Angaben über die Gewerbe" *„dringend notwendig" sind (so heißt es in der „Einführung"* zum „Verzeichnis", und dem muß man unbedingt zustimmen), so erfordert ihre Gewinnung eine richtig organisierte Gewerbezählung, die alle und jegliche Gewerbebetriebe, Unternehmen und Arbeiten registriert und die in bestimmten Zeitabschnitten wiederholt wird. Wenn die Daten der ersten Volkszählung vom 28. Januar 1897[5] über die Berufe der Bevölkerung sich als befriedigend erweisen und detailliert ausgewertet werden, so werden sie die Durchführung einer Gewerbezählung bedeutend erleichtern. Solange es jedoch solche Zählungen nicht gibt, kann nur von der Registrierung einiger großer Industriebetriebe die Rede sein. Das gegenwärtige System der Einholung und Bearbeitung statistischer Unterlagen für solche Großbetriebe („Fabriken und Werke" nach der herrschenden Terminologie) muß als im höchsten Grade unbefriedigend bezeichnet werden. Sein erster Mangel ist die Zersplitterung der Fabrik- und Werkstatistik auf verschiedene „Ämter" und das Fehlen einer speziellen, rein statistischen Institution, die die Einholung, Prüfung und Bearbeitung aller Angaben über alle Fabriken und Werke zentralisiert. Bei der Bearbeitung der Daten, die die gegenwärtige Fabrik- und Werkstatistik in

Rußland liefert, befindet man sich auf einem Gebiet, das nach allen Richtungen von den Grenzen verschiedener „Amtsbereiche" (die besondere Verfahren und Methoden der Registrierung u. ä. m. haben) durchschnitten wird. Es kommt sogar vor, daß diese Grenze mitten durch eine bestimmte Fabrik oder ein bestimmtes Werk verläuft, so daß eine Werkabteilung (beispielsweise die Eisengießerei) dem Bergdepartement und eine andere (beispielsweise die Herstellung von Eisenwaren) dem Departement für Handel und Manufakturen unterstellt ist. Man begreift, wie das die Benutzung der Daten erschwert und in welche Fehler Forscher zu verfallen riskieren (und auch verfallen), die dieser komplizierten Frage nicht genügend Aufmerksamkeit widmen. Insbesondere muß bezüglich der Nachprüfung der Angaben gesagt werden, daß die Fabrikinspektion selbstverständlich niemals imstande sein wird, alle Angaben aller Fabrikanten auf ihre Übereinstimmung mit der Wirklichkeit zu prüfen. Bei einem System vom heutigen Typus (d. h., wenn die Unterlagen nicht mittels Zählung durch einen besonderen Agentenstab, sondern mittels Versendung von Fragebogen an die Fabrikanten eingeholt werden) muß vor allem darauf geachtet werden, daß die zentrale statistische Institution mit allen Besitzern der Fabriken und Werke *unmittelbar* verkehrt, daß sie die *Gleichartigkeit* der Angaben systematisch kontrolliert und für ihre Vollständigkeit sowie für die Versendung von Fragebogen nach *allen* einigermaßen bedeutenden Industriezentren sorgt, daß sie die zufällige Einbeziehung ungleichartiger Angaben und eine verschiedene Anwendung und Auslegung des Programms verhindert. Der zweite Hauptmangel des heutigen Systems besteht darin, daß das Programm für die Einholung der Angaben in keiner Weise durchgearbeitet ist. Wenn ein solches Programm in den Kanzleien ausgearbeitet wird, ohne von Spezialisten kritisiert und (was besonders wichtig ist) von der Presse allseitig erörtert zu werden, *können* die Angaben niemals auch nur einigermaßen vollständig und gleichartig sein. Wir haben beispielsweise gesehen, wie unbefriedigend heute selbst die Hauptfrage des Programms gelöst wird: Was heißt „Fabrik und Werk"? Bei dem Fehlen von Gewerbezählungen, bei einem System, wo die Angaben von den Industriellen selbst gemacht werden (über die Polizei, die Fabrikinspektion u. ä. m.), muß unbedingt der Begriff „Fabriken und Werke" mit absoluter Genauigkeit definiert und auf Betriebe beschränkt werden, die so groß sind,

daß man hoffen darf, sie *alle und überall lückenlos* registrieren zu können. Die Hauptelemente der gegenwärtig üblichen Definition des „Fabrik- und Werkbetriebs" sind offenbar recht glücklich gewählt: 1. Zahl der Arbeiter *innerhalb des Betriebs* mindestens 15 (wobei die Frage geklärt werden muß, wie die Hilfsarbeiter von den Fabrik- und Werkarbeitern im eigentlichen Sinne zu trennen sind, wie die Durchschnittsarbeiterzahl im Jahre zu bestimmen ist usw.) und 2. das Vorhandensein einer Dampfmaschine (sei es auch bei geringerer Arbeiterzahl). Leider sind diesen Merkmalen andere, ganz unbestimmte hinzugefügt worden, während doch bei der Erweiterung dieser Definition äußerste Vorsicht geboten ist. Wenn auch beispielsweise größere Betriebe mit Wasserkraftantrieb nicht ausgelassen werden dürfen, so muß doch mit größter Genauigkeit angegeben werden, welche Betriebe dieser Art eigentlich zu registrieren sind (bei einem Antriebsmechanismus von mindestens der und der Stärke oder bei einer Arbeiterzahl nicht niedriger als die und die usw.). Wenn es als notwendig angesehen wird, in einigen Gewerben auch kleinere Betriebe zu zählen, so müssen diese Gewerbe mit größter Genauigkeit aufgezählt und andere klare Merkmale des Begriffs „Fabrik- und Werkbetrieb" angegeben werden. Den Gewerben, in denen die „Fabriken und Werke" mit „Kustar"-betrieben oder „landwirtschaftlichen" Betrieben verschmelzen (Walkereien, Ziegeleien, Gerbereien, Mühlen, Ölmühlen und viele andere), muß besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Wir meinen, daß die eben angeführten beiden Merkmale des Begriffs „Fabrik und Werk" auf keinen Fall erweitert werden sollten, weil bei dem System, nach dem gegenwärtig die Angaben eingeholt werden, selbst solche relativ großen Betriebe schwerlich ganz ohne Lücken registriert werden können. Eine Umgestaltung dieses Systems aber kann nur entweder in teilweisen und unwesentlichen Änderungen oder in der Einführung vollständiger Gewerbezählungen bestehen. Was nun die Frage nach dem Umfang der Angaben, d. h. nach der Zahl der den Industriellen vorzulegenden Fragen betrifft, so muß auch hier ein grundlegender Unterschied zwischen einer Gewerbezählung und einer Statistik vom heutigen Typus gemacht werden. Nur im ersten Fall ist es möglich und notwendig, nach Vollständigkeit der Angaben zu streben (Fragen nach der Geschichte des Betriebs, nach seinem Verhältnis zu den benachbarten Betrieben und zur benachbarten Bevölkerung, nach der kommerziellen Seite der Sache, nach den Rohstoffen

und Hilfsmaterialien, nach der Menge und Art des Produkts, nach dem Arbeitslohn, dem Arbeitstag, den Schichten, der Nacht- und Überstundenarbeit usw. usf.). Im zweiten Fall dagegen muß man sehr vorsichtig sein: es ist besser, wenige relativ glaubwürdige, vollständige und gleichartige Angaben zu erhalten als viele fragmentarische, zweifelhafte und unvergleichbare. Unbedingt notwendig ist es nur, Fragen nach den Arbeitsmechanismen und nach der Menge der Erzeugnisse beizufügen.

Wenn wir davon sprechen, daß unsere Fabrik- und Werkstatistik im höchsten Grade unbefriedigend ist, so wollen wir damit durchaus nicht sagen, daß ihre Daten keine Aufmerksamkeit und Bearbeitung verdienten. Ganz im Gegenteil. Wir haben eingehend die Mängel des gegenwärtigen Systems untersucht, um die Notwendigkeit einer besonders sorgfältigen Bearbeitung der Daten zu unterstreichen. Das wichtigste, das grundlegende Ziel dieser Bearbeitung muß die Sonderung der Spreu vom Weizen, die Trennung des relativ brauchbaren Materials von dem unbrauchbaren sein. Wie wir gesehen haben, besteht der Hauptfehler des Herrn Karyschew (und vieler anderer) gerade darin, daß er eine solche Trennung nicht vorgenommen hat. Die Angaben über die Zahl der „Fabriken und Werke" sind am wenigsten glaubwürdig und können ohne eine sorgfältige vorangehende Bearbeitung (Aussonderung der größeren Betriebe usw.) auf keinen Fall benutzt werden. Die Arbeiterzahl und der Produktionswert sind in den allgemeinen Gesamtergebnissen viel glaubwürdiger (wobei jedoch streng untersucht werden muß, welche Gewerbe gezählt und wie sie gezählt wurden, wie der Produktionswert bestimmt wurde und dgl. mehr). Nehmen wir dagegen detailliertere Ergebnisse, so ist es möglich, daß die Angaben sich als unvergleichbar erweisen und daß ihre Benutzung zu Fehlern führt. Nur durch die Ignorierung aller dieser Umstände läßt sich auch die Entstehung der Fabeln von einer Abnahme der Zahl der Fabriken in Rußland und von einer Abnahme der Zahl der Fabrik- und Werkarbeiter (verglichen mit der Gesamtbevölkerung) erklären, Fabeln, die von den Volkstümlern so eifrig verbreitet wurden.

Was die Bearbeitung des Materials selbst betrifft, so müssen hier unbedingt Angaben über jede einzelne Fabrik, d. h. Meldekarten, zugrunde gelegt werden. Diese Karten müssen vor allem nach territorialen Einheiten gruppiert werden. Das Gouvernement ist eine zu große Einheit. Die Frage

nach dem Standort der Industrie ist so wichtig, daß sie eine Gruppierung nach den einzelnen Städten, Vororten, Dörfern und Dörfergruppen, die industrielle Zentren oder Bezirke bilden, erheischt. Ferner ist eine Gruppierung nach Gewerben notwendig. In dieser Beziehung hat das neueste System unserer Fabrik- und Werkstatistik unserer Meinung nach eine unerwünschte Änderung eingeführt, die einen radikalen Bruch mit der alten, seit den sechziger Jahren (und vorher) herrschenden Einteilung der Gewerbe bedeutet. Das „Verzeichnis" teilt die Gewerbe auf neue Art in zwölf Gruppen ein: nimmt man dabei nur die Angaben nach den Gruppen, so erhält man übermäßig weite Rahmen, die Gewerbe vom allerverschiedensten Charakter umfassen und zusammenwerfen (Tuchfabriken und Filzwalkereien, Sägewerke und Möbelfabriken, Papierfabriken und Druckereien, Eisengießereien und Juwelierwerkstätten, Ziegeleien und Porzellanbrennereien, Gerbereien und Wachsschmelzereien, Ölmühlen und Zuckerraffinerien, Brauereien und Tabakfabriken usw.). Werden dagegen alle diese Gruppen weitgehend in Gewerbezweige unterteilt, so erhält man (siehe bei Mikulin, a. a. O.) äußerst zersplitterte Gruppen, *über dreihundert* an der Zahl! Das alte System, das 10 Gewerbegruppen und rund 100 Gewerbearten hatte (91 nach dem „Index" für 1890), erscheint uns bedeutend glücklicher. Notwendig ist weiter eine Gruppierung der Fabriken *nach der Zahl der Arbeiter, nach der Art der Antriebsmaschinen* und *nach dem Umfang der Produktion*. Diese Gruppierung ist besonders notwendig sowohl vom rein theoretischen Standpunkt aus — für die Erforschung des Standes und der Entwicklung der Industrie — als auch für die Trennung der relativ brauchbaren von den unbrauchbaren Angaben in dem vorhandenen Material. Das Fehlen einer solchen Gruppierung (die innerhalb der territorialen Gruppen und der Gewerbegruppen notwendig ist) ist der wesentlichste Mangel unserer jetzigen Veröffentlichungen zur Fabrik- und Werkstatistik, die nur die Bestimmung von „Durchschnittszahlen" ermöglichen, von Zahlen, die fast immer völlig fiktiv sind und zu groben Fehlern führen. Schließlich darf sich die Gruppierung nach allen diesen Merkmalen nicht auf die Bestimmung der Zahl der Betriebe in jeder Gruppe (oder in den Untergruppen) beschränken, sondern muß für jede Gruppe unbedingt durch die Berechnung der Arbeiterzahl wie des Produktionswertes sowohl in den Betrieben mit Dampfmaschinen als auch in den Betrieben mit ausschließlicher Handarbeit usw.

ergänzt werden. Mit anderen Worten: Außer den *Gruppen*tabellen sind auch noch *kombinierte* Tabellen notwendig.

Es wäre ein Fehler zu glauben, eine derartige Ausarbeitung erfordere übermäßige Mühe und Arbeit. Die semstwostatistischen Büros mit ihrem bescheidenen Etat und Personal leisten bedeutend kompliziertere Arbeiten für jeden Kreis; sie bearbeiten 20000, 30000 und 40000 einzelne Karten (die Zahl der relativ großen Betriebe in ganz Rußland, der „Fabriken und Werke", aber dürfte sich wahrscheinlich auf nicht mehr als 15000 bis 16000 belaufen); dabei haben die Angaben auf jeder Karte einen unvergleichlich größeren Umfang: in den semstwostatistischen Sammlungen gibt es mehrere Hundert Vertikalrubriken, während das „Verzeichnis" z. B. weniger als 20 hat. Und trotzdem liefern die besten semstwostatistischen Sammlungen nicht nur Gruppentabellen nach verschiedenen Merkmalen, sondern auch kombinierte Tabellen, das heißt solche, die verschiedene Merkmale vereinigen.

Eine derartige Bearbeitung der Daten würde erstens das notwendige Material für die ökonomische Wissenschaft liefern. Zweitens aber würde sie die Frage nach der Trennung der relativ brauchbaren von den unbrauchbaren Angaben endgültig lösen. Bei einer solchen Bearbeitung würde der zufällige Charakter der Daten über einige Gewerbe und Gouvernements, über einige Punkte des Programms usw. sofort zutage treten. Es würde sich die Möglichkeit ergeben, ein relativ vollständiges, glaubwürdiges und gleichartiges Material auszusondern. Man würde wertvolle Hinweise darauf gewinnen, wie diese Qualitäten für die Zukunft sichergestellt werden könnten.

*Geschrieben im August 1898.*

*Veröffentlicht 1898 in dem Sammelband: Wladimir Iljin, „Ökonomische Studien und Aufsätze".*

*Nach dem Text des Sammelbands.*

REZENSION

**A. BOGDANOW, Kurzer Lehrgang der ökonomischen Wissenschaft.** *Moskau 1897. Verlag des Bücherlagers A. Murinowa. 290 S. Preis 2 Rubel*

Das Buch des Herrn Bogdanow stellt in unserer ökonomischen Literatur eine hervorragende Erscheinung dar; es ist nicht nur ein „nicht überflüssiger" Leitfaden neben anderen (wie der Verfasser im Vorwort „hofft"), sondern entschieden der beste von ihnen. Wir wollen deshalb in der vorliegenden Notiz die Leser auf die außerordentlichen Vorzüge dieses Werkes aufmerksam machen und einige unbedeutende Punkte hervorheben, die unserer Meinung nach bei späteren Auflagen verbessert werden könnten; man darf annehmen, daß angesichts des lebhaften Interesses, das die Leserschaft ökonomischen Fragen entgegenbringt, weitere Auflagen dieses nützlichen Buches nicht lange auf sich warten lassen werden.

Der Hauptvorzug von Herrn Bogdanows „Lehrgang" ist die konsequente Einhaltung einer Richtung von der ersten bis zur letzten Seite des Buches, das sehr viele und sehr umfassende Fragen behandelt. Der Verfasser gibt uns gleich am Anfang eine klare und genaue Bestimmung der politischen Ökonomie als der „Wissenschaft, die die gesellschaftlichen Produktions- und Verteilungsverhältnisse in ihrer Entwicklung erforscht" (3), und er weicht nirgends von dieser Anschauung ab, die oft von den gelehrten Professoren der politischen Ökonomie sehr schlecht begriffen wird; die Professoren verwechseln oft die „gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse" mit der Produktion überhaupt und pfropfen ihre dicken Lehrbücher mit einem Haufen inhaltsloser und überhaupt nicht zur Gesellschaftswissenschaft gehörender Banalitäten und Beispiele voll. Jene Scholastik, die die Verfasser von Lehrbüchern häufig veranlaßt, ihre Geistesschärfe in „Definitionen" und in der Analyse einzelner Merkmale

jeder Definition zu beweisen, ist dem Autor fremd, wobei die Klarheit der Darlegung bei ihm hierdurch keineswegs verliert, sondern geradezu gewinnt, und der Leser z. B. eine deutliche Vorstellung von einer Kategorie wie dem *Kapital* sowohl in seiner gesellschaftlichen als auch in seiner historischen Bedeutung erhält. Die Auffassung der politischen Ökonomie als der Wissenschaft von den sich historisch entwickelnden Formationen der gesellschaftlichen Produktion ist dem Aufbau der Darstellung dieser Wissenschaft im „Lehrgang" des Herrn Bogdanow zugrunde gelegt. Der Verfasser, der zu Anfang kurze „allgemeine Begriffe" von der Wissenschaft (S. 1—19) und zum Schluß eine kurze „Geschichte der ökonomischen Anschauungen" (S. 235—290) bringt, legt den Inhalt der Wissenschaft im Abschnitt „C. Der Prozeß der ökonomischen Entwicklung" dar, legt ihn nicht dogmatisch dar (wie das in den meisten Lehrbüchern üblich ist), sondern in Form einer Charakteristik der aufeinanderfolgenden ökonomischen Entwicklungsperioden, nämlich: der Periode des urwüchsigen Gentilkommunismus, der Periode der Sklaverei, der Periode des Feudalismus und der Zünfte und schließlich des Kapitalismus. So und nicht anders muß die politische Ökonomie dargestellt werden. Man wird vielleicht einwenden, der Autor müsse auf diese Weise unweigerlich ein und denselben Abschnitt der Theorie (z. B. über das Geld) auf verschiedene Perioden aufteilen und in Wiederholungen verfallen. Aber dieser rein formale Mangel wird durch die grundlegenden Vorzüge der historischen Darstellung gänzlich aufgewogen. Ja, und ist dies überhaupt ein Mangel? Es ergeben sich nur sehr unbedeutende Wiederholungen, die für den Anfänger nützlich sind, weil er sich die besonders wichtigen Lehrsätze gründlicher zu eigen macht. Wenn z. B. die verschiedenen Funktionen des Geldes zusammen mit den verschiedenen Perioden der ökonomischen Entwicklung behandelt werden, so zeigt das dem Lernenden anschaulich, daß die theoretische Analyse dieser Funktionen nicht auf abstrakter Spekulation beruht, sondern auf der genauen Erforschung dessen, was in der historischen Entwicklung der Menschheit wirklich vor sich gegangen ist. Die Vorstellung von den einzelnen, historisch bestimmten Formationen der gesellschaftlichen Wirtschaft wird geschlossener sein. Besteht doch die ganze Aufgabe eines Leitfadens der politischen Ökonomie darin, demjenigen, der diese Wissenschaft studiert, die grundlegenden Begriffe von den verschiedenen Systemen der gesellschaftlichen Wirtschaft und von

den grundlegenden Zügen jedes einzelnen Systems zu vermitteln; die ganze Aufgabe besteht darin, daß jemand, der sich den Anfangskurs zu eigen gemacht hat, nunmehr einen zuverlässigen Kompaß für das weitere Studium des Gegenstands besitzt, daß er Interesse an diesem Studium gewinnt, weil er versteht, daß mit den Fragen der ökonomischen Wissenschaft die wichtigsten Fragen des heutigen gesellschaftlichen Lebens aufs unmittelbarste verbunden sind. In neunundneunzig von hundert Fällen ist es gerade dies, was den Leitfäden der politischen Ökonomie fehlt. Ihr Mangel besteht noch nicht einmal so sehr darin, daß sie sich auf ein bestimmtes System der gesellschaftlichen Wirtschaft (nämlich den Kapitalismus) zu beschränken pflegen, als vielmehr darin, daß sie es nicht verstehen, die Aufmerksamkeit des Lesers auf die grundlegenden Züge dieses Systems zu konzentrieren; daß sie es nicht verstehen, seine historische Bedeutung klar zu bestimmen, den Prozeß (und die Bedingungen) seiner Entstehung einerseits, die Tendenzen seiner weiteren Entwicklung anderseits zu zeigen; daß sie es nicht verstehen, die einzelnen Seiten und die einzelnen Erscheinungen des heutigen Wirtschaftslebens als Bestandteile eines bestimmten Systems der gesellschaftlichen Wirtschaft, als Erscheinungsformen der grundlegenden Züge dieses Systems darzustellen; daß sie es nicht verstehen, dem Leser eine zuverlässige Anleitung zu geben, weil sie sich gewöhnlich nicht mit aller Konsequenz an eine Richtung halten; daß sie es schließlich nicht verstehen, das Interesse des Lernenden zu wecken, weil sie die Bedeutung der ökonomischen Fragen äußerst eng und zusammenhanglos auffassen und „in poetischer Unordnung" „Faktoren" — den ökonomischen, politischen, moralischen Faktor usw. — vorbringen. Nur die *materialistische Geschichtsauffassung* bringt Licht in dieses Chaos und ermöglicht eine umfassende, zusammenhängende und sinnvolle Betrachtung einer besonderen Formation der gesellschaftlichen Wirtschaft als des Fundaments einer besonderen Formation des gesamten gesellschaftlichen Lebens der Menschen.

Der außerordentliche Vorzug des „Lehrgangs" von Herrn Bogdanow besteht eben darin, daß der Verfasser sich konsequent an den historischen Materialismus hält. Wenn er eine bestimmte Periode der ökonomischen Entwicklung charakterisiert, gibt er gewöhnlich in der „Erläuterung" einen Abriß der politischen Zustände, der Familie und der gesellschaftlichen ideologischen Hauptströmungen *im Zusammenhang* mit den Grundzügen

der betreffenden Wirtschaftsordnung. Nachdem er klargestellt hat, wie die betreffende Wirtschaftsordnung eine bestimmte Teilung der Gesellschaft in Klassen hervorbrachte, zeigt der Verfasser, wie *diese Klassen* in der Politik, in der Familie und im intellektuellen Leben der betreffenden geschichtlichen Periode in Erscheinung traten, wie die Interessen dieser Klassen sich in bestimmten ökonomischen Schulen widerspiegelten, wie z. B. die Interessen der aufsteigenden Entwicklung des Kapitalismus von der Schule der freien Konkurrenz, die Interessen der gleichen Klasse in einer späteren Periode dagegen von der Schule der Vulgärökonomen (284), der Schule der Apologie, zum Ausdruck gebracht wurden. Mit vollem Recht weist der Verfasser auf den Zusammenhang hin, der zwischen der Lage bestimmter Klassen und der historischen Schule (284) sowie der Schule der Kathederreformer (der „realistischen" oder „historisch-ethischen") besteht, einer Schule, die mit ihrer inhaltslosen und falschen Vorstellung von der „außerhalb der Klassen liegenden" Herkunft und Bedeutung der juristisch-politischen Institutionen (288) usw. als „Schule des Kompromisses" (287) bezeichnet werden muß. Der Verfasser bringt mit der Entwicklung des Kapitalismus auch die Lehren Sismondis und Proudhons in Zusammenhang, die er mit Recht zu den kleinbürgerlichen Ökonomen rechnet, wobei er die Wurzeln ihrer Ideen in den Interessen jener besonderen Klasse der kapitalistischen Gesellschaft aufzeigt, die eine „mittlere Stellung, eine Übergangsstellung" einnimmt (279), und die reaktionäre Bedeutung derartiger Ideen ohne Umschweife feststellt (280/281). Dank der Folgerichtigkeit seiner Anschauungen und der Fähigkeit, die einzelnen Seiten des Wirtschaftslebens im Zusammenhang mit den grundlegenden Zügen der betreffenden Wirtschaftsordnung zu untersuchen, hat der Verfasser die Bedeutung solcher Erscheinungen richtig bewertet wie die Beteiligung der Arbeiter am Betriebsgewinn (eine der „Formen des Arbeitslohns", die „sich überaus selten als vorteilhaft für den Unternehmer erweisen kann" (S. 132/133)) oder die Produktionsassoziationen, die, „in kapitalistischen Verhältnissen organisiert", „im Grunde nur die Kleinbourgeoisie vermehren" (187).

Wir wissen, daß gerade diese Eigenschaften des „Lehrgangs" von Herrn Bogdanow nicht wenig Mißbilligung finden werden. Unzufrieden werden selbstverständlich die Vertreter und Anhänger der „ethisch-soziologischen" Schule in Rußland sein. Unzufrieden werden diejenigen sein, die da mei-

nen, daß „die Frage der ökonomischen Geschichtsauffassung eine rein akademische Frage ist" *, und noch viele andere... Aber auch abgesehen von dieser sozusagen parteiischen Unzufriedenheit wird man wahrscheinlich darauf hinweisen, daß die umfassende Fragestellung eine außerordentliche Gedrängtheit der Darstellung im „Kurzen Lehrgang" verursacht hat, der auf nur 290 Seiten sowohl über alle Perioden der ökonomischen Entwicklung, von der Gentilgemeinschaft und den Wilden bis zu den kapitalistischen Kartellen und Trusten, als auch über das politische Leben und die Familie der antiken Welt und des Mittelalters und schließlich noch über die Geschichte der ökonomischen Anschauungen berichtet. Die Darstellung des Herrn A. Bogdanow ist wirklich in höchstem Maße gedrängt, wie er auch selbst im Vorwort erklärt, wo er sein Buch geradezu als „Konzept" bezeichnet. Zweifellos werden manche der konzeptartigen Bemerkungen des Verfassers, die sich zumeist auf Tatsachen historischen Charakters, zuweilen aber auch auf detailliertere Fragen der theoretischen Ökonomie beziehen, für den Anfänger, der das Buch liest und sich mit der politischen Ökonomie erst vertraut machen möchte, unverständlich sein. Uns scheint jedoch, daß wir dies nicht dem Verfasser zur Last legen können. Wir möchten sogar sagen, ohne den Vorwurf der Paradoxie zu fürchten, daß wir derartige Bemerkungen eher als einen Vorzug denn als einen Mangel des rezensierten Buches zu betrachten geneigt sind. In der Tat, wenn der Verfasser sich vorgenommen hätte, jede derartige Bemerkung eingehend zu entwickeln, zu erläutern und zu begründen, so wäre der Umfang seines Werkes über alle Maßen angeschwollen, was den Aufgaben eines kurzen Leitfadens in keiner Weise entspricht. Außerdem ist es auch undenkbar, in einem Lehrbuch, und sei es auch das dickste, alle Daten der modernen Wissenschaft über alle Perioden der ökonomischen Entwicklung und über die Geschichte der ökonomischen Anschauungen von Aristoteles bis Wagner darzulegen. Hätte er alle derartigen Bemerkungen weggelassen, so hätte sein Buch durch Einengung des Bereichs und der Bedeutung der politischen Ökonomie entschieden verloren. In ihrer jetzigen Gestalt werden diese konzeptartigen Bemerkungen, wie wir glauben, sowohl den nach diesem Konzept Lehrenden als auch den nach ihm

* So meint der Zeitschriftenrezensent in der „Russkaja Mysl" [Der russische Gedanke] (1897, November, Abteilung Bibliographie, S. 517). Auch solche lächerlichen Tröpfe gibt es!

Lernenden großen Nutzen bringen. Von den ersteren braucht man gar nicht zu reden. Die Zweitgenannten werden aus der Gesamtheit dieser Bemerkungen ersehen, daß man die politische Ökonomie nicht einfach so, mir nichts dir nichts*, ohne alle Vorkenntnisse, ohne Bekanntschaft mit sehr vielen und wichtigen Fragen der Geschichte, der Statistik usw. studieren kann. Die Lernenden werden sehen, daß es unmöglich ist, mit den Fragen der gesellschaftlichen Wirtschaft in ihrer Entwicklung und ihrem Einfluß auf das Leben der Gesellschaft an Hand eines oder auch mehrerer jener Lehrbücher und Lehrgänge vertraut zu werden, die sich häufig durch erstaunliche „Leichtigkeit der Darstellung", dafür aber auch durch erstaunliche Inhaltslosigkeit, durch leere Phrasendrescherei auszeichnen; daß mit den ökonomischen Fragen die brennendsten Fragen der Geschichte und der heutigen Wirklichkeit untrennbar verbunden sind und daß die Wurzeln dieser letzteren Fragen in den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen stecken. Gerade dies ist ja die Hauptaufgabe jedes Leitfadens: die Grundbegriffe des darzustellenden Gegenstands zu vermitteln und darauf hinzuweisen, in welcher Richtung er eingehender studiert werden sollte und weshalb ein solches Studium wichtig ist.

Wenden wir uns jetzt dem zweiten Teil unserer Bemerkungen zu, der Behandlung der Stellen in Herrn Bogdanows Buch, die unserer Meinung nach Korrekturen oder Ergänzungen erfordern. Wir wollen hoffen, daß der verehrte Verfasser nicht gegen uns die Klage erheben wird, diese Bemerkungen seien kleinlich oder gar Nörgelei: in einem Konzept sind einzelne Sätze und selbst einzelne Worte von unvergleichlich größerer Bedeutung als in einer umständlichen und eingehenden Darstellung.

Herr Bogdanow hält sich im allgemeinen an die Terminologie der ökonomischen Schule, zu der er sich bekennt. Wo er jedoch von der Wertform spricht, da ersetzt er diesen Terminus durch den Ausdruck „Tauschformel" (S. 39ff.). Dieser Ausdruck, so scheint uns, ist ungeschickt; der Terminus „Wertform" ist wirklich in einem kurzen Leitfaden unpraktisch, und vielleicht sollte man statt dessen Form des Austausches oder Entwicklungsstufe des Austausches sagen, so aber erhalten wir sogar Ausdrücke wie „Herrschaft der zweiten Tauschformel" (43) (?). Wo er

* Wie Kautsky im Vorwort zu seinem bekannten Buch „Karl Marx' ökonomische Lehren" treffend bemerkt hat. [„Mir nichts dir nichts" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*]

vom Kapital spricht, hätte der Verfasser nicht versäumen dürfen, die allgemeine Formel des Kapitals zu behandeln, die dem Lernenden helfen würde, sich die Gleichartigkeit des Handels- und des Industriekapitals klarzumachen. — Wo er den Kapitalismus charakterisiert, hat der Verfasser die Vermehrung der kommerziell-industriellen Bevölkerung auf Kosten der landwirtschaftlichen und die Konzentration der Bevölkerung in den Großstädten außer acht gelassen; diese Lücke ist um so fühlbarer, als der Verfasser dort, wo er vom Mittelalter spricht, auf das Verhältnis von Dorf und Stadt ausführlich eingegangen ist (63—66), während er von der modernen Stadt nur mit ein paar Worten sagt, daß sie sich das Dorf unterwirft (174). — Wo er von der Geschichte der Industrie spricht, stellt der Verfasser das „Haussystem der kapitalistischen Produktion"* sehr entschieden „in die Mitte des Weges vom Handwerk zur Manufaktur" (S. 156, *Thesis* 6). In der vorliegenden Frage scheint uns eine solche Vereinfachung der Sache nicht ganz angebracht zu sein. Der Verfasser des „Kapitals" schildert die kapitalistische Hausarbeit im Kapitel über die maschinelle Industrie und rechnet sie direkt zur umwandelnden Wirkung der großen Industrie auf die alten Formen der Arbeit. In der Tat dürfen solche Formen der Hausarbeit, wie sie sowohl in Europa als auch in Rußland z. B. in der Bekleidungsindustrie herrschen, in keiner Weise „in die Mitte des Weges vom Handwerk zur Manufaktur" gestellt werden. Sie stehen in der historischen Entwicklung des Kapitalismus *weiter* als die Manufaktur, und darüber hätten, wie wir glauben, einige Worte gesagt werden sollen. — Eine merkliche Lücke in dem Kapitel über die Maschinenperiode des Kapitalismus** ist das Fehlen eines Abschnitts über die Reservearmee und die kapitalistische Übervölkerung, über ihre Verursachung durch die maschinelle Industrie, über ihre Bedeutung im industriellen Zyklus und über ihre Hauptformen. Die äußerst flüchtige Erwähnung dieser Erscheinungen durch den Verfasser, die man auf S. 205 und S. 270 findet, ist zweifellos ungenügend. — Die Behauptung des

* S. 93, 95, 147, 156. Uns scheint, daß der Verfasser durch diesen Terminus den von Korsak in unsere Literatur eingeführten Ausdruck „Haussystem der Großproduktion" glücklich ersetzt hat.

** Die strenge Einteilung des Kapitalismus in die Manufaktur- und die Maschinenperiode ist ein sehr großer Vorzug des „Lehrgangs" von Herrn Bogdanow.

Verfassers, daß „im letzten halben Jahrhundert" „der Profit viel rascher ansteigt als die Rente" (179), ist allzu kühn. Nicht nur Ricardo (gegen den Herr Bogdanow diese Bemerkung richtet), sondern auch Marx konstatiert, daß die Rente unter allen und jeglichen Bedingungen die allgemeine Tendenz hat, besonders rasch zu steigen (möglich ist sogar steigende Rente bei sinkendem Getreidepreis). Das Sinken der Getreidepreise (und der Rente unter bestimmten Bedingungen), das in letzter Zeit durch die Konkurrenz der jungfräulichen Böden Amerikas, Australiens usw. hervorgerufen wurde, macht sich erst seit den siebziger Jahren kraß bemerkbar, und Engels' Anmerkung in dem Abschnitt über die Rente („Das Kapital", III, 2, 259/260[6]), die der gegenwärtigen Agrarkrise gewidmet ist, ist viel vorsichtiger formuliert. Engels konstatiert hier das „Gesetz" des Steigens der Rente in den zivilisierten Ländern, das die „wunderbare Lebenszähigkeit der Klasse der großen Grundbesitzer" erklärt, und weist weiter lediglich darauf hin, daß diese Lebenszähigkeit „allmählich sich erschöpft". — Die der Landwirtschaft gewidmeten Abschnitte leiden gleichfalls unter zu großer Kürze. In dem Abschnitt über die (kapitalistische) Rente wird lediglich ganz flüchtig gesagt, daß ihre Vorbedingung kapitalistische Landwirtschaft ist. („In der Periode des Kapitalismus bleibt der Boden weiter Privateigentum und fungiert als Kapital", 127 — und weiter nichts!) Hierauf wäre, um alle Mißverständnisse zu vermeiden, mit einigen Worten ausführlicher einzugehen gewesen, ebenso auf die Entstehung der Dorfbourgeoisie, auf die Lage der Landarbeiter und auf die Unterschiede zwischen ihrer Lage und der Lage der Fabrikarbeiter (größere Anspruchslosigkeit und niedrigeres Lebensniveau, Überreste der Bindung an den Boden oder verschiedener Gesindeordnungen* usw.). Schade ist es auch, daß der Verfasser die Frage nach der Genesis der kapitalistischen Rente nicht berührt hat. Nach den Bemerkungen, die er über die Kolonen[7] und die abhängigen Bauern, ferner über die Pacht unserer Bauern gemacht hat, hätte er kurz den allgemeinen Entwicklungsgang der Rente von der Arbeitsrente zur Produktenrente, dann zur Geldrente und schließlich zur kapitalistischen Rente charakterisieren sollen (vgl. „Das Kapital", III, 2, Kap. 47[8]). — Wo er von der Verdrängung der Nebengewerbe durch den Kapitalismus und von der dadurch verlorengehenden Stabilität der bäuerlichen Wirtschaft spricht, drückt der Verfasser sich wie

* „Gesindeordnungen" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

folgt aus: „Die bäuerliche Wirtschaft wird im allgemeinen ärmer — der Gesamtbetrag der von ihr produzierten Werte verringert sich." (148.) Dies ist sehr ungenau. Der Prozeß des Ruins der Bauernschaft durch den Kapitalismus besteht in ihrer Verdrängung durch die Dorfbourgeoisie, die aus der gleichen Bauernschaft hervorgeht. Herr Bogdanow hätte z. B. schwerlich den Verfall der bäuerlichen Wirtschaft in Deutschland schildern können, ohne die Vollbauern* zu streifen. An der angeführten Stelle spricht der Verfasser von den Bauern überhaupt, gleich darauf jedoch bringt er ein Beispiel aus dem russischen Leben — vom russischen Bauern aber „im allgemeinen" zu sprechen ist mehr als riskant. Auf der gleichen Seite sagt der Verfasser: „Der Bauer befaßt sich entweder ausschließlich mit Landwirtschaft, oder er geht in die Manufaktur", d. h. — fügen wir von uns aus hinzu —, er wird entweder zu einem Dorfbourgeois oder zu einem Proletarier (mit einem winzigen Stück Land). Dieser zweiseitige Prozeß hätte erwähnt werden müssen. — Schließlich müssen wir als einen allgemeinen Mangel des Buches das Fehlen von Beispielen aus dem russischen Leben vermerken. Zu sehr vielen Fragen (wie z. B. zur Organisation der Produktion im Mittelalter, zur Entwicklung der maschinellen Produktion und der Schienenwege, zur Zunahme der Stadtbevölkerung, zu den Krisen und den Syndikaten, zum Unterschied zwischen Fabrik und Manufaktur usw.) wären derartige Beispiele aus unserer ökonomischen Literatur sehr wichtig, denn sonst wird die Aneignung des Gegenstands für den Anfänger durch das Fehlen ihm bekannter Beispiele sehr erschwert. Uns scheint, die Ausfüllung der erwähnten Lücken würde den Umfang des Buches nur ganz unbedeutend vergrößern und seiner weiten Verbreitung, die in jeder Beziehung sehr wünschenswert ist, nicht hinderlich sein.

*Geschrieben im Februar 1898.*
*Veröffentlicht im April 1898 in der Zeitschrift „Mir Boshi" Nr. 4.*

*Nach dem Text der Zeitschrift.*

---

* „Vollbauern" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

# NOTIZ ZUR FRAGE DER THEORIE DER MÄRKTE

(Aus Anlaß der Polemik zwischen
Herrn Tugan-Baranowski und Herrn Bulgakow)

Die Frage der Märkte in der kapitalistischen Gesellschaft nimmt bekanntlich einen in höchstem Maße wichtigen Platz in der Lehre der volkstümlerischen Ökonomen mit den Herren W. W.[9] und N.-on an der Spitze ein. Es ist deshalb ganz natürlich, daß die Ökonomen, die die Theorien der Volkstümler ablehnen, es für notwendig gehalten haben, dieser Frage Aufmerksamkeit zu schenken und vor allem die grundlegenden, die abstrakt-theoretischen Punkte der „Theorie der Märkte" klarzustellen. Eine solche Klarstellung versuchte im Jahre 1894 Herr Tugan-Baranowski in seinem Buch „Die Industriekrisen im heutigen England", zweiter Teil, Kapitel I: „Die Theorie der Märkte", und dann widmete im vorigen Jahr Herr Bulgakow der gleichen Frage das Buch „Über die Märkte bei kapitalistischer Produktion" (Moskau 1897). Beide Verfasser stimmen in den grundlegenden Anschauungen überein; bei beiden liegt der Schwerpunkt in einer Darlegung der hervorragenden Analyse der „Zirkulation und Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals", die Marx im „Kapital", Band II, Abschnitt III, gegeben hat. Beide Autoren sind sich darüber einig, daß die Theorien der Herren W. W. und N.-on über den Markt (besonders den inneren Markt) in der kapitalistischen Gesellschaft unbedingt falsch sind und entweder auf Ignorierung oder Nichtverstehen der Analyse von Marx beruhen. Beide Autoren erkennen an, daß sich die in Entwicklung begriffene kapitalistische Produktion hauptsächlich auf der Linie *der Produktionsmittel, nicht aber der Konsumtionsmittel* den Markt selber schafft; — daß sich die Realisation des Produkts im allgemeinen und des Mehrwerts[10] im besonderen durchaus ohne Einbeziehung des äußeren Marktes erklären läßt; — daß die Notwendigkeit des

äußeren Marktes für ein kapitalistisches Land sich keineswegs aus den Bedingungen der Realisation ergibt (wie die Herren W. W. und N.-on annehmen), sondern aus historischen Bedingungen und dgl. mehr. Man sollte meinen, angesichts einer so vollständigen Übereinstimmung gebe es zwischen Herrn Bulgakow und Herrn Tugan-Baranowski keine Streitfragen und sie könnten ihre Kräfte gemeinsam der weiteren und ausführlicheren Kritik der volkstümlerischen Ökonomie widmen. In Wirklichkeit aber ist zwischen den erwähnten Schriftstellern eine Polemik entbrannt (Bulgakow, a. a. O., S. 246–257 passim*; Tugan-Baranowski in „Mir Boshi", Jahrgang 1898, Nr. 6: „Kapitalismus und Markt", zu dem Buch S. Bulgakows). Unserer Meinung nach sind sowohl Herr Bulgakow als auch Herr Tugan-Baranowski in ihrer Polemik etwas zu weit gegangen und haben ihren Bemerkungen einen zu persönlichen Charakter verliehen. Versuchen wir festzustellen, ob zwischen ihnen eine wirkliche Meinungsverschiedenheit besteht und, wenn ja, wer von ihnen mehr recht hat.

Herr Tugan-Baranowski wirft Herrn Bulgakow vor allem vor, er sei „wenig originell" und liebe es zu sehr, jurare in verba magistri** („Mir Boshi", 123). „Die bei mir entwickelte Lösung der Frage nach der Rolle des äußeren Marktes für ein kapitalistisches Land, die von Herrn Bulgakow in vollem Umfang akzeptiert wird, ist durchaus nicht Marx entlehnt", erklärt Herr Tugan-Baranowski. Uns scheint, daß diese Erklärung unrichtig ist, denn Herr Tugan-Baranowski hat die Lösung der Frage *bei keinem anderen als Marx* entlehnt; von dort hat sie zweifellos auch Herr Bulgakow genommen, so daß nicht über „Originalität", sondern nur über die Auffassung dieser oder jener These von Marx, über die Notwendigkeit, Marx so oder anders darzulegen, gestritten werden kann. Herr Tugan-Baranowski erklärt, daß Marx „im zweiten Band die Frage des äußeren Marktes absolut nicht berührt" (l. c.***). Das ist falsch. In demselben (dritten) Abschnitt des zweiten Bandes, in dem die Realisation des Produkts analysiert wird, stellt Marx mit aller Bestimmtheit klar, was der auswärtige Handel und folglich auch der äußere Markt mit dieser Frage zu tun haben. Er sagt darüber folgendes:

„Kapitalistische Produktion existiert überhaupt nicht ohne auswärtigen

* und an anderen Stellen. *Die Red.*

** auf die Worte des Meisters zu schwören. *Die Red.*

*** loco citato — am angeführten Ort. *Die Red.*

Handel. Wird aber normale jährliche Reproduktion auf einer gegebnen Stufenleiter unterstellt, so ist damit auch unterstellt, daß der auswärtige Handel *nur durch Artikel"* (Waren) *„von andrer Gebrauchs- oder Naturalform einheimische Artikel ersetzt,* ohne die Wertverhältnisse zu affizieren, also auch nicht die Wertverhältnisse, worin die zwei Kategorien: Produktionsmittel und Konsumtionsmittel, sich gegeneinander umsetzen, und ebensowenig die Verhältnisse von konstantem Kapital, variablem Kapital und Mehrwert, worin der Wert des Produkts jeder dieser Kategorien zerfällbar. Die Hereinziehung des auswärtigen Handels bei Analyse des jährlich reproduzierten Produktenwerts kann also nur verwirren, ohne irgendein neues Moment, sei es des Problems, sei es seiner Lösung zu liefern. Es ist also ganz davon zu abstrahieren..." („Das Kapital", II[1], 469[11]. Hervorgehoben von uns.) Die „Lösung der Frage" durch Herrn Tugan-Baranowski: — „...in jedem Lande, das Waren aus dem Ausland einführt, kann Kapital im Überfluß vorhanden sein; ein äußerer Markt ist für ein solches Land unbedingt notwendig" („Industriekrisen", S. 429. Zitiert in „Mir Boshi", l. c., 121) — ist eine einfache Umstilisierung der These von Marx. Marx sagt, bei Analyse der Realisation darf der Außenhandel nicht in Betracht gezogen werden, denn er ersetzt nur die einen Waren durch andere. Herr Tugan-Baranowski, der die gleiche Frage der Realisation untersucht (Teil 2, Kapitel I der „Industriekrisen"), sagt, daß ein Waren einführendes Land auch Waren ausführen, d. h. einen äußeren Markt haben muß. Fragt sich, ob man hiernach sagen kann, Herr Tugan-Baranowski habe die „Lösung der Frage" „durchaus nicht Marx entlehnt"? Herr Tugan-Baranowski sagt weiter: „Band II und III des ‚Kapitals' bilden nur einen bei weitem nicht vollendeten Rohentwurf" und „aus diesem Grunde finden wir in Band III keine Schlußfolgerungen aus der hervorragenden Analyse, die in Band II gegeben wird" (angeführter Artikel, 123). Auch diese Behauptung ist ungenau. Neben einzelnen Analysen der gesellschaftlichen Reproduktion („Das Kapital", III, 1, 289)[12], wo klargestellt wird, in welchem Sinne und inwieweit die Realisation des konstanten Kapitals von der individuellen Konsumtion „unabhängig" ist, „finden wir in Band III" ein spezielles Kapitel (49. „Zur Analyse des Produktionsprozesses"), das den Schlußfolgerungen aus der in Band II gegebenen hervorragenden Analyse gewidmet ist, ein Kapitel, worin die Resultate dieser Analyse verwendet werden, um die sehr wichtige Frage

nach den Arten des gesellschaftlichen Einkommens in der kapitalistischen Gesellschaft zu lösen. Schließlich muß als ganz genauso falsch die Behauptung des Herrn Tugan-Baranowski bezeichnet werden, daß sich angeblich „Marx in Band III des ‚Kapitals' über die vorliegende Frage ganz anders geäußert" habe, daß wir angeblich in Band III „sogar Behauptungen finden, die durch diese Analyse entschieden widerlegt werden" (angeführter Artikel, 123). Herr Tugan-Baranowski führt auf S. 122 seines Artikels zwei solche, der grundlegenden Doktrin angeblich widersprechende Betrachtungen von Marx an. Nehmen wir diese näher in Augenschein. Marx sagt in Band III: „Die Bedingungen der unmittelbaren Exploitation und die ihrer Realisation sind nicht identisch. Sie fallen nicht nur nach Zeit und Ort, sondern auch begrifflich auseinander. Die einen sind nur beschränkt durch die Produktivkraft der Gesellschaft, die andren durch die Proportionalität der verschiednen Produktionszweige und durch die Konsumtionskraft der Gesellschaft... Je mehr sich aber die Produktivkraft" (der Gesellschaft) „entwickelt, um so mehr gerät sie in Widerspruch mit der engen Basis, worauf die Konsumtionsverhältnisse beruhen." (III, 1, 226. Russ. Übers., S. 189.)[18] Herr Tugan-Baranowski deutet diese Worte wie folgt: „Die Proportionalität der Verteilung der nationalen Produktion allein garantiert noch nicht die Möglichkeit, die Produkte abzusetzen. Es kann sein, daß die Produkte keinen Markt finden, obgleich die Verteilung der Produktion proportional ist — das ist offenbar der Sinn der zitierten Worte von Marx." Nein, nicht das ist der Sinn dieser Worte. Es gibt keinen Grund, in diesen Worten irgendeine *Berichtigung* zu der in Band II dargelegten Realisationstheorie zu sehen. Marx konstatiert hier nur jenen Widerspruch des Kapitalismus, auf den er auch an anderen Stellen des „Kapitals" hingewiesen hat, nämlich den Widerspruch zwischen dem Bestreben, die Produktion *schrankenlos* auszudehnen, und der Notwendigkeit einer *beschränkten* Konsumtion (infolge des proletarischen Zustands der Volksmassen). Herr Tugan-Baranowski wird natürlich nicht bestreiten, daß dieser Widerspruch dem Kapitalismus *eigen* ist; und da Marx an eben dieser Stelle auf ihn hinweist, so haben wir kein Recht, noch irgendeinen weiteren Sinn in seinen Worten zu suchen. Die „Konsumtionskraft der Gesellschaft" und die „Proportionalität der verschiedenen Produktionszweige" sind keineswegs irgendwelche isolierten, selbständigen, nicht miteinander verbundenen Bedingungen. Im Ge-

genteil, ein bestimmter Stand der Konsumtion ist eines der Elemente der Proportionalität. In der Tat, die Analyse der Realisation hat gezeigt, daß die Bildung eines inneren Marktes für den Kapitalismus nicht so sehr auf der Linie der Konsumtionsmittel erfolgt als vielmehr auf der Linie der Produktionsmittel. Hieraus folgt, daß sich die erste Abteilung der gesellschaftlichen Produktion (Produktion von Produktionsmitteln) rascher entwickeln kann und muß als die zweite (Produktion von Konsumtionsmitteln). Hieraus folgt aber selbstverständlich nicht, daß sich die Produktion von Produktionsmitteln *völlig unabhängig* von der Produktion der Konsumtionsmittel und *ohne jeden Zusammenhang mit ihr* entwickeln könnte. Marx sagt zu diesem Punkt: „Außerdem findet, wie wir gesehn haben (Buch II, Abschnitt III), eine beständige Zirkulation statt zwischen konstantem Kapital und konstantem Kapital, die insofern zunächst unabhängig ist von der individuellen Konsumtion, als sie nie in dieselbe eingeht, die aber doch durch sie definitiv begrenzt ist, indem die Produktion von konstantem Kapital nie seiner selbst wegen stattfindet, sondern nur weil mehr davon gebraucht wird in den Produktionssphären, deren Produkte in die individuelle Konsumtion eingehn." (III, 1, 289. Russ. Übers., 242.)[14] Also ist in letzter Instanz die produktive Konsumtion (die Konsumtion von Produktionsmitteln) stets mit der individuellen Konsumtion verbunden, stets von ihr abhängig. Indessen ist dem Kapitalismus einerseits das Streben nach schrankenloser Ausdehnung der produktiven Konsumtion, nach schrankenloser Ausdehnung der Akkumulation und der Produktion und anderseits die Proletarisierung der Volksmassen eigen, die der Erweiterung der individuellen Konsumtion recht enge Grenzen setzt. Es ist klar, daß wir es hier mit einem Widerspruch in der kapitalistischen Produktion zu tun haben, und Marx tut an der zitierten Stelle nichts anderes, als diesen Widerspruch zu konstatieren.* Die Analyse

* Genau den gleichen Sinn hat auch eine andere Stelle, die Herr Tugan-Baranowski zitiert (III, 1, 231, vgl. S. 232 bis zum Schluß des Unterkapitels)[15], und ebenso die folgende Stelle über die Krisen: „Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde." („Das Kapital", III, 2, 21. Russ. Übers., S. 395.)[16] Den gleichen Sinn hat die folgende Bemerkung von Marx: „Widerspruch in der

der Realisation in Band II widerlegt diesen Widerspruch (entgegen der Meinung von Herrn Tugan-Baranowski) in keiner Weise, sie zeigt im Gegenteil den Zusammenhang zwischen produktiver und individueller Konsumtion. Selbstverständlich wäre es ein grober Fehler, aus diesem Widerspruch des Kapitalismus (oder aus seinen anderen Widersprüchen) schließen zu wollen, daß der Kapitalismus unmöglich oder aber gegenüber früheren Wirtschaftssystemen nicht fortschrittlich ist (wie das unsere Volkstümler gern tun). Die Entwicklung des Kapitalismus kann nicht anders verlaufen als in einer ganzen Reihe von Widersprüchen, und der Hinweis auf diese Widersprüche erklärt uns lediglich den historisch vergänglichen Charakter des Kapitalismus, erklärt die Bedingungen und Ursachen seiner Tendenz, in eine höhere Form überzugehen.

Fassen wir das oben Dargelegte zusammen, so kommen wir zu dem folgenden Schluß: Die bei Herrn Tugan-Baranowski entwickelte Lösung der Frage nach der Rolle des äußeren Marktes ist niemand anderem als Marx entlehnt; zwischen Band II und III des „Kapitals" besteht keinerlei Widerspruch in der Frage der Realisation (und der Theorie der Märkte).

Gehen wir weiter. Herr Bulgakow wirft Herrn Tugan-Baranowski vor, daß er die Lehre von den Märkten bei den Ökonomen vor Marx falsch beurteile. Herr Tugan-Baranowski wirft Herrn Bulgakow vor, daß er die Marxschen Ansichten von dem wissenschaftlichen Boden losreiße, auf dem sie erwachsen sind, daß er die Sache so darstelle, als ob „die Marxschen Ansichten in keinerlei Zusammenhang mit den Anschauungen seiner Vorgänger stehen". Dieser letzte Vorwurf ist absolut unbegründet, denn Herr Bulgakow hat eine derartige absurde Meinung nicht geäußert, er hat, im Gegenteil, die Anschauungen von Vertretern verschiedener Schulen vor Marx angeführt. Unserer Meinung nach haben sowohl Herr Bulgakow als auch Herr Tugan-Baranowski zu Unrecht bei der Darstellung der Ge-

---

kapitalistischen Produktionsweise: Die Arbeiter als Käufer von Ware sind wichtig für den Markt. Aber als Verkäufer ihrer Ware — der Arbeitskraft — hat die kapitalistische Gesellschaft die Tendenz, sie auf das Minimum des Preises zu beschränken." („Das Kapital", II, 303.)[17] Von der unrichtigen Deutung dieser Stelle bei Herrn N.-on haben wir schon im „Nowoje Slowo" [Neues Wort], Jahrgang 1897, Maiheft, gesprochen (siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 149/150, russ. *Die Red.*). Es besteht kein Widerspruch zwischen all diesen Stellen und der Analyse der Realisation im dritten Abschnitt von Band II.

schichte dieser Frage so wenig Aufmerksamkeit auf Adam Smith verwandt, auf den man bei der *speziellen* Darlegung der „Theorie der Märkte" unbedingt mit größter Ausführlichkeit hätte eingehen müssen; „unbedingt" deshalb, weil gerade Adam Smith der Stammvater jener falschen Doktrin vom Zerfall des gesellschaftlichen Produkts in variables Kapital und Mehrwert (Arbeitslohn, Profit und Rente nach der Terminologie von Adam Smith) ist, die sich bis Marx so zähe gehalten hat und es unmöglich machte, die Frage der Realisation richtig zu lösen, ja, sie auch nur richtig zu stellen. Herr Bulgakow sagt mit vollem Recht: „Bei der Unrichtigkeit der Ausgangspunkte und der falschen Formulierung des Problems selbst konnten diese Streitigkeiten" (über die Theorie der Märkte, die in der ökonomischen Literatur entbrannten) „nur zu leeren und scholastischen Wortstreitereien führen." (A. a. O., S. 21, Anmerkung.) Indessen hat der Verfasser Adam Smith nicht mehr als eine knappe Seite gewidmet, wobei er die von Marx im 19. Kapitel von Band II des „Kapitals" (Unterkapitel II, S. 353—383)[18] gebotene eingehende und glänzende Untersuchung der Theorie von Adam Smith unberücksichtigt ließ, und ist statt dessen auf die Lehren zweitrangiger und unselbständiger Theoretiker wie J. S. Mill und v. Kirchmann eingegangen. Was Herrn Tugan-Baranowski anbelangt, so hat er *A. Smith völlig übergangen* und daher bei der Schilderung der Anschauungen der späteren Ökonomen *ihren grundlegenden Fehler übersehen* (die Wiederholung des vorstehend erwähnten Fehlers von Smith). Es versteht sich von selbst, daß die Darstellung unter diesen Umständen nicht befriedigend sein konnte. Wir beschränken uns auf zwei Beispiele. Nach Entwicklung seines Schemas Nr. 1, das die einfache Reproduktion erklärt, sagt Herr Tugan-Baranowski: „Aber der von uns vorausgesetzte Fall einfacher Reproduktion ruft ja gar keine Zweifel hervor; unserer Voraussetzung entsprechend konsumieren die Kapitalisten ihren ganzen Profit — da ist es verständlich, daß das Angebot von Waren die Nachfrage nicht übersteigen kann." („Industriekrisen", S. 409.) Das ist falsch. Die Sache ist durchaus nicht „verständlich" für die früheren Ökonomen, denn diese konnten nicht einmal die einfache Reproduktion des gesellschaftlichen Kapitals erklären, ja, sie läßt sich auch nicht erklären, wenn man nicht begriffen hat, daß das gesellschaftliche Produkt seinem Wert nach in *konstantes Kapital* + variables Kapital + Mehrwert zerfällt, seiner materiellen Form nach aber in zwei große Abteilungen: Produk-

tionsmittel und Konsumtionsmittel. Deshalb erweckte auch dieser Fall bei A. Smith „Zweifel", die ihn, wie Marx gezeigt hat, schließlich verwirrten. Wenn nun die späteren Ökonomen den *Fehler* von Smith wiederholten, ohne die *Zweifel* von Smith zu teilen, so zeigt dies bloß, daß sie in theoretischer Beziehung in der vorliegenden Frage einen Schritt rückwärts gemacht haben. Ebenso falsch ist es, wenn Tugan-Baranowski sagt: „Die Lehre von Say und Ricardo ist theoretisch absolut richtig; hätten sich ihre Gegner die Mühe gegeben, in Zahlen zu berechnen, wie die Waren in der kapitalistischen Wirtschaft verteilt werden, so hätten sie leicht begriffen, daß die Verneinung dieser Lehre einen logischen Widerspruch in sich birgt." (l. c., 427.) Nein, die Lehre von Say und Ricardo ist theoretisch völlig falsch: Ricardo wiederholte den Fehler von Smith (siehe seine „Werke", übersetzt von Sieber, St. Petersburg 1882, S. 221), und Say hat ihn außerdem durch die Behauptung vollendet, der Unterschied zwischen dem Rohprodukt und dem Reinprodukt der Gesellschaft sei völlig subjektiv. Und wieviel auch Say, Ricardo und ihre Gegner „in Zahlen berechnet" hätten — sie hätten dabei niemals etwas errechnet, denn es handelt sich hier durchaus nicht um Zahlen, wie auch Bulgakow bereits zu einer anderen Stelle in Herrn Tugan-Baranowskis Buch absolut richtig bemerkt hat (Bulgakow, l. c., S. 21, Anmerkung).

Jetzt sind wir auch zu dem anderen Gegenstand des Streits zwischen Herrn Bulgakow und Herrn Tugan-Baranowski gekommen, nämlich zur Frage nach den Zahlenschemata und ihrer Bedeutung. Herr Bulgakow behauptet, daß die Schemata des Herrn Tugan-Baranowski, „weil sie vom Vorbild" (d. h. vom Marxschen Schema) „abweichen, in bedeutendem Maße ihre Überzeugungskraft verlieren und den Prozeß der gesellschaftlichen Reproduktion nicht erklären" (l. c., 248), während Herr Tugan-Baranowski sagt, daß „Herr Bulgakow den eigentlichen Zweck derartiger Schemata nicht klar versteht" („Mir Boshi", Jahrgang 1898, Nr. 6, S. 125). Unserer Meinung nach liegt in diesem Fall die Wahrheit völlig auf der Seite des Herrn Bulgakow. Es ist eher Herr Tugan-Baranowski, der „die Bedeutung der Schemata nicht klar versteht", denn er meint, daß die Schemata „die Schlußfolgerung beweisen" (ibid.*). Schemata an und für sich können nichts beweisen; sie können nur einen Prozeß *illustrieren, wenn dessen einzelne Elemente theoretisch klargestellt sind.* Herr Tugan-

* ibidem — ebenda. *Die Red.*

Baranowski hat eigene Schemata zusammengestellt, die sich von den Marxschen Schemata unterscheiden (und unvergleichlich weniger klar sind als die Marxschen Schemata), wobei er es unterließ, diejenigen Elemente des Prozesses, die durch die Schemata illustriert werden sollen, theoretisch zu klären. Die Hauptthese der Theorie von Marx, der bewiesen hat, daß das gesellschaftliche Produkt nicht allein in variables Kapital + Mehrwert zerfällt (wie A. Smith, Ricardo, Proudhon, Rodbertus u. a. glaubten), sondern in konstantes Kapital + die genannten Teile — diese These hat Herr Tugan-Baranowski absolut nicht erläutert, obgleich er sie in seinen Schemata angenommen hat. Der Leser des Buches von Herrn Tugan-Baranowski *ist nicht in der Lage,* diese Hauptthese der neuen Theorie *zu verstehen.* Herr Tugan-Baranowski hat die Notwendigkeit, die beiden Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion (I: Produktionsmittel und II: Konsumtionsmittel) zu unterscheiden, absolut nicht motiviert, während, wie Herr Bulgakow richtig bemerkt, „allein in dieser Teilung mehr theoretischer Sinn liegt als in allen vorangegangenen Wortstreitereien bezüglich der Theorie der Märkte" (l. c., S. 27). Das ist der Grund, weshalb die Darstellung der Theorie von Marx bei Herrn Bulgakow viel klarer und richtiger ist als bei Herrn Tugan-Baranowski.

Zum Schluß müssen wir bei eingehenderer Betrachtung des Buches von Herrn Bulgakow folgendes bemerken. Etwa ein Drittel seines Buches ist der „Verschiedenheit der Kapitalumschläge" und dem „Lohnfonds" gewidmet. Die Paragraphen mit diesen Überschriften scheinen uns am wenigsten geglückt zu sein. In dem ersten der erwähnten Paragraphen versucht der Verfasser die Analyse von Marx zu ergänzen (siehe S. 63, Anmerkung) und verliert sich in sehr komplizierte Berechnungen und Schemata, um zu illustrieren, wie der Prozeß der Realisation bei Verschiedenheiten im Kapitalumschlag erfolgt. Uns scheint, daß die Schlußfolgerung, zu der Herr Bulgakow am Ende gelangt (zur Erklärung der Realisation bei Verschiedenheit der Kapitalumschläge sei es notwendig, das Vorhandensein von Vorräten bei den Kapitalisten beider Abteilungen zu unterstellen, vgl. S. 85), ganz von selbst aus den allgemeinen Gesetzen der Produktion und der Zirkulation des Kapitals folgt und daß deshalb keine Notwendigkeit bestand, für das Verhältnis zwischen den Umschlägen des Kapitals in den Abteilungen II und I verschiedene Fälle vorauszusetzen und eine ganze Reihe von Diagrammen zu konstruieren. Das gleiche muß auch

vom zweiten der erwähnten Paragraphen gesagt werden. Herr Bulgakow weist mit vollem Recht auf die Fehlerhaftigkeit der Behauptung des Herrn Herzenstein hin, der in dieser Frage einen Widerspruch in der Marxschen Lehre erblickt. Der Verfasser bemerkt ganz richtig: „Wenn man den Umschlag aller Kapitale einem Jahr gleichsetzt, so sind die Kapitalisten zu Beginn des betreffenden Jahres Eigentümer sowohl des gesamten im Vorjahr erzeugten Produkts als auch einer Geldsumme, die diesem Wert gleichkommt." (S. 142/143.) Herr Bulgakow übernahm jedoch ganz zu Unrecht (S. 92 ff.) die rein scholastische Stellung dieser Frage von den früheren Ökonomen (wird der Arbeitslohn aus der laufenden Produktion oder aus der Produktion der vorangegangenen Arbeitsperiode genommen?) und schuf sich überflüssige Schwierigkeiten, als er die Darstellung von Marx „verwarf", der „seiner eigenen Grundansicht zu widersprechen scheint", „wenn er so argumentiert, als ob" „der Arbeitslohn nicht dem Kapital, sondern der laufenden Produktion entnommen werde" (S. 135). Marx stellt die Frage überhaupt nicht in dieser Form. Herr Bulgakow mußte die Darstellung von Marx „verwerfen", weil er versucht, auf die Theorie von Marx eine diesem ganz fremde Fragestellung anzuwenden. Ist einmal geklärt, auf welche Weise der Prozeß der gesamten gesellschaftlichen Produktion im Zusammenhang mit der Konsumtion des Produkts durch die verschiedenen Klassen der Gesellschaft vor sich geht, auf welche Weise die Kapitalisten das für die Zirkulation des Produkts notwendige Geld vorschießen – sobald all dies klargestellt ist, verliert die Frage, ob der Arbeitslohn der laufenden oder aber der vorangegangenen Produktion entnommen wird, jede ernstliche Bedeutung. Deshalb sagt auch Engels, der Herausgeber der letzten Bände des „Kapitals", im Vorwort zum zweiten Band, die Spekulationen z. B. von Rodbertus darüber, „ob der Arbeitslohn aus Kapital oder Einkommen stamme, gehören der Scholastik an und erledigen sich endgültig durch den dritten Abschnitt dieses zweiten Buchs des ‚Kapital'" („Das Kapital", II, Vorwort, S. XXI[19]).

*Geschrieben Ende 1898.*
*Veröffentlicht im Januar 1899 in der Zeitschrift „Nautschnoje Obosrenije"[20] Nr. 1.*
*Unterschrift: Wladimir Iljin.*

*Nach dem Text der Zeitschrift.*

REZENSION

**PARVUS, Der Weltmarkt und die Agrarkrisis.** *Ökonomische Skizzen. Aus dem Deutschen übertragen von L. J., St. Petersburg 1898. Verlag O. N. Popowa (Bildende Bibliothek, 2. Serie, Nr. 2). 142 S. Preis 40 Kop.*

Dieses Buch des talentierten deutschen Publizisten, der unter dem Pseudonym Parvus schreibt, besteht aus einer Reihe von Skizzen, die einige Erscheinungen der modernen Weltwirtschaft charakterisieren, wobei die größte Aufmerksamkeit Deutschland gewidmet ist. Parvus geht von der Entwicklung des Weltmarkts aus und schildert vor allem, welche Stadien diese Entwicklung in letzter Zeit im Zusammenhang mit dem Niedergang der industriellen Hegemonie Englands durchmacht. Im höchsten Grade interessant sind die Bemerkungen des Verfassers über die Rolle, die die alten Industrieländer dadurch spielen, daß sie jüngeren kapitalistischen Ländern als Markt dienen: z. B. nimmt England immer größer werdende Mengen deutscher Fabrikate auf, gegenwärtig zwischen einem Fünftel und einem Viertel der Gesamtausfuhr Deutschlands. Gestützt auf die Daten der Handels- und Industriestatistik, schildert Parvus die originelle Arbeitsteilung zwischen verschiedenen kapitalistischen Ländern, von denen die einen hauptsächlich für den Absatz in den Kolonien, die anderen für den Absatz in Europa produzieren. In dem Kapitel „Städte und Eisenbahnen" unternimmt der Verfasser den außerordentlich interessanten Versuch, die wichtigsten „Formen kapitalistischer Städte" und ihre Bedeutung im Gesamtsystem der kapitalistischen Wirtschaft zu charakterisieren. Der übrige, größere Teil des Buches (S. 33—142) ist Fragen der Widersprüche in der modernen kapitalistischen Landwirtschaft und der Agrarkrise gewidmet. Parvus klärt zunächst den Einfluß der industriellen Entwicklung auf die Getreidepreise, auf die Grundrente usw. Dann legt er die von Marx in Band III des „Kapitals" entwickelte Theorie der Grundrente dar und erläutert vom Standpunkt dieser Theorie die Haupt-

ursache der kapitalistischen Agrarkrisen. Nach Ergänzung der rein theoretischen Untersuchung dieser Frage durch die auf Deutschland bezüglichen Daten gelangt Parvus zu folgendem Schluß: „Der letzte und eigentliche Grund der Agrarkrisis sind einzig die durch die kapitalistische Entwicklung hochgetriebenen Grundrenten resp. Bodenpreise." „Man beseitige diese Bodenpreise", sagt Parvus, „und die europäische Landwirtschaft kann wieder die Konkurrenz aufnehmen mit der russischen und amerikanischen." „Ihr" (der Privateigentümer) „einziges Mittel gegen die Agrarkrisis, sieht man von einer etwaigen günstigen Gestaltung des Weltmarkts ab, ist deshalb: Subhastation des gesamten kapitalistischen Grundbesitzes." (141.) Somit fällt die Schlußfolgerung, zu der Parvus gelangt, im großen und ganzen mit der Meinung von Engels zusammen, der in Band III des „Kapitals" darauf hingewiesen hat, daß die moderne Agrarkrise die von den europäischen Grundbesitzern bezogenen früheren Grundrenten unmöglich macht.[21] Wir geben allen Lesern, die sich für die erwähnten Fragen interessieren, nachdrücklich den Rat, sich mit dem Buch von Parvus bekannt zu machen. Dieses Buch bildet ein vortreffliches Gegengewicht gegen die landläufigen volkstümlerischen Betrachtungen über die moderne Agrarkrise, die ständig in der volkstümlerischen Presse zu finden sind und unter einem sehr wesentlichen Mangel leiden: die Tatsache der Krise wird nicht im Zusammenhang mit der Gesamtentwicklung des Weltkapitalismus, nicht vom Standpunkt bestimmter Gesellschaftsklassen untersucht, sie wird nur untersucht, um daraus die kleinbürgerliche Moral von der Lebensfähigkeit der kleinbäuerlichen Wirtschaft abzuleiten.

Die Übersetzung des Buches von Parvus kann im ganzen als befriedigend gelten, obgleich an einzelnen Stellen mißlungene und schwerfällige Redewendungen vorkommen.

*Geschrieben im Februar 1899.*
*Veröffentlicht im März 1899*
*in der Zeitschrift „Natschalo"[22] Nr. 3.*
*Unterschrift: Wl. Iljin.*

*Nach dem Text der Zeitschrift.*

REZENSION

## R. GWOSDEW, Das wuchertreibende Kulakentum, seine sozialökonomische Bedeutung. *St. Petersburg 1899. Verlag N. Garin*

Das Buch des Herrn Gwosdew zieht das Fazit aus den Daten, die in unserer ökonomischen Literatur über die interessante Frage des wuchertreibenden Kulakentums gesammelt worden sind. Der Verfasser gibt eine Reihe von Hinweisen auf die Entwicklung der Warenzirkulation und der Warenproduktion in der Epoche vor der Reform, eine Entwicklung, die das Handels- und Wucherkapital hervorgebracht hat. Dann wird das Material über den Wucher in der Getreideproduktion, über das Kulakentum im Zusammenhang mit den Umsiedlungen, den Kustargewerben*, den Wandergewerben sowie im Zusammenhang mit Abgaben und Kredit zu einer Übersicht zusammengefaßt. Herr Gwosdew erklärt mit vollem Recht, daß die Vertreter der volkstümlerischen Ökonomie das Kulakentum falsch betrachten, wenn sie in ihm einen „Auswuchs" am Organismus der „Volksproduktion" sehen und nicht eine der Formen des Kapitalismus, die eng und unauflöslich mit dem gesamten System der gesellschaftlichen Wirtschaft Rußlands verbunden ist. Die Volkstümler ignorieren den Zusammenhang des Kulakentums mit der Auflösung der Bauernschaft, die nahe Verwandtschaft der wuchertreibenden „Blutsauger des Dorfes" usw. mit den „tüchtigen Bauern", diesen Vertretern der dörflichen Kleinbourgeoisie in Rußland. Die Überreste der mittelalterlichen Einrichtungen, die auf unserem Dorfe lasten (ständische Abgeschlossenheit der bäuerlichen Dorfgemeinde, Bindung der Bauern an den Bodenanteil, solidarische Haftung, ständische Ungleichheit der Abgaben), schaffen gewaltige Hindernisse für die Anlage kleiner Kapitalien in der Produktion, für ihre Anwendung in Landwirtschaft und Industrie. Das

* Siehe Note auf S. 9 dieses Bandes. *Der Übers.*

natürliche Resultat hiervon ist die übermäßige Verbreitung der *niedrigsten und schlechtesten Formen des Kapitals,* des Handels- und Wucherkapitals. In der Masse der „wirtschaftlich schwachen" Bauern, die auf ihren winzigen Bodenanteilen ein Hungerdasein fristen, wird die geringe Zahl wohlhabender Bauern unvermeidlich zu Ausbeutern schlimmster Sorte, die die Dorfarmut durch Verleihung von Geld, winterliches Gedinge usw. und dgl. mehr knechten. Die veralteten Einrichtungen, die die Entwicklung des Kapitalismus sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie hemmen, engen dadurch die Nachfrage nach Arbeitskräften ein, ohne den Bauern irgendeine Garantie gegen die schamloseste und schrankenloseste Ausbeutung, ja selbst gegen den Hungertod zu bieten. Die in Herrn Gwosdews Buch angeführten ungefähren Berechnungen der Summen, die die unbemittelte Bauernschaft den Kulaken und Wucherern zahlt, zeigen anschaulich, wie unbegründet es ist, in der üblichen Weise die russische Bauernschaft mit ihrem Anteilland dem westeuropäischen Proletariat gegenüberzustellen. In Wirklichkeit befindet sich die Masse dieser Bauernschaft in einer viel schlechteren Lage als das Landproletariat im Westen; in Wirklichkeit gehören unsere unbemittelten Bauern zu den Paupern, und immer häufiger wiederholen sich Jahre, wo extraordinäre Hilfsmaßnahmen für Millionen hungernder Bauern nötig sind. Wenn nicht die fiskalischen Institutionen die wohlhabende Bauernschaft und die Dorfarmut künstlich verbänden, so müßte unweigerlich diese letztere offiziell eben zu den Paupern gerechnet werden, und das würde das Verhältnis der modernen Gesellschaft zu diesen Bevölkerungsschichten genauer und wahrheitsgetreuer bestimmen. Der Nutzen des Buches von Herrn Gwosdew besteht darin, daß es die Angaben über den Prozeß der „nicht proletarischen Verelendung"* zusammenfaßt und diesen Prozeß richtig als die niedrigste und schlechteste Form der Auflösung der Bauernschaft charakterisiert. Herr Gwosdew ist offenbar mit der russischen ökonomischen Literatur gut bekannt, sein Buch hätte jedoch gewonnen, wenn der Verfasser weniger Raum für Zitate aus verschiedenen Zeitschriftenartikeln verwendet und der selbständigen Bearbeitung des Materials mehr Aufmerksamkeit gewidmet hätte. Die volkstümlerische Bearbeitung des vorhandenen Materials vernachlässigt gewöhnlich die in

* *Parvus,* Der Weltmarkt und die Agrarkrisis, St. Petersburg 1898, S. 8, Anmerkung.

theoretischer Beziehung wichtigsten Seiten der gegebenen Frage. Weiter leiden die eigenen Betrachtungen Herrn Gwosdews nicht selten an zu großer Oberflächlichkeit und Allgemeinheit. Dies muß besonders von dem Kapitel gesagt werden, das den Kustargewerben gewidmet ist. An manchen Stellen leidet der Stil des Buches unter Manieriertheit und Nebelhaftigkeit.

*Geschrieben im Februar 1899.*
*Veröffentlicht im März 1899*
*in der Zeitschrift „Natschalo" Nr. 3.*
*Unterschrift: Wl. Iljin.*

*Nach dem Text der Zeitschrift.*

## REZENSION

**HANDEL UND INDUSTRIE IN RUSSLAND.** *Handbuch für Kaufleute und Fabrikanten. Zusammengestellt unter Redaktion von A. A. Blau, Leiter der statistischen Abteilung im Departement für Handel und Manufakturen. St. Petersburg 1899. Preis 10 Rubel*

Die Herausgeber dieses riesigen Bandes verfolgten das Ziel, „eine Lücke in unserer ökonomischen Literatur auszufüllen" (S. I), nämlich gleichzeitig sowohl die Adressen der Handels- und Industrieunternehmen ganz Rußlands als auch Angaben „über den Zustand dieses oder jenes Industriezweigs" zu geben. Man könnte gegen eine solche Vereinigung von Adressen und wissenschaftlich-statistischem Material nichts einwenden, wenn sowohl das eine als auch das andere Material genügend vollständig beigebracht worden wäre. In dem erwähnten Werk aber erdrücken die Adressen leider ganz das statistische Material, das unvollständig und in sehr ungenügend bearbeiteter Gestalt geboten wird. Vor allem unterscheidet sich die vorliegende Veröffentlichung dadurch unvorteilhaft von den vorangegangenen Veröffentlichungen des gleichen Typus, daß sie nicht statistische Daten über *jeden* Betrieb und *jedes* Unternehmen bringt, die in die Liste aufgenommen sind. Infolge dieser Lücke verliert die Aufzählung der Betriebe und Unternehmen, die 2703 große Spalten in engstem Druck einnimmt, jede wissenschaftliche Bedeutung. Bei dem chaotischen Zustand unserer Handels- und Industriestatistik aber wären gerade Angaben über jeden einzelnen Betrieb und jedes einzelne Unternehmen außerordentlich wichtig, denn eine auch nur einigermaßen annehmbare Bearbeitung dieser Angaben wird von unseren offiziellen statistischen Institutionen niemals vorgenommen, die sich auf die Mitteilung von Ergebnissen beschränken, in denen relativ glaubwürdiges Material mit absolut unglaubwürdigem Material vermengt ist. Wir werden gleich zeigen, daß diese letztere Bemerkung auch für die vorliegende Veröffentlichung gilt, zunächst aber wollen wir die folgende

originelle Methode der Herausgeber vermerken. Sie drucken die Adressen der Betriebe und Unternehmen für jedes Gewerbe, führen jedoch die Zahl der Betriebe und die Summe ihres Umsatzes nur für ganz Rußland an; sie berechnen den Durchschnittsumsatz je Betrieb in jedem Gewerbe und trennen durch ein besonderes Zeichen die Betriebe, deren Umsatz über, und die, deren Umsatz unter diesem Durchschnitt liegt. Es wäre viel zweckmäßiger gewesen (wenn es schon nicht möglich war, die Angaben für jeden Betrieb besonders zu veröffentlichen), mehrere für alle Handels- und Industriezweige gleiche Kategorien von Betrieben und Unternehmen (nach der Höhe des Umsatzes, nach der Arbeiterzahl, nach der Art der Antriebsmaschinen usw.) festzusetzen und alle Betriebe nach diesen Kategorien einzuteilen. Dann könnte man wenigstens darüber urteilen, inwieweit das Material für die verschiedenen Gouvernements und die verschiedenen Produktionszweige vollständig und vergleichbar ist. Was z. B. die Statistik der Fabriken und Werke betrifft, so genügt es, die phänomenal verschwommene Definition dieses Begriffs auf S. 1 der vorliegenden Veröffentlichung (Anmerkung) zu lesen und die Fabrikantenlisten für einige Gewerbe durchzublättern, um sich von der Ungleichartigkeit des in dem Buch veröffentlichten statistischen Materials zu überzeugen. Daher muß an die zusammenfassenden Zahlen der Fabrik- und Werkstatistik, die in Abteilung I, Teil I von „Handel und Industrie in Rußland" („Historisch-statistischer Überblick über die Industrie und den Handel Rußlands") angeführt sind, sehr vorsichtig herangegangen werden. Wir lesen dort, es habe im ganzen Russischen Reich 1896 (teilweise 1895) 38401 Fabriken mit einer Produktion im Betrage von 2745 Millionen Rubel und mit 1742181 Arbeitern gegeben, wobei sowohl die akzisefreien als auch die akzisepflichtigen Gewerbe und die Berg- und Hüttenwerke gezählt wurden. Wir meinen, daß diese Zahl ohne gründliche Untersuchungen nicht mit den Zahlen unserer Fabrik- und Werkstatistik der früheren Jahre verglichen werden kann. Im Jahre 1896 wurde eine ganze Reihe von Gewerben registriert, die früher (bis 1894/95) nicht zu den „Fabriken und Werken" gerechnet wurden: Bäckereien, Fischereien, Schlächtereien, Buch- und Steindruckereien usw. und dgl. mehr. Der Produktionswert aller Berg- und Hüttenwerke des Russischen Reiches ist mit Hilfe origineller Methoden, von denen wir nur erfahren, daß der Wert des Roheisens offenbar im Wert des Eisens und Stahls ein zweites

Mal berechnet wurde, in der Höhe von 614 Millionen Rubel ermittelt. Umgekehrt ist die Zahl der Arbeiter im gesamten Bergbau und Hüttenwesen offenbar zu gering angegeben: für 1895/96 werden nur 505 000 ausgewiesen. Dies ist entweder ein Fehler oder beruht auf der Auslassung vieler Zweige des Bergbaus und Hüttenwesens. Aus den in dem Buch verstreuten Zahlen ist zu ersehen, daß die Arbeiterzahl allein in einigen Zweigen dieser Gruppe 474 000 erreicht, nicht gerechnet die Arbeiter im Steinkohlenbergbau (etwa 53 000), in der Salzgewinnung (etwa 20 000), den Steinbrüchen (etwa 10 000) und einigen anderen Zweigen des Bergbaus und Hüttenwesens (etwa 20 000). Im Jahre 1890 gab es im gesamten Bergbau und Hüttenwesen des Russischen Reiches mehr als 505 000 Arbeiter, und gerade diese Produktionszweige haben sich seitdem besonders entwickelt. In fünf Produktionszweigen dieser Abteilung z. B., zu denen im Text des Buches historisch-statistische Angaben geliefert werden (Eisengießereien, Drahtfabrikation, Maschinenbau, Gold- und Kupfererzeugnisse), wurden 1890 908 Betriebe mit einer Produktion von 77 Millionen Rubel und 69 000 Arbeitern gezählt, 1896 dagegen 1444 Betriebe mit einer Produktion von 221,5 Millionen Rubel und 147 000 Arbeitern. Faßt man alle in dem Buch verstreuten historisch-statistischen Angaben zusammen, die sich leider nicht auf alle Gewerbe, sondern nur auf einige beziehen (Baumwollverarbeitung, chemische Industrie und über 45 andere Gewerbe), so erhält man für das ganze Reich die folgenden Zahlen. Im Jahre 1890 gab es 19 639 Fabriken und Werke mit einer Produktion von 929 Millionen Rubel und mit 721 000 Arbeitern, 1896 dagegen 19 162 Fabriken und Werke mit einer Produktion von 1708 Millionen Rubel und mit 985 000 Arbeitern; fügt man 2 akzisepflichtige Industrien hinzu, Rübenzuckerindustrie und Branntweinbrennerei (1890/91: 116 000 Arbeiter; 1895/96: 123 000 Arbeiter), so erhält man als Zahl der Arbeiter 837 000 und 1 108 000, was eine Zunahme um *fast ein Drittel in einer Periode von sechs Jahren ergibt*. Wir bemerken, daß die Abnahme der Zahl der Fabriken auf die verschiedene Registrierung der Mühlen zurückzuführen ist: im Jahre 1890 wurden 7003 Mühlen (156 Millionen Rubel, 29 638 Arbeiter) als Fabriken gezählt, im Jahre 1896 dagegen nur 4379 Mühlen (272 Millionen Rubel, 37 954 Arbeiter).

Das sind die Daten, die sich aus der vorliegenden Veröffentlichung gewinnen lassen und die es ermöglichen, sich eine gewisse Vorstellung vom

industriellen Aufstieg Rußlands in den neunziger Jahren zu machen. Ausführlicher wird man auf diese Frage eingehen können, sobald die vollständigen statistischen Daten für 1896 veröffentlicht sind.

*Geschrieben im Februar 1899.*
*Veröffentlicht im März 1899*
*in der Zeitschrift „Natschalo" Nr. 3.*
*Unterschrift: Wl. Iljin.*

*Nach dem Text der Zeitschrift.*

# NOCH EINMAL ZUR FRAGE DER REALISATIONSTHEORIE

Im Januarheft des „Nautschnoje Obosrenije" für das laufende Jahr (1899) ist meine „Notiz zur Frage der Theorie der Märkte (Aus Anlaß der Polemik zwischen Herrn Tugan-Baranowski und Herrn Bulgakow)" und gleich dahinter ein Artikel von P. B. Struve „Zur Frage der Märkte bei kapitalistischer Produktion (Aus Anlaß des Buches von Bulgakow und des Artikels von Iljin)" abgedruckt. Struve „verwirft in einem bedeutenden Ausmaß die Theorie Tugan-Baranowskis, Bulgakows und Iljins" (S. 63 seines Artikels) und legt seine eigene Ansicht über die Realisationstheorie von Marx dar.

Meiner Meinung nach ist Struves Polemik gegen die genannten Schriftsteller nicht so sehr durch eine Meinungsverschiedenheit über das Wesen der Frage als vielmehr durch Struves falsche Vorstellung vom Inhalt der von ihnen vertretenen Theorie hervorgerufen worden. Erstens verwechselt Struve die Theorie der Märkte der bürgerlichen Ökonomen, die lehrten, daß Produkte gegen Produkte ausgetauscht werden und daß deshalb eine Übereinstimmung zwischen Produktion und Konsumtion existieren muß, mit der Realisationstheorie von Marx, der durch seine Analyse gezeigt hat, *wie* die Reproduktion und die Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, d. h. die Realisation des Produkts in der kapitalistischen Gesellschaft, vor sich geht.* Weder Marx noch die seine Ansichten darlegenden Schriftsteller, gegen die Struve polemisiert, haben aus dieser Analyse eine Harmonie zwischen Produktion und Konsumtion abgeleitet, sie haben im Gegenteil die dem Kapitalismus eigenen Widersprüche energisch un-

* Siehe meine „Studien", S. 17 u. a. (siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 133 u. a., russ. *Die Red.*).

terstrichen, die bei der kapitalistischen Realisation unweigerlich zutage treten müssen.* Zweitens verwechselt Struve die abstrakte Realisationstheorie (nur von ihr haben ja seine Opponenten geschrieben) mit den konkreten historischen Bedingungen für die Realisation des kapitalistischen Produkts in diesem oder jenem Lande, in dieser oder jener Epoche. Es ist dasselbe, als ob jemand die abstrakte Theorie der Grundrente mit den konkreten Entwicklungsbedingungen des Agrarkapitalismus in diesem oder jenem Lande verwechselt. Aus diesen beiden grundlegenden Irrtümern Struves ergab sich eine ganze Reihe von Mißverständnissen, deren Klarstellung eine Untersuchung der einzelnen Thesen seines Artikels erfordert.

1. Struve ist nicht einverstanden mit meiner Meinung, daß bei der Darstellung der Realisationstheorie besonders auf Adam Smith eingegangen werden muß. Wenn man bis auf Adam zurückgeht, schreibt er, so hätte man nicht auf Smith, sondern auf die Physiokraten eingehen müssen. Nein, das stimmt nicht. Gerade A. Smith beschränkte sich nicht auf die Anerkennung der (auch den Physiokraten bekannten) Wahrheit, daß Produkte gegen Produkte ausgetauscht werden, sondern er warf auch die Frage auf, wie die verschiedenen Bestandteile des gesellschaftlichen *Kapitals* und Produkts nach ihrem Wert** ersetzt (realisiert) werden. Deshalb widmete Marx, der durchaus anerkannte, daß es in der Lehre der Physiokraten, z. B. im „Tableau économique" *** Quesnays, Thesen gab, die „für ihre Zeit genial" † waren, der feststellte, daß A. Smith in der Analyse des Reproduktionsprozesses im Vergleich mit den Physiokraten in einigen Beziehungen sogar einen Schritt rückwärts getan hat („Das Kapi-

* Ibid., S. 20, 27, 24 u. a. (siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 136, 144/145, 141/142 u. a., russ. *Die Red.*).

** Übrigens ist in meinem Artikel im „Nautschnoje Obosrenije" der Ausdruck „stoimost" überall durch den Ausdruck „zennost" ersetzt. Dies wurde nicht von mir, sondern von der Redaktion getan. Ich messe der Frage nach der Benutzung dieses oder jenes Ausdrucks keine besonders wesentliche Bedeutung bei, halte es jedoch für notwendig zu bemerken, daß ich stets den Ausdruck „stoimost" gebraucht habe und gebrauche.

*** „Ökonomische Tafel". *Die Red.*

† Fr. Engels, „Herrn E. Dührings Umwälzung der Wissenschaft", dritte Aufl., S. 270[23], in dem von Marx geschriebenen Kapitel.

tal", I², 612, Anm. 32)[24], dennoch den Physiokraten nur ganze anderthalb Seiten in der Übersicht über die Geschichte der Frage der Realisation („Das Kapital", II¹, S. 350/351)[25], während er A. Smith mehr als dreißig Seiten widmete (ib., 351—383)[26], wobei er den Hauptfehler von A. Smith, den dieser der gesamten späteren politischen Ökonomie vererbte, eingehend analysierte. Somit ist ein Eingehen auf A. Smith gerade deshalb notwendig, um die Realisationstheorie der bürgerlichen Ökonomen klarzustellen, die sämtlich den Fehler von Smith wiederholt haben.

2. Herr Bulgakow sagt in seinem Buch ganz mit Recht, daß die bürgerlichen Ökonomen einfache Warenzirkulation und kapitalistische Warenzirkulation miteinander verwechselten, während Marx den Unterschied zwischen beiden festgestellt hat. Struve meint, die Behauptung des Herrn Bulgakow beruhe auf einem Mißverständnis. Meiner Meinung nach liegt hier das Mißverständnis nicht auf seiten des Herrn Bulgakow, sondern umgekehrt auf seiten Struves. In der Tat, wie widerlegt Struve Herrn Bulgakow? Äußerst seltsam: Er widerlegt ihn dadurch, daß er dessen These wiederholt. Struve sagt: Marx kann nicht als Anhänger jener Realisationstheorie bezeichnet werden, der zufolge das Produkt innerhalb der betreffenden Gesellschaft realisiert werden kann, weil Marx „einen scharfen Unterschied zwischen einfacher Warenzirkulation und kapitalistischer Zirkulation" gemacht hat (!! S. 48). Aber das ist es doch gerade, was Herr Bulgakow behauptet hat! Gerade deshalb reduziert sich ja die Marxsche Theorie nicht auf die Wiederholung der Wahrheit, daß Produkte gegen Produkte ausgetauscht werden. Deshalb hat doch Herr Bulgakow mit vollem Recht den Streit der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ökonomen über die Möglichkeit einer Überproduktion als „leere und scholastische Wortstreitereien" betrachtet: beide streitende Parteien haben *Warenzirkulation und kapitalistische Zirkulation miteinander verwechselt*, sie haben beide den Fehler von A. Smith wiederholt.

3. Struve nennt die Realisationstheorie zu Unrecht eine Theorie proportionaler Verteilung. Das ist ungenau und führt unweigerlich zu Mißverständnissen. Die Realisationstheorie ist eine abstrakte* Theorie, die zeigt, wie die Reproduktion und Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals erfolgt. Notwendige Voraussetzung dieser abstrakten Theorie ist

* Siehe meinen Artikel im „Nautschnoje Obosrenije", S. 37 (siehe den vorliegenden Band, S. 45. *Die Red.*).

erstens die Abstrahierung vom Außenhandel, von den äußeren Märkten. Aber indem sie vom Außenhandel abstrahiert, behauptet die Realisationstheorie keineswegs, daß die kapitalistische Gesellschaft jemals ohne Außenhandel existiert hat oder existieren kann.* Zweitens setzt die abstrakte Realisationstheorie proportionale Verteilung des Produkts zwischen den verschiedenen Zweigen der kapitalistischen Produktion voraus und muß sie voraussetzen. Indem sie dies voraussetzt, behauptet die Realisationstheorie aber keineswegs, daß in der kapitalistischen Gesellschaft die Produkte stets proportional verteilt werden oder verteilt werden können.** Herr Bulgakow vergleicht ganz mit Recht die Realisationstheorie mit der Werttheorie. Die Werttheorie setzt Gleichheit von Nachfrage und Angebot voraus und muß sie voraussetzen, aber sie behauptet keineswegs, daß in der kapitalistischen Gesellschaft stets eine solche Gleichheit besteht oder bestehen kann. Ebenso wie jedes andere Gesetz des Kapitalismus „verwirklicht sich" das Realisationsgesetz „nur durch Nichtverwirklichung" (Bulgakow, zitiert in Struves Artikel, S. 56). Die Theorie der allgemeinen, der Durchschnittsprofitrate setzt im Grunde die-

---

* Ibid., S. 38 (siehe den vorliegenden Band, S. 46/47. *Die Red.*). Vgl. „Studien", S. 25 (siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 143, russ. *Die Red.*): „Leugnen wir nicht die Notwendigkeit eines äußeren Marktes für den Kapitalismus? Nein, natürlich nicht. Nur hat die Frage des äußeren Marktes absolut nichts mit der Frage der Realisation gemein."

** „Nicht nur die Produkte, die den Mehrwert ersetzen, sondern auch die Produkte, die das variable ... und das konstante Kapital ersetzen ..., werden alle in gleicher Weise nur unter ‚Schwierigkeiten', unter ständigen Schwankungen realisiert, die mit der weiteren Entwicklung des Kapitalismus immer stärker werden ..." („Studien", S. 27 [siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 145, russ. *Die Red.*].) Vielleicht wird Herr Struve sagen, dieser Stelle widersprächen andere Stellen, z. B. auf S. 31 (siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 150, russ. *Die Red.*): „... die Kapitalisten *können* den Mehrwert realisieren ..."? Dieser Widerspruch ist nur scheinbar. Sofern wir die abstrakte Realisationstheorie nehmen (und die Volkstümler haben gerade eine abstrakte Theorie von der Unmöglichkeit, den Mehrwert zu realisieren, aufgestellt), ist auch die Schlußfolgerung unvermeidlich, daß die Realisation möglich ist. Aber bei Darlegung der abstrakten Theorie muß auch auf die Widersprüche hingewiesen werden, die dem wirklichen Realisationsprozeß eigen sind. Eben diesen Hinweis habe ich in meinem Artikel gegeben.

selbe proportionale Verteilung der Produktion zwischen ihren verschiedenen Zweigen voraus. Aber Struve wird doch diese Theorie deshalb nicht eine Theorie proportionaler Verteilung nennen!

4. Struve bestreitet meine Meinung, daß Marx mit Recht Ricardo beschuldigte, den Fehler von A. Smith wiederholt zu haben. „Marx hatte unrecht", schreibt Struve. Marx zitiert jedoch direkt eine Stelle aus Ricardos Werk (II¹, 383).[27] Struve ignoriert diese Stelle. Gleich auf der nächsten Seite führt Marx die Meinung Ramsays an, der gleichfalls gerade diesen Fehler Ricardos herausgefunden hat. Ich habe auch auf eine andere Stelle in Ricardos Werk verwiesen, wo er direkt sagt: „Das ganze Produkt des Bodens und der Arbeit jedes Landes wird in drei Teile geteilt: Arbeitslohn, Profit und Rente" (hier wird irrtümlich das konstante Kapital ausgelassen. Siehe „Ricardos Werke", übersetzt von Sieber, S. 221). Struve übergeht auch diese Stelle mit Schweigen. Er zitiert lediglich eine Bemerkung Ricardos, in der auf die Ungereimtheit der Betrachtungen Says über den Unterschied zwischen Roh- und Reineinkommen hingewiesen wird. Marx führt im 49. Kapitel von Band III des „Kapitals", worin die Schlußfolgerungen aus der Realisationstheorie dargelegt werden, gerade diese Bemerkung Ricardos an und sagt dazu folgendes: „Übrigens, wie man später sehen wird" — gemeint ist offenbar Band IV des „Kapitals"[28], der noch nicht erschienen ist —, „hat auch Ricardo nirgends die falsche Smithsche Analyse des Warenpreises, seine Auflösung in die Wertsumme der Revenuen widerlegt. Er kümmert sich nicht um sie, und nimmt sie bei seinen Analysen soweit als richtig an, daß er von dem konstanten Wertteil der Waren ‚abstrahiert'. Er fällt auch von Zeit zu Zeit in dieselbe Vorstellungsweise zurück" (d. h. in die Vorstellungsweise von Smith. „Das Kapital", III, 2, 377. Russ. Übers. 696).[29] Wir überlassen es dem Leser zu urteilen, wer recht hat: Marx, der da sagt, daß Ricardo den Fehler von Smith wiederholt*, oder Struve, der da sagt, Ricardo habe „ausge-

* Wie richtig Marx urteilt, sieht man besonders anschaulich auch daran, daß Ricardo die *falsche Smithsche Ansicht von der Akkumulation* des *individuellen* Kapitals teilte. Ricardo glaubte nämlich, daß der akkumulierte Teil des Mehrwerts restlos für Arbeitslohn verausgabt wird, während er 1. für konstantes Kapital und 2. für Arbeitslohn verausgabt wird. Siehe „Das Kapital", I², 611—613, Kapitel 22, Unterkapitel 2.[30] — Vgl. „Studien", S. 29, Anmerkung (siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 148, russ. *Die Red.*).

zeichnet (?) verstanden, daß sich das ganze gesellschaftliche Produkt nicht in Arbeitslohn, Profit und Rente erschöpft", und Ricardo habe „unbewußt (!) von denjenigen Teilen des gesellschaftlichen Produkts, die die Produktionsauslagen ausmachen, abstrahiert". Kann man *ausgezeichnet* verstehen und gleichzeitig *unbewußt* abstrahieren?

5. Struve hat die Marxsche Behauptung, daß Ricardo den Fehler von Smith übernommen hat, nicht nur nicht widerlegt, er hat den gleichen Fehler auch in seinem Artikel wiederholt. „Seltsam ... zu denken", schreibt Struve, „daß diese oder jene Einteilung des gesellschaftlichen Produkts in Kategorien für die Gesamtauffassung der Realisation von wesentlicher Bedeutung sein könnte, um so mehr, als wirklich alle Teile des zu realisierenden Produkts im Prozeß der Realisation die Form von Einkommen (Roheinkommen) annehmen und die Klassiker sie als Einkommen betrachteten." (S. 48.) Darum geht es ja gerade, daß *nicht* alle Teile des zu realisierenden Produkts die Form von Einkommen (Roheinkommen) annehmen; gerade diesen Fehler von Smith hat Marx ja klargestellt durch den Nachweis, daß ein Teil des zu realisierenden Produkts niemals die Form von Einkommen annimmt und annehmen kann. Das ist der Teil des gesellschaftlichen Produkts, der das konstante Kapital ersetzt, das zur Produktion von Produktionsmitteln dient (konstantes Kapital in Abteilung I, nach der Terminologie von Marx). Saatkorn in der Landwirtschaft z. B. nimmt niemals die Form von Einkommen an; die Steinkohle, die wieder zur Förderung von weiterer Steinkohle verwendet wird, nimmt niemals die Form von Einkommen an usw. und dgl. mehr. Der Prozeß der Reproduktion und Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals kann nicht begriffen werden, wenn nicht derjenige Teil des Rohprodukts ausgesondert wird, der nur als Kapital zu dienen vermag, der niemals die Form von Einkommen annehmen kann.* In der in Entwicklung begriffenen kapitalistischen Gesellschaft muß dieser Teil des gesellschaftlichen Produkts notwendigerweise rascher wachsen als alle anderen Teile dieses Produkts. Nur durch dieses Gesetz kann ja auch einer der tiefsten Widersprüche des Kapitalismus erklärt werden: der Nationalreichtum wächst mit gewaltiger Schnelligkeit, während die Konsumtion des Volkes (wenn überhaupt) nur sehr langsam wächst.

* Siehe „Das Kapital", III, 2, 375/376 (Russ. Übers., 696)[81] über den Unterschied von Rohprodukt und Roheinkommen.

6. Struve „begreift ganz und gar nicht", weshalb die Marxsche Unterscheidung von konstantem und variablem Kapital „für die Realisationstheorie notwendig" ist und weshalb ich auf ihr „besonders bestehe".

Dieses Nichtbegreifen Struves ist einerseits das Resultat eines einfachen Mißverständnisses. Erstens erkennt Struve selbst *einen* Vorzug dieser Unterscheidung an, nämlich, daß in ihr das ganze Produkt, und nicht nur die Einkommen, Platz findet. Ihr anderer Vorzug besteht darin, daß sie die Analyse des Realisationsprozesses logisch verbindet mit der Analyse des Produktionsprozesses des individuellen Kapitals. Welches ist die Aufgabe der Realisationstheorie? – zu zeigen, *wie* die Reproduktion und Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals erfolgt. Ist es nicht schon auf den ersten Blick klar, daß die Rolle des variablen Kapitals sich hierbei in kardinaler Weise von der Rolle des konstanten Kapitals unterscheiden muß? Die Produkte, die das variable Kapital ersetzen, müssen in letzter Instanz gegen *Konsumtionsmittel* der Arbeiter ausgetauscht werden und den gewöhnlichen Verbrauch der Arbeiter decken. Die Produkte, die das konstante Kapital ersetzen, müssen in letzter Instanz gegen *Produktionsmittel* ausgetauscht werden und als Kapital für neue Produktion verwendet werden. Deshalb ist die Unterscheidung von konstantem und variablem Kapital für die Realisationstheorie unbedingt notwendig. Zweitens wird das Mißverständnis Struves dadurch hervorgerufen, daß er auch hier ganz willkürlich und fehlerhaft unter Realisationstheorie eine Theorie versteht, die zeigt, daß die Produkte proportional verteilt werden (siehe besonders S. 50/51). Wir haben schon oben gesagt und wiederholen noch einmal, daß eine solche Vorstellung vom Inhalt der Realisationstheorie unrichtig ist.

Anderseits wurde Struves Nichtbegreifen dadurch hervorgerufen, daß er es für notwendig hält, einen Unterschied zwischen „soziologischen" und „ökonomischen" Kategorien in der Theorie von Marx zu machen, und mehrere allgemeine Bemerkungen gegen diese Theorie richtet. Hierauf muß ich antworten, erstens, daß all dies überhaupt nicht zur Realisa*tionstheorie gehört; zweitens,* daß *ich* die von Struve durchgeführte Unterscheidung für unklar halte und keinerlei realen Nutzen in ihr sehe. Drittens halte ich Struves Behauptungen nicht nur für strittig, sondern sogar für direkt falsch, wenn er erklärt, daß „Marx selbst sich zweifellos im unklaren war über das Verhältnis der soziologischen Grundlagen"

seiner Theorie zur Analyse der Markterscheinungen, daß „die Lehre vom Wert, wie sie in Band I und III des ‚Kapitals' dargelegt ist, zweifellos an Widersprüchen leidet".* Alle diese Erklärungen Struves sind völlig haltlos. Es sind keine Argumente, sondern Dekrete. Es sind die vorweggenommenen Resultate jener Kritik an der Marxschen Theorie, die die Neukantianer beabsichtigen.** Wir werden sehen, was diese Kritik geben

* Dieser letzten Erklärung Struves stelle ich die neueste Darlegung der Werttheorie durch K. Kautsky entgegen, der ausführt und zeigt, daß durch das Gesetz der Durchschnittsprofitrate „das Wertgesetz ... nicht aufgehoben, sondern nur modifiziert" wird („Die Agrarfrage", S. 67/68). Wir wollen übrigens die folgende interessante Erklärung Kautskys in der Vorrede zu seinem hervorragenden Buch festhalten: „Sollte es mir gelungen sein, in vorliegender Schrift neue, fruchtbare Gedanken zu entwickeln, so bin ich dafür vor allem meinen beiden großen Meistern zu Dank verpflichtet, und ich betone das hier um so lieber, als seit einiger Zeit selbst in sozialistischen Kreisen [bei Lenin: unseren Kreisen. *Der Übers.*] sich Stimmen erheben, die den Standpunkt von Marx und Engels für veraltet erklären ... Die Ursache dieser Zweifel scheint mir mehr in den Personen der Zweifler als in der angezweifelten Lehre begründet zu sein. Das schließe ich nicht nur aus den Resultaten, welche eine Prüfung solcher Bedenken ergibt, sondern auch aus den Erfahrungen, die ich an mir selbst gemacht. Meine Sympathien gehörten in den Anfängen meiner Beschäftigung mit dem Sozialismus [bei Lenin: meiner ... Tätigkeit. *Der Übers.*] durchaus nicht dem Marxismus. Ich trat ihm ebenso kritisch und zweifelnd entgegen, wie nur irgendeiner derjenigen, die heute verachtungsvoll auf meinen Dogmenfanatismus herabsehen. Nur widerstrebend wurde ich Marxist. Aber damals, sowie später, so oft mir in einer grundlegenden Frage Zweifel aufstiegen, habe ich schließlich stets gefunden, daß die Schuld an mir lag und nicht an meinen Meistern, daß eine Vertiefung in den Gegenstand mich zwang, ihren Standpunkt als den berechtigten zu erkennen. So hat jede Neuprüfung, jeder Versuch einer Revision bei mir nur zu vermehrter Zuversicht, verstärkter Anerkennung der Lehre geführt, deren Verbreitung und Anwendung die Aufgabe meines Lebens geworden ist."

** Nebenbei ein paar Worte über diese (künftige) „Kritik", für die Struve so schwärmt. Gegen Kritik überhaupt wird natürlich kein vernünftig denkender Mensch Einwände erheben. Aber Struve wiederholt offensichtlich seinen Lieblingsgedanken von der Befruchtung des Marxismus durch die „kritische Philosophie". Ich bin selbstverständlich weder gewillt noch imstande, hier auf den philosophischen Inhalt des Marxismus einzugehen, und beschränke mich

wird. Vorläufig aber konstatieren wir, daß diese Kritik für die Frage der Realisationstheorie nichts gegeben hat.

7. Zur Bedeutung der Marxschen Schemata im dritten Abschnitt von Band II des „Kapitals" behauptet Struve, die abstrakte Realisationstheorie könne mittels der verschiedensten Verfahren zur Einteilung des gesellschaftlichen Produkts vortrefflich dargestellt werden. Diese erstaunliche Behauptung erklärt sich ganz und gar durch das grundlegende Mißverständnis Struves, wonach sich die Realisationstheorie „völlig erschöpft" (??!) mit der Banalität, daß Produkte gegen Produkte ausgetauscht werden. Nur infolge dieses Mißverständnisses konnte Struve einen Satz wie diesen schreiben: „Welches die Rolle dieser" (zu realisierenden) „Warenmassen in der Produktion, Verteilung usw. ist, ob sie Kapital darstellen (sic!!) und was für Kapital, konstantes oder variables, ist für das Wesen der gegebenen Theorie durchaus gleichgültig." (51.) Für die Marxsche Realisationstheorie, die aus der Analyse der Reproduktion und Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamt*kapitals* besteht, ist es gleichgültig, ob die Waren Kapital darstellen!! Dies ist dasselbe, als wenn jemand sagen wollte, es sei für das Wesen der Grundrententheorie gleichgültig, ob sich die Landbevölkerung in Grundbesitzer, Kapitalisten und Arbeiter teile oder nicht, denn diese Theorie laufe ja darauf hinaus, auf die verschiedene Fruchtbarkeit verschiedener Landparzellen hinzuweisen.

---

daher auf die folgende Bemerkung. Diejenigen Schüler von Marx, die „Zurück zu Kant" rufen, haben bisher aber auch gar nichts vorgebracht, was die Notwendigkeit einer solchen Umkehr beweist und anschaulich klarmacht, welchen Gewinn die Theorie von Marx von einer Befruchtung durch das Neukantianertum[32] haben könnte. Sie haben nicht einmal die ihnen vor allem zukommende Pflicht erfüllt, Engels' negatives Urteil über das Neukantianertum eingehend zu untersuchen und zu widerlegen. Diejenigen Schüler dagegen, die nicht zu Kant, sondern zum philosophischen Materialismus vor Marx einerseits und zum dialektischen Idealismus anderseits zurückgegangen sind, haben eine bemerkenswert geschlossene und wertvolle Darlegung des dialektischen Materialismus geliefert, sie haben gezeigt, daß er das gesetzmäßige und unvermeidliche Produkt der ganzen neueren Entwicklung der Philosophie und Gesellschaftswissenschaft ist. Ich brauche nur auf das bekannte Werk von Herrn Beltow in der russischen und auf die „Beiträge zur Geschichte des Materialismus" (Stuttgart 1896)[33] in der deutschen Literatur zu verweisen.

Nur infolge desselben Mißverständnisses konnte Struve behaupten: „Die Naturalbeziehung zwischen den Elementen der gesellschaftlichen Konsumtion — der gesellschaftliche *Stoff*wechsel — kann am besten gezeigt werden" nicht mit Hilfe der Marxschen Teilung des Produkts, sondern mit Hilfe der folgenden Einteilung: Produktionsmittel + Konsumtionsmittel + Mehrwert (S. 50). — Worin besteht der gesellschaftliche Stoffwechsel? Vor allem im Austausch von Produktionsmitteln gegen Konsumtionsmittel. Wie kann man aber diesen Austausch zeigen, wenn man den Mehrwert *von* den Produktionsmitteln und *von* den Konsumtionsmitteln trennt und gesondert darstellt? Der Mehrwert verkörpert sich doch entweder in Produktionsmitteln oder in Konsumtionsmitteln! Ist es nicht klar, daß eine derartige Teilung — die logisch nicht Stich hält (denn sie vermischt die Einteilung nach der Naturalform des Produkts mit der Einteilung nach den Wertelementen) — den Prozeß des gesellschaftlichen Stoffwechsels *verdunkelt*?*

8. Struve sagt, ich hätte Marx die apologetisch-bürgerliche Theorie von Say und Ricardo zugeschrieben (52) — eine Theorie der Harmonie von Produktion und Konsumtion (51) —, eine Theorie, die in schreiendem Widerspruch zu der Lehre von Marx über die Evolution und das schließliche Verschwinden des Kapitalismus steht (51/52); deshalb würden meine „völlig richtigen Ausführungen" darüber, daß Marx sowohl im II. als auch im III. Band den dem Kapitalismus eigenen Widerspruch zwischen schrankenloser Ausdehnung der Produktion und begrenzter Konsumtion der Volksmassen hervorgehoben hat, „jene These der Realisation völlig umstoßen ..., deren Verteidiger in anderen Fällen" ich sei.

Auch diese Behauptung Struves ist ebenfalls falsch und beruht ebenfalls auf dem obengenannten Mißverständnis, das ihm passiert ist.

Woraus entnimmt Struve, daß ich unter Realisationstheorie nicht die Analyse des Prozesses der Reproduktion und Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals verstehe, sondern eine Theorie, die lediglich besagt, daß Produkte gegen Produkte ausgetauscht werden, eine Theorie,

* Wir möchten den Leser daran erinnern, daß Marx das ganze gesellschaftliche Produkt nach der Naturalform des Produkts in zwei Abteilungen teilt: I. Produktionsmittel; II. Konsumtionsmittel. Hierauf wird in jeder dieser Abteilungen das Produkt nach den Wertelementen in drei Teile geteilt: 1. konstantes Kapital; 2. variables Kapital; 3. Mehrwert.

die die Harmonie zwischen Produktion und Konsumtion lehrt? Durch eine Analyse meiner Artikel könnte Struve nicht beweisen, daß ich die Realisationstheorie im zweiten Sinne aufgefaßt habe, denn ich habe direkt und bestimmt gesagt, daß ich die Realisationstheorie gerade im ersten Sinne verstehe. In dem Artikel „Zur Charakteristik des ökonomischen Romantizismus" heißt es in dem Paragraphen, der der Klarstellung des Fehlers von Smith und Sismondi gewidmet ist: „Die Frage ist gerade die, *wie* die Realisation, *das heißt* der Ersatz aller Teile des gesellschaftlichen Produkts, erfolgt. Deshalb muß der Ausgangspunkt einer Betrachtung über gesellschaftliches Kapital und Einkommen — oder, was dasselbe ist, über die Realisation des Produkts in der kapitalistischen Gesellschaft — die Teilung zwischen... Produktionsmitteln und Konsumtionsmitteln sein." („Studien", 17.) * „Die Frage der Realisation besteht eben darin, den Ersatz aller Teile des gesellschaftlichen Produkts nach dem Wert und nach der stofflichen Form zu analysieren." (ib., 26.) ** Wiederholt Struve nicht das gleiche, wenn er — scheinbar gegen mich — sagt, daß die uns interessierende Theorie „den Mechanismus der Realisation zeigt..., soweit diese Realisation verwirklicht wird" („Nautschnoje Obosrenije", 62)? Widerspreche ich *der* Realisationstheorie, die ich vertrete, wenn ich sage, die Realisation erfolge „nur unter Schwierigkeiten, unter ständigen Schwankungen, die mit der weiteren Entwicklung des Kapitalismus immer stärker werden, in einer wütenden Konkurrenz und dgl. mehr" („Studien", 27)? *** — wenn ich sage, die volkstümlerische Theorie zeige *„nicht nur Nichtverstehen der Realisation, sondern schließt überdies auch* eine äußerst oberflächliche Auffassung der dieser Realisation eigenen Widersprüche in sich ein" (26/27)? † — wenn ich sage, die Realisation des Produkts, die nicht so sehr auf der Linie der Konsumtionsmittel als vielmehr auf der Linie der Produktionsmittel erfolgt, sei „natürlich ein Widerspruch, aber eben solch ein Widerspruch, der in der Wirklichkeit besteht, der sich aus dem eigensten Wesen des Kapitalismus ergibt" (24) ††, ein Widerspruch, der „der historischen Mission des Kapitalismus und sei-

* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 134, russ. *Die Red.*
** Ebenda, S. 144. *Die Red.*
*** Ebenda, S. 145. *Die Red.*
† Ebenda, S. 144. *Die Red.*
†† Ebenda, S. 141. *Die Red.*

ner spezifischen sozialen Struktur völlig entspricht: die erste" (d. h. die Mission) „besteht gerade in der Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft (Produktion für die Produktion); die zweite" (d. h. die soziale Struktur des Kapitalismus) „schließt ihre Utilisation durch die Masse der Bevölkerung aus" (20)?*

9. In der Frage nach dem Verhältnis von Produktion und Konsumtion in der kapitalistischen Gesellschaft besteht zwischen mir und Struve offenbar keine Meinungsverschiedenheit. Wenn Struve jedoch meint, daß die Marxsche These (die besagt, daß die Konsumtion nicht der Zweck der kapitalistischen Produktion ist) „den deutlichen Stempel des polemischen Charakters des ganzen Marxschen Systems überhaupt trägt. Sie ist tendenziös..." (53), so bestreite ich entschieden, daß derartige Einwände angebracht und berechtigt sind. Daß die Konsumtion nicht den Zweck der *kapitalistischen Produktion* darstellt, ist eine Tatsache. Der Widerspruch zwischen dieser Tatsache und der Tatsache, daß auch in der kapitalistischen Gesellschaft die Produktion in letzter Instanz mit der Konsumtion verbunden ist, von der Konsumtion abhängt — ist ein Widerspruch nicht der Doktrin, sondern des wirklichen Lebens. Die Marxsche Realisationstheorie ist übrigens gerade deshalb von gewaltigem wissenschaftlichem Wert, weil sie zeigt, wie sich dieser Widerspruch verwirklicht, weil sie diesen Widerspruch in den Vordergrund stellt. Einen „polemischen Charakter" trägt „das Marxsche System" nicht deshalb, weil es „tendenziös"** wäre, sondern weil es alle die Widersprüche, die im Leben bestehen, in der Theorie genau abbildet. Deshalb mißglücken übrigens auch alle Versuche, sich das „Marxsche System" zu eigen zu machen, ohne sich seinen „polemischen Charakter" zu eigen zu machen, und sie werden auch weiter mißglücken: der „polemische Charakter" des Systems ist nur die genaue Widerspiegelung des „polemischen Charakters" des Kapitalismus selbst.

10. „Welches ist die reale Bedeutung der Realisationstheorie?" fragt Struve und führt die Meinung des Herrn Bulgakow an, der sagt, daß die Möglichkeit der Erweiterung der kapitalistischen Produktion in der Praxis

* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 137, russ. *Die Red.*

** Als Warnung gegen die Verwendung derartiger Ausdrücke könnte das klassische Beispiel von Herren à la A. Skworzow dienen, der die Marxsche Theorie von der Durchschnittsprofitrate als tendenziös betrachtet.

verwirklicht wird, wenn auch durch eine Reihe von Krisen. „Die kapitalistische Produktion wächst in der ganzen Welt", erklärt Herr Bulgakow. „Dieses Argument", wendet Struve ein, „ist völlig haltlos. Es handelt sich darum, daß die reale ‚Erweiterung der kapitalistischen Produktion' sich durchaus nicht in jenem idealen oder isolierten kapitalistischen Staat vollzieht, den Bulgakow voraussetzt und der seiner Annahme nach sich selbst genügt, sondern in der Arena der Weltwirtschaft, wo die mannigfaltigsten Stufen der ökonomischen Entwicklung und verschiedene Formen des wirtschaftlichen Lebens zusammentreffen." (57.)

Struves Einwand läuft somit darauf hinaus, daß die Realisation in Wirklichkeit nicht in einem isolierten, sich selbst genügenden, kapitalistischen Staat erfolgt, sondern „in der Arena der Weltwirtschaft", d. h. durch den Absatz von Produkten nach anderen Ländern. Man erkennt leicht, daß dieser Einwand auf einem Irrtum beruht. Ändert sich in irgendeinem Maße die Frage der Realisation, wenn wir uns nicht auf den inneren Markt („sich selbst genügender" Kapitalismus) beschränken, sondern uns auf den äußeren berufen? wenn wir an Stelle eines Landes mehrere Länder nehmen? Wenn wir nicht annehmen wollen, daß die Kapitalisten ihre Waren ins Meer werfen oder sie an Ausländer gratis abgeben, wenn wir nicht vereinzelte, eine Ausnahme bildende Fälle oder Perioden nehmen, so liegt es auf der Hand, daß wir eine bestimmte Ausgeglichenheit der Ausfuhr und der Einfuhr annehmen müssen. Wenn das betreffende Land bestimmte Produkte ausführt, um sie „in der Arena der Weltwirtschaft" zu realisieren, so führt es dafür andere Produkte ein. Vom Standpunkt der Realisationstheorie muß unterstellt werden, daß „der auswärtige Handel nur durch Artikel" (Waren) „von andrer Gebrauchs- oder Naturalform einheimische Artikel ersetzt" („Das Kapital", II, 469.[34] Bei mir zitiert im „Nautschnoje Obosrenije", S. 38*). Ob wir ein Land oder einen Komplex von Ländern nehmen, das Wesen des Realisationsprozesses ändert sich hierdurch nicht im mindesten. Mit seinem Einwand gegen Herrn Bulgakow wiederholt Struve folglich den alten Fehler der Volkstümler, die die Frage der Realisation mit der Frage des äußeren Marktes verbanden.**

* Siehe den vorliegenden Band, S. 47. *Die Red.*

** Diesen Fehler der Volkstümler habe ich in den „Studien", S. 25–29, untersucht (siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 142–147, russ. *Die Red.*).

In Wirklichkeit haben diese Fragen nichts miteinander gemein. Die Frage der Realisation ist eine abstrakte Frage, die zur Theorie des Kapitalismus überhaupt gehört. Ob wir ein Land oder die ganze Welt nehmen, die von Marx entdeckten grundlegenden Gesetze der Realisation bleiben ein und dieselben.

Die Frage des Außenhandels oder des äußeren Marktes ist eine historische Frage, eine Frage der konkreten Entwicklungsbedingungen des Kapitalismus in diesem oder jenem Land in dieser oder jener Epoche.*

11. Gehen wir noch etwas auf die Frage ein, die Struve „seit langem beschäftigt": Welches ist der reale wissenschaftliche Wert der Realisationstheorie?

Genau der gleiche, den alle übrigen Lehrsätze der abstrakten Theorie von Marx haben. Wenn Struve der Umstand verwirrt, daß „eine vollkommene Realisation das Ideal kapitalistischer Produktion ist, aber keineswegs ihre Wirklichkeit", so wollen wir ihn daran erinnern, daß auch alle anderen von Marx entdeckten Gesetze des Kapitalismus genauso nur das Ideal des Kapitalismus, keineswegs aber seine Wirklichkeit abbilden. Marx schrieb, daß „wir nur die innere Organisation der kapitalistischen Produktionsweise, sozusagen in ihrem idealen Durchschnitt, darzustellen haben" („Das Kapital", III, 2, 367; russ. Übers., S. 688).[35] Die Theorie des Kapitals setzt voraus, daß der Arbeiter den vollen Wert seiner Arbeitskraft erhält. Dies ist das Ideal des Kapitalismus, keineswegs aber seine Wirklichkeit. Die Theorie der Rente setzt voraus, daß die gesamte landwirtschaftliche Bevölkerung völlig in Grundbesitzer, Kapitalisten und Lohnarbeiter gespalten sei. Dies ist das Ideal des Kapitalismus, aber keineswegs seine Wirklichkeit. Die Theorie der Realisation setzt proportionale Verteilung der Produktion voraus. Dies ist das Ideal des Kapitalismus, aber keineswegs seine Wirklichkeit.

Der wissenschaftliche Wert der Theorie von Marx besteht darin, daß sie den Prozeß der Reproduktion und Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals erklärt hat. Weiter hat die Marxsche Theorie gezeigt, wie der dem Kapitalismus eigene Widerspruch verwirklicht wird, daß das riesige Anwachsen der Produktion keineswegs von einem entsprechenden Anwachsen der Konsumtion des Volks begleitet wird. Deshalb stellt die

* Ibid. Vgl. „Nautschnoje Obosrenije" Nr. 1, S. 37 (siehe den vorliegenden Band, S. 45/46. *Die Red.*).

Marxsche Theorie nicht nur nicht die bürgerlich-apologetische Theorie wieder her (wie Struve phantasiert), sondern im Gegenteil, sie *liefert die stärkste Waffe gegen die Apologetik*. Aus dieser Theorie folgt, daß *selbst* bei ideal glatter und proportionaler Reproduktion und Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals der Widerspruch zwischen dem Wachstum der Produktion und dem beschränkten Ausmaß der Konsumtion unvermeidlich ist. *Außerdem* verläuft jedoch in der Wirklichkeit der Realisationsprozeß nicht mit ideal glatter Proportionalität, sondern nur unter „Schwierigkeiten", „Schwankungen", „Krisen" usw.

Weiter liefert die Marxsche Realisationstheorie die stärkste Waffe nicht nur gegen die Apologetik, sondern auch gegen die kleinbürgerliche reaktionäre Kritik am Kapitalismus. Gerade diese Kritik am Kapitalismus wollten unsere Volkstümler durch ihre fehlerhafte Realisationstheorie unterstützen. Die Marxsche Auffassung der Realisation aber führt unweigerlich zur Anerkennung der historischen Fortschrittlichkeit des Kapitalismus (Entwicklung der Produktionsmittel und folglich auch der Produktivkräfte der Gesellschaft), wobei sie den historisch vergänglichen Charakter des Kapitalismus nicht nur nicht vertuscht, sondern im Gegenteil klarstellt.

12. „Bezüglich der idealen oder sich selbst genügenden isolierten kapitalistischen Gesellschaft" behauptet Struve, erweiterte Reproduktion sei in ihr unmöglich, „denn nirgendwo können die unbedingt notwendigen zusätzlichen Arbeiter beschafft werden".

Ich kann mich mit dieser Behauptung Struves in keiner Weise einverstanden erklären. Struve hat nicht bewiesen, daß es unmöglich ist, die zusätzlichen Arbeiter aus der Reservearmee zu nehmen, und das läßt sich auch nicht beweisen. Dagegen, daß die zusätzlichen Arbeiter aus dem natürlichen Bevölkerungszuwachs genommen werden können, wendet Struve ohne jeden Beweis folgendes ein: „Die auf natürlichem Zuwachs beruhende erweiterte Reproduktion ist arithmetisch vielleicht mit der einfachen nicht identisch, aber praktisch-kapitalistisch, d. h. ökonomisch, fällt sie mit ihr völlig zusammen." Da er fühlt, daß die Unmöglichkeit, zusätzliche Arbeiter zu finden, theoretisch nicht bewiesen werden kann, weicht Struve der Frage aus, indem er sich auf historische und praktische Verhältnisse beruft. „Ich glaube nicht, daß Marx eine historische (?!) Frage auf Grund dieser völlig abstrakten Konstruktion lösen konnte..." „Der sich selbst

genügende Kapitalismus ist ein historisch (!) undenkbares Extrem..." „Der Intensivierung der Arbeit, die man dem Arbeiter aufzwingen kann, sind nicht nur real, sondern auch logisch sehr enge Grenzen gesetzt..." „Die unaufhaltsame Steigerung der Arbeitsproduktivität muß unweigerlich die Nötigung zur Arbeit schwächen..."

Wie unlogisch alle diese Erklärungen sind, springt ins Auge! Keiner der Opponenten Struves hat irgendwo und irgendwann den Unsinn behauptet, eine historische Frage könne mit Hilfe abstrakter Konstruktionen gelöst werden. Jetzt aber hat Struve selbst eine durchaus nicht historische, sondern völlig abstrakte Frage gestellt, die rein theoretische Frage „bezüglich der idealen kapitalistischen Gesellschaft" (57). Ist es nicht klar, daß er einfach der Frage ausweicht? Ich denke natürlich gar nicht daran, zu bestreiten, daß zahlreiche historische und praktische Bedingungen existieren (ganz zu schweigen von den immanenten Widersprüchen des Kapitalismus), die viel eher zum Untergang des Kapitalismus führen und führen werden als zur Verwandlung des heutigen Kapitalismus in einen idealen Kapitalismus. Aber in der rein theoretischen Frage „bezüglich der idealen kapitalistischen Gesellschaft" bleibe ich bei meiner früheren Meinung, daß es keinen theoretischen Grund gibt, die Möglichkeit erweiterter Reproduktion in dieser Gesellschaft zu leugnen.

13. „Die Herren W. W. und N.-on haben auf die Widersprüche und die Hindernisse in der kapitalistischen Entwicklung Rußlands hingewiesen, aber da zeigt man ihnen die Marxschen Schemata und sagt: Kapitale werden stets gegen Kapitale ausgetauscht..." (Struve, a. a. O., 62.)

Das ist im höchsten Grade bissig gesagt. Nur schade, daß die Sache dabei völlig falsch dargestellt wird. Jeder, der die „Skizzen der *theoretischen* Ökonomie" des Herrn W. W. und Unterkapitel XV des zweiten Abschnitts der „Skizzen" des Herrn N.-on liest, wird sehen, daß diese beiden Schriftsteller gerade die abstrakt-theoretische Frage der Realisation, die Frage nach der Realisation des Produkts in der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt, aufgeworfen haben. Dies ist eine Tatsache. Eine Tatsache ist ferner der Umstand, daß im Gegensatz zu ihnen andere Schriftsteller „es für notwendig gehalten haben, *vor allem* die grundlegenden, die *abstrakt-theoretischen* Punkte der Theorie der Märkte klarzustellen" (wie es gleich in den ersten Zeilen meines Artikels im „Nautschnoje Obosrenije" heißt). Tugan-Baranowski sprach von der Realisationstheorie in dem Ka-

pitel seines Buches über die Krisen, das den Untertitel „Die Theorie der Märkte" trägt. Bulgakow gibt seinem Buch den Untertitel „Eine theoretische Studie". Es fragt sich, wer denn nun abstrakt-theoretische und konkret-historische Fragen miteinander verwechselt, die Opponenten Struves oder Struve selbst?

Auf der gleichen Seite seines Artikels führt Struve meinen Hinweis an, daß sich die Notwendigkeit des äußeren Marktes nicht aus den Realisationsbedingungen, sondern aus historischen Bedingungen ergibt. „Aber", wendet Struve ein (dies ist ein sehr kennzeichnendes „aber"!), „Tugan-Baranowski, Bulgakow und Iljin haben sich nur mit der Klärung der abstrakten Bedingungen der Realisation, aber nicht mit der Klärung der historischen Bedingungen befaßt." (S. 62.) — Alle die erwähnten Schriftsteller haben sich eben deshalb nicht mit der Klärung der historischen Bedingungen befaßt, weil sie sich vorgenommen hatten, von abstrakttheoretischen und nicht von konkret-historischen Fragen zu sprechen. In meinem Buch „Zur Frage der Entwicklung des Kapitalismus in Rußland" („Über den inneren Markt für die Großindustrie und über den Prozeß seiner Bildung in Rußland"), dessen Druck jetzt (März 1899)* beendet ist, werfe ich nicht die Frage der Theorie der Märkte, sondern die des inneren Marktes für den russischen Kapitalismus auf. Deshalb spielen die abstrakten Wahrheiten der Theorie dort nur die Rolle von Leitsätzen, sie sind nur Werkzeuge für die Analyse der konkreten Daten.

14. Struve „hält voll und ganz" seinen „Standpunkt" zur Theorie „der dritten Personen" „aufrecht", den er in den „Kritischen Bemerkungen" entwikkelt hat. Ich meinerseits halte voll und ganz das aufrecht, was ich damals, als die „Kritischen Bemerkungen" erschienen, aus diesem Anlaß gesagt habe.[36]

Struve sagt auf S. 251 der „Kritischen Bemerkungen", die Argumentation des Herrn W. W. „stützt sich auf eine ganze eigenartige Theorie der Märkte in der ausgebildeten kapitalistischen Gesellschaft". „Diese Theorie", so bemerkt Struve, „ist richtig, insofern sie die Tatsache konstatiert, daß der Mehrwert nicht durch die Konsumtion der Kapitalisten oder der Arbeiter realisiert werden kann, sondern die Konsumtion dritter Personen voraussetzt." Unter diesen dritten Personen „versteht" Struve „in Rußland die russische ackerbautreibende Bauernschaft" (S. 61 des Artikels im „Nautschnoje Obosrenije").

* Siehe Werke, Bd. 3. *Die Red.*

Also Herr W. W. stellt eine ganze eigenartige Theorie der Märkte in der ausgebildeten kapitalistischen Gesellschaft auf, und man weist ihn auf die russische ackerbautreibende Bauernschaft hin. Ist denn das nicht Verwechslung der abstrakt-theoretischen Frage der Realisation mit der konkret-historischen Frage des Kapitalismus in Rußland? Ferner, wenn Struve die Theorie des Herrn W. W. auch nur zum Teil als richtig anerkennt, so heißt das, daß er an den theoretischen Hauptfehlern des Herrn W. W. in der Frage der Realisation vorbeigeht, an der fehlerhaften Anschauung vorbeigeht, wonach die „Schwierigkeiten" der kapitalistischen Realisation auf den Mehrwert beschränkt oder mit diesem Teil des Produktenwerts speziell verbunden wären; — an der fehlerhaften Anschauung vorbeigeht, die die Frage des äußeren Marktes mit der Frage der Realisation verbindet.

Struves Hinweis, daß die russische ackerbautreibende Bauernschaft durch ihre Auflösung einen Markt für unseren Kapitalismus schafft, ist völlig richtig (ich beweise diese These in dem obenerwähnten Buch ausführlich durch eine Untersuchung der Daten der Semstwostatistik). Die theoretische Begründung dieser These aber gehört durchaus nicht zur Theorie der Realisation des Produkts in der kapitalistischen Gesellschaft, sondern zur Theorie der Bildung der kapitalistischen Gesellschaft. Es ist ferner nicht zu übersehen, daß die Bezeichnung der Bauern als „dritte Personen" sehr unglücklich ist und daß sie geeignet ist, Mißverständnisse hervorzurufen. Wenn die Bauern „dritte Personen" für die kapitalistische Industrie sind, so sind die Leute der Industrie, die kleinen und nicht kleinen, die Fabrikanten und die Arbeiter, „dritte Personen" für die kapitalistische Landwirtschaft. Anderseits schaffen die ackerbautreibenden Bauern (die „dritten Personen") nur insoweit einen Markt für den Kapitalismus, als sie sich in die Klassen der kapitalistischen Gesellschaft (Dorfbourgeoisie und Dorfproletariat) auflösen, d. h. nur insoweit, als sie aufhören, *„dritte"* Personen zu sein, und *handelnde* Personen im System des Kapitalismus werden.

15. Struve sagt: „Bulgakow macht die scharfsinnige Bemerkung, daß sich kein prinzipieller Unterschied zwischen dem inneren und dem äußeren Markt für die kapitalistische Produktion feststellen läßt." Ich schließe mich dieser Bemerkung völlig an: wirklich, eine Zollschranke oder politische Grenze ist sehr häufig ganz ungeeignet zur Trennung des „inneren" und „äußeren" Marktes. Aber aus den eben erwähnten Gründen

kann ich mich nicht mit Struve darin einverstanden erklären, daß „hieraus eine Theorie folgt..., die die Notwendigkeit dritter Personen bestätigt". Unmittelbar folgt hieraus nur die Forderung: Bei Untersuchung der Frage des Kapitalismus nicht vor der traditionellen Teilung zwischen innerem und äußerem Markt stehenzubleiben. Diese in streng theoretischer Hinsicht nicht stichhaltige Teilung taugt besonders wenig für Länder wie Rußland. Man könnte sie durch eine andere Teilung ersetzen, indem man z. B. die folgenden Seiten im Entwicklungsprozeß des Kapitalismus unterscheidet: 1. Herausbildung und Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse in den Grenzen eines gegebenen völlig besiedelten und besetzten Territoriums; 2. Ausdehnung des Kapitalismus auf andere Territorien (die zum Teil überhaupt nicht besetzt sind und von Auswanderern aus dem alten Land besiedelt werden, zum Teil von Völkerschaften besetzt sind, die abseits vom Weltmarkt und Weltkapitalismus stehen). Man könnte die erste Seite des Prozesses Entwicklung des Kapitalismus in die Tiefe, die zweite – Entwicklung des Kapitalismus in die Breite nennen.* Eine solche Teilung würde den ganzen historischen Entwicklungsprozeß des Kapitalismus umfassen: einerseits seine Entwicklung in den alten Ländern, die im Verlauf von Jahrhunderten Formen kapitalistischer Verhältnisse bis zur maschinellen Großindustrie einschließlich entwickelt haben; anderseits das machtvolle Streben des entwickelten Kapitalismus, auf andere Territorien überzugreifen, neue Teile der Welt zu besiedeln und unter den Pflug zu nehmen, Kolonien zu bilden und wilde Stämme in den Katarakt des Weltkapitalismus hineinzuziehen. In Rußland wirkte und wirkt sich dieses letztere Streben des Kapitalismus besonders fühlbar in unseren Randgebieten aus, deren Kolonisierung nach der Reform, in der kapitalistischen Periode der russischen Geschichte, einen so großen Anstoß erhalten hat. Der Süden und der Südosten des Europäischen Rußlands, der Kaukasus, Mittelasien und Sibirien dienen dem russischen Kapitalismus gleichsam als Kolonien und sichern ihm eine gewaltige Entwicklung nicht nur in die Tiefe, sondern auch in die Breite.

* Es versteht sich von selbst, daß in der Wirklichkeit beide Seiten des Prozesses eng miteinander verschmolzen sind und daß ihre Teilung nur eine Abstraktion ist, nur eine Methode zur Erforschung eines komplizierten Prozesses. Ich habe das obenerwähnte Buch ausschließlich der ersten Seite des Prozesses gewidmet; vgl. dort Kapitel VIII, Abschnitt V.

Schließlich ist die vorgeschlagene Teilung deshalb praktisch, weil sie exakt das Fragengebiet bestimmt, das die Realisationstheorie allein umfaßt. Es ist klar, daß diese Theorie nur zur ersten Seite des Prozesses, nur zur Entwicklung des Kapitalismus in die Tiefe, gehört. Die Realisationstheorie (d. h. die Theorie, die den Prozeß der Reproduktion und Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals erklärt) muß für ihre Konstruktionen notwendigerweise eine in sich geschlossene kapitalistische Gesellschaft wählen, d. h. vom Prozeß der Ausbreitung des Kapitalismus auf andere Länder, vom Prozeß des Warenaustauschs eines Landes mit einem anderen abstrahieren, weil dieser Prozeß nichts zur Lösung der Frage der Realisation beiträgt, sondern die Frage nur von einem Lande in mehrere Länder verlegt. Klar ist auch, daß die abstrakte Realisationstheorie eine ideal entwickelte kapitalistische Gesellschaft als Voraussetzung nehmen muß.

Zur Literatur des Marxismus macht Struve die folgende allgemeine Bemerkung: „Die orthodoxen Kehrgesänge dominieren noch immer, aber sie können den neuen kritischen Klang nicht ersticken, denn in wissenschaftlichen Fragen liegt die wahre Kraft stets auf seiten der Kritik und nicht des Glaubens." Wie aus der vorstehenden Darlegung zu ersehen ist, mußten wir uns davon überzeugen, daß der „neue kritische Klang" keine Garantie gegen die Wiederholung alter Fehler bietet. Nein, bleiben wir schon lieber „unter dem Banner der Orthodoxie"! Glauben wir nicht, daß die Orthodoxie gestatte, irgend etwas auf Treu und Glauben anzunehmen, daß die Orthodoxie eine kritische Wandlung und Weiterentwicklung ausschließe, daß sie es gestatte, historische Fragen durch abstrakte Schemata zu verdunkeln. Wenn es orthodoxe Schüler gibt, die sich dieser wirklich schweren Sünden schuldig gemacht haben, so fällt die Schuld ganz und gar auf diese Schüler, keineswegs aber auf die Orthodoxie, die sich durch diametral entgegengesetzte Eigenschaften auszeichnet.

*Geschrieben im März 1899.*
*Veröffentlicht im August 1899 in der Zeitschrift „Nautschnoje Obosrenije" Nr. 8. Unterschrift: W. Iljin.*

*Nach dem Text der Zeitschrift.*

REZENSION

KARL KAUTSKY, Die Agrarfrage. *Eine Übersicht über die Tendenzen der modernen Landwirtschaft und die Agrarpolitik usw. Stuttgart, Dietz, 1899*

Kautskys Buch ist—nach Band III des „Kapitals"—die hervorragendste Erscheinung der neuesten ökonomischen Literatur. Dem Marxismus fehlte bisher ein Werk, das den Kapitalismus in der Landwirtschaft systematisch untersucht. Jetzt hat Kautsky diese Lücke durch den ersten Abschnitt seines umfangreichen (450 Seiten starken) Buches ausgefüllt, der die Überschrift trägt: „Die Entwicklung der Landwirtschaft in der kapitalistischen Gesellschaft" (S. 1—300). In der Vorrede bemerkt Kautsky mit vollem Recht, daß sich eine „erdrückende Fülle" von statistischem Material und ökonomischen Schilderungen über den Kapitalismus in der Landwirtschaft angesammelt hat; es sei eine dringende Notwendigkeit, die „Grundtendenzen" der ökonomischen Entwicklung auf diesem Gebiet der Volkswirtschaft bloßzulegen, um die mannigfaltigen Erscheinungen des Kapitalismus in der Landwirtschaft als „Teilerscheinungen eines Gesamtprozesses" betrachten zu können. In der Tat, die Formen der Landwirtschaft und die Verhältnisse der Landbevölkerung in der modernen Gesellschaft zeichnen sich durch eine so gigantische Mannigfaltigkeit aus, daß nichts leichter ist, als aus einer beliebigen Untersuchung eine Menge von Hinweisen und Tatsachen herauszugreifen, die die Anschauungen des betreffenden Schriftstellers „bestätigen". Eben nach dieser Methode ist eine ganze Reihe von Betrachtungen in unserer volkstümlerischen Presse aufgebaut, die die Lebensfähigkeit der kleinbäuerlichen Wirtschaft oder sogar ihre Überlegenheit über den Großbetrieb in der Landwirtschaft zu beweisen sucht. Das kennzeichnende Merkmal aller dieser Betrachtungen besteht darin, daß einzelne Erscheinungen herausgerissen, einzelne Fälle zitiert und nicht einmal Versuche gemacht werden, sie mit dem allgemei-

nen Bild der gesamten Agrarordnung der kapitalistischen Länder überhaupt und mit den Grundtendenzen der ganzen neuesten Entwicklung der kapitalistischen Landwirtschaft zu verbinden. Kautsky verfällt nicht in diesen üblichen Fehler. Er hat sich seit mehr als 20 Jahren mit der Frage des Kapitalismus in der Landwirtschaft beschäftigt und verfügt über ein außerordentlich umfassendes Material; insbesondere baut Kautsky seine Untersuchung auf den Daten der letzten landwirtschaftlichen Zählungen und Enqueten in England, Amerika, Frankreich (1892) und Deutschland (1895) auf. Kein einziges Mal aber verliert er sich im Wust der Tatsachen, kein einziges Mal läßt er den Zusammenhang auch der kleinsten Erscheinung mit dem Gesamtsystem der kapitalistischen Landwirtschaft und mit der gesamten Entwicklung des Kapitalismus aus dem Auge.

Kautsky stellt sich nicht irgendein Teilproblem, z. B. die Frage nach dem Verhältnis von Groß- und Kleinbetrieb in der Landwirtschaft, sondern die allgemeine Frage, ob sich das Kapital der Landwirtschaft bemächtigt, ob es die Produktionsformen und die Eigentumsformen in ihr umbildet und wie nun dieser Prozeß verläuft. In voller Erkenntnis der großen Rolle, die vorkapitalistische und nichtkapitalistische Formen der Landwirtschaft in der modernen Gesellschaft spielen, sowie der Notwendigkeit, das Verhältnis dieser Formen zu den rein kapitalistischen klarzustellen, beginnt Kautsky seine Untersuchung mit einer außerordentlich prägnanten und genauen Charakteristik der patriarchalischen Bauernwirtschaft und der Landwirtschaft der Feudalzeit. Nachdem er auf diese Weise die Ausgangspunkte der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft festgestellt hat, geht er zur Charakteristik der „modernen Landwirtschaft" über. Zunächst wird ihre technische Seite dargestellt (Fruchtwechselwirtschaft, Arbeitsteilung, Maschinen, Düngemittel, Bakteriologie), und vor dem Leser ersteht ein prägnantes Bild der gigantischen Umwälzung, die der Kapitalismus im Laufe mehrerer Jahrzehnte zuwege brachte, indem er die Landwirtschaft aus einem zur Routine erstarrten Handwerk in eine *Wissenschaft* verwandelte. Weiter wird der „kapitalistische Charakter der modernen Landwirtschaft" untersucht — eine kurze und populäre, aber in höchstem Maße exakte und gelungene Darlegung der Marxschen Theorie über Profit und Rente. Kautsky zeigt, daß das Pachtsystem und das Hypothekarsystem nur zwei

verschiedene Formen ein und desselben von Marx festgestellten Prozesses der Trennung der landwirtschaftlichen Unternehmer von den Grundeigentümern darstellen. Dann wird das Verhältnis von Großbetrieb und Kleinbetrieb untersucht, wobei sich herausstellt, daß der erstere dem zweiten zweifellos technisch überlegen ist. Kautsky beweist diese These eingehend und geht ausführlich auf die Klarstellung des Umstands ein, daß die Stabilität des Kleinbetriebs in der Landwirtschaft durchaus nicht durch seine technische Rationalität, sondern dadurch bedingt ist, daß sich die Kleinbauern mehr schinden als die Lohnarbeiter und daß sie ihr Bedürfnisniveau noch unter das Bedürfnisniveau und den Lebensstandard dieser letzteren senken. Die Daten, die Kautsky anführt, um dies zu beweisen, sind im höchsten Grade interessant und plastisch. Die Untersuchung der Frage der Genossenschaften in der Landwirtschaft führt Kautsky zu dem Schluß, daß diese einen zweifellosen Fortschritt darstellen, daß sie jedoch einen Übergang nicht zur gemeinschaftlichen Produktion, sondern zum Kapitalismus bedeuten; die Genossenschaften verringern nicht, sondern verstärken die Überlegenheit des Großbetriebs in der Landwirtschaft über den Kleinbetrieb. Es wäre ein Unding, zu erwarten, der Bauer könnte in der heutigen Gesellschaft zur gemeinschaftlichen Produktion übergehen. Gewöhnlich beruft man sich auf die Daten der Statistik, die nicht für die Verdrängung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb zeugt, aber diese Daten besagen lediglich, daß der Entwicklungsprozeß des Kapitalismus in der Landwirtschaft viel komplizierter ist als in der Industrie. Auch in dieser letzteren wird die Grundtendenz der Entwicklung nicht selten von Erscheinungen wie die Verbreitung kapitalistischer Hausarbeit usw. gekreuzt. In der Landwirtschaft nun wird die Verdrängung des Kleinbetriebs vor allem durch die Beschränktheit der Bodenfläche behindert; der Aufkauf kleiner Parzellen zwecks Bildung einer großen Bodenfläche ist durchaus keine leichte Sache; bei Intensivierung der Landwirtschaft ist Verkleinerung der Betriebsfläche zuweilen mit Vergrößerung der gewonnenen Produktenmenge vereinbar (deshalb hat eine Statistik, die ausschließlich mit Daten über die Bodenfläche der Wirtschaften operiert, wenig Beweiskraft). Die Konzentration der Produktion erfolgt dadurch, daß ein Besitzer viele Güter aufkauft; die so gebildeten Latifundien dienen als Basis für eine der höchsten Formen der großen kapitalistischen Landwirtschaft. Schließlich wäre es für den Großgrundbesitz unvorteilhaft, den

Kleinbesitz ganz zu verdrängen: der letztere liefert ihm Arbeitskräfte! Deshalb setzen die Grundbesitzer und die Kapitalisten nicht selten Gesetze durch, die die Kleinbauernschaft künstlich stützen. Die kleine Landwirtschaft gewinnt dann Stabilität, wenn sie aufhört, ein Konkurrent der großen zu sein, wenn sie zu einem Lieferanten von Arbeitskräften für diese wird. Die Beziehungen zwischen Groß- und Kleingrundbesitzern nähern sich immer mehr den Beziehungen zwischen Kapitalisten und Proletariern. Kautsky widmet dem Prozeß der „Proletarisierung des Bauern" ein besonderes Kapitel, reich an Daten — besonders in der Frage nach dem „Nebenerwerb" der Bauern, d. h. verschiedenen Formen der Lohnarbeit.

Nachdem er die Grundzüge der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft klargestellt hat, geht Kautsky dazu über, den historisch vergänglichen Charakter dieses Systems der gesellschaftlichen Wirtschaft zu beweisen. Je weiter sich der Kapitalismus entwickelt, auf desto größere Schwierigkeiten stößt die kommerzielle (warenproduzierende) Landwirtschaft. Das Monopol des Grundeigentums (die Grundrente), das Erbrecht, die Majorate[37] hindern die Rationalisierung der Landwirtschaft. Die Städte beuten das Land immer mehr und mehr aus, indem sie den Landwirten die besten Arbeitskräfte wegnehmen und einen immer größeren Teil des von der Landbevölkerung produzierten Reichtums heraussaugen, wodurch die Landbevölkerung die Möglichkeit verliert, dem Boden zurückzugeben, was ihm genommen wird. Besonders ausführlich geht Kautsky auf die Entvölkerung des flachen Landes ein: er gibt durchaus zu, daß die mittelbäuerlichen Wirtschaften unter dem Arbeitermangel am wenigsten leiden, fügt jedoch gleich hinzu, daß die „guten Staatsbürger" (wir können sagen: die russischen Volkstümler ebenfalls) über diese Tatsache zu Unrecht jubeln und zu Unrecht glauben, darin eine neue Blüte der Bauernschaft sehen zu dürfen, die die Anwendbarkeit der Marxschen Theorie auf die Landwirtschaft widerlege. Wenn die Bauernschaft weniger als andere landwirtschaftliche Klassen von dem Mangel an Lohnarbeitern betroffen wird, so hat sie dafür viel stärker unter dem Wucher, unter dem Steuerdruck, unter der Unrationalität ihrer Wirtschaft, unter der Erschöpfung des Bodens, unter Überarbeit und Unterkonsumtion zu leiden. Eine anschauliche Widerlegung der Ansicht der optimistisch gestimmten kleinbürgerlichen Ökonomen ist die Tatsache, daß nicht nur Landarbeiter, sondern auch Bauernkinder — in die Städte fliehen! Besonders große Ver-

änderungen aber hat die Lage der europäischen Landwirtschaft durch die Konkurrenz des billigen Getreides erfahren, das aus Nordamerika, Argentinien, Indien, Rußland usw. eingeführt wird. Kautsky untersucht eingehend die Bedeutung dieser Tatsache, die durch die Entwicklung der nach Märkten suchenden Industrie hervorgerufen wird. Er schildert den Rückgang der Getreideproduktion in Europa unter dem Einfluß dieser Konkurrenz sowie das Sinken der Rente und geht besonders ausführlich auf die „Industrialisierung der Landwirtschaft" ein, die sich einerseits in industrieller Lohnarbeit der Kleinbauern äußert, anderseits in der Entwicklung landwirtschaftlicher Industrien (Branntweinerzeugung, Zuckerfabrikation usw.) und sogar in der Verdrängung gewisser Zweige der Landwirtschaft durch die Fertigungsindustrie. Optimistische Ökonomen, sagt Kautsky, glauben mit Unrecht, die erwähnten Wandlungen der europäischen Landwirtschaft könnten diese vor der Krise retten: die Krise greift immer weiter um sich und kann nur mit einer allgemeinen Krise des gesamten Kapitalismus enden. Natürlich berechtigt dies durchaus nicht, von einem Untergang der Landwirtschaft zu sprechen, aber ihr konservativer Charakter ist unwiderruflich dahin; sie ist in einen Zustand unaufhörlicher Umwandlung geraten, einen Zustand, der die kapitalistische Produktionsweise überhaupt charakterisiert. „Die große Bodenfläche des landwirtschaftlichen Großbetriebs, dessen kapitalistischer Charakter sich immer mehr entwickelt; die Zunahme des Pacht- und Hypothekenwesens, die Industrialisierung der Landwirtschaft, das sind die Elemente, die den Boden vorbereiten für die Vergesellschaftlichung der landwirtschaftlichen Produktion..." Es sei eine Absurdität zu glauben, sagt Kautsky zum Schluß, in einer Gesellschaft entwickle sich ein Teil in der einen Richtung und ein anderer in entgegengesetzter Richtung. Wahrheit ist vielmehr: „Die gesellschaftliche Entwicklung geht in der Landwirtschaft in derselben Richtung wie in der Industrie."

Kautsky wendet die Ergebnisse seiner theoretischen Analyse auf die Fragen der Agrarpolitik an und spricht sich natürlich gegen alle Versuche aus, die bäuerliche Wirtschaft zu stützen und zu „retten". Es ist überhaupt nicht daran zu denken, sagt Kautsky, daß die Dorfgemeinde zu einem genossenschaftlichen landwirtschaftlichen Großbetrieb übergehen könnte (S. 338, Unterkapitel „Der Dorfkommunismus", vgl. S. 339). „Der Bauernschutz, das bedeutet in erster Linie nicht Schutz der bäuer-

lichen *Persönlichkeit*" (gegen einen solchen Schutz würde natürlich niemand etwas einzuwenden haben), „sondern Schutz des bäuerlichen *Eigentums*. Gerade dieses aber ist die Hauptursache der Verelendung des Bauern. Wir haben gesehen, daß die Lohnarbeiter auf dem Lande heute schon vielfach besser daran sind als die besitzenden Kleinbauern ... Der Bauernschutz ist also nicht Schutz gegen die Verelendung des Bauern, er ist Schutz der Fesseln, die den Bauern an sein Elend ketten." (S. 320.) Der vom Kapitalismus bewirkte Prozeß einer radikalen Umwälzung der gesamten Landwirtschaft ist eben erst in seinen Anfängen, aber dieser Prozeß schreitet rasch vorwärts, er verursacht die Verwandlung des Bauern in einen Lohnarbeiter und die verstärkte Landflucht der Bevölkerung. Versuche, diesen Prozeß aufzuhalten, wären reaktionär und schädlich: wie schwer auch die Folgen dieses Prozesses in der heutigen Gesellschaft sein mögen, die Folgen einer Hemmung des Prozesses wären noch schlimmer und würden die werktätige Bevölkerung in eine noch hilflosere und ausweglosere Lage versetzen. Eine fortschrittliche Tätigkeit in der modernen Gesellschaft kann nur danach streben, die schädlichen Auswirkungen des kapitalistischen Fortschritts auf die Bevölkerung zu schwächen, das Bewußtsein dieser letzteren zu stärken und sie zu kollektivem Selbstschutz zu befähigen. Kautsky verlangt daher die Sicherung der Freizügigkeit usw., die Abschaffung aller Überreste des Feudalismus in der Landwirtschaft (z. B. der Gesindeordnungen*, die die Landarbeiter in eine persönlich abhängige, halbleibeigene Stellung bringen), das Verbot der Kinderarbeit bis zum Alter von 14 Jahren, die Einführung des Achtstundentags, eine strenge Gesundheitspolizei, die die Arbeiterwohnungen überwacht, usw. und dgl. mehr.

Es ist zu hoffen, daß Kautskys Buch auch in russischer Übersetzung erscheinen wird.

*Geschrieben im März 1899.*
*Veröffentlicht im April 1899*
*in der Zeitschrift „Natschalo" Nr. 4.*
*Unterschrift: Wl. Iljin.*

*Nach dem Text der Zeitschrift.*

---

* „Gesindeordnungen" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

REZENSION

## HOBSON, Die Entwicklung des modernen Kapitalismus.

*Aus dem Englischen. St. Petersburg 1898. Verlag O. N. Popowa. Preis 1,50 Rubel*

Hobsons Buch ist eigentlich keine Untersuchung über die Entwicklung des modernen Kapitalismus, es besteht vielmehr aus Skizzen der neuesten industriellen Entwicklung, hauptsächlich auf Grund englischer Daten. Deshalb ist der Titel des Buches etwas zu weit gefaßt: die Landwirtschaft berührt der Verfasser gar nicht, und auch die Ökonomie der Industrie behandelt er bei weitem nicht in ihrem vollen Umfang. Seiner Richtung nach gehört Hobson zusammen mit dem bekannten Schriftsteller-Ehepaar Webb zu den Vertretern einer der fortschrittlichen Strömungen des englischen gesellschaftlichen Denkens. Zum „modernen Kapitalismus" verhält er sich kritisch, wobei er vollauf die Notwendigkeit seiner Ablösung durch eine höhere Form der gesellschaftlichen Wirtschaft anerkennt und an diese Frage mit dem typisch englischen praktischen Geist des Reformers herangeht. Zu der Überzeugung, daß eine Reform notwendig ist, gelangt er mehr auf empirischem Wege, unter dem Einfluß der neuesten Geschichte der englischen Fabrikgesetzgebung, der englischen Arbeiterbewegung, der Tätigkeit der englischen Munizipalitäten usw. Einheitliche und in sich geschlossene theoretische Anschauungen, die seinem reformatorischen Programm als Basis zu dienen und Teilfragen der Reform zu beleuchten vermöchten, gibt es bei Hobson nicht. Deshalb ist Hobson dort am stärksten, wo es sich um die Ordnung und Darstellung der neuesten statistischen und ökonomischen Daten handelt. Wo es sich dagegen um allgemeintheoretische Fragen der politischen Ökonomie handelt, da erweist sich Hobson als sehr schwach. Es ist für den russischen Leser sogar seltsam zu sehen, wie ein Schriftsteller mit so umfassenden Kenntnissen und praktischen Bestrebungen, die volle Sympathie verdienen, sich hilflos

mit der Frage abmüht, was „Kapital" ist, welche Rolle die „Ersparnisse" spielen und dgl. mehr. Diese schwache Seite Hobsons erklärt sich restlos dadurch, daß für ihn J. S. Mill eine größere Autorität in der politischen Ökonomie ist als Marx, den Hobson zwar ein- oder zweimal zitiert, jedoch offenbar absolut nicht versteht oder nicht kennt. Man muß bedauern, welche Menge unproduktiver Arbeit Hobson darauf verwendet, sich in den Widersprüchen der bürgerlichen und professoralen politischen Ökonomie zurechtzufinden. Bestenfalls nähert sich Hobson den Lösungen, die Marx schon längst geliefert hat; in den anderen Fällen übernimmt er fehlerhafte Anschauungen, die in krassem Gegensatz zu seiner Haltung zum „modernen Kapitalismus" stehen. Das am wenigsten geglückte Kapitel des Buches ist das siebente: „Maschinerie und industrielle Depression". Hier versucht Hobson sich mit den theoretischen Fragen der Krisen, des gesellschaftlichen Kapitals und des Einkommens in der kapitalistischen Gesellschaft sowie der kapitalistischen Akkumulation auseinanderzusetzen. Richtige Gedanken über das Mißverhältnis von Produktion und Konsumtion in der kapitalistischen Gesellschaft, über den anarchischen Charakter der kapitalistischen Wirtschaft gehen unter in einer Unmasse scholastischer Betrachtungen über „Ersparnisse" (Hobson verwechselt Akkumulation mit „Ersparnissen"), in allen möglichen Robinsonaden („nehmen wir an, ein mit primitiven Geräten arbeitender Mensch erfindet ein neues Werkzeug..., er spart an seiner Nahrung" usw.) und dgl. mehr. Hobson hat eine große Vorliebe für Diagramme — und in den meisten Fällen macht er von solchen Diagrammen, die seine Darstellung anschaulich illustrieren, geschickt Gebrauch. Aber die Vorstellung vom „Mechanismus der Produktion", der Hobson in der Zeichnung auf S. 207 (Kapitel VII) Ausdruck gegeben hat, vermag einem Leser, der auch nur einigermaßen mit dem wirklichen „Mechanismus" der *kapitalistischen* „Produktion" vertraut ist, nur ein Lächeln zu entlocken. Hobson verwechselt hier Produktion mit gesellschaftlichem System der Produktion, er verrät einen äußerst unklaren Begriff davon, was Kapital ist, welches seine Bestandteile sind, welches die Klassen sind, in die sich die kapitalistische Gesellschaft notwendig teilt. In Kapitel VIII bringt Hobson interessante Daten über die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Berufen und über die Veränderung, die diese Zusammensetzung im Lauf der Zeit erfahren hat, aber seine theoretischen Betrachtungen über „Maschinerie und Nachfrage

nach Arbeit" enthalten eine große Lücke, da er die Theorie der „kapitalistischen Übervölkerung" oder Reservearmee ignoriert. Zu den besser geglückten Kapiteln des Buches von Hobson gehören diejenigen, in denen er die Lage der Frauen in der modernen Industrie und die modernen Städte untersucht. Nach Anführung der statistischen Daten über die Zunahme der Frauenarbeit und nach Schilderung der äußerst schlechten Bedingungen dieser Arbeit weist Hobson mit Recht darauf hin, daß die Hoffnung auf Verbesserung dieser Bedingungen nur in der Verdrängung der Hausarbeit durch Fabrikarbeit besteht, die zu „engeren sozialen Beziehungen" und zur „Organisation" führt. Genauso nähert Hobson sich auch in der Frage nach der Bedeutung der Städte den allgemeinen Anschauungen von Marx und erkennt an, daß der Gegensatz zwischen Stadt und Land dem System einer kollektivistischen Gesellschaft widerspricht. Hobsons Schlußfolgerungen würden an Überzeugungskraft viel gewinnen, wenn er die Lehre von Marx nicht auch in dieser Frage ignorierte. Sonst würde Hobson wahrscheinlich die historisch fortschrittliche Rolle der Großstädte und die Notwendigkeit einer Vereinigung von Landwirtschaft und Industrie bei kollektivistischer Organisation der Wirtschaft klarer unterstreichen. Das letzte Kapitel in Hobsons Buch, „Zivilisation und industrielle Entwicklung", ist wohl das beste; der Verfasser beweist hier mit einer ganzen Reihe glücklicher Argumente die Notwendigkeit einer Reform des modernen Industriesystems im Sinne der Verstärkung der „öffentlichen Kontrolle" und der „Sozialisierung der Industrie". Bei Beurteilung der etwas optimistischen Ansichten Hobsons über die Methode zur Verwirklichung dieser „Reformen" müssen die Besonderheiten der englischen Geschichte und des englischen Lebens in Betracht gezogen werden: hohe Entwicklung der Demokratie, Fehlen von Militarismus, große Kraft der organisierten Trade-Unions, wachsende Investition englischen Kapitals außerhalb Englands, die den Antagonismus zwischen den englischen Unternehmern und Arbeitern schwächt, u. a.

Professor W. Sombart vermerkt in seinem bekannten Buch über die soziale Bewegung im 19. Jahrhundert unter anderem die „Tendenz zur Einheit" (Überschrift des 6. Kapitels), d. h. die Tendenz der sozialen Bewegung verschiedener Länder in ihren verschiedenen Formen und Schattierungen zur Gleichartigkeit und zugleich auch die Tendenz zur Verbreitung der Ideen des Marxismus. In bezug auf England sieht Sombart

diese Tendenz darin, daß die englischen Trade-Unions immer mehr den „reinen Manchester-Standpunkt" aufgeben. Wir können zu Hobsons Buch sagen, daß die fortschrittlichen englischen Schriftsteller unter dem Druck der Anforderungen des Lebens, das die „Prognose" von Marx immer mehr und mehr bestätigt, zu fühlen beginnen, wie unhaltbar die traditionelle bürgerliche politische Ökonomie ist, und daß sie, indem sie sich von deren Vorurteilen befreien, unwillkürlich dem Marxismus näherkommen.

Die Übersetzung des Buches von Hobson leidet unter wesentlichen Mängeln.

*Geschrieben im April 1899.*
*Veröffentlicht im Mai 1899*
*in der Zeitschrift „Natschalo" Nr. 5.*
*Unterschrift: Wl. Iljin.*

*Nach dem Text der Zeitschrift.*

# DER KAPITALISMUS IN DER LANDWIRTSCHAFT

(Über das Buch Kautskys und einen Artikel des Herrn Bulgakow)

*Geschrieben April—Mai 1899.*
*Veröffentlicht im Januar und Februar 1900 in der Zeitschrift „Shisn"* [38]
*Unterschrift: Wl. Iljin.*

*Nach dem Text der Zeitschrift.*

ЖИЗНЬ

ЛИТЕРАТУРНЫЙ НАУЧНЫЙ И ПОЛИТИЧЕСКИЙ ЖУРНАЛ

Томъ I.

ЯНВАРЬ.

Десрецъ Дима. Рождественскій разсказъ изъ жизни дѣтей. Н. Горина.
Сидокъ. Разсказъ Л. Гуревичъ.
Могила его предковъ. (Переводъ съ англійскаго). Разсказъ Р. Киплинга.
Изъ крестьянскаго быта. (Переводъ съ малорусскаго). Разсказы В. Стефаника.
О психологическомъ изученіи метафизическихъ иллюзій. Статья И. Лапшина.
Капитализмъ въ сельскомъ хозяйствѣ. Статья Вл. Ильина.
Бѣлькая кровь. Романъ К. Баранцевича.
Контрасты. (Пер. съ англ. З. Журавской). Романъ Ричарда Уайтинга.
Микель-Анжело Буонаротти. Статья П. Ге.
Въ защиту ортодоксіи. Статья П. Маслова.
Старый палачъ. Стихотвореніе Ал. Богданова.

См. на оборотѣ

1900 г.

Umschlag der Zeitschrift „Shisn", in der W. I. Lenins Schrift „Der Kapitalismus in der Landwirtschaft" im Jahre 1900 veröffentlicht wurde.

*Verkleinert*

## ERSTER ARTIKEL

In Nummer 1–2 des „Natschalo" (Abt. II, S. 1–21) ist ein Artikel von Herrn S. Bulgakow, betitelt „Zur Frage der kapitalistischen Entwicklung der Landwirtschaft", erschienen, der sich mit einer Kritik des Kautskyschen Werkes über die Agrarfrage befaßt. Herr Bulgakow sagt mit vollem Recht, daß „das Buch Kautskys eine ganze Weltanschauung darstellt", daß es von großer sowohl theoretischer als auch praktischer Bedeutung sei. Dies sei wohl die erste systematische und wissenschaftliche Untersuchung einer Frage, die in allen Ländern selbst unter Schriftstellern, die in den allgemeinen Anschauungen übereinstimmen und sich als Marxisten bekennen, heftige Streitigkeiten hervorgerufen habe und noch hervorrufe. Herr Bulgakow „beschränkt sich auf eine negative Kritik", auf die Kritik „einzelner Thesen des Buches Kautskys" (dessen Inhalt er den Lesern des „Natschalo" „kurz" – wie wir sehen werden, allzu kurz und sehr ungenau – darlegt). „Zu gegebener Zeit" hofft Herr Bulgakow „eine systematische Darstellung der kapitalistischen Entwicklung der Landwirtschaft zu geben" und somit Kautsky „ebenfalls eine ganze Weltanschauung" entgegenzustellen.

Wir zweifeln nicht daran, daß auch in Rußland das Buch Kautskys nicht wenig Streitigkeiten unter den Marxisten hervorrufen wird, daß auch in Rußland die einen von ihnen gegen Kautsky, die andern für ihn sein werden. Der Schreiber dieser Zeilen zumindest stimmt mit der Meinung des Herrn Bulgakow, mit dessen Urteil über das Kautskysche Buch ganz entschieden nicht überein. Dieses Urteil überrascht – ungeachtet dessen, daß Herr Bulgakow „Die Agrarfrage" als „vortreffliche Arbeit" anerkennt – durch seine Schärfe und seinen in einer Polemik zwischen

Schriftstellern verwandter Richtung ungewöhnlichen Ton. Hier einige Exempel der Ausdrücke, die Herr Bulgakow gebraucht: „außerordentlich oberflächlich"... „ebensowenig wirkliche Agronomie wie wirkliche Ökonomie"... „ernste wissenschaftliche Probleme übergeht Kautsky mit einer *Phrase*" (hervorgehoben von Herrn Bulgakow!!) usw. usw. Sehen wir uns die Formulierungen des strengen Kritikers nun ein wenig näher an, und machen wir gleichzeitig den Leser mit Kautskys Buch bekannt.

## I

Noch bevor Herr Bulgakow Kautsky zu Leibe geht, bekommt Marx im Vorbeigehen eins ausgewischt. Selbstverständlich betont Herr Bulgakow die gewaltigen Verdienste des großen Ökonomen, doch bemerkt er, daß bei Marx „teilweise" sogar „falsche Vorstellungen..., die von der Geschichte schon zur Genüge widerlegt worden sind", vorkommen. „Zu diesen Vorstellungen gehört zum Beispiel die, daß in der Landwirtschaft das variable Kapital relativ zum konstanten ebenso abnehme wie in der Fertigungsindustrie und sich somit die organische Zusammensetzung des agrarischen Kapitals ständig erhöhe." Wer irrt hier, Marx oder Herr Bulgakow? Herr Bulgakow hat die Tatsache im Auge, daß in der Landwirtschaft der Fortschritt der Technik und die Intensivierung der Wirtschaft oft *zu einer Erhöhung* des Arbeitsaufwandes führen, der für die Bearbeitung der gegebenen Bodenfläche erforderlich ist. Das ist unbestreitbar, aber von hier ist es noch weit bis zur Verneinung der Theorie von der Abnahme des variablen Kapitals *relativ* zum konstanten, *im Verhältnis* zum konstanten. Die Marxsche Theorie behauptet lediglich, daß das Verhältnis $\frac{v}{c}$ ($v$ = variables Kapital, $c$ = konstantes Kapital) im allgemeinen die Tendenz hat, sich zu verringern, selbst wenn $v$ pro Flächeneinheit zunimmt — wird etwa die Marxsche Theorie widerlegt, wenn hierbei $c$ noch schneller zunimmt? In bezug auf die Landwirtschaft der kapitalistischen Länder, im großen und ganzen genommen, sehen wir eine Abnahme von $v$ und eine Zunahme von $c$. Die Landbevölkerung und die Zahl der Landarbeiter nehmen sowohl in Deutschland als auch in Frankreich und in England ab, während die Zahl der in der Landwirtschaft an-

gewandten Maschinen zunimmt. In Deutschland zum Beispiel ging die Landbevölkerung von 1882 bis 1895 von 19,2 auf 18,5 Millionen (die Zahl der ländlichen Lohnarbeiter von 5,9 auf 5,6 Millionen) zurück, während die Zahl der in der Landwirtschaft angewandten Maschinen von 458 369 auf 913 391 gestiegen ist*; die Zahl der in der Landwirtschaft angewandten Dampfmaschinen erhöhte sich von 2731 (1879) auf 12 856 (1897); wobei die Zahl der Dampfpferdestärken noch stärker anstieg. Die Zahl der Rinder erhöhte sich von 15,8 auf 17,5 und die der Schweine von 9,2 auf 12,2 Millionen (von 1883 bis 1892). In Frankreich verringerte sich die Landbevölkerung von 6,9 Millionen („selbständiger") Personen im Jahre 1882 auf 6,6 Millionen im Jahre 1892, während die Zahl der landwirtschaftlichen Maschinen wie folgt anstieg: im Jahre 1862: 132 784; 1882: 278 896; 1892: 355 795; die Zahl der Rinder stieg von 12,0 auf 13,0 und 13,7 Millionen, die der Pferde ging von 2,91 auf 2,84 und 2,79 Millionen zurück (die Abnahme der Zahl der Pferde in den Jahren 1882 bis 1892 ist weniger bedeutend als die Abnahme der Landbevölkerung). Im großen und ganzen hat somit die Geschichte in bezug auf die modernen kapitalistischen Länder die Anwendbarkeit des Marxschen Gesetzes auf die Landwirtschaft *bestätigt* und keineswegs widerlegt. Der Fehler des Herrn Bulgakow besteht darin, daß er einzelne agronomische Tatsachen, ohne ihre Bedeutung genau zu prüfen, zu eilfertig in den Rang *allgemeiner* ökonomischer Gesetze erhoben hat. Wir betonen „allgemeiner", da sowohl Marx als auch seine Schüler das betreffende Gesetz stets als ein Gesetz der allgemeinen Tendenzen des Kapitalismus betrachtet haben, nicht aber als ein Gesetz aller Einzelfälle. Sogar in bezug auf die Industrie hat Marx selbst darauf hingewiesen, daß die Perioden der technischen Umwälzungen (wo sich das Verhältnis $\frac{v}{c}$ verringert) mit Perioden des Fortschritts auf der gegebenen technischen Grundlage (wo das Verhältnis $\frac{v}{c}$ unverändert ist, ja sich in einzelnen Fällen auch erhöhen kann) wechseln. Wir kennen in der industriellen Geschichte der kapitalistischen Länder Fälle, wo dieses Gesetz bei ganzen Industriezweigen durchbrochen wird. Zum Beispiel, wenn große kapitalistische Werkstätten

---

* Die verschiedenen Maschinen sind hier zusammengerechnet. Alle Zahlen sind, soweit kein besonderer Hinweis gegeben wird, dem Buch Kautskys entnommen.

(die ungenau Fabriken genannt werden) sich auflösen, um der kapitalistischen Hausarbeit Platz zu machen. Bezüglich der Landwirtschaft aber unterliegt es keinem Zweifel, daß in ihr der Entwicklungsprozeß des Kapitalismus unermeßlich komplizierter ist und unvergleichlich mannigfaltigere Formen annimmt.

Gehen wir zu Kautsky über. Die Darstellung der Landwirtschaft in der Feudalzeit, mit der Kautsky beginnt, ist angeblich „sehr oberflächlich verfaßt und überflüssig". Es ist schwer, die Motive eines solchen Verdikts zu begreifen. Wir sind überzeugt, daß Herr Bulgakow, sollte es ihm gelingen, seinen Plan zu verwirklichen und eine systematische Darstellung der kapitalistischen Entwicklung der Landwirtschaft zu geben, unbedingt die Ökonomie der *vorkapitalistischen* Landwirtschaft in den Grundzügen wird schildern müssen. Sonst sind weder der Charakter der *kapitalistischen* Wirtschaft noch die Übergangsformen zu verstehen, die sie mit der feudalen Wirtschaft verbinden. Herr Bulgakow selbst erkennt die gewaltige Bedeutung „der Form an, die die Landwirtschaft *zu Beginn*" (hervorgehoben von Herrn Bulgakow) „ihres kapitalistischen Laufs besaß". Kautsky beginnt aber gerade mit dem „Beginn des kapitalistischen Laufs" der europäischen Landwirtschaft. Der Abriß der feudalen Landwirtschaft ist bei Kautsky unserer Ansicht nach vortrefflich abgefaßt: mit jener hervorragenden Klarheit und mit jener Fähigkeit, das Wichtige und Wesentliche auszuwählen, ohne sich in nebensächliche Einzelheiten zu verlieren, wie sie diesem Schriftsteller überhaupt eigen sind. Kautsky bringt schon in der Einleitung eine in höchstem Grade genaue und richtige Fragestellung. Er erklärt ganz entschieden: „Kein Zweifel, und das wollen wir von vornherein als erwiesen annehmen, die Landwirtschaft entwickelt sich nicht nach derselben Schablone wie die Industrie; sie folgt eigenen Gesetzen." (S. 5/6.) Die Aufgabe besteht darin, zu „untersuchen, ob und wie das Kapital sich der Landwirtschaft bemächtigt, sie umwälzt, alte Produktions- und Eigentumsformen unhaltbar macht und die Notwendigkeit neuer hervorbringt" (S. 6). Eine solche und nur eine solche Fragestellung kann zu einer befriedigenden Klärung der „Entwicklung der Landwirtschaft in der kapitalistischen Gesellschaft" (Titel des ersten, theoretischen Abschnitts in Kautskys Buch) führen.

Zu Beginn des „kapitalistischen Laufs" befand sich die Landwirtschaft in den Händen des *Bauern*, der in der Regel dem Regime der feudalen

gesellschaftlichen Wirtschaft unterworfen war. Kautsky charakterisiert nun vor allem das *System* der bäuerlichen Wirtschaft, die Verbindung der Landwirtschaft mit der Hausindustrie, ferner die Elemente der Auflösung dieses Paradieses kleinbürgerlicher und konservativer Schriftsteller (à la Sismondi), die Bedeutung des Wuchers, wie „der Klassengegensatz..." allmählich „in das Dorf, ja in den bäuerlichen Haushalt selbst eindringt und die alte Harmonie und Interessengemeinschaft zerstört" (S. 13). Dieser Prozeß begann schon im Mittelalter und ist auch in der Gegenwart noch nicht völlig abgeschlossen. Wir unterstreichen diese Erklärung, weil sie sofort die ganze Unrichtigkeit der Behauptung des Herrn Bulgakow zeigt, Kautsky habe nicht einmal die Frage gestellt, wer der Träger des technischen Fortschritts in der Landwirtschaft gewesen sei. Kautsky hat diese Frage mit aller Bestimmtheit gestellt und geklärt, und jeder, der *sein Buch* aufmerksam gelesen hat, wird *sich die* (von den Volkstümlern, Agronomen und vielen andern oft vergessene) Wahrheit zu eigen machen, daß der Träger des technischen Fortschritts in der modernen Landwirtschaft die *Dorfbourgeoisie*, die kleine wie die große, ist, wobei die große (wie Kautsky gezeigt hat) in dieser Beziehung eine wichtigere Rolle spielt als die kleine.

## II

Nach einer Schilderung der Grundzüge der feudalen Landwirtschaft (in Kapitel III) — Herrschaft der Dreifelderwirtschaft, des konservativsten Ackerbausystems; Unterdrückung und Expropriation der Bauernschaft durch den adligen Großgrundbesitz; Organisierung der feudalkapitalistischen Wirtschaft durch diesen letzteren; Verwandlung des Bauern in einen Hungerleider im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts; Entwicklung der bäuerlichen Bourgeoisie (der Großbauern*, die nicht ohne Dingung von Knechten und Tagelöhnern auskommen), für die die alten Formen der Agrarverhältnisse und des Grundeigentums nicht geeignet waren; Niederreißung dieser Formen, Freimachung des Weges für „die Entwicklung einer kapitalistischen, intensiven Landwirtschaft" (S. 26) durch die im Schoß der Industrie und der Städte zur Entwicklung gelangte

* „Großbauern" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

Klasse der Bourgeoisie — nach dieser Schilderung geht Kautsky zur Charakteristik der „modernen Landwirtschaft" (Kapitel IV) über.

Dieses Kapitel gibt einen außerordentlich präzisen, gedrängten und klaren Abriß jener gigantischen Revolution, die der Kapitalismus in der Landwirtschaft vollzog, indem er an Stelle des zur Routine erstarrten Handwerks der von Not bedrückten und in Unwissenheit lebenden Bauern die wissenschaftliche Anwendung der Agronomie setzte, dem jahrhundertelangen Stillstand der Landwirtschaft ein Ende machte und den Anstoß zu einer schnellen Entwicklung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit gab (und noch gibt). Die Dreifelderwirtschaft wurde durch die Fruchtwechselwirtschaft ersetzt, die Viehhaltung und die Bodenbearbeitung wurden verbessert, die Ernten erhöht, die Spezialisierung der Landwirtschaft und die Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Betrieben stark entwickelt. Die vorkapitalistische Einförmigkeit wurde durch eine stets zunehmende Mannigfaltigkeit abgelöst, die in allen Zweigen der Landwirtschaft von technischem Fortschritt begleitet ist. Es begann die Anwendung von Maschinen in der Landwirtschaft, die Anwendung der Dampfkraft nahm rasch zu; es beginnt die Anwendung der Elektrizität, die nach den Angaben der Fachleute berufen ist, in diesem Produktionszweig eine noch größere Rolle zu spielen als die Dampfkraft. Es entwickelten sich die Verwendung von Feldbahnen, die Melioration und die Verwendung von Kunstdünger entsprechend den Ergebnissen der Pflanzenphysiologie; es begann die Anwendung der Bakteriologie in der Landwirtschaft. Die Meinung des Herrn Bulgakow, Kautsky „unterziehe diese Angaben* keiner *ökonomischen* Analyse", ist völlig unbegründet. Kautsky zeigt genau den Zusammenhang dieser Umwälzung mit dem Wachstum

* „Alle diese Angaben", meint Herr Bulgakow, „kann man jedem beliebigen (sic!) Leitfaden der Ökonomie der Landwirtschaft entnehmen." Wir teilen diese optimistische Ansicht des Herrn Bulgakow über die „Leitfäden" nicht. Greifen wir aus der Zahl der „beliebigen" die russischen Bücher der Herren Skworzow („Das Dampftransportwesen") und N. Kablukow („Vorlesungen", zur Hälfte nachgedruckt in dem „neuen" Buch „Die Entwicklungsbedingungen der bäuerlichen Wirtschaft in Rußland") heraus. Weder bei dem einen noch bei dem anderen könnte der Leser von der Umwälzung ein Bild gewinnen, die der *Kapitalismus* in der Landwirtschaft vollzogen hat, weil keiner von ihnen sich auch nur das Ziel setzt, ein allgemeines Bild des Übergangs von der feudalen zur kapitalistischen Wirtschaft zu geben.

des *Marktes* (insbesondere mit dem Wachstum der Städte), mit der Unterwerfung der Landwirtschaft unter die *Konkurrenz*, die die Umgestaltung der Landwirtschaft und ihre Spezialisierung *erzwang*. „Diese, von städtischem Kapital ausgehende Umwälzung vergrößert die Abhängigkeit des Landwirts vom Markte, ändert aber auch unaufhörlich für ihn die Marktverhältnisse. Ein Produktionszweig, der rentabel war, solange nur eine Landstraße den nächsten Markt mit dem Weltmarkt verband, wird unrentabel und muß durch einen anderen ersetzt werden, wenn eine Eisenbahn durch die Gegend gebaut wird, die z. B. billigeres Getreide hinbringt, so daß der Körnerbau nicht mehr lohnt, gleichzeitig aber eine Absatzmöglichkeit für Milch eröffnet. Der wachsende Verkehr bringt auch immer wieder neue oder verbesserte Kulturpflanzen ins Land" usw. (S. 37/38). In der Feudalzeit — sagt Kautsky — gab es keine andere Landwirtschaft außer der kleinen, denn der Gutsherr ließ seine Felder ebenfalls mit bäuerlichem Inventar bearbeiten. Erst der Kapitalismus ermöglichte den Großbetrieb in der Landwirtschaft, der technisch rationeller war als der Kleinbetrieb. Wo Kautsky über die Maschinen in der Landwirtschaft spricht, untersucht er (der, nebenbei gesagt, die Besonderheiten der Landwirtschaft in dieser Hinsicht genau dargetan hat) den *kapitalistischen* Charakter ihrer Anwendung, ihren Einfluß auf die Arbeiter, die Bedeutung der Maschinen als Faktor des Fortschritts, den „reaktionären utopischen" Charakter der Projekte, die Anwendung landwirtschaftlicher Maschinen zu beschränken. Die landwirtschaftliche Maschine wird „fortfahren, ihre revolutionäre Tätigkeit zu üben; sie wird die Landarbeiter in die Stadt treiben und dadurch ein kräftiges Mittel werden, auf der einen Seite die Arbeitslöhne auf dem flachen Lande zu heben, auf der anderen die weitere Entwicklung des Maschinenwesens daselbst zu fördern" (S. 41). Es sei hinzugefügt, daß Kautsky in besonderen Kapiteln sowohl den kapitalistischen Charakter der modernen Landwirtschaft als auch das Verhältnis zwischen Großbetrieb und Kleinbetrieb sowie die Proletarisierung der Bauernschaft genau klarstellt. Die Behauptung des Herrn Bulgakow, Kautsky habe „nicht die Frage gestellt, warum alle diese wunderwirkenden Veränderungen notwendig waren", ist, wie wir sehen, völlig falsch.

In Kapitel V („Der kapitalistische Charakter der modernen Landwirtschaft") erläutert Kautsky die Marxsche Theorie des Wertes, des Profits und der Rente. „Ohne Geld ist der moderne landwirtschaftliche Betrieb

unmöglich", sagt Kautsky, „oder, was dasselbe sagen will, *ohne Kapital*; denn in der heutigen Produktionsweise kann jede Geldsumme, die nicht Zwecken des persönlichen Konsums dient, zu Kapital, zu Mehrwert hekkendem Wert werden und wird es in der Regel auch. Der moderne landwirtschaftliche Betrieb ist also kapitalistischer Betrieb." (S. 56.) Diese Stelle bietet uns übrigens die Möglichkeit, die folgende Erklärung des Herrn Bulgakow zu beurteilen: „Ich gebrauche diesen Ausdruck (kapitalistische Landwirtschaft) in dem üblichen Sinne (in demselben Sinn gebraucht ihn auch Kautsky), d. h. im Sinne des Großbetriebs in der Landwirtschaft. In Wirklichkeit aber (sic!) gibt es bei kapitalistischer Organisation der *gesamten* Volkswirtschaft überhaupt keine *nicht*kapitalistische Landwirtschaft, die ja *ganz* durch die allgemeinen Bedingungen der Produktionsorganisation bestimmt wird, und nur innerhalb ihrer Grenzen lassen sich große, von Unternehmern betriebene Landwirtschaft und kleine Landwirtschaft unterscheiden. Der Klarheit halber ist auch hier ein neuer Terminus nötig." Es zeigt sich also, daß Herr Bulgakow Kautsky *korrigiert hat*... „In Wirklichkeit aber" *gebraucht* Kautsky, wie der Leser sieht, den Ausdruck „kapitalistische Landwirtschaft" *keineswegs* in dem „üblichen", ungenauen Sinn, in dem ihn Herr Bulgakow gebraucht. Kautsky versteht sehr wohl und sagt es sehr klar und deutlich, daß bei kapitalistischer Produktionsweise jeder landwirtschaftliche Betrieb „in der Regel" kapitalistisch ist. Zur Begründung dieser Meinung wird die einfache Tatsache angeführt, daß die moderne Landwirtschaft Geld braucht, Geld aber, das nicht für den persönlichen Konsum verwendet wird, wird in der modernen Gesellschaft zu Kapital. Es scheint uns, daß dies ein bißchen klarer ist als die „Korrektur" des Herrn Bulgakow und daß Kautsky durchaus die Möglichkeit bewiesen hat, auch ohne einen „neuen Terminus" auszukommen.

In Kapitel V seines Buches stellt Kautsky unter anderem fest, daß sowohl das Pachtsystem, das in England so voll ausgebildet ist, als auch das Hypothekarsystem, das sich auf dem europäischen Kontinent mit erstaunlicher Schnelligkeit entwickelt, im Grunde Ausdruck ein und desselben Prozesses sind: nämlich *des Prozesses der Trennung des Landwirts vom Grund und Boden.** Im kapitalistischen Pachtsystem ist diese Trennung

* In Band III des „Kapitals" wies Marx auf diesen Prozeß hin (ohne seine verschiedenen *Formen* in den verschiedenen Ländern zu untersuchen) und be-

klar wie der Tag. „Beim Hypothekarsystem liegt die Sache weniger klar und einfach, aber im Grunde läuft es auf dasselbe hinaus." (S. 86.) Es ist in der Tat offenkundig, daß die Verpfändung des Bodens eine Verpfändung oder eine Veräußerung der Grundrente ist. Folglich sind die Bezieher der Rente (=Grundeigentümer) sowohl beim Hypothekarsystem als auch beim Pachtsystem von den Beziehern des Unternehmerprofits (=Landwirte, landwirtschaftliche Unternehmer) getrennt. Herrn Bulgakow „ist die Bedeutung dieser Behauptung Kautskys überhaupt unklar". „Es kann wohl kaum als bewiesen betrachtet werden, daß die Hypothek Ausdruck der Trennung des Grund und Bodens vom Landwirt ist." „Erstens läßt sich nicht beweisen, daß die Verschuldung die *ganze* Rente verzehrt, dies ist nur als Ausnahme möglich..." Wir antworten hierauf: Es besteht gar keine Notwendigkeit, zu beweisen, daß die Zinsen für Hypothekenschulden die *ganze* Rente verzehren, ebenso wie keine Notwendigkeit besteht, zu beweisen, daß der *tatsächliche* Pachtzins mit der Rente zusammenfällt. Es genügt der Beweis, daß die Hypothekarverschuldung mit gigantischer Schnelligkeit wächst, daß die Grundbesitzer sich bemühen, ihren gesamten Grund und Boden zu verpfänden, bestrebt sind, die ganze Rente zu veräußern. Daß diese Tendenz besteht — eine theoretische ökonomische Analyse kann es überhaupt nur mit Tendenzen zu tun haben —, darüber kann es keinen Zweifel geben. Folglich ist auch der Prozeß der Trennung des Grund und Bodens vom Landwirt unzweifelhaft. Die Vereinigung des Beziehers der Rente und des Beziehers des Unternehmerprofits in einer Person „ist... historisch eine Ausnahme" (S. 91) ... „Zweitens muß man in jedem gegebenen Fall die Ursachen und Quellen der Verschuldung analysieren, um ihre Bedeutung zu verstehen." Das ist wahrscheinlich entweder ein Druckfehler oder ein Lapsus. Herr Bulgakow kann nicht verlangen, daß ein Ökonom (der noch dazu „die Entwicklung der Landwirtschaft in der kapitalistischen Gesellschaft" *im allgemeinen* behandelt) die Ursachen der Verschuldung *„in jedem gegebenen Fall"* untersucht oder auch nur imstande ist, das zu tun. Wenn Herr Bulgakow von der Notwendigkeit sprechen wollte, die Ursachen der Ver-

merkte, daß es „eines der großen Resultate der kapitalistischen Produktionsweise" ist, „den Grund und Boden als Arbeitsbedingung... vom Grundeigentum und Grundeigentümer" getrennt zu haben (III, 2, S. 156/157. Russ. Übers., 509/510).[39]

schuldung in verschiedenen Ländern zu verschiedenen Zeiten zu analysieren, so können wir ihm nicht beistimmen. Kautsky hat vollkommen recht, daß sich viel zuviel Monographien über die Agrarfrage angehäuft haben, daß die dringendste Aufgabe der modernen Theorie keineswegs in der Vermehrung der Monographien um neue, sondern in der „Erforschung der Grundtendenzen" der kapitalistischen Entwicklung der Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit besteht (Vorrede, S. VI). Zu diesen Grundtendenzen gehört zweifellos auch die Trennung des Grund und Bodens vom Landwirt in Form der steigenden Hypothekarverschuldung. Kautsky hat die wirkliche Bedeutung der Hypotheken, ihren fortschrittlichen historischen Charakter (die Trennung des Grund und Bodens vom Landwirt ist eine der Bedingungen der Vergesellschaftung der Landwirtschaft, S. 88) und ihre notwendige Rolle in der kapitalistischen Entwicklung der Landwirtschaft klar und deutlich definiert.* Alle Betrachtungen Kautskys in dieser Frage sind theoretisch außerordentlich wertvoll und liefern eine starke Waffe gegen die (besonders in „jedem beliebigen Leitfaden der Ökonomie der Landwirtschaft") so verbreiteten bürgerlichen Redereien über „die schlimmen Folgen" der Verschuldung sowie über „Hilfsmaßnahmen"... „Drittens", schließt Herr Bulgakow, „kann der verpachtete Boden seinerseits verpfändet werden und in diesem Sinne die Stelle unverpachteten Bodens einnehmen." Ein sonderbares Argument! Möge Herr Bulgakow auch nur eine ökonomische Erscheinung, auch nur eine ökonomische Kategorie nennen, die sich nicht mit anderen verflechten. Die Fälle, wo die Pacht mit der Hypothek vereinigt ist, bedeuten weder eine Widerlegung noch auch nur eine Abschwächung der theoretischen These, daß sich der Prozeß der Trennung des Grund und Bodens vom Landwirt in zwei Formen äußert: im Pachtsystem und in der Hypothekarverschuldung.

Für „noch überraschender" und „völlig unrichtig" erklärt Herr Bulgakow auch die These Kautskys, „die Länder des ausgebildeten Pacht-

* „Die Zunahme der Hypothekarverschuldung braucht... nicht notwendigerweise einen Notstand der Landwirtschaft anzuzeigen... auch der Fortschritt und die Blüte der Landwirtschaft" (ebenso wie ihr Niedergang) „muß sich in einer Zunahme der Hypothekarschulden äußern, einmal wegen des wachsenden Kapitalbedürfnisses, das von einer fortschreitenden Landwirtschaft entwickelt wird, und dann wegen des Steigens der Grundrente, das eine Ausdehnung des landwirtschaftlichen Kredits ermöglicht." (S. 87.)

systems" seien „auch Länder mit vorwiegendem Großgrundbesitz" (S. 88). Kautsky spricht hier von der Konzentration des Grundeigentums (unter dem Pachtsystem) und der Konzentration der Hypotheken (unter dem System des Eigenbetriebs der Grundbesitzer) als von einer Bedingung, die die Aufhebung des privaten Grundeigentums erleichtert. Über die Konzentration des Grundeigentums, fährt Kautsky fort, gibt es keine Statistik, die „die Vereinigung verschiedener Besitzungen in einer Hand... verfolgen ließe", aber „im allgemeinen darf man wohl annehmen", daß dort, wo die Zahl der Pachtungen und die Fläche des Pachtlandes zunehmen, sich auch der Grundbesitz konzentriert. „Die Länder des ausgebildeten Pachtsystems sind auch Länder mit vorwiegendem Großgrundbesitz." Es ist klar, daß sich diese ganze Darlegung Kautskys eben ausschließlich auf Länder mit ausgebildetem Pachtsystem bezieht, während Herr Bulgakow sich auf Ostpreußen beruft, wo er eine Zunahme der Pacht bei gleichzeitiger Zersplitterung des Großgrundbesitzes „zu zeigen hofft" — und durch dieses Einzelbeispiel Kautsky widerlegen will! Nur hätte Herr Bulgakow nicht vergessen sollen, dem Leser mitzuteilen, daß Kautsky selbst auf die Zersplitterung der großen Güter und die Zunahme der Bauernpacht in Ostelbien hinweist und daß er dabei, wie wir weiter unten sehen werden, die wirkliche Bedeutung dieser Prozesse klarmacht.

Die Konzentration des Grundbesitzes in Ländern mit Hypothekarverschuldung beweist Kautsky an Hand der Konzentration der Hypothekeninstitute. Herr Bulgakow hält das für nicht beweiskräftig. „Es kann", seiner Meinung nach, „leicht der Fall sein, daß eine Dekonzentration des Kapitals (durch Aktien) bei gleichzeitiger Konzentration der Kreditinstitute vor sich geht." Nun, über diese Frage wollen wir mit Herrn Bulgakow schon gar nicht streiten.

## III

Nachdem Kautsky die Grundzüge der feudalen und der kapitalistischen Landwirtschaft behandelt hat, geht er zur Frage des „Großbetriebs und Kleinbetriebs" (Kapitel VI) in der Landwirtschaft über. Dieses Kapitel ist eins der besten in Kautskys Buch. Zunächst untersucht er hier die „technische Überlegenheit des Großbetriebs". Kautsky entscheidet die

Frage zugunsten des Großbetriebs und gibt keineswegs eine abstrakte Formel, die die ungeheure Mannigfaltigkeit der agrarischen Verhältnisse ignoriert (wie Herr Bulgakow höchst unbegründet meint), sondern weist im Gegenteil klar und eindeutig auf die Notwendigkeit hin, diese Mannigfaltigkeit bei der Anwendung des Gesetzes der Theorie auf die Praxis zu berücksichtigen. Die Überlegenheit des landwirtschaftlichen Großbetriebs über den Kleinbetrieb ist *„selbstverständlich"* nur *„unter der Annahme sonst gleicher Verhältnisse"* unvermeidlich (S. 100. Hervorgehoben von mir). Dies erstens. Auch in der Industrie ist ja das Gesetz der Überlegenheit des Großbetriebs keineswegs so absolut und so einfach, wie man manchmal denkt; auch dort gewährleistet erst die Gleichheit der *„sonstigen Verhältnisse"* (die in der Praxis bei weitem nicht immer vorliegt) die volle Anwendbarkeit des Gesetzes. In der Landwirtschaft aber, die sich durch unvergleichlich größere Kompliziertheit und Mannigfaltigkeit der Verhältnisse auszeichnet, ist die volle Anwendbarkeit des Gesetzes der Überlegenheit des Großbetriebs an bedeutend strengere Bedingungen geknüpft. Kautsky bemerkt zum Beispiel sehr treffend, daß an der Grenze zwischen dem bäuerlichen Betrieb und dem kleinen Gutsbetrieb ein „Umschlag der Quantität in die Qualität" stattfindet: der bäuerliche Großbetrieb kann dem gutsherrlichen Kleinbetrieb „wenn auch nicht technisch, so doch ökonomisch überlegen" sein. Die Kosten für einen wissenschaftlich geschulten Leiter (einer der wichtigsten Vorteile des Großbetriebs) belasten ein kleines Rittergut über seine Leistungsfähigkeit hinaus, während die eigene Leitung durch den Besitzer selbst oft bloß *„junkerlich"*, keineswegs aber wissenschaftlich ist. Zweitens ist die Überlegenheit des Großbetriebs in der Landwirtschaft nur bis zu einer bestimmten Grenze gegeben. Kautsky untersucht diese Grenze in der weiteren Darlegung ausführlich. Es versteht sich ebenfalls von selbst, daß diese Grenze für die verschiedenen Zweige der Landwirtschaft und unter verschiedenen gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnissen nicht gleich ist. Drittens ignoriert Kautsky keineswegs, daß es *„vorläufig"* auch Zweige der Landwirtschaft gibt, in denen die Fachleute den Kleinbetrieb als konkurrenzfähig anerkennen, zum Beispiel die Garten- und Weinkultur, den Anbau von Handelspflanzen usw. (S. 115). Diese Kulturarten sind aber von völlig untergeordneter Bedeutung gegenüber den entscheidenden Zweigen der Landwirtschaft, dem Getreidebau und der Viehzucht. Außerdem „gibt es

auch auf dem Gebiete der Garten- und Weinkultur bereits genug erfolgreiche Großbetriebe" (S. 115). Daraus folgt: „Spricht man von der Landwirtschaft im allgemeinen, dann kommen die Kulturarten, in denen der Kleinbetrieb dem Großbetrieb überlegen, kaum in Betracht, und dann kann man wohl sagen, daß der Großbetrieb dem Kleinbetrieb entschieden überlegen ist." (S. 116.)

Nachdem Kautsky die technische Überlegenheit des Großbetriebs in der Landwirtschaft nachgewiesen hat (ausführlicher behandeln wir die Argumente Kautskys weiter unten, wo wir uns mit den Einwänden des Herrn Bulgakow befassen), wirft er die Frage auf: „Was hat der Kleinbetrieb diesen Vorteilen des Großbetriebs entgegenzusetzen?" und antwortet: „Den größeren Fleiß und die größere Sorgsamkeit des Arbeiters, der für sich selbst schafft im Gegensatz zu dem Lohnarbeiter, und die Bedürfnislosigkeit des kleinen selbständigen Landwirts, die selbst die des Landarbeiters noch übersteigt" (S. 106) — und durch eine ganze Reihe von anschaulichen Angaben über die Lage der Bauern in Frankreich, England und Deutschland stellt Kautsky die Tatsache „der Überarbeit und der Unterkonsumtion im Kleinbetrieb" außerhalb jedes Zweifels. Schließlich weist Kautsky darauf hin, daß sich die Überlegenheit des Großbetriebs auch in dem Bestreben der Landwirte, *Genossenschaften* zu bilden, ausdrückt: „Genossenschaftlicher Betrieb ist Großbetrieb." Es ist bekannt, wieviel Aufhebens die Ideologen des Kleinbürgertums im allgemeinen und die russischen Volkstümler im besonderen (es sei nur das oben zitierte Buch des Herrn Kablukow genannt) von den Genossenschaften der kleinen Landwirte machen. Um so mehr gewinnt deshalb die hervorragende Analyse der Rolle der Genossenschaften an Bedeutung, die von Kautsky gegeben wurde. Die Genossenschaften der kleinen Landwirte sind natürlich ein Glied des ökonomischen Fortschritts, doch bringen sie den *Fortschritt zum Kapitalismus, nicht aber zum Kollektivismus,* wie man vielfach meint und behauptet, zum Ausdruck (S. 118). Die Genossenschaften verringern nicht den Vorsprung des landwirtschaftlichen Großbetriebs vor dem Kleinbetrieb, sondern vergrößern ihn, weil die großen Besitzer eher die Möglichkeit haben, Genossenschaften zu bilden, und diese Möglichkeit auch mehr ausnutzen. Daß der genossenschaftliche, kollektiv bewirtschaftete Großbetrieb dem kapitalistischen Großbetrieb überlegen ist, das stellt Kautsky — selbstverständlich — mit aller Entschiedenheit fest.

Er geht auf die Versuche, die Landwirtschaft kollektiv zu betreiben, die in England von Anhängern Owens gemacht wurden*, und auf ähnliche Gemeinden in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ein. Alle diese Experimente, sagt Kautsky, *beweisen unwiderleglich*, daß die kollektive Führung eines modernen landwirtschaftlichen Großbetriebs durch Genossenschaftsmitglieder durchaus möglich ist, soll aber diese Möglichkeit Wirklichkeit werden, so ist „eine Reihe bestimmter ökonomischer, politischer, intellektueller Voraussetzungen" notwendig. Der kleine Produzent (sowohl der Handwerker als auch der Bauer) wird am Übergang zu genossenschaftlicher Produktion gehindert durch seinen äußerst schwach entwickelten Gemeinsinn, seine schwache Disziplin, seine Isoliertheit, seinen „Eigentumsfanatismus", der nicht nur unter den westeuropäischen Bauern, sondern, fügen wir von uns aus hinzu, auch unter den russischen Bauern der „Dorfgemeinschaft" zu finden ist (man denke an A. N. Engelhardt und G. Uspenski). „Dagegen ist es ein Unding, zu erwarten", erklärt Kautsky kategorisch, „daß der Bauer in der *heutigen Gesellschaft* zur genossenschaftlichen Produktion übergehen wird." (S. 129.)

Dies ist der außerordentlich reiche Inhalt von Kapitel VI des Kautskyschen Buches. Herr Bulgakow ist mit diesem Kapitel besonders unzufrieden. Kautsky, sagt man uns, hat sich der „schweren Sünde" schuldig gemacht, verschiedene Begriffe verquickt zu haben, „technische Vorteile werden mit ökonomischen verquickt". Kautsky „geht von der falschen Voraussetzung aus, daß die *technisch* vollkommenere Produktionsweise auch die *ökonomisch* vollkommenere, d. h. lebensfähigere sei". Dies entschiedene Urteil des Herrn Bulgakow ist, wovon sich der Leser, so hoffen wir, bereits aus unserer Darlegung des Kautskyschen Gedankengangs überzeugt haben wird, völlig unbegründet. Ohne Technik und Ökonomik im geringsten zu verquicken**, geht Kautsky völlig richtig vor, wenn er die Frage des Verhältnisses von Großbetrieb und Kleinbetrieb in der Landwirtschaft *unter sonst gleichen Umständen* in kapitalistischen Wirtschaftsverhält-

---

* Auf S. 124—126 schildert Kautsky die landwirtschaftliche Kommune in Ralahine, von der übrigens auch Herr Dioneo im „Russkoje Bogatstwo" [Russischer Reichtum] Nr. 2 dieses Jahres den russischen Lesern berichtet.

** Das einzige, worauf sich Herr Bulgakow stützen könnte, ist der *Titel*, den Kautsky dem ersten Teil des VI. Kapitels gegeben hat: „a) Die *technische* Überlegenheit des Großbetriebs", obgleich in diesem Abschnitt sowohl von

nissen untersucht. *Gleich im ersten Satz des ersten Abschnitts von Kapitel VI weist Kautsky diesen Zusammenhang zwischen der Höhe der Entwicklung des Kapitalismus und dem Grad der allgemeinen Anwendbarkeit des Gesetzes von der Überlegenheit des landwirtschaftlichen Großbetriebs genau nach:* „Je kapitalistischer die Landwirtschaft wird, desto mehr entwickelt sie einen qualitativen Unterschied der Technik zwischen Großbetrieb und Kleinbetrieb." (S. 92.) In der vorkapitalistischen Landwirtschaft bestand dieser qualitative Unterschied nicht. Was soll man da von der strengen Belehrung sagen, die Herr Bulgakow Kautsky zuteil werden läßt: „Tatsächlich muß die Frage so gestellt werden: Welche Bedeutung können in der Konkurrenz des Großbetriebs und Kleinbetriebs, *unter den gegebenen sozialökonomischen Bedingungen* diese oder jene Besonderheiten jeder dieser Betriebsformen haben?" Dies ist eine „Korrektur" genau derselben Art wie die oben von uns betrachtete.

Sehen wir jetzt zu, wie Herr Bulgakow die Argumente widerlegt, die Kautsky für die technische Überlegenheit des Großbetriebs in der Landwirtschaft vorbringt. Kautsky sagt: „Einer der wichtigsten Unterschiede zwischen Industrie und Landwirtschaft liegt darin, daß in letzterer immer

---

den technischen als auch von den ökonomischen Vorteilen des Großbetriebs gesprochen wird. Zeigt das aber etwa, wie Kautsky Technik und Ökonomik *verquickt*? Und dabei ist es im Grunde genommen immer noch eine Frage, ob die von Kautsky gegebene Bezeichnung ungenau ist. Die Sache ist die, daß Kautsky das Ziel verfolgt, den Inhalt der ersten beiden Unterkapitel von Kapitel VI einander gegenüberzustellen: im ersten (a) wird von der technischen Überlegenheit des Großbetriebs in der kapitalistischen Landwirtschaft gesprochen, und hier figuriert neben den Maschinen und anderem beispielsweise der Kredit. Herr Bulgakow ironisiert: „eine eigenartige technische Überlegenheit". Aber — rira bien qui rira le dernier! [Wer zuletzt lacht, lacht am besten! *Die Red.*] Man werfe einen Blick in Kautskys Buch, und man wird sehen, daß er hauptsächlich den Fortschritt in der *Technik* des Kreditwesens (und weiter auch in der Technik des Handels) meint, der *nur* dem großen Landwirt zugänglich ist. Im zweiten Unterkapitel (b) dagegen werden die Arbeitsmenge und die Verbrauchsnorm des Arbeitenden im Großbetrieb und Kleinbetrieb verglichen, folglich werden hier *rein ökonomische Unterschiede* zwischen Kleinbetrieb und Großbetrieb untersucht. Die *Ökonomik* des Kredits und des Handels ist für beide gleich, die *Technik* aber verschieden.

noch der eigentliche Wirtschaftsbetrieb und der Haushalt eine feste Einheit bilden, während in der Industrie... beide völlig voneinander unabhängig sind." Daß aber der größere Haushalt dem kleineren an Arbeits- und Materialersparung überlegen ist, bedarf kaum eines Beweises. Der erste kauft (man beachte dies! *W. I.*) „Petroleum, Zichorienkaffee und Margarine im großen", der zweite „im kleinen" usw. (S. 93). Herr Bulgakow „korrigiert": „Kautsky wollte nicht sagen, daß dies technisch vorteilhafter ist, sondern daß dies weniger *kostet*...!" Ist es nicht klar, daß auch in diesem Fall (wie in allen übrigen) der Versuch des Herrn Bulgakow, Kautsky zu „korrigieren", ganz und gar mißglückt ist? „Dies Argument", fährt der strenge Kritiker fort, „ist an und für sich ebenfalls sehr zweifelhaft, da in den Wert des Produkts, unter gewissen Bedingungen, der Wert der einzelnen Bauernhäuser durchaus nicht einzugehen braucht, während der Wert des gemeinsamen Bauernhauses darin eingehen wird und obendrein mit Zinsen. Das hängt ebenfalls von den sozialökonomischen Bedingungen ab, und die sollte man untersuchen — nicht aber die scheinbar technischen Vorteile des Großbetriebs vor dem Kleinbetrieb..." Erstens vergißt Herr Bulgakow die Kleinigkeit, daß Kautsky, der zunächst die relative Bedeutung des Großbetriebs und des Kleinbetriebs *unter sonst gleichen Umständen* behandelt, in der weiteren Darlegung auch diese Umstände eingehend untersucht. Herr Bulgakow möchte folglich verschiedene Fragen in einen Topf werfen. Zweitens, wieso braucht der Wert der Bauernhäuser nicht in den Wert des Produkts einzugehen? Nur aus dem Grunde, weil der Bauer den Wert seines Holzes oder seine beim Bau und bei der Instandhaltung des Hauses geleistete Arbeit „nicht rechnet". Soweit der Bauer noch Naturalwirtschaft betreibt, braucht er seine Arbeit natürlich „nicht zu rechnen" — und zu Unrecht vergißt Herr Bulgakow dem Leser zu sagen, daß *Kautsky dies mit voller Klarheit und Präzision auf den Seiten 165—167 seines Buches aufzeigt* (Kapitel VIII, „Die Proletarisierung des Bauern"). Aber hier handelt es sich doch um die „sozialökonomischen Bedingungen" des Kapitalismus, nicht aber um die der Naturalwirtschaft und der einfachen Warenwirtschaft. Und unter kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen seine Arbeit „nicht rechnen", das bedeutet, seine Arbeit (dem Kaufmann oder einem anderen Kapitalisten) umsonst geben, das bedeutet, gegen nicht volle Bezahlung der Arbeitskraft arbeiten, das bedeutet, das Niveau der Bedürfnisse unter die Norm senken.

*Diese* Besonderheit des Kleinbetriebs hat Kautsky, wie wir gesehen haben, völlig anerkannt und richtig gewertet. Herr Bulgakow wiederholt bei seinem Einwand gegen Kautsky die übliche Methode und den üblichen Fehler der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ökonomen. Diese Ökonomen sangen allen die Ohren voll mit ihren Lobeshymnen auf die „Lebensfähigkeit" des Kleinbauern, der ja seine Arbeit nicht zu rechnen und weder Profit noch Rente herauszuwirtschaften brauche usw. Diese guten Leute vergaßen nur, daß eine derartige Auffassung die „sozialökonomischen Bedingungen" der Naturalwirtschaft, der einfachen Warenproduktion und des Kapitalismus durcheinanderwirft. Alle diese Fehler werden von Kautsky vortrefflich klargestellt, wobei er die einzelnen Systeme der gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse *streng unterscheidet.* „Ist der landwirtschaftliche Betrieb des Kleinbauern", sagt er, „dem Bereich der Warenproduktion entrückt, bildet er bloß ein Stück des Haushalts, dann bleibt er auch außerhalb des Bereichs der zentralisierenden Tendenzen der modernen Produktionsweise. Wie irrationell und verschwenderisch seine Parzellenwirtschaft auch sein mag, er hält an ihr fest, wie seine Frau an ihrem kümmerlichen Haushalt, der auch mit dem größten Aufwand von Arbeitskraft ein unendlich dürftiges Resultat erzielt, der aber das einzige Gebiet bildet, auf dem sie nicht fremdem Willen untertan zu sein braucht und frei ist von Ausbeutung." (S. 165.) Die Sache ändert sich, wenn die Naturalwirtschaft durch die Warenwirtschaft verdrängt wird. Der Bauer muß dann Produkte verkaufen, Werkzeuge kaufen, *Boden kaufen.* Solange der Bauer *einfacher Warenproduzent* bleibt, kann er sich mit dem Lebensniveau eines Lohnarbeiters begnügen. Er kann auf Profit und Grundrente verzichten und für ein Grundstück einen höheren Preis zahlen, als ihn ein kapitalistischer Unternehmer zahlen könnte (S. 166). Aber die einfache Warenproduktion wird durch die *kapitalistische Produktion* verdrängt. Wenn zum Beispiel der Bauer auf sein Grundstück eine Hypothek aufgenommen hat, muß er auch schon die Rente, die dem Gläubiger verkauft ist, aufbringen. Auf dieser Entwicklungsstufe kann man den Bauern nur formal als einfachen Warenproduzenten ansehen. De facto* hat er es gewöhnlich bereits mit dem *Kapitalisten* — dem Gläubiger, Kaufmann, industriellen Unternehmer — zu tun, bei dem er „Nebenerwerb" suchen, d. h., dem er seine Arbeitskraft verkaufen muß. In diesem Stadium — und

* In der Tat. *Die Red.*

Kautsky, wiederholen wir, stellt landwirtschaftlichen Groß- und Kleinbetrieb in der kapitalistischen Gesellschaft einander gegenüber — bedeutet die Möglichkeit, „seine Arbeit nicht zu rechnen", für den Bauern nur eins: sich bei der Arbeit halbtot zu schuften und seine Bedürfnisse endlos einzuschränken.

Ebenso haltlos sind auch die anderen Einwände des Herrn Bulgakow. Der Kleinbetrieb zieht der Anwendung von Maschinen engere Grenzen; für den kleinen Landwirt ist die Kreditaufnahme schwieriger und teurer, sagt Kautsky. Herr Bulgakow findet, daß diese Argumente falsch sind und verweist auf die... bäuerlichen Genossenschaften! Mit absolutem Schweigen übergeht er hierbei die Beweise Kautskys, der die von uns oben angeführte Einschätzung dieser Genossenschaften und ihrer Bedeutung gegeben hat. In der Frage der Maschinen erteilt Herr Bulgakow Kautsky wiederum eine Rüge, weil er nicht „die allgemeinere ökonomische Frage gestellt hat: welches überhaupt die ökonomische Rolle der Maschinen in der Landwirtschaft ist" (Herr Bulgakow hat das Kapitel IV des Kautskyschen Buches bereits vergessen!) „und ob sie in ihr ein ebenso unvermeidliches Werkzeug sind wie in der Fertigungsindustrie?". Kautsky hat den kapitalistischen Charakter der Anwendung von Maschinen in der modernen Landwirtschaft klar bewiesen (S. 39, 40 ff.), hat die Besonderheiten der Landwirtschaft, die für die Anwendung von Maschinen in der Landwirtschaft „technische und ökonomische Schwierigkeiten" schaffen, hervorgehoben (S. 38 ff.), Daten über die zunehmende Anwendung von Maschinen (40), über ihre technische Bedeutung (42 ff.) und über die Rolle der Dampfkraft und der Elektrizität angeführt. Kautsky hat gezeigt, welcher Betriebsumfang nach den Angaben der Agronomie erforderlich ist, damit die verschiedenen Maschinen voll ausgenutzt werden können (94), und darauf hingewiesen, daß nach der deutschen Betriebszählung von 1895 der Prozentsatz der Maschinen anwendenden Wirtschaften gleichmäßig und schnell vom Kleinbetrieb zum Großbetrieb ansteigt (2 Prozent in Betrieben unter 2 Hektar; 13,8 Prozent in Betrieben mit 2 bis 5 Hektar; 45,8 Prozent in Betrieben mit 5 bis 20 Hektar; 78,8 Prozent in Betrieben mit 20 bis 100 Hektar; 94,2 Prozent in Betrieben mit 100 Hektar und darüber). Herr Bulgakow möchte an Stelle dieser Daten „allgemeine" Erörterungen über die „Unbesiegbarkeit" oder Besiegbarkeit der Maschinen sehen!...

„Der Hinweis darauf, daß beim Kleinbetrieb mehr Zugvieh auf den Hektar kommt..., ist aus dem Grunde... nicht überzeugend..., weil dabei der Intensitätsgrad der Viehhaltung in der Wirtschaft nicht untersucht wird", sagt Herr Bulgakow. Schlagen wir die Seite des Kautskyschen Buches auf, wo dieser Hinweis gegeben wird. Wir lesen dort: „Die große Zahl von Kühen beim Kleinbetrieb" (auf 1000 Hektar berechnet) „ist in nicht geringem Maße auch darauf zurückzuführen, daß der Bauer mehr Viehzucht und weniger Getreidebau treibt als der Großbetrieb; die Differenz in der Pferdehaltung kann dagegen dadurch nicht erklärt werden." (S. 96, wo Angaben über Sachsen für das Jahr 1860, über ganz Deutschland für das Jahr 1883 und über England für das Jahr 1880 gemacht werden.) Es sei daran erinnert, daß auch in Rußland die Semstwostatistik dasselbe Gesetz aufgedeckt hat, das die Überlegenheit des landwirtschaftlichen Großbetriebs über den Kleinbetrieb zum Ausdruck bringt: die bäuerlichen Großbetriebe kommen pro Flächeneinheit mit einer geringeren Menge von Vieh und Inventar aus.*

Kautskys Argumente von der Überlegenheit des Großbetriebs über den Kleinbetrieb in der kapitalistischen Landwirtschaft werden von Herrn Bulgakow bei weitem nicht vollständig dargelegt. Die Überlegenheit des landwirtschaftlichen Großbetriebs besteht nicht nur in geringerem Verlust an Kulturfläche, in Einsparungen an lebendem und totem Inventar, in vollerer Ausnutzung des Inventars, in der größeren Möglichkeit, Maschinen anzuwenden, und in der leichteren Kreditbeschaffung, sondern auch in der kommerziellen Überlegenheit des Großbetriebs und in der Verwendung wissenschaftlich geschulter Leiter (Kautsky, S. 104). Der landwirtschaftliche Großbetrieb bedient sich in höherem Maße der Kooperation der Arbeiter und der Arbeitsteilung. Eine besonders große Bedeutung mißt Kautsky der wissenschaftlichen agronomischen Bildung des Landwirts bei. „Einen wissenschaftlich vollkommen gebildeten Landwirt kann nur jener Betrieb anwenden, der groß genug ist, daß die Arbeit der Leitung und Beaufsichtigung der Wirtschaft eine Arbeitskraft ausschließlich beschäftigt." (S. 98: „Diese Größe" der Wirtschaft „wechselt mit der Betriebsart" von 3 Hektar beim Weinbau bis 500 Hektar bei extensiver

* Siehe *W. E. Postnikow*, „Die südrussische Bauernwirtschaft". Vgl. *W. Iljin*, „Die Entwicklung des Kapitalismus", Kapitel II, Abschnitt 1 (siehe Werke, Bd. 3. *Die Red.*).

Wirtschaft.) Kautsky hebt hierbei die interessante und äußerst charakteristische Tatsache hervor, daß die Verbreitung landwirtschaftlicher Schulen niederer und mittlerer Stufe nicht dem Bauern Nutzen bringt, sondern dem großen Landwirt, dem sie Angestellte zuführen (dasselbe läßt sich auch in Rußland beobachten). „Aber jene höhere Bildung, die ein vollkommen rationeller Betrieb erfordert, ist allerdings mit den heutigen Existenzbedingungen des Bauern schwer verträglich. Damit ist natürlich nicht eine Verurteilung der höheren Bildung, sondern der Lebensbedingungen des Bauern ausgesprochen. Es besagt nichts anderes, als daß der bäuerliche Betrieb dem Großbetrieb gegenüber sich nicht auf seine höheren Leistungen, sondern auf seine geringeren Ansprüche stützt." (99.) Der Großbetrieb muß nicht nur bäuerliche Arbeitskräfte halten, sondern auch städtische Arbeitskräfte, deren Ansprüche auf einem unvergleichlich höheren Niveau stehen.

Die in höchstem Grade interessanten und wichtigen Daten, die Kautsky zum Beweis für „die Überarbeit und Unterkonsumtion im Kleinbetrieb" anführt, nennt Herr Bulgakow „einige (!) zufällige (??) Zitate". Herr Bulgakow „nimmt es auf sich", die gleiche Anzahl „Zitate entgegengesetzten Charakters" anzuführen. Er vergißt nur zu sagen, ob er es nicht ebenfalls auf sich nimmt, die *entgegengesetzte Behauptung* aufzustellen, die er mit „Zitaten entgegengesetzten Charakters" beweisen würde. Das ist ja gerade der Kern der Sache! Nimmt es Herr Bulgakow etwa auf sich, zu behaupten, daß sich der Großbetrieb in der kapitalistischen Gesellschaft vom bäuerlichen Betrieb durch Überarbeit und Unterkonsumtion des Arbeitenden unterscheidet? Herr Bulgakow ist vorsichtig genug, eine solch lächerliche Behauptung nicht aufzustellen. Die Tatsache der Überarbeit und der Unterkonsumtion der Bauern glaubt er mit der Bemerkung abtun zu können, daß „die Bauern in einer Gegend wohlhabend, in der anderen dürftig leben"!! Was würde man von einem Ökonomen sagen, der, statt die Daten über die Lage des Klein- und Großbetriebs zu verallgemeinern, sich daran machen wollte, den Unterschied in der „Wohlhabenheit" der Bevölkerung dieser oder jener „Gegenden" zu untersuchen? Was würde man von einem Ökonomen sagen, der die Tatsache der Überarbeit und der Unterkonsumtion der Hausarbeiter, verglichen mit den Fabrikarbeitern, mit der Bemerkung abtun würde, daß „die Hausarbeiter in einer Gegend wohlhabend, in der anderen dürftig leben"?

Apropos Hausarbeiter. „Offenbar", schreibt Herr Bulgakow, „hat Kautsky im Geiste die Parallele mit der Hausindustrie* vorgeschwebt, wo die Überarbeit keine technischen Grenzen hat" (wie in der Landwirtschaft), „aber diese Parallele taugt hier nicht." Offenbar, antworten wir hierauf, hat sich Herr Bulgakow zu dem von ihm kritisierten Buch erstaunlich unaufmerksam verhalten, denn die Parallele mit der Hausindustrie „hat Kautsky nicht im Geiste vorgeschwebt", vielmehr *weist er auf sie klar und deutlich schon auf der ersten Seite des Abschnitts hin,* der der Frage der Überarbeit gewidmet ist (Kapitel VI, b, S. 106): „Wie in der Hausindustrie wirkt auch in der kleinbäuerlichen Wirtschaft die Familienarbeit der Kinder noch verderblicher als die Lohnarbeit bei Fremden." Wie entschieden Herr Bulgakow auch dekretieren mag, daß diese Parallele hier nicht tauge, so ist seine Meinung dennoch völlig falsch. In der Industrie hat die Überarbeit keine technischen Grenzen, für den Bauern aber ist sie „durch die technischen Bedingungen der Landwirtschaft begrenzt", urteilt Herr Bulgakow. Es fragt sich, wer nun wirklich Technik und Ökonomik verquickt, Kautsky oder Herr Bulgakow? Was soll denn hier die Technik der Landwirtschaft oder der Hausindustrie, wo die Tatsachen besagen, daß der Kleinproduzent sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie die Kinder vom frühesten Alter an zur Arbeit treibt, eine größere Anzahl Stunden täglich arbeitet, „sparsamer" lebt, seine Ansprüche so weit beschneidet, daß er in einem zivilisierten Lande als ein wirklicher „Barbar" (ein Ausdruck von Marx) erscheint? Kann man denn die ökonomische Gleichartigkeit solcher Erscheinungen in der Landwirtschaft und in der Industrie deshalb verneinen, weil die Landwirtschaft eine Menge Besonderheiten aufzuweisen hat (die Kautsky keineswegs vergißt)? „Der Kleinbauer kann, selbst wenn er es wünscht, nicht länger arbeiten, als dies sein Feld erfordert", sagt Herr Bulgakow. Aber der Kleinbauer kann 14 statt 12 Stunden arbeiten und arbeitet auch so lange; er kann mit jener übernormalen Anstrengung arbeiten, die seine Nerven und Muskeln bedeutend schneller verbraucht als eine normale Arbeit, und tut das auch. Und dann, was für eine falsche und überspitzte Abstraktion — alle Arbeiten des Bauern nur auf Feldarbeit zu reduzieren! Bei Kautsky ist dergleichen nicht zu finden. Kautsky weiß sehr wohl, daß der Bauer auch in der häuslichen Wirtschaft arbeitet, daß er am Bau

* „Hausindustrie" im Original deutsch. *Der Übers.*

und an der Instandhaltung des Hauses, des Stalles, der Geräte usw. arbeitet, „*ohne*" all diese zusätzliche Arbeit „*zu rechnen*", für die der Lohnarbeiter im Großbetrieb den üblichen Lohn fordert. Ist es nicht für jeden unvoreingenommenen Menschen klar, daß die Überarbeit für den Bauern – den kleinen Landwirt – *unvergleichlich weitere Grenzen* hat als für den gewerblichen Kleinproduzenten, wenn er *nur* gewerblicher Kleinproduzent ist? Die Überarbeit des kleinen Landwirts als allgemeine Erscheinung wird dadurch anschaulich bewiesen, daß alle bürgerlichen Schriftsteller einmütig den „Fleiß" und die „Sparsamkeit" des Bauern bezeugen und die Arbeiter der „Faulheit" und „Verschwendung" bezichtigen.

Die kleinen Bauern, sagt der von Kautsky zitierte Beobachter des Lebens der Landbevölkerung in Westfalen, überhäufen ihre Kinder derart mit Arbeit, daß ihre körperliche Entwicklung gehemmt wird; derartig schlechte Seiten hat die Lohnarbeit nicht. Der Parlamentskommission, die 1897 die Lebensverhältnisse in den Agrargebieten Englands untersuchte, erklärte ein Kleinbauer aus Lincoln: „Ich habe eine Familie großgezogen und sie nahezu totgeschunden." Ein anderer sagt: „Ich und meine Kinder, wir arbeiten mitunter 18 Stunden im Tag, durchschnittlich 10 bis 12", ein dritter: „Wir arbeiten härter als Taglöhner, wie Sklaven." Mr. Read charakterisiert vor derselben Kommission die Lage der kleinen Farmer in Gegenden, wo der Ackerbau im engeren Sinne des Wortes vorherrschend ist, folgendermaßen: „Der einzige Weg für ihn, sich zu behaupten, ist der, zu arbeiten wie zwei Taglöhner und nicht mehr auszugeben wie einer. Seine Kinder sind mehr abgerackert und schlechter erzogen als die Kinder von Taglöhnern." („Royal Commission on Agriculture final report"*, S. 34, 357, zitiert bei Kautsky, S. 109.) Nimmt es Herr Bulgakow etwa auf sich, zu behaupten, daß nicht minder oft die Tagelöhner wie zwei Bauern arbeiten? Besonders charakteristisch ist jedoch folgende von Kautsky angeführte Tatsache, die zeigt, wie „bäuerliche Hungerkunst zur ökonomischen Überlegenheit eines Kleinbetriebs führen kann": ein Vergleich der Rentabilität zweier Bauernwirtschaften in Baden zeigt in der einen, der *großen*, ein Defizit von 933 Mark, in der anderen, einer *halb so großen*, einen Überschuß von 191 Mark. Aber die erste Wirtschaft, die ausschließlich mit Lohnarbeitern betrieben wurde, mußte ihnen reichliche Kost verabreichen und dafür pro Kopf und Tag

* „Abschließender Bericht der Königlichen Agrarkommission". *Die Red.*

fast 1 Mark (ungefähr 45 Kopeken) ausgeben, während in der kleinen Wirtschaft ausschließlich die Familienmitglieder arbeiteten (Frau und sechs erwachsene Kinder), deren Kost *halb so gut* war: 48 Pfennig pro Kopf und Tag. Hätte die Familie des Kleinbauern ebenso gut gegessen wie die Lohnarbeiter des großen Landwirts, so hätte die kleine Wirtschaft ein Defizit von 1250 Mark aufzuweisen gehabt! „Ihr Überschuß stammte nicht aus der vollen Scheune, sondern aus dem leeren Magen." Welche Menge ähnlicher Beispiele würde ans Tageslicht kommen, wenn man zusammen mit den vergleichenden Untersuchungen über die „Rentabilität" der Groß- und Kleinbetriebe in der Landwirtschaft auch den Konsum und die Arbeit der Bauern und der Lohnarbeiter berechnete.* Nehmen wir eine andere Berechnung der höheren Rentabilität eines Kleinbetriebs (4,6 Hektar) im Vergleich zu einem Großbetrieb (26,5 Hektar), eine Berechnung, die in einer der Fachzeitschriften angestellt worden ist. Aber wie kommt die höhere Einnahme zustande? fragt Kautsky. Es stellt sich heraus, daß dem kleinen Landwirt die Kinder helfen, und zwar von dem Alter an, wo sie zu laufen beginnen, während den großen Landwirt die Kinder Geld kosten (Schule, Gymnasium). Im Kleinbetrieb ersetzen auch Greise im Alter von über 70 Jahren „noch eine volle Arbeitskraft". „Der gewöhnliche Taglöhner, besonders im Großbetrieb, denkt bei seiner Arbeit: wenn es doch erst Feierabend wäre; der Kleinbauer, wenigstens bei allen dringenden Arbeiten: wenn der Tag doch noch ein paar Stunden länger dauerte." Die Kleinproduzenten, belehrt uns eben dieser Verfasser des Aufsatzes in der Agrarzeitschrift, nutzen die Zeit bei eiligen Arbeiten „durch Früheraufstehen und Länger- und... Schnellerarbeiten" besser aus „als der größere Besitzer, dessen Arbeiter dann gewöhnlich nicht eher aufstehen, nicht länger und nicht besser arbeiten wollen als an anderen Tagen". Der Bauer versteht es dank seinem „einfachen" Leben, einen Reinertrag zu erzielen: er bewohnt eine Lehmkate, die hauptsächlich durch die Arbeit der Familie gebaut ist; die Frau ist siebzehn Jahre verheiratet, hat aber erst *ein* Paar Schuhe gebraucht, meistens geht sie barfuß oder in Holzpantoffeln, Kleider webt sie selbst für ihre Familie. Kartoffeln, Milch, seltener ein Hering, bilden die Nahrung. Der Mann raucht nur sonntags

* Vgl. *W. Iljin*, „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland", S. 112, 175, 201 (siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 3, S. 137/138, 207/208, 233/234, russ. *Die Red.*).

eine Pfeife Tabak. „Die Leute wußten nicht, daß sie besonders einfach lebten und äußerten sich nicht unzufrieden über ihre Lage... Bei dieser einfachen Lebensweise hatten die Leute fast jährlich einen kleinen Überschuß aus ihrer Wirtschaft."

## IV

Nach der Analyse des Verhältnisses von Großbetrieb und Kleinbetrieb in der kapitalistischen Landwirtschaft geht Kautsky zu einer speziellen Untersuchung der „Schranken der kapitalistischen Landwirtschaft" (Kapitel VII) über. Gegen die Theorie der Überlegenheit des landwirtschaftlichen Großbetriebs, sagt Kautsky, rebellieren vor allem die „Menschenfreunde" (wir hätten fast gesagt Volksfreunde...) in den Reihen der Bourgeoisie, die „Nichtsalsfreihändler"[40] und die Agrarier. In letzter Zeit treten viele Ökonomen für den landwirtschaftlichen Kleinbetrieb ein. Sie berufen sich gewöhnlich auf die Statistik, die zeigt, daß eine Verdrängung der Kleinbetriebe durch Großbetriebe nicht stattfindet. Auch Kautsky führt Daten der Statistik an: In Deutschland wuchs von 1882 bis 1895 am stärksten die Fläche der Mittelbetriebe an, dagegen in Frankreich von 1882 bis 1892 die der kleinsten und die der größten Betriebe, während sie bei den Mittelbetrieben abnahm. In England verringerte sich von 1885 bis 1895 die Fläche der kleinsten und der größten Betriebe; am meisten vergrößerte sich die Fläche der Betriebe mit 40 bis 120 Hektar (100 bis 300 Acres), d. h. von Betrieben, die man nicht zu den kleinen zählen kann. In Amerika verringert sich die Durchschnittsgröße der Farmen: 1850 — 203 Acres, 1860 — 199 Acres, 1870 — 153 Acres, 1880 — 134 Acres, 1890 — 137 Acres. Kautsky untersucht die Angaben der amerikanischen Statistik genauer, und seine Analyse ist, entgegen der Meinung des Herrn Bulgakow, von großer *prinzipieller* Bedeutung. Die Hauptursache für die Verringerung der Durchschnittsgröße der Farmen ist die Zerschlagung der großen Plantagen des Südens nach der Befreiung der Neger; in den Südstaaten hat sich die Durchschnittsgröße der Farmen um mehr als die Hälfte verringert. „Einen Sieg des Kleinbetriebs über den *modernen*" (= kapitalistischen) „Großbetrieb wird kein Sachkundiger in diesen Zahlen sehen." Überhaupt zeigt die Untersuchung der Daten der amerikanischen Statistik nach den *einzelnen Gebieten* viele ver-

schiedenartige Verhältnisse. Im Nordzentralgebiet, in den wichtigsten „Weizenstaaten", *stieg* die Durchschnittsgröße der Farmen von 122 auf 133 Acres. „Nur dort behält der Kleinbetrieb die Oberhand, wo die Landwirtschaft verkommt oder wo vorkapitalistischer Großbetrieb in Konkurrenz mit bäuerlichem Betrieb tritt." (135.) Diese Folgerung Kautskys ist sehr wichtig, da sie die Bedingungen zeigt, ohne die der Gebrauch der Statistik nur *Mißbrauch* sein kann: es ist notwendig, kapitalistischen Großbetrieb von vorkapitalistischem zu unterscheiden. Es ist notwendig, *detaillierte* Untersuchungen einzelner Gebiete vorzunehmen, die sich durch wesentliche Besonderheiten in den Formen der Landwirtschaft und den historischen Entwicklungsbedingungen der Landwirtschaft unterscheiden. Man sagt: „Zahlen beweisen!" Aber man muß doch untersuchen, *was* eigentlich die Zahlen beweisen. Sie beweisen nur das, *was sie direkt sagen.* Direkt sprechen die Zahlen nicht von der Größe des Betriebs, sondern von dem *Areal* der Wirtschaften. Es ist jedoch möglich, und das gibt es auch in der Wirklichkeit, daß „ein intensiv bewirtschaftetes kleines Gut ein größerer Betrieb sein kann als ein umfangreiches, extensiv bewirtschaftetes". „Die Statistik, die uns nur über das Areal eines Betriebs Auskunft gibt, läßt uns ganz im dunkeln darüber, ob eine eventuelle Verkleinerung seines Gebietsumfangs auf einer tatsächlichen Verkleinerung oder einer Intensifizierung der Wirtschaft beruht." (146.) Die Wald- und die Weidewirtschaft, diese ersten Formen der kapitalistischen Großwirtschaft, lassen die größte Ausdehnung der Güter zu. Der Ackerbau erfordert bereits eine geringere Betriebsfläche. Die verschiedenen Systeme des Ackerbaus sind in dieser Hinsicht wiederum verschieden: die Raubwirtschaft, die extensive Wirtschaft (die in Amerika bis jetzt überwog) läßt riesige Farmen zu (von etwa 10 000 Hektar wie die bonanza farms* Dalrymples, Glenns u. a. Auch in unseren Steppen erreichen die bäuerlichen Anbauflächen, und um so mehr die der Kaufleute, solche Ausdehnung). Der Übergang zur Düngung usw. muß unbedingt eine Verringerung der Betriebsfläche der Wirtschaften nach sich ziehen, die zum Beispiel in Europa kleiner sind als in Amerika. Der Übergang von der Feldwirtschaft zur Viehwirtschaft erfordert wiederum eine Verringe-

* Kapitalistische Großwirtschaften in Nordamerika (vorwiegend für Weizenerzeugung), die extensive Wirtschaftsweise mit der Anwendung modernster Maschinen vereinigen. *Die Red.*

rung der Betriebsfläche: in England betrug im Jahre 1880 die Durchschnittsgröße der Viehwirtschaften 52,3 Acres, die der Getreidewirtschaften 74,2 Acres. Deshalb *muß* der sich in England vollziehende Übergang vom Ackerbau zur Viehzucht die Tendenz hervorrufen, die Betriebsfläche zu verkleinern. „Es hieße aber sehr oberflächlich urteilen, wollte man daraus auf einen Rückgang des Großbetriebs schließen." (149.) In Ostelbien (durch dessen Erforschung Herr Bulgakow Kautsky zu gegebener Zeit zu widerlegen hofft) findet eben ein Übergang zu intensiver Wirtschaft statt: Die großen Güter, sagt der von Kautsky zitierte Sering, erhöhen die Produktivität ihres Bodens durch Verkauf oder Verpachtung entlegener Teile der Güter an Bauern, weil diese entlegenen Teile bei intensiver Wirtschaftsführung schwer nutzbringend zu bestellen sind. „Daher werden die großen Güter in Ostelbien verkleinert, neben ihnen kleine Bauernwirtschaften geschaffen, nicht weil der Kleinbetrieb dem großen überlegen ist, sondern weil die bisherigen Gutsflächen den Bedürfnissen extensiver Wirtschaft angepaßt waren." (150.) Die Verkleinerung der Betriebsfläche führt in allen diesen Fällen gewöhnlich zu einer Vergrößerung (pro Einheit Bodenfläche) der Menge des Produkts und oft zu einer Erhöhung der Zahl der beschäftigten Arbeiter, d. h. zu einer tatsächlichen *Vergrößerung* des Betriebsumfangs.

Hieraus geht klar hervor, wie wenig beweiskräftig die summarischen Angaben der landwirtschaftlichen Statistik über die Betriebs*flächen* sind und mit welcher Vorsicht man sie benutzen muß. In der Industriestatistik haben wir es mit *unmittelbaren* Kennziffern des Betriebsumfangs (Warenmenge, Wert der Produktion, Arbeiterzahl) zu tun und können obendrein die einzelnen Produktionszweige leicht voneinander trennen. Diesen, für die Beweiskraft der Angaben unerläßlichen Bedingungen genügt die landwirtschaftliche Statistik sehr selten.

Weiterhin setzt das Monopol des Grundeigentums der kapitalistischen Landwirtschaft Schranken: in der Industrie wächst das Kapital durch die *Akkumulation*, durch die Verwandlung des Mehrwerts in Kapital; die *Zentralisation*, d. h. die Vereinigung mehrerer kleiner Kapitale zu einem großen, spielt eine geringere Rolle. Anders in der Landwirtschaft. Der Boden ist vollständig in Besitz genommen (in den zivilisierten Ländern), und die Betriebsfläche erweitern kann man nur durch die *Zentralisation* mehrerer Grundstücke, und zwar so, daß sie eine *zusammenhängende*

*Fläche* bilden. Es ist klar, daß die Vergrößerung eines Guts durch Ankauf anliegender Grundstücke eine sehr schwierige Sache ist, besonders deshalb, weil die kleinen Grundstücke teils von Landarbeitern besetzt sind (die der Großbetrieb braucht), teils von Kleinbauern, die die Kunst beherrschen, sich durch eine maßlose und unglaubliche Herabsetzung ihrer Ansprüche zu halten. Die Feststellung dieser einfachen und sonnenklaren Tatsache, die die Schranken der kapitalistischen Landwirtschaft zeigt, schien Herrn Bulgakow aus irgendeinem Grunde eine „Phrase" (??!!) zu sein und ließ ihn in das ganz und gar unbegründete Freudengeschrei ausbrechen: „Also (!) zerschellt (!) die Überlegenheit des Großbetriebs am ersten Hindernis." Zuerst hat Herr Bulgakow das Gesetz der Überlegenheit des Großbetriebs falsch verstanden und ihm eine übermäßige Abstraktheit zugeschrieben, von der Kautsky weit entfernt ist, und nun verwandelt er sein Unverständnis in ein Argument gegen Kautsky! Höchst sonderbar ist die Meinung des Herrn Bulgakow, er könne Kautsky mit der Berufung auf Irland (Großgrundbesitz, aber ohne Großbetrieb) widerlegen. Aus der Tatsache, daß der Großgrundbesitz eine der Bedingungen des Großbetriebs ist, folgt keineswegs, daß er eine ausreichende Bedingung ist. In einem Werk über den Kapitalismus in der Landwirtschaft im allgemeinen konnte Kautsky selbstverständlich nicht die historischen und andere Ursachen der Besonderheiten Irlands oder eines anderen Landes untersuchen. Es würde wohl niemand einfallen, von Marx zu fordern, bei einer Analyse der allgemeinen Gesetze des Kapitalismus in der Industrie zu erläutern, warum sich in Frankreich die kleine Industrie länger hält, warum sich in Italien die Industrie schwach entwickelt usw. Ebenso haltlos ist der Hinweis des Herrn Bulgakow, daß die Konzentration allmählich erfolgen „könne": ein Gut durch Kauf der Grundstücke der Nachbarn zu erweitern, ist bei weitem nicht so einfach, wie an eine Fabrik neue Räumlichkeiten für eine zusätzliche Zahl von Werkbänken usw. anzubauen.

Während sich Herr Bulgakow auf diese rein fiktive Möglichkeit der Bildung von Großbetrieben durch allmähliche Konzentration oder Pacht beruft, hat er die wirkliche Besonderheit der Landwirtschaft im Konzentrationsprozeß wenig beachtet — eine Besonderheit, auf die Kautsky hinweist. Es sind das die Latifundien, die Anhäufung mehrerer Güter in einer Hand. Die Statistik zählt gewöhnlich nur die einzelnen Güter und

macht keinerlei Angaben über den Prozeß der Konzentration verschiedener Güter in den Händen der Großgrundbesitzer. Kautsky teilt in bezug auf Deutschland und Österreich äußerst plastische Beispiele einer solchen Konzentration mit, die zu einer besonderen, der höchsten Form des kapitalistischen Großbetriebs in der Landwirtschaft führt, bei der mehrere große Güter zu einem wirtschaftlichen Ganzen vereinigt werden, das von einem Zentralorgan verwaltet wird. Ein so gigantisches landwirtschaftliches Unternehmen ermöglicht es, verschiedenartigste Zweige der Landwirtschaft zu vereinigen und die Vorteile des Großbetriebs in höchstem Maße auszunutzen.

Der Leser sieht, wie weit Kautsky von einer abstrakten und schablonenhaften Auffassung der „Marxschen Theorie", der er treu bleibt, entfernt ist. Kautsky warnte vor dieser schablonenhaften Auffassung und fügte sogar in das hier behandelte Kapitel einen besonderen Abschnitt über den Untergang des Kleinbetriebs in der Industrie ein. Er weist sehr richtig darauf hin, daß der Sieg des Großbetriebs auch in der Industrie durchaus nicht so einfach ist und sich nicht in so gleichförmiger Weise vollzieht, wie das Leute zu glauben gewohnt sind, die behaupten, die Marxsche Theorie sei auf die Landwirtschaft nicht anwendbar. Es sei nur auf die kapitalistische Hausarbeit hingewiesen und an die schon von Marx gemachte Bemerkung über die außerordentliche Buntheit der Übergangs- und Mischformen erinnert, die den Sieg des Fabriksystems verhüllen. Um wievielmal komplizierter ist die Sache in der Landwirtschaft! Die Entwicklung des Reichtums und des Luxus führt beispielsweise dazu, daß Millionäre riesige Bodenflächen aufkaufen, die sie zu ihrem Vergnügen in Waldland verwandeln. In Österreich, im Salzburgischen, nimmt der Rinderbestand seit 1869 ab. Die Ursache ist der Verkauf von Alpen an reiche Jagdliebhaber. Sehr treffend bemerkt Kautsky, es ließe sich, wenn man die Daten der landwirtschaftlichen Statistik summarisch und kritiklos benutzt, mühelos nachweisen, daß die kapitalistische Produktionsweise die Tendenz hat, die modernen Völker in Jägervölker zurückzuverwandeln!

Schließlich nennt Kautsky unter den Bedingungen, die der kapitalistischen Landwirtschaft Schranken setzen, auch den Umstand, daß unter dem Druck des Mangels an Arbeitskräften, einer Folge der Abwanderung der Bevölkerung vom Lande, die Großgrundbesitzer danach trachten,

den Arbeitern Landstücke zuzuteilen und ein Kleinbauerntum zu schaffen, das den Gutsbesitzern Arbeitskräfte liefert. Ein völlig besitzloser Landarbeiter ist eine Seltenheit, da in der Landwirtschaft der landwirtschaftliche Betrieb in strengem Sinne mit dem Haushalt verbunden ist. Ganze Kategorien von landwirtschaftlichen Lohnarbeitern besitzen oder nutzen Land. Wird der Kleinbetrieb allzu stark verdrängt, *so trachten die Großgrundbesitzer danach, ihn* durch Landverkauf oder Landverpachtung *zu festigen oder wiederherzustellen.* „In allen europäischen Ländern", sagt der von Kautsky zitierte Sering, „... macht sich neuerdings ... eine Bewegung geltend, welche ... die Landarbeiter durch Verleihung von Bodenbesitz seßhaft machen will." Es ist mithin im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise nicht damit zu rechnen, daß der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft völlig verdrängt wird, da die Kapitalisten und Agrarier selbst darauf bedacht sind, ihn wiederherzustellen, wenn der Ruin der Bauernschaft zu weit gegangen ist. Marx wies schon 1850 in der „Neuen Rheinischen Zeitung" auf diesen Kreislauf von Konzentration und Zersplitterung des Bodens in der kapitalistischen Gesellschaft hin.[41]

Herr Bulgakow findet, daß diese Erwägungen Kautskys „ein Körnchen Wahrheit, aber noch mehr Irrtümer enthalten". Gleich allen übrigen Urteilssprüchen des Herrn Bulgakow ist auch dieser äußerst schwach und äußerst nebelhaft motiviert. Herr Bulgakow findet, daß Kautsky „eine Theorie des proletarischen Kleinbetriebs konstruiert hat" und daß diese Theorie nur für ein sehr beschränktes Gebiet zutrifft. Wir sind anderer Meinung. Die landwirtschaftliche Lohnarbeit der kleinen Landwirte (oder, was dasselbe ist, der Typus des Landarbeiters und Tagelöhners mit Parzelle) ist *eine Erscheinung, die in dem einen oder dem andern Maße allen kapitalistischen Ländern eigen ist.* Keinem Schriftsteller, der den Kapitalismus in der Landwirtschaft darstellen möchte, wird es möglich sein, diese Erscheinung unberücksichtigt zu lassen, ohne sich gegen die Wahrheit zu vergehen.* Daß unter anderem auch in Deutschland der proletarische Kleinbetrieb eine allgemeine Tatsache ist, diesen Umstand hat Kautsky in Kapitel VIII seines Buches: „Die Proletarisierung des Bauern" ausführ-

* Vgl. „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland", Kapitel II, Abschnitt XII, S. 120 (siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 3, S. 146, russ. *Die Red.*). Man rechnet, daß in Frankreich ungefähr 75 Prozent der Landarbeiter eigenen Boden besitzen. Ebenda auch andere Beispiele.

lich nachgewiesen. Der Hinweis des Herrn Bulgakow, daß auch andere Schriftsteller, unter ihnen Herr Kablukow, von dem „Mangel an Arbeitskräften" gesprochen haben, *läßt das Wichtigste unberücksichtigt*: den gewaltigen prinzipiellen Unterschied zwischen der Theorie des Herrn Kablukow und der Theorie Kautskys. Herr Kablukow „konstruiert" auf Grund des ihm eigenen kleinbürgerlichen* Standpunkts aus dem Mangel an Arbeitskräften den Bankrott des Großbetriebs und die Lebensfähigkeit des Kleinbetriebs. Kautsky charakterisiert die Tatsachen genau und zeigt ihre wirkliche Bedeutung in der modernen Klassengesellschaft: die Grundbesitzer werden durch ihre Klasseninteressen veranlaßt, danach zu trachten, den Arbeitern Landparzellen zuzuteilen. Ihrer Klassenlage nach stehen die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter mit Parzelle zwischen dem Kleinbürgertum und dem Proletariat, jedoch näher zu letzterem. Mit andern Worten: Herr Kablukow macht aus *einer Seite* des komplizierten Prozesses eine Theorie vom Bankrott des Großbetriebs, Kautsky dagegen analysiert die besonderen Formen der gesellschaftlich-ökonomischen Beziehungen, die durch die Interessen des Großbetriebs in einem gewissen Stadium seiner Entwicklung und in einer bestimmten historischen Situation geschaffen werden.

## V

Gehen wir zu dem folgenden Kapitel in Kautskys Buch über, dessen Titel wir soeben angeführt haben. Kautsky untersucht hier erstens die „Tendenz zur Bodenzerstücklung", zweitens die „Formen des bäuerlichen Nebenerwerbs". Hier werden somit jene in höchstem Grade wichtigen Tendenzen des Kapitalismus in der Landwirtschaft geschildert, die der übergroßen Mehrheit der kapitalistischen Länder eigen sind. Die Bodenzerstücklung, sagt Kautsky, führt zu einer verstärkten Nachfrage nach kleinen Parzellen von seiten der Kleinbauern, die für den Boden mehr bezahlen als die großen Landwirte. Diese letztere Tatsache wurde von einigen Schriftstellern als Bestätigung dafür angeführt, daß der landwirtschaftliche Kleinbetrieb dem Großbetrieb überlegen sei. Kautsky antwortet hierauf sehr treffend durch einen Vergleich der Bodenpreise mit den Wohnungspreisen: es ist bekannt, daß kleine und billige Wohnun-

* „Kleinbürger" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

gen, auf die Raumeinheit berechnet (1 Kubikmeter usw.), *teurer* zu stehen kommen als große und teure Wohnungen. Der höhere Preis für kleine Parzellen erklärt sich nicht aus einer Überlegenheit des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs, sondern aus der besonderen Notlage des Bauern. Wie groß die Menge von Zwergwirtschaften ist, die der Kapitalismus hervorgebracht hat, ist aus folgenden Zahlen zu ersehen: In Deutschland (1895) haben von 5½ Millionen landwirtschaftlichen Betrieben 4¼ Millionen, d. h. mehr als drei Viertel, eine Bodenfläche von weniger als 5 Hektar (58 Prozent weniger als 2 Hektar). In Belgien haben 78 Prozent (709500 von 909000) weniger als 2 Hektar. In England (1895) haben 118000 von 520000 weniger als 2 Hektar. In Frankreich (1892) haben 2,2 Millionen (von 5,7 Millionen) weniger als 1 Hektar, 4 Millionen weniger als 5 Hektar. Herr Bulgakow glaubt die Behauptung Kautskys, daß *diese Zwergwirtschaften höchst unrationell sind* (Mangel an Vieh, Gerät, Geld und Arbeitskräften, die durch Nebenerwerb abgezogen werden), mit dem Hinweis zu widerlegen, daß der Boden „sehr oft"(??) mit dem Spaten „mit unglaublich starker Intensität", wenn auch ... mit „einem äußerst unrationellen Aufwand an Arbeitskräften" bearbeitet wird. Es versteht sich von selbst, daß dieser Einwand absolut unhaltbar ist, daß Einzelbeispiele einer vorzüglichen Bearbeitung des Bodens durch den Kleinbauern ebensowenig geeignet sind, die von Kautsky gegebene allgemeine Charakteristik der Wirtschaften dieses Typus zu widerlegen, wie das oben angeführte Beispiel größerer Rentabilität eines Kleinbetriebs die These von der Überlegenheit des Großbetriebs zu widerlegen vermag. Daß Kautsky völlig recht hat, wenn er diese Betriebe *im großen und ganzen* * zu den proletarischen zählt, ergibt sich klar aus der durch die deutsche Betriebszählung von 1895 aufgedeckten Tatsache, daß die Masse der Kleinwirtschaften nicht ohne Nebenerwerb auskommt. Von der Ge-

* Wir unterstreichen „im großen und ganzen", weil sich natürlich nicht bestreiten läßt, daß in Einzelfällen auch diese Betriebe mit winziger Bodenfläche viel Produkt und Ertrag abwerfen können (Weinberge, Gemüsegärten usw.). Aber was würde man von einem Ökonomen sagen, der den Hinweis auf den ständigen Rückgang des Pferdebestands der russischen Bauern mit einem Hinweis auf das Beispiel, sagen wir, der Gemüsegärtner der Umgebung Moskaus widerlegen wollte, die manchmal auch ohne Pferd eine rationelle und rentable Landwirtschaft treiben können?

samtzahl der 4,7 Millionen Personen, die selbständig von der Landwirtschaft leben, gehen 2,7 Millionen oder *56 Prozent* noch einem Nebenerwerb nach. Von 3,2 Millionen Betrieben mit weniger als 2 Hektar Land haben nur 0,4 Millionen oder *13 Prozent* keinen Nebenerwerb! In ganz Deutschland gehören von 5½ Millionen landwirtschaftlichen Betrieben *1½ Millionen* landwirtschaftlichen und industriellen Lohnarbeitern (+704000 Handwerkern). Und hiernach nimmt Herr Bulgakow es auf sich, zu behaupten, die Theorie des proletarischen Kleingrundbesitzes sei von Kautsky „konstruiert".* Die Formen der Proletarisierung der

* In der Anmerkung auf S. 15 sagt Herr Bulgakow, Kautsky wiederhole den Fehler der Verfasser des Buches über die Getreidepreise[42], wenn er die Ansicht vertrete, daß die gewaltige Mehrheit der Landbevölkerung an den Getreidezöllen nicht interessiert sei. Auch mit dieser Meinung können wir nicht einverstanden sein. Die Verfasser des Buches über die Getreidepreise haben eine Menge Fehler gemacht (auf die ich in dem obengenannten Buch wiederholt hingewiesen habe), aber in der Anerkennung der Tatsache, daß die Masse der Bevölkerung an hohen Getreidepreisen nicht interessiert ist, liegt kein Fehler. Ein Fehler ist es nur, von diesem Interesse der Masse *unmittelbar* auf das Interesse der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung zu schließen. Die Herren Tugan-Baranowski und Struve wiesen mit Recht darauf hin, daß das *Kriterium* für die Wertung der Getreidepreise darin bestehen muß, ob sie mehr oder weniger schnell die Abarbeit durch den Kapitalismus verdrängen, ob sie die gesellschaftliche Entwicklung vorwärtstreiben. Das ist eine Frage, die an Hand der Tatsachen zu entscheiden ist, und ich entscheide diese Frage anders als Struve. Ich glaube, daß eine Verlangsamung der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft infolge niedriger Preise durchaus nicht bewiesen ist. Im Gegenteil, das besonders schnelle Wachstum des landwirtschaftlichen Maschinenbaus und der Anstoß, den das Sinken der Getreidepreise der Spezialisierung der Landwirtschaft gegeben hat, zeigen, daß die niedrigen Preise die Entwicklung des Kapitalismus in der russischen Landwirtschaft *vorwärtstreiben* (vgl. „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland", S. 147, Anmerkung 2 in Kapitel III, Abschnitt V) (siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 3, S. 177, russ. *Die Red.*). Das Sinken der Getreidepreise übt auf alle übrigen Verhältnisse in der Landwirtschaft eine starke umbildende Wirkung aus.

Herr Bulgakow sagt: „Eine der wichtigsten Bedingungen für die Intensivierung der Bodenkultur ist die Erhöhung der Getreidepreise" (in gleicher Weise äußert sich Herr P. S. in der „Inneren Rundschau", S. 299 desselben Hefts des „Natschalo"). Das ist ungenau. Marx zeigt im „Kapital", Band III, Ab-

Bauernschaft (die Formen des bäuerlichen Nebenerwerbs) sind von Kautsky höchst gründlich untersucht worden (S. 174—193). Leider können wir aus Raummangel nicht ausführlich auf die Charakteristik dieser Formen eingehen (landwirtschaftliche Lohnarbeit; Hausindustrie*, „das infamste System der kapitalistischen Ausbeutung"; Arbeit in Fabriken und Bergwerken usw.). Wir bemerken nur, daß Kautsky die *Wandergewerbe* in genau derselben Weise wertet, wie es die russischen Wissenschaftler tun. Die Wandergänger, die rückständiger und bedürfnisloser sind als die städtischen Arbeiter, üben oft einen schädlichen Einfluß auf die Lebensbedingungen dieser letzteren aus. Aber „dort, woher sie kamen und wohin sie wieder zurückkehren", werden sie „höchst wirksame Pioniere des Fortschritts..." „Sie nehmen neue Bedürfnisse, neue Ideen an" (S. 192), sie wecken unter der in ländlicher Abgeschiedenheit lebenden Bauernschaft das Bewußtsein und das Gefühl menschlicher Würde und den Glauben an die eigenen Kräfte.

Zum Schluß wollen wir uns mit dem letzten, besonders scharfen Angriff des Herrn Bulgakow auf Kautsky befassen. Kautsky sagt, daß sich in Deutschland von 1882 bis 1895 die (der Fläche nach) kleinsten Betriebe und die größten Betriebe zahlenmäßig am stärksten vermehrt haben (so daß die Parzellierung des Bodens auf Kosten der mittleren Betriebe erfolgt). Und tatsächlich haben sich die Betriebe unter 1 Hektar zahlenmäßig um 8,8 Prozent, die Betriebe von 5 bis 20 Hektar um 7,8 Prozent und die Betriebe mit über 1000 Hektar um 11 Prozent vermehrt (die dazwischen liegenden Betriebsgrößen weisen fast keine Veränderung auf, während die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe um 5,3 Prozent zugenommen hat). Herr Bulgakow ist zutiefst darüber entrüstet, daß das prozentuale Verhältnis der größten Betriebe genommen wird, deren Zahl ganz gering ist (515 und 572 in den genannten Jahren). Die Entrüstung des Herrn Bulgakow ist völlig unbegründet. Er vergißt, daß

---

schnitt VI[48], daß die Produktivität der auf den Boden angelegten zusätzlichen Kapitale sinken, *aber auch steigen kann*; bei einem Sinken der Getreidepreise kann die Rente fallen, *aber auch steigen*. Folglich kann die Intensivierung — in verschiedenen historischen Perioden und in verschiedenen Ländern — durch völlig verschiedene Bedingungen, unabhängig vom Stand der Getreidepreise, hervorgerufen werden.

* „Hausindustrie" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

diese an Zahl geringen Betriebe die größten Betriebe sind, daß sie *fast ebensoviel Bodenfläche einnehmen* wie die 2,3—2,5 Millionen Zwergwirtschaften (unter 1 Hektar). Wenn ich sage, daß im Lande die Zahl der größten Fabriken mit 1000 und mehr Arbeitern, sagen wir, von 51 auf 57, d. h. um 11 Prozent, gestiegen ist, während die Gesamtzahl der Fabriken um 5,3 Prozent gestiegen ist — würde das etwa nicht das Wachstum des Großbetriebs zeigen, obgleich die *Zahl* der größten Fabriken im Vergleich mit der Gesamtzahl der Fabriken ganz gering sein kann? Die Tatsache, daß die bäuerlichen Betriebe von 5 bis 20 Hektar nach dem Anteil der von ihnen eingenommenen Bodenfläche am stärksten zugenommen haben (Herr Bulgakow, S. 18), kennt Kautsky sehr wohl, und er behandelt sie im folgenden Kapitel.

Kautsky untersucht weiter die Veränderungen im Umfang der Nutzflächen und in den verschiedenen Kategorien für die Jahre 1882 und 1895. Es erweist sich, daß die größte Vermehrung (+563 477 Hektar) auf die bäuerlichen Betriebe mit 5 bis 20 Hektar, dann auf die größten mit über 1000 Hektar (+94014) entfällt, während sich die Fläche der Betriebe mit 20 bis 1000 Hektar um 86 809 Hektar *verringert hat*. Die Betriebe unter 1 Hektar haben ihre Fläche um 32 683 Hektar und die Betriebe mit 1 bis 5 Hektar um 45 604 Hektar vergrößert.

Und Kautsky folgert: Die Abnahme der von den Betrieben mit 20 bis 1000 Hektar eingenommenen Fläche (die durch die Zunahme der Fläche der Betriebe mit mehr als 1000 Hektar mehr als wettgemacht wird) entspringt nicht einem Rückgang des Großbetriebs, sondern seiner Intensivierung. Wir haben bereits gesehen, daß diese Intensivierung in Deutschland fortschreitet und oft eine Verringerung der Betriebsfläche erfordert. Daß eine Intensivierung des Großbetriebs vor sich geht, ist aus der steigenden Anwendung von Dampfmaschinen, wie auch aus dem gewaltigen Anwachsen der Zahl der landwirtschaftlichen Angestellten, die in Deutschland nur der Großbetrieb beschäftigt, zu ersehen. Die Zahl der Gutsverwalter (Inspektoren), Aufseher, Buchhalter usw. stieg in den Jahren 1882 bis 1895 von 47 465 auf 76 978, d. h. um 62 Prozent; der Prozentsatz der Frauen unter diesen Angestellten stieg von 12 auf 23,4.

„Alles dies zeigt deutlich, um wieviel intensiver und kapitalistischer der landwirtschaftliche Großbetrieb seit dem Anfang der achtziger Jahre geworden ist. Die Erklärung dafür, warum daneben gerade die mittel-

bäuerlichen Betriebe so sehr an Boden gewonnen haben, werden wir im folgenden Kapitel finden." (S. 174.)

Herr Bulgakow sieht in dieser Darstellung einen „schreienden Widerspruch zur Wirklichkeit", aber seine Argumente rechtfertigen auch diesmal nicht im geringsten ein so entschiedenes und kühnes Verdikt und erschüttern nicht um ein Jota die Schlußfolgerung Kautskys. „Vor allem erklärt die Intensivierung des Betriebs, wenn sie stattfände, noch nicht die relative wie die absolute Verringerung des Ackerbodens, die Abnahme des prozentualen Anteils der Betriebsgruppe mit 20 bis 1000 Hektar. Das Ausmaß des Ackerbodens könnte sich gleichzeitig mit der Vermehrung der Zahl der Betriebe vergrößern; letztere müßte sich nur (sic!) etwas schneller vergrößern, so daß das Flächenausmaß eines jeden gegebenen Betriebs kleiner würde." *

Wir haben diese Betrachtung, aus der Herr Bulgakow den Schluß zieht, daß „die Verringerung des Umfangs der Unternehmen unter dem Einfluß der steigenden Intensität eine reine Phantasie ist" (sic!), absichtlich ungekürzt wiedergegeben, weil sie uns anschaulich eben den Fehler zeigt, vor dem Kautsky so dringend gewarnt hat, nämlich Mißbrauch mit „statistischen Angaben" zu treiben. Herr Bulgakow stellt an die Statistik der Betriebs*flächen* lächerlich strenge Anforderungen und mißt dieser Statistik eine Bedeutung bei, die sie niemals haben kann. Warum, in der Tat, sollte sich die Ackerfläche „etwas" vergrößern? Warum „sollte" die Intensivierung des Betriebs (die manchmal, wie wir gesehen haben, zum Verkauf und zur Verpachtung abgelegener Gutsländereien an die Bauern führt) nicht eine bestimmte Zahl von Betrieben aus einer höheren Kategorie in eine niedrigere versetzen? Warum „sollte" sie nicht die Ackerfläche der Betriebe mit 20 bis 1000 Hektar verringern?** In der Industriestatistik würde eine Abnahme des *Produktionswerts* bei den größten Fa-

---

* Herr Bulgakow bringt Daten, die noch mehr ins einzelne gehen, aber sie fügen zu den Daten Kautskys nicht das geringste hinzu, da sie dieselbe Zunahme der Zahl der Betriebe und Abnahme der Bodenfläche in der einen Gruppe der Großgrundbesitzer zeigen.

** Eine Verringerung von 16986101 Hektar in dieser Betriebsgröße auf 16802115 Hektar, d. h. um ganze... 1,2 Prozent! Nicht wahr, das spricht sehr überzeugend von der von Herrn Bulgakow entdeckten „Agonie" des Großbetriebs?

briken von einem Niedergang des Großbetriebs zeugen. Dagegen gibt die Verringerung der *Fläche* der großen Güter um 1,2 Prozent nicht den geringsten Aufschluß über den Umfang des Betriebs, der nicht selten mit der Verringerung der Betriebsfläche wächst, *und kann ihn auch nicht geben*. Wir wissen, daß in Europa im allgemeinen eine Verdrängung der Getreidewirtschaften durch Viehzuchtwirtschaften vor sich geht, die in England besonders stark ist. Wir wissen, daß dieser Übergang manchmal eine Verringerung der Betriebsfläche erfordert, aber wäre es nicht sonderbar, aus einer Verringerung der Betriebsfläche auf den Niedergang des Großbetriebs zu schließen? Deshalb beweist übrigens die „beredte Tabelle" noch gar nichts, die Herr Bulgakow auf S. 20 bringt und die eine Abnahme der Zahl der Groß- und Kleinbetriebe sowie eine zahlenmäßige Zunahme der mittleren Betriebe (5—20 Hektar), welche Vieh für Feldarbeit besitzen, zeigt. Das könnte auch auf Veränderungen in den Betriebssystemen zurückzuführen sein.

Daß der landwirtschaftliche Großbetrieb in Deutschland intensiver und kapitalistischer geworden ist, ist ersichtlich erstens aus der steigenden Anzahl der landwirtschaftlichen *Dampf*maschinen: von 1879 bis 1897 ist diese auf das Fünffache gestiegen. Herr Bulgakow beruft sich bei seinem Einwand ganz zu Unrecht darauf, daß die absolute Zahl *aller* Maschinen *überhaupt* (und nicht der Dampfmaschinen allein) bei den Kleinbetrieben (bis 20 Hektar) weit größer ist als bei den Großbetrieben, wie auch darauf, daß in Amerika Maschinen bei extensiver Betriebsführung angewendet werden. Es handelt sich jetzt nicht um Amerika, sondern um Deutschland, wo es keine bonanza farms gibt. Hier die prozentualen Angaben über die Betriebe mit Dampfpflügen und mit Dampfdreschmaschinen in Deutschland (1895):

| Betriebe | Prozentsatz der Betriebe mit | |
|---|---|---|
| | Dampfpflügen | Dampfdreschmaschinen |
| unter 2 Hektar | 0,00 | 1,08 |
| 2— 5 Hektar | 0,00 | 5,20 |
| 5— 20 Hektar | 0,01 | 10,95 |
| 20—100 Hektar | 0,10 | 16,60 |
| 100 Hektar und darüber | 5,29 | 61,22 |

Wenn sich nun die Gesamtzahl der Dampfmaschinen in der Landwirtschaft Deutschlands verfünffacht hat, beweist das etwa nicht die wachsende Intensität des Großbetriebs? Man darf nur nicht vergessen, wie es Herr Bulgakow wiederum auf S. 21 tut, daß steigende Betriebsgröße in der Landwirtschaft nicht immer mit wachsender Betriebsfläche identisch ist.

Zweitens ist die Tatsache, daß der Großbetrieb kapitalistischer geworden ist, aus der Zunahme der Zahl der landwirtschaftlichen Angestellten zu ersehen. Mit Unrecht nennt Herr Bulgakow dieses Argument Kautskys ein „Kuriosum": „Zunahme der Zahl der Offiziere bei Verringerung der Armee" – bei abnehmender Zahl der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter. Wiederum sagen wir: rira bien qui rira le dernier!* Kautsky vergißt die Verringerung der Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter nicht, er zeigt sie vielmehr ausführlich für eine ganze Reihe von Ländern auf; nur hat diese Tatsache hiermit nicht das geringste zu tun, da ja auch die gesamte Landbevölkerung abnimmt, während die Zahl der proletarischen kleinen Landwirte zunimmt. Angenommen, ein Großgrundbesitzer ginge vom Getreidebau zum Anbau von Zuckerrüben und zu ihrer Verarbeitung zu Zucker über (in Deutschland wurden 1871/72 2,2 Millionen Tonnen Zuckerrüben verarbeitet, 1881/82 6,3 Millionen, 1891/92 9,5 Millionen, 1896/97 13,7 Millionen Tonnen). Abgelegene Teile des Guts könnte er sogar an kleine Bauern verkaufen oder verpachten, besonders wenn er die Frauen und Kinder der Bauern als Tagelöhner auf den Rübenfeldern benötigt. Angenommen, er führt den Dampfpflug ein, der die früheren Pflüger verdrängt (in den sächsischen Rübenwirtschaften – „Musterwirtschaften intensiver Kultur"** – werden Dampfpflüge jetzt allgemein angewendet). Die Zahl der Lohnarbeiter wird abnehmen. Die Zahl der höheren Angestellten (Buchhalter, Verwalter, Techniker u.a.) wird unbedingt zunehmen. Will Herr Bulgakow etwa bestreiten, daß wir hier ein Anwachsen der Intensität und des Kapitalismus im Großbetrieb

---

* Wirklich kurios ist die Bemerkung des Herrn Bulgakow, daß die Zunahme der Zahl der Angestellten vielleicht vom Wachstum der landwirtschaftlichen Industrie, *keineswegs aber* (!) von der zunehmenden Intensität des Großbetriebs zeugt. Wir haben bis jetzt geglaubt, daß eine der wichtigsten Formen des Steigens der Intensität das Wachstum der landwirtschaftlichen Industrien ist (*das von Kautsky in Kapitel X ausführlich geschildert und gewertet wird).*

** Kärger, zitiert bei Kautsky auf S. 45.

vor uns haben? Will er behaupten, daß nichts dergleichen in Deutschland vor sich gehe?

Um die Darlegung von Kapitel VIII des Kautskyschen Buches über die Proletarisierung der Bauern abzuschließen, müssen wir folgende Stelle anführen: „Was uns hier interessiert", sagt Kautsky nach der oben von uns zitierten und bei Herrn Bulgakow angeführten Stelle, „ist die Tatsache, daß die Proletarisierung des Landvolks in Deutschland ebenso wie anderswo fortschreitet, trotzdem hier die Tendenz auf Parzellierung der mittleren Güter zu wirken aufgehört hat. Von 1882 bis 1895 hat sich die Zahl aller landwirtschaftlichen Betriebe um 281000 vermehrt. Davon aber entfällt der weitaus größte Teil auf die Zunahme der proletarischen Betriebe unter 1 Hektar. Diese nahmen um 206000 zu.

Die Bewegung der Landwirtschaft ist, wie man sieht, eine ganz eigenartige, von der des industriellen und kommerziellen Kapitals ganz verschiedene. Wir haben im vorigen Kapitel darauf hingewiesen, daß in der Landwirtschaft die Tendenz zur Zentralisation der Betriebe nicht zur völligen Aufhebung des Kleinbetriebs führt, *sondern daß sie, wo zu weit zur* Geltung gebracht, die entgegengesetzte Tendenz erzeugt, daß die Tendenz zur Zentralisation und die zur Zersplitterung einander ablösen. Jetzt sehen wir, daß beide Tendenzen auch nebeneinander wirken können. Es wächst die Zahl der Kleinbetriebe, deren Besitzer auf dem Warenmarkt als Proletarier, als Verkäufer der Ware Arbeitskraft erscheinen... Diese kleinen Landwirte haben auf dem Warenmarkt als Verkäufer der Ware Arbeitskraft alle entscheidenden Interessen mit dem industriellen Proletariat gemein, ohne durch ihren Besitz in einen Gegensatz zu ihm zu geraten. Sein Grundbesitz emanzipiert zwar den Parzellenbauern mehr oder weniger vom Lebensmittelhändler, nicht aber von der Ausbeutung durch den kapitalistischen Unternehmer, mag dieser nun ein industrieller oder ein landwirtschaftlicher sein." (S. 174.)

Im nächsten Artikel werden wir den übrigen Teil des Kautskyschen Buches darlegen und eine allgemeine Wertung dieses Buches geben, wobei wir zugleich die Einwände untersuchen wollen, die Herr Bulgakow in seinem weiteren Artikel macht.

## ZWEITER ARTIKEL

### I

In Kapitel IX seines Buches („Die wachsenden Schwierigkeiten der warenproduzierenden Landwirtschaft") geht Kautsky zur Analyse der der kapitalistischen Landwirtschaft eigenen *Widersprüche* über. Die Einwände, die Herr Bulgakow gegen dies Kapitel vorbringt und die wir unten betrachten werden, lassen erkennen, daß der Kritiker die allgemeine Bedeutung dieser „Schwierigkeiten" nicht ganz richtig begriffen hat. Es gibt „Schwierigkeiten", die für die volle Entwicklung einer rationellen Landwirtschaft „Hindernisse" darstellen und dennoch *einen Anstoß geben zur Entwicklung* der kapitalistischen Landwirtschaft. Beispielsweise nennt Kautsky unter anderen „Schwierigkeiten" die Entvölkerung des flachen Landes. Zweifellos ist die Abwanderung der besten und intelligentesten Arbeitskräfte vom flachen Lande ein „Hindernis" für die volle Entwicklung einer rationellen Landwirtschaft, ebenso zweifellos ist jedoch, daß die Landwirte gegen dieses Hindernis *durch Entwicklung der Technik,* z. B. Einführung von Maschinen, kämpfen.

Kautsky untersucht folgende „Schwierigkeiten": a) die Grundrente, b) das Erbrecht, c) die Beschränkungen des Erbrechts, die Majorate (Fideikommiß und Anerbenrecht[44]), d) die Ausbeutung des Landes durch die Stadt, e) die Entvölkerung des flachen Landes.

Die Grundrente ist der Teil des Mehrwerts, der nach Abzug des Durchschnittsprofits für das im landwirtschaftlichen Betrieb angelegte Kapital übrigbleibt. Das Monopol des Grundeigentums gibt dem Grundeigentümer die Möglichkeit, sich diesen Überschuß anzueignen, wobei der Bodenpreis (= kapitalisierte Rente) die einmal erzielte Höhe der Rente *fixiert.* Es ist klar, daß die Rente die volle Rationalisierung der Landwirtschaft

„erschwert": beim Pachtsystem verringert sich das Interesse an Vervollkommnungen usw., beim Hypothekarsystem muß der größere Teil des Kapitals nicht in der Produktion, sondern im Landkauf angelegt werden. Herr Bulgakow weist bei seinem Einwand erstens darauf hin, daß in der Zunahme der Hypothekarverschuldung „nichts Schreckliches" zu sehen sei. Er vergißt nur, daß Kautsky nicht „in einem anderen Sinne", sondern gerade in diesem Sinne bereits auf die Unvermeidlichkeit der Zunahme der Hypothekarverschuldung auch bei einer Blüte der Landwirtschaft hingewiesen hat (siehe oben, erster Artikel, II). Für die Gegenwart aber stellt Kautsky keineswegs die Frage, ob die Zunahme der Hypothekarverschuldung „schrecklich" ist oder nicht, sondern die Frage, welche Schwierigkeiten es dem Kapitalismus nicht erlauben, seine Mission ganz zu erfüllen. Zweitens ist es, meint Herr Bulgakow, „wohl kaum richtig, das Steigen der Rente nur als Hindernis anzusehen... Das Steigen der Rente, die Möglichkeit ihrer Erhöhung ist für die Landwirtschaft ein selbständiger Antrieb, der zu technischem und jeder Art anderem Progreß anregt" („Prozeß" ist offenbar ein Druckfehler). Der Antrieb zum Fortschritt in der kapitalistischen Landwirtschaft ist das Anwachsen der Bevölkerung, das Anwachsen der Konkurrenz, das Anwachsen der Industrie, die Rente aber ist ein Tribut, den der Grundbesitz von der gesellschaftlichen Entwicklung, vom Aufschwung der Technik erhebt. Darum ist es falsch, das Steigen der Rente für einen *„selbständigen* Antrieb" zum Fortschritt zu erklären. Theoretisch ist die kapitalistische Produktion durchaus vereinbar mit dem Nichtbestehen von Privateigentum an Grund und Boden, mit der Nationalisierung des Grund und Bodens (Kautsky, S. 207), wo es die absolute Rente überhaupt nicht gäbe und die Differentialrente dem Staat zufiele. Hierbei würde der Antrieb zu agronomischem Fortschritt nicht schwächer werden, sondern sich im Gegenteil gewaltig verstärken.

„Nichts irrtümlicher", sagt Kautsky, „als zu glauben, es liege im Interesse der Landwirtschaft, die Güterpreise in die Höhe zu treiben oder sie künstlich hochzuhalten. Dies liegt im Interesse der augenblicklichen Grundbesitzer, der Hypothekenbanken und der Güterspekulanten, nicht aber im Interesse der Landwirtschaft, am allerwenigsten in dem ihrer Zukunft, der kommenden Generation der Landwirte." (199.) Der Preis des Bodens aber ist die kapitalisierte Rente.

Die zweite Schwierigkeit der warenproduzierenden Landwirtschaft besteht darin, daß sie unbedingt das Privateigentum an Grund und Boden erfordert, dies aber führt dazu, daß der Grund und Boden bei Vererbung entweder zersplittert (und diese Parzellierung des Bodens führt *stellenweise* sogar zu technischem Rückschritt) oder durch Hypotheken belastet wird (wenn der Erbe, dem das Land zufällt, den übrigen Miterben Geldkapital auszahlt, das er sich durch Aufnahme von Hypotheken auf seinen Boden verschafft). Herr Bulgakow macht Kautsky den Vorwurf, daß er angeblich „in seiner Darstellung die positive Seite" der Mobilisierung des Bodens „übersieht". Dieser Vorwurf ist absolut unbegründet, da Kautsky sowohl durch den historischen Teil seines Buches (insbesondere durch das Kapitel III des ersten Abschnitts, das die feudale Landwirtschaft und die Ursachen ihrer Ablösung durch die kapitalistische behandelt) wie auch durch den praktischen Teil* dem Leser die positive Seite und die historische Notwendigkeit des Privateigentums an Grund und Boden, der Unterwerfung der Landwirtschaft unter die Konkurrenz und folglich auch der Mobilisierung des Bodens klar nachweist. Was den anderen Vorwurf des Herrn Bulgakow gegen Kautsky betrifft, daß nämlich letzterer das Problem, das „im verschiedenen Grad des Wachstums der Bevölkerung in verschiedenen Gegenden besteht", nicht untersucht, so ist uns dieser Vorwurf völlig unverständlich. Hat Herr Bulgakow etwa erwartet, in Kautskys Buch Studien über Bevölkerungstheorie zu finden?

Ohne auf die Frage der Majorate, die (nach dem oben Ausgeführten) nichts Neues darstellt, einzugehen, wenden wir uns der Frage der Ausbeutung des Landes durch die Stadt zu. Die Behauptung des Herrn Bulgakow, daß angeblich bei Kautsky „die positiven Seiten und vor allem die Bedeutung der Stadt als Markt für die Landwirtschaft den negativen Seiten nicht entgegengestellt sind", widerspricht direkt den Tatsachen. Die Bedeutung der Stadt als Markt für die Landwirtschaft ist von Kautsky *gleich auf der ersten Seite* des Kapitels, das „die moderne Landwirtschaft" (S. 30 ff.) behandelt, mit voller Bestimmtheit dargelegt. Gerade

* Kautsky hat sich entschieden gegen jede Art mittelalterlicher Beengung der Bodenmobilisierung, gegen die Majorate (Fideikommiß und Anerbenrecht [„Anerbenrecht" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*]), gegen die Unterstützung des mittelalterlichen Dorfkommunismus (S. 332) u. a. ausgesprochen.

der „städtischen Industrie" (S. 292) schreibt Kautsky die Hauptrolle bei der Umgestaltung der Landwirtschaft, bei ihrer Rationalisierung usw. zu.*

Wir können es daher absolut nicht verstehen, wie Herr Bulgakow in seinem Artikel (S. 32 in Nr. 3 des „Natschalo") dieselben Gedanken *gewissermaßen gegen Kautsky* wiederholen konnte! Das ist ein besonders anschauliches Beispiel dafür, wie falsch der strenge Kritiker den Inhalt des kritisierten Buches darlegt. „Es darf nicht vergessen werden", belehrt Herr Bulgakow Kautsky, „daß ein Teil des Wertes" (der in die Stadt abströmt) „auf das flache Land zurückkehrt." Jedermann wird glauben, Kautsky habe diese Binsenwahrheit vergessen. In Wirklichkeit aber unterscheidet Kautsky den Abfluß der Werte (vom flachen Lande in die Stadt) ohne Gegenleistung und auf Gegenleistung, und zwar weitaus klarer, als dies Herr Bulgakow zu tun versucht. Zuerst behandelt Kautsky „das Abströmen der Warenwerte ohne Gegenleistung von dem flachen Lande in die Stadt" (S. 210) (Rente, die in der Stadt verzehrt wird, Steuern, Zinsen für Schulden bei den städtischen Banken) und erblickt hierin mit vollem Recht die ökonomische Ausbeutung des flachen Landes durch die Stadt. Dann stellt Kautsky die Frage des Abflusses der Werte auf Gegenleistung, d. h. des Austausches landwirtschaftlicher Produkte gegen Industrieprodukte. „Aber so wenig dieser Abfluß vom Standpunkt des Wertgesetzes", sagt Kautsky, „eine Ausbeutung der Landwirtschaft bedeutet**, so führt er doch tatsächlich, ebenso wie die anderen eben erwähnten Faktoren, zu ihrer stofflichen Ausbeutung, zu einer Verarmung des Grund und Bodens an Nährstoffen." (S. 211.)

Was diese stoffliche Ausbeutung des Landes durch die Stadt betrifft, so vertritt Kautsky auch in dieser Beziehung eine der Grundthesen der

---

* Vgl. auch S. 214, wo Kautsky von der Rolle der städtischen Kapitalien bei der Rationalisierung der Landwirtschaft spricht.

** Möge der Leser die im Text angeführte präzise Erklärung Kautskys mit folgender „kritischer" Bemerkung des Herrn Bulgakow vergleichen: „Wenn Kautsky überhaupt die Abgabe von Getreide durch die unmittelbaren Erzeuger an die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung als Ausbeutung ansieht" usw. Es ist nicht zu glauben, daß ein Kritiker, der sich auch nur einigermaßen aufmerksam mit dem Buch Kautskys befaßt hat, dieses „Wenn" schreiben konnte!

Theorie von Marx und Engels, daß nämlich der Gegensatz zwischen Stadt und Land das notwendige gegenseitige Übereinstimmungs- und Abhängigkeitsverhältnis zwischen der Landwirtschaft und der Industrie zerstört und dieser Gegensatz daher mit der Verwandlung des Kapitalismus in eine höhere Form verschwinden muß.* Herr Bulgakow findet, daß die Meinung Kautskys von der stofflichen Ausbeutung des Landes durch die Stadt „sonderbar" sei und daß „Kautsky hier jedenfalls den Boden der reinen Phantasie betreten hat" (sic!!!). Uns setzt der Umstand in Erstaunen, daß Herr Bulgakow hierbei die Identität der von ihm kritisierten Ansichten Kautskys mit einer der Grundideen von Marx und Engels ignoriert. Der Leser ist berechtigt zu glauben, daß Herr Bulgakow den Gedanken von der Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land für „reine Phantasie" hält. Wenn dies wirklich die Meinung des Kritikers ist, dann sind wir mit ihm entschieden nicht einverstanden und halten es mit der „Phantasie" (d. h. in Wirklichkeit nicht mit der Phantasie, sondern mit einer tiefer schürfenden Kritik des Kapitalismus). Die Ansicht, daß der Gedanke von der Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land eine Phantasie sei, ist gar nicht neu. Das ist die übliche Auffassung der bürgerlichen Ökonomen. Diese Auffassung wurde auch von einigen Schriftstellern mit tiefer begründeten Anschauungen übernommen. So fand z. B. Dühring, daß der Gegensatz zwischen Stadt und Land „der Natur der Sache nach unvermeidlich" sei.

Weiter ist Herr Bulgakow darüber „erstaunt" (!), daß Kautsky auf die immer häufiger eintretenden Pflanzen- und Tierseuchen als eine der Schwierigkeiten der warenproduzierenden Landwirtschaft und des Kapitalismus hinweist. „Was hat denn der Kapitalismus hiermit zu tun...?" fragt Herr Bulgakow. „Könnte die Notwendigkeit der Veredlung der Viehrassen etwa durch irgendeine höhere soziale Organisation aufgehoben werden?" Wir unserseits sind darüber erstaunt, wie Herr Bulga-

* Es versteht sich von selbst, daß diese Meinung von der Notwendigkeit der Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land in einer Gesellschaft assoziierter Produzenten nicht im geringsten der Anerkennung der fortschrittlichen *historischen* Rolle widerspricht, die die Abwanderung der Bevölkerung von der Landwirtschaft zur Industrie spielt. Ich hatte Gelegenheit, hierüber an anderer Stelle zu sprechen („Studien", S. 81, Anmerkung 69) (siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 208, Anmerkung, russ. *Die Red.*).

kow diesen völlig klaren Gedanken Kautskys nicht verstehen konnte. Die alten, in natürlicher Zuchtwahl entstandenen Pflanzen- und Tierrassen werden durch „veredelte" Rassen, die durch künstliche Zuchtwahl entwickelt wurden, ersetzt. Die Pflanzen und Tiere werden empfindlicher und anspruchsvoller; die Seuchen verbreiten sich bei den modernen Verkehrsmitteln mit erstaunlicher Schnelligkeit, während jedoch die Wirtschaftsweise nach wie vor individuell, zersplittert, nicht selten klein (eine bäuerliche) bleibt und der Kenntnisse und Mittel entbehrt. Der städtische Kapitalismus bemüht sich, alle Mittel der modernen Wissenschaft für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Technik zu liefern, aber die Produzenten läßt er in derselben elenden sozialen Lage wie vordem; er überträgt nicht die städtische Kultur systematisch und planmäßig aufs Land. Die Notwendigkeit, die Viehrassen zu verbessern, wird keine höhere soziale Organisation aufheben (selbstverständlich hat Kautsky nicht einmal daran gedacht, eine solche Absurdität auszusprechen), doch leidet die moderne kapitalistische soziale Organisation um so mehr unter dem Fehlen einer gesellschaftlichen Kontrolle und unter der elenden Lage der Bauern und Arbeiter, je mehr sich die Technik entwickelt und je empfindlicher die Vieh- und Pflanzenrassen werden.*

Die letzte „Schwierigkeit" der warenproduzierenden Landwirtschaft erblickt Kautsky in der „Entvölkerung des flachen Landes", in der Aufsaugung der besten, energischsten und intelligentesten Arbeitskräfte durch die Stadt. Herr Bulgakow findet, daß diese These in ihrer allgemeinen Form „auf jeden Fall falsch" sei und „die jetzige Entwicklung der städtischen Bevölkerung auf Kosten der Landbevölkerung ist keineswegs Ausdruck eines Entwicklungsgesetzes der kapitalistischen Landwirtschaft", sondern der Abwanderung der Landbevölkerung aus den Industrie-, den Exportländern nach Übersee, in die Kolonien. Ich glaube, Herr Bulgakow irrt sich. Die Zunahme der städtischen (allgemeiner: der industriellen) Bevölkerung *auf Kosten* der Landbevölkerung ist nicht nur eine Erscheinung der Gegenwart, sondern eine allgemeine Erscheinung, die *gerade ein Gesetz* des Kapitalismus zum Ausdruck bringt. Die theoretische Begründung dieses Gesetzes besteht, wie ich an anderer Stelle ausgeführt

* Darum empfiehlt Kautsky im praktischen Teil seines Buches eine Sanitätsinspektion, die das Vieh und die Bedingungen der Viehhaltung zu überwachen hat (S. 397).

habe*, erstens darin, daß die Zunahme der gesellschaftlichen Arbeitsteilung immer mehr und mehr Industriezweige vom urwüchsigen Ackerbau losreißt**, und zweitens darin, daß das zur Bearbeitung eines gegebenen Bodenstücks benötigte variable Kapital sich im großen und ganzen verringert (vgl. „Das Kapital", III, 2, S. 177. Russ. Übers., S. 526[45]. Von mir zitiert in „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland", S. 4 und 444***). Weiter oben haben wir bereits bemerkt, daß in einzelnen Fällen und einzelnen Perioden eine Erhöhung des zur Bearbeitung eines gegebenen Bodenstücks erforderlichen variablen Kapitals zu beobachten ist, aber das erschüttert nicht die Richtigkeit des allgemeinen Gesetzes. Kautsky wäre es natürlich nicht eingefallen zu bestreiten, daß aus der relativen Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung nicht in allen Einzelfällen eine absolute Abnahme wird und daß das Ausmaß dieser absoluten Abnahme auch vom Wachstum der kapitalistischen Kolonien abhängt. An den entsprechenden Stellen seines Buches hat Kautsky mit voller Klarheit auf dieses Wachstum der kapitalistischen Kolonien, die Europa mit billigem Getreide überschwemmen, hingewiesen. („Dieselbe Landflucht, die das flache Land Europas entvölkert, führt nicht nur den Städten, sondern auch den Kolonien stets neue Scharen kräftiger Landleute zu..." S. 242.) Daß die Industrie der Landwirtschaft die stärksten, energischsten und intelligentesten Arbeiter entzieht, ist eine allgemeine

---

* „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland", Kapitel I, Abschnitt 2, und Kapitel VIII, Abschnitt 2 (siehe Werke, Bd. 3. *Die Red.*).

** Herr Bulgakow weist auf diesen Umstand hin und sagt, daß „die landwirtschaftliche Bevölkerung sich auch in einer Blüte der Landwirtschaft *relativ*" (von ihm hervorgehoben) „verringern kann". Sie „kann" nicht nur, sondern *muß* sich *unvermeidlich* in der kapitalistischen Gesellschaft verringern... „Die relative Abnahme" (der landwirtschaftlichen Bevölkerung) „zeigt hier nur (sic!) das Aufblühen neuer Zweige der Volksarbeit", folgert Herr Bulgakow. Dieses „nur" ist äußerst seltsam. Eben die neuen Industriezweige sind es, die die „energischsten und intelligentesten Arbeitskräfte" aus der Landwirtschaft abziehen. Es genügt somit schon diese einfache Überlegung, um die allgemeine These Kautskys *als völlig richtig* zu erkennen: die *relative* Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist ein völlig ausreichender Beweis dafür, daß diese allgemeine These (der Kapitalismus entzieht der Landwirtschaft die energischsten und intelligentesten Arbeitskräfte) richtig ist.

*** Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 3, S. 18 und 493, russ. *Die Red.*

Erscheinung nicht nur in den Industrie-, sondern auch in den Agrarländern, nicht nur in Westeuropa, sondern auch in Amerika und Rußland. Der durch den Kapitalismus erzeugte Gegensatz zwischen der Kultur der Städte und der Barbarei des flachen Landes führt unvermeidlich dazu. „Einleuchtend" findet Herr Bulgakow die „Überlegung", daß „Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung bei allgemeiner Bevölkerungszunahme ohne starke Getreideeinfuhr undenkbar ist". Meiner Ansicht nach ist diese Überlegung nicht nur keineswegs einleuchtend, sondern direkt falsch. Eine Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung bei allgemeiner Bevölkerungszunahme (es wachsen die Städte) ist auch ohne Getreideeinfuhr durchaus denkbar (es erhöht sich die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit, die es einer *geringeren* Zahl von Arbeitern ermöglicht, die frühere oder selbst eine noch größere Menge Produkte zu erzeugen). Denkbar ist auch eine allgemeine Bevölkerungszunahme bei Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung und bei Abnahme (oder nichtproportionaler Zunahme) der Menge der landwirtschaftlichen Produkte — „denkbar" infolge der durch den Kapitalismus hervorgerufenen Verschlechterung der Volksernährung.

Herr Bulgakow behauptet, die Tatsache des Wachstums der mittelbäuerlichen Betriebe in Deutschland von 1882 bis 1895 — eine Tatsache, die von Kautsky festgestellt und von ihm damit in Zusammenhang gebracht wird, daß diese Betriebe am wenigsten unter Mangel an Arbeitern leiden — sei „geeignet, die ganze Konstruktion" Kautskys „zu erschüttern". Sehen wir uns die Feststellungen Kautskys näher an.

Nach den Daten der landwirtschaftlichen Statistik wuchs von 1882 bis 1895 am stärksten die Fläche der Betriebe mit 5 bis 20 Hektar. Im Jahre 1882 nahm diese Fläche 28,8 Prozent, im Jahre 1895 29,9 Prozent der Gesamtfläche ein. Diese Zunahme der mittelbäuerlichen Betriebe war von einer Abnahme der Fläche der großbäuerlichen Betriebe begleitet (20 bis 100 Hektar; 1882: 31,1 Prozent, 1895: 30,3 Prozent). „Diese Zahlen", sagt Kautsky, „erfreuen das Herz aller guten Staatsbürger, die da in der Bauernschaft das festeste Bollwerk der bestehenden Ordnung sehen. Sie bewegt sich doch nicht, nämlich die Landwirtschaft, rufen sie begeistert, für sie gilt das Marxsche Dogma nicht." Das Anwachsen der mittelbäuerlichen Betriebe wird als Beginn einer neuen Blütezeit der Bauernschaft gedeutet.

„Aber diese Blüte wurzelt im Sumpf", antwortet Kautsky diesen guten

Staatsbürgern. „Sie erwächst nicht aus dem *Wohlstand* der Bauernschaft, sondern aus der *Bedrängnis* der gesamten Landwirtschaft." (230.) Kurz vorher hat Kautsky gesagt: „Trotz aller technischen Fortschritte ist bereits, daran kann man nicht zweifeln, *stellenweise*" (hervorgehoben von Kautsky) „ein Niedergang der Landwirtschaft eingetreten." (228.) Dieser Niedergang führt beispielsweise zur Wiedergeburt des Feudalismus: zu Versuchen, die Arbeiter an die Scholle zu fesseln und ihnen bestimmte Pflichtleistungen aufzuerlegen. Was ist dabei verwunderlich, wenn auf dem Boden dieser „Bedrängnis" rückständige Wirtschaftsformen wiederaufleben? Wenn die Bauernschaft, die sich überhaupt von den Arbeitern des Großbetriebs durch ein niedrigeres Niveau der Bedürfnisse und durch die größere Fähigkeit, Hunger zu leiden und sich halb zu Tode zu arbeiten, unterscheidet, sich in der Krise länger hält?* „Die Agrar-

* „Die kleineren Betriebe...", sagt Kautsky an anderer Stelle, „halten zäher in einer aussichtslosen Position aus. Ob das ein Vorzug des Kleinbetriebs ist, darf füglich bezweifelt werden." (S. 134.)

Wir verweisen übrigens auf die die Ansicht Kautskys völlig bestätigenden Daten Koenigs, der in seinem Buch („Die Lage der englischen Landwirtschaft etc.", Jena 1896, von Dr. F. Ph. Koenig) die Lage der englischen Landwirtschaft in einigen der typischsten Grafschaften ausführlich geschildert hat. Hinweise auf die Überarbeit und die Unterkonsumtion der kleinen Landwirte im Vergleich zu den Lohnarbeitern finden wir hier *die Menge*, während gegenteilige Hinweise nicht vorkommen. Die Rentabilität der Kleinbetriebe, lesen wir zum Beispiel, wird „durch ungeheuren Fleiß und Sparsamkeit" erreicht (88); die Wohnungen der kleinen Besitzer sind herzlich schlecht (107); der kleine Gutsbesitzer (yeoman farmer) ist jetzt schlimmer daran als der Pächter (149); „am schlimmsten ist die Lage der kleinen Gutsbesitzer (in Lincolnshire); ihre Wohnungen sind nicht so gut wie die Arbeiterwohnungen auf den großen Pachtgütern; einige sind ganz schlecht. Sie arbeiten härter und länger als gewöhnliche Arbeiter und verdienen weniger; sie leben weniger gut und essen weniger Fleisch... die Töchter und Söhne des Besitzers arbeiten ohne Lohn und leben und kleiden sich schlecht" (157). „Die kleinen Farmer arbeiten wie Sklaven, oft im Sommer von morgens 3 Uhr bis abends 9 Uhr." (Mitteilung der „Chamber of Agriculture" [Landwirtschaftskammer. *Die Red.*] in Boston, S. 158.) „Zweifellos", sagt ein großer Farmer, „hat der kleine Mann, der wenig Kapital besaß und dessen Familie die ganze Arbeit besorgt hat, sich am ehesten im Haushalt einschränken können, während der große Pächter seine Knechte ebenso gut nähren muß, ob die Zeiten gut oder schlecht sind." (218.)

krisis erstreckt sich auf alle warenproduzierenden Klassen der Landwirtschaft; sie macht vor den Mittelbauern nicht halt." (S. 231.)

Man sollte meinen, alle diese Thesen Kautskys sind so klar, daß es unmöglich ist, sie nicht zu verstehen. Und nichtsdestoweniger hat sie unser Kritiker offenbar nicht verstanden. Herr Bulgakow gibt seine Meinung nicht bekannt: ob er diese Zunahme der mittelbäuerlichen Betriebe so oder anders erklärt, aber Kautsky schreibt er die Ansicht zu, daß „die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise zum Untergang der Landwirtschaft führt". Und Herr Bulgakow bricht in die Worte aus: „Die Behauptung Kautskys von der Zerstörung der Landwirtschaft ist falsch, willkürlich, unbewiesen, widerspricht den grundlegendsten Tatsachen der Wirklichkeit" usw. usw.

Wir bemerken hierzu, daß Herr Bulgakow *die Gedanken Kautskys völlig falsch wiedergibt*. Kautsky behauptet keineswegs, daß die Entwicklung des Kapitalismus zum Untergang der Landwirtschaft führt, sondern er behauptet das Gegenteil. Aus den Worten Kautskys von der Bedrängnis (= Krisis) der Landwirtschaft und von dem *stellenweise* (nota bene*) eintretenden technischen Rückschritt zu folgern, daß Kautsky von der „Zerstörung", vom „Untergang" der Landwirtschaft spricht, das ist nur möglich, wenn man Kautskys Werk die größte Unaufmerksamkeit entgegenbringt. In Kapitel X, das speziell der Frage der überseeischen Konkurrenz (d. h. der Grundbedingung der Agrarkrise) gewidmet ist, sagt Kautsky: „Die kommende Krisis braucht natürlich die von ihr betroffene Industrie nicht zu ruinieren. Sie tut das nur in den seltensten Fällen. In

---

Die kleinen Farmer (in Ayrshire) „sind ungeheuer fleißig und ihre Frauen und Kinder arbeiten nicht weniger, ja oft mehr als Tagelöhner; man sagt, daß zwei von ihnen in einem Tage ebensoviel arbeiten, als drei Lohnarbeiter" (231). „Das Leben des kleinen Pächters, der mit seiner Familie arbeiten muß", ist „ein reines Sklavenleben." (253.) „Im großen und ganzen ... scheinen die kleinen Farmer die landwirtschaftliche Krisis besser überstanden zu haben als die größeren, allein dieser Schluß ist nicht maßgebend für die größere Rentabilität der kleinen Farmen. Vielmehr glauben wir den Grund darin zu finden, daß der kleine Mann die unentgeltliche Hilfe seiner Familie bei der Arbeit besitzt ... ist es Sitte bei dem kleinen Farmer, seine ganze Familie in seinem Betriebe arbeiten zu lassen ... Die Kinder ... erhalten nur ihre Verköstigung und nur selten einen bestimmten Tagelohn" (277/278) usw. usw.

* wohlgemerkt. *Die Red.*

der Regel führt sie nur dahin, die bestehenden Eigentumsverhältnisse im Sinne des Kapitalismus umzuwälzen..." (273/274.) Diese Bemerkung über die Krise der landwirtschaftlichen Industrien zeigt mit aller Klarheit die allgemeine Ansicht Kautskys von der Bedeutung der Krise. In demselben Kapitel wiederholt Kautsky diese Ansicht auch in bezug auf die gesamte Landwirtschaft: „Man braucht deswegen noch lange nicht von einem Untergang der Landwirtschaft zu sprechen. Aber ihr konservativer Charakter ist unwiderruflich dahin, wo die moderne Produktionsweise einmal festen Fuß gefaßt. Das Verharren beim alten droht dem Landwirt sicheres Verderben; ununterbrochen muß er die Entwicklung der Technik verfolgen, ununterbrochen seinen Betrieb den neuen Verhältnissen anpassen... Auch auf dem flachen Lande gerät das ganze ökonomische Leben, das sich bisher so einförmig streng in ewig gleichen Geleisen bewegte, in den Zustand beständiger Revolutionierung, der das Kennzeichen der kapitalistischen Produktionsweise ist." (289.)

Herr Bulgakow „begreift nicht", wie die Tendenzen zur Entwicklung der Produktivkräfte der Landwirtschaft mit den Tendenzen zur Verschärfung der Schwierigkeiten der warenproduzierenden Landwirtschaft vereinbar sind. Was gibt es denn da Unbegreifliches?? Der Kapitalismus gibt sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie der Entwicklung der Produktivkräfte einen gigantischen Anstoß, aber gerade diese Entwicklung verschärft je länger je mehr die Widersprüche des Kapitalismus und stellt ihm neue „Schwierigkeiten" in den Weg. Kautsky entwickelt einen der Grundgedanken von Marx, der die fortschrittliche historische Rolle des Kapitalismus in der Landwirtschaft (Rationalisierung der Landwirtschaft, Trennung des Grund und Bodens vom Landwirt, Befreiung der Landbevölkerung von den Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnissen usw.) kategorisch betont und gleichzeitig nicht minder kategorisch auf die Verelendung und Bedrängnis der unmittelbaren Produzenten, auf die Unvereinbarkeit des Kapitalismus mit den Forderungen einer rationellen Landwirtschaft hingewiesen hat. Es ist in höchstem Grade seltsam, daß Herr Bulgakow, der erklärt, daß seine „allgemeine soziale und philosophische Weltanschauung die gleiche ist wie die Kautskys"*,

* Bezüglich der philosophischen Weltanschauung wissen wir nicht, ob diese Worte des Herrn Bulgakow den Tatsachen entsprechen. Kautsky ist, wie es scheint, nicht Anhänger der kritischen Philosophie wie Herr Bulgakow.

nicht bemerkt, daß Kautsky hier einen Grundgedanken von Marx entwickelt. Die Leser des „Natschalo" müssen unvermeidlich darüber im Zweifel bleiben, wie Herr Bulgakow zu diesen Grundgedanken steht und wie er bei Identität der allgemeinen Weltanschauung sagen kann: „De principiis non est disputandum"*!!? Wir erlauben uns, dieser Erklärung des Herrn Bulgakow nicht zu glauben; wir halten den Streit zwischen ihm und anderen Marxisten gerade infolge der Gemeinsamkeit dieser „principia"** für möglich. Wenn Herr Bulgakow sagt, der Kapitalismus rationalisiere die Landwirtschaft, die Industrie liefere der Landwirtschaft die technische Ausrüstung usw., so wiederholt er nur eins dieser „principia". Nur sagt er dabei durchaus zu Unrecht „ganz im Gegenteil". Die Leser könnten glauben, Kautsky sei anderer Meinung, während Kautsky gerade diese Grundgedanken von Marx mit aller Entschiedenheit und Bestimmtheit in seinem Buche entwickelt. „Es war die Industrie", sagt Kautsky, „die dann die technischen und wissenschaftlichen Bedingungen der neuen, rationellen Landwirtschaft erzeugte, sie durch Maschinen und Kunstdünger, durch das Mikroskop und das chemische Laboratorium revolutionierte und dadurch die technische Überlegenheit des kapitalistischen Großbetriebs über den bäuerlichen Kleinbetrieb herbeiführte." (S. 292.) Kautsky verfällt somit nicht in den Widerspruch, den wir bei Herrn Bulgakow antreffen: einerseits erkennt Herr Bulgakow an, daß „der Kapitalismus" (d. h. Produktion mittels Lohnarbeit, d. h. nicht bäuerlicher, sondern Großbetrieb?) „die Landwirtschaft rationalisiert", während anderseits „der Träger dieses technischen Fortschritts hier keineswegs der Großbetrieb ist"!

## II

Kapitel X des Kautskyschen Buches ist der Frage der überseeischen Konkurrenz und der Industrialisierung der Landwirtschaft gewidmet. Herr Bulgakow läßt sich über dies Kapitel äußerst geringschätzig aus: „Nichts besonders Neues oder Originelles, mehr oder minder bekannte grundlegende Tatsachen" usw.; die Hauptfrage, die Auffassung der Agrarkrise, ihres Wesens und ihrer Bedeutung, läßt er dabei außer acht.

* Über Grundsätze soll man nicht streiten. *Die Red.*

** Grundsätze, Prinzipien. *Die Red.*

Indessen ist diese Frage von außerordentlich großer theoretischer Bedeutung.

Aus der allgemeinen Konzeption von der Entwicklung der Landwirtschaft, die Marx gegeben und Kautsky ausführlich entwickelt hat, ergibt sich unvermeidlich auch die Konzeption der Agrarkrise. Kautsky sieht das Wesen der Agrarkrise darin, daß die Konkurrenz der Länder, die äußerst billig Getreide produzieren, es der europäischen Landwirtschaft unmöglich macht, die Lasten, die das Privateigentum an Grund und Boden und die kapitalistische Warenproduktion ihr auferlegen, auf die Masse der Konsumenten abzuwälzen. Von jetzt an muß die europäische Landwirtschaft *„sie"* (diese Lasten) *„selbst tragen, und darin besteht die heutige Agrarkrisis"* (S. 239, hervorgehoben von Kautsky). Die schwerste dieser Lasten ist die Grundrente. In Europa ist sie durch die vorhergehende historische Entwicklung bis zu einer gewaltigen Höhe emporgeschraubt (sowohl die Differentialrente als auch die *absolute* Rente) und in den Bodenpreisen fixiert.* In den Kolonien (Amerika, Argentinien u. a.), soweit sie Kolonien bleiben, sehen wir dagegen *freie* Ländereien, die von neuen Siedlern entweder völlig umsonst oder für einen ganz geringen Preis in Besitz genommen werden, und zwar Ländereien, deren jungfräuliche Fruchtbarkeit die Produktionskosten auf ein Minimum herabsetzt. Es ist durchaus natürlich, daß die europäische kapitalistische Landwirtschaft die maßlos aufgeblähte Rente bis jetzt auf die Konsumenten abwälzte (in Gestalt hoher Getreidepreise), während nunmehr die Last dieser Rente auf die Landwirte und Grundbesitzer selbst fällt und sie ruiniert.** Für den kapitalistischen Grundbesitz und die kapitalistische Landwirtschaft ist der frühere Zustand geruhsamer Sicherheit somit durch die Agrarkrise gestört worden und wird weiterhin gestört. Der kapitali-

* Siehe über diesen Prozeß der Aufblähung der Rente und ihrer Fixierung die treffenden Bemerkungen in dem Buch von *Parvus:* „Der Weltmarkt und die Agrarkrisis". Parvus ist mit Kautsky in den Grundanschauungen über die Krise und die Agrarfrage überhaupt solidarisch.

** *Parvus*, a. a. O., S. 141, zitiert im „Natschalo" Nr. 3, S. 117. Rezension über das Buch von Parvus (siehe den vorliegenden Band, S. 56. *Die Red.*). Wir fügen hinzu, daß auch die anderen „Schwierigkeiten" der warenproduzierenden Landwirtschaft, die auf Europa lasten, die Kolonien unvergleichlich weniger stark bedrücken.

stische Grundbesitz erhob bisher einen immer größer werdenden Tribut von der gesellschaftlichen Entwicklung und fixierte die Höhe dieses Tributs in den Bodenpreisen. Jetzt muß er auf diesen Tribut verzichten.* Die kapitalistische Landwirtschaft ist jetzt in denselben Zustand der Labilität versetzt worden, der der kapitalistischen Industrie eigen ist, und ist gezwungen, sich den neuen Marktbedingungen anzupassen. Wie jede andere Krise, so ruiniert auch die Agrarkrise die Massen der Landwirte, zerbricht gründlich die herkömmlichen Eigentumsverhältnisse, führt *stellenweise* zu technischem Rückschritt, zum Wiederaufleben mittelalterlicher Verhältnisse und Formen der Wirtschaft, im großen und ganzen jedoch *beschleunigt* sie die gesellschaftliche Entwicklung, verdrängt den patriarchalischen Stillstand aus seinen letzten Zufluchtsstätten, erzwingt die weitere Spezialisierung der Landwirtschaft (einer der Grundfaktoren des landwirtschaftlichen Fortschritts in der kapitalistischen Gesellschaft), die weitere Anwendung von Maschinen usw. Im großen und ganzen — das hat Kautsky in Kapitel IV seines Buches an Hand der Daten über einige Länder gezeigt — sehen wir *sogar* in Westeuropa in den Jahren 1880—1890 keinen Stillstand der Landwirtschaft, sondern einen technischen Fortschritt. Wir sagen „*sogar* in Westeuropa", weil dieser Fortschritt z. B. in Amerika noch klarer ist.

Kurz, es liegt kein Grund vor, in der Agrarkrise eine Erscheinung zu sehen, die den Kapitalismus und die kapitalistische Entwicklung hemmt.

---

* Die absolute Rente ist das Resultat des Monopols. „Zum Glück hat das Steigen der absoluten Grundrente seine Grenzen... Bis vor kurzem war sie allerdings in Europa in stetem Steigen begriffen, ebenso wie die Differentialrente... Aber die überseeische Konkurrenz hat dieses Monopol in hohem Grade durchbrochen. Wir haben keinen Grund zur Annahme, daß die Differentialrente in Europa unter der überseeischen Konkurrenz gelitten hat, ausgenommen einige Distrikte Englands... Aber die absolute Grundrente ist gesunken, und dies ist vor allem den arbeitenden Klassen zugute gekommen." (S. 80, vgl. auch S. 328.)

# ANTWORT AN HERRN P. NESHDANOW

In Nr. 4 der „Shisn" untersucht Herr P. Neshdanow meinen Artikel und die Artikel anderer Autoren über die Theorie der Märkte. Ich beabsichtige nur auf eine Behauptung des Herrn P. Neshdanow zu antworten, und zwar darauf, daß ich durch meinen Artikel in Nr. 1 des laufenden Jahrgangs von „Nautschnoje Obosrenije" meinen „Kampf gegen die Theorie der dritten Personen entstellt" hätte. Was die übrigen von Herrn P. Neshdanow hinsichtlich der Theorie der Märkte und insbesondere der Ansichten P. B. Struves aufgeworfenen Fragen anbelangt, so beschränke ich mich darauf, auf meinen Antwortartikel an Struve zu verweisen („Noch einmal zur Frage der Realisationstheorie"; der Abdruck dieses Artikels im „Nautschnoje Obosrenije" wurde durch Umstände, die nicht vom Autor abhängen, verzögert).

Herr P. Neshdanow behauptet: „Die kapitalistische Produktion leidet an keinem Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion." Hieraus folgert er, daß mit der Anerkennung dieses Widerspruchs „Marx an einem ernsten inneren Widerspruch litt" und ich den Fehler von Marx wiederhole.

Ich halte die Meinung des Herrn P. Neshdanow für absolut irrig (oder auf einem Mißverständnis beruhend) und kann keinerlei Widerspruch in den Ansichten von Marx erkennen.

Herrn P. Neshdanows Behauptung, es gebe im Kapitalismus keinen Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion, ist so seltsam, daß sie sich nur durch den ganz *besonderen Sinn* erklären läßt, den er dem Begriff „Widerspruch" beilegt. Herr P. Neshdanow meint nämlich: „Wenn wirklich ein Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion besteht,

so muß dieser Widerspruch systematisch ein überschüssiges Produkt ergeben." (S. 301; das gleiche in den Schlußthesen, S. 316.) Dies ist eine absolut willkürliche und meiner Meinung nach absolut falsche Interpretation. Wenn Herr P. Neshdanow meine Feststellungen bezüglich des Widerspruchs zwischen Produktion und Konsumtion in der kapitalistischen Gesellschaft kritisierte, so mußte er (glaube ich) dem Leser auseinandersetzen, wie ich diesen Widerspruch verstehe, und durfte sich nicht darauf beschränken, seine Ansicht über das Wesen und die Bedeutung dieses Widerspruchs darzulegen. Der ganze Kern der Frage (durch die die Polemik des Herrn P. Neshdanow gegen mich hervorgerufen wurde) besteht ja gerade darin, daß ich den hier behandelten Widerspruch absolut nicht so auffasse, wie Herr P. Neshdanow ihn auffassen möchte. Ich habe nirgends gesagt, daß dieser Widerspruch *systematisch** ein überschüssiges Produkt ergeben muß; das ist nicht meine Ansicht, und eine derartige Ansicht läßt sich aus den Worten von Marx nicht ableiten. Der dem Kapitalismus eigene Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion besteht darin, daß die Produktion mit großer Geschwindigkeit anwächst, daß die Konkurrenz ihr die Tendenz schrankenloser Ausdehnung verleiht, während die Konsumtion (die individuelle), wenn überhaupt, so äußerst schwach wächst; der proletarische Zustand der Volksmassen gibt der individuellen Konsumtion nicht die Möglichkeit, rasch zu wachsen. Mir scheint, daß jeder, der S. 20 und 30 meiner „Studien" (den von Herrn P. Neshdanow zitierten Artikel über die Sismondisten) und S. 40 des „Nautschnoje Obosrenije" (Jahrgang 1899, Nr. 1)** aufmerksam gelesen hat, sich davon überzeugen wird, daß ich von allem Anfang an dem Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion im Kapitalismus eben *nur diesen Sinn* beigelegt habe. Und diesem Widerspruch läßt sich auch gar kein anderer Sinn beilegen, wenn man sich streng an die Theorie von Marx hält. Der dem Kapitalismus eigene Widerspruch zwischen Produktion

* Ich unterstreiche *systematisch*, denn eine nicht systematische Erzeugung von überschüssigem Produkt (die Krisen) ist in der kapitalistischen Gesellschaft wegen Verletzung der Proportionalität zwischen den verschiedenen Industriezweigen unvermeidlich. Ein bestimmter Stand der Konsumtion aber ist eins der Elemente der Proportionalität.

** Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 137, 148, russ. und den vorliegenden Band, S. 48/49. *Die Red.*

und Konsumtion besteht ausschließlich darin, daß wachsender Nationalreichtum mit wachsendem Elend des Volkes einhergeht, daß die Produktivkräfte der Gesellschaft ohne eine entsprechende Zunahme der Konsumtion des Volkes, ohne Utilisierung dieser Produktivkräfte zugunsten der werktätigen Massen wachsen. In diesem Sinne verstanden, ist der hier behandelte Widerspruch eine keinem Zweifel unterliegende, durch die tagtäglichen Erfahrungen von Millionen Menschen bestätigte Tatsache, und eben die Beobachtung dieser Tatsache führt ja die Arbeitenden zu den Ansichten, die in der Marxschen Theorie ihren vollen und wissenschaftlichen Ausdruck gefunden haben. Dieser Widerspruch hat keineswegs unvermeidlich zur Folge, daß systematisch ein überschüssiges Produkt erzeugt wird (wie Herr Neshdanow glauben möchte). Wir können uns durchaus (wenn wir rein theoretisch von einer idealen kapitalistischen Gesellschaft sprechen) die Realisation des gesamten Produkts in der kapitalistischen Gesellschaft ohne jedes überschüssige Produkt vorstellen, *aber wir können uns keinen Kapitalismus vorstellen* ohne Mißverhältnis zwischen Produktion und Konsumtion. Dieses Mißverhältnis kommt (wie Marx in seinen Schemata klar gezeigt hat) darin zum Ausdruck, daß die Produktion von Produktionsmitteln die Produktion von Konsumtionsmitteln überholen kann und überholen muß.

Somit hat Herr Neshdanow absolut falsch gefolgert, daß der Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion systematisch ein überschüssiges Produkt ergeben muß, und dieser Fehler hatte zur Folge, daß er Marx ungerechterweise beschuldigte, inkonsequent zu sein. Im Gegenteil, Marx bleibt streng konsequent, wenn er zeigt:

1. daß das Produkt in der kapitalistischen Gesellschaft realisiert werden *kann* (Proportionalität zwischen den verschiedenen Industriezweigen selbstverständlich vorausgesetzt); daß es falsch wäre, zur Erklärung dieser Realisation den Außenhandel oder „dritte Personen" heranzuziehen;

2. daß die Theorien der kleinbürgerlichen Ökonomen (à la Proudhon) bezüglich der Unmöglichkeit, den *Mehrwert* zu realisieren, überhaupt auf völligem Nichtverstehen des Realisationsprozesses selbst beruhen;

3. daß wir uns selbst bei durchaus proportionaler, ideal reibungsloser Realisation den Kapitalismus nicht vorstellen können ohne Widerspruch

zwischen Produktion und Konsumtion, ohne daß das gigantische Anwachsen der Produktion begleitet wäre von äußerst schwachem Wachstum (wenn nicht sogar von Stillstand und von Verschlechterung) der Konsumtion des Volkes. Die Realisation erfolgt mehr auf der Linie der Produktionsmittel als auf der Linie der Konsumtionsmittel – dies folgt klar aus den Marxschen Schemata; und hieraus wiederum ergibt sich mit Notwendigkeit: „Je mehr sich... die Produktivkraft entwickelt, um so mehr gerät sie in Widerspruch mit der engen Basis, worauf die Konsumtionsverhältnisse beruhen." (Marx.)[46] Aus allen Stellen des „Kapitals", die der Frage nach dem Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion gewidmet sind*, ist klar zu ersehen, daß Marx den Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion eben *nur in diesem Sinne* verstanden hat.

Übrigens meint Herr P. Neshdanow, auch Herr Tugan-Baranowski leugne den Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion in der kapitalistischen Gesellschaft. Ich weiß nicht, ob das stimmt. Herr Tugan-Baranowski selbst hat in seinem Buch ein Schema angeführt, das die Möglichkeit steigender Produktion bei sinkender Konsumtion zeigt (und das ist im Kapitalismus wirklich möglich und kommt vor). Kann man denn leugnen, daß wir es hier mit einem Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion zu tun haben, obgleich hier kein überschüssiges Produkt vorhanden ist?

Als Herr P. Neshdanow Marx (und mich) der Inkonsequenz zieh, da ließ er zudem außer acht, daß er zur Begründung seines Standpunkts hätte klarstellen müssen, wie die „Unabhängigkeit" der Produktion der Produktionsmittel von der Produktion der Konsumtionsmittel zu verstehen ist. Marx zufolge beschränkt sich diese „Unabhängigkeit" darauf, daß ein bestimmter (und ständig größer werdender) Teil des Produkts, das aus Produktionsmitteln besteht, durch Austauschakte innerhalb der betreffenden Abteilung, d. h. durch Austausch von Produktionsmitteln gegen Produktionsmittel (oder durch Verwendung des gewonnenen Pro-

* Diese Stellen sind in meinem Artikel im „Nautschnoje Obosrenije", Jahrgang 1899, Nr. 1, angeführt (siehe den vorliegenden Band, S. 46 ff. *Die Red.*) und in Kapitel 1 der „Entwicklung des Kapitalismus in Rußland", S. 18/19, wiederholt (siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 3, S. 35, russ. *Die Red.*).

dukts in natura für neue Produktion) realisiert wird; aber *in letzter Instanz* hängt die Produktion von Produktionsmitteln notwendigerweise mit der Produktion von Konsumtionsmitteln zusammen, denn die Produktionsmittel werden nicht um der Produktionsmittel selbst willen erzeugt, sondern nur deshalb, weil immer mehr und mehr Produktionsmittel in den Industriezweigen erforderlich sind, die Konsumtionsmittel herstellen.* Somit besteht der Unterschied zwischen den Ansichten der kleinbürgerlichen Ökonomen und denen von Marx nicht darin, daß die ersteren den Zusammenhang zwischen Produktion und Konsumtion in der kapitalistischen Gesellschaft schlechthin anerkannt hätten, während der letztere diesen Zusammenhang schlechthin bestritten hätte (dies wäre ein Widersinn). Der Unterschied besteht darin, daß die kleinbürgerlichen Ökonomen diesen Zusammenhang zwischen Produktion und Konsumtion für *unmittelbar* hielten, daß sie glaubten, *die Konsumtion bedinge die Produktion*. Marx hat dagegen gezeigt, daß dieser Zusammenhang *nur mittelbar ist*, daß er sich *nur in letzter Instanz* auswirkt, denn in der kapitalistischen Gesellschaft *wird die Konsumtion durch die Produktion bedingt*. Aber ein Zusammenhang, wenn auch ein mittelbarer, besteht; die Produktion muß in letzter Instanz die Konsumtion bedingen, und wenn die Produktivkräfte nach schrankenloser Entwicklung der Produktion drängen, während die Konsumtion durch den proletarischen Zustand der Volksmassen eingeschränkt wird, so liegt hier zweifellos ein Widerspruch vor. Dieser Widerspruch bedeutet nicht, daß der Kapitalismus unmöglich ist**, wohl aber bedeutet er die Notwendigkeit seiner Verwandlung in eine höhere Form: je stärker dieser Widerspruch wird, um so weiter entwickeln sich sowohl die objektiven Bedingungen für diese Verwandlung als auch

---

* „Das Kapital", III, 1, 289.[47] Von mir zitiert im „Nautschnoje Obosrenije", S. 40 (siehe den vorliegenden Band, S. 49. *Die Red.*) und in der „Entwicklung des Kapitalismus", S. 17 (siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 3, S. 33, russ. *Die Red.*).

** „Studien", S. 20 (siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 137, russ. *Die Red.*); „Nautschnoje Obosrenije" Nr. 1, S. 41 (siehe den vorliegenden Band, S. 50. *Die Red.*); „Die Entwicklung des Kapitalismus", S. 19/20 (siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 3, S. 36, russ. *Die Red.*). Wenn dieser Widerspruch zu einem „systematischen überschüssigen Produkt" führte, so würde er eben die Unmöglichkeit des Kapitalismus bedeuten.

die subjektiven Bedingungen, d. h. die Erkenntnis des Widerspruchs durch die Arbeitenden.

Es fragt sich jetzt, welche Stellung Herr Neshdanow zur Frage der „Unabhängigkeit" der Produktionsmittel von den Konsumtionsmitteln einnehmen könnte. Eins von beiden: Entweder leugnet er völlig jede Abhängigkeit zwischen ihnen, behauptet die Möglichkeit der Realisation von Produktionsmitteln, *die absolut nicht zusammenhängen* mit den Konsumtionsmitteln, mit ihnen auch in „letzter Instanz" nicht zusammenhängen — und dann gelangt er unweigerlich zu einem Widersinn; oder aber er erkennt im Gefolge von Marx an, daß in letzter Instanz die Produktionsmittel mit den Konsumtionsmitteln zusammenhängen — und dann muß er zugeben, daß meine Auffassung der Marxschen Theorie richtig ist.

Zum Schluß nehme ich ein Beispiel, um die abstrakten Betrachtungen durch konkrete Tatsachen zu illustrieren. Man weiß, daß in jeder kapitalistischen Gesellschaft die Anwendung von Maschinen häufig durch einen übermäßig niedrigen Arbeitslohn (= niedriges Konsumtionsniveau der Volksmassen) verhindert wird. Noch mehr: Es kommt sogar vor, daß die von den Unternehmern angeschafften Maschinen stillstehen, weil der Preis der Arbeitskraft so tief sinkt, daß für den Unternehmer Handarbeit vorteilhafter wird!* Das Vorhandensein eines Widerspruchs zwischen Konsumtion und Produktion, zwischen dem Streben des Kapitalismus, die Produktivkräfte schrankenlos zu entwickeln, und der Beschränkung dieses Strebens durch den proletarischen Zustand, das Elend und die Arbeitslosigkeit des Volkes ist in diesem Fall klar wie der Tag. Nicht weniger klar ist aber, daß aus diesem Widerspruch richtigerweise einzig und allein der Schluß gezogen werden kann, daß schon die ganze Entwicklung der Produktivkräfte mit unaufhaltsamer Gewalt zur Ablösung des Kapitalismus durch eine Wirtschaft assoziierter Produzenten führen muß. Umgekehrt wäre es völlig falsch, aus diesem Widerspruch den Schluß zu ziehen, daß

* Für die letztgenannte Erscheinung habe ich ein Beispiel aus der russischen kapitalistischen Landwirtschaft in der „Entwicklung des Kapitalismus in Rußland", S. 165 (siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 3, S. 197, russ. *Die Red.*) angeführt. Und derartige Erscheinungen sind keine Einzelfälle, sondern eine gewöhnliche und *unvermeidliche* Folge der Grundeigenschaften des Kapitalismus.

der Kapitalismus *systematisch* ein überschüssiges Produkt erzeugen muß, d. h., daß der Kapitalismus das Produkt überhaupt nicht realisieren, daß er deshalb keine progressive historische Rolle spielen kann und dgl. mehr.

*Geschrieben im Mai 1899.*
*Veröffentlicht im Dezember 1899*
*in der Zeitschrift „Shisn".*
*Unterschrift: Wladimir Iljin.*

*Nach dem Text der Zeitschrift.*

# PROTEST
# RUSSISCHER SOZIALDEMOKRATEN[48]

*Geschrieben Ende August —*
*Anfang September 1899.*
*Zuerst veröffentlicht im Dezember 1899*
*im Ausland als Sonderdruck aus Nr. 4/5*
*der Zeitschrift „Rabotscheje Delo".*

*Nach dem Text der Zeitschrift.*

РОССІЙСКАЯ СОЦІАЛЬДЕМОКРАТИЧЕСКАЯ РАБОЧАЯ ПАРТІЯ.

*Пролетаріи всѣхъ странъ, соединяйтесь!*

Оттискъ изъ № 4-5 „Рабочаго Дѣла".

# ПРОТЕСТЪ

## РОССІЙСКИХЪ СОЦІАЛЬДЕМОКРАТОВЪ

### СЪ ПОСЛѢСЛОВІЕМЪ ОТЪ РЕДАКЦІИ „РАБОЧАГО ДѢЛА"

**Собраніе соціальдемократовъ одной мѣстности (Россіи), въ числѣ семнадцати человѣкъ, приняло ЕДИНОГЛАСНО слѣдующую резолюцію и постановило опубликовать ее и передать на обсужденіе всѣмъ товарищамъ.**

Въ послѣднее время среди русскихъ соціальдемократовъ замѣчаются отступленія отъ тѣхъ основныхъ принциповъ русской соціальдемократіи, которые были провозглашены какъ основателями и передовыми борцами—членами Группы „Освобожденія Труда",—такъ и соціальдемократическими изданіями русскихъ рабочихъ организацій 90-хъ годовъ. Ниже приводимое „credo", долженствующее выражать основные взгляды нѣкоторыхъ („молодыхъ") русскихъ соціальдемократовъ, представляетъ изъ себя попытку систематическаго и опредѣленнаго изложенія „новыхъ воззрѣній". — Вотъ это „credo" въ полномъ видѣ.

> „Существованіе цехового и мануфактурнаго періода на Западѣ наложило рѣзкій слѣдъ на всю послѣдующую исторію, въ особенности на исторію соціальдемократіи. Необходимость для буржуазіи завоевать свободныя формы, стремленіе освободиться отъ сковывающихъ производство цеховыхъ регламентацій, сдѣлали ее, буржуазію, революціоннымъ элементомъ; она повсюду на Западѣ начинаетъ съ liberté, fraternité, égalité (свобода, братство и равенство).

Erste Seite des Sonderdrucks aus Nr. 4/5 des „Rabotscheje Delo", Jahrgang 1899, mit dem „Protest russischer Sozialdemokraten"

*Eine Versammlung von siebzehn Sozialdemokraten eines Ortes (in Rußland) hat einstimmig die folgende Resolution angenommen und beschlossen, sie zu veröffentlichen und allen Genossen zur Erörterung zu unterbreiten.*

In der letzten Zeit sind unter den russischen Sozialdemokraten Abweichungen von jenen Grundprinzipien der russischen Sozialdemokratie zu bemerken, die sowohl von den Begründern und Vorkämpfern — den Mitgliedern der Gruppe „Befreiung der Arbeit" — als auch in den sozialdemokratischen Veröffentlichungen der russischen Arbeiterorganisationen der neunziger Jahre verkündet wurden. Das unten wiedergegebene „Credo"*, das die Grundauffassungen einiger („junger") russischer Sozialdemokraten zum Ausdruck bringen soll, stellt einen Versuch dar, die „neuen Anschauungen" systematisch und eindeutig darzulegen. Wir lassen dieses „Credo" in ungekürzter Form folgen:

„Die Zunft- und Manufakturperiode im Westen hat in der ganzen nachfolgenden Geschichte, insbesondere in der Geschichte der Sozialdemokratie, ihre tiefe Spur hinterlassen. Die für die Bourgeoisie bestehende Notwendigkeit, sich freie Formen zu erkämpfen, das Bestreben, sich von den die Produktion fesselnden Zunftreglements zu befreien, machten sie, die Bourgeoisie, zu einem revolutionären Element; überall im Westen beginnt sie mit liberté, fraternité, égalité (Freiheit, Brüderlichkeit, Gleichheit), mit der Eroberung freier politischer Formen. Durch diese Eroberung aber hat sie, nach einem Ausdruck Bismarcks, ihrem Antipoden, der Arbeiterklasse, einen Wechsel auf die Zukunft ausgestellt. Fast überall im Westen hat die Arbeiterklasse als Klasse die demokratischen Einrichtungen nicht erkämpft — sie hat sie benutzt. Man könnte

* Glaubensbekenntnis, Programm, Darlegung einer Weltanschauung. *Die Red.*

uns entgegenhalten, sie habe an den Revolutionen teilgenommen. Die geschichtlichen Zeugnisse widerlegen diese Meinung, da gerade 1848, als sich im Westen die konstitutionelle Regierungsform festigte, die Arbeiterklasse ein handwerklich-städtisches Element, die kleinbürgerliche Demokratie, darstellte; ein Fabrikproletariat gab es kaum, und das Proletariat der Großproduktion (die Weber Deutschlands — Hauptmann, die Weber Lyons) war eine rohe Masse, die nur zu Rebellionen, keineswegs aber zur Aufstellung irgendwelcher politischer Forderungen fähig war. Man kann geradezu sagen, daß die Verfassungen des Jahres 1848 von der Bourgeoisie und dem Kleinbürgertum, den Artisans, erobert worden sind. Anderseits war die Arbeiterklasse (die Artisans und die Manufakturarbeiter, die Buchdrucker, Weber, Uhrmacher u. a.) es noch vom Mittelalter her gewohnt, sich an Organisationen, an Hilfskassen, religiösen Vereinen usw. zu beteiligen. Dieser Organisationsgeist lebt bis heute noch bei den gelernten Arbeitern des Westens und unterscheidet sie scharf vom Fabrikproletariat, das sich nur schwer und langsam organisieren läßt und nur zu sogenannter loser Organisation fähig ist, nicht aber zu dauerhaften Organisationen mit Statuten und Reglements. Eben diese gelernten Manufakturarbeiter bildeten den Kern der sozialdemokratischen Parteien. So ergab sich folgendes Bild: einerseits verhältnismäßige Leichtigkeit und uneingeschränkte Möglichkeit des politischen Kampfes, anderseits die Möglichkeit planmäßiger Organisierung dieses Kampfes mit Hilfe der durch die Manufakturperiode erzogenen Arbeiter. Auf diesem Boden ist im Westen der theoretische und praktische Marxismus groß geworden. Der Ausgangspunkt war der parlamentarische politische Kampf mit der Perspektive — die nur äußerlich dem Blanquismus ähnlich, ihrem Ursprung nach aber ganz anders beschaffen ist —, mit der Perspektive der Machtergreifung einerseits und des Zusammenbruchs* anderseits. Der Marxismus war der theoretische Ausdruck der herrschenden Praxis: des politischen Kampfes, der den ökonomischen überwog. Sowohl in Belgien als auch in Frankreich und besonders in Deutschland haben die Arbeiter mit unglaublicher Leichtigkeit den politischen Kampf, aber in schwerer Arbeit, unter gewaltigen Reibungen den ökonomischen Kampf organisiert. Noch heute leiden die ökonomischen Organisationen im Vergleich zu den politischen (von England abgesehen) an außerordentlicher Schwäche und Labilität, und überall laissent à désirer quelque chose (lassen sie einiges zu wünschen übrig). Solange die Energie nicht gänzlich im politischen Kampf aufgebraucht war, war der Zusammenbruch* ein notwendiges organisierendes Schlagwort**, dem es beschieden war, eine gewaltige geschichtliche Rolle zu spielen. Das Grundgesetz,

* „Zusammenbruch" im Original deutsch. *Der Übers.*

** „Schlagwort" im Original deutsch. *Der Übers.*

das sich aus dem Studium der Arbeiterbewegung ableiten läßt, ist die Linie des geringsten Widerstands. Im Westen bestand diese Linie in der politischen Tätigkeit, und der Marxismus, in der Gestalt, wie er im ‚Kommunistischen Manifest' formuliert wurde, erwies sich als jene höchst glückliche Form, in die sich die Bewegung ergießen mußte. Als aber alle Energie in der politischen Tätigkeit erschöpft worden war, als die politische Bewegung einen solchen Grad der Anspannung erreicht hatte, über den hinaus sie zu führen schwer und fast unmöglich war (langsamer Stimmenzuwachs in der letzten Zeit, Apathie des Publikums in den Versammlungen, verzagter Ton in der Literatur), erzeugte dies in Verbindung mit der Ohnmacht der parlamentarischen Tätigkeit und dem Erscheinen der unwissenden Masse des unorganisierten und der Organisierung fast unzugänglichen Fabrikproletariats in der Arena im Westen das, was heute Bernsteiniade, Krise des Marxismus genannt wird. Ein logischerer Gang der Dinge als die Entwicklungsperiode der Arbeiterbewegung vom ‚Kommunistischen Manifest' bis zur Bernsteiniade läßt sich schwer vorstellen, und durch eine aufmerksame Untersuchung dieses ganzen Prozesses läßt sich mit astronomischer Genauigkeit der Ausgang dieser ‚Krise' bestimmen. Es handelt sich hier natürlich nicht um Niederlage oder Sieg der Bernsteiniade — das wäre von geringem Interesse; es handelt sich um eine grundlegende Änderung der praktischen Tätigkeit, die sich schon seit langem im Innern der Partei nach und nach vollzieht.

Diese Änderung wird nicht nur in der Richtung einer energischeren Führung des ökonomischen Kampfes, der Festigung der ökonomischen Organisationen erfolgen, sondern auch, und das ist das Wesentlichste, in der Richtung einer Änderung des Verhältnisses der Partei zu den übrigen oppositionellen Parteien. Der unduldsame Marxismus, der verneinende Marxismus, der primitive Marxismus (der eine allzu schematische Vorstellung von der Klassenteilung der Gesellschaft hat) wird dem demokratischen Marxismus Platz machen, und die soziale Stellung der Partei in der heutigen Gesellschaft muß sich radikal ändern. Die Partei wird die Gesellschaft *anerkennen*, ihre eng korporativen, in den meisten Fällen sektiererischen Aufgaben erweitern sich zu gesellschaftlichen Aufgaben, und ihr Streben nach Ergreifung der Macht wird zum Streben nach Änderung, Reformierung der heutigen Gesellschaft in demokratischer Richtung, angepaßt an die heutige Lage der Dinge, mit dem Ziel möglichst erfolgreicher, möglichst vollständiger Verteidigung der Rechte (jeder Art) der werktätigen Klassen. Der Inhalt des Begriffs ‚Politik' erweitert sich zu wahrhaft gesellschaftlicher Bedeutung, und die praktischen Forderungen des Augenblicks erhalten größeres Gewicht, können auf größere Beachtung rechnen, als es bis jetzt der Fall war.

Es ist nicht schwer, aus dieser kurzen Beschreibung des Entwicklungsgangs der Arbeiterbewegung im Westen die Schlußfolgerung für Rußland zu ziehen. Die Linie des geringsten Widerstands wird bei uns niemals auf die politische Tätigkeit gerichtet sein. Das unerträgliche politische Joch wird dazu führen, daß viel von ihm gesprochen und gerade auf diese Frage die Aufmerksamkeit konzentriert wird, niemals aber wird es zur praktischen Tat führen. Erstarkten und formten sich im Westen die schwachen Kräfte der Arbeiter durch Einbeziehung in die politische Tätigkeit, so stehen bei uns hingegen diese schwachen Kräfte vor der Mauer der politischen Unterjochung, und es gibt für sie nicht nur keine praktischen Wege zum Kampf gegen dieses Joch und folglich auch zur eigenen Entwicklung, sondern sie werden von ihm sogar systematisch erstickt und können nicht einmal schwache Keime treiben. Wenn man hinzufügt, daß unsere Arbeiterklasse nicht jenen Organisationsgeist als Erbe übernommen hat, durch den sich die Kämpfer des Westens auszeichneten, so ergibt sich ein niederdrückendes Bild, wie es den optimistischsten Marxisten verzagt machen kann, der glaubt, daß jeder neue Fabrikschlot schon allein durch seine Existenz großen Wohlstand verheißt. Schwierig, unendlich schwierig ist auch der ökonomische Kampf, aber er ist möglich und wird schließlich von den Massen selbst praktiziert. Dadurch, daß sich der russische Arbeiter in diesem Kampf an die Organisation gewöhnt und im Kampf alle Augenblicke mit dem politischen Regime zusammenstößt, wird er schließlich das schaffen, was man eine Form der Arbeiterbewegung nennen kann, wird er die Organisation oder Organisationen schaffen, die den Verhältnissen der russischen Wirklichkeit am meisten entsprechen. Gegenwärtig läßt sich mit Gewißheit sagen, daß sich die russische Arbeiterbewegung noch in einem amöbenartigen Zustand befindet und noch keinerlei Form hervorgebracht hat. Die Streikbewegung, die es bei jeder Organisationsform gibt, kann noch nicht als kristallisierte Form der russischen Bewegung bezeichnet werden, während die illegalen Organisationen schon vom rein quantitativen Standpunkt aus keine Beachtung verdienen (von ihrer Nützlichkeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen wollen wir nicht sprechen).

Das ist die Lage. Fügt man noch die Hungersnöte und den Verelendungsprozeß auf dem Lande hinzu, die das Streikbrechertum * fördern und damit der Hebung der Arbeitermassen auf ein erträglicheres kulturelles Niveau noch größere Schwierigkeiten bereiten... was kann da der russische Marxist tun?! Das Gerede von einer selbständigen politischen Arbeiterpartei ist nichts anderes als ein Produkt der Übertragung fremder Aufgaben, fremder Resultate auf unseren Boden. Der russische Marxist ist vorläufig noch eine traurige Gestalt. Seine praktischen Aufgaben in der Gegenwart sind kläglich, seine theo-

* „Streikbrecher" im Original deutsch. *Der Übers.*

retischen Kenntnisse, soweit er sie *nicht als Werkzeug der Forschung*, sondern als Schema des Handelns verwendet, sind für die Erfüllung selbst dieser kläglichen praktischen Aufgaben wertlos. Außerdem erweisen sich diese für einen Fremden zugeschnittenen Schemata in der Praxis als schädlich. Unsere Marxisten, die vergessen haben, daß im Westen die Arbeiterklasse ein bereits gesäubertes politisches Tätigkeitsfeld betrat, bringen mehr als nötig der radikal- oder liberal-oppositionellen Tätigkeit aller anderen, nicht proletarischen Gesellschaftsschichten Verachtung entgegen. Die geringsten Versuche, die Aufmerksamkeit auf gesellschaftliche Äußerungen liberal-politischer Art zu konzentrieren, rufen den Protest der orthodoxen Marxisten hervor, die vergessen, daß eine ganze Reihe geschichtlicher Bedingungen uns hindert, Marxisten des Westens zu sein, und einen anderen, für die russischen Verhältnisse passenden und notwendigen Marxismus von uns verlangt. Der Mangel an politischem Gefühl und politischem Sinn bei allen Bürgern Rußlands kann offensichtlich nicht durch Gerede über Politik oder Aufrufe an eine nicht existierende Kraft wettgemacht werden. Dieser politische Sinn kann nur durch Erziehung geschaffen werden, d. h. durch Beteiligung an demjenigen Leben (wie unmarxistisch es auch sein möge), das die russische Wirklichkeit bietet. So angebracht die ‚Negation' im Westen (zeitweilig) war, so schädlich ist sie bei uns, weil eine Negation, die von etwas Organisiertem und wirkliche Kraft Besitzendem ausgeht, etwas anderes ist als eine Negation, die von einer formlosen Masse zerstreuter Einzelpersonen ausgeht.

Es gibt für den russischen Marxisten nur einen Ausweg: Beteiligung am wirtschaftlichen Kampf des Proletariats, d. h. Unterstützung dieses Kampfes, und Beteiligung an der liberal-oppositionellen Tätigkeit. Als ‚Negierer' ist der russische Marxist sehr früh aufgetreten, aber dieses Negieren hat in ihm das Maß von Energie geschwächt, das auf den politischen Radikalismus hätte gerichtet werden sollen. Einstweilen ist alles das nicht so schlimm, wenn aber das Klassenschema den russischen Intellektuellen daran hindert, aktiv am Leben teilzunehmen, und ihn allzuweit von den oppositionellen Kreisen entfernt, so wird das ein wesentlicher Nachteil für alle sein, die gezwungen sind, nicht in Gemeinschaft mit der Arbeiterklasse, die sich noch keine politischen Aufgaben gestellt hat, für Rechtsformen zu kämpfen. Die hinter wirklichkeitsfremden Betrachtungen über politische Themen versteckte politische Unschuld des russischen marxistischen Intellektuellen kann diesem selbst einen üblen Streich spielen."

Wir wissen nicht, ob sich viele russische Sozialdemokraten finden werden, die diese Ansichten teilen. Unzweifelhaft ist aber, daß im allgemeinen derartige Ideen Anhänger haben, und deshalb halten wir uns für

verpflichtet, gegen solche Ansichten kategorisch zu protestieren und alle Genossen vor der Gefahr zu warnen, daß die russische Sozialdemokratie von dem Wege weggeführt wird, den sie sich bereits vorgezeichnet hat, nämlich von der Bildung einer selbständigen politischen Arbeiterpartei, die untrennbar ist vom Klassenkampf des Proletariats und sich die Erkämpfung der politischen Freiheit als nächste Aufgabe stellt.

Das oben wiedergegebene „Credo" enthält erstens „eine kurze Beschreibung des Entwicklungsgangs der Arbeiterbewegung im Westen" und zweitens „Schlußfolgerungen für Rußland".

Völlig unrichtig sind vor allem die Vorstellungen der Verfasser des „Credo" von der Vergangenheit der westeuropäischen Arbeiterbewegung. Es ist nicht wahr, daß die Arbeiterklasse im Westen am Kampf für die politische Freiheit und an den politischen Revolutionen nicht teilgenommen hat. Die Geschichte des Chartismus, die Revolution von 1848 in Frankreich, Deutschland und Österreich beweisen das Gegenteil. Es ist völlig falsch, daß „der Marxismus der theoretische Ausdruck der herrschenden Praxis war: des politischen Kampfes, der den ökonomischen überwog". Im Gegenteil, der „Marxismus" trat auf, als der unpolitische Sozialismus („Owenismus", „Fourierismus", der „wahre Sozialismus") herrschte, und das „Kommunistische Manifest" wandte sich sofort gegen den unpolitischen Sozialismus. Selbst als der Marxismus mit seinem ganzen theoretischen Rüstzeug auftrat („Das Kapital") und die berühmte Internationale Arbeiterassoziation[49] gründete, war der politische Kampf keineswegs die herrschende Praxis (beschränkter Trade-Unionismus in England, Anarchismus und Proudhonismus in den romanischen Ländern). In Deutschland bestand das große historische Verdienst Lassalles darin, daß er die Arbeiterklasse aus einem Anhängsel der liberalen Bourgeoisie zu einer selbständigen politischen Partei machte. Der Marxismus hat den ökonomischen und den politischen Kampf der Arbeiterklasse zu einem unteilbaren Ganzen verbunden, und das Bestreben der Verfasser des „Credo", diese Formen des Kampfes voneinander zu trennen, gehört zu den schlechtesten und traurigsten Abweichungen vom Marxismus.

Völlig unrichtig sind ferner die Vorstellungen der Verfasser des „Credo" von der gegenwärtigen Lage der westeuropäischen Arbeiterbewegung und von der Theorie des Marxismus, unter dessen Banner diese Bewegung marschiert. Von einer „Krise des Marxismus" zu sprechen bedeutet, die

sinnlosen Phrasen der bürgerlichen Schreiberlinge zu wiederholen, die mit aller Kraft bestrebt sind, jeden Streit unter den Sozialisten aufzubauschen und ihn in eine Spaltung der sozialistischen Parteien zu verwandeln. Die berüchtigte Bernsteiniade[50] — in dem Sinne, wie sie gewöhnlich vom breiten Publikum im allgemeinen und von den Verfassern des „Credo" im besonderen aufgefaßt wird — bedeutet den Versuch, die Theorie des Marxismus einzuengen, den Versuch, die revolutionäre Arbeiterpartei in eine Reformpartei zu verwandeln, und dieser Versuch ist, wie auch zu erwarten war, von der Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten entschieden verurteilt worden. In der deutschen Sozialdemokratie haben sich mehr als einmal opportunistische Strömungen gezeigt, und sie sind von der Partei, die das Vermächtnis der internationalen revolutionären Sozialdemokratie treu bewahrt, jedesmal zurückgewiesen worden. Wir sind überzeugt, daß alle Versuche, opportunistische Anschauungen nach Rußland zu übertragen, bei der erdrückenden Mehrheit der russischen Sozialdemokraten auf ebenso entschiedenen Widerstand stoßen werden.

Genauso kann auch, entgegen den Behauptungen der Verfasser des „Credo", keine Rede sein von irgendeiner „grundlegenden Änderung der praktischen Tätigkeit" der westeuropäischen Arbeiterparteien: der Marxismus hat die gewaltige Bedeutung des ökonomischen Kampfes des Proletariats und die Notwendigkeit eines solchen Kampfes von allem Anfang an erkannt, und schon in den vierziger Jahren polemisierten Marx und Engels gegen die utopischen Sozialisten, die die Bedeutung dieses Kampfes leugneten.[51]

Als sich etwa zwanzig Jahre später die Internationale Arbeiterassoziation bildete, wurde gleich auf dem ersten Kongreß im Jahre 1866 in Genf die Frage nach der Bedeutung der Arbeitergewerkschaften und des ökonomischen Kampfes aufgeworfen. Die Resolution dieses Kongresses zeigte genau die Bedeutung des ökonomischen Kampfes auf, wobei sie die Sozialisten und die Arbeiter einerseits vor einer Übertreibung seiner Bedeutung (die zu jener Zeit bei den englischen Arbeitern zu bemerken war), anderseits vor einer Unterschätzung seiner Bedeutung warnte (die sich bei den Franzosen und bei den Deutschen, besonders bei den Lassalleanern, bemerkbar machte). Die Resolution erkannte die Arbeitergewerkschaften nicht nur als gesetzmäßige, sondern auch als notwendige Erscheinung im

Kapitalismus an; sie stellte fest, daß sie für die Organisierung der Arbeiterklasse in ihrem täglichen Kampf gegen das Kapital und für die Beseitigung der Lohnarbeit äußerst wichtig sind. Die Resolution stellte fest, daß die Arbeitergewerkschaften ihre Aufmerksamkeit nicht ausschließlich auf den „unmittelbaren Kampf gegen das Kapital" lenken sollen, daß sie in der allgemeinen politischen und sozialen Bewegung der Arbeiterklasse nicht beiseite stehen dürfen; sie dürfen sich keine „eng begrenzten" Ziele stecken, sie müssen vielmehr die allgemeine Befreiung der unterdrückten Millionen des arbeitenden Volkes erstreben. Seit jener Zeit wurde in den Arbeiterparteien der verschiedenen Länder wiederholt die Frage aufgeworfen – und sie wird natürlich noch mehr als einmal aufgeworfen werden –, ob im gegebenen Zeitpunkt dem ökonomischen oder dem politischen Kampf des Proletariats etwas mehr oder etwas weniger Aufmerksamkeit zu schenken sei; die allgemeine oder prinzipielle Frage steht jedoch auch heute so, wie sie vom Marxismus gestellt wurde. Die Überzeugung, daß der einheitliche Klassenkampf notwendigerweise den politischen und den ökonomischen Kampf in sich vereinigen muß, ist der internationalen Sozialdemokratie in Fleisch und Blut übergegangen. Die geschichtliche Erfahrung zeugt ferner unwiderleglich davon, daß das Fehlen der Freiheit oder die Unterdrückung der politischen Rechte des Proletariats es stets notwendig machen, den politischen Kampf in den Vordergrund zu stellen.

Noch weniger kann von einer irgendwie wesentlichen Änderung in der Stellung der Arbeiterpartei zu den übrigen oppositionellen Parteien die Rede sein. Auch hier hat der Marxismus die richtige Position gezeigt, die ebenso weit entfernt ist von einer Übertreibung der Bedeutung der Politik und von Verschwörertum (Blanquismus usw.) wie von einem geringschätzigen Verhalten zur Politik oder von ihrer Begrenzung auf ein opportunistisches, reformatorisches soziales Flickwerk (Anarchismus, utopischer und kleinbürgerlicher Sozialismus, Staatssozialismus, Kathedersozialismus usw.). Das Proletariat muß die Bildung selbständiger politischer Arbeiterparteien anstreben, deren Hauptziel die Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat zwecks Aufbau der sozialistischen Gesellschaft sein muß. Die anderen Klassen und Parteien soll das Proletariat keineswegs als „*eine* reaktionäre Masse"[52] betrachten: es muß im Gegenteil am gesamten politischen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen, die fort-

schrittlichen Klassen und Parteien gegen die reaktionären unterstützen, jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehende Ordnung unterstützen, der Verteidiger jeder unterdrückten Völkerschaft oder Rasse, jeder verfolgten Glaubenslehre, des rechtlosen Geschlechts usw. sein. Die Ausführungen der Verfasser des „Credo" über dieses Thema zeugen nur von dem Bestreben, den Klassencharakter des Kampfes des Proletariats zu vertuschen, diesen Kampf durch irgendeine sinnlose „Anerkennung der Gesellschaft" zu lähmen, den revolutionären Marxismus auf eine gewöhnliche Reformströmung zu reduzieren. Wir sind überzeugt, daß die gewaltige Mehrheit der russischen Sozialdemokraten eine derartige Entstellung der Grundprinzipien der Sozialdemokratie unbedingt ablehnen wird. Die unrichtigen Prämissen bezüglich der westeuropäischen Arbeiterbewegung führen die Verfasser des „Credo" zu noch unrichtigeren „Schlußfolgerungen für Rußland".

Die Behauptung, die russische Arbeiterklasse habe „sich noch keine politischen Aufgaben gestellt", zeugt nur von Unkenntnis der russischen revolutionären Bewegung. Schon der im Jahre 1878 gegründete „Nordrussische Arbeiterbund"[53] und der im Jahre 1875 gegründete „Südrussische Arbeiterbund"[54] haben in ihrem Programm die Forderung nach politischer Freiheit aufgestellt. Nach der Reaktion der achtziger Jahre hat die Arbeiterklasse in den neunziger Jahren wiederholt dieselbe Forderung erhoben. Die Behauptung, „das Gerede von einer selbständigen politischen Arbeiterpartei ist nichts anderes als ein Produkt der Übertragung fremder Aufgaben, fremder Resultate auf unseren Boden", zeugt nur von völliger Verkennung der historischen Rolle der russischen Arbeiterklasse und der dringendsten Aufgaben der russischen Sozialdemokratie. Das eigene Programm der Verfasser des „Credo" läuft offenbar darauf hinaus, die Arbeiterklasse solle sich, die „Linie des geringsten Widerstands" beschreitend, auf den ökonomischen Kampf beschränken, während die „liberal-oppositionellen Elemente" unter „Beteiligung" der Marxisten für „Rechtsformen" kämpfen würden. Die Verwirklichung eines derartigen Programms wäre für die russische Sozialdemokratie gleichbedeutend mit politischem Selbstmord, gleichbedeutend mit einer ungeheuerlichen Hemmung und Herabwürdigung der russischen Arbeiterbewegung und der russischen revolutionären Bewegung (die beiden letzten Begriffe sind für uns gleichbedeutend). Schon allein die Tatsache, daß ein solches Pro-

gramm auftauchen konnte, zeigt, wie begründet die Befürchtungen eines der Vorkämpfer der russischen Sozialdemokratie, P. B. Axelrods, waren, als er Ende 1897 von der Möglichkeit der folgenden Perspektive schrieb:

„Die Arbeiterbewegung verläßt nicht das enge Flußbett der rein wirtschaftlichen Zusammenstöße der Arbeiter mit den Unternehmern, und an und für sich, in ihrer Gesamtheit, fehlt ihr der politische Charakter; im Kampf für die politische Freiheit aber folgen die fortgeschrittenen Schichten des Proletariats den revolutionären Zirkeln und Fraktionen der sogenannten Intelligenz." (Axelrod, „Zur Frage der gegenwärtigen Aufgaben und der Taktik der russischen Sozialdemokraten", Genf 1898, S. 19.)

Die russischen Sozialdemokraten müssen dem ganzen Ideenkreis, der im „Credo" seinen Ausdruck gefunden hat, entschieden den Krieg erklären, da diese Ideen geradeswegs zur Verwirklichung einer solchen Perspektive führen. Die russischen Sozialdemokraten müssen alle Kräfte anstrengen, damit die andere Perspektive verwirklicht werde, die von P. B. Axelrod in den folgenden Worten dargelegt wird:

„Die andere Perspektive: Die Sozialdemokratie organisiert das russische Proletariat zu einer selbständigen politischen Partei, die für die Freiheit kämpft, *zum Teil in einer Reihe und im Bunde* mit den bürgerlichen revolutionären Fraktionen (insofern solche vorhanden sein werden), zum anderen Teil aber, indem sie die Elemente aus der Intelligenz, die dem Volke am meisten ergeben und am revolutionärsten sind, direkt in ihre Reihen zieht oder mit sich reißt." (Ebenda, S. 20.)

Zu derselben Zeit, da P. B. Axelrod diese Zeilen schrieb, zeigten die Erklärungen der Sozialdemokraten in Rußland deutlich, daß sie in ihrer gewaltigen Mehrheit auf demselben Standpunkt stehen. Allerdings neigte eine Zeitung der Petersburger Arbeiter, die „Rabotschaja Mysl"[55], wie es schien, den Ideen der Verfasser des „Credo" zu, da sie leider in ihrem programmatischen Leitartikel (Nr. 1, Oktober 1897) den völlig falschen und dem Sozialdemokratismus widersprechenden Gedanken aussprach, daß „die ökonomische Grundlage der Bewegung" „durch das Bestreben, das politische Ideal niemals zu vergessen, verwischt werden" könne. Gleichzeitig hat sich aber eine andere Zeitung der Petersburger Arbeiter, „St. Peterburgski Rabotschi Listok"[56] (Nr. 2, September 1897), entschieden dafür ausgesprochen, daß „nur eine straff organisierte und zahlenmäßig starke Arbeiterpartei... die Selbstherrschaft stürzen kann",

daß „die zu einer starken Partei organisierten" Arbeiter „sich und ganz Rußland von jeglicher politischen und ökonomischen Unterdrückung befreien werden". Die dritte Zeitung, die „Rabotschaja Gaseta" [57], schrieb im Leitartikel ihrer Nr. 2 (November 1897): „Der Kampf gegen die autokratische Regierung, der Kampf für politische Freiheit ist die nächste Aufgabe der russischen Arbeiterbewegung." „Die russische Arbeiterbewegung wird ihre Kräfte verzehnfachen, wenn sie als einheitliches, geschlossenes Ganzes mit einem gemeinsamen Namen und einer geschlossenen Organisation auftritt..." „Die einzelnen Arbeiterzirkel müssen zu *einer* gemeinsamen Partei werden." „Die russische Arbeiterpartei wird eine sozialdemokratische Partei sein." Die völlige Übereinstimmung der überwältigenden Mehrheit der russischen Sozialdemokraten gerade mit dieser Überzeugung der „Rabotschaja Gaseta" ist auch daraus ersichtlich, daß der im Frühjahr 1898 abgehaltene Parteitag der russischen Sozialdemokraten [58] die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands" gründete, ihr Manifest veröffentlichte und die „Rabotschaja Gaseta" als das offizielle Parteiorgan anerkannte. Die Verfasser des „Credo" machen also einen gewaltigen Schritt zurück hinter den Stand der Entwicklung, den die russische Sozialdemokratie bereits erreicht hat und dem sie im „Manifest der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands" Ausdruck verlieh. Wenn die wütende Verfolgung seitens der russischen Regierung dazu geführt hat, daß die Tätigkeit der Partei jetzt vorübergehend schwächer geworden ist und ihr offizielles Organ zu erscheinen aufhörte, so besteht die Aufgabe aller russischen Sozialdemokraten darin, alle Kräfte anzustrengen, um die Partei endgültig zu festigen, ein Parteiprogramm auszuarbeiten und ihr offizielles Organ wieder herauszubringen. Angesichts des ideologischen Schwankens, von dem die Tatsache zeugt, daß solche Programme wie das oben untersuchte „Credo" auftauchen können, halten wir es für besonders notwendig, die folgenden Grundprinzipien zu betonen, die im „Manifest" dargelegt sind und für die russische Sozialdemokratie gewaltige Bedeutung haben. Erstens, die russische Sozialdemokratie „will eine Klassenbewegung der organisierten Arbeitermassen sein und bleiben". Daraus folgt, daß die Devise der Sozialdemokratie sein muß: Unterstützung der Arbeiter nicht nur im ökonomischen, sondern auch im politischen Kampf; Agitation nicht nur auf der Grundlage der nächstliegenden wirtschaftlichen Nöte, sondern auch auf der

Grundlage aller Erscheinungsformen politischer Unterdrückung; Propagierung nicht nur der Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus, sondern auch Propagierung der demokratischen Ideen. Das Banner der Klassenbewegung der Arbeiter kann nur die Theorie des revolutionären Marxismus sein, und die russische Sozialdemokratie muß für die Weiterentwicklung dieser Theorie und ihre Anwendung in der Praxis sorgen, wobei sie diese zugleich gegen jene Entstellungen und Verflachungen zu schützen hat, denen „zur Mode gewordene Theorien" (und die Erfolge der revolutionären Sozialdemokratie in Rußland haben den Marxismus bereits zu einer „Mode"theorie gemacht) so oft unterliegen. Während sie gegenwärtig alle ihre Kräfte auf die Arbeit unter den Fabrik- und Bergarbeitern konzentriert, darf die Sozialdemokratie nicht vergessen, daß mit der Ausdehnung der Bewegung sowohl die Hausarbeiter als auch die Kustare*, sowohl die Landarbeiter als auch die Millionen der ruinierten und Hungers sterbenden Bauernschaft in die Reihen der von ihr organisierten Arbeitermassen einbezogen werden müssen.

Zweitens: „Der russische Arbeiter muß und wird die Sache der Eroberung politischer Freiheit auf seinen starken Schultern zum Siege tragen." Die Sozialdemokratie, die den Sturz des Absolutismus zu ihrer nächsten Aufgabe macht, muß Vorkämpferin der Demokratie sein und schon allein deshalb allen demokratischen Elementen der russischen Bevölkerung jedwede Unterstützung erweisen und sie so als Verbündete für sich gewinnen. Nur eine selbständige Arbeiterpartei kann im Kampf gegen die Selbstherrschaft ein festes Bollwerk sein, und nur im Bunde mit einer solchen Partei, nur mit ihrer Unterstützung, können alle übrigen Kämpfer für die politische Freiheit aktiv hervortreten.

Drittens und letztens: „Als sozialistische Bewegung und Richtung führt die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands das Werk und die Traditionen der gesamten vorausgegangenen revolutionären Bewegung Rußlands weiter; die Sozialdemokratie geht, indem sie der Partei in ihrer Gesamtheit die Erringung der politischen Freiheit zur wichtigsten der nächstliegenden Aufgaben macht, dem Ziel entgegen, das schon die ruhmreichen Kämpfer des alten ‚Volkswillen'[59] klar umrissen haben." Die Traditionen der gesamten vorausgegangenen revolutionären Bewegung verlangen, daß die Sozialdemokratie jetzt alle ihre Kräfte konzentriert

* Siehe Note auf S. 9 dieses Bandes. *Der Übers.*

auf die Organisierung der Partei, auf die Festigung der Disziplin in der Partei und auf die Entwicklung der konspirativen Technik. Wenn schon die Mitglieder des alten „Volkswillen" in der russischen Geschichte eine gewaltige Rolle zu spielen vermochten, obgleich die wenigen Helden nur von einer dünnen Gesellschaftsschicht unterstützt wurden und obgleich eine keineswegs revolutionäre Theorie der Bewegung als Banner diente, dann wird die Sozialdemokratie, die sich auf den Klassenkampf des Proletariats stützt, fähig sein, unbesiegbar zu werden. „Das russische Proletariat wird das Joch der Selbstherrschaft abwerfen, um mit desto größerer Energie den Kampf gegen das Kapital und die Bourgeoisie bis zum vollen Siege des Sozialismus fortzusetzen."

Wir fordern alle sozialdemokratischen Gruppen und alle Arbeiterzirkel in Rußland auf, das oben wiedergegebene „Credo" sowie unsere Resolution zu erörtern und zu der aufgeworfenen Frage in klarer Form Stellung zu nehmen, um alle Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen und die Organisierung und Festigung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands zu beschleunigen.

Die Resolutionen der Gruppen und Zirkel könnten dem „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten" mitgeteilt werden, der gemäß Punkt 10 des vom Parteitag der russischen Sozialdemokraten im Jahre 1898 gefaßten Beschlusses ein Teil der Sozialdemokratischen Partei Rußlands und ihr Vertreter im Ausland ist.

REZENSION

## S. N. PROKOPOWITSCH, Die Arbeiterbewegung im Westen[60]

„...sich der Sozialwissenschaft zuzuwenden und ihrem angeblichen *Schluß, daß die kapitalistische* Gesellschaftsordnung kraft der sich in ihr entwickelnden Widersprüche unaufhaltsam ihrem eigenen Untergang zustrebt. Die notwendigen Erläuterungen finden wir in Kautskys ‚Erfurter Programm'." (147.) Bevor wir auf den Inhalt der von Herrn Prokopowitsch angeführten Stelle eingehen, wollen wir die folgende sonderbare Eigenheit vermerken, die für Herrn Prokopowitsch und ihm ähnliche Reformatoren der Theorie äußerst charakteristisch ist. Warum eigentlich sucht unser „kritischer Forscher", der sich der „Sozialwissenschaft" zuwendet, „Erläuterungen" in einem populären Buch Kautskys und nirgendwo sonst? Bildet er sich denn wirklich ein, dieses Buch enthalte die ganze „Sozialwissenschaft"? Er weiß sehr wohl, daß Kautsky ein „treuer Hüter der Traditionen von Marx" (I, 187) ist, daß gerade in den ökonomischen Abhandlungen von Marx die Darstellung und Begründung der „Schlußfolgerungen" einer bestimmten Schule der „Sozialwissenschaft" gesucht werden muß, tut aber so, als ob er selbst das nicht wüßte. Was sollen wir von einem „Forscher" halten, der sich auf Ausfälle gegen die „Hüter" der Theorie beschränkt, in seinem ganzen Buch aber kein einziges Mal wagt, sich offen und direkt mit dieser Theorie selbst auseinanderzusetzen?

An der von Herrn Prokopowitsch zitierten Stelle spricht Kautsky davon, daß die technische Umwälzung und die Anhäufung von Kapital immer rascher und rascher voranschreiten, daß die Erweiterung der Produktion wegen der Grundeigenschaften des Kapitalismus notwendig und ununterbrochen notwendig ist, daß dabei aber die Ausdehnung des

Sechste Seite von W. I. Lenins Manuskript
„Rezension über das Buch von S. N. Prokopowitsch"
Ende 1899

*Verkleinert*

Marktes „seit einiger Zeit viel zu langsam vor sich geht"; „es scheint der Augenblick nahe zu sein, wo der Markt der europäischen Industrie sich nicht nur nicht mehr erweitern, sondern wo er anfangen wird, sich zu verengern. Das hieße aber nichts anderes als der Bankrott der ganzen kapitalistischen Gesellschaft." Herr Prokopowitsch „kritisiert" „die Schlußfolgerungen der Sozialwissenschaft" (*d. h.* Kautskys Hinweis auf *eines* der von Marx entdeckten Entwicklungsgesetze): „In dieser Begründung des unvermeidlichen Untergangs der kapitalistischen Gesellschaft spielt der Gegensatz zwischen ‚dem ständigen Drang zur Erweiterung der Produktion und der immer langsameren Erweiterung des Marktes sowie schließlich seiner Verengerung' die Hauptrolle. Kautsky zufolge muß dieser Widerspruch die kapitalistische Gesellschaftsordnung zugrunde richten. Nun setzt aber doch" (man höre!) „Erweiterung der Produktion die ‚produktive Konsumtion' eines Teils des Mehrwerts voraus — d. h. zunächst seine Realisation, dann seine Verausgabung für Maschinen, Baulichkeiten usw. zwecks neuer Produktion. Mit anderen Worten, die Erweiterung der Produktion steht in engstem Zusammenhang mit dem Vorhandensein eines Marktes für die bereits produzierten Waren; deshalb ist eine ständige Erweiterung der Produktion bei relativer Verengerung des Marktes ein Ding der Unmöglichkeit." (148.) Herr Prokopowitsch ist mit seinem Exkurs in das Gebiet der „Sozialwissenschaft" nun so zufrieden, daß er gleich in der nächsten Zeile mit herablassender Geringschätzung von einer „wissenschaftlichen" (in Anführungszeichen) Begründung des Glaubens usw. redet. Eine derartige Husarenkritik wäre empörend, wenn sie nicht vor allem und mehr als alles ergötzlich wäre. Der gute Herr Prokopowitsch hat etwas läuten hören, weiß aber nicht, wo die Glocken hängen. Herr Prokopowitsch hat von der abstrakten Realisationstheorie gehört, die in der russischen Literatur in letzter Zeit heftig diskutiert worden ist, wobei die Rolle der „produktiven Konsumtion" wegen der Irrtümer der volkstümlerischen Ökonomie besonders unterstrichen wurde. Herr Prokopowitsch, der diese Theorie nicht recht verstanden hat, bildet sich ein, sie *leugne* (!) die grundlegenden und elementaren Widersprüche im Kapitalismus, auf die Kautsky hier hinweist. Hört man Herrn Prokopowitsch, so müßte man glauben, die „produktive Konsumtion" könne sich *völlig unabhängig* von der individuellen Konsumtion entwickeln (in der individuellen Konsumtion aber spielt die Konsumtion der Massen die vorherrschende Rolle),

d. h., daß dem Kapitalismus keinerlei Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion innewohne. Dies ist einfach absurd, und gegen eine derartige Entstellung haben sich Marx und seine russischen Anhänger klar ausgesprochen.* Aus der Tatsache, daß „Erweiterung der Produktion produktive Konsumtion voraussetzt", folgt keineswegs die bürgerlich-apologetische Theorie, zu der unser „kritischer Forscher" gelangt, sondern im Gegenteil, aus ihr folgt gerade der dem Kapitalismus eigene und notwendigerweise seinen Untergang herbeiführende Widerspruch zwischen dem Drang nach schrankenloser Ausdehnung der Produktion und der Beschränkung der Konsumtion.

Es verlohnt sich ferner, im Zusammenhang mit dem Dargelegten den folgenden interessanten Umstand zu vermerken. Herr Prokopowitsch ist ein eifriger Anhänger Bernsteins, dessen Zeitschriftenartikel er seitenlang zitiert und übersetzt. Bernstein empfiehlt in seinem bekannten Buch „Die Voraussetzungen etc." dem deutschen Publikum Herrn S. Prokopowitsch sogar als seinen russischen Anhänger, wobei er jedoch einen Vorbehalt macht, dessen Sinn darin besteht, daß Herr Prokopowitsch mehr Bernsteinianer ist als Bernstein selbst. Nun ist es überaus kurios, daß beide, sowohl Bernstein als auch sein russischer Nachbeter, die Realisationstheorie entstellen, jedoch *in diametral entgegengesetzten Richtungen*, so daß sie *sich gegenseitig widerlegen*. Erstens hat Bernstein bei Marx einen „Widerspruch" darin gefunden, daß er sich gegen die Krisentheorie von Rodbertus wendet, gleichzeitig aber für den „letzten Grund aller wirklichen Krisen" „die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen" erklärt. In Wirklichkeit jedoch besteht hier gar kein Widerspruch, wie ich bereits an anderen Stellen zu zeigen Gelegenheit hatte („Studien", S. 30**; „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland", S. 19***). Zweitens urteilt Bernstein ganz genauso wie bei uns Herr W. W., daß die riesige Zunahme des Mehrprodukts notwendig eine zahlenmäßige Vermehrung der Besitzenden (oder eine Erhöhung des Wohlstands der

* Siehe meinen Artikel im „Nautschnoje Obosrenije", August 1899, besonders S. 1572 (siehe den vorliegenden Band, S. 64–83, besonders S. 75 *Die Red.*) und die „Entwicklung des Kapitalismus in Rußland", S. 16 ff. (siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 3, S. 32 ff., russ. *Die Red.*).

** Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 148/149, russ. *Die Red.*

*** Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 3, S. 36, russ. *Die Red.*

Arbeiter) bedeuten muß, denn die Kapitalisten und ihre Dienerschaft (sic!) könnten doch nicht das ganze Mehrprodukt selbst „verzehren" („Die Voraussetzungen etc.", S. 51/52). Dieser naive Gedankengang ignoriert vollständig die Rolle der produktiven Konsumtion, *wie Kautsky das auch in seinem Buch gegen Bernstein gezeigt hat* (Kautsky, „Gegen Bernstein", Abschnitt II – Unterkapitel über „Die Verwendung des Mehrwerts"). Nun aber kommt der von Bernstein empfohlene russische Bernsteinianer und sagt genau das Gegenteil, liest Kautsky die Leviten betreffs der Rolle der „produktiven Konsumtion" und übertreibt dabei die Marxsche Entdeckung bis zu dem Unsinn, daß sich die produktive Konsumtion ganz unabhängig von der individuellen Konsumtion entwickeln könne! daß die Realisation des Mehrwerts durch dessen Verwendung zur Produktion von Produktionsmitteln die in letzter Instanz bestehende Abhängigkeit der Produktion von der Konsumtion und folglich den Widerspruch zwischen beiden aufhebe! Der Leser kann sich an diesem Beispiel ein Urteil darüber bilden, ob es wirklich „Forschungen" waren, die Herrn Prokopowitsch nötigten, „die gute Hälfte der theoretischen Voraussetzungen wieder zu vergessen", oder ob diese „Vergeßlichkeit" unseres „kritischen Forschers" irgendwelchen anderen Ursachen entspringt.

Ein anderes Beispiel. Auf drei Seiten (25–27) hat unser Autor die Frage der Bauerngenossenschaften in Deutschland „erforscht". Herr Prokopowitsch bringt eine Aufzählung der verschiedenen Arten von Genossenschaften und statistische Angaben über ihre rasche Entwicklung (besonders der Molkereigenossenschaften) und erklärt: „Während der Handwerker schon fast gar nicht mehr im modernen Wirtschaftssystem wurzelt, hat der Bauer in ihm nach wie vor einen stabilen (!) Halt." Wie einfach, nicht wahr? Die Unterernährung der deutschen Bauern, ihre Erschöpfung durch übermäßige Arbeit, die massenhafte Landflucht – all das sind wahrscheinlich Erfindungen. Es genügt, auf die rasche Entwicklung der Genossenschaften hinzuweisen (besonders der Molkereigenossenschaften, die dazu führen, daß den Bauernkindern die Milch weggenommen wird und daß die Abhängigkeit der Bauern von den Kapitalisten immer stärker wird), um die „Stabilität" der Bauernschaft zu beweisen. „Die Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse in der Fertigungsindustrie, die den Handwerker zugrunde richtet, verbessert die Lage des Bauern.

Sie" (die Lage?) „ist ein Hindernis für das Eindringen des Kapitalismus in die Landwirtschaft." Das ist neu! Bisher glaubten wir, gerade die Entwicklung des Kapitalismus in der Fertigungsindustrie sei der wichtigste Faktor, der den Kapitalismus in der Landwirtschaft hervorbringt und weiterentwickelt. Doch Herr Prokopowitsch könnte, genau wie seine deutschen Vorbilder, mit vollem Recht von sich sagen: nous avons changé tout ça, wir haben das alles geändert! Aber ob das auch richtig ist, ihr Herren? Habt ihr wirklich, *sei es auch nur etwas*, geändert, habt ihr wirklich die Unrichtigkeit auch nur einer einzigen Grundthese der von euch „vernichteten" Theorie bewiesen und sie durch eine richtigere These ersetzt? Seid ihr nicht vielmehr zu alten Vorurteilen zurückgekehrt? „...Anderseits sichert die Entwicklung der Fertigungsindustrie dem Bauern Nebenverdienste..." Die Doktrin der Herren W. W. und Konsorten über den Nebenerwerb der Bauernschaft ersteht wieder auf! Herr Prokopowitsch hält es für überflüssig zu erwähnen, daß diese „Nebenverdienste" in den meisten Fällen die Verwandlung des Bauern in einen Lohnarbeiter anzeigen. Er zieht es vor, seine „Forschungsarbeit" mit der tönenden Phrase zu schließen: „Die Lebenssäfte haben die Klasse der Bauernschaft noch nicht verlassen." Freilich hat Kautsky gerade in bezug auf Deutschland gezeigt, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften ein Übergangsstadium *zum Kapitalismus* sind — aber wir haben ja bereits gesehen, wie der grimmige Herr Prokopowitsch Kautsky vernichtet hat!

Ein Wiedererstehen der volkstümlerischen Ansichten (volkstümlerisch eben von der Schattierung des Herrn W. W.) sehen wir nicht nur an der erwähnten Stelle, sondern auch an sehr vielen anderen Stellen von Herrn Prokopowitschs „kritischer Forschungsarbeit". Der Leser weiß wahrscheinlich, welchen Namen (traurigen Namen) Herr W. W. sich durch die maßlose Einengung und Verflachung der Lehre des sogenannten „ökonomischen" Materialismus erworben hat: in der „Umarbeitung" des Herrn W. W. bestand diese Lehre nicht darin, daß alle Faktoren letzten Endes auf die Entwicklung der Produktivkräfte zurückzuführen sind, sondern darin, daß man viele äußerst wichtige (wenn auch letzten Endes sekundäre) Faktoren vernachlässigen kann. Eine ganz ähnliche Entstellung tischt uns auch Herr Prokopowitsch auf, wenn er nachzuweisen versucht, daß Kautsky die Bedeutung der „materiellen Kräfte" nicht ver-

stünde (144), wobei Herr Prokopowitsch selbst die „ökonomischen Organisationen" (145) sorglos mit „ökonomischer Macht" (146 und 149 besonders) verwechselt. Wir können leider nicht mit der notwendigen Ausführlichkeit auf die Untersuchung dieses Fehlers von Herrn Prokopowitsch eingehen und müssen den Leser auf das weiter oben erwähnte Buch Kautskys gegen Bernstein (Abschnitt III, Unterkapitel a) verweisen, wo die Originale der Nachdichtungen des Herrn Prokopowitsch eingehend untersucht werden. Der Leser, der das Buch des Herrn Prokopowitsch aufmerksam liest, wird sich, wie wir ferner hoffen, leicht davon überzeugen, daß die von unserem „kritischen Forscher" vernichtete Theorie (Herr Prokopowitsch verschweigt übrigens auch hier hübsch bescheiden die Ansichten der Begründer der Theorie und sieht von ihrer Untersuchung ab, er zieht es vor, sich auf Zitate aus Reden und Artikeln der heutigen Anhänger dieser Theorie zu beschränken), daß die Theorie absolut unschuldig ist an dieser ungeheuerlichen Einengung des „ökonomischen" Materialismus (siehe beispielsweise die Erklärungen autoritativer belgischer Persönlichkeiten auf S. 74, 90, 92 und 100 im zweiten Teil).

Zu den von Herrn Prokopowitsch angeführten Zitaten muß bemerkt werden, daß er häufig einzelne Stellen herausgreift und damit dem Leser eine verzerrte Vorstellung von Ansichten und Argumenten gibt, die in der russischen Literatur nicht vertreten sind. Infolge dieses letzteren Umstands macht die Husarenkritik des Herrn Prokopowitsch einen besonders abstoßenden Eindruck. In manchen Fällen wird es für den Leser des Buches von Herrn Prokopowitsch nicht ohne Nutzen sein, sogar das vor kurzem ins Russische übersetzte Buch von Professor Herkner „Die Lohnarbeit in Westeuropa"*, St. Petersburg 1899, im Verlag der Zeitschrift „Obrasowanije" [Die Bildung], zu Rate zu ziehen. In der Anmerkung auf S. 24 (Teil I) schreibt Herr Prokopowitsch beispielsweise, auf dem Parteitag von 1892 sei eine „mit der Gründung von Produktivgenossenschaften sympathisierende Entschließung angenommen worden" — es folgt ein Zitat, das erstens die Worte des Autors nicht voll bestätigt und zweitens gerade an der Stelle *abbricht*, wo es heißt, es sei notwendig, „namentlich den Glauben zu bekämpfen, daß Genossenschaften imstande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen usw." (Herkner, Anmerkungen, S. XI/XII, Anmerkung 6 zu Kapitel IX).

* Deutscher Titel: „Die Arbeiterfrage". *Der Übers.*

Mit dem gleichen Erfolg, wie in dem oben untersuchten Fall, vernichtet Herr Prokopowitsch Kautsky auf S. 56, 150, 156, 198 und vielen anderen Seiten. Überhaupt nicht ernst zu nehmen sind die Behauptungen des Herrn Prokopowitsch, Liebknecht habe in den sechziger Jahren seine Ideale bei verschiedenen Gelegenheiten abgeschworen, sie verraten und dgl. mehr (111, 112). Welche ungeheuerlichen Ausmaße die Unverschämtheit und Anmaßung unseres „Forschers" erreicht, von dem wir bereits einigermaßen wissen, wie begründet seine Urteile sind, zeigt uns z. B. der folgende (wiederum nicht gegen den Begründer der Theorie, sondern gegen ihren „Hüter" gerichtete) Satz: „Wir würden ganz unernst handeln, wollten wir plötzlich diese ganze Konzeption der Arbeiterbewegung vom Standpunkt ihrer Übereinstimmung mit dem wirklichen Entwicklungsgang der Arbeiterbewegung — vom Standpunkt ihrer *Wissenschaftlichkeit* (hervorgehoben von Herrn Prokopowitsch) kritisieren. In ihr gibt es und kann es (sic!) kein Gran Wissenschaft geben." (156.) Welch entschiedene Kritik! Es lohnt nicht einmal, diesen ganzen Marxismus zu kritisieren — und basta. Offenbar haben wir entweder einen Menschen vor uns, dem es beschieden ist, eine gigantische Umwälzung in der Wissenschaft herbeizuführen, „von der es kein Gran" in der in Deutschland herrschenden Theorie „geben kann", oder ... oder — wie soll man das möglichst milde sagen? — oder einen Mann, der aus „Vergeßlichkeit" fremde Wörtchen wiederholt. Herr Prokopowitsch wirft sich vor dem allerneuesten Götzen, der diese Wörtchen zum tausendsten Male verkündet hat, mit solchem Eifer zu Boden, daß er seine Stirn nicht schont. Bei Bernstein hätten, man beliebe das zu bemerken, „die theoretischen Ansichten einen Mangel" (198), der darin besteht, daß er angeblich — kann man sich das vorstellen? — an die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Theorie glaubt, die die Ziele der handelnden Persönlichkeiten bestimmt. „Kritische Forscher" sind von einem so seltsamen Glauben frei. „Die Wissenschaft wird erst dann frei sein", läßt Herr Prokopowitsch sich vernehmen, „wenn anerkannt wird, daß sie den Zielen der Partei zu *dienen*, nicht aber sie zu *bestimmen* hat. Es muß anerkannt werden, daß die Wissenschaft einer praktischen Partei keine Ziele stecken kann." (197.) Wir wollen feststellen, daß Bernstein eben diese Ansichten seines Gesinnungsgenossen ablehnt. „Ein prinzipielles Programm ist, da es unvermeidlich zum Dogmatismus führt, nur ein Hindernis auf dem Wege einer ge-

sunden Entwicklung der Partei... Theoretische Prinzipien sind gut in der Propaganda, aber nicht im Programm." (157.) „Programme sind unnötig, sind schädlich." „Die Persönlichkeit kann selbst ein Programm sein, wenn sie hellhörig ist, die Erfordernisse der Zeit feinfühlig errät..." Der Leser glaubt wahrscheinlich, ich hätte die Untersuchung des Herrn Prokopowitsch weiter zitiert? Nein, ich zitierte jetzt die Zeitung „Nowoje Wremja"[61], die vor kurzem allgemein beachtete Artikel über das Programm... nicht einer Partei natürlich — sondern über das Programm des neuen Innenministers veröffentlicht hat...

In welchem Verhältnis die von Herrn Prokopowitsch gepredigte Freiheit der Prinzipienlosigkeit — Pardon „Freiheit der Wissenschaft" zu den Anschauungen der meisten jener westeuropäischen Persönlichkeiten steht, über die unser tapferer Kritiker so tapfer schreibt, ersieht man aus den folgenden Zitaten, die dem gleichen Buch des Herrn Prokopowitsch entstammen: „... Natürlich ohne Verrat an den Prinzipien..." (159). „Ohne im mindesten unsere Unabhängigkeit, unsere Prinzipientreue zu verletzen..." „Ich lehne ein Kompromiß nur dann ab..., wenn es zur Lossage von Prinzipien oder auch nur zum Verschweigen von Prinzipien führt..." (171). „Ohne Prinzipienlosigkeit hereinzutragen..." (174). „Natürlich ohne die Seele, im gegebenen Fall die Prinzipien, zu verkaufen..." (176). „Jetzt sind die Prinzipien fest aufgestellt..." (183). (Notwendig ist) „ein Kompaß, der uns blindes Umhertappen erspart", gegen „kurzsichtigen Empirismus", gegen „sorgloses Verhalten zu den Prinzipien..." (195). „Die Hauptbedeutung kommt dem prinzipiellen, theoretischen Teil zu..." (103, Teil II) und dgl. mehr.

Zum Schluß noch zwei Zitate: „Wäre der deutsche Sozialdemokratismus ein Ausdruck des Sozialismus und nicht des zum Schutz seiner Interessen in der modernen Gesellschaft auftretenden Proletariats, das zum erstenmal seine Bedeutung erkennt, so würden wir — da doch nicht alle Deutschen Idealisten sind — neben dieser, idealistische Aufgaben verfolgenden Partei eine noch stärkere Partei haben — eine Arbeiterpartei, die die praktischen Interessen des nicht idealistischen Teils des deutschen Proletariats vertritt..." „Wenn der Sozialismus in dieser Bewegung nicht die Rolle eines einfachen Zeichens spielte, das eine bestimmte Organisation kennzeichnet, wenn er eine treibende Idee, ein Prinzip wäre, das von den Mitgliedern der Partei einen bestimmten spezifischen Dienst

verlangt — dann würde die sozialistische Partei sich von der gemeinsamen Arbeiterpartei abtrennen, und die Masse des Proletariats, das auf dem Boden der bestehenden Ordnung nach besseren Verhältnissen strebt und wenig an eine ideale Zukunft denkt, würde eine selbständige Arbeiterpartei bilden." Der Leser wird wahrscheinlich abermals glauben...

*Geschrieben Ende 1899.*
*Zuerst veröffentlicht 1928 im Lenin-Sammelband VII.*

*Nach dem Manuskript.*

REZENSION

## KARL KAUTSKY, Bernstein und das sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik

... In der Einleitung entwickelt Kautsky einige höchst wertvolle und treffende Gedanken über die Frage, welche Bedingungen eine ernste und gewissenhafte Kritik erfüllen muß, wenn sich die Kritiker nicht in den engen Grenzen seelenloser Pedanterie und Stubengelehrsamkeit abschließen wollen, wenn sie die innige und untrennbare Verbindung der „theoretischen Vernunft" mit der „praktischen Vernunft", mit der praktischen Vernunft nicht einzelner Persönlichkeiten, sondern der in verschiedenen Verhältnissen lebenden Bevölkerungsmassen nicht aus dem Auge verlieren wollen. Natürlich, die Wahrheit geht über alles — sagt Kautsky —, und wenn Bernstein aufrichtig zu der Überzeugung gelangt ist, daß seine früheren Ansichten falsch waren, so ist es seine direkte Pflicht, seine Meinung mit aller Bestimmtheit zum Ausdruck zu bringen. Das Unglück ist aber gerade, daß es Bernstein an Geradheit und Bestimmtheit fehlt: seine Broschüre ist erstaunlich „enzyklopädisch" (wie bereits Antonio Labriola in einer französischen Zeitschrift bemerkte), sie berührt eine Menge von Problemen, eine Unmasse von Fragen, aber *in keiner einzigen* dieser Fragen gibt sie eine geschlossene und präzise Darlegung der neuen Ansichten des Kritikers. Der Kritiker legt lediglich seine Zweifel dar, er läßt die schwierigen und komplizierten Fragen, kaum von ihm berührt, gleich wieder fallen, ohne sie selbständig zu entwickeln. Daher ereignet sich auch das Merkwürdige — bemerkt Kautsky sarkastisch —, daß die Anhänger Bernsteins sein Buch auf die verschiedensten Arten auslegen, während die Gegner Bernsteins ihn alle in gleicher Weise auffassen. Der Haupteinwurf aber, den Bernstein gegen seine Widersacher erhebt, besteht darin, sie verstünden ihn nicht, sie wollten ihn nicht ver-

stehen. Die ganze Reihe von Artikeln in Zeitschriften und Zeitungen, in denen Bernstein seinen Gegnern antwortete, hat jedoch in keiner Weise eine Klarstellung seiner positiven Ansichten gebracht.

Kautsky beginnt seine Antikritik mit der Frage der Methode. Er untersucht die Einwürfe Bernsteins gegen die materialistische Geschichtsauffassung und zeigt, daß Bernstein den Begriff „*deterministisch*" mit dem Begriff „mechanistisch", die Freiheit des Wollens mit der Freiheit des Handelns verwechselt, daß er ohne jeden Grund die historische Notwendigkeit mit einer ausweglosen Zwangslage der Menschen identifiziert hat. Die abgedroschene Anschuldigung, die Marxsche Geschichtstheorie sei Fatalismus, die auch Bernstein wiederholt, wird schon durch die elementarsten Grundsätze dieser Theorie widerlegt. Man könne nicht alles auf die Entwicklung der Produktivkräfte zurückführen, sagt Bernstein. Man müsse auch anderen Faktoren „Rechnung tragen". – Sehr richtig, antwortet Kautsky, das aber muß doch jeder Forscher tun, von welcher Geschichtsauffassung er sich auch leiten lassen möge. Wer uns veranlassen will, auf die Marxsche Methode zu verzichten, eine Methode, die sich in der Praxis so glänzend bewährt hat und sich weiterhin bewährt, dem bleiben nur zwei Wege: Entweder er sagt sich überhaupt von der Idee der Gesetzmäßigkeit, der Notwendigkeit des historischen Prozesses los, und dann wirft er also alle Versuche einer wissenschaftlichen Begründung der Soziologie über Bord. Oder er muß zeigen, auf welche Weise man aus anderen Faktoren (zum Beispiel ethischen Anschauungen) die Notwendigkeit des historischen Prozesses ableiten kann – er muß das durch eine Analyse zeigen, die wenigstens entfernt einen Vergleich mit der Marxschen Analyse im „Kapital" aushalten kann. Bernstein macht nicht den geringsten Versuch, das zu tun, er beschränkt sich vielmehr auf den inhaltslosen Gemeinplatz, man müsse anderen Faktoren „Rechnung tragen", wobei er *fortfährt*, in seinem Buch die alte materialistische Methode anzuwenden, als ob er sie nicht eben erst für unzulänglich erklärt hätte! Stellenweise wendet Bernstein sogar, wie Kautsky zeigt, diese Methode in einer ganz unzulässig groben und einseitigen Weise an! Weiter richten sich die Beschuldigungen Bernsteins gegen die Dialektik, die angeblich zu willkürlichen Konstruktionen usw. usf. führt. Bernstein wiederholt diese Phrasen (die auch dem russischen Leser schon zum Halse heraushängen), ohne sich im geringsten um den Nachweis zu bemühen,

worin die Unrichtigkeit der Dialektik bestehen soll — ob sich Hegel oder Marx und Engels methodologischer Fehler (und welcher) schuldig gemacht haben. Das einzige, womit Bernstein seine Meinung zu rechtfertigen und zu untermauern sucht, ist die Bemerkung, eines der abschließenden Unterkapitel des „Kapitals" (über die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation) sei „tendenziös". Diese Anschuldigung ist in höchstem Grade abgegriffen: sie wurde von Eugen Dühring, Julius Wolf und vielen anderen in Deutschland erhoben, sie wurde (fügen wir von uns aus hinzu) von Herrn J. Shukowski in den siebziger Jahren und Herrn N. Michailowski in den neunziger Jahren erhoben — von demselben Herrn Michailowski, der seinerzeit Herrn J. Shukowski wegen dieser Anschuldigung der Akrobatik bezichtigte. Und welchen *Beweis* führt Bernstein nun zur Bestätigung dieses abgedroschenen Unsinns an? Nur den folgenden: Marx sei an die „Untersuchung" mit bereits vorher fertigen Resultaten herangegangen, denn das „Kapital" komme 1867 zu derselben Schlußfolgerung, zu der Marx schon in den vierziger Jahren gekommen war. Ein solcher „Beweis" kommt einer Fälschung gleich — antwortet Kautsky —, denn Marx gründete seine Schlußfolgerungen nicht auf eine, sondern auf zwei Untersuchungen, worauf er in dem Vorwort seiner Schrift „Zur Kritik"* auch mit aller Bestimmtheit hinweist (siehe russische Übersetzung „Kritik einiger Grundsätze der politischen Ökonomie"[62]). Die erste Untersuchung erfolgte in den vierziger Jahren, nach dem Ausscheiden von Marx aus der Redaktion der „Rheinischen Zeitung". Marx schied aus der Redaktion aus, weil er über materielle Interessen mitsprechen sollte, sich aber darüber klar war, hierzu nicht genügend vorbereitet zu sein. Von der öffentlichen Bühne — schrieb Marx über sich selbst — zog ich mich in die Studierstube zurück. Also (betont Kautsky mit einem Wink an Bernsteins Adresse) hielt Marx, als in ihm Zweifel auftauchten an der Richtigkeit seiner Urteile über die materiellen Interessen, an der Richtigkeit der damals herrschenden Anschauungen über diese Frage, seine Zweifel nicht für so wichtig, um ein ganzes Buch darüber zu schreiben, um alle und jeden davon zu unterrichten. Nein, Marx machte sich ans Studium, um vom Zweifel an den alten Anschauungen zu positiven neuen Anschauungen zu gelangen. Er begann die französischen Gesellschaftstheorien und die

* „Zur Kritik der politischen Ökonomie". *Die Red.*

englische politische Ökonomie zu studieren. Er näherte sich Engels, der damals den tatsächlichen Zustand der Volkswirtschaft Englands eingehend studierte. Das Ergebnis dieser gemeinsamen Arbeit, dieser *ersten* Untersuchung waren die bekannten Schlußfolgerungen, die beide Schriftsteller mit voller Bestimmtheit Ende der vierziger Jahre darlegten.[63] Im Jahre 1850 ließ Marx sich in London nieder, und die dortigen, wissenschaftlicher Arbeit günstigen Lebensbedingungen bestimmten ihn, „*ganz von vorn* wieder anzufangen und mich durch das neue Material kritisch durchzuarbeiten". („Kritik einiger Grundsätze", 1. Auflage, Seite XI.[64] Hervorgehoben von uns.) Die Frucht dieser *zweiten* Untersuchung, die eine lange Reihe von Jahren in Anspruch nahm, waren die Werke: „Zur Kritik" (1859) und „Das Kapital" (1867). Die Schlußfolgerung, zu der das „Kapital" gelangte, stimmt mit der früheren Schlußfolgerung der vierziger Jahre überein, weil die zweite Untersuchung die Ergebnisse der ersten bestätigte. „Meine Ansichten, wie man sie immer beurteilen mag", sind „das Ergebnis gewissenhafter und langjähriger Forschung", schrieb Marx im Jahre 1859 (ebenda, S. XII).[65] Sieht das, fragt Kautsky, nach Schlußfolgerungen aus, die fertig waren, lange bevor die Untersuchung begann?

Von der Frage der Dialektik geht Kautsky zur Frage des Wertes über. Bernstein behauptet, daß die Marxsche Theorie nicht abgeschlossen sei, daß sie viele, „keineswegs völlig aufgeklärte" Probleme offenlasse. Kautsky denkt nicht daran, das zu bestreiten: die Marxsche Theorie ist nicht das letzte Wort der Wissenschaft, sagt er. Die Geschichte bringt sowohl neue Tatsachen als auch neue Forschungsmethoden hervor, die eine Weiterentwicklung der Theorie erfordern. Wenn Bernstein den Versuch gemacht hätte, sich neuer Tatsachen und neuer Forschungsmethoden zur Weiterentwicklung der Theorie zu bedienen, so wären ihm alle dankbar. Aber daran denkt Bernstein gar nicht, er beschränkt sich vielmehr auf billige Ausfälle gegen die Schüler von Marx und auf völlig unklare, rein eklektische Bemerkungen wie die, daß die Grenznutzentheorie der Gossen-Jevons-Böhmschen Schule nicht weniger richtig sei als die Marxsche Theorie des Arbeitswertes. Beide Theorien behalten für verschiedene Zwecke ihre Bedeutung — sagt Bernstein —, denn Böhm-Bawerk hat a priori ein ebensolches Recht, von der Eigenschaft der Waren, durch Arbeit erzeugt zu sein, zu abstrahieren, wie Marx von der Eigenschaft der

Waren, Gebrauchswert zu sein. Kautsky erklärt, daß es völliger Unsinn ist, zwei gegensätzliche, einander ausschließende Theorien als für verschiedene Zwecke geeignet anzusehen (wobei Bernstein nicht sagt, für welche Zwecke die eine oder die andere Theorie geeignet ist). Die Frage ist überhaupt nicht, von welcher Eigenschaft der Waren wir a priori (von Hause aus*) abstrahieren dürfen, sondern, wie die Grunderscheinungen der gegenwärtigen, auf Produkten*austausch* beruhenden Gesellschaft, wie der Wert der Waren, die Funktion des Geldes usw. zu erklären sind. Mag die Marxsche Theorie noch eine Reihe ungeklärter Probleme offenlassen, die Werttheorie Bernsteins aber ist ganz gewiß ein völlig ungeklärtes Problem. Bernstein zitiert weiterhin Buch, der den Begriff der „Grenzdichtigkeit" der Arbeit konstruiert hat; Bernstein gibt jedoch weder eine vollständige Darstellung der Ansichten Buchs noch eine bestimmte Erklärung über seine eigene Meinung in dieser Frage. Buch aber verwickelt sich offensichtlich in Widersprüche, wenn er den Wert vom Arbeitslohn und den Arbeitslohn vom Wert abhängig macht. Da Bernstein den Eklektizismus seiner Bemerkungen über den Wert empfindet, so versucht er, die Eklektik überhaupt zu verteidigen. Er bezeichnet sie als die „Rebellion des nüchternen Verstandes gegen die jeder Doktrin innewohnende Neigung, den Gedanken in spanische Stiefel einzuschnüren". Wenn sich Bernstein die Geschichte der geistigen Entwicklung vergegenwärtigt — antwortet Kautsky —, so wird er finden, daß die großen Rebellen gegen die Einschnürung des Geistes in spanische Stiefel niemals Eklektiker waren, daß ihnen immer das Streben nach Einheit, nach Geschlossenheit der Anschauungen eigen war. Der Eklektiker dagegen ist viel zu schüchtern, um eine Rebellion zu wagen. Wenn ich eine höfliche Verbeugung vor Marx und zu gleicher Zeit eine höfliche Verbeugung vor Böhm-Bawerk mache, so ist das noch lange keine Rebellion! Möge man mir, sagt Kautsky, auch nur einen einzigen Eklektiker in der Republik der Geister nennen, der den Namen eines Rebellen verdient!

Von der Methode zu den Ergebnissen der Anwendung der Methode kommend, geht Kautsky auf die sogenannte Zusammenbruchstheorie* ein, die Theorie des plötzlichen Krachs des westeuropäischen Kapitalismus, eines Krachs, den Marx für unvermeidlich gehalten und mit einer gewaltigen Wirtschaftskrise verknüpft haben soll. Kautsky erklärt und

* Diese Worte bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

beweist, daß Marx und Engels niemals eine besondere Zusammenbruchstheorie* aufgestellt, daß sie den Zusammenbruch* nicht unbedingt mit einer Wirtschaftskrise verknüpft haben. Das ist eine Entstellung der Gegner, die die Marxsche Theorie einseitig auslegen, die sinnlos einzelne Stellen aus einzelnen Werken herausgreifen, um dann die „Einseitigkeit" und „Grobheit" der Theorie siegreich zu widerlegen. In Wirklichkeit machten Marx und Engels die Umgestaltung der ökonomischen Verhältnisse Westeuropas abhängig von der Reife und Macht der von der neuesten Geschichte Europas in den Vordergrund gerückten Klassen. Bernstein versuchte die Behauptung aufzustellen, dies sei nicht die Theorie von Marx, sondern ihre Auslegung und Erweiterung durch Kautsky; Kautsky aber widerlegte durch genaue Zitate aus den Marxschen Werken der vierziger und sechziger Jahre sowie durch eine Analyse der Grundideen des Marxismus völlig diesen wirklich rabulistischen Winkelzug Bernsteins, der die Schüler von Marx mit solcher Dreistigkeit der „Apologetik und Rabulistik" beschuldigte. Diese Stelle in Kautskys Buch ist besonders interessant, um so mehr, als einige russische Schriftsteller (zum Beispiel Herr Bulgakow in der Zeitschrift „Natschalo") es sehr eilig hatten, die erwähnte Entstellung der Marxschen Theorie, die Bernstein als „Kritik" servierte, zu wiederholen (diese Entstellung wiederholt auch Herr Prokopowitsch in seinem Buch „Die Arbeiterbewegung im Westen", St. Petersburg 1899).

Besonders eingehend untersucht Kautsky die Grundtendenzen der heutigen ökonomischen Entwicklung, um die Meinung Bernsteins zu widerlegen, daß diese Entwicklung nicht in der von Marx charakterisierten Richtung verlaufe. Es versteht sich von selbst, daß das Kapitel „Großbetrieb und Kleinbetrieb" sowie die anderen Kapitel des Kautskyschen Buches, die der ökonomischen Analyse gewidmet sind und ein ziemlich umfangreiches Zahlenmaterial enthalten, hier nicht ausführlich dargelegt werden können, so daß wir uns darauf beschränken müssen, kurz auf ihren Inhalt hinzuweisen. Kautsky unterstreicht, daß nur von der Richtung der Entwicklung im großen und ganzen die Rede ist, keineswegs aber von Einzelheiten und an der Oberfläche liegenden Erscheinungen, die in ihrer Vielgestaltigkeit von *keiner* Theorie berücksichtigt werden können. (Diese einfache, aber oft vergessene Wahrheit bringt auch Marx in den

* Diese Worte bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

entsprechenden Kapiteln des „Kapitals" dem Leser in Erinnerung.) Durch eine ausführliche Analyse der Daten der deutschen Berufs- und Betriebszählungen von 1882 und 1895 zeigt Kautsky, daß diese Daten die Marxsche Theorie glänzend bestätigt und den Prozeß der Konzentration des Kapitals und der Verdrängung des Kleinbetriebs außer jeden Zweifel gestellt haben. Bernstein selbst erkannte noch 1896 (als er selbst noch – bemerkt Kautsky ironisch – zu der Zunft der Apologeten und Rabulisten gehörte) in voller Entschiedenheit diese Tatsache an, jetzt aber übertreibt er die Stärke und Bedeutung des Kleinbetriebs maßlos. Zum Beispiel gibt Bernstein die Zahl der Betriebe, die weniger als 20 Arbeiter beschäftigen, mit mehreren Hunderttausend an, wobei er „offenbar in seinem Eifer um eine pessimistische Null zuviel sieht", denn derartige Betriebe gibt es in Deutschland nur 49000. Und wen rechnet dabei die Statistik nicht alles zu den kleinen Unternehmern: Droschkenkutscher, Boten, Totengräber, Obstfrauen, Näherinnen, auch wenn diese bei sich zu Hause für den Kapitalisten arbeiten, usw. usf.! Hervorheben wollen wir die in theoretischer Hinsicht besonders wichtige Bemerkung Kautskys, nach der die kleinen Handels- und Gewerbebetriebe (in der Art der obengenannten) in der kapitalistischen Gesellschaft oft nur eine Form der relativen Übervölkerung darstellen: ruinierte Kleinproduzenten sowie Arbeiter, die keine Beschäftigung finden, werden (manchmal zeitweise) zu Kleinhändlern und Hausierern, zu Zimmer- und Schlafstellenvermietern (auch das sind „Unternehmungen", die von der Statistik ebenso wie Unternehmungen jeder anderen Art registriert werden!) usw. Die Überfüllung dieser Berufe beweist keineswegs die Lebenskraft des Kleinbetriebs, sondern das Anwachsen der Armut in der kapitalistischen Gesellschaft. Bernstein aber betont und übertreibt die Bedeutung der kleinen „Gewerbetreibenden", wenn das seiner Meinung nach für ihn spricht (in der Frage des Groß- und Kleinbetriebs), und schweigt von ihnen, wenn das gegen ihn spricht (in der Frage der zunehmenden Armut).

Bernstein wiederholt das auch dem russischen Publikum längst bekannte Gerede, daß die Aktiengesellschaften es „erlauben", das Kapital zu zersplittern, daß sie seine Konzentration „überflüssig" machen; er führt einige Angaben (vgl. „Shisn" Nr. 3 von 1899) über die Zahl der Kleinaktien an. Kautsky antwortet, daß diese Zahlen überhaupt nichts beweisen, denn die Kleinaktien verschiedener Gesellschaften können das

Eigentum von Großkapitalisten sein (was auch Bernstein zugeben muß). Zur Bestätigung der Behauptung, die Aktiengesellschaften *vergrößerten* die Zahl der Besitzenden, führt Bernstein absolut keinerlei Beweise an, und er kann das auch nicht, denn die Aktiengesellschaften dienen in Wirklichkeit dazu, das leichtgläubige und weniger vermögende Publikum zum Nutzen der großen Kapitalisten und Spekulanten zu expropriieren. Die steigende Zahl der Aktien weist lediglich darauf hin, daß der Reichtum die Tendenz hat, die Form der Aktie anzunehmen, über die Verteilung dieses Reichtums aber sagt dieses Ansteigen gar nichts. Überhaupt hat Bernstein die Frage der Zunahme der Zahl der Besitzenden, der Zahl der Eigentümer erstaunlich leichtfertig behandelt, was aber seine bürgerlichen Anhänger nicht hinderte, gerade diesen Teil seines Buches herauszustreichen und zu verkünden, er beruhe auf einem „kolossalen Zahlenmaterial". Bernstein erwies sich als so geschickt, bemerkt Kautsky ironisch, daß er dieses kolossale Material auf nicht ganz zwei Druckseiten untergebracht hat! Er verwechselt Besitzende und Kapitalisten, obwohl die Zunahme der Zahl der letzteren von niemand bestritten wurde. Er nimmt Daten über die Einkommensteuer, ignoriert aber ihren fiskalischen Charakter und die Vermischung von Einkommen aus Besitz mit Einkommen aus Gehalt usw. Er vergleicht statistische Zahlen aus verschiedenen Zeiten, die auf verschiedene Art zustande gekommen und daher nicht vergleichbar sind (z. B. über Preußen). Er geht sogar so weit, Angaben über die wachsende Zahl der Besitzenden in England dem Feuilleton irgendeines Boulevardblättchens zu entnehmen, das das Jubiläum der Königin Viktoria besingt und mit der Statistik nec plus ultra* leichtfertig verfährt (und bringt diese Zahlen sogar in Fettdruck, als seinen Haupttrumpf!). Die Quelle dieser Angaben ist unbekannt, ja, es ist überhaupt unmöglich, derartige Angaben auf Grund von Daten über die englische Einkommensteuer zu erhalten, denn aus diesen Daten lassen sich die Anzahl der Steuerzahler und das Gesamteinkommen jedes Steuerzahlers nicht bestimmen. Kautsky entnimmt einem Buche Kolbs Angaben über die englische Einkommensteuer für die Jahre 1812–1847 und zeigt, daß sie ganz ebenso wie die Feuilletondaten Bernsteins eine (scheinbare) Zunahme der Zahl der Besitzenden zeigen – und das in einer Zeit, in der in England das furchtbarste Elend des Volkes ungeheuerlich zunahm. Die eingehende

* in höchstem Maße. *Die Red.*

Analyse der Angaben Bernsteins bringt Kautsky zu der Schlußfolgerung, daß Bernstein nicht eine einzige Zahl angeführt hat, die wirklich eine Zunahme der Zahl der Besitzenden beweist.

Bernstein versucht diese Erscheinung auch theoretisch abzuleiten: Die Kapitalisten können, so sagt er, doch nicht den gesamten Mehrwert, dessen Menge so kolossal anwächst, selbst verzehren; also wächst die Zahl der Besitzenden, die ihn konsumieren. Es kostet Kautsky keine große Mühe, diesen komischen Gedankengang zu widerlegen, der die Marxsche Realisationstheorie völlig ignoriert (in der russischen Literatur wurde diese Theorie bereits mehrmals dargelegt). Besonders interessant ist, daß ihn Kautsky nicht nur durch theoretische Erwägungen widerlegt, sondern auch durch konkrete Angaben, die vom Wachstum des Luxus und der Verschwendung in den westeuropäischen Ländern zeugen, von dem Einfluß der schnell wechselnden Mode, die diesen Prozeß so verschärft, von der Masse der Arbeitslosen, von dem gewaltigen Anwachsen der „produktiven Konsumtion" des Mehrwerts, d. h. der Anlage von Kapital in neuen Unternehmen, besonders von europäischem Kapital in Eisenbahnen und anderen Unternehmungen in Rußland, Asien und Afrika.

Bernstein erklärt die Marxsche „Elendstheorie" oder „Verelendungstheorie" für allgemein aufgegeben. Kautsky zeigt, daß es sich hier wieder um eine verfälschende Übertreibung der Gegner handelt und Marx eine derartige Theorie überhaupt nicht aufgestellt hat. Marx sprach von der Zunahme des Elends, der Erniedrigung usw., wobei er zugleich auch auf die entgegenwirkende Tendenz und auf die realen gesellschaftlichen Kräfte hinwies, die allein imstande sind, diese Tendenz hervorzurufen. Die Marxschen Worte von der Zunahme des Elends werden durch die Tatsachen voll und ganz bestätigt: erstens sehen wir wirklich, daß der Kapitalismus die Tendenz hat, Elend zu erzeugen und es zu verstärken, ein Elend, das gewaltige Ausmaße erreicht, wenn die obenerwähnte entgegenwirkende Tendenz fehlt. Zweitens wächst das Elend nicht im physischen, sondern im sozialen Sinne, d. h. in dem Sinne, daß das steigende Niveau der Bedürfnisse der Bourgeoisie und der Bedürfnisse der ganzen Gesellschaft im Mißverhältnis steht zum Lebensniveau der werktätigen Massen. Bernstein bemerkte zu einer solchen Auffassung des „Elends" ironisch, daß das sozusagen eine Auffassung im Pickwickschen Sinne sei. Kautsky zeigt als Entgegnung hierauf, daß Männer wie Lassalle, Rod-

bertus, Engels mit völliger Bestimmtheit auf die Notwendigkeit hingewiesen haben, den Begriff des Elends nicht nur im physischen, sondern auch im sozialen Sinne aufzufassen. Im „Klub der Pickwickier" — pariert er die Ironie Bernsteins — versammelt sich, wie ihr seht, keine so üble Gesellschaft! Drittens schließlich behalten die Worte von der Zunahme des Elends ihre ganze Richtigkeit in bezug auf die „Grenzgebiete" des Kapitalismus, wobei man das Wort Grenze sowohl im geographischen Sinne (Länder, in die der Kapitalismus eben einzudringen beginnt, wobei er oft nicht nur physisches Elend, sondern auch direkten Hunger für die Masse der Bevölkerung hervorruft) wie auch im ökonomischen Sinne (Hausindustrie und überhaupt Volkswirtschaftszweige, in denen noch rückständige Produktionsweisen erhalten sind) auffassen muß.

Äußerst interessant und besonders lehrreich für uns Russen ist auch das Kapitel „Der neue Mittelstand". Hätte Bernstein nur sagen wollen, daß an Stelle der untergehenden kleinen Produzenten ein neuer Mittelstand — die Intelligenz — entsteht, so hätte er, sagt Kautsky, recht gehabt. Kautsky weist darauf hin, daß er schon vor einigen Jahren die große Bedeutung dieser Erscheinung hervorgehoben hat. Der Kapitalismus erhöht auf allen Gebieten der Volksarbeit mit besonderer Schnelligkeit die Zahl der *Angestellten*, seine Nachfrage nach Angehörigen der Intelligenz wird immer größer. Diese letztere nimmt unter den anderen Klassen eine eigenartige Stellung ein, sie schließt sich teilweise — ihren Verbindungen, ihren Anschauungen usw. nach — der Bourgeoisie an und teilweise — in dem Maße, wie der Kapitalismus den Intellektuellen immer mehr und mehr *seiner selbständigen Stellung beraubt, ihn in einen abhängigen besoldeten* Angestellten verwandelt und sein Lebensniveau zu senken droht — den Lohnarbeitern. Die labile, widerspruchsvolle Übergangsstellung der hier betrachteten Gesellschaftsschicht kommt darin zum Ausdruck, daß jene zwieschlächtigen, eklektischen Anschauungen unter ihr besonders weit verbreitet sind, jener Mischmasch entgegengesetzter Prinzipien und Ansichten, jenes Bestreben, sich in Worten in die erhabensten Sphären zu erheben und die Konflikte der historischen Bevölkerungsgruppen durch Phrasen zu vertuschen — Anschauungen, die Marx vor einem halben Jahrhundert mit seinen Sarkasmen so schonungslos geißelte.

In dem Kapitel über die Krisentheorie zeigt Kautsky, daß Marx keineswegs eine „Theorie" vom zehnjährigen Zyklus der Industriekrisen auf-

gestellt, sondern lediglich eine Tatsache konstatiert hat. Daß dieser Zyklus sich in letzter Zeit ändert, ist von Engels selbst festgestellt worden. Man behauptet, die Unternehmerkartelle könnten den Krisen entgegenwirken, indem sie die Produktion einschränken und regulieren. Nun, Amerika ist doch ein Land der Kartelle — aber statt einer Einschränkung finden wir dort ein gewaltiges Ansteigen der Produktion. Ferner, wenn die Kartelle die Produktion für den inneren Markt einschränken, erweitern sie die Produktion für den äußeren Markt, auf dem sie die Waren zu Schleuderpreisen absetzen, während sie den einheimischen Verbrauchern Monopolpreise abnehmen. Unter dem Schutzzollsystem ist dieses Verfahren unvermeidlich, auf eine Ablösung des Schutzzollsystems durch das System des Freihandels zu rechnen, besteht aber keinerlei Grund. Indem die Kartelle die kleinen Fabriken schließen, die Produktion konzentrieren und monopolisieren, technische Neuerungen einführen, verschlechtern sie bedeutend die Lage der Produzenten. Bernstein glaubt, die Spekulation, die zu Krisen führt, werde in dem Maße schwächer werden, wie die Bedingungen des Weltmarkts aus unwißbaren zu wißbaren und bekannten Bedingungen werden; er vergißt aber, daß gerade die „unwißbaren" Bedingungen der neuen Länder der Spekulation in den alten Ländern einen mächtigen Auftrieb geben. Kautsky zeigt an Hand von statistischen Daten das Anwachsen der Spekulation besonders in den letzten Jahren sowie die Zunahme der Anzeichen, die eine Krise in nicht sehr ferner Zeit voraussagen.

Aus dem restlichen Teil des Kautskyschen Buches erwähnen wir die Analyse jener Verwirrung, in die Leute geraten, die (ähnlich wie Herr S. Prokopowitsch in dem angeführten Werk) die ökonomische Macht bestimmter Gruppen mit ihren ökonomischen Organisationen verwechseln; wir erwähnen den Hinweis Kautskys, daß Bernstein Bedingungen der gegenwärtigen historischen Situation von nur begrenzter Dauer zu einem allgemeinen Gesetz erhebt — die Widerlegung der falschen Ansichten Bernsteins über das Wesen der Demokratie —; ferner die Klarstellung eines statistischen Fehlers bei Bernstein, der die Zahl der Industriearbeiter in Deutschland mit der Zahl der Wähler verglich, dabei aber die Kleinigkeit vergessen hat, daß in Deutschland nicht alle Arbeiter (sondern nur Männer, die mindestens 25 Jahre alt sind) das Stimmrecht haben und daß sich nicht alle an den Wahlen beteiligen. Wir können dem Leser, der sich für

die Bedeutung des Bernsteinschen Buches und die Polemik, die es hervorgerufen hat, interessiert, nur mit allem Nachdruck empfehlen, zu der deutschen Literatur zu greifen und keinesfalls jenen voreingenommenen und einseitigen Urteilen der Anhänger der Eklektik zu vertrauen, die in der russischen Literatur dominieren. Wir haben gehört, daß beabsichtigt ist, einen Teil des behandelten Kautskyschen Buches ins Russische zu übertragen. Das wäre sehr wünschenswert, ersetzt jedoch nicht die Bekanntschaft mit dem Original.

*Geschrieben Ende 1899.*
*Zuerst veröffentlicht 1928 im Lenin-Sammelband VII.*

*Nach dem Manuskript.*

# ARTIKEL FÜR DIE „RABOTSCHAJA GASETA“ [66]

*Geschrieben im zweiten Halbjahr 1899.*
*Zuerst veröffentlicht 1925 im Lenin-Sammelband III.*

*Nach Abschriften von unbekannter Hand.*

# BRIEF AN DIE REDAKTEURGRUPPE

Werte Genossen!

Ihrem Ersuchen entsprechend schicke ich drei Artikel für die Zeitung, dabei halte ich es für notwendig, einige Worte über meine Mitarbeit überhaupt und den Verkehr zwischen uns im besonderen zu sagen.

Auf Grund Ihrer vorigen Mitteilung hatte ich mir die Sache so vorgestellt, daß Sie eine Verlagsfirma gründen und mir die Redigierung einer Serie sozialdemokratischer Broschüren überlassen wollten.

Jetzt sehe ich, daß die Sache anders organisiert wird, daß Sie eine eigene Redaktion gegründet haben, die mit der Herausgabe einer Zeitung beginnt und mich zur Mitarbeit einlädt.

Ich stimme selbstverständlich auch diesem Vorschlag gern zu, muß jedoch dabei sagen, daß ich eine erfolgreiche Mitarbeit *nur unter den folgenden Bedingungen* für möglich halte: 1. *Ordnungsgemäßer* Verkehr der Redaktion mit dem Mitarbeiter, der über das Schicksal aller Manuskripte (Annahme, Ablehnung, Änderung) *in Kenntnis gesetzt* werden muß und dem *alle Veröffentlichungen Ihrer Firma mitgeteilt* werden müssen; 2. Zeichnung meiner Artikel mit einem besonderen Pseudonym (wenn das von mir eingesandte verlorengegangen ist, so wählen Sie selbst ein beliebiges aus); 3. Übereinstimmung zwischen Redaktion und Mitarbeiter in den grundlegenden Ansichten über theoretische Fragen, die nächsten praktischen Aufgaben und den Charakter der wünschenswerten Beschaffenheit der Zeitung (bzw. der Broschürenserie).

Ich hoffe, daß die Redaktion diesen Bedingungen zustimmen wird, und gehe, um recht bald eine Verständigung zwischen uns herbeizuführen, gleich jetzt auf die Fragen kurz ein, die mit der dritten Bedingung zusammenhängen.

Sie finden, wie mir geschrieben wird, daß die „alte Strömung stark ist" und daß keine besondere Notwendigkeit vorliegt, gegen die Bernsteiniade und ihre russischen Widerspiegelungen zu polemisieren. Ich halte diese Ansicht für zu optimistisch. Bernsteins öffentliche Erklärung, die Mehrheit der russischen Sozialdemokraten sei mit ihm einverstanden[67]; die Spaltung zwischen den „jungen" russischen Sozialdemokraten im Ausland und der Gruppe „Befreiung der Arbeit"[68], die sowohl die Gründerin als auch die Vertreterin und treueste Hüterin der „alten Strömung" ist; die Anstrengungen der „Rabotschaja Mysl", nur ja irgendein neues Wort zu sagen, gegen die „umfassenden" politischen Aufgaben zu kämpfen, die kleinen Angelegenheiten und die Handwerklerei zu verherrlichen, über die „revolutionären Theorien" fad zu ironisieren (Nr. 7, „Im Vorbeigehen"); schließlich die völlige Zerfahrenheit der legalen marxistischen Literatur und das eifrige Bestreben des Gros ihrer Vertreter, die modische „Kritik" der Bernsteinianer zu übernehmen — all das zeigt meiner Ansicht nach klar, daß die Wiederherstellung der „alten Strömung" und ihre energische Verteidigung geradezu die Forderung des Tages ist.

Wie ich die Aufgabe der Zeitung und den Plan ihrer Leitung auffasse, werden Sie aus den Artikeln ersehen, und ich möchte sehr gern wissen, inwieweit wir in dieser Frage solidarisch sind (die Artikel sind leider etwas hastig geschrieben: es wäre für mich überhaupt sehr wichtig, die äußersten Termine für die Ablieferung der Artikel zu kennen).

Gegen die „Rabotschaja Mysl", glaube ich, *muß direkt die Polemik eröffnet werden*, zu diesem Zweck aber würde ich bitten, mir die *Nummern 1/2, 6 und ab 8, außerdem den „Proletarischen Kampf"*[69] zu besorgen. Die letztere Broschüre brauche ich auch, um sie in der Zeitung zu rezensieren.

Was die Länge betrifft, schreiben Sie, soll ich mir keinen Zwang auferlegen. Ich gedenke, solange eine Zeitung da ist, Zeitungsartikeln den Vorzug zu geben und in ihnen sogar Broschürenthemen zu behandeln, wobei ich es mir vorbehalte, diese Artikel dann später zu kleinen Broschüren umzuarbeiten. Die Themen, mit denen ich mich in nächster Zukunft zu befassen gedenke, sind folgende: 1. der Programmentwurf — ich schicke den Artikel bald[70]; 2. Fragen der Taktik und der Organisation, die vom kommenden Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands[71] zu erörtern sein werden; 3. eine Broschüre über Verhaltungs-

maßregeln für Arbeiter und Sozialisten in der Freiheit, im Gefängnis und in der Verbannung. Nach dem Muster der polnischen Broschüre („Verhaltungsmaßregeln" – ich würde bitten, sie mir, wenn möglich, zu besorgen); 4. über Streiks (I – ihre Bedeutung, II – die Streikgesetze, III – Übersicht über einige Streiks der letzten Jahre); 5. eine Broschüre „Die Frau und die Arbeitersache" und anderes.

Wünschenswert wäre es, ungefähr zu wissen, über welches Material die Redaktion verfügt, um Wiederholungen zu vermeiden und keine Fragen in Angriff zu nehmen, die schon „erschöpfend" behandelt wurden.

Ich erwarte die Antwort der Redaktion durch die gleiche Übermittlungsinstanz. (*Außer diesem Weg hatte und habe ich keinen anderen Weg zu Ihrer Gruppe.*)

*J. P.*[72]

## UNSER PROGRAMM

Die internationale Sozialdemokratie macht gegenwärtig ideologische Schwankungen durch. Bisher galten die Lehren von Marx und Engels als die feste Grundlage der revolutionären Theorie – nunmehr werden überall Stimmen laut, diese Lehren seien unzulänglich und veraltet. Wer sich einen Sozialdemokraten nennt und mit einem sozialdemokratischen Organ an die Öffentlichkeit treten will, muß seine Haltung zu dieser Frage, die bei weitem nicht nur die deutschen Sozialdemokraten allein bewegt, genau bestimmen.

Wir stehen völlig auf dem Boden der Marxschen Theorie: erst sie hat den Sozialismus aus einer Utopie zur Wissenschaft gemacht, hat diese Wissenschaft auf feste Grundlagen gestellt und den Weg vorgezeichnet, der beschritten werden muß, um diese Wissenschaft weiterzuentwickeln und in allen Einzelheiten auszuarbeiten. Sie hat das Wesen der modernen kapitalistischen Wirtschaft aufgedeckt, indem sie klarstellte, auf welche Weise die Versklavung von Millionen Besitzloser durch eine Handvoll Kapitalisten, die den Grund und Boden, die Fabriken, die Bergwerke usw. besitzen, durch die Lohnarbeit, den Kauf der Arbeitskraft, verhüllt wird. Sie hat gezeigt, daß die ganze Entwicklung des modernen Kapitalismus dahin geht, den Kleinbetrieb durch den Großbetrieb zu verdrängen, und Bedingungen schafft, die eine sozialistische Gesellschaftsordnung möglich und notwendig machen. Sie hat gelehrt, unter der Hülle eingewurzelter Sitten, politischer Intrigen, verzwickter Gesetze, schlau erdachter Lehren den *Klassenkampf* zu sehen, den Kampf zwischen den besitzenden Klassen aller Art und der Masse der Besitzlosen, dem *Proletariat*, das an der Spitze aller Besitzlosen steht. Sie hat die wirkliche Aufgabe der

revolutionären sozialistischen Partei klargelegt: nicht Pläne zur Umgestaltung der Gesellschaft zu erfinden, nicht den Kapitalisten und ihren Lakaien Predigten zu halten über eine Verbesserung der Lage der Arbeiter, nicht Verschwörungen anzuzetteln, *sondern den Klassenkampf des Proletariats zu organisieren und diesen Kampf zu leiten, dessen Endziel die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und die Organisierung der sozialistischen Gesellschaft ist.*

Und nun fragen wir: Was haben denn jene großmäuligen „Erneuerer" der Theorie, die sich um den deutschen Sozialisten Bernstein gruppieren und gegenwärtig einen solchen Lärm schlagen, Neues zu dieser Theorie beigetragen? *Rein gar nichts:* sie haben die Wissenschaft, deren Weiterentwicklung uns das Vermächtnis von Marx und Engels zur Pflicht macht, nicht um einen Schritt vorwärtsgebracht; sie haben das Proletariat keine neuen Kampfmethoden gelehrt; sie sind lediglich zurückgegangen, haben Bruchstücke rückständiger Theorien übernommen und predigen dem Proletariat keine Theorie des Kampfes, sondern eine Theorie der Nachgiebigkeit, der Nachgiebigkeit gegenüber den ärgsten Feinden des Proletariats, den Regierungen und den bürgerlichen Parteien, die nicht müde werden, neue Mittel zur Hetze gegen die Sozialisten ausfindig zu machen. Plechanow, einer der Begründer und Führer der russischen Sozialdemokratie, hatte durchaus recht, als er schonungslose Kritik an der neuesten „Kritik" Bernsteins[73] übte, dessen Ansichten jetzt auch von den Vertretern der deutschen Arbeiter (auf dem Parteitag in Hannover[74]) abgelehnt wurden.

Wir wissen, daß dieser Worte wegen eine Menge Anschuldigungen auf uns niederprasseln werden; man wird schreien, wir wollten die sozialistische Partei in einen Orden „Rechtgläubiger" verwandeln, der die „Ketzer" wegen Abweichung vom „Dogma", wegen jeder selbständigen Meinung verfolge usw. Wir kennen alle diese effektvollen modischen Phrasen. Nur enthalten sie nicht ein Gran Wahrheit und nicht ein Gran Vernunft. Es kann keine starke sozialistische Partei geben, wenn es keine revolutionäre Theorie gibt, die alle Sozialisten vereinigt, aus der sie all ihre Überzeugungen schöpfen und die sie auf die Methoden ihres Kampfes und ihrer Tätigkeit anwenden; wenn man eine solche Theorie, die man nach bestem Wissen für richtig hält, vor unbegründeten Angriffen und Versuchen, sie zu verschlechtern, schützt, so heißt das noch keineswegs, ein Feind *jeder* Kritik zu sein. Wir betrachten die Theorie von Marx keines-

wegs als etwas Abgeschlossenes und Unantastbares; wir sind im Gegenteil davon überzeugt, daß sie nur das Fundament der Wissenschaft gelegt hat, die die Sozialisten nach allen Richtungen weiterentwickeln *müssen*, wenn sie nicht hinter dem Leben zurückbleiben wollen. Wir sind der Meinung, daß es für die russischen Sozialisten besonders notwendig ist, die Theorie von Marx *selbständig* weiterzuentwickeln, denn diese Theorie liefert lediglich die allgemeinen *Leit*sätze, die *im einzelnen* auf England anders angewandt werden als auf Frankreich, auf Frankreich anders als auf Deutschland, auf Deutschland anders als auf Rußland. Darum werden wir in unserer Zeitung gern Artikel über theoretische Fragen bringen und fordern alle Genossen zu einer offenen Erörterung der strittigen Punkte auf.

Welches sind nun die Hauptfragen, die bei der Anwendung des allen Sozialdemokraten gemeinsamen Programms auf Rußland entstehen? Wir haben schon gesagt, daß das Wesen dieses Programms darin besteht, den Klassenkampf des Proletariats zu organisieren und diesen Kampf zu leiten, dessen Endziel die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft ist. Der Klassenkampf des Proletariats besteht aus dem ökonomischen Kampf (Kampf gegen einzelne Kapitalisten oder gegen einzelne Kapitalistengruppen für die Verbesserung der Lage der Arbeiter) und dem politischen Kampf (Kampf gegen die Regierung für die Erweiterung der Rechte des Volkes, d. h. für Demokratie, sowie für die Erweiterung der politischen Macht des Proletariats). Manche russischen Sozialdemokraten (zu ihnen gehören offenbar diejenigen, die die Zeitung „Rabotschaja Mysl" leiten) halten den ökonomischen Kampf für unvergleichlich wichtiger, den politischen Kampf aber vertagen sie offenbar auf eine mehr oder weniger ferne Zukunft. Eine solche Ansicht ist völlig falsch. Alle Sozialdemokraten stimmen darin überein, daß es notwendig ist, den ökonomischen Kampf der Arbeiterklasse zu organisieren; daß es notwendig ist, auf diesem Gebiet unter den Arbeitern Agitation zu betreiben, d. h. den Arbeitern in ihrem täglichen Kampf gegen die Unternehmer zu helfen, ihr Augenmerk auf alle Arten und Fälle von Unterdrückung zu lenken und ihnen auf diese Weise die Notwendigkeit des Zusammenschlusses klarzumachen. Aber über dem ökonomischen Kampf den politischen Kampf vergessen hieße den grundlegenden Leitsatz der internationalen Sozialdemokratie aufgeben, hieße vergessen, was die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung

lehrt. Eingeschworene Parteigänger der Bourgeoisie und der in ihrem Dienst stehenden Regierung haben mehrmals sogar versucht, rein ökonomische Arbeitervereinigungen zu organisieren und die Arbeiter auf diese Weise von der „Politik", vom Sozialismus abzulenken. Es ist sehr wohl möglich, daß auch die russische Regierung imstande ist, etwas Ähnliches ins Werk zu setzen, denn sie hat stets versucht, dem Volk dürftige Almosen oder richtiger Scheinalmosen hinzuwerfen, nur um es vom Gedanken an seine Rechtlosigkeit und seine Unterdrückung abzulenken. Kein wirtschaftlicher Kampf kann den Arbeitern eine dauerhafte Verbesserung ihrer Lage bringen, ja, er kann nicht einmal in großem Ausmaß geführt werden, wenn die Arbeiter nicht das Recht haben, frei Versammlungen zu veranstalten und Verbände zu gründen, eigene Zeitungen zu haben und ihre Vertreter in die Volksvertretungen zu entsenden, wie es die Arbeiter Deutschlands und aller anderen europäischen Länder (mit Ausnahme der Türkei und Rußlands) tun. Um aber diese Rechte zu erlangen, muß man einen *politischen Kampf* führen. In Rußland sind nicht nur die Arbeiter, sondern alle Staatsbürger überhaupt der politischen Rechte beraubt. Rußland ist eine autokratische, eine absolute Monarchie. Der Zar allein erläßt Gesetze, setzt Beamte ein und überwacht sie. Infolgedessen hat es den *Anschein*, als seien in Rußland der Zar und die Zarenregierung unabhängig von allen Klassen und als sorgten sie für alle in gleichem Maße. *In Wirklichkeit* aber werden alle Beamten ausschließlich aus der Klasse der Besitzenden genommen, und alle stehen unter dem Einfluß der Großkapitalisten, in deren Händen die Minister wie Wachs sind und die alles erreichen, was sie wollen. Auf der russischen Arbeiterklasse lastet ein doppeltes Joch: sie wird von den Kapitalisten und den Gutsbesitzern ausgeraubt und ausgeplündert, und damit sie gegen diese nicht kämpfen kann, fesselt die Polizei sie an Händen und Füßen, macht sie mundtot und verfolgt jeden Versuch, die Rechte des Volkes zu verteidigen. Jeder Streik gegen einen Kapitalisten führt dazu, daß Militär und Polizei auf die Arbeiter losgelassen werden. Jeder wirtschaftliche Kampf verwandelt sich zwangsläufig in einen politischen, und die Sozialdemokratie muß beide untrennbar zum *einheitlichen Klassenkampf des Proletariats* verbinden. Das erste und wichtigste Ziel dieses Kampfes muß die Eroberung politischer Rechte, *die Eroberung der politischen Freiheit* sein. Wenn die Petersburger Arbeiter mit geringer Unterstützung der

Sozialisten allein imstande waren, in kurzer Frist von der Regierung ein Zugeständnis zu erringen: den Erlaß des Gesetzes über die Verkürzung des Arbeitstages[75], so wird die gesamte russische Arbeiterklasse, geführt von der einheitlichen „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands", durch beharrlichen Kampf weit wichtigere Zugeständnisse erringen können.

Die russische Arbeiterklasse ist imstande, ihren ökonomischen und politischen Kampf auch allein zu führen, selbst wenn ihr von keiner anderen Klasse geholfen werden sollte. Doch im politischen Kampf stehen die Arbeiter nicht allein. Die völlige Rechtlosigkeit des Volkes und die brutale Willkür der Beamtenbüttel empören auch alle einigermaßen ehrlichen gebildeten Menschen, die sich mit der Verfolgung jedes freien Wortes und jedes freien Gedankens nicht abfinden können, sie empören die verfolgten Polen, Finnen, Juden, die russischen Sektenanhänger, sie empören die kleinen Kaufleute, Gewerbetreibenden, Bauern, die vor den Bedrückungen durch die Beamten und die Polizei nirgends Schutz finden können. Alle diese Bevölkerungsgruppen sind, einzeln genommen, zu einem beharrlichen politischen Kampf unfähig, wenn aber die Arbeiterklasse das Banner dieses Kampfes entrollt, werden sich ihr von allen Seiten hilfsbereite Hände entgegenstrecken. Die russische Sozialdemokratie wird sich an die Spitze aller Kämpfer für die Rechte des Volkes, aller Kämpfer für die Demokratie stellen, und dann wird sie unbesiegbar sein!

Das sind unsere grundlegenden Ansichten, die wir systematisch und allseitig in unserer Zeitung entwickeln werden. Wir sind davon überzeugt, daß wir damit den Weg gehen werden, der von der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands" in dem von ihr herausgegebenen „Manifest" vorgezeichnet worden ist.

# UNSERE NÄCHSTE AUFGABE

Die russische Arbeiterbewegung befindet sich gegenwärtig in einer Übergangsperiode. Was die sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen der Westgebiete, Petersburgs, Moskaus, Kiews und anderer Städte so glänzend und rühmlich begannen, wurde (im Frühjahr 1898) durch die Gründung der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands" vollendet. Durch diesen riesigen Schritt vorwärts hat die russische Sozialdemokratie gleichsam für eine Zeitlang alle ihre Kräfte erschöpft und ist zu der früheren zersplitterten Arbeit der einzelnen lokalen Organisationen zurückgekehrt. Die Partei hat nicht zu existieren aufgehört, sie ist nur in sich gegangen, um Kräfte zu sammeln und die Sache der Vereinigung aller russischen Sozialdemokraten auf festen Grund zu stellen. Diesen Zusammenschluß zu verwirklichen, die passende Form für ihn auszuarbeiten, sich endgültig von der engen lokalen Zersplitterung frei zu machen — das ist die nächste und dringendste Aufgabe der russischen Sozialdemokraten.

Wir alle sind uns darin einig, daß es unsere Aufgabe ist, den Klassenkampf des Proletariats zu organisieren. Was aber ist Klassenkampf? Wenn die Arbeiter einer einzelnen Fabrik, eines einzelnen Berufs den Kampf gegen ihren Unternehmer oder gegen ihre Unternehmer aufnehmen, ist das Klassenkampf? Nein, das sind erst schwache Ansätze dazu. Der Kampf der Arbeiter wird erst dann zum Klassenkampf, wenn alle fortschrittlichen Vertreter der gesamten Arbeiterklasse des ganzen Landes sich bewußt werden, eine einheitliche Arbeiterklasse zu sein, und den Kampf nicht gegen einzelne Unternehmer, sondern gegen die *ganze Klasse* der Kapitalisten und gegen die diese Klasse unterstützende Regierung

aufnehmen. Erst dann, wenn der einzelne Arbeiter sich bewußt ist, ein Teil der ganzen Arbeiterklasse zu sein, wenn er in seinem tagtäglichen Kleinkampf gegen einzelne Unternehmer und einzelne Beamte den Kampf gegen die ganze Bourgeoisie und gegen die ganze Regierung sieht, erst dann wird sein Kampf zum Klassenkampf. „Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf"[76] — diese berühmten Worte von Marx dürfen nicht in dem Sinne verstanden werden, jeder Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer *wäre stets* ein politischer Kampf. Sie müssen so verstanden werden, daß der Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten notwendigerweise *in dem Maße* politischer Kampf *wird*, als er zum *Klassen*kampf wird. Die Aufgabe der Sozialdemokratie besteht eben darin, durch Organisierung der Arbeiter, durch Propaganda und Agitation unter ihnen ihren spontanen Kampf gegen die Unterdrücker in einen Kampf der ganzen Klasse, in den Kampf einer bestimmten politischen *Partei* für bestimmte politische und sozialistische Ideale zu *verwandeln*. Durch lokale Arbeit allein kann eine solche Aufgabe nicht gelöst werden.

Die lokale sozialdemokratische Arbeit hat bei uns bereits einen recht hohen Entwicklungsstand erreicht. Die Saat der sozialdemokratischen Ideen ist schon überall in Rußland ausgestreut; Arbeiterflugblätter — diese erste Form der sozialdemokratischen Literatur — sind bereits allen russischen Arbeitern, von Petersburg bis Krasnojarsk und vom Kaukasus bis zum Ural, bekannt. Was uns jetzt fehlt, ist eben die Zusammenfassung dieser gesamten lokalen Arbeit zur Arbeit einer einzigen *Partei*. Unser Hauptmangel, für dessen Beseitigung wir alle unsere Kräfte einsetzen müssen, ist der enge, der „handwerklerische" Charakter der lokalen Arbeit. Infolge dieser Handwerklerei bleiben die zahlreichen Fälle, in denen die Arbeiterbewegung in Rußland aktiv hervortritt, rein lokale Ereignisse und verlieren viel von ihrer Bedeutung als Vorbild für die ganze russische Sozialdemokratie, als ein Stadium der ganzen russischen Arbeiterbewegung. Infolge dieser Handwerklerei werden die Arbeiter nicht in genügendem Maße vom Bewußtsein der Gemeinsamkeit ihrer Interessen in ganz Rußland durchdrungen, verbinden sie mit ihrem Kampf nicht genügend den Gedanken an den russischen Sozialismus und die russische Demokratie. Infolge dieser Handwerklerei werden die verschiedenen Ansichten der Genossen über theoretische und praktische Fragen nicht offen in einem Zentralorgan erörtert, dienen sie nicht der Aus-

arbeitung eines gemeinsamen Parteiprogramms und einer gemeinsamen Taktik, sondern verlieren sich in engem Zirkelwesen oder führen zu übermäßiger Aufbauschung lokaler und zufälliger Besonderheiten. Wir haben genug von dieser Handwerklerei! Wir sind reif genug, um *zur gemeinsamen Arbeit*, zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Parteiprogramms, zur gemeinsamen Erörterung der Taktik und Organisation unserer Partei überzugehen.

Die russische Sozialdemokratie hat viel zur Kritik der alten revolutionären und sozialistischen Theorien getan; sie hat sich nicht auf Kritik und Theoretisieren beschränkt, sie hat bewiesen, daß ihr Programm nicht in der Luft hängt, sondern einer breiten spontanen Bewegung im Volke, nämlich im Fabrik- und Werkproletariat, entgegenkommt; ihr bleibt jetzt noch der nächste, besonders schwierige, dafür aber auch besonders wichtige Schritt zu tun übrig: eine unseren Verhältnissen angepaßte Organisation dieser Bewegung herauszuarbeiten. Die Sozialdemokratie reduziert *sich nicht auf einfachen Dienst an der Arbeiterbewegung: sie ist die „Vereinigung von Sozialismus und Arbeiterbewegung"* (um die Definition K. Kautskys zu gebrauchen, die die Hauptideen des „Kommunistischen Manifests" wiedergibt); es ist ihre Aufgabe, in die spontane Arbeiterbewegung bestimmte sozialistische Ideale hineinzutragen, sie mit sozialistischen Überzeugungen, die auf dem Niveau der modernen Wissenschaft stehen müssen, zu verbinden, sie mit dem systematischen politischen Kampf für die Demokratie als ein Mittel zur Verwirklichung des Sozialismus zu verbinden, mit einem Wort, diese spontane Bewegung mit der Tätigkeit der *revolutionären Partei* zu einem unauflöslichen Ganzen zu verschmelzen. Die Geschichte des Sozialismus und der Demokratie in Westeuropa, die Geschichte der russischen revolutionären Bewegung, die Erfahrungen unserer Arbeiterbewegung — das ist das *Material*, das wir uns aneignen müssen, um eine zweckmäßige Organisation und Taktik für unsere Partei ausarbeiten zu können. Die „Verarbeitung" dieses Materials muß jedoch selbständig erfolgen, denn fertige Vorbilder werden wir nirgends finden: einerseits befindet sich die russische Arbeiterbewegung in ganz anderen Verhältnissen als die westeuropäische. Es wäre sehr gefährlich, sich darüber irgendwelche Illusionen zu machen. Und anderseits unterscheidet sich die russische Sozialdemokratie sehr wesentlich von den früheren revolutionären Parteien in Rußland, so daß die Notwendigkeit,

von den alten russischen Koryphäen der revolutionären und konspirativen Technik zu lernen (wir erkennen diese Notwendigkeit ohne jedes Zögern an), uns keineswegs der Pflicht enthebt, kritisch an sie heranzutreten und unsere Organisation selbständig herauszuarbeiten.

Zwei Hauptfragen treten bei Stellung dieser Aufgabe mit besonderem Nachdruck hervor. 1. Wie läßt sich die Notwendigkeit voller Freiheit für die lokale sozialdemokratische Tätigkeit mit der Notwendigkeit vereinbaren, eine einheitliche — also auch zentralistische — Partei zu bilden? Die Sozialdemokratie schöpft ihre ganze Kraft aus der spontanen Arbeiterbewegung, die in den verschiedenen Industriezentren nicht in gleicher Weise und nicht zu gleicher Zeit in Erscheinung tritt; die Tätigkeit der lokalen sozialdemokratischen Organisationen ist die *Grundlage* der gesamten Parteitätigkeit. Ist das jedoch die Tätigkeit isolierter „Handwerkler", so darf man diese Tätigkeit, streng gesprochen, nicht einmal sozialdemokratisch nennen, denn sie würde nicht Organisation und Leitung des proletarischen *Klassen*kampfes sein. 2. Wie läßt sich das Streben der Sozialdemokratie, eine revolutionäre Partei zu werden, die den Kampf für politische Freiheit zu ihrem Hauptziel macht, damit vereinbaren, daß die Sozialdemokratie es entschieden ablehnt, politische Verschwörungen anzuzetteln, daß sie es entschieden ablehnt, „die Arbeiter auf die Barrikaden zu rufen" (nach dem richtigen Ausspruch P. B. Axelrods) oder überhaupt den Arbeitern diesen oder jenen von einem Verein von Revolutionären ausgedachten „Plan" eines Angriffs auf die Regierung aufzudrängen?

Die russische Sozialdemokratie ist mit vollem Recht der Meinung, daß sie die *theoretische* Lösung dieser Fragen gegeben hat; hierauf eingehen würde bedeuten, das zu wiederholen, was in dem Artikel „Unser Programm" gesagt worden ist. Jetzt handelt es sich um die *praktische* Lösung dieser Fragen. Eine solche Lösung kann nicht von einer einzelnen Person oder einer einzelnen Gruppe gegeben werden — nur die organisierte Tätigkeit der ganzen Sozialdemokratie vermag sie zu geben. Wir sind der Ansicht, daß gegenwärtig die dringendste Aufgabe darin besteht, die Lösung dieser Fragen in Angriff zu nehmen, und daß wir uns zu diesem Zweck als nächstes Ziel stellen müssen, *ein regelmäßig erscheinendes und mit allen lokalen Gruppen eng verbundenes Parteiorgan zu schaffen.* Wir sind der Ansicht, daß auf die Organisierung dieser Sache die *ganze* Tätig-

keit der Sozialdemokraten in der ganzen nächsten Zeit gerichtet sein muß. Ohne ein solches Organ bleibt die lokale Arbeit enge „Handwerklerei". Die Gründung der Partei bleibt, wenn nicht eine richtige Vertretung dieser Partei in einer bestimmten Zeitung organisiert wird, zu einem bedeutenden Teil ein leeres Wort. Der ökonomische Kampf, der nicht durch ein Zentralorgan zusammengefaßt wird, kann nicht zum *Klassen*kampf des gesamten russischen Proletariats werden. Die Führung des politischen Kampfes ist unmöglich, wenn nicht die ganze Partei zu allen Fragen der Politik Stellung nimmt und den Kampf in seinen einzelnen Erscheinungsformen lenkt. Die Organisierung der revolutionären Kräfte, ihre Disziplinierung und die Weiterentwicklung der revolutionären Technik sind unmöglich ohne Erörterung aller dieser Fragen in einem Zentralorgan, ohne kollektive Ausarbeitung bestimmter *Arbeitsformen und -regeln,* ohne die — durch Vermittlung des Zentralorgans herzustellende — *Verantwortlichkeit* jedes Parteimitglieds vor der ganzen Partei.

Wenn wir von der Notwendigkeit sprechen, *alle* Kräfte der Partei — alle literarischen Kräfte, alle organisatorischen Fähigkeiten, alle materiellen Mittel usw. — auf die Gründung und richtige Leitung eines Organs der ganzen Partei zu konzentrieren, so denken wir keineswegs daran, die anderen Arten der Tätigkeit, z. B. lokale Agitation, Kundgebungen, Boykott, Verfolgung von Spionen, Verfolgung einzelner Vertreter der Bourgeoisie und der Regierung, demonstrative Streiks usw. und dgl. mehr, in den Hintergrund zu drängen. Im Gegenteil, wir sind davon überzeugt, daß alle diese Arten der Tätigkeit die *Grundlage* bilden für die Tätigkeit der Partei, aber *ohne* ihre Zusammenfassung in einem Organ der ganzen Partei *verlieren* alle diese Formen des revolutionären Kampfes *neun Zehntel ihrer Bedeutung,* führen sie nicht zur Sammlung gemeinsamer Erfahrungen der Partei, zur Schaffung einer Parteitradition und Parteikontinuität. Das Parteiorgan wird nicht nur nicht mit dieser Tätigkeit konkurrieren, es wird vielmehr einen gewaltigen Einfluß auf ihre Ausbreitung, Festigung und Systematisierung ausüben.

Die Notwendigkeit, *alle* Kräfte auf die Organisierung eines regelmäßig erscheinenden und zuzustellenden Parteiorgans zu konzentrieren, ist bedingt durch die besondere Lage der russischen Sozialdemokratie, die sich von der Lage der Sozialdemokratie anderer europäischer Länder und der alten russischen revolutionären Parteien unterscheidet. Die Arbeiter

Deutschlands, Frankreichs usw. haben außer Zeitungen eine Menge anderer Mittel, ihre Tätigkeit öffentlich zur Geltung zu bringen, andere Mittel, die Bewegung zu organisieren: parlamentarische Tätigkeit und Wahlagitation, Volksversammlungen und Beteiligung an lokalen öffentlichen (ländlichen und städtischen) Einrichtungen, offene Betätigung von Berufsverbänden (Gewerkschaften, Innungen) usw. und dgl. mehr. Bei uns muß — solange wir noch nicht die politische Freiheit erkämpft haben — *als Ersatz alles dessen*, aber wirklich *alles* dessen, eine revolutionäre Zeitung dienen, ohne die bei uns *keinerlei* umfassende Organisation der gesamten Arbeiterbewegung *möglich ist*. An Verschwörungen glauben wir nicht, vereinzelte revolutionäre Aktionen zum Sturze der Regierung lehnen wir ab; als praktische Losung unserer Arbeit dienen uns die Worte eines Veteranen der deutschen Sozialdemokratie, Liebknechts: „Studieren, propagandieren, organisieren"*, und der Mittelpunkt dieser Tätigkeit kann und muß allein das *Parteiorgan* sein.

Ist es jedoch möglich und unter welchen Umständen ist es möglich, ein solches Organ so zu organisieren, daß es richtig und einigermaßen ständig funktioniert? Hiervon werden wir das nächstemal sprechen.

---

* Von Lenin deutsch zitiert. *Der Übers.*

# EINE DRINGENDE FRAGE

Wir haben im vorigen Artikel gesagt, daß die Gründung eines regelmäßig erscheinenden und zuzustellenden Parteiorgans für uns eine dringende Aufgabe ist, und haben die Frage aufgeworfen, ob und unter welchen Bedingungen es möglich ist, dieses Ziel zu erreichen. Betrachten wir die wichtigsten Seiten dieser Frage.

Vor allem könnte man uns entgegnen, zur Erreichung dieses Ziels sei es notwendig, *zuerst* die Tätigkeit der lokalen Gruppen weiterzuentwickeln. Wir halten diese ziemlich verbreitete Meinung für irrig. Die Gründung und feste organisatorische Gestaltung eines Parteiorgans — und folglich auch der Partei selbst — können und müssen wir unverzüglich in Angriff nehmen. Die für einen solchen Schritt notwendigen Bedingungen sind gegeben: lokale Arbeit wird geleistet, und sie hat offenbar bereits tiefe Wurzeln geschlagen, denn die immer häufiger werdende Zerschlagung einzelner Organisationen führt nur zu kleinen Unterbrechungen; an die Stelle der im Kampf Gefallenen treten rasch frische Kräfte. Publikationsmittel und literarische Kräfte besitzt die Partei nicht nur im Ausland, sondern auch in Rußland. Die Frage besteht also darin, ob die Arbeit, *die bereits geleistet wird,* auf „handwerklerische" Weise fortgesetzt werden oder ob sie organisatorisch zur Arbeit *einer* Partei zusammengefaßt und so gestaltet werden soll, daß sie sich ganz in einem gemeinsamen Organ widerspiegelt.

Hier kommen wir zur dringendsten Frage unserer Bewegung, zu ihrem wunden Punkt — der Organisation. Eine Verbesserung der revolutionären Organisation und Disziplin, eine Vervollkommnung der konspirativen Technik sind dringend notwendig. Es muß offen zugegeben werden, daß

wir in dieser Beziehung hinter den alten russischen revolutionären Parteien zurückgeblieben sind und alle Kräfte aufbieten müssen, um sie einzuholen und zu überholen. Ohne Verbesserung der Organisation ist jeder Fortschritt unserer Arbeiterbewegung überhaupt, ist insbesondere auch die Bildung einer aktiven Partei mit einem richtig funktionierenden Organ unmöglich. Dies einerseits. Anderseits aber müssen die jetzigen Organe der Partei (Organe sowohl im Sinne von Institutionen und Gruppen als auch im Sinne von Zeitungen) den Fragen der Organisation mehr Aufmerksamkeit widmen und die lokalen Gruppen in dieser Richtung beeinflussen.

Die lokale, handwerklerische Arbeit führt stets zu einer übermäßigen Fülle persönlicher Verbindungen, zum Zirkelwesen, wir aber sind bereits aus dem Zirkelwesen herausgewachsen, das für die jetzige Arbeit zu eng wird und zu einer übermäßigen Verausgabung von Kräften führt. Nur die Verschmelzung zu *einer* Partei wird es ermöglichen, die Prinzipien der Arbeitsteilung und der Kräfteersparnis systematisch durchzuführen — dies aber müssen wir erreichen, um die Zahl der Opfer zu vermindern und ein mehr oder minder festes Bollwerk gegen das Joch der autokratischen Regierung und ihre wütenden Verfolgungen zu schaffen. Gegen uns, gegen die kleinen Gruppen von Sozialisten, die sich im weiten russischen „Untergrund" befinden, ist der gigantische Mechanismus eines der mächtigsten Staaten der Gegenwart aufgeboten, der alle Kräfte anspannt, um den Sozialismus und die Demokratie zu erdrosseln. Wir sind überzeugt, daß wir diesen Polizeistaat zu guter Letzt zerbrechen werden, weil für die Demokratie und den Sozialismus alle gesunden und sich entwickelnden Schichten des ganzen Volkes einstehen; um aber einen systematischen Kampf gegen die Regierung führen zu können, müssen wir die revolutionäre Organisation, Disziplin und Konspirationstechnik auf die höchste Stufe der Vollkommenheit bringen. Es ist notwendig, daß sich die einzelnen Parteimitglieder bzw. die einzelnen Mitgliedergruppen auf einzelne Seiten der Parteiarbeit spezialisieren, die einen auf den Nachdruck von Literatur, die andern auf ihre Heranschaffung aus dem Ausland, die dritten auf ihren Transport innerhalb Rußlands, die vierten auf ihre Verbreitung in den Städten, die fünften auf Einrichtung konspirativer Wohnungen, die sechsten auf Sammlung von Geld, die siebenten auf Organisierung der Zustellung von Korrespondenzen und aller Mitteilun-

gen über die Bewegung, die achten auf Aufrechterhaltung der Verbindungen usw. und dgl. mehr. Eine solche Spezialisierung erfordert, wir wissen das, bedeutend größere Standhaftigkeit, bedeutend mehr Fähigkeit, sich auf bescheidene, unscheinbare Kleinarbeit zu konzentrieren, bedeutend mehr wahren Heroismus als die gewöhnliche Zirkelarbeit.

Aber die russischen Sozialisten und die russische Arbeiterklasse haben bereits ihre Fähigkeit zu heroischem Handeln gezeigt, und eigentlich wäre es eine Sünde, wollten wir uns über Mangel an Menschen beklagen. Unter der Arbeiterjugend ist ein leidenschaftliches, unaufhaltsames Hinstreben zu den Ideen der Demokratie und des Sozialismus zu beobachten, und aus den Reihen der Intelligenz strömen den Arbeitern nach wie vor Helfer zu, obgleich die Gefängnisse und Verbannungsorte überfüllt sind. Wenn unter allen diesen Rekruten der revolutionären Sache der Gedanke breit propagiert wird, daß eine straffere Organisation notwendig ist, so wird der Plan, eine regelmäßig erscheinende und zuzustellende Parteizeitung zu begründen, aufhören, ein Traum zu sein. Nehmen wir eine Bedingung für den Erfolg eines solchen Plans: die Belieferung der Zeitung mit regelmäßig eingehenden Korrespondenzen und Materialien aus allen Orten. Zeigt denn nicht die Geschichte, daß sich ein solches Ziel in allen Zeiten der Belebung unserer revolutionären Bewegung selbst für im Ausland erscheinende Organe als durchaus erreichbar erwiesen hat? Wenn die in den verschiedenen Gebieten tätigen Sozialdemokraten die Parteizeitung als *ihre* Zeitung betrachten und die Unterhaltung einer ständigen Verbindung mit ihr, die Erörterung ihrer Fragen, die Widerspiegelung ihrer ganzen Bewegung in dieser Zeitung als ihre Hauptaufgabe betrachten, dann wird die Versorgung der Zeitung mit lückenlosen Informationen über die Bewegung durchaus zu verwirklichen sein, falls die keineswegs besonders komplizierten konspirativen Methoden befolgt werden. Die andere Seite der Sache — die regelmäßige Zustellung der Zeitung in alle Gegenden Rußlands — ist viel schwieriger, schwieriger als die entsprechende Aufgabe bei den früheren Formen der revolutionären Bewegung in Rußland war, als die Zeitungen nicht in solchem Maße für die Volksmassen bestimmt waren. Aber die Bestimmung der sozialdemokratischen Zeitungen erleichtert ihre Verbreitung. Die Hauptgegenden, in die die Zeitung regelmäßig und in einer großen Zahl von Exemplaren zugestellt werden muß, das sind die Industriezentren, die Fabrikdörfer und Fabrik-

städte, die Fabrikviertel der großen Städte usw. In diesen Zentren besteht fast die ganze Bevölkerung aus Arbeitern und ihren Angehörigen; der Arbeiter ist hier faktisch Herr der Lage und kennt Hunderte von Methoden, die Wachsamkeit der Polizei zu täuschen; der Verkehr mit benachbarten Fabrikzentren ist außerordentlich rege. In der Epoche des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialisten (von 1878 bis 1890)[77] arbeitete die deutsche politische Polizei nicht schlechter, ja wahrscheinlich sogar besser als die russische, und dennoch vermochten es die deutschen Arbeiter dank ihrer Organisiertheit und Diszipliniertheit zu erreichen, daß die wöchentlich erscheinende illegale Zeitung regelmäßig aus dem Ausland hereingebracht und allen Abonnenten ins Haus geliefert wurde, so daß sogar Minister nicht umhinkonnten, die sozialdemokratische Post (die „rote Post") zu bewundern. Von einem solchen Erfolg können wir natürlich nicht träumen, aber wir können, wenn wir alle unsere Anstrengungen darauf richten, durchaus erreichen, daß die Zeitung unserer Partei mindestens zwölfmal jährlich erscheint und regelmäßig allen für den Sozialismus zugänglichen Arbeiterkreisen in allen Hauptzentren der Bewegung zugestellt wird.

Um zur Frage der Spezialisierung zurückzukehren, müssen wir ferner darauf hinweisen, daß ihr Mangel sich teilweise durch das Vorherrschen der „handwerklerischen" Arbeit erklärt, teilweise auch dadurch, daß unsere sozialdemokratischen Zeitungen den Fragen der Organisation gewöhnlich zuwenig Raum widmen.

Nur die Schaffung eines gemeinsamen Parteiorgans kann jeden „Teilarbeiter" der revolutionären Sache mit dem Bewußtsein erfüllen, daß er „in Reih und Glied" marschiert, daß seine Arbeit für die Partei unmittelbar notwendig ist, daß er ein Glied jener Kette bildet, die den schlimmsten Feind des russischen Proletariats und des ganzen russischen Volkes — die russische autokratische Regierung — erdrosseln wird. Nur die strenge Durchführung einer derartigen Spezialisierung wird es ermöglichen, Kräfte zu sparen: nicht nur wird jede einzelne Seite der revolutionären Arbeit von einer geringeren Zahl Personen besorgt werden, sondern es wird sich auch die Möglichkeit ergeben, eine Reihe von Zweigen der heutigen Tätigkeit zu *legalen* (= vom Gesetz erlaubten) Angelegenheiten zu machen. Eine solche *Legalisierung* ihrer Tätigkeit, ihre Einpassung in den Rahmen der Gesetzlichkeit, hat der „Vorwärts"[78] — das Zentralorgan

der deutschen Sozialdemokratie — den russischen Sozialisten schon lange empfohlen. Auf den ersten Blick wirkt ein derartiger Rat verblüffend, in Wirklichkeit aber verdient er ernste Aufmerksamkeit. Fast jeder, der in einem lokalen Zirkel irgendeiner Stadt gearbeitet hat, wird sich leicht erinnern, daß es unter den zahlreichen und sehr verschiedenartigen Angelegenheiten, mit denen er sich befaßte, manche gab, die an und für sich legal sind (z. B. die Sammlung von Angaben über die Lage der Arbeiter, das Studium vieler Fragen an Hand von legaler Literatur, das Studium einer bestimmten Art ausländischer Literatur und Referate darüber, Verbindungen bestimmter Art, Unterstützung der Arbeiter in Sachen der allgemeinen Bildung, beim Studium der Fabrikgesetze und vieles andere). Die Verwandlung derartiger Arbeiten in besondere Funktionen einer besonderen Kategorie von Personen würde die zahlenmäßige Stärke der aktiven, „im Feuer" stehenden revolutionären Armee vermindern (ohne jede Verminderung ihrer „Kampffähigkeit") und die zahlenmäßige Stärke der Reserve, die an die Stelle der „Gefallenen und Verwundeten" tritt, erhöhen. Das ist nur möglich, wenn sowohl die aktiven Mitglieder als auch die Reserve ihre Tätigkeit in einem gemeinsamen Organ der Partei widergespiegelt sehen und fühlen, daß sie mit ihr verbunden sind. Natürlich werden lokale Versammlungen von Arbeitern und lokalen Gruppen, wie weit wir die Spezialisierung auch durchführen mögen, stets notwendig sein, aber einerseits wird sich die Zahl der revolutionären Versammlungen mit vielen Teilnehmern (die in polizeilicher Beziehung besonders gefährlich sind und deren Nutzen häufig bei weitem nicht den mit ihnen verbundenen Gefahren entspricht) bedeutend vermindern, und anderseits wird die Verwandlung verschiedener Seiten der revolutionären Arbeit in spezielle Funktionen bessere Möglichkeiten bieten, solche Versammlungen durch legale Versammlungsformen zu tarnen: Zusammenkünfte zu Vergnügungszwecken, Versammlungen gesetzlich zugelassener Vereine usw. Haben es doch die französischen Arbeiter unter Napoleon III. und die deutschen Arbeiter unter dem Sozialistengesetz verstanden, alle möglichen Tarnungen für ihre politischen und sozialistischen Versammlungen ausfindig zu machen. Und auch die russischen Arbeiter werden das fertigbringen.

Ferner wird nur die Verbesserung der Organisation und die Schaffung eines gemeinsamen Parteiorgans es ermöglichen, den eigentlichen Inhalt

der sozialdemokratischen Propaganda und Agitation zu erweitern *und* zu vertiefen. Das aber brauchen wir sehr. Die lokale Arbeit führt fast unvermeidlich zur Aufbauschung der lokalen Besonderheiten, zu[79] . . . . . . das ist unmöglich ohne ein Zentralorgan, das gleichzeitig auch ein führendes demokratisches Organ wäre. Nur dann wird unser *Bestreben*, die Sozialdemokratie zum führenden Kämpfer für die Demokratie zu machen, *Wirklichkeit* werden. Nur dann werden wir auch eine bestimmte politische Taktik ausarbeiten können. Die Sozialdemokratie hat die falsche Lehre von der „einheitlichen reaktionären Masse" verworfen. Sie sieht eine der wichtigsten Aufgaben der Politik darin, sich der Unterstützung der fortschrittlichen Klassen gegen die reaktionären Klassen zu bedienen. Bei lokalem Charakter der Organisationen und Organe wird für die Erfüllung dieser Aufgabe fast nichts getan: über einen Verkehr mit einzelnen Personen aus den Kreisen der „Liberalen" und ihre Ausnutzung für verschiedene „Gefälligkeiten" geht die Sache nicht hinaus. Nur ein gemeinsames Parteiorgan, das die Prinzipien des politischen Kampfes konsequent durchführt und das Banner des Demokratismus hochhält, wird imstande sein, alle kampfgewillten demokratischen Elemente auf seine Seite zu ziehen und alle fortschrittlichen Kräfte Rußlands im Kampf für politische Freiheit auszunutzen. Erst dann wird es gelingen, den dumpfen Haß der Arbeiter gegen die Polizei und die Behörden in bewußten Haß gegen die autokratische Regierung und in die Entschlossenheit zu verwandeln, den Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des ganzen russischen Volkes mit Einsatz aller Kräfte zu führen! Die auf solchem Grund errichtete und straff organisierte revolutionäre Partei aber wird im heutigen Rußland eine gewaltige politische Macht sein!

In den nächsten Nummern werden wir den Entwurf eines Programms der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands veröffentlichen und mit der eingehenderen Erörterung einzelner Fragen der Organisation beginnen.

# ENTWURF
# EINES PROGRAMMS UNSERER PARTEI[80]

*Geschrieben Ende 1899.*
*Zuerst veröffentlicht 1924*
*in der ersten Ausgabe der*
*Werke W. I. Lenins, Band I.*

*Nach dem Manuskript.*

Es muß wohl mit der Frage begonnen werden, ob wirklich ein dringendes Bedürfnis nach einem Programm der russischen Sozialdemokraten *besteht. Von Genossen, die in Rußland tätig sind, hörten wir gelegentlich* die Ansicht, daß keine dringende Notwendigkeit bestehe, gerade jetzt ein Programm auszuarbeiten, die dringendste Frage sei die Entwicklung und Festigung der lokalen Organisationen, eine straffere Organisierung der Agitation und der Literaturzustellung, es wäre praktischer, die Ausarbeitung eines Programms bis zu dem Augenblick zu verschieben, wo die Bewegung eine festere Basis erhält, es könne sich erweisen, daß ein Programm jetzt keine Basis hätte.

Wir teilen diese Meinung nicht. Selbstverständlich ist, wie K. Marx gesagt hat, „jeder Schritt wirklicher Bewegung wichtiger als ein Dutzend Programme" [81]. Aber weder Marx noch irgendein anderer Theoretiker oder Praktiker der Sozialdemokratie haben bestritten, daß ein Programm für das einmütige und konsequente Handeln einer politischen Partei von gewaltiger Bedeutung ist. Die russischen Sozialdemokraten haben ja gerade eine Periode höchst erbitterter Polemik gegen Sozialisten anderer Richtungen und gegen Nichtsozialisten, die die russische Sozialdemokratie nicht verstehen wollten, schon durchgemacht; sie haben auch die Anfangsstadien der Bewegung durchgemacht, als die Arbeit zersplittert in kleinen lokalen Organisationen geleistet wurde. Die Vereinigung, die Schaffung einer gemeinsamen Literatur, das Erscheinen von russischen Arbeiterzeitungen haben sich durch das Leben selbst notwendig gemacht, und die im Frühjahr 1898 erfolgte Gründung der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands", die ihre Absicht bekanntgegeben hat, in nächster Zukunft

ein Parteiprogramm auszuarbeiten, hat anschaulich bewiesen, daß die Forderung nach einem Programm eben den Erfordernissen der Bewegung selbst entsprungen ist. Gegenwärtig besteht die dringendste Aufgabe unserer Bewegung nicht mehr in der Weiterentwicklung der bisherigen zersplitterten „handwerklerischen" Arbeit, sondern im Zusammenschluß, in der Organisation. Um diesen Schritt tun zu können, brauchen wir ein Programm; das Programm muß unsere Grundanschauungen formulieren, unsere nächsten politischen Aufgaben genau festlegen, die nächsten Forderungen aufzeigen, die den Kreis der Agitationstätigkeit umreißen sollen, es muß ihr Einheit verleihen, muß sie dadurch erweitern und vertiefen, daß es die Agitation aus einem Stückwerk, einer partiellen Agitation für kleine, nicht zusammenhängende Forderungen zu einer Agitation für die Gesamtheit der sozialdemokratischen Forderungen macht. Heute, wo die sozialdemokratische Tätigkeit bereits einen ziemlich weiten Kreis sowohl sozialistischer Intellektueller als auch klassenbewußter Arbeiter aufgerüttelt hat, ist es dringend notwendig, die Verbindung zwischen ihnen durch ein Programm zu festigen und auf diese Weise ihnen allen eine feste Basis für die weitere, umfassendere Tätigkeit zu geben. Schließlich ist ein Programm auch noch deshalb dringend notwendig, weil die öffentliche Meinung Rußlands sehr häufig den schwersten Irrtümern hinsichtlich der wahren Aufgaben und Arbeitsmethoden der russischen Sozialdemokraten verfällt: Teilweise wachsen diese Irrtümer ganz natürlich aus dem Sumpf der politischen Fäulnis unseres Lebens hervor, teilweise werden sie von den Gegnern der Sozialdemokratie künstlich erzeugt. Jedenfalls muß dieser Tatsache Rechnung getragen werden. Die Arbeiterbewegung, die mit dem Sozialismus und dem politischen Kampf verschmilzt, muß eine Partei bilden, die, wenn sie an die Spitze aller demokratischen Elemente der russischen Gesellschaft treten will, imstande sein muß, alle diese Irrtümer zu zerstreuen. Man könnte einwenden, der gegenwärtige Augenblick sei auch deshalb für die Abfassung eines Programms ungeeignet, weil unter den Sozialdemokraten selbst Meinungsverschiedenheiten entstehen und eine Polemik beginnt. Mir scheint, das Gegenteil ist richtig: dies ist ein weiteres Argument *für* die Notwendigkeit eines Programms. Einerseits darf man, da die Polemik einmal begonnen hat, hoffen, daß bei der Erörterung des Programmentwurfs alle Ansichten und alle Schattierungen von Ansichten zu Worte kommen werden, darf man hoffen, daß das Programm

allseitig erörtert werden wird. Die Polemik zeigt, daß in den Reihen der russischen Sozialdemokraten das Interesse für die umfassenden Fragen nach den Zielen unserer Bewegung, nach ihren nächsten Aufgaben und ihrer Taktik lebhafter geworden ist, und gerade eine solche Belebung ist für die Erörterung des Programmentwurfs notwendig. Anderseits ist es, wenn die Polemik nicht unfruchtbar bleiben soll, wenn sie nicht zu persönlicher Rivalität ausarten, nicht zu einer Verworrenheit der Ansichten, zur Verwechslung von Feind und Freund führen soll, unbedingt notwendig, die Frage des Programms in diese Polemik einzubeziehen. Die Polemik wird nur dann Nutzen bringen, wenn sie klarstellt, worin eigentlich die Meinungsverschiedenheiten bestehen, *wie tief sie gehen*, ob es sich um Meinungsverschiedenheiten über das Wesen der Sache oder um Meinungsverschiedenheiten in Teilfragen handelt, ob diese Meinungsverschiedenheiten ein Hindernis für die gemeinsame Arbeit in den Reihen ein und derselben Partei sind oder nicht. *Nur* die Einbeziehung der Programmfrage in die Polemik, nur eine bestimmte Erklärung beider polemisierender Seiten über ihre *programmatischen* Anschauungen kann Antwort geben auf alle diese Fragen, die dringend Antwort verlangen. Die Ausarbeitung eines gemeinsamen Parteiprogramms soll natürlich durchaus nicht jeder Polemik ein Ende machen, sie wird jedoch diejenigen grundlegenden Ansichten vom Charakter, von den Zielen und Aufgaben unserer Bewegung fest bekunden, die der kämpfenden Partei als Banner dienen sollen, einer Partei, die einig und geschlossen bleibt trotz der partiellen Meinungsverschiedenheiten, die unter ihren Mitgliedern über partielle Fragen bestehen.

Und damit zur Sache.

Wenn von einem Programm der russischen Sozialdemokraten gesprochen wird, so richten sich alle Blicke ganz natürlich auf die Mitglieder der Gruppe „Befreiung der Arbeit", die die russische Sozialdemokratie gegründet und für ihre theoretische und praktische Weiterentwicklung so viel getan haben. Unsere ältesten Genossen haben nicht gesäumt, sich über die Erfordernisse der russischen sozialdemokratischen Bewegung zu äußern. Fast zu derselben Zeit – Frühjahr 1898 –, als der Parteitag der russischen Sozialdemokraten, der den Grundstein legte für die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands", vorbereitet wurde, ließ P. B. Axelrod seine Broschüre „Zur Frage der gegenwärtigen Aufgaben und

der Taktik der russischen Sozialdemokraten" erscheinen (Genf 1898; das Vorwort ist März 1898 datiert) und brachte als Anhang dazu den von der Gruppe „Befreiung der Arbeit" schon 1885 herausgegebenen „Entwurf eines Programms der russischen Sozialdemokraten".

Mit der Erörterung dieses Entwurfs wollen wir auch beginnen. Obgleich vor fast 15 Jahren herausgegeben, ist er, unserer Meinung nach, im großen und ganzen durchaus befriedigend, er erfüllt seinen Zweck und steht durchaus auf dem Niveau der modernen sozialdemokratischen Theorie. In diesem Entwurf wird eindeutig die Klasse bezeichnet, die in Rußland (wie auch in den anderen Ländern) allein ein selbständiger Kämpfer für den Sozialismus sein kann — die Arbeiterklasse, das „Industrieproletariat"; — es wird das Ziel gewiesen, das diese Klasse sich stekken muß — „Übergang aller Produktionsmittel und Produktionsgüter in gesellschaftliches Eigentum", „Abschaffung der Warenproduktion" und „ihre Ersetzung durch ein neues System gesellschaftlicher Produktion", „die kommunistische Revolution"; — es wird die „unvermeidliche Vorbedingung" einer „Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse" genannt: „die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse"; — es wird eingegangen auf die internationale Solidarität des Proletariats und die Notwendigkeit eines „Elements der Verschiedenartigkeit in den Programmen der Sozialdemokraten verschiedener Staaten entsprechend den gesellschaftlichen Verhältnissen jedes einzelnen von ihnen"; — es wird die Besonderheit Rußlands aufgezeigt, „wo die werktätigen Massen unter dem doppelten Joch des sich entwickelnden Kapitalismus und der überlebten Patriarchalwirtschaft leben"; — es wird der Zusammenhang der russischen revolutionären Bewegung mit dem Prozeß der (durch die Kräfte des sich entwickelnden Kapitalismus erfolgenden) Schaffung „einer neuen Klasse des Industrieproletariats — einer aufnahmefähigeren, beweglicheren und entwickelteren Klasse" gezeigt; — es wird die Notwendigkeit, eine „revolutionäre Arbeiterpartei" zu gründen, und ihre „erste politische Aufgabe" aufgezeigt: „Sturz des Absolutismus"; — es werden die „Mittel des politischen Kampfes" genannt und seine Hauptforderungen aufgestellt.

Alle diese Elemente des Programms sind unserer Meinung nach in einem Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei absolut notwendig — sie alle stellen Thesen dar, die seither immer und immer wieder

sowohl durch die Entwicklung der sozialistischen Theorie als auch durch die Entwicklung der Arbeiterbewegung in allen Ländern Bestätigung gefunden haben – insbesondere durch die Entwicklung der russischen gesellschaftlichen Anschauungen und der russischen Arbeiterbewegung. Infolgedessen können und müssen unserer Meinung nach die russischen Sozialdemokraten dem Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands gerade den Entwurf der Gruppe „Befreiung der Arbeit" zugrunde legen – einen Entwurf, der nur in Einzelheiten redaktioneller Änderungen, Korrekturen und Ergänzungen bedarf.

Versuchen wir, von diesen, Einzelheiten betreffenden Änderungen diejenigen aufzuführen, die uns zweckmäßig erscheinen und über die ein Meinungsaustausch unter allen russischen Sozialdemokraten und klassenbewußten Arbeitern herbeigeführt werden sollte.

Vor allem muß natürlich der Aufbau des Programms etwas geändert werden: Im Jahre 1885 handelte es sich um das Programm einer Gruppe im Ausland befindlicher Revolutionäre, die den einzigen erfolgversprechenden Entwicklungsweg der Bewegung richtig zu bestimmen wußten, es jedoch damals noch nicht mit einer einigermaßen breiten und selbständigen Arbeiterbewegung in Rußland zu tun hatten. Im Jahre 1900 handelt es sich bereits um das Programm einer Arbeiterpartei, die von einer ganzen Reihe russischer sozialdemokratischer Organisationen gegründet worden ist. Abgesehen von den redaktionellen Änderungen, die infolgedessen notwendig sind (und auf die nicht näher eingegangen zu werden braucht, weil sie sich von selbst verstehen), ergibt sich aus diesem Unterschied auch die Notwendigkeit, den ökonomischen Entwicklungsprozeß, der die materiellen und geistigen Voraussetzungen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung hervorbringt, sowie den proletarischen Klassenkampf, dessen Organisierung sich die sozialdemokratische Partei zur Aufgabe macht, in den Vordergrund zu rücken und stärker zu betonen. Die Charakteristik der Grundzüge des heutigen Wirtschaftssystems in Rußland und seiner Entwicklung müßte zum Angelpunkt des Programms gemacht werden (vgl. im Programm der Gruppe „Befreiung der Arbeit": „Der Kapitalismus hat in Rußland seit Aufhebung der Leibeigenschaft riesige Fortschritte gemacht. Das alte System der Naturalwirtschaft macht der Warenproduktion Platz...") und danach müßte die Haupttendenz des Kapitalismus umrissen werden: Spaltung des Volkes in Bour-

geoisie und Proletariat, „wachsende Masse des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Degradation, der Ausbeutung"[82]. Diese letztangeführten berühmten Worte von Marx werden im zweiten Absatz des Erfurter Programms[83] der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wiederholt; in letzter Zeit sind die Kritiker, die sich um Bernstein gruppieren, gerade über diesen Punkt besonders heftig hergefallen, wobei sie die alten Einwände der bürgerlichen Liberalen und Sozialpolitiker gegen die „Verelendungstheorie" wiederholen. Unserer Meinung nach hat die Polemik, die aus diesem Anlaß geführt wurde, die *völlige Unhaltbarkeit* einer derartigen „Kritik" vollauf bewiesen. Bernstein selbst hat die Richtigkeit dieser Worte von Marx in dem Sinne zugegeben, daß sie eine *Tendenz* des Kapitalismus kennzeichnen — eine Tendenz, die Wirklichkeit wird ohne den Klassenkampf des Proletariats gegen diese Tendenz, ohne die von der Arbeiterklasse erkämpften Arbeiterschutzgesetze. Gerade in Rußland sehen wir gegenwärtig, wie die erwähnte Tendenz sich mit außerordentlicher Stärke auf die Bauernschaft und auf die Arbeiterschaft auswirkt. Weiter aber hat Kautsky gezeigt, daß die Worte von der „wachsenden Masse des Elends usw." nicht nur als Charakteristik einer Tendenz richtig sind, sondern auch als Hinweis auf die Zunahme des „sozialen Elends", d. h. auf das wachsende Mißverhältnis zwischen der Lage des Proletariats und dem Lebensniveau der Bourgeoisie — einem Niveau von gesellschaftlichen Bedürfnissen, die zusammen mit dem riesigen Wachstum der Arbeitsproduktivität steigen. Schließlich sind diese Worte auch noch in dem Sinne richtig, daß die Zunahme des Elends — und zudem nicht nur des „sozialen" Elends, sondern auch des furchtbarsten physischen Elends, bis zum Hunger und Hungertod einschließlich — „in den Grenzgebieten" des Kapitalismus (d. h. in den Ländern und in den Zweigen der Volkswirtschaft, in denen der Kapitalismus eben erst entsteht und auf vorkapitalistische Zustände stößt) Massenausmaße annimmt. Jeder weiß, daß dies für Rußland in einem zehnfach höheren Maße zutrifft als für irgendein anderes europäisches Land. Also müssen unserer Meinung nach die Worte von der „wachsenden Masse des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Degradation, der Ausbeutung" unbedingt in das Programm aufgenommen werden — erstens, weil sie die grundlegenden und wesentlichen Eigenschaften des Kapitalismus absolut richtig charakterisieren, weil sie gerade den Prozeß charakterisieren, der sich vor unseren Augen vollzieht

und der eine der Hauptbedingungen ist, die die Arbeiterbewegung und den Sozialismus in Rußland hervorbringen; zweitens, weil diese Worte ein riesiges Material für die Agitation liefern, da sie eine ganze Reihe von Erscheinungen resümieren, die die Arbeitermassen am meisten bedrücken, aber auch am meisten empören (Arbeitslosigkeit, niedriger Arbeitslohn, Unterernährung, Hungersnöte, drakonische Disziplin des Kapitals, Prostitution, wachsende Zahl der Dienerschaft usw. und dgl. mehr); drittens, weil wir uns durch diese genaue Kennzeichnung der verderblichen Auswirkungen des Kapitalismus und der Notwendigkeit, der Unvermeidlichkeit der Empörung der Arbeiter von den halbschlächtigen Elementen abgrenzen, die mit dem Proletariat „sympathisieren" und „Reformen" zu seinen Gunsten verlangen und zugleich bestrebt sind, die „goldene Mitte" zwischen Proletariat und Bourgeoisie, zwischen der autokratischen Regierung und den Revolutionären einzunehmen. Die Abgrenzung von diesen Leuten aber ist gegenwärtig besonders notwendig, wenn wir eine einige und geschlossene Arbeiterpartei schaffen wollen, die einen entschlossenen und unbeirrbaren Kampf für politische Freiheit und für den Sozialismus führt.

Hier müssen ein paar Worte über unsere Haltung zum Erfurter Programm gesagt werden. Aus dem vorstehend Gesagten hat jeder bereits ersehen, daß wir es für notwendig halten, an dem Entwurf der Gruppe „Befreiung der Arbeit" Änderungen vorzunehmen, die das Programm der russischen Sozialdemokraten dem Programm der deutschen Sozialdemokraten annähern. Wir fürchten uns nicht im geringsten zu sagen, daß wir das Erfurter Programm nachahmen wollen: an der Nachahmung dessen, was gut ist, ist nichts Schlimmes, und gerade jetzt, wo man so häufig eine opportunistische und halbschlächtige Kritik an diesem Programm hört, halten wir es für unsere Pflicht, uns offen für das Erfurter Programm auszusprechen. Aber Nachahmung soll auf keinen Fall einfaches Abschreiben sein. Nachahmung und Entlehnung sind insoweit durchaus berechtigt, als wir in Rußland die gleichen *grundlegenden* Entwicklungsprozesse des Kapitalismus, die gleichen *grundlegenden* Aufgaben der Sozialisten und der Arbeiterklasse sehen, aber sie dürfen auf keinen Fall dazu führen, die *Besonderheiten* Rußlands, die in den Besonderheiten unseres Programms *vollen Ausdruck* finden müssen, zu vergessen. Vorauseilend wollen wir schon jetzt darauf hinweisen, daß diese Besonderheiten

sich erstens auf unsere politischen Aufgaben und Kampfmittel beziehen; zweitens auf den Kampf gegen alle Überreste des patriarchalischen, vorkapitalistischen Regimes und auf die durch diesen Kampf verursachte besondere Stellung der *Bauern*frage.

Nach diesem notwendigen Vorbehalt gehen wir weiter. Der Erklärung über die „wachsende Masse des Elends" muß eine Charakteristik des proletarischen *Klassenkampfes* folgen — Darlegung des Ziels dieses Kampfes (Übergang aller Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum und Ersetzung der kapitalistischen Produktion durch die sozialistische) — Darlegung des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung — Darlegung des *politischen* Charakters des Klassenkampfes und seines nächsten Ziels (Eroberung politischer Freiheit). Die Anerkennung des Kampfes gegen die Selbstherrschaft und für politische Freiheit als erste politische Aufgabe der Arbeiterpartei ist besonders notwendig, zur Erläuterung dieser Aufgabe aber ist unserer Meinung nach darzulegen der Klassencharakter des heutigen russischen Absolutismus und die Notwendigkeit seines Sturzes nicht nur im Interesse der Arbeiterklasse, sondern auch im Interesse der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung überhaupt. Eine solche Erklärung ist sowohl in theoretischer Beziehung notwendig, denn vom Standpunkt der Grundideen des Marxismus stehen die Interessen der gesellschaftlichen Entwicklung höher als die Interessen des Proletariats — die Interessen der ganzen Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit höher als die Interessen einer einzelnen Arbeiterschicht oder einzelner Momente der Bewegung; — als auch in praktischer Beziehung, um den zentralen Punkt zu bezeichnen, zu dem die ganze mannigfaltige, aus Propaganda, Agitation und Organisation bestehende Tätigkeit der Sozialdemokratie hinstrebt, und um den sich diese Tätigkeit gruppieren muß. *Außerdem*, glauben wir, sollte auch ein besonderer Absatz des Programms der Erklärung gewidmet werden, daß die Sozialdemokratische Arbeiterpartei es sich zur *Aufgabe* macht, jede revolutionäre Bewegung gegen den Absolutismus zu unterstützen und den Kampf zu führen gegen alle Versuche der autokratischen Regierung, das politische Bewußtsein des Volkes durch bürokratische Bevormundung und Scheinalmosen zu korrumpieren und zu trüben, durch jene demagogische Politik, die unsere deutschen Genossen „Peitsche und Zuckerbrot" * genannt haben. Zuckerbrot — das sind Al-

* „Peitsche und Zuckerbrot" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

mosen für diejenigen, die teilweiser und einzelner Verbesserungen der materiellen Lage wegen sich von ihren politischen Forderungen lossagen und gefügige Sklaven der Polizeiwillkür bleiben (für die Studenten Gemeinschaftswohnungen und dgl. mehr, und für die Arbeiter braucht man nur zu erinnern an die Proklamationen des Finanzministers Witte während der Petersburger Streiks von 1896 und 1897 oder an die Reden zum Schutze der Arbeiter, die von Vertretern des Innenministeriums in der Kommission für den Erlaß des Gesetzes vom 2. VI. 1897 gehalten worden sind). Peitsche — das sind die verstärkten Verfolgungsmaßnahmen gegen diejenigen, die trotz dieser Almosen Kämpfer für die politische Freiheit bleiben (Zwangsrekrutierung von Studenten[84]; das Rundschreiben vom 12. VIII. 1897 über die Verschickung von Arbeitern nach Sibirien; verstärkte Verfolgungen gegen die Sozialdemokratie und dgl. mehr). Das Zuckerbrot soll Schwache ködern, bestechen und demoralisieren; die Peitsche soll ehrliche und bewußte Kämpfer für die Sache der Arbeiter und des ganzen Volkes einschüchtern und „unschädlich machen". Solange der Absolutismus existiert (und wir müssen heute unser Programm eben mit Hinsicht auf die Tatsache abfassen, daß der Absolutismus existiert, denn sein Sturz wird unvermeidlich eine so große Veränderung der politischen Verhältnisse herbeiführen, daß die Arbeiterpartei genötigt ist, die Formulierung ihrer nächsten politischen Aufgaben wesentlich zu ändern), solange der Absolutismus existiert, haben wir eine ständige Wiederholung und Verstärkung dieser demagogischen Maßnahmen der Regierung zu erwarten, und folglich müssen wir systematisch gegen sie kämpfen, indem wir die Verlogenheit der polizeilichen Volksbeglücker entlarven, indem wir den Zusammenhang der Reformen der Regierung mit dem Kampf der Arbeiter zeigen, indem wir das Proletariat lehren, sich jede Reform zunutze zu machen, um seine Kampfposition zu stärken, um die Arbeiterbewegung auszubreiten und zu vertiefen. Die Erklärung, daß wir *alle* Kämpfer gegen den Absolutismus unterstützen, ist im Programm eben deshalb notwendig, weil die russische Sozialdemokratie, die mit den fortgeschrittenen Elementen der russischen Arbeiterklasse unauflöslich verschmolzen ist, das *gesamtdemokratische* Banner hissen muß, um alle Schichten und Elemente um sich zu gruppieren, die fähig sind, für die politische Freiheit zu kämpfen oder wenigstens diesen Kampf in irgendeiner Weise zu unterstützen.

Das ist unsere Ansicht von den Forderungen, denen der *prinzipielle*

Teil unseres Programms gerecht werden muß, und von den grundlegenden Thesen, die darin so genau und prägnant wie möglich zum Ausdruck kommen müssen. Aus dem Programmentwurf der Gruppe „Befreiung der Arbeit" müssen unserer Meinung nach wegfallen (aus dem prinzipiellen Teil): 1. die Hinweise auf die Form des bäuerlichen Bodenbesitzes (über die Bauernfrage werden wir weiter unten sprechen); 2. die Hinweise auf die Ursachen der „Unbeständigkeit" usw. der Intelligenz; 3. der Punkt über „die Abschaffung des gegenwärtigen Systems der politischen Vertretung und seine Ersetzung durch die direkte Volksgesetzgebung"; 4. der Punkt über die „Mittel des politischen Kampfes". Wir sehen freilich in diesem letztgenannten Punkt nichts Veraltetes oder Unrichtiges: wir glauben im Gegenteil, daß die Mittel gerade die sein müssen, die die Gruppe „Befreiung der Arbeit" aufgezeigt hat (Agitation, revolutionäre Organisation, „im geeigneten Augenblick" Übergang zum entschlossenen Angriff, der, *im Prinzip*, auch auf den Terror nicht verzichtet), aber wir glauben, daß das Programm einer *Arbeiterpartei* für Hinweise auf die Mittel der Tätigkeit, die im Programm einer Auslandsgruppe von Revolutionären im Jahre 1885 notwendig waren, nicht der geeignete Platz ist. Das Programm muß die Frage der Mittel offenlassen und die Wahl der Mittel den kämpfenden Organisationen und den Parteitagen, die die *Taktik* der Partei festlegen, überlassen. Fragen der *Taktik* aber können kaum ins Programm aufgenommen werden (mit Ausnahme der wesentlichsten und *prinzipiellsten* Fragen, wie die Frage nach dem Verhältnis zu den anderen Kämpfern gegen den Absolutismus). Die Fragen der Taktik werden, in dem Maße, wie sie auftauchen, in der Zeitung der Partei erörtert und auf den Parteitagen endgültig entschieden werden. Hierher gehört unserer Meinung nach auch die Frage des Terrors. Die Erörterung dieser Frage — eine Erörterung natürlich nicht von der prinzipiellen, sondern von der taktischen Seite her — muß von den Sozialdemokraten unbedingt begonnen werden, denn die Entwicklung der Bewegung führt von selbst, spontan dazu, daß immer häufiger Spione getötet werden und daß die leidenschaftliche Empörung in den Reihen der Arbeiter und der Sozialisten stärker wird, da diese sehen, daß ein größerer und immer größerer Teil ihrer Genossen in Einzelzellen und in den Verbannungsorten zu Tode gequält wird. Um keinen Platz für Unklarheiten zu lassen, wollen wir gleich hier sagen, daß unserer persönlichen Meinung nach der Terror

*gegenwärtig* ein *unzweckmäßiges* Kampfmittel ist, daß die Partei (*als Partei*) ihn ablehnen muß (bis zu einer Änderung der Verhältnisse, die auch einen Wechsel der Taktik hervorrufen könnte) und *alle ihre Kräfte* konzentrieren muß auf die Festigung der Organisation und die regelmäßige Zustellung von Literatur. Hier ist nicht der Ort, eingehender davon zu sprechen.

Was die Frage der direkten Volksgesetzgebung betrifft, so scheint uns, daß man sie gegenwärtig überhaupt nicht ins Programm aufnehmen soll. Man darf nicht prinzipiell den Sieg des Sozialismus mit der *Ablösung* des Parlamentarismus durch die direkte Volksgesetzgebung verbinden. Dies haben nach unserer Ansicht die Debatten über das Erfurter Programm und Kautskys Buch über Volksgesetzgebung bewiesen. Kautsky erkennt der Volksgesetzgebung (auf Grund einer historischen und politischen Analyse) unter den folgenden Bedingungen einen gewissen Nutzen zu: 1. Fehlen des Gegensatzes zwischen Stadt und Land oder ein Überwiegen der Städte; 2. Bestehen hochentwickelter politischer Parteien; 3. „Fehlen einer übermäßig zentralisierten, der Volksvertretung selbständig gegenüberstehenden Staatsgewalt". In Rußland sehen wir *völlig entgegengesetzte* Bedingungen, und die Gefahr, daß die „Volksgesetzgebung" zu einem imperialistischen „Plebiszit" ausartet, wäre bei uns besonders groß. Wenn Kautsky 1893 von Deutschland und Österreich sagte: „Für uns Osteuropäer gehört sie" (die direkte Volksgesetzgebung) „in das Inventar des ‚Zukunftsstaates'", so braucht man von Rußland gar nicht erst zu reden. Wir glauben deshalb, daß wir uns jetzt, wo in Rußland die Selbstherrschaft besteht, auf die Forderung nach einer „demokratischen Verfassung" beschränken und die ersten beiden Punkte des praktischen Teils im Programm der Gruppe „Befreiung der Arbeit" den ersten beiden Punkten des praktischen Teils im „Erfurter Programm" vorziehen sollten.

Kommen wir zum praktischen Teil des Programms. Dieser Teil zerfällt unserer Meinung nach, wenn nicht in der Darstellung, so doch dem Wesen der Sache nach in drei Abschnitte: 1. Forderungen nach gesamtdemokratischen Umbildungen, 2. Forderungen nach Arbeiterschutzmaßnahmen und 3. Forderungen nach Maßnahmen im Interesse der Bauern. Im ersten Abschnitt ist es wohl kaum erforderlich, wesentliche Änderungen am „Programmentwurf" der Gruppe „Befreiung der Arbeit" vorzunehmen, der fordert: 1. allgemeines Wahlrecht; 2. Diäten für Volks-

vertreter; 3. allgemeine, weltliche, unentgeltliche und obligatorische Schulbildung usw.; 4. Unantastbarkeit der Person und der Wohnungen der Bürger; 5. unbeschränkte Freiheit des Gewissens, des Worts, der Versammlungen usw. (hier sollte vielleicht speziell hinzugefügt werden: Streikfreiheit); 6. Freizügigkeit und Gewerbefreiheit (hier sollte vielleicht hinzugefügt werden: „Freiheit der Umsiedlung" und „völlige Abschaffung der Pässe"); 7. volle Gleichberechtigung aller Bürger usw.; 8. Ersetzung des stehenden Heeres durch allgemeine Volksbewaffnung; 9. „Revision unserer gesamten Zivil- und Strafgesetzgebung, Abschaffung der Ständeordnung und der Strafen, die mit der Menschenwürde unvereinbar sind". Hier sollte hinzugefügt werden: „völlige rechtliche Gleichstellung der Frau mit dem Manne". Ebenfalls in diesen Abschnitt sollte die Forderung nach Finanzreformen aufgenommen werden, die im Programm der Gruppe „Befreiung der Arbeit" unter den Forderungen formuliert ist, die „die Arbeiterpartei, gestützt auf diese politischen Grundrechte, aufstellen wird" — „Abschaffung des gegenwärtigen Steuersystems und Einführung einer progressiven Einkommensteuer". Platz finden müßte hier schließlich auch die Forderung nach „Wahl der Beamten durch das Volk; Berechtigung jedes Bürgers, jeden beliebigen Beamten ohne Beschwerde bei der übergeordneten Behörde gerichtlich zu belangen".

Im zweiten Abschnitt der praktischen Forderungen finden wir im Programm der Gruppe „Befreiung der Arbeit" die allgemeine Forderung nach „gesetzlicher Regelung der Beziehungen der (städtischen und ländlichen) Arbeiter zu den Unternehmern und Organisierung einer entsprechenden Inspektion, in der die Arbeiter vertreten sind". Wir glauben, die *Arbeiterpartei* muß die Forderungen zu diesem Punkt ausführlicher und eingehender darlegen, sie muß fordern: 1. den Achtstundentag; 2. das Verbot der Nachtarbeit, das Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren; 3. für jeden Arbeiter in der Woche eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden; 4. die Ausdehnung der Fabrikgesetze und der Fabrikinspektion auf alle Zweige der Industrie und Landwirtschaft, auf die staatlichen Fabriken, die Handwerksbetriebe und die zu Hause arbeitenden Kustare. Wahl von Inspektorengehilfen, die die gleichen Rechte haben wie die Inspektoren, durch die Arbeiter; 5. Bildung von Industrie- und Landwirtschaftsgerichten in allen Zweigen der Industrie und Landwirtschaft mit Richtern, die von den Unternehmern und den Arbei-

tern paritätisch gewählt werden; 6. unbedingtes, überall geltendes Verbot der Entlohnung in Waren; 7. gesetzliche Haftpflicht der Fabrikanten für alle Unfälle und Verstümmelungen von Arbeitern in der Industrie wie auf dem Lande; 8. eine gesetzliche Vorschrift, daß in allen Fällen von Lohnarbeit die Lohnzahlung mindestens einmal wöchentlich erfolgen muß; 9. Aufhebung aller Gesetze, die die Gleichberechtigung von Unternehmern und Arbeitern verletzen (z. B. der Gesetze über die strafrechtliche Verantwortung der Fabrik- und Landarbeiter wegen Aufgabe der Arbeitsstelle; der Gesetze, die den Unternehmern bedeutend mehr Freiheit geben, den Arbeitsvertrag zu lösen, als den Arbeitern usw.). (Es versteht sich von selbst, daß wir die erwünschten Forderungen nur skizzieren, ohne ihnen die für den Entwurf erforderliche endgültige Formulierung zu geben.) Dieser Abschnitt des Programms muß (in Verbindung mit dem Vorhergehenden) die grundlegenden Leitsätze für die Agitation liefern, ohne natürlich die Agitatoren irgendwie daran zu hindern, in einzelnen Gegenden, Produktionszweigen, Fabriken usw. andere, etwas veränderte, konkretere, mehr ins einzelne gehende Forderungen aufzustellen. Bei Abfassung dieses Programmabschnitts müssen wir deshalb bestrebt sein, zwei Extreme zu vermeiden: Einerseits darf keine der wichtigen, grundlegenden Forderungen, die von wesentlicher Bedeutung für die *ganze* Arbeiterklasse sind, ausgelassen werden; anderseits dürfen wir uns nicht übermäßig in Einzelheiten verlieren, da es unrationell wäre, das Programm mit ihnen vollzustopfen.

Die Forderung nach „Staatshilfe für Produktivgenossenschaften", die im Programm der Gruppe „Befreiung der Arbeit" steht, muß unserer Meinung nach überhaupt aus dem Programm gestrichen werden. Sowohl die Erfahrungen anderer Länder und theoretische Erwägungen als auch die Besonderheiten des russischen Lebens (die Neigung der bürgerlichen Liberalen und der Polizeiregierung, mit „Artels" und mit der „Protektion" der „Volksindustrie" zu liebäugeln, usw.) — all das spricht gegen die Aufstellung dieser Forderung. (Natürlich stand die Sache vor 15 Jahren in vielen Beziehungen anders, und *damals* war es natürlich, daß die Sozialdemokraten eine derartige Forderung in ihr Programm aufnahmen.)

Bleibt der letzte — dritte — Abschnitt des praktischen Programmteils: die Forderungen in der Bauernfrage. Im Programm der Gruppe

„Befreiung der Arbeit" finden wir *eine* solche Forderung, und zwar die Forderung nach „radikaler Revision unserer Agrarverhältnisse, d. h. der Bedingungen für den Loskauf des Bodens und für seine Zuweisung an die Bauerngemeinden. Den Bauern, die das angemessen finden, ist das Recht einzuräumen, auf den Bodenanteil zu verzichten und aus der Dorfgemeinde auszuscheiden, und dgl. mehr."

Mir scheint, daß der hier zum Ausdruck gebrachte Grundgedanke absolut richtig ist und daß die Sozialdemokratische Arbeiterpartei wirklich in ihrem Programm eine entsprechende Forderung aufstellen muß (ich sage: eine entsprechende, denn einige Änderungen erscheinen mir wünschenswert).

Meine Auffassung von dieser Frage ist die folgende. Die Bauernfrage in Rußland unterscheidet sich wesentlich von der Bauernfrage im Westen, aber sie unterscheidet sich *nur dadurch*, daß es sich im Westen fast ausschließlich um den Bauern in einer kapitalistischen, bürgerlichen Gesellschaft handelt, in Rußland dagegen hauptsächlich um den Bauern, der unter *vorkapitalistischen* Einrichtungen und Verhältnissen nicht weniger (wenn nicht mehr) zu leiden hat, der unter den *Überresten der Leibeigenschaft* zu leiden hat. Die Rolle der Bauernschaft als einer Klasse, die Kämpfer gegen den Absolutismus und gegen die Überreste der Leibeigenschaft stellt, ist im Westen bereits ausgespielt, in Rußland noch nicht. Im Westen ist das Industrieproletariat seit langem und scharf vom Dorfe getrennt, und diese Trennung ist bereits durch entsprechende Rechtsinstitutionen verankert. In Rußland „ist das Industrieproletariat nach seinen Bestandselementen und Existenzbedingungen noch in hohem Grade mit dem Dorf verbunden" (P. B. Axelrod, zitierte Broschüre, S. 11). Freilich geht der Prozeß der Auflösung der Bauernschaft in Kleinbourgeoisie und Lohnarbeiter bei uns mit großer Kraft, mit erstaunlicher Geschwindigkeit vor sich, aber dieser Prozeß ist bei weitem noch nicht abgeschlossen, und — was die Hauptsache ist — dieser Prozeß vollzieht sich bei uns noch im Rahmen der alten, fronherrschaftlichen Institutionen, die alle Bauern durch die schwere Kette der solidarischen Haftung und der fiskalischen Dorfgemeinschaft fesseln. Der russische Sozialdemokrat, selbst wenn er (wie der Schreiber dieser Zeilen) zu den entschiedenen Gegnern des Schutzes oder der Unterstützung des Kleineigentums oder der kleinen Wirtschaft in der kapitalistischen Gesellschaft gehört, d. h., selbst wenn

er sich auch in der Agrarfrage (wie der Schreiber dieser Zeilen) auf die Seite derjenigen Marxisten stellt, die von allen möglichen Bourgeois und Opportunisten heute gern als „Dogmatiker" und „Rechtgläubige" beschimpft werden, kann und muß somit, ohne im mindesten seinen Überzeugungen untreu zu werden, ja, im Gegenteil, gerade kraft dieser Überzeugungen, dafür eintreten, daß die Arbeiterpartei die *Unterstützung* der Bauernschaft auf ihr Banner schreibt (*keineswegs* als einer Klasse von Kleineigentümern oder kleinen Landwirten), *soweit diese Bauernschaft zum revolutionären Kampf gegen die Überreste der Leibeigenschaft im allgemeinen und gegen den Absolutismus im besonderen fähig ist.* Erklären wir Sozialdemokraten doch alle, daß wir bereit sind, auch die Großbourgeoisie zu unterstützen, *soweit sie* zum *revolutionären* Kampf gegen die erwähnten Erscheinungen *fähig ist* – wie also können wir der viele Millionen zählenden Klasse der Kleinbourgeoisie, die durch allmähliche Übergänge mit dem Proletariat verschmilzt, eine solche Unterstützung versagen? Wenn die Unterstützung liberaler Forderungen der Großbourgeoisie nicht die Unterstützung der Großbourgeoisie bedeutet, so bedeutet doch auch die Unterstützung der demokratischen Forderungen der Kleinbourgeoisie keineswegs eine Unterstützung der Kleinbourgeoisie: im Gegenteil, gerade die Entwicklung, die Rußland politische Freiheit geben wird, wird mit besonderer Kraft dazu führen, daß die kleine Wirtschaft unter den Schlägen des Kapitals zugrunde geht. Mir scheint, daß es in diesem Punkt unter Sozialdemokraten keine Streitigkeiten geben wird. Die ganze Frage ist also die: 1. Wie gerade solche Forderungen ausgearbeitet werden können, die *nicht* zur Unterstützung der Kleinbesitzer in der kapitalistischen Gesellschaft *abgleiten,* und 2. ob unsere Bauernschaft wenigstens teilweise zum *revolutionären* Kampf gegen die Überreste der Leibeigenschaft und gegen den Absolutismus fähig ist.

Beginnen wir mit der zweiten Frage. Wohl niemand wird bestreiten, daß es in der russischen Bauernschaft revolutionäre Elemente gibt. Bekannt sind die Tatsachen der Bauernaufstände gegen Gutsherren, gegen deren Verwalter, gegen die sie schützenden Beamten auch nach der Reform, bekannt sind die Tatsachen der Totschläge, Rebellionen usw. auf dem Lande. Bekannt ist die Tatsache der wachsenden Empörung in der Bauernschaft (in der sogar die armseligen Ansätze von Bildung bereits das Gefühl menschlicher Würde zu erwecken begonnen haben) gegen die bar-

barische Willkür jener Bande wohlgeborenen Lumpenpacks, die unter dem Namen von Landeshauptleuten auf die Bauern losgelassen worden ist. Bekannt ist die Tatsache der immer häufiger werdenden Hungersnöte für Millionen des Volkes, die nicht teilnahmslose Zuschauer derartiger „Ernährungsschwierigkeiten" bleiben können. Bekannt ist die Tatsache, daß sich in der Bauernschaft Sektenwesen und Rationalismus ausbreiten — der in religiöser Hülle auftretende politische Protest aber ist eine Erscheinung, die in einem bestimmten Entwicklungsstadium allen Völkern und nicht nur Rußland eigen ist. Das Vorhandensein revolutionärer Elemente in der Bauernschaft unterliegt also nicht dem geringsten Zweifel. Wir übertreiben nicht im geringsten die Kraft dieser Elemente, wir vergessen nicht die politische Unentwickeltheit und Unbildung der Bauern, wir verwischen nicht im geringsten die Grenzscheide zwischen „der sinnlosen und erbarmungslosen russischen Rebellion" und dem revolutionären Kampf, wir vergessen nicht im geringsten, welche Unzahl von Mitteln die Regierung besitzt, um die Bauern politisch zu prellen und zu demoralisieren. Aber aus alledem folgt nur, daß es unsinnig wäre, die Bauernschaft zum *Träger* der revolutionären Bewegung zu proklamieren, daß eine Partei ohne jede Vernunft wäre, die den revolutionären Charakter ihrer Bewegung von der revolutionären Stimmung der Bauernschaft *abhängig machen würde*. Wir denken ja gar nicht daran, den russischen Sozialdemokraten irgend etwas Derartiges vorzuschlagen. Wir sagen lediglich, daß die Arbeiterpartei, ohne die Grundgebote des Marxismus zu verletzen und einen gewaltigen politischen Fehler zu begehen, an den revolutionären Elementen, die es auch in der Bauernschaft gibt, nicht *vorbeigehen*, diesen Elementen nicht die Unterstützung versagen kann. Ob diese revolutionären Elemente der russischen Bauernschaft es vermögen, auch nur so in Erscheinung zu treten, wie die westeuropäischen Bauern beim Sturz des Absolutismus in Erscheinung getreten sind — das ist eine Frage, auf die die Geschichte noch keine Antwort gegeben hat. Wenn sie es nicht vermögen, so wird das weder dem guten Namen noch der Bewegung der Sozialdemokratie Abbruch tun, denn es ist nicht ihre Schuld, daß die Bauernschaft auf ihren revolutionären Appell nicht geantwortet hat (vielleicht nicht imstande war zu antworten). Die Arbeiterbewegung geht ihren Weg und wird ihn weitergehen, ungeachtet jedes wie immer gearteten Verrats der Groß- oder Kleinbourgeoisie. Wenn sie es vermögen, so würde

die Sozialdemokratie, die die Bauernschaft nicht dabei unterstützt hätte, für immer ihren guten Namen und das Recht verloren haben, als der Vorkämpfer der Demokratie zu gelten.

Um zu der ersten oben gestellten Frage überzugehen, müssen wir sagen, daß die Forderung nach „radikaler Revision der Agrarverhältnisse" uns unklar vorkommt: vor 15 Jahren mag sie genügt haben, heute aber, wo wir richtunggebendes Material für die Agitation liefern und uns außerdem von den Verteidigern der kleinen Wirtschaften abgrenzen müssen, die in der heutigen russischen Gesellschaft so zahlreich sind und so „einflußreiche" Anhänger finden wie die Herren Pobedonoszew, Witte und sehr viele Beamte des Innenministeriums, kann man sich mit ihr schwerlich zufriedengeben. Wir erlauben uns, den Genossen etwa die folgende Formulierung für den dritten Abschnitt des praktischen Teils unseres Programms zur Erörterung zu unterbreiten:

„Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, die jede revolutionäre Bewegung gegen die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung unterstützt, erklärt, daß sie der Bauernschaft Unterstützung angedeihen läßt, soweit diese als die unter der Rechtlosigkeit des russischen Volkes und den Überresten der Leibeigenschaft in der russischen Gesellschaft am meisten leidende Klasse zum revolutionären Kampf gegen die Selbstherrschaft fähig ist.

Von diesem Prinzip ausgehend, fordert die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands:

1. Abschaffung der Loskauf- und Fronzinszahlungen sowie aller Lasten, die gegenwärtig die Bauernschaft als abgabenpflichtiger Stand zu tragen hat.

2. Rückerstattung des Geldes, das die Regierung und die Gutsherren den Bauern in Form von Loskaufzahlungen geraubt haben, an das Volk.

3. Abschaffung der solidarischen Haftung und aller Gesetze, die die Verfügungsgewalt des Bauern über seinen Boden einschränken.

4. Vernichtung aller Überreste fronherrschaftlicher Abhängigkeit der Bauern von den Gutsbesitzern, ob diese Überreste nun besonderen Gesetzen und Institutionen entspringen (z. B. die Lage der Bauern und der Arbeiter in den Bergbau- und Hüttenrevieren des Ural) oder daraus, daß die Bauern- und Gutsherrenländereien immer noch nicht voneinander abgegrenzt sind (z. B. die Überreste der Servituten[85] in den Westgebieten), oder schließlich daraus, daß die Wegnahme von Bauernland (der Boden-

,abschnitte') durch den Gutsbesitzer die Bauern faktisch in die ausweglose Lage der früheren Fronbauern versetzt.

5. Berechtigung der Bauern, im Gerichtswege die Herabsetzung einer übermäßig hohen Pachtzahlung zu verlangen sowie die Gutsherren und überhaupt alle Personen, die die Not der Bauern ausnutzen, um sie in Schuldknechtschaft zu verstricken, wegen Wuchers zu belangen."

Auf die Motivierung dieses Vorschlags müssen wir besonders ausführlich eingehen — nicht weil dieser Teil des Programms der wichtigste wäre, sondern weil er am meisten umstritten ist und weil er mit den allgemein festgestellten, von allen Sozialdemokraten anerkannten Wahrheiten im entferntesten Zusammenhang steht. Der einleitende Satz über die (bedingte) „Unterstützung" der Bauernschaft scheint uns deshalb notwendig, weil das Proletariat, allgemein gesprochen, nicht die Verteidigung der Interessen einer Klasse von kleinen Unternehmern übernehmen kann und darf; es kann sie lediglich *insoweit* unterstützen, *als* sie revolutionär ist. Da nun gerade die Selbstherrschaft gegenwärtig die ganze Rückständigkeit Rußlands, alle Überreste der Leibeigenschaft, der Rechtlosigkeit und der „patriarchalischen" Knechtung in sich verkörpert, so muß dargelegt werden, daß die Arbeiterpartei die Bauernschaft nur insoweit unterstützt, als sie zum revolutionären Kampf gegen die *Selbstherrschaft* fähig ist. Eine solche These wird offenbar durch die folgende These im Entwurf der Gruppe „Befreiung der Arbeit" ausgeschlossen: „Die Hauptstütze des Absolutismus besteht gerade in der politischen Gleichgültigkeit und geistigen Rückständigkeit der Bauernschaft." Dies aber ist ein Widerspruch nicht der Theorie, sondern des Lebens selbst, denn die Bauernschaft zeichnet sich (wie die Klasse der Kleinbesitzer überhaupt) durch zwiespältige Züge aus. Ohne die bekannten ökonomischen Argumente zu wiederholen, die die innerlich widerspruchsvolle Lage der Bauernschaft beweisen, wollen wir daran erinnern, daß Marx die französische Bauernschaft zu Beginn der fünfziger Jahre wie folgt charakterisiert hat:

... „Die Dynastie Bonaparte repräsentiert nicht den revolutionären, sondern den konservativen Bauer, nicht den Bauer, der über seine soziale Existenzbedingung, die Parzelle, hinausdrängt, sondern der sie vielmehr befestigen will, nicht das Landvolk, das durch eigne Energie im Anschluß an die Städte die alte Ordnung umstürzen, sondern umgekehrt dumpf verschlossen in dieser alten Ordnung sich mitsamt seiner Parzelle von dem

Gespenste des Kaisertums gerettet und bevorzugt sehen will. Sie repräsentiert nicht die Aufklärung, sondern den Aberglauben des Bauern, nicht sein Urteil, sondern sein Vorurteil, nicht seine Zukunft, sondern seine Vergangenheit, nicht seine modernen Cevennen, sondern seine moderne Vendée." („Der 18. Brumaire", S. 99.)[86] Eben die Unterstützung jener Bauernschaft, die danach strebt, die „alte Ordnung" umzustürzen, d. h. in Rußland zuerst und vor allem die Selbstherrschaft, ist für die Arbeiterpartei notwendig. Die russischen Sozialdemokraten haben stets die Notwendigkeit anerkannt, aus der Doktrin und Richtung der Volkstümlerei die revolutionäre Seite zu entnehmen und sie sich zu eigen zu machen. Im Programm der Gruppe „Befreiung der Arbeit" findet dies nicht nur in der oben zitierten Forderung nach „radikaler Revision" usw. Ausdruck, sondern auch in den folgenden Worten: „Es versteht sich übrigens von selbst, daß auch heute Menschen, die unmittelbare Fühlung mit der Bauernschaft haben, durch ihre Tätigkeit unter den Bauern der sozialistischen Bewegung in Rußland einen wichtigen Dienst leisten könnten. Die Sozialdemokraten werden diese Menschen nicht von sich wegstoßen, im Gegenteil, sie werden alle Kraft aufbieten, um sich mit ihnen in den grundlegenden Prinzipien und Methoden ihrer Tätigkeit zu verständigen." Vor 15 Jahren, als die Traditionen der revolutionären Volkstümlerrichtung noch lebendig waren, genügte eine solche Erklärung, heute aber müssen wir selbst mit der Erörterung der „grundlegenden Prinzipien" für die Tätigkeit in der Bauernschaft beginnen, wenn wir wollen, daß die Sozialdemokratische Arbeiterpartei zum Vorkämpfer der Demokratie wird.

Führen jedoch die von uns vorgeschlagenen Forderungen auch wirklich zur Unterstützung der Person der Bauern und nicht ihres Eigentums? nicht zur Konsolidierung der kleinen Wirtschaften? entsprechen sie dem ganzen Gang der kapitalistischen Entwicklung? Betrachten wir diese Fragen, die für einen Marxisten die wichtigsten sind.

Hinsichtlich der 1. und der 3. Forderung kann es unter Sozialdemokraten schwerlich eine Meinungsverschiedenheit *dem Wesen der Sache nach* geben. Die zweite Forderung wird wahrscheinlich auch Meinungsverschiedenheiten hervorrufen, die das Wesen der Sache betreffen. Für sie sprechen unserer Meinung nach die folgenden Erwägungen: 1. Es ist Tatsache, daß die Loskaufzahlungen eine direkte Beraubung der Bauern

durch die Gutsherren waren, daß sie nicht nur für den bäuerlichen Boden gezahlt wurden, sondern auch für die Leibeigenschaft, daß die Regierung den Bauern *mehr* nahm, als sie den Grundherren bezahlte; 2. wir haben keinen Grund, diese Tatsache als ein völlig abgeschlossenes und bereits ins Archiv der Geschichte eingegangenes Ereignis zu betrachten, denn die hochwohlgeborenen Ausbeuter selbst, die jetzt von „Opfern" schreien, die sie damals gebracht hätten, betrachten die bäuerliche Reform nicht in dieser Weise; 3. gerade jetzt, wo die Hungersnot für Millionen Bauern zu einer chronischen Erscheinung wird, wo die Regierung, die Millionen für Geschenke an Gutsherren und Kapitalisten, für ihre abenteuerliche Außenpolitik verschwendet, bei den Hilfeleistungen für die Hungernden um jeden Pfennig feilscht, gerade jetzt ist es angebracht und notwendig, daran zu erinnern, wieviel die Mißwirtschaft der autokratischen Regierung, die den Interessen der privilegierten Klassen dient, das Volk gekostet hat; 4. die Sozialdemokraten können der Hungersnot und dem Hungersterben der Bauernschaft nicht gleichgültig zuschauen. Über die Notwendigkeit umfassendster Hilfe für die Hungernden gab es unter den russischen Sozialdemokraten niemals zwei Meinungen. Und schwerlich wird jemand behaupten, daß eine ernstliche Hilfe ohne revolutionäre Maßnahmen möglich ist; 5. die Expropriation der Apanageländereien und die verstärkte Mobilisierung der Adelsländereien — d. h. das, was die Folge einer Verwirklichung der vorgeschlagenen Forderung wäre — würden der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung Rußlands nur Nutzen bringen. *Gegen* die vorgeschlagene Forderung würde man wahrscheinlich hauptsächlich ihre „Undurchführbarkeit" ins Feld führen. Wenn ein solcher Einwand nur durch Phrasen gegen „Revolutionarismus" und „Utopismus" gestützt wird, so sagen wir im voraus, daß derartige *opportunistische Phrasen* uns nicht im geringsten schrecken und daß wir ihnen keinerlei Bedeutung beimessen. Wird der erwähnte Einwand dagegen durch eine Analyse der ökonomischen und der politischen Bedingungen unserer Bewegung gestützt, so geben wir die Notwendigkeit einer eingehenderen Erörterung dieser Frage und den Nutzen einer Polemik in dieser Frage vollauf zu. Bemerken wollen wir nur, daß diese Forderung nicht selbständig dasteht, sondern einen Teil der Forderung bildet, die Bauernschaft zu unterstützen, *soweit* sie revolutionär ist. Die Frage, wie und mit welcher Kraft diese Elemente der Bauernschaft in Erscheinung

treten werden, wird die Geschichte entscheiden. Wenn unter „Durchführbarkeit" der Forderungen nicht ihre allgemeine Übereinstimmung mit den Interessen der gesellschaftlichen Entwicklung verstanden würde, sondern ihre Übereinstimmung mit der jeweiligen Konjunktur der ökonomischen und politischen Verhältnisse, so wäre ein solches Kriterium absolut unrichtig, wie Kautsky in seiner Polemik gegen Rosa Luxemburg überzeugend gezeigt hat, die die Forderung der Unabhängigkeit Polens als (für die polnische Arbeiterpartei) „undurchführbar" bezeichnet hatte. Kautsky führte damals (wenn uns das Gedächtnis nicht trügt) als Beispiel die Forderung des Erfurter Programms an, die von der Wahl der Beamten durch das Volk spricht. Die „Durchführbarkeit" dieser Forderung ist im heutigen Deutschland mehr als zweifelhaft, aber kein Sozialdemokrat hat je den Vorschlag gemacht, die Forderungen der Sozialdemokratie auf den engen Rahmen des im gegebenen Augenblick und unter den gegebenen Verhältnissen Möglichen zu beschränken.

Was weiter Punkt 4 anbelangt, so wird wahrscheinlich niemand im Prinzip etwas dagegen einzuwenden haben, daß die Sozialdemokraten die Vernichtung aller Überreste fronherrschaftlicher Abhängigkeit fordern müssen. Zu klären wird wahrscheinlich nur die Formulierung dieser Forderung und dann ihr Umfang sein, d. h. die Frage, ob z. B. die Forderung nach Maßnahmen in sie einbezogen werden soll, die die durch die Wegnahme von Bauernland (der Boden„abschnitte") im Jahre 1861 geschaffene *faktische* Fronabhängigkeit der Bauern beseitigen. Unserer Meinung nach muß diese Frage bejaht werden. Die gewaltige Bedeutung des faktischen Weiterbestehens der Fron-(Abarbeits-)Wirtschaft ist in der Literatur in vollem Umfang festgestellt worden, ebenso aber auch die gewaltige Hemmung der gesellschaftlichen Entwicklung (und der Entwicklung des Kapitalismus), die aus diesem Weiterbestehen resultiert. Natürlich führt die Entwicklung des Kapitalismus „von selbst, auf natürlichem Wege" zur Beseitigung dieser Überbleibsel und wird sie zu guter Letzt ganz beseitigen; aber erstens besitzen diese Überbleibsel außerordentliche Festigkeit, so daß mit ihrer raschen Beseitigung nicht gerechnet werden darf, und zweitens bedeutet — und das ist die Hauptsache — der „natürliche Weg" nichts anderes als das Aussterben der Bauern, die *faktisch* (infolge der Abarbeit usw.) an den Boden gefesselt sind und von den Gutsbesitzern geknechtet werden. Selbstverständlich können die Sozial-

demokraten unter solchen Umständen diese Frage in ihrem Programm nicht mit Schweigen übergehen. Man wird uns fragen: Wie könnte diese Forderung verwirklicht werden? Wir glauben, daß es nicht notwendig ist, hiervon im Programm zu sprechen. Natürlich wird die Verwirklichung dieser Forderung (die, wie die Verwirklichung fast aller Forderungen dieses Abschnitts, von der Stärke der revolutionären Elemente der Bauernschaft abhängt) eine allseitige Untersuchung der örtlichen Bedingungen durch gewählte örtliche Vertrauensleute, durch Bauernkomitees erfordern — als Gegengewicht gegen die Adelskomitees, die ihren „gesetzlichen" Raub in den sechziger Jahren verübten; die demokratischen Forderungen des Programms definieren hinreichend die demokratischen Institutionen, die für diesen Zweck nötig wären. Dies wäre eben die „radikale Revision der Agrarverhältnisse", von der das Programm der Gruppe „Befreiung der Arbeit" spricht. Wie bereits oben bemerkt, sind wir mit diesem Punkt des Entwurfs der Gruppe „Befreiung der Arbeit" im Prinzip einverstanden und möchten nur 1. die Bedingungen feststellen, unter denen das Proletariat für die Klasseninteressen der Bauernschaft kämpfen kann; 2. den *Charakter* der Revision bestimmen: die Vernichtung der Überreste fronherrschaftlicher Abhängigkeit; 3. den Forderungen konkreteren Ausdruck verleihen. — Wir sehen noch einen Einwand voraus: Die Revision der Frage der Boden„abschnitte" und dgl. muß dazu führen, daß diese Ländereien den Bauern zurückgegeben werden. Das ist klar. Wird dies jedoch nicht das Kleineigentum, die Kleinparzelle festigen? können denn die Sozialdemokraten wünschen, daß die kapitalistischen Großwirtschaften, die vielleicht auf den den Bauern geraubten Bodenflächen betrieben werden, durch kleine Wirtschaften ersetzt werden? Das wäre doch eine *reaktionäre* Maßnahme! — Wir antworten: Zweifellos ist eine Ersetzung der großen Wirtschaft durch die kleine reaktionär, und wir dürfen *nicht* dafür eintreten. Aber die zu untersuchende Forderung ist doch *bedingt* durch das Ziel, „die Überreste fronherrschaftlicher Abhängigkeit zu vernichten" — folglich kann sie nicht zur Zersplitterung der großen Wirtschaften führen; sie bezieht sich lediglich auf die alten Wirtschaften, die ihrem Wesen nach zum Typus der reinen Fronwirtschaften gehören — und *ihnen gegenüber* ist die von allen mittelalterlichen Einengungen freie bäuerliche Wirtschaft (siehe Punkt 3) *nicht reaktionär, sondern progressiv.* Natürlich ist es nicht leicht, hier eine Grenzlinie zu ziehen — aber wir

glauben ja durchaus nicht, daß irgendeine Forderung unseres Programms „leicht" zu verwirklichen sein wird. Unsere Sache ist es, die Grundprinzipien und Grundaufgaben festzulegen, für die Einzelheiten aber werden die zu sorgen wissen, denen es beschieden sein wird, diese Aufgaben praktisch zu lösen.

Der letzte Punkt strebt seinem Zweck nach das gleiche an wie der vorhergehende: den Kampf gegen alle (im russischen Dorf so reichlich vorhandenen) Überreste *vorkapitalistischer Produktionsweise.* Bekanntlich ist die bäuerliche Pacht in Rußland sehr häufig nur eine Tarnung für das Weiterbestehen der Fronverhältnisse. Die Idee dieses letzten Punktes nun haben wir Kautsky entlehnt, der mit dem Hinweis darauf, daß schon das liberale Ministerium Gladstone 1881 für Irland ein Gesetz erließ, das den Gerichten das Recht zur Herabsetzung übermäßig hoher Pachtpreise verlieh, unter die wünschenswerten Forderungen auch die folgende aufnahm: „Reduzierung übermäßiger Pachtzinsen durch dazu eingesetzte Gerichtshöfe". In Rußland wäre dies besonders nützlich (natürlich bei demokratischer Organisation dieser Gerichte) in bezug auf die Verdrängung der Fronverhältnisse. Dazu, so meinen wir, könnte auch die Forderung hinzugefügt werden, die Wuchergesetze auf knechtende Abmachungen auszudehnen: im russischen Dorf ist die Schuldknechtschaft so maßlos entwickelt, sie ist für den Bauern *als Arbeiter* eine solch schwere Last, sie hemmt den sozialen Fortschritt so ungeheuerlich, daß der Kampf gegen sie besonders notwendig ist. Den knechtenden, wucherischen Charakter einer Abmachung aber könnte das Gericht natürlich ebenso leicht feststellen wie die übermäßige Höhe einer Pachtzahlung.

Im großen und ganzen laufen die von uns vorgeschlagenen Forderungen unserer Meinung nach auf zwei Hauptziele hinaus: 1. alle *vorkapitalistischen,* fronherrschaftlichen Institutionen und Verhältnisse auf dem Lande zu vernichten (eine Ergänzung finden diese Forderungen im ersten Abschnitt des praktischen Programmteils); 2. dem Klassenkampf auf dem Lande offeneren und bewußteren Charakter zu verleihen. Wir glauben, gerade diese Prinzipien müssen für das sozialdemokratische „Agrarprogramm" in Rußland richtungweisend sein; — es ist notwendig, sich entschieden von den in Rußland so zahlreichen Bestrebungen abzugrenzen, den Klassenkampf im Dorf *beizulegen.* Die herrschende liberal-volkstümlerische Richtung zeichnet sich gerade durch diesen Charakter aus, aber

wenn wir sie entschlossen ablehnen (wie das auch im „Anhang zum Bericht der russischen Sozialdemokraten auf dem internationalen Kongreß in London" geschehen ist), so darf nicht vergessen werden, daß wir dabei den revolutionären Inhalt der Volkstümlerbewegung ausnehmen müssen. „Soweit die Volkstümlerrichtung revolutionär war, d. h. sich gegen den ständisch-bürokratischen Staat und gegen die von ihm unterstützten barbarischen Formen der Ausbeutung und Unterdrückung der Volksmassen wandte, soweit mußte sie mit den entsprechenden Abänderungen als ein Bestandselement in das Programm der russischen Sozialdemokratie eingehen." (Axelrod, „Zur Frage der gegenwärtigen Aufgaben und der Taktik", S. 7.) Im russischen Dorf verflechten sich gegenwärtig zwei Hauptformen des Klassenkampfes: 1. der Kampf der Bauernschaft gegen die privilegierten Grundbesitzer und gegen die Überreste der Leibeigenschaft; 2. der Kampf des im Entstehen begriffenen Dorfproletariats gegen die Dorfbourgeoisie. Für Sozialdemokraten ist natürlich der zweite Kampf von größerer Bedeutung, aber sie müssen unbedingt auch den ersten Kampf unterstützen, *sofern das* den Interessen der gesellschaftlichen Entwicklung *nicht widerspricht*. Nicht zufällig nahm und nimmt die Bauernfrage in der russischen Gesellschaft und in der russischen revolutionären Bewegung soviel Platz ein: diese Tatsache ist nur eine Widerspiegelung dessen, daß auch der erstgenannte Kampf immer noch große Bedeutung behält.

Zum Schluß muß einem möglichen Mißverständnis vorgebeugt werden. Wir sprachen von dem „revolutionären Appell" der Sozialdemokratie an die Bauern. Bedeutet dies nicht, sich verzetteln, der notwendigen Konzentration der Kräfte auf die Arbeit unter dem Industrieproletariat Schaden tun? Durchaus nicht; die Notwendigkeit einer solchen Konzentration geben *alle* russischen Sozialdemokraten zu, auf sie wird sowohl im Entwurf der Gruppe „Befreiung der Arbeit" vom Jahre 1885 als auch in der Broschüre „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten" im Jahre 1898 hingewiesen. Folglich besteht durchaus kein Grund zu befürchten, daß die Sozialdemokraten ihre Kräfte verzetteln werden. Ein Programm ist ja keine Instruktion: das Programm muß die *ganze* Bewegung umfassen, in der Praxis aber muß natürlich bald die eine, bald die andere Seite der Bewegung in den Vordergrund gerückt werden. Niemand wird die Notwendigkeit bestreiten, im Programm nicht nur von den Indu-

striearbeitern, sondern auch von den Landarbeitern zu sprechen, obwohl gleichzeitig kein einziger russischer Sozialdemokrat je daran gedacht hat, beim gegenwärtigen Stand der Dinge die Genossen aufzufordern, aufs Land zu gehen. Aber die Arbeiterbewegung wird unvermeidlich von selbst, sogar unabhängig von unserem Bemühen, zur Verbreitung der demokratischen Ideen auf dem Lande führen. „Die Agitation auf der Grundlage der ökonomischen Interessen wird unvermeidlich die sozialdemokratischen Zirkel unmittelbar auf Tatsachen stoßen lassen, die ihnen die überaus enge Interessensolidarität zwischen unserem Industrieproletariat und den Bauernmassen anschaulich zeigen" (Axelrod, ib., S. 13), und das ist der Grund, weshalb ein „Agrarprogramm"* (*im aufgezeigten Sinn:* strenggenommen ist es natürlich gar kein „Agrarprogramm") für die russischen Sozialdemokraten dringend notwendig ist. In unserer Propaganda und Agitation stoßen wir ständig auf bäuerliche Arbeiter, d. h. auf Fabrik- und Werkarbeiter, die Verbindungen mit dem Dorf aufrechterhalten, dort ihre Verwandten, ihre Familie haben, dorthin fahren. Für die Fragen der Loskaufzahlungen, der solidarischen Haftung, der Pachtzahlung hat sogar fast jeder hauptstädtische Arbeiter ein lebhaftes Interesse (wir sprechen gar nicht erst z. B. von den Arbeitern im Ural, wo die sozialdemokratische Propaganda und Agitation gleichfalls einzudringen begonnen hat). Wir würden unsere Pflicht versäumen, wenn wir uns nicht bemühten, den Sozialdemokraten und klassenbewußten Arbeitern, die oft ins Dorf kommen, genaue Anleitung zu geben. Ferner darf auch die Dorfintelligenz nicht vergessen werden, z. B. die Volksschullehrer, die sowohl materiell als auch geistig eine sie so erniedrigende Stellung einnehmen, die die Rechtlosigkeit und Knechtung des Volkes aus solcher Nähe beobachten und so am eigenen Leibe verspüren, daß sich ohne Zweifel (bei weiterem Anwachsen der Bewegung) unter ihnen die Sympathie mit dem Sozialdemokratismus immer mehr ausbreiten wird.

Also dies müssen unserer Meinung nach die Bestandteile eines Programms der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands sein: 1. Darlegung des Grundcharakters der ökonomischen Entwicklung in Rußland; 2. Darlegung des unvermeidlichen Ergebnisses des Kapitalismus: Zunahme des Elends und Zunahme der Empörung der Arbeiter; 3. Darlegung des Klassenkampfes des Proletariats als der Grundlage unserer Bewegung;

* „Agrarprogramm" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

4. Darlegung der Endziele der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung — ihres Strebens, zur Verwirklichung dieser Ziele die politische Macht zu erobern —, des internationalen Charakters der Bewegung; 5. Darlegung der Notwendigkeit des politischen Charakters des Klassenkampfes; 6. die Erklärung, daß der russische Absolutismus, der die Rechtlosigkeit und Knechtung des Volkes bedingt und die Ausbeuter begünstigt, das Haupthindernis der Arbeiterbewegung ist und daß deshalb die Erkämpfung der politischen Freiheit, die auch im Interesse der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung notwendig ist, die nächste politische Aufgabe der Partei bildet; 7. die Erklärung, daß die Partei alle Parteien und Bevölkerungsschichten unterstützen wird, die gegen den Absolutismus kämpfen, daß sie gegen die demagogischen Machenschaften unserer Regierung kämpfen wird; 8. Aufzählung der grundlegenden demokratischen Forderungen — dann 9. der Forderungen zugunsten der Arbeiterklasse und 10. der Forderungen zugunsten der Bauern, wobei der allgemeine Charakter dieser Forderungen zu erklären ist.

In voller Erkenntnis der Schwierigkeit der Aufgabe, das Programm ohne eine Reihe von Beratungen mit den Genossen völlig befriedigend zu formulieren, halten wir es doch für notwendig, dieses Werk in Angriff zu nehmen, denn wir glauben, daß es (aus den obenerwähnten Gründen) nicht aufgeschoben werden darf, und hoffen, daß sowohl alle Theoretiker der Partei (an ihrer Spitze die Mitglieder der Gruppe „Befreiung der Arbeit") als auch alle praktisch arbeitenden Sozialisten in Rußland (und nicht allein die Sozialdemokraten: es wäre uns sehr erwünscht, die Meinung der Sozialisten anderer Fraktionen zu hören, und wir würden es nicht ablehnen, ihre Meinungen zu veröffentlichen) und ebenso alle klassenbewußten Arbeiter überhaupt uns zu Hilfe kommen werden.

# EINE RÜCKLÄUFIGE RICHTUNG IN DER RUSSISCHEN SOZIALDEMOKRATIE

Die Redaktion der „Rabotschaja Mysl" hat eine „Sonderbeilage zur ‚Rabotschaja Mysl'" (September 1899) herausgegeben, da sie wünscht, „jene ganze Masse von Mißverständnissen und Unbestimmtheiten zu zerstreuen, die hinsichtlich der Richtung der ‚Rabotschaja Mysl' bestehen (wie die Behauptung zum Beispiel, daß ‚wir die Politik ablehnen')". (Vorbemerkung der Redaktion.) Wir sind sehr froh darüber, daß die „Rab. Mysl" endlich offen Programmfragen aufwirft, von denen sie bisher anscheinend nichts wissen wollte, wir protestieren jedoch entschieden gegen die Behauptung, die „Richtung der ‚Rabotschaja Mysl' ist eine Richtung der fortgeschrittenen russischen Arbeiter" (wie die Redaktion an gleicher Stelle erklärt). Nein, wenn die Redaktion der „Rab. Mysl" den Weg gehen will, der in der genannten Veröffentlichung vorgezeichnet wird (vorläufig nur *vorgezeichnet* wird), so bedeutet dies, daß sie das Programm falsch versteht, das die Begründer der russischen Sozialdemokratie ausgearbeitet und an das sich bisher alle in Rußland tätigen russischen Sozialdemokraten gehalten haben; es bedeutet, daß sie einen *Schritt zurück* tut gegenüber jener Stufe theoretischer und praktischer Entwicklung, die die russische Sozialdemokratie bereits erreicht hat.

Die Richtung der „Rabotschaja Mysl" wird im Leitartikel der „Sonderbeilage": „Unsere Wirklichkeit" (unterzeichnet *R. M.*) dargelegt. Diesen Artikel müssen wir nun auch mit aller Gründlichkeit untersuchen.

Schon gleich zu Beginn des Artikels zeigt es sich, daß *R. M.* „unsere Wirklichkeit" überhaupt und unsere Arbeiterbewegung im besonderen *direkt falsch* darstellt, daß er eine über die Maßen enge Auffassung von der Arbeiterbewegung offenbart und ihre höheren Formen, die sie unter

der Führung der russischen Sozialdemokraten bereits entwickelt hat, nicht sehen will. In der Tat: „Unsere Arbeiterbewegung", so sagt *R. M.* gleich zu Beginn des Artikels, „enthält Ansätze der mannigfaltigsten Organisationsformen", angefangen von Streikgemeinschaften und bis hinauf zu legalen (gesetzlich gestatteten) Vereinigungen. – Und weiter nichts? fragt der Leser voll Befremden. Hat denn *R. M.* in Rußland wirklich keine *höheren*, keine fortgeschritteneren Organisationsformen der Arbeiterbewegung bemerkt? Er scheint sie nicht bemerken zu wollen, denn gleich auf der nächsten Seite wiederholt er seine These in noch bedeutend entschiedenerer Form: „Die Aufgaben der Bewegung im gegebenen Augenblick, die wahre Arbeitersache der russischen Arbeiter", sagt er, „reduzieren sich darauf, daß die Arbeiter *mit allen möglichen Mitteln* ihre Lage verbessern", und bei Aufzählung dieser Mittel werden doch wieder *nur* Streikorganisationen und legale Vereinigungen genannt! Danach also würde sich die russische Arbeiterbewegung auf Streiks und legale Vereinigungen *reduzieren!* Aber das ist doch eine direkte *Unwahrheit!* Die russische Arbeiterbewegung hat schon vor 20 Jahren eine umfassendere Organisation gegründet, umfassendere Aufgaben gestellt (darüber gleich eingehender). Die russische Arbeiterbewegung hat Organisationen geschaffen wie den St. Petersburger[87] und den Kiewer[88] „Kampfbund", den Jüdischen Arbeiterverband[89] u. a. *R. M.* sagt zwar, die jüdische Arbeiterbewegung trage einen „besonderen politischen Charakter", sie sei eine Ausnahme. Aber das ist wiederum eine Unwahrheit, denn wenn der Jüdische Arbeiterverband „vereinzelt" dastünde, so *hätte er sich nicht* mit einer Reihe von russischen Organisationen *vereinigt* und nicht mit ihnen die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands" gegründet. Die Gründung dieser Partei ist der größte Schritt der russischen Arbeiterbewegung *bei ihrer Verschmelzung* mit der russischen revolutionären Bewegung. Dieser Schritt hat klar gezeigt, daß die russische Arbeiterbewegung sich *nicht* auf Streiks und legale Vereinigungen *reduziert.* Wie konnte es geschehen, daß die russischen Sozialisten, die in der „Rab. Mysl" schreiben, diesen Schritt nicht sehen wollen, seine Bedeutung nicht begreifen wollen?

Das geschah, weil *R. M.* weder das Verhältnis der russischen Arbeiterbewegung zum Sozialismus und zur revolutionären Bewegung in Rußland noch die politischen Aufgaben der russischen Arbeiterklasse versteht. „Der charakteristischste Richtungsanzeiger unserer Bewegung", schreibt

*R. M.*, „sind natürlich die von den Arbeitern erhobenen Forderungen." Wir fragen, weshalb denn zu den Richtungsanzeigern *unserer Bewegung* nicht die Forderungen der *Sozialdemokraten* und der sozialdemokratischen Organisationen gerechnet werden? Mit welchem Recht trennt *R. M.* die Forderungen der Arbeiter von den Forderungen der russischen Sozialdemokraten? *R. M.* aber führt diese Trennung in seinem ganzen Artikel durch, wie überhaupt die Redaktion der „Rab. Mysl" sie in jeder Nummer ihrer Zeitung durchführt. Um diesen Fehler der „Rab. Mysl" klarzustellen, müssen wir die allgemeine Frage des Verhältnisses des *Sozialismus* zur *Arbeiterbewegung* klarstellen. In allen europäischen Ländern haben Sozialismus und Arbeiterbewegung anfänglich getrennt voneinander bestanden. Die Arbeiter führten den Kampf gegen die Kapitalisten, sie organisierten Streiks und Gewerkschaften, die Sozialisten aber standen abseits von der Arbeiterbewegung, sie schufen Lehren, die die bestehende kapitalistische, bürgerliche Gesellschaftsordnung kritisierten und die Ersetzung dieser Ordnung durch eine andere, höhere, durch die sozialistische Ordnung verlangten. Das getrennte Bestehen von Arbeiterbewegung und Sozialismus hatte zur Folge, daß beide schwach und unentwickelt waren: die nicht mit dem Kampf der Arbeiter verschmolzenen Lehren der Sozialisten blieben bloße Utopien, fromme Wünsche, die auf das wirkliche Leben keinen Einfluß hatten; die Arbeiterbewegung blieb im Kleinkram befangen, zersplittert, sie erlangte keine politische Bedeutung, sie wurde nicht durch die fortschrittliche Wissenschaft ihrer Zeit erleuchtet. Deshalb sehen wir in allen europäischen Ländern, daß sich immer stärker das Bestreben geltend macht, Sozialismus und Arbeiterbewegung zu einer einheitlichen *sozialdemokratischen* Bewegung zu *verschmelzen*. Der Klassenkampf der Arbeiter verwandelt sich bei einer solchen Verschmelzung in den *bewußten Kampf des Proletariats* für seine Befreiung von der Ausbeutung durch die besitzenden Klassen, es entwickelt sich die höchste Form der sozialistischen Arbeiterbewegung: *die selbständige sozialdemokratische Arbeiterpartei*. Auf die Verschmelzung des Sozialismus mit der Arbeiterbewegung hingewirkt zu haben ist das Hauptverdienst von K. Marx und Fr. Engels: sie schufen eine revolutionäre Theorie, die die Notwendigkeit dieser Verschmelzung erklärte und den Sozialisten die Aufgabe stellte, den Klassenkampf des Proletariats zu organisieren.

Ganz genauso war es auch in Rußland. Auch bei uns stand der Sozialis-

mus sehr lange, viele Jahrzehnte lang, *abseits* vom Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten, von Arbeiterstreiks usw. Einerseits verstanden die Sozialisten nicht die Theorie von Marx, von der sie meinten, daß sie auf Rußland nicht anwendbar sei; anderseits steckte die russische Arbeiterbewegung noch ganz in ihrer Keimform. Als 1875 der „Südrussische Arbeiterbund" und 1878 der „Nordrussische Arbeiterbund" gegründet wurden, da standen diese Arbeiterorganisationen der Richtung der russischen Sozialisten fern; diese Arbeiterorganisationen forderten für das Volk politische Rechte, sie wollten für diese Rechte kämpfen, die russischen Sozialisten aber hielten damals irrigerweise den politischen Kampf für eine Abweichung vom Sozialismus. Doch die russischen Sozialisten blieben bei ihrer unentwickelten, falschen Theorie nicht stehen. Sie schritten vorwärts, sie machten sich die Theorie von Marx zu eigen, sie entwikkelten in Anwendung auf Rußland die Theorie des Arbeitersozialismus, die Theorie der russischen Sozialdemokraten. Die Gründung der russischen Sozialdemokratie ist das Hauptverdienst der Gruppe „Befreiung der Arbeit" — Plechanows, Axelrods und ihrer Freunde.* Seit Gründung der russischen Sozialdemokratie (1883) hat sich die russische Arbeiterbewegung jedesmal, wenn sie auf breiter Front hervortrat, den russischen Sozialdemokraten unmittelbar genähert und das Bestreben gezeigt, sich mit ihnen zu verschmelzen. Die Gründung der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands" (im Frühjahr 1898) bedeutete einen gewaltigen Schritt vorwärts auf dem Wege zu dieser Verschmelzung. Heute ist es die *Haupt*aufgabe aller russischen Sozialisten und aller klassenbewußten russischen Arbeiter, diese Verschmelzung dauerhaft zu machen, die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei" zu festigen und zu organisieren. Wer von dieser Verschmelzung nichts wissen will, wer künstlich eine Trennung zwischen der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie in Rußland herbeizuführen sucht, der bringt der Sache des Arbeitersozialismus und der Arbeiterbewegung in Rußland nicht Nutzen, sondern *Schaden.*

Gehen wir weiter. „Was die umfassenden Forderungen, die politischen Forderungen, anbelangt", schreibt *R. M.*, „so sehen wir nur in den For-

---

* Die Verschmelzung des russischen Sozialismus und der russischen Arbeiterbewegung wird in der Broschüre eines unserer Genossen „Das rote Banner in Rußland. Abriß der Geschichte der russischen Arbeiterbewegung" historisch verfolgt. Diese Broschüre wird bald erscheinen.[90]

derungen der Petersburger Weber ... im Jahre 1897 einen ersten und noch wenig bewußten Fall, wo unsere Arbeiter derartige umfassende politische Forderungen erhoben haben." Wir müssen abermals sagen, daß dies *absolut unwahr* ist. Durch den Abdruck derartiger Sätze offenbart die Redaktion der „Rabotschaja Mysl" erstens eine für einen Sozialdemokraten unverzeihliche Vergeßlichkeit in bezug auf die Geschichte der russischen revolutionären Bewegung und Arbeiterbewegung und zweitens eine unverzeihlich enge Auffassung der Arbeitersache. Umfassende politische Forderungen haben russische Arbeiter sowohl in dem Maiflugblatt des St. Petersburger Kampfbundes 1898 als auch in den Zeitungen „St. Petersburgski Rabotschi Listok" und „Rabotschaja Gaseta" erhoben, welch letztere von den führenden Organisationen der russischen Sozialdemokraten 1898 als das offizielle Organ der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands" anerkannt wurde. Mit der Ignorierung dieser Tatsachen geht die „Rab. Mysl" rückwärts und bestätigt vollauf die Meinung, daß sie die Vertreterin nicht der fortgeschrittenen Arbeiter, sondern der unteren, unentwickelten Schichten des Proletariats ist (*R. M.* selbst bemerkt in seinem Artikel, daß die „Rab. Mysl" bereits auf diesen Umstand aufmerksam gemacht wurde). Die unteren Schichten des Proletariats kennen die Geschichte der russischen revolutionären Bewegung nicht, auch *R. M.* kennt sie nicht. Die unteren Schichten des Proletariats verstehen nicht das Verhältnis zwischen Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie, auch *R. M.* begreift dieses Verhältnis nicht. Weshalb haben die russischen Arbeiter in den neunziger Jahren nicht ihre besonderen Organisationen, getrennt von den Sozialisten, gegründet wie in den siebziger Jahren? Weshalb haben sie ihre politischen Forderungen nicht getrennt von den Sozialisten erhoben? *R. M.* erklärt dies offenbar damit, daß „die russischen Arbeiter darauf noch sehr wenig vorbereitet sind" (S. 5 seines Artikels), aber mit dieser Erklärung bestätigt er nur noch ein übriges Mal die Meinung, daß er nur als Vertreter der unteren Schichten des Proletariats zu sprechen berechtigt ist. Die unteren Schichten der Arbeiter waren sich während der Bewegung der neunziger Jahre des politischen Charakters der Bewegung nicht bewußt. Nichtsdestoweniger aber wissen alle (und *R. M.* sagt das selbst), daß die Arbeiterbewegung der neunziger Jahre eine große politische Bedeutung gewonnen hat. Dies kam daher, daß den Charakter der Bewegung wie immer und überall die fortgeschrittenen Arbeiter bestimm-

ten, denen die Arbeitermasse folgte, weil sie ihr bewiesen hatten, daß sie bereit und fähig sind, der Arbeitersache zu dienen, weil sie es verstanden hatten, das volle Vertrauen der Arbeitermasse zu gewinnen. Diese fortgeschrittenen Arbeiter aber waren Sozialdemokraten; viele von ihnen hatten sogar persönlich an jenen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern des Volkswillen und den Sozialdemokraten teilgenommen, die den Übergang der russischen revolutionären Bewegung vom bäuerlichen und verschwörerischen Sozialismus zum Arbeitersozialismus kennzeichneten. Es ist deshalb begreiflich, weshalb diese fortschrittlichen Arbeiter jetzt nicht abgesondert von den Sozialisten und Revolutionären in besonderen Organisationen vereinigt sind. Eine solche Absonderung hatte Sinn und war notwendig, als der Sozialismus sich von der Arbeiterbewegung abgesondert hielt. Eine solche Absonderung wäre unmöglich und sinnlos gewesen, hätten es die fortgeschrittenen Arbeiter mit dem Arbeitersozialismus und mit *sozialdemokratischen* Organisationen zu tun gehabt. Die *Vereinigung* der fortschrittlichen Arbeiter mit den sozialdemokratischen Organisationen war durchaus natürlich und unvermeidlich. Sie war das Resultat jener großen historischen Tatsache, daß in den neunziger Jahren zwei tiefe gesellschaftliche Bewegungen in Rußland einander fanden: eine spontane, eine Volksbewegung in der Arbeiterklasse, und eine andere: die Entwicklung des gesellschaftlichen Denkens zur Theorie von Marx und Engels, zur Lehre der Sozialdemokratie.

Wie maßlos eng die „Rab. Mysl" den politischen Kampf auffaßt, sieht man an folgendem. Zu den umfassenden politischen Forderungen schreibt *R. M.*: „Damit aber ein solcher politischer Kampf von den Arbeitern ganz bewußt und selbständig geführt werden könne, ist es notwendig, daß er von den Arbeiterorganisationen selbst geführt wird, daß diese politischen Forderungen der Arbeiter sich auf ihre, von ihnen erkannten allgemeinen politischen Erfordernisse und Interessen des Augenblicks stützen" (dies bemerke man!), „daß diese Forderungen die Forderungen der Arbeiterorganisationen (Berufsorganisationen) selbst sind, daß sie von ihnen wirklich gemeinsam ausgearbeitet und von diesen Arbeiterorganisationen gleichfalls gemeinsam, aus eigener Initiative, aufgestellt werden..." Und weiter folgt die Erklärung, daß die nächsten allgemeinen politischen Forderungen der Arbeiter vorerst immer noch (!!) der Zehnstundentag und die Wiedereinführung der durch das Gesetz vom 2. VI. 1897 abgeschaff-

ten Feiertage bleiben. — Und hiernach kann die Redaktion der „Rab. Mysl" sich noch wundern, daß man sie bezichtigt, die Politik abzulehnen! Ja, ist denn diese Reduzierung der Politik auf den Kampf der Berufsverbände für einzelne Reformen keine Ablehnung der Politik? Ist sie keine Abkehr von dem Grundgebot der internationalen Sozialdemokratie, daß die Sozialdemokraten bestrebt sein müssen, den Klassenkampf des Proletariats in selbständigen politischen Arbeiterparteien zu organisieren, die für die Demokratie *als Mittel* zur Eroberung der politischen Macht und zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaft durch das Proletariat kämpfen? Mit geradezu grenzenlosem Leichtsinn werfen unsere neuesten Verfälscher des Sozialdemokratismus alles über Bord, was den Sozialdemokraten teuer ist, was dazu berechtigt, in der Arbeiterbewegung eine weltgeschichtliche Bewegung zu sehen. Sie kümmert es nicht, daß die hundertjährigen Erfahrungen des europäischen Sozialismus und der europäischen Demokratie die Notwendigkeit lehren, die Gründung selbständiger politischer Arbeiterparteien anzustreben. Sie kümmert es nicht, daß die Geschichte der russischen revolutionären Bewegung in einem langen und schwierigen Prozeß die Vereinigung des Sozialismus mit der Arbeiterbewegung, die Vereinigung der großen sozialen und politischen Ideale mit dem Klassenkampf des Proletariats herbeigeführt hat. Sie kümmert es nicht, daß die fortgeschrittenen russischen Arbeiter bereits den Grundstein gelegt haben für die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands". Nieder mit alledem! Befreien wir uns von dem allzu umfangreichen ideellen Gepäck und von den allzu schweren und anspruchsvollen historischen Erfahrungen — sollen doch „vorerst" nur Berufsverbände „bleiben" (ob solche in Rußland gegründet werden können, ist, wenn wir von legalen Vereinigungen absehen, bisher noch durch nichts bewiesen), sollen doch diese Berufsverbände „aus eigener Initiative" Forderungen ausarbeiten, Forderungen des „Augenblicks", Forderungen nach kleinen und kleinlichen Reformen!! Was ist das? Das ist doch die Predigt einer rückläufigen Bewegung! Das ist doch eine Art Propaganda für die Zerstörung des Sozialismus!

Und man beachte, daß die „Rabotschaja Mysl" nicht nur den Gedanken entwickelt, die lokalen Organisationen sollten die lokalen Kampfformen und die besonderen Anlässe zur Agitation selbst finden, die Agitationsmethoden usw. selbst ausarbeiten — gegen diesen Gedanken würde

niemand etwas einzuwenden haben. Niemals haben die russischen Sozialdemokraten auch nur im geringsten darauf prätendiert, die Selbständigkeit der Arbeiter in dieser Beziehung einzuengen. Nein, die „Rab. Mysl" will die großen politischen Aufgaben des russischen Proletariats *vollständig beiseite schieben* und sich „vorerst" „bloß" auf die „Interessen des Augenblicks" beschränken. Bisher wollten die russischen Sozialdemokraten, gestützt auf jede Forderung des Augenblicks, durch eine Agitation, die an solche Forderungen anknüpft, das Proletariat zum Kampf für sein nächstes Ziel – zum Kampf gegen die Selbstherrschaft – organisieren. Jetzt will die „Rab. Mysl" den Kampf des Proletariats auf den Kleinkampf für kleine Forderungen *beschränken*. *R. M.* weiß sehr wohl, daß er sich von den Ansichten der ganzen russischen Sozialdemokratie lossagt, wenn er den Anklägern der „Rab. Mysl" die folgende Antwort gibt: Man sagt, der Sturz des Zarismus sei die nächste Aufgabe der russischen Arbeiterbewegung. Welcher Arbeiterbewegung denn aber, so fragt *R. M.*, „*der Streikbewegung? der Hilfsvereinigungen? der Arbeiterzirkel?*" (Seite 5 des Artikels). Wir antworten ihm hierauf: Sprechen Sie nur für sich, für Ihre Gruppe, für die von ihr vertretenen unteren Schichten des Proletariats einer bestimmten Gegend, aber wagen Sie es nicht, für die fortgeschrittenen russischen Arbeiter zu sprechen! Die unteren Vertreter des Proletariats wissen häufig nicht, daß nur eine revolutionäre Partei den Kampf für den Sturz der Selbstherrschaft zu führen vermag. *R. M.* weiß dies ebenfalls nicht. Die fortgeschrittenen russischen Arbeiter aber wissen es. Die unteren Vertreter des Proletariats wissen häufig nicht, daß sich die russische Arbeiterbewegung nicht auf den Streikkampf, auf Hilfsvereinigungen und Arbeiterzirkel beschränkt, daß die russische Arbeiterbewegung schon lange danach strebt, sich als revolutionäre Partei zu organisieren, und daß sie dieses Streben durch die Tat bewiesen hat. *R. M.* weiß dies ebenfalls nicht. Die fortgeschrittenen russischen Arbeiter aber wissen es.

*R. M.* sucht sein völliges Unverständnis für den Sozialdemokratismus als ein besonderes Verständnis für „unsere Wirklichkeit" auszugeben. Sehen wir uns seine Ansichten in dieser Frage etwas näher an.

„Vom eigentlichen Begriff der Selbstherrschaft...", schreibt *R. M.*, „...wollen wir hier nicht weiter reden, da wir bei jedem unserer Gesprächspartner die allerdeutlichste und klarste Vorstellung von derartigen

Dingen voraussetzen." Wir werden gleich sehen, daß R. M. selber einen im höchsten Grade undeutlichen und unklaren Begriff von derartigen Dingen hat, zunächst aber wollen wir noch einen Umstand erwähnen. Gehören Arbeiter zu den Gesprächspartnern von R. M.? Ja, natürlich. Und wenn das der Fall ist, woher sollen sie dann den allerdeutlichsten Begriff von der Selbstherrschaft nehmen? Es ist offenkundig, daß hierfür die umfassendste und systematischste Propaganda der Ideen der politischen Freiheit überhaupt notwendig ist, eine Agitation notwendig ist, die mit jeder einzelnen Erscheinungsform polizeilicher Gewalttaten und bürokratischer Unterdrückung eine „deutliche Vorstellung" (in den Köpfen der Arbeiter) von der Selbstherrschaft verbindet. Dies scheint klar zu sein. Und wenn das der Fall ist, kann dann eine rein lokale Propaganda und Agitation gegen die Selbstherrschaft erfolgreich sein? ist es nicht unbedingt notwendig, sie in ganz Rußland so zu *organisieren*, daß sie zu *einer* planmäßigen Tätigkeit, das heißt zur Tätigkeit *einer* Partei wird? Weshalb hat R. M. denn unter den nächsten Aufgaben der russischen Arbeiterbewegung nicht auch die Aufgabe genannt, eine systematische Propaganda und Agitation gegen die Selbstherrschaft zu organisieren? Nur weil er die *un*deutlichste und *un*klarste Vorstellung von den Aufgaben der russischen Arbeiterbewegung und der russischen Sozialdemokratie hat.

Dann geht R. M. zur Erläuterung dessen über, daß die Selbstherrschaft eine gewaltige „persönliche Macht" (militärisch gedrillte Bürokratie) und eine gewaltige „ökonomische Macht" (finanzielle Mittel) darstellt. Ohne uns bei den „undeutlichen" Seiten seiner Erläuterung aufzuhalten (und es gibt hier sehr viel „Undeutliches"), gehen wir zur Hauptsache über:

„Nun also", fragt R. M. die russische Sozialdemokratie, „wird denn nicht den russischen Arbeitern im gegenwärtigen Augenblick geraten, den Sturz eben dieser persönlichen Macht und die Besitzergreifung dieser ökonomischen Macht zur ersten und nächsten Aufgabe ihrer heutigen (erst in Keimform vorhandenen) Organisationen zu machen? (von den Revolutionären, die sagen, die Zirkel fortgeschrittener Arbeiter müßten diese Aufgabe übernehmen, reden wir gar nicht erst)."

Wir reiben uns erstaunt die Augen und lesen diese ungeheuerliche Stelle zwei- und dreimal. Haben wir uns wirklich nicht geirrt? Nein, wir haben uns nicht geirrt: *R. M. weiß wirklich nicht, was Sturz der Selbstherrschaft heißt.* Dies ist unglaublich, aber Tatsache. Ja, und kann man

nach der von *R. M.* offenbarten Gedankenverwirrung dies überhaupt für unglaublich halten?

*R. M.* wirft die Ergreifung der Macht durch die Revolutionäre und den Sturz der Selbstherrschaft durch die Revolutionäre durcheinander.

Die alten russischen Revolutionäre (die Anhänger des Volkswillen) strebten nach Ergreifung der Macht durch eine revolutionäre Partei. Nach der Ergreifung der Macht, dachten sie, werde „die Partei die persönliche Macht" der Selbstherrschaft „stürzen", d. h. an Stelle der Beamten eigene Beauftragte ernennen, „die ökonomische Macht ergreifen", d. h. alle finanziellen Mittel des Staates in ihre Hand bringen und eine soziale Umwälzung vollziehen. Die (alten) Anhänger des Volkswillen strebten wirklich den „Sturz der persönlichen und die Besitzergreifung der ökonomischen Macht" der Selbstherrschaft an, wenn man schon nach dem Beispiel von *R. M.* diese plumpen Ausdrücke gebrauchen will. Die russischen Sozialdemokraten haben sich entschieden gegen diese revolutionäre Theorie gewandt. Plechanow unterzog sie einer schonungslosen Kritik in seinen Schriften „Sozialismus und politischer Kampf" (1883) und „Unsere Meinungsverschiedenheiten" (1885) und zeigte den russischen Revolutionären ihre Aufgabe: Gründung einer revolutionären Arbeiterpartei, deren nächstes Ziel der Sturz des Absolutismus sein muß. Was aber ist Sturz des Absolutismus? Um dies für *R. M.* zu erläutern, müssen wir zunächst die Frage beantworten: Was ist Selbstherrschaft? Selbstherrschaft (Absolutismus, unbeschränkte Monarchie) ist eine Regierungsform, bei der die oberste Gewalt restlos und ungeteilt (unumschränkt) dem Zaren gehört. Der Zar erläßt die Gesetze, er ernennt die Beamten, er vereinnahmt und verausgabt die Volksgelder *ohne jede Beteiligung des Volkes an der Gesetzgebung und an der Kontrolle der Verwaltung.* Selbstherrschaft ist daher unumschränkte Herrschaft der Beamten und der Polizei und Rechtlosigkeit des Volkes. Unter dieser Rechtlosigkeit hat das ganze Volk zu leiden, die besitzenden Klassen aber (besonders die reichen Gutsherren und Kapitalisten) üben einen sehr starken Einfluß auf die Beamtenschaft aus. Die Arbeiterklasse dagegen hat doppelt zu leiden: sowohl unter der Rechtlosigkeit des ganzen russischen Volkes als auch unter der Knechtung der Arbeiter durch die Kapitalisten, die die Regierung zwingen, ihren Interessen zu dienen.

Was bedeutet nun Sturz des Absolutismus? Das bedeutet, daß der Zar

auf die unumschränkte Macht verzichtet, daß das Volk das Recht erhält, seine Vertreter zum Erlaß von Gesetzen, zur Beaufsichtigung der Tätigkeit der Beamten, zur Beaufsichtigung der Vereinnahmung und Verausgabung der Mittel des Staates zu wählen. Eine solche Regierungsform, bei der das Volk an der Gesetzgebung und Verwaltung teilnimmt, heißt *konstitutionelle* Regierungsform (Konstitution = Gesetz über die Beteiligung von Volksvertretern an der Gesetzgebung und Staatsverwaltung). Also Sturz der Selbstherrschaft bedeutet die Ersetzung der autokratischen Regierungsform durch eine konstitutionelle Regierungsform. Somit ist zum Sturz der Selbstherrschaft keinerlei „Sturz der persönlichen Macht und Besitzergreifung der ökonomischen Macht" erforderlich, erforderlich ist vielmehr, daß die Zarenregierung gezwungen wird, auf ihre unumschränkte Macht zu verzichten und einen aus Volksvertretern bestehenden Semski Sobor [Nationalversammlung] zur Ausarbeitung einer Verfassung einzuberufen („eine demokratische Verfassung" [Volksverfassung, die den Interessen des Volkes entspricht] „zu erkämpfen", wie es in dem 1885 von der Gruppe „Befreiung der Arbeit" veröffentlichten Programmentwurf der russischen Sozialdemokraten heißt).

Weshalb muß der Sturz der Selbstherrschaft die erste Aufgabe der russischen Arbeiterklasse sein? Weil die Arbeiterklasse unter der Selbstherrschaft ihren Kampf nicht an breiter Front zu entwickeln vermag, weil sie sich keine festen Positionen weder auf ökonomischem noch auf politischem Gebiet erkämpfen kann, weil sie nicht festgefügte Massenorganisationen gründen und vor allen werktätigen Massen das Banner der sozialen Revolution entfalten kann, und weil sie nicht die Massen lehren kann, für diese Revolution zu kämpfen. Nur bei politischer Freiheit ist ein entschlossener Kampf der ganzen Arbeiterklasse gegen die Klasse der Bourgeoisie möglich, und das Endziel dieses Kampfes besteht darin, daß das Proletariat die politische Macht erobert und die sozialistische Gesellschaft errichtet. Eben diese Erkämpfung der politischen Macht durch das organisierte Proletariat, das eine lange Schule des Kampfes durchgemacht hat, wird wirklich „Sturz der persönlichen und Besitzergreifung der ökonomischen Macht" der bürgerlichen Regierung sein, *diese* Machtergreifung aber haben die russischen Sozialdemokraten den russischen Arbeitern niemals als nächste Aufgabe gestellt. Die russischen Sozialdemokraten haben stets gesagt, daß die russische Arbeiterklasse nur bei politischer

Freiheit, bei einem an breiter Front geführten Kampf der Massen fähig sein wird, die Organisationen für diesen endgültigen Sieg des Sozialismus zu schaffen.

Auf welchem Wege aber kann die russische Arbeiterklasse die Selbstherrschaft stürzen? Die Redakteure der „Rab. Mysl" spötteln ja sogar über die Gruppe „Befreiung der Arbeit", die die russische Sozialdemokratie gegründet und in ihrem Programm gesagt hat: „Der Kampf gegen die Selbstherrschaft ist selbst für die Arbeiterzirkel obligatorisch, die heute die Keimformen der künftigen russischen Arbeiterpartei darstellen." Der „Rab. Mysl" (siehe Nr. 7 des Blattes und den hier behandelten Artikel) erscheint das lächerlich: Sturz der Selbstherrschaft durch Arbeiterzirkel! Wir antworten den Redakteuren der „Rab. Mysl" hierauf: Über wen lacht ihr? Über euch selbst lacht ihr! Die Redakteure der „Rab. Mysl" beklagen sich, daß die Polemik der russischen Sozialdemokraten gegen sie *nicht kameradschaftlich* sei. Mögen die Leser selbst urteilen, auf wessen Seite wir eine unkameradschaftliche Polemik finden: auf seiten der alten russischen Sozialdemokraten, die ihre Ansichten klar ausgesprochen haben und geradeheraus erklären, welche Ansichten der „Jungen" sie für irrig halten und warum; — oder aber auf seiten der „Jungen", die, *ohne* ihre Gegner *zu nennen*, heimlich sticheln, bald gegen den „Verfasser eines deutschen Buches über Tschernyschewski" (Plechanow, wobei sie diesen mit einigen legalen Schriftstellern zusammenwerfen, ohne irgendwelchen Grund dazu zu haben), bald gegen die Gruppe „Befreiung der Arbeit", indem sie einzelne Sätze des Programms dieser Gruppe *entstellt* zitieren, ohne diesem ein auch nur einigermaßen bestimmtes eigenes Programm entgegenzustellen. Jawohl! Wir erkennen die Pflicht der Kameradschaft an, die Pflicht, alle Genossen zu unterstützen, die Pflicht der Duldsamkeit gegenüber den Meinungen von Genossen, *aber für uns ergibt sich die Pflicht der Kameradschaft aus der Pflicht vor der russischen und vor der internationalen Sozialdemokratie und nicht umgekehrt.* Wir halten uns der „Rab. Mysl" gegenüber nicht deshalb zur Kameradschaft verpflichtet, weil ihre Redakteure unsere Genossen sind, sondern wir halten die Redakteure der „Rab. Mysl" nur deshalb und insoweit für unsere Genossen, als sie in den Reihen der russischen (und folglich auch der internationalen) Sozialdemokratie arbeiten. Wenn wir daher überzeugt sind, daß „Genossen" zurückgehen, hinter das sozialdemokratische Programm, daß

„Genossen" die Aufgaben der Arbeiterbewegung einengen und verstümmeln, so halten wir es für unsere *Pflicht*, unsere Überzeugung mit voller Bestimmtheit auszusprechen, ohne Platz für Unklarheiten zu lassen!

Wir sagten soeben, daß die Redakteure der „Rab. Mysl" die Ansichten der Gruppe „Befreiung der Arbeit" entstellen. Möge der Leser selbst urteilen. „Wir sind willens, diejenigen unserer Genossen nicht zu verstehen", schreibt *R. M.*, „die ihr Programm der ‚Befreiung der Arbeit' für eine einfache Antwort auf die Frage halten: ‚Woher sollen die Kräfte zum Kampf gegen die Selbstherrschaft genommen werden?'" (An einer anderen Stelle: „Unsere Revolutionäre betrachten die Bewegung der Arbeiter als das beste Mittel zum Sturz der Selbstherrschaft.") Man schlage den von der Gruppe „Befreiung der Arbeit" 1885 veröffentlichten und von P. B. Axelrod in seiner Broschüre „Zur Frage der gegenwärtigen Aufgaben und der Taktik der russischen Sozialdemokratie" (Genf 1898) wieder abgedruckten Programmentwurf der russischen Sozialdemokraten auf – und man wird sehen, daß dem Programm die völlige Befreiung der Arbeit vom Joch des Kapitals, der Übergang aller Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum, die Ergreifung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, die Gründung einer revolutionären *Arbeiter*partei *zugrunde* gelegt worden ist. Daß *R. M.* dieses Programm entstellt, daß er es *nicht* verstehen *will*, ist klar. Er klammert sich an P. B. Axelrods Worte zu Anfang der Broschüre, wo dieser sagt, das Programm der Gruppe „Befreiung der Arbeit" „war die Antwort" auf die Frage: Woher die Kräfte nehmen zum Kampf gegen die Selbstherrschaft? Aber es ist doch eine *historische Tatsache*, daß das Programm der Gruppe „Befreiung der Arbeit" eine Antwort auch auf diese Frage der russischen Revolutionäre, auch auf diese Frage der ganzen russischen revolutionären Bewegung war. Wenn nun das Programm der Gruppe „Befreiung der Arbeit" auf diese Frage die Antwort gegeben hat, bedeutet das denn etwa, daß die Arbeiterbewegung für diese Gruppe, die Gruppe „Befreiung der Arbeit", nur ein Mittel war? Dieses *„Unverständnis"* von *R. M.* bezeugt doch nur, daß ihm allgemeinbekannte Tatsachen aus der Tätigkeit der Gruppe „Befreiung der Arbeit" nicht bekannt sind.

Weiter. Wie kann denn der „Sturz der Selbstherrschaft" die Aufgabe von Arbeiterzirkeln sein? *R. M.* begreift das nicht. Man schlage das Programm der Gruppe „Befreiung der Arbeit" auf: „Für das Hauptmittel

des politischen Kampfes der Arbeiterzirkel gegen den Absolutismus", heißt es dort, „halten die russischen Sozialdemokraten die Agitation innerhalb der Arbeiterklasse und die weitere Verbreitung sozialistischer Ideen und revolutionärer Organisationen unter den Arbeitern. Eng miteinander zu einem einheitlichen Ganzen verbunden, werden diese Organisationen nicht bei einzelnen Zusammenstößen zwischen ihnen und der Regierung stehenbleiben und nicht säumen, im geeigneten Moment zum allgemeinen, entscheidenden Angriff auf die Regierung überzugehen." Eben diese Taktik haben die russischen Organisationen befolgt, die im Frühjahr 1898 die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands" gründeten. Und sie haben bewiesen, daß solche Organisationen in Rußland eine große politische Macht darstellen. Wenn diese Organisationen eine *einzige Partei bilden und gegen die autokratische Regierung eine umfassende* Agitation entfalten, wobei sie alle Elemente der liberalen Opposition ausnutzen, so wird diese Partei die Aufgabe, politische Freiheit zu erkämpfen, zweifellos erfüllen können. Wenn die Redakteure der „Rab. Mysl" „willens sind", das „nicht zu verstehen", so sind wir „willens", ihnen zu raten: Lernt gefälligst, Herrschaften, denn an und für sich sind diese Dinge durchaus nicht so schwer zu begreifen.

Kehren wir jedoch zu *R. M.* zurück, den wir bei seinen Betrachtungen über den Kampf gegen die Selbstherrschaft verlassen haben. Die eigene Ansicht von *R. M.* über diese Frage illustriert noch klarer die neue — rückläufige — Richtung der „Rab. Mysl".

„Das Ende der Selbstherrschaft ist klar", schreibt *R. M.* „... Der Kampf mit der Selbstherrschaft ist für alle lebensfähigen Gesellschaftselemente eine der Bedingungen ihrer gesunden Entwicklung." Hieraus folgt wohl, wird der Leser denken, daß der Kampf mit der Selbstherrschaft auch für die Arbeiterklasse notwendig ist? Nein, wartet nur. *R. M.* hat seine eigene Logik und seine eigene Terminologie. Unter dem Wort „Kampf" versteht er, wenn er das Wort „gesellschaftlicher" (Kampf) hinzufügt, etwas ganz Besonderes. Nach Schilderung der *legalen Opposition* gegen die Regierung, in der sich viele Schichten der russischen Bevölkerung befinden, schließt *R. M.*: „Sowohl der Kampf für die öffentliche Selbstverwaltung auf dem Lande und in den Städten als auch der Kampf für die öffentliche Schule und der Kampf für die öffentliche Unterstützung der hungernden Bevölkerung usw. ist doch ein Kampf mit der Selbstherrschaft."

„Die Notwendigkeit des gesellschaftlichen Kampfes mit der Selbstherrschaft der Beamten ist für alle bewußten fortschrittlichen Schichten und Gruppen der Bevölkerung offensichtlich. Mehr als das. Dieser gesellschaftliche Kampf, der, wie wir gesehen haben, infolge eines sonderbaren Mißverständnisses bei vielen russischen revolutionären Schriftstellern keine geneigte Aufmerksamkeit findet, wird von der russischen Gesellschaft bereits geführt, und nicht erst seit gestern." „Die wirkliche Frage ist, wie diese einzelnen Gesellschaftsschichten... diesen" (dies bemerke man!) „Kampf mit der Selbstherrschaft so erfolgreich wie möglich führen können... Die Hauptfrage aber für uns ist: Wie sollen diesen gesellschaftlichen (!) Kampf mit der Selbstherrschaft unsere Arbeiter führen..."

In diesen Betrachtungen von *R. M.* häufen sich wiederum Verworrenheit und Fehler in unglaublicher Menge.

Erstens verwechselt *R. M.* die *legale Opposition* mit dem Kampf gegen die Selbstherrschaft, mit dem Kampf für den Sturz der Selbstherrschaft. Diese für einen Sozialisten unverzeihliche Verwechslung wird bei ihm durch den ohne Erklärung gebrauchten Ausdruck „Kampf mit der Selbstherrschaft" hervorgerufen: dieser Ausdruck kann (mit einem Vorbehalt) sowohl den Kampf *gegen* die Selbstherrschaft als auch den Kampf gegen einzelne Maßnahmen der Selbstherrschaft auf dem Boden dieses selben autokratischen Systems bedeuten.

Zweitens gleitet *R. M.*, indem er die legale Opposition zum gesellschaftlichen Kampf mit der Selbstherrschaft rechnet und sagt, unsere Arbeiter müßten „diesen gesellschaftlichen Kampf" führen, somit zu der Auffassung ab, unsere Arbeiter sollten keinen revolutionären Kampf gegen die Selbstherrschaft führen, sondern legale Opposition gegen die Selbstherrschaft treiben, d. h., er gleitet ab zu einer ungeheuerlichen Verflachung der Sozialdemokratie und zu ihrer Verwechslung mit dem allergewöhnlichsten und armseligsten russischen Liberalismus.

Drittens sagt *R. M.* die *direkte Unwahrheit* über die russischen sozialdemokratischen Schriftsteller, wenn er behauptet, daß sie der legalen Opposition keine Beachtung schenken (*R. M.* zieht es freilich vor, seine Vorwürfe „kameradschaftlich" ohne Nennung des Namens zu machen. Aber wenn er nicht die Sozialdemokraten im Auge hat, so sind seine Worte jedes Sinnes bar). Im Gegenteil, sowohl die Gruppe „Befreiung der Arbeit" als auch P. B. Axelrod gesondert, sowohl das „Manifest der Sozialdemo-

kratischen Arbeiterpartei Rußlands" als auch die Broschüre „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten" (die von der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands" herausgegeben und von Axelrod als *Kommentar* zum „Manifest" bezeichnet worden ist) — sie alle haben der legalen Opposition nicht nur Beachtung geschenkt, sondern auch das Verhältnis dieser Opposition zur Sozialdemokratie auf das genaueste klargestellt.

Erklären wir das alles. Welchen „Kampf mit der Selbstherrschaft" führen unsere Semstwos, unsere liberalen Vereinigungen überhaupt, die liberale Presse? Führen sie einen Kampf gegen die Selbstherrschaft, einen Kampf für den Sturz der Selbstherrschaft? *Nein, einen solchen Kampf haben sie nie geführt und führen sie nicht.* Einen solchen Kampf führen lediglich die Revolutionäre, die nicht selten aus der Mitte der liberalen Gesellschaft hervorgehen und sich auf die Sympathie der Gesellschaft stützen. Aber einen revolutionären Kampf führen — das ist durchaus nicht dasselbe wie *mit* den Revolutionären *sympathisieren* und ihnen Unterstützung erweisen; Kampf gegen die Selbstherrschaft ist durchaus nicht dasselbe wie legale Opposition gegenüber der Selbstherrschaft. Die russischen Liberalen bringen ihre Unzufriedenheit mit der Selbstherrschaft lediglich in einer solchen Form zum Ausdruck, die die Selbstherrschaft selbst *gestattet*, d. h., die die Selbstherrschaft als ungefährlich für die Selbstherrschaft betrachtet. Die stärkste Erscheinungsform der liberalen Opposition waren lediglich die an die Zarenregierung gerichteten *Bittschreiben* der Liberalen, das Volk zur Verwaltung heranzuziehen. Und die Liberalen nahmen jedesmal geduldig die groben polizeilichen Ablehnungen hin, die auf diese Bittschreiben folgten, sie ertrugen die ungesetzlichen und barbarischen Verfolgungen, mit denen die Gendarmenregierung selbst auf gesetzliche Versuche, die eigene Meinung zu sagen, antwortete. Die liberale Opposition mir nichts dir nichts in einen gesellschaftlichen Kampf gegen die Selbstherrschaft verwandeln heißt die Sache direkt *verfälschen*, denn die russischen Liberalen haben *niemals* eine revolutionäre Partei zum Kampf für den Sturz der Selbstherrschaft organisiert, obgleich sie hierfür stets sowohl materielle Mittel als auch ausländische Vertreter des russischen Liberalismus finden konnten und finden können. *R. M.* aber verfälscht die Sache nicht nur, sondern er zieht hier auch den Namen des großen russischen Sozialisten N. G. Tschernyschewski herein. „Verbündete der Arbeiter in diesem Kampf", schreibt *R. M.*, „sind alle

fortschrittlichen Schichten der russischen Gesellschaft, die ihre gesellschaftlichen Interessen und Einrichtungen verteidigen, die ihre gemeinsamen Vorteile klar begreifen, die ,niemals vergessen'" (*R. M.* zitiert Tschernyschewski), „welchen großen ,Unterschied es macht, ob eine Veränderung auf einen unabhängigen Beschluß der Regierung hin oder *auf das formelle Verlangen der Gesellschaft hin* herbeigeführt wird'." Wenn dieses Urteil auf alle Vertreter des „gesellschaftlichen Kampfes", wie *R. M.* ihn versteht, d. h. auf alle russischen Liberalen, bezogen wird, so ist das eine *direkte Fälschung*. Die russischen Liberalen haben niemals formelle Forderungen an die Regierung gerichtet, und eben deshalb haben die russischen Liberalen niemals eine *selbständige* revolutionäre Rolle gespielt und können sie auch jetzt in keiner Weise spielen. Verbündete der Arbeiterklasse und der Sozialdemokratie können nicht „alle fortschrittlichen Schichten der Gesellschaft" sein, sondern nur revolutionäre Parteien, die von Angehörigen dieser Gesellschaft gegründet werden. Die Liberalen dagegen können und sollen überhaupt nur *eine der Quellen* zusätzlicher Kräfte und Mittel für die revolutionäre Arbeiterpartei sein (wie das auch P. B. Axelrod in der obengenannten Broschüre mit voller Klarheit gesagt hat). N. G. Tschernyschewski hat ja die „fortschrittlichen Schichten der russischen Gesellschaft" gerade deshalb schonungslos verspottet, weil sie die Notwendigkeit formeller Forderungen an die Regierung nicht begriffen und teilnahmslos zusahen, wie die aus ihrer Mitte hervorgegangenen Revolutionäre unter den Schlägen der autokratischen Regierung zugrunde gingen. *R. M.* zitiert Tschernyschewski in diesem Fall genauso sinnlos, wie die im zweiten Artikel der „Sonderbeilage" aus dem Zusammenhang gerissenen Tschernyschewski-Zitate sinnlos sind, die zeigen sollen, daß Tschernyschewski kein Utopist gewesen sei und daß die russischen Sozialdemokraten angeblich nicht die ganze Bedeutung des „großen russischen Sozialisten" erfaßt hätten. Plechanow hat in seinem Buch über Tschernyschewski (die im Sammelband „Sozialdemokrat"[91] enthaltenen, in deutscher Sprache als Buch erschienenen Artikel) die Bedeutung Tschernyschewskis vollauf gewürdigt und sein Verhältnis zur Theorie von Marx und Engels klargestellt. Die Redaktion der „Rab. Mysl" dagegen hat nur gezeigt, daß sie unfähig ist, eine einigermaßen zusammenhängende und allseitige Einschätzung Tschernyschewskis, seiner starken und schwachen Seiten, zu geben.

Die „wirkliche Frage" der russischen Sozialdemokratie besteht durchaus nicht darin, wie die Liberalen den „gesellschaftlichen Kampf" zu führen haben (unter dem *R. M.*, wie wir gesehen haben, die legale Opposition versteht), sondern darin, wie eine revolutionäre, für den Sturz des Absolutismus kämpfende Arbeiterpartei zu organisieren ist, die sich auf *alle* oppositionellen Elemente in Rußland stützen könnte, die alle Erscheinungsformen der Opposition für ihren revolutionären Kampf *ausnutzen* könnte. Hierfür ist eben eine revolutionäre Arbeiterpartei notwendig, weil nur die Arbeiterklasse in Rußland ein entschlossener und konsequenter Kämpfer für die Demokratie sein kann, weil die liberalen Elemente ohne energische Beeinflussung durch eine solche Partei „im Zustand einer schlaffen, untätigen, schlummernden Kraft bleiben können" (P. B. Axelrod, zitierte Broschüre, S. 23). Wenn *R. M.* sagt, unsere „fortschrittlichsten Schichten" führten einen „wirklichen (!!) gesellschaftlichen Kampf mit der Selbstherrschaft" (S. 12 des Artikels von *R. M.*), die Hauptfrage für uns sei, „wie unsere Arbeiter *diesen gesellschaftlichen Kampf* mit der Selbstherrschaft führen sollen", wenn er solche Dinge sagt, so sagt er sich im Grunde vollständig von der Sozialdemokratie los. Wir können den Redakteuren der „Rab. Mysl" nur ernstlich raten, recht gut darüber nachzudenken, wohin sie wollen und wo ihr wahrer Platz ist: unter den Revolutionären, die das Banner der sozialen Revolution in die werktätigen Klassen tragen und sie in einer politischen revolutionären Partei organisieren wollen, oder unter den Liberalen, die ihren „gesellschaftlichen Kampf" führen (d. h. legale Opposition betreiben). Gibt es doch in der Theorie der „gesellschaftlichen Selbsttätigkeit" der Arbeiter, in der Theorie der „gesellschaftlichen gegenseitigen Hilfe" und der Berufsverbände, die sich „vorerst" mit dem Zehnstundentag begnügen, in der Theorie vom „gesellschaftlichen Kampf" der Semstwos, der liberalen Vereinigungen usw. mit der Selbstherrschaft — gibt es doch in dieser Theorie rein gar nichts Sozialistisches, nichts, was die Liberalen nicht anerkennen würden! Geht doch im Grunde das ganze Programm der „Rab. Mysl" (soweit man hier von einem Programm reden kann) dahin, die russischen Arbeiter in ihrer Unentwickeltheit und Zersplitterung zu belassen und sie zum *Anhängsel der Liberalen* zu machen.

Einige Sätze von *R. M.* sind besonders seltsam. „Das ganze Malheur ist nur", läßt *R. M.* sich vernehmen, „daß unsere revolutionäre Intelligenz,

die von der politischen Polizei schonungslos verfolgt wird, den Kampf mit dieser politischen Polizei für einen politischen Kampf mit der Selbstherrschaft hält." Welchen Sinn kann eine solche Erklärung haben? Die politische Polizei heißt eben deshalb politisch, weil sie die Feinde der Selbstherrschaft und die Kämpfer gegen die Selbstherrschaft verfolgt. Deshalb kämpft auch die „Rab. Mysl", solange sie ihre Verwandlung in einen Liberalen noch nicht vollzogen hat, gegen die politische Polizei — ebenso wie alle russischen Revolutionäre und Sozialisten, wie alle klassenbewußten Arbeiter gegen sie kämpfen. Aus der Tatsache, daß die politische Polizei Sozialisten und Arbeiter schonungslos verfolgt, daß die Selbstherrschaft über eine „straffe Organisation", „über tüchtige und geschickte Staatsmänner" verfügt (S. 7 des Artikels von *R. M.*), aus dieser Tatsache können sich nur zwei Schlußfolgerungen ergeben: Der feige und jämmerliche Liberale schließt daraus, unser Volk überhaupt und die Arbeiter im besonderen seien noch wenig zum Kampf vorbereitet und alle Hoffnung müsse auf den „Kampf" der Semstwos, der liberalen Presse usw. gesetzt werden, denn dies sei „ein wirklicher Kampf mit der Selbstherrschaft" und *nicht nur ein Kampf mit der politischen Polizei*. Der Sozialist und jeder klassenbewußte Arbeiter schließt daraus, daß die Arbeiterpartei mit allen Kräften ebenfalls danach streben muß, eine „straffe Organisation" zu schaffen, aus den fortgeschrittenen Arbeitern und den Sozialisten „tüchtige und geschickte Revolutionäre" heranzubilden, die die Arbeiterpartei auf das Niveau des führenden Kämpfers für die Demokratie heben und es verstehen, alle oppositionellen Elemente an sie heranzuziehen.

Die Redakteure der „Rab. Mysl" bemerken nicht, daß sie eine schiefe Ebene betreten haben, auf der sie zu der ersten Schlußfolgerung abgleiten!

Oder: „Was uns an diesen Programmen verblüfft" — d. h. an den Programmen der Sozialdemokraten —, schreibt *R. M.*, „ist auch dies, daß sie ewig die Vorzüge der Tätigkeit von Arbeitern in einem (bei uns nicht existierenden) Parlament in den Vordergrund stellen, während sie ... die Wichtigkeit einer Beteiligung der Arbeiter" an den gesetzgebenden Versammlungen der Fabrikanten, an den Kammern für Fabrikangelegenheiten, an der öffentlichen Selbstverwaltung in den Städten „vollständig ignorieren" (S. 15). Wenn die Vorzüge eines Parlaments nicht in den Vordergrund gerückt werden, woher sollen dann die Arbeiter von politischen Rechten und politischer Freiheit erfahren? Wenn man von diesen

Fragen schweigt — wie das die Zeitung „Rab. Mysl" tut —, heißt das nicht, in den unteren Arbeiterschichten die politische Unwissenheit aufrechterhalten? Was die Beteiligung der Arbeiter an der öffentlichen Verwaltung der Städte anbelangt, so hat kein einziger Sozialdemokrat irgendwann und irgendwo den Nutzen und die Wichtigkeit der Tätigkeit *sozialistischer* Arbeiter in der städtischen Selbstverwaltung bestritten, es ist jedoch lächerlich, hiervon in Rußland zu reden, wo keinerlei offenes Hervortreten des Sozialismus möglich ist, wo Begeisterung der Arbeiter für städtische Selbstverwaltung (auch wenn diese möglich wäre) in der Praxis bedeuten würde, daß die fortgeschrittenen Arbeiter von der sozialistischen Arbeitersache zum Liberalismus abgelenkt würden.

„Die Haltung der fortgeschrittenen Arbeiterschichten zu einer solchen (autokratischen) Regierung...", sagt *R. M.*, „ist ebenso verständlich wie die Haltung der Arbeiter zu den Fabrikanten." Also sind, wie hieraus nach dem gesunden Menschenverstand folgt, die fortgeschrittenen Arbeiterschichten nicht weniger klassenbewußte Sozialdemokraten als die Sozialisten aus den Reihen der Intellektuellen, und deshalb ist das Streben der „Rab. Mysl", die einen von den anderen zu trennen, unsinnig und schädlich. Also hat die russische Arbeiterklasse bereits die Elemente für die Bildung einer selbständigen politischen Arbeiterpartei hervorgebracht und selbständig herausgebildet. Die Redakteure der „Rab. Mysl" aber ziehen aus der Tatsache der politischen Bewußtheit der fortgeschrittenen Arbeiterschichten den Schluß..., es sei notwendig, diese Fortgeschrittenen zurückzuzerren, um sie auf der Stelle treten zu lassen! „Welchen Kampf sollen die Arbeiter wünschenswerterweise führen?" fragt *R. M.*, und er antwortet: Wünschenswert ist der Kampf, der möglich ist, und möglich ist der, den die Arbeiter „im gegebenen Augenblick" „führen"!!! Es hält schwer, in schärferer Form dem sinnlosen und prinzipienlosen Opportunismus Ausdruck zu geben, von dem die für die modische „Bernsteiniade" begeisterten Redakteure der „Rab. Mysl" infiziert sind! Wünschenswert ist, was möglich ist, und möglich ist, was im gegebenen Augenblick vorhanden ist! Das ist doch dasselbe, als ob man einem Menschen, der sich angeschickt hat, einen weiten und schwierigen Weg zurückzulegen, auf dem ihn eine Menge Hindernisse und eine Menge Feinde erwarten, wenn man einem solchen Menschen auf die Frage: Wohin soll ich gehen? antworten wollte: Es ist wünschenswert, dorthin zu gehen, wohin zu gehen mög-

lich ist, und möglich ist es, dorthin zu gehen, wohin du im gegebenen Augenblick gehst! Das eben ist Nihilismus, nur kein revolutionärer, sondern ein opportunistischer Nihilismus, wie ihn entweder Anarchisten oder bürgerliche Liberale zeigen! Wenn R. M. die russischen Arbeiter zum „partiellen" und „politischen" Kampf „auffordert" (wobei er unter politischem Kampf nicht den Kampf gegen die Selbstherrschaft, sondern nur den „Kampf um Verbesserung der Lage aller Arbeiter" versteht), so fordert er die russische Arbeiterbewegung und die russische Sozialdemokratie direkt auf, einen *Schritt zurück* zu tun, fordert er die Arbeiter im Grunde genommen auf, sich von den Sozialdemokraten zu trennen und auf diese Weise alles über Bord zu werfen, was auf Grund der europäischen und der russischen Erfahrungen errungen wurde! Für den Kampf um Verbesserung ihrer Lage und nur für diesen Kampf bedürfen die Arbeiter durchaus nicht der Sozialisten. In allen Ländern wird man Arbeiter finden, die den Kampf um die Verbesserung ihrer Lage führen, aber nichts vom Sozialismus wissen oder sich sogar feindlich zu ihm verhalten.

„Zum Schluß", schreibt R. M., „ein paar Worte über unsere Auffassung vom Arbeitersozialismus." Nach dem oben Dargelegten fällt es dem Leser nicht mehr schwer, sich vorzustellen, von welcher Art diese „Auffassung" ist. Es handelt sich einfach um einen Abklatsch des „modischen" Bernsteinschen Buches. Unsere „jungen" Sozialdemokraten setzen an die Stelle des proletarischen Klassenkampfes die „gesellschaftliche und politische Selbsttätigkeit der Arbeiter". Wenn wir uns erinnern, wie R. M. den *gesellschaftlichen* „Kampf" und die „Politik" auffaßt, so wird es für uns klar sein, daß dies eine direkte Rückkehr zu der „Formel" gewisser legaler russischer Schriftsteller ist. Anstatt genau das Ziel (und das Wesen) des Sozialismus zu bezeichnen: Übergang des Bodens, der Fabriken usw., überhaupt aller Produktionsmittel in das Eigentum der ganzen Gesellschaft und Ersetzung der kapitalistischen Produktion durch eine nach einem allgemeinen Plan geleitete Produktion im Interesse aller Gesellschaftsmitglieder, anstatt dessen weist R. M. zunächst auf die Entwicklung der Berufsverbände und der Konsumvereine hin und erwähnt nur nebenher, daß der Sozialismus zur vollen Vergesellschaftung aller Produktionsmittel führt. Dafür wird in fetter Schrift gedruckt: „Der Sozialismus ist lediglich eine weitere, höhere Entwicklung des modernen Gemeinwesens" — eine bei Bernstein entlehnte Phrase, die die Bedeutung und das Wesen

des Sozialismus nicht nur nicht klarmacht, sondern beides verdunkelt. Alle Liberalen und alle Bourgeois sind unbedingt für die „Entwicklung des modernen Gemeinwesens", so daß sie sich alle über die Erklärung von *R. M.* freuen werden. Trotzdem aber sind die Bourgeois *Feinde* des Sozialismus. Die Sache ist die, daß das „moderne Gemeinwesen" sehr viele verschiedene Seiten hat und daß von denen, die diesen allgemeinen Ausdruck benutzen, der eine die eine, der andere die andere Seite im Auge hat. Folglich drischt *R. M.*, statt den Arbeitern die Begriffe des Klassenkampfes und des Sozialismus zu erläutern, nur nebelhafte und irreführende Phrasen. Anstatt schließlich das Mittel zu nennen, das der moderne Sozialismus zur Verwirklichung des Sozialismus gezeigt hat – die Eroberung der politischen Macht durch das organisierte Proletariat –, anstatt dessen spricht *R. M.* nur von der Unterstellung der Produktion unter ihre (der Arbeiter) gesellschaftliche Verwaltung oder unter die Verwaltung einer demokratisierten gesellschaftlichen Macht, demokratisiert „durch ihre (der Arbeiter) tätige Beteiligung an den Kammern, die sich mit allen möglichen Fabrik- und Werkangelegenheiten befassen, an Schiedsgerichten, an allen möglichen Versammlungen, Kommissionen und Beratungen zur Ausarbeitung von Arbeitsgesetzen, durch Beteiligung der Arbeiter an der gesellschaftlichen Selbstverwaltung und schließlich an einer allgemeinen Vertretungskörperschaft des Landes". Die Redakteure der „Rab. Mysl" rechnen also zum Arbeitersozialismus nur einen solchen Sozialismus, der auf *friedlichem* Wege erreicht wird, und schließen den revolutionären Weg aus. Diese Einengung des Sozialismus und seine Herabwürdigung zu einem ganz gewöhnlichen bürgerlichen Liberalismus stellt wiederum einen riesigen Schritt rückwärts dar gegenüber den Ansichten aller russischen und der überwältigenden, erdrückenden Mehrheit der europäischen Sozialdemokraten. Die Arbeiterklasse würde es natürlich vorziehen, die Macht *friedlich* zu übernehmen (wir haben bereits früher gesagt, daß diese Machtergreifung nur durch die organisierte Arbeiterklasse, die die Schule des Klassenkampfes durchgemacht hat, vollzogen werden kann), wollte das Proletariat aber auf die revolutionäre Machtergreifung *verzichten*, so wäre das sowohl vom theoretischen als auch vom praktisch-politischen Standpunkt aus eine *Torheit* und würde lediglich eine schändliche Konzession an die Bourgeoisie und alle besitzenden Klassen bedeuten. Es ist

sehr wahrscheinlich — sogar im höchsten Grade wahrscheinlich —, daß die Bourgeoisie dem Proletariat keine friedliche Konzession machen, sondern im entscheidenden Augenblick ihre Privilegien mit Gewalt verteidigen wird. Dann wird der Arbeiterklasse kein anderer Weg zur Verwirklichung ihres Zieles bleiben als die Revolution. Das ist der Grund, weshalb das Programm des „Arbeitersozialismus" von der Eroberung der politischen Macht schlechthin spricht, *ohne* das Mittel zu dieser Eroberung zu *bestimmen*, denn die Wahl dieses Mittels hängt von der Zukunft ab, die wir nicht genau bestimmen können. Die Tätigkeit des Proletariats aber in jedem Fall auf friedliche „Demokratisierung" allein beschränken wollen heißt, wir wiederholen das, den Begriff des Arbeitersozialismus ganz willkürlich einengen und verflachen.

Wir werden die anderen Artikel der „Sonderbeilage" nicht ebenso genau untersuchen. Über den Artikel zur 10. Wiederkehr des Todestages von Tschernyschewski haben wir schon gesprochen. Was nun die Propagierung der Bernsteiniade durch die Redakteure der „Rab. Mysl" anbelangt, die in der ganzen Welt von allen Feinden des Sozialismus überhaupt und den bürgerlichen Liberalen im besonderen so gierig aufgegriffen wurde und gegen die sich die erdrückende Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten und der deutschen klassenbewußten Arbeiter (auf dem Parteitag in Hannover) so entschieden ausgesprochen haben — was die Bernsteiniade anbelangt, so ist hier nicht der Ort, ausführlich von ihr zu reden. Uns beschäftigt hier die *russische* Bernsteiniade, und wir haben bereits gezeigt, welche grenzenlose Gedankenverwirrung „unsere" Bernsteiniade bedeutet, wie sehr sie jede Spur selbständiger Ansichten vermissen läßt, welchen entschiedenen Rückschritt gegenüber den Anschauungen der russischen Sozialdemokratie sie bedeutet. Von der deutschen Bernsteiniade wollen wir lieber die Deutschen selbst sprechen lassen. Wir bemerken nur noch, daß die russische Bernsteiniade noch unendlich tiefer steht als die deutsche. Bernstein hat trotz all seiner Fehler und trotz seines offenkundigen Strebens, sowohl in theoretischer als auch in politischer Hinsicht zurückzugehen, noch so viel Verstand und so viel Gewissenhaftigkeit behalten, daß er, der selbst zu keiner neuen Theorie beziehungsweise keinem neuen Programm gelangt ist, es *abgelehnt* hat, im Programm der deutschen Sozialdemokratie *Abänderungen vorzuschlagen*, und im letzten, entscheidenden Augenblick erklärt hat, er nehme die Resolution

Bebels an, eine Resolution, die der ganzen Welt feierlich verkündet, daß die deutsche Sozialdemokratie bei ihrem alten Programm und ihrer alten Taktik bleibt. Und unsere russischen Bernsteinianer? Ohne auch nur ein Hundertstel dessen getan zu haben, was Bernstein getan hat, gehen sie so weit, einfach nichts von der Tatsache wissen zu wollen, daß alle russischen sozialdemokratischen Organisationen 1898 das Fundament der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands" gelegt, ihr „Manifest" herausgegeben, die „Rabotschaja Gaseta" zu ihrem offiziellen Organ erklärt haben und daß alle diese Publikationen ganz und gar auf dem Boden des „alten" Programms der russischen Sozialdemokraten stehen. Unsere Bernsteinianer scheinen sich gar nicht bewußt zu sein, daß, wenn sie diese alten Anschauungen verworfen haben und zu neuen gelangt sind, ihre sittliche Pflicht, ihre Pflicht vor der gesamten russischen Sozialdemokratie sowie vor den Sozialisten und Arbeitern, die alle ihre Kräfte für die Vorbereitung und Gründung der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands" eingesetzt haben und die jetzt zum großen Teil die russischen Gefängnisse füllen, daß diese Pflicht von den Vertretern der neuen Ansichten verlangt, sich nicht darauf zu beschränken, versteckt gegen irgendwelche „unserer Revolutionäre" im allgemeinen zu sticheln, sondern direkt und offen zu erklären, mit wem sie und womit sie eigentlich nicht einverstanden sind, welche neuen Anschauungen und welches neue Programm sie eigentlich an die Stelle der alten setzen.

Wir haben nun noch eine, und zwar vielleicht die wichtigste Frage zu betrachten: Wie ist das Aufkommen einer solchen rückläufigen Richtung in der russischen Sozialdemokratie zu *erklären*? Es geht unserer Meinung nach nicht an, die Sache allein mit den persönlichen Eigenschaften der Redakteure der „Rab. Mysl", allein mit dem Einfluß der modischen Bernsteiniade zu erklären. Die Sache erklärt sich unserer Meinung nach hauptsächlich durch eine Besonderheit in der historischen Entwicklung der russischen Sozialdemokratie, die die enge Auffassung vom Arbeitersozialismus hervorgebracht hat — und *zeitweilig* hervorbringen *mußte*.

In den achtziger Jahren und zu Beginn der neunziger Jahre, als die Sozialdemokraten in Rußland praktisch zu arbeiten begannen, hatten sie es erstens mit den Anhängern des Volkswillen zu tun, die ihnen vorwarfen, daß sie sich dem politischen Kampf, diesem Vermächtnis der russischen revolutionären Bewegung, fernhielten, und mit denen die Sozial-

demokraten hartnäckig polemisierten, und zweitens mit der russischen liberalen Gesellschaft, die gleichfalls damit unzufrieden war, daß die revolutionäre Bewegung von der Richtung des Volkswillen zur Sozialdemokratie umschwenkte. Die Polemik sowohl gegen die einen als auch gegen die anderen drehte sich um die Frage der Politik. In ihrem Kampf gegen die beschränkte Auffassung der Anhänger des Volkswillen, die die Politik auf Verschwörerei reduzierten, konnte es geschehen, daß sich die Sozialdemokraten gegen Politik überhaupt aussprachen, und zuweilen taten sie das auch (da eine bestimmte enge Auffassung von Politik herrschte). Anderseits konnten die Sozialdemokraten in den liberalen und radikalen Salons der bürgerlichen „Gesellschaft" nicht selten Worte des Bedauerns darüber hören, daß die Revolutionäre den Terror aufgegeben hatten: Leute, die am meisten um ihre eigene Haut bangten und im entscheidenden Augenblick den Helden, die Schläge gegen die Selbstherrschaft führten, die Unterstützung verweigerten, diese Leute bezichtigten die Sozialdemokraten heuchlerisch des politischen Indifferentismus und lechzten nach der Wiedergeburt einer Partei, die für sie die Kastanien aus dem Feuer holen würde. Natürlich lernten die Sozialdemokraten derartige Leute und ihre Phrasen hassen, und sie wandten sich der kleineren, dafür aber auch ernsteren Arbeit zu, unter dem Industrieproletariat Propaganda zu treiben. Der enge Charakter dieser Arbeit war anfangs unvermeidlich und widerspiegelte sich auch in engen Erklärungen einiger Sozialdemokraten. Diese Enge schreckte jedoch auch jene Sozialdemokraten nicht, die die umfassenden historischen Ziele der russischen Arbeiterbewegung keineswegs vergaßen. Was ist schon dabei, wenn mitunter die *Worte* der Sozialdemokraten eng gefaßt sind: dafür ist *ihr Werk* weit. Dafür lassen sie sich nicht auf nutzlose Verschwörungen ein, dafür machen sie sich nicht mit den Balalaikins[92] des bürgerlichen Liberalismus gemein, sondern gehen in die Klasse, die einzig und allein eine wirklich revolutionäre Klasse ist, und fördern die Entwicklung ihrer Kräfte! Mit jedem Schritt auf dem Wege zur Ausbreitung der sozialdemokratischen Propaganda, glaubten sie, werde diese Enge ganz von selbst hinwegfallen. In bedeutendem Maße ist es auch wirklich so gekommen. Von der Propaganda ging man zur umfassenden Agitation über. Die umfassende Agitation vergrößerte natürlich immer mehr die Anzahl der klassenbewußten fortschrittlichen Arbeiter; es begannen sich revolutionäre Organisationen

zu bilden (der St. Petersburger, der Kiewer und andere „Kampfbünde", der Jüdische Arbeiterverband). Diese Organisationen begannen natürlich nach Verschmelzung zu streben, was ihnen schließlich auch gelang: sie vereinigten sich und legten das Fundament für die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands". Man hätte meinen sollen, jetzt sei kein Boden mehr vorhanden gewesen für die alte Enge und sie werde endgültig über Bord geworfen werden. Es kam aber anders: Die Ausbreitung der Agitation brachte die Sozialdemokraten in Fühlung mit den untersten, am wenigsten entwickelten Schichten des Proletariats; die Heranziehung dieser Schichten erforderte vom Agitator die Fähigkeit, sich dem niedrigsten Auffassungsniveau anzupassen, gewöhnte ihn daran, die „Erfordernisse und Interessen des gegebenen Augenblicks" in den Vordergrund zu rücken und die umfassenden Ideale des Sozialismus und des politischen Kampfes zurückzustellen. Der zersplitterte, handwerklerische Charakter der sozialdemokratischen Arbeit, die äußerst schwache Verbindung zwischen den Zirkeln verschiedener Städte, zwischen den russischen Sozialdemokraten und ihren Genossen im Ausland, die sowohl solidere Kenntnisse und reichere revolutionäre Erfahrungen als auch einen weiteren politischen Horizont hatten, führten natürlich dazu, daß diese (*absolut notwendige*) Seite der sozialdemokratischen Tätigkeit übermäßig aufgebauscht wurde, und konnte dazu führen, daß einzelne Personen über dieser Seite der Tätigkeit die übrigen vergessen konnten, um so mehr, als mit jedem Hochgehen die bewußtesten Arbeiter und Intellektuellen aus den Reihen der kämpfenden Armee ausschieden und sich eine feste revolutionäre Tradition und Kontinuität noch nicht herausbilden konnten. Eben in dieser übermäßigen Aufbauschung *einer* Seite der sozialdemokratischen Arbeit sehen wir auch die Hauptursache des traurigen Abfalls von den Idealen der russischen Sozialdemokratie. Dazu nehme man noch das Schwärmen für ein modisches Büchlein, die Unkenntnis der Geschichte der russischen revolutionären Bewegung und die kindische Originalitätssucht – und man hat alle Elemente, aus denen die „rückläufige Richtung in der russischen Sozialdemokratie" besteht.

Somit müssen wir auf die Frage nach dem Verhältnis der fortgeschrittenen Schichten des Proletariats zu seinen unteren Schichten und nach der Bedeutung der sozialdemokratischen Arbeit in den einen wie in den anderen Schichten ausführlicher eingehen.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung aller Länder zeigt, daß die Ideen des Sozialismus am frühesten und am leichtesten von den am besten gestellten Arbeiterschichten aufgenommen werden. Aus ihrer Mitte hauptsächlich stammen jene führenden Arbeiter, die jede Arbeiterbewegung hervorbringt, Arbeiter, die es verstehen, das volle Vertrauen der Arbeitermassen zu gewinnen, Arbeiter, die sich ganz und gar der Aufklärung und Organisierung des Proletariats widmen, Arbeiter, die den Sozialismus ganz bewußt aufnehmen und die sogar selbständig sozialistische Theorien ausgearbeitet haben. Jede lebensfähige Arbeiterbewegung hat solche Führer aus der Arbeiterklasse hervorgebracht, ihre Proudhon und Vaillant, ihre Weitling und Bebel. Auch unsere russische Arbeiterbewegung verspricht in dieser Beziehung hinter der europäischen nicht zurückzubleiben. Während die gebildete Gesellschaft das Interesse an ehrlicher, illegaler Literatur verliert, wächst unter den Arbeitern das leidenschaftliche Streben nach Wissen und nach dem Sozialismus, treten unter den Arbeitern wirkliche Helden hervor, die – trotz ihrer abscheulichen Lebensverhältnisse, trotz abstumpfender Zwangsarbeit in der Fabrik – so viel Charakter und Willensstärke aufbringen, um zu lernen, zu lernen und nochmals zu lernen und sich zu klassenbewußten Sozialdemokraten, zu einer „Arbeiterintelligenz" heranzubilden. In Rußland gibt es diese „Arbeiterintelligenz" schon, und wir müssen alle Kräfte aufbieten, damit sich ihre Reihen ständig erweitern, damit ihre großen geistigen Ansprüche voll befriedigt werden, damit aus ihren Reihen Führer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands hervorgehen. Die Zeitung, die zum Organ aller russischen Sozialdemokraten werden will, muß deshalb auf dem Niveau der fortgeschrittenen Arbeiter stehen; sie darf ihr Niveau nicht künstlich senken, sondern muß es, im Gegenteil, ständig heben, sie muß alle taktischen, politischen und theoretischen Fragen der internationalen Sozialdemokratie verfolgen. Nur dann werden die Ansprüche der Arbeiterintelligenz befriedigt werden, nur dann wird sie die russische Arbeitersache und *folglich* auch die russische revolutionäre Sache in ihre Hände nehmen.

Der zahlenmäßig kleinen Schicht der führenden Arbeiter folgt die breite Schicht der mittleren Arbeiter. Auch diese Arbeiter streben leidenschaftlich zum Sozialismus, beteiligen sich an Arbeiterzirkeln, lesen sozialistische Zeitungen und Bücher, nehmen an der Agitation teil und unterscheiden sich von der vorhergehenden Schicht nur dadurch, daß sie

keine völlig selbständigen Führer der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung werden können. In der Zeitung, die das Parteiorgan sein würde, wird der mittlere Arbeiter manche Artikel nicht verstehen, er wird sich von einer komplizierten theoretischen oder praktischen Frage keinen klaren Begriff machen. Hieraus folgt durchaus nicht, daß die Zeitung zum Niveau der Masse *ihrer* Leser *hinabsteigen muß*. Im Gegenteil, die *Zeitung* muß gerade das Niveau ihrer Leser heben und mithelfen, aus der mittleren Arbeiterschicht führende Arbeiter zu entwickeln. Von der *lokalen* praktischen Tätigkeit ganz in Anspruch genommen, vor allem an der Chronik der Arbeiterbewegung und den nächsten Fragen der Agitation interessiert, muß ein solcher Arbeiter mit jedem seiner Schritte den Gedanken an die gesamte russische Arbeiterbewegung, an ihre historische Aufgabe, an das Endziel des Sozialismus verbinden, und deshalb muß eine Zeitung, deren Lesermasse mittlere Arbeiter sind, notwendigerweise mit jeder lokalen und begrenzten Frage den Sozialismus und den politischen Kampf verbinden.

Der mittleren Schicht schließlich folgt die Masse der unteren Schichten des Proletariats. Es ist sehr wohl möglich, daß eine sozialistische Zeitung für diese ganz oder doch fast ganz unverständlich sein wird (ist doch auch in Westeuropa die Zahl der sozialdemokratischen Wähler viel größer als die Leserzahl sozialdemokratischer Zeitungen), aber es wäre absurd, daraus schließen zu wollen, daß eine Zeitung der Sozialdemokraten sich einem möglichst niedrigen Niveau der Arbeiter anpassen müsse. Daraus folgt nur, daß *auf diese Schichten andere Mittel der Agitation und Propaganda* wirken müssen: möglichst populär geschriebene Broschüren, mündliche Agitation und — vor allem — Flugblätter aus Anlaß lokaler Ereignisse. Selbst hierauf dürfen sich die Sozialdemokraten nicht beschränken: es ist sehr wohl möglich, daß die ersten Schritte zur Erweckung des Klassenbewußtseins in den unteren Arbeiterschichten von der legalen Aufklärungstätigkeit gemacht werden müssen. Für die *Partei* ist es sehr wichtig, sich diese Tätigkeit zunutze zu machen, sie eben dorthin zu lenken, wo sie am nötigsten ist, legal tätige Funktionäre auszusenden, damit sie das Neuland unter den Pflug nehmen, das dann von den sozialdemokratischen Agitatoren besät werden wird. Die Agitation unter den unteren Arbeiterschichten muß natürlich den persönlichen Besonderheiten des Agitators sowie den Besonderheiten der Gegend, des Berufs usw. den größten Spielraum lassen. „Man verwechsle nicht Taktik mit Agitationsweise", sagt

Kautsky in seinem Buch gegen Bernstein. „Diese" (die Agitationsweise) „muß sich individuellen und lokalen Verhältnissen anpassen. In der Agitation muß man es jedem Agitator überlassen, durch jene Mittel zu wirken, die ihm zu Gebote stehen; der eine wirkt am meisten durch seine Begeisterung, der andere durch schlagenden Witz, der dritte durch die Fülle der Tatsachen usw. Und wie nach dem Agitator muß sich die Agitation nach dem Publikum richten; man muß so sprechen, daß man verstanden wird, muß an das den Zuhörern Bekannte anknüpfen. Das ist ja selbstverständlich und gilt nicht bloß für die Bauernagitation. Man wird auch zu Droschkenkutschern anders sprechen als zu Seeleuten, und zu diesen wieder anders als zu Schriftsetzern. In der *Agitation* muß *individualisiert* werden, aber unsere *Taktik*, unser politisches *Handeln* muß *einheitlich* sein." (S. 2/3.) Diese Worte eines führenden Vertreters der sozialdemokratischen Theorie enthalten eine vortreffliche Bewertung der Agitation in der Gesamttätigkeit der Partei. Diese Worte zeigen, wie unbegründet die Befürchtungen derjenigen sind, die da glauben, die Gründung einer revolutionären Partei, die einen politischen Kampf führt, behindere die Agitation, dränge sie in den Hintergrund oder enge die Freiheit der Agitatoren ein. Im Gegenteil, nur eine organisierte Partei kann eine breite Agitation entfalten, kann den Agitatoren in allen ökonomischen und politischen Fragen die notwendige Anleitung (und das Material) geben, kann jeden lokalen Agitationserfolg zur Belehrung aller russischen Arbeiter ausnutzen, kann die Agitatoren in die Schicht oder in die Gegenden schikken, wo sie mit größtem Erfolg tätig zu sein vermögen. Nur in einer organisierten Partei werden Menschen, die über agitatorische Fähigkeiten verfügen, imstande sein, sich ganz dieser Sache zu widmen — zum Vorteil sowohl für die Agitation als auch für die übrigen Seiten der sozialdemokratischen Arbeit. Wie hieraus ersichtlich, würde derjenige, der über dem ökonomischen Kampf die politische Agitation und Propaganda vergißt, der die Notwendigkeit vergißt, die Arbeiterbewegung so zu organisieren, daß sie in den Kampf einer politischen Partei ausmündet, abgesehen von allem anderen, sich sogar der Möglichkeit begeben, die Gewinnung der untersten Schichten des Proletariats für die Arbeitersache dauerhaft und erfolgreich in die Wege zu leiten.

Aber solche Übertreibung *einer* Seite der Arbeit zum Nachteil der anderen, ja sogar mit dem Bestreben, diese anderen Seiten ganz über Bord

zu werfen, droht Folgen zu haben, die für die russische Arbeiterbewegung noch unvergleichlich schädlicher sind. Die unteren Schichten des Proletariats können geradezu demoralisiert werden, wenn sie die verleumderische Behauptung hören, die Begründer der russischen Sozialdemokratie sähen in den Arbeitern nur ein Mittel zum Sturze der Selbstherrschaft, wenn sie die Aufforderung hören, sich auf die Wiedereinführung der Feiertage und auf die Berufsverbände zu beschränken, sich nicht um die Endziele des Sozialismus und die nächsten Aufgaben des politischen Kampfes zu kümmern. Solche Arbeiter können (und werden) stets auf den Köder jedes beliebigen von der Regierung und der Bourgeoisie hingeworfenen Almosens anbeißen. Unter dem Einfluß der Propaganda der „Rabotschaja Mysl" können die unteren Schichten des Proletariats, die völlig unentwickelten Arbeiter, von jener bürgerlichen und durch und durch reaktionären Überzeugung durchdrungen werden, der Arbeiter könne und müsse sich für nichts weiter als eine Lohnzulage und die Wiedereinführung der Feiertage („Interessen des Augenblicks") interessieren, das arbeitende Volk könne und müsse allein mit seinen Kräften, allein mit seiner „eigenen Initiative" die Arbeitersache führen, ohne danach zu streben, sie mit dem Sozialismus zu verschmelzen, ohne danach zu streben, die Sache der Arbeiter zur höchsten und wichtigsten Sache der ganzen Menschheit zu machen. Die unentwickeltsten Arbeiter können, wir wiederholen das, durch diese Überzeugung demoralisiert werden, wir sind jedoch überzeugt, daß die fortgeschrittenen russischen Arbeiter, diejenigen, die die Arbeiterzirkel und die gesamte sozialdemokratische Tätigkeit leiten, diejenigen, die jetzt unsere Gefängnisse und Verbannungsorte, vom Gouvernement Archangelsk bis Ostsibirien füllen — daß diese Arbeiter eine derartige Theorie *mit Entrüstung ablehnen werden*. Die ganze Bewegung auf die Interessen des Augenblicks reduzieren heißt auf die Unentwickeltheit der Arbeiter spekulieren, heißt ihre schlechtesten Neigungen begünstigen. Das heißt die Verbindung zwischen Arbeiterbewegung und Sozialismus, zwischen den völlig klar herausgebildeten politischen Bestrebungen der fortgeschrittenen Arbeiter und den spontanen Erscheinungsformen des Massenprotestes künstlich zerreißen. Das ist nun der Grund, weshalb der Versuch der „Rabotschaja Mysl", mit einer besonderen Richtung hervorzutreten, besondere Aufmerksamkeit verdient und einen besonders energischen Protest erforderlich macht. Solange die „Rabo-

tschaja Mysl", die sich offenbar den unteren Schichten des Proletariats anpaßt, die Frage nach dem Endziel des Sozialismus und dem politischen Kampf angelegentlich umging, jedoch nicht ihre besondere Richtung deklarierte, schüttelten viele Sozialdemokraten nur den Kopf und hofften, die Mitglieder der Gruppe „Rab. Mysl" würden mit der Entwicklung und Erweiterung ihrer Arbeit selbst ihre Enge leicht überwinden. Wenn aber Menschen, die bisher die nützliche Arbeit einer Vorbereitungsklasse geleistet haben, anfangen, über ganz Europa großen Lärm zu machen, und unter Ausnützung der modischen Theorien des Opportunismus erklären, sie wollten die ganze russische Sozialdemokratie für viele Jahre (wenn nicht für immer) in die Vorbereitungsklasse setzen – wenn, mit anderen Worten, Menschen, die bisher durch nützliche Arbeit ein Fäßchen Honig zusammengetragen haben, „in aller Öffentlichkeit" kellenweise Teer in den Honig gießen, dann müssen wir gegen diese rückläufige Richtung entschieden Front machen!

Die russische Sozialdemokratie, sowohl in der Person ihrer Begründer, der Mitglieder der Gruppe „Befreiung der Arbeit", als auch in Gestalt der russischen sozialdemokratischen Organisationen, die die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands" gegründet haben, hat stets die beiden folgenden Grundsätze anerkannt: 1. Das Wesen der Sozialdemokratie ist die Organisierung des proletarischen Klassenkampfes mit dem Ziel, die politische Macht zu erobern, alle Produktionsmittel in die Hände der ganzen Gesellschaft zu übergeben und die kapitalistische Wirtschaft durch die sozialistische zu ersetzen; 2. die Aufgabe der russischen Sozialdemokratie ist es, eine russische revolutionäre Arbeiterpartei zu organisieren, die den Sturz der Selbstherrschaft, die Erkämpfung politischer Freiheit zu ihrem nächsten Ziel macht. Wer sich von diesen Grundsätzen abwendet (die im Programm der Gruppe „Befreiung der Arbeit" genau formuliert und im „Manifest der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands" verkündet worden sind), der wendet sich von der Sozialdemokratie ab.

*Geschrieben Ende 1899.*
*Zuerst veröffentlicht 1924*
*in der Zeitschrift*
*„Proletarskaja Rewoluzija"*
*(Die proletarische Revolution) Nr. 8/9.*

*Nach einem von unbekannter Hand abgeschriebenen, von Lenin durchgesehenen Manuskript.*

# AUS ANLASS DER „PROFESSION DE FOI"*

Die vom Kiewer Komitee verfaßte „Profession de foi" gibt, obgleich sie nur ein Rohentwurf ist, für dessen Bearbeitung und Redaktion, wie das Kiewer Komitee erklärt, einfach keine Zeit vorhanden war, doch die Möglichkeit, sich eine genügend klare Vorstellung von den Ansichten des Kiewer Komitees zu bilden, und diese Ansichten müssen zweifellos den energischen Protest derjenigen russischen Sozialdemokraten hervorrufen, die auf dem Standpunkt der alten Prinzipien der Sozialdemokratie stehen, wie sie in Rußland von der Gruppe „Befreiung der Arbeit" proklamiert, wiederholt in Veröffentlichungen der SDAPR dargelegt und in deren Manifest bestätigt wurden. Die Ansichten des Kiewer Komitees *widerspiegeln* zweifellos einen bedeutenden Einfluß jener neuen Richtung „junger russischer Sozialdemokraten", die sich in ihrer extremen Entwicklung mit dem Bernsteinianertum verschmolzen und solche Erzeugnisse hervorgebracht hat wie die bekannte Sonderbeilage zur „Rabotschaja Mysl" (September 1899) und das nicht weniger bekannte „Credo"*.

Man kann nicht sagen, daß die „Profession de foi" völlig zu dieser opportunistischen und reaktionären Richtung paßt, aber die „Profession de foi" tut so ernstliche Schritte nach dieser Seite, sie läßt eine solche Verwirrung in den Grundideen des Sozialdemokratismus, ein solches Schwanken des revolutionären Denkens erkennen, daß wir es für unsere Pflicht halten, die Kiewer Genossen zu warnen und ihre Abweichung von den seit langem feststehenden Prinzipien sowohl der internationalen als auch der russischen Sozialdemokratie eingehend zu untersuchen.

---

* Glaubensbekenntnis, Programm, Darlegung einer Weltanschauung. *Die Red.*

Schon der erste Satz der „Profession de foi" erregt das ernsteste Befremden: „Das Kiewer Komitee erkennt den Kampf für die politischen Rechte des Proletariats als nächste gemeinsame Aufgabe der Arbeiterbewegung in Rußland an, hält es jedoch nicht für möglich, die Masse der Arbeiter im gegenwärtigen Augenblick zu politischen Aktionen aufzurufen, mit anderen Worten, *politische* Agitation zu treiben, da der russische Arbeiter in seiner Masse noch nicht zum politischen Kampf reif ist." Wir berühren nicht die Formulierung dieser Stelle; uns sind nur die Gedanken wichtig, die hier entwickelt und (dies bemerke man) an anderen Stellen der „Profession de foi" mehrfach wiederholt werden, die Gedanken aber sind von einer Art, daß wir uns nur fragen können: „Sind die, die das geschrieben haben, wirklich Sozialdemokraten?"

„Der russische Arbeiter ist in seiner Masse noch nicht zum politischen Kampf reif"! Wenn dies wahr wäre, so wäre es soviel wie ein Todesurteil für die ganze Sozialdemokratie, denn das bedeutet, daß der russische Arbeiter in seiner Masse noch nicht für den Sozialdemokratismus reif ist. In der Tat, nirgends in der Welt gab es oder gibt es eine Sozialdemokratie, die nicht unteilbar und unauflöslich mit dem politischen Kampf verbunden wäre. Sozialdemokratie ohne politischen Kampf ist ein Fluß ohne Wasser, ist ein schreiender Widerspruch, ist eine Rückkehr entweder zum utopischen Sozialismus unserer Ururgroßväter, die die „Politik" mißachteten, oder zum Anarchismus oder aber zum Trade-Unionismus.

Die erste profession de foi des internationalen Sozialismus, das „Kommunistische Manifest", hat bereits die seitdem zu einer Binsenwahrheit gewordene Tatsache festgestellt, daß jeder Klassenkampf ein politischer Kampf ist, daß die Arbeiterbewegung nur dann über den Keimzustand und das Kindheitsstadium hinauswächst, wenn sie zur *Klassen*bewegung wird, wenn sie zum politischen Kampf übergeht. Die erste profession de foi des russischen Sozialismus, die 1883 erschienene Broschüre Plechanows „Sozialismus und politischer Kampf", bestätigte diese Wahrheit in Anwendung auf Rußland und zeigte, wie eigentlich und warum eigentlich die russische revolutionäre Bewegung zur Verschmelzung des Sozialismus und des politischen Kampfes, zur Verschmelzung der spontanen Bewegung der Arbeitermassen mit der revolutionären Bewegung, zur Verschmelzung von Klassenkampf und politischem Kampf führen muß. Das

Kiewer Komitee, das sich auf den Standpunkt des Sozialismus und des Klassenkampfes stellt, gleichzeitig aber die Möglichkeit bestreitet, „die breiten Massen im gegenwärtigen Augenblick zu politischen Aktionen aufzurufen", gibt im Grunde genommen die Prinzipien des Sozialdemokratismus völlig preis, und der Wunsch, auf dem Boden dieser Prinzipien zu bleiben, verwickelt es in eine Reihe schreiender Widersprüche.

In der Tat, wie kann man von „politischer Erziehung" der Arbeiter reden, ohne die politische Agitation und den politischen Kampf für möglich zu halten? Muß denn unter Sozialdemokraten wirklich noch bewiesen werden, daß es ohne politischen Kampf und politische Aktionen keinerlei politische Erziehung geben kann? Kann man denn wirklich glauben, daß die Arbeitermassen durch irgendwelche Kurse oder Bücher usw., ohne politische Tätigkeit und politischen Kampf politisch erzogen werden können? Soll denn wirklich die russische Sozialdemokratie zum Standpunkt der Fronherren zurückgehen, die erklärten, erst einmal müsse man die Bauern erziehen, dann erst könne man sie freilassen, oder zum Standpunkt unserer vor der Regierung auf dem Bauch kriechenden Federfuchser, die sagen, erst müsse das Volk erzogen und dann erst könnten ihm politische Rechte gegeben werden? Wie kann man es sich zur Aufgabe machen, die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Kampfes für politische Rechte zu wecken, und es gleichzeitig nicht für möglich erachten, die Arbeiter zu politischen Aktionen aufzurufen, es nicht für möglich halten, politische Agitation zu treiben? Die Erkenntnis von der Notwendigkeit des politischen Kampfes wecken und gleichzeitig nicht zu politischem Kampf aufrufen?! Was ist das? Was soll das heißen? Und ein derartiger Wirrwarr ist durchaus nicht das Resultat von Unklarheiten eines Rohentwurfs oder seiner noch nicht endgültigen Bearbeitung, sondern das natürliche, unvermeidliche Resultat jener Zweideutigkeit und Halbschlächtigkeit, von der alle Anschauungen des Kiewer Komitees durchdrungen sind. Einerseits will es auf dem Boden der seit langem feststehenden Grundprinzipien der internationalen und der russischen Sozialdemokratie bleiben, anderseits schwärmt es für jene Bernsteinschen Modewörtchen von der „Notwendigkeit", der „Allmählichkeit" (am Ende des Abschnitts I der „Profession de foi" des Kiewer Komitees), von dem „unmittelbar ökonomischen Charakter der Bewegung", von der Unmöglichkeit politischer Agitation und politischen Kampfes, von der Notwendigkeit, auf dem

festen Boden der realen Bedürfnisse und Erfordernisse zu bleiben (als ob der Kampf für politische Freiheit nicht durch das allerrealste Bedürfnis und Erfordernis hervorgerufen würde!), kurzum für die modischen Wörtchen, aus denen so modische Werke gewoben werden wie das „Credo" und die Sonderbeilage zur „Rabotschaja Mysl". Untersuchen wir den Inhalt der These, in der sich wie in einem Brennpunkt alle schwachen Seiten der uns vorliegenden „Profession de foi" konzentrieren, nämlich der These, es sei *unmöglich*, „die Masse der Arbeiter *im* gegenwärtigen Augenblick zu politischen Aktionen aufzurufen", mit anderen Worten, politische Agitation zu treiben, da der russische Arbeiter in seiner Masse noch nicht zum politischen Kampf reif sei. Diese letztere Behauptung ist völlig unwahr, zum Glück (wir sagen zum Glück, denn wenn sie wahr wäre, müßte sie die russischen Marxisten und Sozialdemokraten unweigerlich in jenen Sumpf trade-unionistischer und bürgerlich-liberaler Verflachung führen, in den sie die Autoren des „Credo", der „Rabotschaja Mysl" und ihre zahlreichen Handlanger in unserer legalen Literatur zu stürzen suchen). Der russische Arbeiter ist in seiner Masse nicht nur zum politischen Kampf reif, sondern hat auch seine Reife schon viele Male gezeigt und viele Male — und dabei nicht selten spontan — politische Kampfakte vollbracht.

In der Tat, ist denn die Massenverbreitung von Aufrufen, in denen die Regierung getadelt, in denen die Regierung gegeißelt wird, nicht ein politischer Kampfakt? Ist denn der russische Arbeiter in seiner Masse nicht kraft „*eigener Mittel" mit allzu übermütig gewordenen Polizisten* und Soldaten fertig geworden; hat er nicht oft seine verhafteten Genossen mit Gewalt befreit? Hat er nicht an vielen Orten in direkten Straßenkämpfen gegen Militär und Polizei gekämpft? Hat denn der russische Arbeiter in seiner Masse nicht mehr als 20 Jahre lang seine besten, entwickeltsten, seine ehrlichsten und kühnsten Genossen in die Reihen der revolutionären Zirkel und Organisationen geschickt? Aber einer Modedoktrin bürgerlicher Vulgarisierung zuliebe sollen wir, die Vertreter der revolutionären Sozialdemokratischen Partei, all dies vergessen und es für unmöglich erklären, die Arbeitermassen zu politischen Aktionen aufzufordern! Man wird uns vielleicht entgegenhalten, daß die angeführten Tatsachen häufig eher spontane Explosionen als ein politischer Kampf waren. Aber waren denn unsere Streiks — antworten wir — nicht lediglich

bloße spontane Explosionen, solange die revolutionären Zirkel der Sozialisten sich nicht der breiten Agitation, der Aufforderung der Arbeitermassen zum Klassenkampf, zum bewußten Kampf gegen ihre Unterdrücker zugewandt hatten? Kann man denn in der Geschichte auch nur eine einzige Volksbewegung, auch nur eine einzige Klassenbewegung nachweisen, die nicht mit spontanen, unorganisierten Explosionen begonnen hätte, die ohne das bewußte Eingreifen gebildeter Vertreter der betreffenden Klasse organisierte Form angenommen, politische Parteien geschaffen hätte? Wenn der unaufhaltsame, spontane Drang der Arbeiterklasse zum politischen Kampf bisher zum großen Teil lediglich in unorganisierten Explosionen zum Ausdruck kommt, so werden nur die „Moskowskije Wedomosti"[93] und der „Grashdanin"[94] daraus den Schluß ziehen, daß der russische Arbeiter in seiner Masse für politische Agitation noch nicht reif sei. Ein Sozialist dagegen wird daraus den Schluß ziehen, daß die Notwendigkeit politischer Agitation, umfassendster Aufforderung der Arbeitermassen zu politischen Aktionen und zum politischen Kampf schon längst herangereift ist; wenn wir auf diese Aufforderung verzichten, tun wir nicht unsere Pflicht und, im Grunde genommen, hören wir auf, Sozialdemokraten zu sein, weil wirtschaftliche und gewerkschaftliche Organisationen ohne politischen Kampf stets und überall von eifrigen Anhängern der Bourgeoisie gepredigt wurden; daher kann jenes systematische Verschweigen des politischen Kampfes und der politischen Aufgaben der russischen Arbeiterklasse, das wir z. B. in der Zeitung „Rabotschaja Mysl" gesehen haben, nur als verbrecherisch und schändlich bezeichnet werden. Dieses Verschweigen ist gleichbedeutend mit Demoralisierung des politischen Bewußtseins der Arbeiter, die das politische Joch sehen und fühlen, die sich spontan gegen dieses Joch auflehnen, jedoch bei ihren sozialistischen Führern auf Gleichgültigkeit stoßen oder aber sie sogar gegen die Ideen des politischen Kampfes polemisieren hören. Es kann nur als Gleichgültigkeit und äußerste Engstirnigkeit bezeichnet werden, wenn man uns sagt, die Ideen politischer Freiheit müßten „allmählich" in die Masse getragen werden — also haben wir uns wohl bisher zu sehr beeilt, diese Ideen in die Masse zu tragen, man müßte uns zügeln und zurückhalten!!! Oder wenn man uns sagt, „die Lage der Arbeiterklasse" dürfe nur „insoweit politisch beleuchtet werden, als in jedem einzelnen Fall Anlaß dazu vorhanden ist", als ob die alltäg-

lichsten, in Massen überall anzutreffenden Tatsachen aus dem Arbeiterleben nicht „Anlässe" für politische Agitation böten?!

Das Bestreben, die politische Agitation in jedem einzelnen Fall auf vorhandene Anlässe zu beschränken, ist entweder sinnlos oder widerspiegelt lediglich das Bestreben, einen Schritt zurück in Richtung auf das „Credo" und die „Rabotschaja Mysl" zu tun, das Bestreben, den ohnehin allzu engen Rahmen unserer propagandistischen und agitatorischen Tätigkeit noch mehr einzuengen. Man wird uns vielleicht weiter entgegenhalten, die Arbeiter*massen* verstünden noch nicht die Idee des politischen Kampfes, eine Idee, die nur für einzelne entwickeltere Arbeiter faßlich sei. Auf diesen Einwand, den wir von den „jungen" russischen Sozialdemokraten so häufig zu hören bekommen, antworten wir, erstens, daß die Sozialdemokratie stets und überall die Vertreterin der klassenbewußten und nicht der nicht klassenbewußten Arbeiter war und *nichts anderes sein kann*, daß es nichts Gefährlicheres und Verbrecherischeres geben kann als das demagogische Liebäugeln mit der mangelnden Entwicklung der Arbeiter. Wenn wir das zum Kriterium unserer Tätigkeit machen wollen, was für die breiteste Masse sofort, unmittelbar und im höchsten Grade faßlich ist, so müssen wir den Antisemitismus predigen oder, sagen wir, auf dem Boden einer Adresse an den Pater Johann von Kronstadt[95] Agitation treiben.

Es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, das politische Bewußtsein der Massen zu entwickeln und nicht hinter der politisch rechtlosen Masse einherzutraben; zweitens — und das ist die Hauptsache — ist es falsch, daß die Massen die Idee des politischen Kampfes nicht verstehen. Auch der einfachste Arbeiter wird diese Idee verstehen, unter der Voraussetzung natürlich, daß der Agitator oder Propagandist es versteht, so an ihn heranzutreten, daß er ihm diese Idee vermittelt, daß er sie ihm in verständlicher Sprache und gestützt auf ihm bekannte Tatsachen des täglichen Lebens zu erklären weiß. Aber diese Voraussetzung ist ja auch für die Erklärung der Bedingungen des ökonomischen Kampfes notwendig: auch auf diesem Gebiet ist ein einfacher Arbeiter aus den unteren und mittleren Schichten der Masse nicht imstande, sich die allgemeine Idee des ökonomischen Kampfes zu eigen zu machen; diese Idee machen sich einige wenige gebildete Arbeiter zu eigen, denen die vom Instinkt und vom unmittelbaren nächsten Interesse geleitete Masse folgt.

Ebenso auch auf dem Gebiet der Politik: die allgemeine Idee des politischen Kampfes wird sich natürlich nur ein gebildeter Arbeiter zu eigen machen, dem die Masse folgt, weil diese sehr gut ihre politische Rechtlosigkeit fühlt (wie das Kiewer Komitee an einer Stelle seiner „Profession de foi“ zugibt) und weil die unmittelbarsten tagtäglichen Interessen sie ständig mit allen möglichen Erscheinungsformen der politischen Unterjochung zusammenstoßen lassen. In keiner einzigen politischen oder sozialen Bewegung, in keinem einzigen Land hat es jemals ein anderes Verhältnis zwischen der Masse der betreffenden Klasse oder des Volkes und den an Zahl geringen gebildeten Vertretern der Klasse oder des Volkes gegeben und konnte es auch nicht geben als nur dies eine: die Führer einer bestimmten Klasse sind stets und überall ihre fortgeschrittenen, ihre gebildetsten Vertreter. Auch in der russischen Arbeiterbewegung kann es nicht anders sein. Und deshalb muß die Ignorierung der Interessen und der Bedürfnisse dieser fortgeschrittenen Arbeiterschicht, das Bestreben, bis zum Fassungsvermögen der unteren Schichten *hinabzusteigen* (anstatt das Bewußtsein der Arbeiter ständig auf ein höheres Niveau zu *heben*) notwendigerweise die allerschädlichste Wirkung ausüben und den Boden dafür vorbereiten, daß in die Arbeiterschaft alle möglichen nicht sozialistischen und nicht revolutionären Ideen eindringen.

Um die Untersuchung der vom Kiewer Komitee vertretenen Ansichten über den politischen Kampf abzuschließen, [füge ich folgendes hinzu]. In einer äußerst seltsamen und gleichzeitig für die ganze „Profession de foi“ äußerst charakteristischen Weise betrachtet das Komitee, das es für unmöglich hält, im gegenwärtigen Augenblick die breiten Arbeitermassen zu politischen Aktionen aufzufordern, es als wünschenswert, *Teil*demonstrationen zu rein agitatorischem Zweck (und nicht zum Zweck der Einwirkung auf die Regierung) zu veranstalten, wenn die Anlässe hierzu den breiten Massen verständlich sind. Sozialisten rufen die Arbeiter auf, *nicht* auf die Regierung einzuwirken!!! Weiter geht's nimmer... Unbegreiflich ist nur, wie denn Demonstrationen möglich sind, die auf die Regierung *nicht* einwirken. Will man den Arbeitern empfehlen, innerhalb der vier Wände ihrer engen Behausungen zu demonstrieren und vorher die Türen zuzuschließen? oder will man vielleicht mit der geballten Faust in der Tasche demonstrieren? das allerdings wird bestimmt nicht die so schädliche und verderbliche „Einwirkung auf die Regierung“ haben! Was

„Teildemonstration" bedeutet, will uns gleichfalls nicht in den Kopf. Bedeutet das vielleicht: eine gewerkschaftliche Demonstration wegen ausschließlich gewerkschaftlicher Fragen (noch einmal: Was hat hiermit denn der Sozialismus zu tun?) oder vielleicht aus partiellen politischen Anlässen und nicht gegen das ganze politische System, gegen die Selbstherrschaft überhaupt? Aber wenn das der Fall ist, sind das dann nicht die reinsten Ideen des „Credo" und des äußersten Opportunismus, der äußersten Erniedrigung, der Verdunkelung des politischen Bewußtseins und der politischen Aufgaben der Arbeiterklasse? Wenn dem so ist, sollen wir dann nicht lieber das „geflügelte Wort" eines „jungen" hauptstädtischen Sozialdemokraten wiederholen: „Es ist verfrüht, die Selbstherrschaft unter den Arbeitern zu diskreditieren"?...

Äußerste Beschränktheit der Ansichten spricht aus der „Profession de foi" nicht nur in der Frage der „Politik". „Agitatorische Einwirkung auf die Masse", so lesen wir, „kann sich gegenwärtig nur äußern erstens in der Förderung des ökonomischen Kampfes des Proletariats; deshalb nutzt das Komitee jeden Zusammenstoß der Arbeiter mit den Unternehmern oder jeden größeren Mißbrauch von seiten der Unternehmer aus, um sich mit einem Aufruf an die Arbeiter zu wenden, den Arbeitern ihre Lage zu erklären, sie zum Protest aufzufordern, bei Streiks die Führerrolle zu übernehmen, ihre Forderungen zu formulieren, die besten Wege zu ihrer Durchsetzung zu weisen und mit all dem in der Arbeiterklasse das Selbstbewußtsein zu entwickeln" und — weiter nichts; mehr wird uns über den ökonomischen Kampf nicht gesagt. Und das ist eine profession de foi! Man lese diese Stellen noch einmal aufmerksam durch: es ist wiederum die Sprache des „Credo" und sind die Gedanken des „Credo" (wodurch ein übriges Mal der schwere Irrtum der Redaktion des „Rabotscheje Delo" illustriert wird, die beharrlich versucht, die Ansichten der „jungen Ökonomisten" zu verschleiern, und in ihnen nur eine Abweichung einzelner Personen sehen möchte).

*Einem Sozialisten dient der ökonomische Kampf als Basis für die Organisierung der Arbeiter zu einer revolutionären Partei, für die Zusammenfassung und Weiterentwicklung ihres Klassenkampfes gegen die ganze kapitalistische Ordnung.* Nimmt man jedoch den ökonomischen Kampf als etwas sich selbst Genügendes, so gibt es in ihm nichts Sozialistisches, und die Erfahrungen aller europäischen Länder zeigen uns eine Masse

von Beispielen nicht nur sozialistischer, sondern auch antisozialistischer Gewerkschaftsverbände.

Die Aufgabe eines bürgerlichen Politikers ist es, „den ökonomischen Kampf des Proletariats zu fördern", die Aufgabe eines Sozialisten ist es, dafür zu sorgen, daß der ökonomische Kampf die sozialistische Bewegung fördert und die Erfolge der revolutionären Arbeiterpartei mehrt. Die Aufgabe eines Sozialisten ist es, die unauflösbare Verschmelzung des ökonomischen und des politischen Kampfes zum einheitlichen Klassenkampf der sozialistischen Arbeitermassen zu fördern. Somit öffnen die verschwommenen Ausdrücke der „Profession de foi" des Kiewer Komitees den Bernsteinschen Ideen Tür und Tor und legalisieren eine unzulässig engstirnige Einstellung zum ökonomischen Kampf.

Die agitatorische Einwirkung auf die Masse muß in breitester, sowohl ökonomischer als auch politischer Agitation bei allen Anlässen und zu allen Erscheinungsformen jeder Art von Unterdrückung bestehen, in einer Agitation, die wir benützen müssen, um eine immer größere Anzahl von Arbeitern in die Reihen der revolutionären Sozialdemokratischen Partei hineinzuziehen, um den politischen Kampf in allen erdenklichen Erscheinungsformen zu begünstigen, um diesen Kampf aus seinen spontanen Formen hinüberzuleiten in die Form des Kampfes einer einheitlichen politischen Partei. Die Agitation muß somit als *Mittel* zur weiten Verbreitung des politischen Protestes und höher organisierter Formen des politischen Kampfes dienen. Gegenwärtig ist der Rahmen unserer Agitation zu eng, der Kreis der von ihr berührten Fragen zu begrenzt, und unsere Pflicht ist es, nicht diese Enge zum Gesetz zu erheben, sondern danach zu streben, uns von ihr frei zu machen, danach zu streben, unsere agitatorische Tätigkeit zu vertiefen und zu erweitern.

In der von uns untersuchten „Profession de foi" führt diese Enge nicht nur zu den oben festgestellten theoretischen Verirrungen, sondern auch zur Einengung der praktischen Aufgaben. Eine solche Einengung ist in dem Wunsch zu erkennen, „eine Untersuchung der Lage der Arbeiter in den örtlichen Fabriken und Werken mittels Fragebogen und anderer Methoden zur nächsten dringenden Aufgabe zu machen". Gegen Fragebogen überhaupt, die ein notwendiges Zubehör der Agitation sind, können wir natürlich nichts einwenden, aber sich mit einer Untersuchung befassen heißt die ohnehin spärlichen revolutionären Kräfte unproduktiv verausgaben.

Vieles könnte ja auch aus unseren legalen Untersuchungen geschöpft werden. Zur nächsten dringenden Aufgabe sollte die Erweiterung der Agitation und der Propaganda (besonders der politischen) gemacht werden, um so mehr, als der schöne Brauch, selbständige Korrespondenzen an die sozialistischen Zeitungen einzusenden, der jetzt unter unseren Arbeitern Verbreitung findet, für Material in ausreichender Menge sorgt.

Eine noch größere Einengung ist darin zu erkennen, daß in der Frage der Kassen nur „gewerkschaftliche Streik"kassen als wünschenswert bezeichnet werden und kein Wort darüber gesagt wird, daß diese Kassen in die Sozialdemokratische Partei eingegliedert werden müssen, daß sie dem politischen Kampf dienen müssen.

Unsere konspirativen Kassen allein auf ökonomischer Tätigkeit beschränken ist ein für die Autoren des „Credo" natürliches Bestreben, unverständlich aber ist es in der „Profession de foi" eines Komitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

In der Frage der legalen Vereinigungen sind die Thesen der „Profession de foi" nicht weniger eng, sie bringen genauso das Bestreben zum Ausdruck, Konzessionen an die berüchtigte Bernsteiniade zu machen; wenn ein Komitee der Sozialdemokratischen Partei die Gründung von Kassen fördert, so heißt das wiederum, Kräfte verzetteln und die Grenze zwischen der reinen Kulturarbeit und der revolutionären Arbeit verwischen; eine revolutionäre Partei kann und muß sich die legalen Vereinigungen zur Stärkung und Konsolidierung *ihrer* Arbeit, als Stätten für die Agitation, als praktischen Deckmantel für Verbindungen usw. und dgl. mehr zunutze machen — weiter aber auch nichts. Die Kräfte der Sozialisten dazu zu verwenden, die Entstehung von Vereinigungen zu fördern, ist in höchstem Maße unrationell; diesen Vereinigungen eine selbständige Bedeutung beizumessen, ist unrichtig; zu glauben, in legalen Vereinigungen sei „völlige Unabhängigkeit von der Beteiligung und dem Druck der Unternehmer" möglich, ist einfach lächerlich.

Schließlich hat sich auch auf die organisatorischen Pläne des Kiewer Komitees die Enge seiner Ansichten und ihre spezifische Besonderheit ausgewirkt. Darin allerdings sind wir mit dem Kiewer Komitee durchaus einverstanden, daß es nicht an der Zeit ist, sofort die Wiederherstellung der Partei zu proklamieren und ein neues ZK zu wählen, aber die Meinung vom „unmittelbar ökonomischen Charakter der Bewegung", die Meinung,

das russische Proletariat sei „für politische Agitation noch nicht geschult", halten wir für absolut irrig. Falsch wäre es auch, abzuwarten, bis „die lokalen Gruppen erstarken, zahlenmäßig wachsen, ihre Verbindungen mit der Arbeiterschaft festigen" — eine solche Erstarkung führt häufig zu einem sofortigen Hochgehen.

Nein, wir müssen unverzüglich das Vereinigungswerk in Angriff nehmen und es mit dem literarischen Zusammenschluß beginnen, mit der Schaffung eines gemeinsamen russischen Organs, das versuchen muß, die Wiederherstellung der Partei vorzubereiten, indem es als Organ für ganz Rußland dient, allerorts Korrespondenzen und Materialien von den Zirkeln einholt, Platz für die Erörterung von Streitfragen einräumt, den Rahmen unserer Propaganda und Agitation erweitert, den organisatorischen Fragen, den taktischen und technischen Methoden der Arbeit besondere Aufmerksamkeit widmet, allen Bedürfnissen der entwickeltsten Arbeiter gerecht wird und die Entwicklung der unteren Schichten des Proletariats (die durch Arbeiterkorrespondenzen und dgl. mehr heranzuziehen sind) ständig fördert, damit sie an der sozialistischen Bewegung und am politischen Kampf immer bewußter teilnehmen.

Nur auf diese Weise können unserer Überzeugung nach die realen Bedingungen für den Zusammenschluß und die Wiedererrichtung der Partei vorbereitet werden, und nur die direkte und offene Polemik gegen den engen „Ökonomismus" und die immer mehr Verbreitung findenden Bernsteinschen Ideen kann eine richtige Entwicklung der russischen Arbeiterbewegung und der russischen Sozialdemokratie sichern.

*Geschrieben Ende 1899.*
*Zuerst veröffentlicht 1928 im Lenin-Sammelband VII.*

*Nach einer Abschrift von unbekannter Hand.*

# ÜBER GEWERBEGERICHTE

Gewerbegerichte heißen Gerichte, die sich aus gewählten Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer (in der Industrie Fabrikanten) zusammensetzen und über die Angelegenheiten und Streitfälle verhandeln, die sich so häufig aus den Einstellungsbedingungen, aus der Festsetzung des Lohns für gewöhnliche Arbeit und für Überstundenarbeit, aus bestimmungswidrigen Arbeiterentlassungen, aus Entschädigungsansprüchen für Materialfehler, aus unrichtiger Auferlegung von Geldstrafen usw. usw. ergeben. In den meisten westeuropäischen Staaten bestehen solche Gerichte, in Rußland nicht, und wir wollen untersuchen, welche Vorteile sie den Arbeitern bringen und weshalb es wünschenswert ist, Gewerbegerichte zu schaffen neben den gewöhnlichen Gerichten, in denen ein einziger, von der Regierung ernannter oder von den besitzenden Klassen gewählter Richter ohne irgendwelche von Unternehmern und Arbeitern gewählte Vertreter Recht spricht.

Der erste Vorteil eines Gewerbegerichts besteht darin, daß Arbeiter viel leichter zu ihm Zutritt haben. Um vor einem gewöhnlichen Gericht eine Klage anzustrengen, muß man ein Gesuch schreiben (zu diesem Zweck hat man häufig einen Advokaten in Anspruch zu nehmen), muß man Gebühren erlegen, muß man lange auf die Termine warten, muß man für die Zeit der Gerichtsverhandlung die Arbeit versäumen, müssen die Zeugen von der Arbeit weggeholt werden, muß man nachher wieder warten, bis die Sache auf Grund einer Beschwerde der unzufriedenen Prozeßpartei an einen höheren Gerichtshof gelangt, wo sie noch einmal neu entschieden wird. Kein Wunder, daß sich die Arbeiter so ungern an die ordentlichen Gerichte wenden! Die Gewerbegerichte dagegen bestehen

aus Unternehmern und Arbeitern, die zu Richtern gewählt worden sind. Seinem gewählten Kollegen die Beschwerde mündlich auseinanderzusetzen ist für einen Arbeiter durchaus nicht schwer. Die Gewerbegerichte tagen gewöhnlich an Feiertagen oder überhaupt zu einer Zeit, wo die Arbeiter frei sind, also ihre Arbeit nicht zu unterbrechen brauchen. Auch werden die Streitfälle vor den Gewerbegerichten bedeutend schneller verhandelt.

Der zweite Vorteil der Gewerbegerichte für die Arbeiter besteht darin, daß die hier tätigen Richter von Fabrik- und Werkangelegenheiten bedeutend mehr verstehen, daß die Richter außerdem nicht fremde Beamte, sondern Leute aus dem Ort sind, die die Lebensbedingungen der Arbeiter und die Bedingungen der lokalen Produktion kennen, wobei die Hälfte der Richter Arbeiter sind, die zu einem Arbeiter stets gerecht sein werden und ihn nicht als Trunkenbold, Frechling oder Dummkopf ansehen (wie das zum größten Teil von beamteten Richtern getan wird, die von der Klasse der Bourgeoisie, der Klasse der Besitzenden gestellt werden und fast stets ihre Verbindungen mit der bürgerlichen Gesellschaft, mit Fabrikanten, Direktoren, Ingenieuren, aufrechterhalten, von den Arbeitern jedoch wie durch eine chinesische Mauer getrennt sind). Die beamteten Richter sind am meisten darauf bedacht, daß die Angelegenheit auf dem Papier glatt geht: daß nur ja in den Papieren alles in Ordnung ist, alles andere kümmert den Beamten nicht, der lediglich bestrebt ist, sein Gehalt zu bekommen und sich bei seinen Vorgesetzten beliebt zu machen. Das ist der Grund, weshalb es in den Beamtengerichten stets eine so unerhört langwierige Papierwirtschaft, so viel Prozessiererei und spitzfindige Rechtsverdrehung gibt: ist irgend etwas nicht richtig zu Papier gebracht, ist etwas nicht zum richtigen Zeitpunkt zu Protokoll genommen worden — so ist es aus mit der Sache, wie gerecht sie auch gewesen sein mochte. Die gewählten Vertreter der Fabrikanten und der Arbeiter haben, wenn sie Richter sind, gar keine Veranlassung, die Entscheidungen durch langwierige Schreibereien zu verschleppen: sie dienen nicht des Gehalts wegen, sie hängen nicht von beamteten Schmarotzern ab. Sie sind nicht darauf versessen, einen noch besseren Posten zu ergattern, sondern bemüht, die Streitigkeiten zu schlichten, die die Fabrikanten hindern, ihre Produktion ohne Stockung zu betreiben, die die Arbeiter hindern, ruhig ihre Arbeit fortzusetzen und die Schikanen und ungerechten Kränkungen von seiten

der Unternehmer weniger fürchten zu müssen. Außerdem aber muß man, um den Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern auf den Grund gehen zu können, das Fabrikleben aus eigener Erfahrung gut kennen. Der beamtete Richter wirft einen Blick in die Arbeitsordnung, liest eine Bestimmung vor — und weiter will er nichts hören: die Bestimmung ist verletzt, sagt er einfach, also trage die Folgen, alles andere interessiert mich nicht. Die von Unternehmern und Arbeitern gewählten Richter aber schauen nicht nur auf die Papiere, sondern auch darauf, wie es im Leben zugeht. Manchmal steht doch so eine Bestimmung friedlich auf dem Papier, während es in der Praxis ganz anders zugeht. Ein beamteter Richter kann, selbst wenn er möchte, selbst wenn er die Fälle mit aller Aufmerksamkeit untersucht, häufig nicht begreifen, worum es eigentlich geht, weil er nicht weiß, was Brauch ist, die Methoden der Lohnberechnung nicht kennt, weil er nicht weiß, mit welchen Methoden die Meister häufig den Arbeiter unter Druck setzen, auch ohne die Bestimmungen und den Tarif zu verletzen (beispielsweise Zuweisung einer anderen Arbeit, Lieferung anderen Materials usw. usf.). Gewählte Richter, die selber arbeiten oder selber mit Fabrikangelegenheiten zu tun haben, finden sich in allen diesen Fragen sofort zurecht, sie begreifen leicht, was der Arbeiter eigentlich will, sie sind nicht nur auf die Einhaltung der Bestimmungen bedacht, sondern auch darauf, alles so zu regeln, daß der Arbeiter nicht unter Umgehung der Bestimmungen benachteiligt werden kann, daß es auch keine Anlässe für Betrug und Willkür gibt. Da brachten die Zeitungen vor kurzem eine Meldung, wonach Mützenmacher auf eine Klage des Unternehmers hin beinahe wegen Diebstahls verurteilt worden wären — sie hatten Mützenstoffabfälle für sich verbraucht; es war gut, daß sich ehrliche Anwälte fanden, die Erkundigungen einzogen und den Beweis führten, daß das in diesem Gewerbe so Brauch ist und daß die Arbeiter nicht nur keine Diebe sind, sondern daß sie überhaupt keinerlei Vorschrift verletzt haben. Nun ist es aber doch so, daß ein gewöhnlicher, einfacher Arbeiter, der einen ganz niedrigen Lohn erhält, fast niemals an einen guten Anwalt herankommt, und deshalb fällen die beamteten Richter, wie jeder Arbeiter weiß, in Arbeiterangelegenheiten so häufig äußerst harte, ja sinnlos harte Urteile. Von beamteten Richtern ist niemals volle Gerechtigkeit zu erwarten: wir haben bereits gesagt, daß diese Richter zur Bourgeoisklasse gehören und in ihrer Voreingenommenheit von

vornherein alles glauben, was der Fabrikant sagt, während sie den Worten des Arbeiters keinen Glauben schenken. Der Richter schlägt im Gesetz nach: persönlicher Anstellungsvertrag (eine bestimmte Person wird gegen Lohn eingestellt, um für einen anderen etwas herzustellen oder ihm Dienste zu leisten). Ihm ist es ganz einerlei, ob ein Ingenieur, ein Arzt, ein Fabrikdirektor von einem Fabrikanten engagiert wird oder ob ein ungelernter Arbeiter eingestellt wird; der Richter denkt (infolge seiner papierenen Seele und seiner bürgerlichen Stumpfsinnigkeit), der ungelernte Arbeiter müsse seine Rechte ebensogut kennen und es verstehen, alles Erforderliche vertraglich auszubedingen, wie ein Direktor, ein Arzt, ein Ingenieur. Das Gewerbegericht aber besteht (zur Hälfte) aus Richtern, die von den Arbeitern gewählt worden sind und sehr gut verstehen, daß sich ein neu eingestellter oder junger Arbeiter in der Fabrik oder im Kontor häufig wie in einem finsteren Walde vorkommt und sich gar nicht bewußt ist, einen „freien Vertrag" zu schließen, worin er alle für ihn wünschenswerten Bedingungen „vorsehen" kann. Nehmen wir als Beispiel nur folgenden Fall: Ein Arbeiter will sich über ungerechte Anrechnung von Ausschußarbeit oder über Geldstrafen beschweren. Es ist gar nicht daran zu denken, eine solche Beschwerde bei einem beamteten Richter oder bei einem beamteten Fabrikinspektor anbringen zu können. Der Beamte wird stets dasselbe erklären, das *Gesetz* räume dem Fabrikanten das Recht ein, den Arbeitern Geldstrafen aufzuerlegen und schlechte Arbeit als Ausschußarbeit zu bezeichnen, und es sei nun schon Sache des Fabrikanten, zu bestimmen, wann die Arbeit schlecht ist und wann die Schuld den Arbeiter trifft. Deshalb gehen auch die Arbeiter mit derartigen Klagen so selten vor Gericht: sie dulden die Übergriffe, dulden und treten schließlich, wenn der Kelch ihrer Leiden voll ist, in Streik. Gäbe es unter den Richtern aber gewählte Vertreter der Arbeiter, so wäre es für die Arbeiter unvergleichlich leichter, in solchen Angelegenheiten ebenso wie in allen, auch den kleinsten betrieblichen Streitigkeiten und Ungerechtigkeiten Recht und Schutz zu finden. Einem reichen beamteten Richter scheint es ja, als ob solche Kleinigkeiten keiner Beachtung wert wären (eine Kleinigkeit wie heißes Wasser zum Teeaufbrühen oder die Anordnung, eine Maschine noch einmal zu reinigen, oder etwas Ähnliches), für den Arbeiter aber sind dies durchaus keine Kleinigkeiten; nur die Arbeiter selbst können beurteilen, welche Menge von Schikanen, Kränkungen und Erniedrigun-

gen manchmal durch kleinste, auf den ersten Blick unbedeutende, harmlose Bestimmungen und Vorschriften in den Fabriken verursacht werden.

Der dritte Vorteil der Gewerbegerichte für die Arbeiter ist der, daß die Arbeiter in ihnen und durch sie lernen, sich mit den Gesetzen vertraut zu machen. Gewöhnlich kennen die Arbeiter (in ihrer Masse) die Gesetze nicht und können sie nicht kennen, obgleich Beamte und beamtete Richter sie nichtsdestoweniger wegen Unkenntnis der Gesetze mit Strafen belegen. Wenn der Arbeiter, den ein Beamter auf das Gesetz hinweist, zur Antwort gibt, er habe das Gesetz nicht gekannt, so wird der Beamte (oder Richter) entweder lachen oder schimpfen: „Niemand hat das Recht, sich mit Unkenntnis des Gesetzes zu entschuldigen" — so heißt es im russischen Grundgesetz. Jeder Beamte und Richter *setzt* deshalb *voraus*, daß jeder Arbeiter die Gesetze kennt. Diese Voraussetzung aber ist doch eine bürgerliche Lüge, eine von den Besitzenden und Kapitalisten gegen die Nichtbesitzenden fabrizierte Lüge, genauso eine Lüge wie die Annahme, der Arbeiter schließe mit dem Unternehmer einen „freien Vertrag". In Wirklichkeit hat ein Arbeiter, der von Kindheit an in die Fabrik geht, nachdem er kaum lesen und schreiben gelernt hat (und sehr, sehr viele haben gar nicht die Möglichkeit, lesen und schreiben zu lernen!), keine Zeit, die Gesetze kennenzulernen, er hat niemand, der sie ihm erklärt, und die Sache wäre für ihn wohl auch zwecklos — denn die Gesetze bringen dem Arbeiter wenig Nutzen, wenn sie von Beamten, die der Bourgeoisie entstammen, angewendet werden, ohne daß der Arbeiter gefragt wird! Die bürgerlichen Klassen, die die Arbeiter beschuldigen, die Gesetze nicht zu kennen, haben selber rein gar nichts getan, um den Arbeitern den Erwerb solcher Kenntnisse zu erleichtern, und deshalb sind in Wirklichkeit nicht so sehr die Arbeiter als vielmehr ihre Ausbeuter, die alles Eigentum besitzen, von fremder Arbeit leben und Bildung und Wissenschaft ganz für sich allein haben wollen, an der Gesetzesunkenntnis der Arbeiter schuld. Keine Schule und keine Bücher werden und können den Arbeitern Gesetzeskenntnisse vermitteln, weil nur sehr, sehr wenige Arbeiter aus der Masse der vom Kapital niedergehaltenen Millionen des werktätigen Volkes Bücher lesen können, weil die Schule aus dem gleichen Grunde ebenfalls nur von wenigen besucht wird, und auch die, die Schulunterricht erhalten haben, größtenteils nur lesen, schreiben und rechnen können; das aber reicht nicht aus, wenn es gilt, sich auf einem so

komplizierten und schwierigen Gebiet wie die russischen Gesetze zurechtzufinden. Die Arbeiter können mit den Gesetzen nur dann vertraut werden, wenn sie selber Gelegenheit haben, diese Gesetze anzuwenden und eine nach diesen Gesetzen geführte Gerichtsverhandlung zu hören und zu sehen. Sie könnten beispielsweise die Gesetze besser kennen, wenn Arbeiter zu Geschworenen ernannt würden (wobei die Fabrikanten verpflichtet werden müßten, ihnen für die Tage, die sie bei Gericht zubringen, den bisherigen Lohn weiterzuzahlen), aber in der bürgerlichen Gesellschaft ist es so eingerichtet, daß nur Menschen aus der besitzenden Klasse (und außerdem Bauern, die durch „öffentlichen Dienst", d. h. praktisch durch Dienst in unteren Polizeistellen, abgerichtet worden sind) Geschworene sein können; die Besitzlosen dagegen, die Proletarier, müssen sich einem fremden Gericht unterwerfen; selbst Richter zu sein haben sie kein Recht! Wenn Gewerbegerichte geschaffen werden, so wählen die Arbeiter selbst Kollegen aus ihrer Mitte zu Richtern, und diese Wahlen werden in bestimmten Zeitabständen wiederholt; auf diese Weise wenden gewählte Vertreter der Arbeiter selbst die Gesetze an und erhalten die Möglichkeit, sich in der Praxis mit ihnen vertraut zu machen, das heißt nicht nur die in einem Buch abgedruckten Gesetze durchzulesen (dies bedeutet ja bei weitem noch nicht, mit den Gesetzen vertraut werden), sondern sich auch in der Praxis davon zu überzeugen, auf welche Fälle und wie diese oder jene Gesetze angewandt werden und wie sie sich auf die Arbeiter auswirken. Ferner aber ist es nach Einführung von Gewerbegerichten nicht nur den zu Richtern gewählten, sondern auch den übrigen Arbeitern viel leichter, die Gesetze kennenzulernen, weil ein Arbeiter mit einem Richter aus der Mitte seiner Kollegen stets leicht sprechen und die nötigen Auskünfte von ihm erhalten kann. Da Arbeiter zu einem Gewerbegericht leichter Zugang finden als zu einem Beamtengericht, so wird es von den Arbeitern unvergleichlich häufiger besucht, die Arbeiter hören die Verhandlung von Fällen, an denen Verwandte und Bekannte von ihnen beteiligt sind, und werden so mit den Gesetzen bekannt. Für einen arbeitenden Menschen aber ist es äußerst wichtig, nicht durch Bücher allein, sondern durch das Leben selbst die Gesetze kennenzulernen, damit er versteht, in wessen Interesse diese Gesetze geschrieben sind, in wessen Interesse die Leute handeln, die die Gesetze anwenden. Mit den Gesetzen vertraut geworden, wird jeder Arbeiter klar sehen, daß dies die Interessen der

besitzenden Klasse, der Eigentümer, der Kapitalisten, der Bourgeoisie, sind und daß die Arbeiterklasse niemals eine dauernde und grundlegende Verbesserung ihres Schicksals erreichen wird, solange sie sich nicht selbst das Recht erkämpft hat, eigene Vertreter zu wählen, die an der Abfassung von Gesetzen und an der Aufsicht über ihre Anwendung teilnehmen.

Weiter (viertens) besteht eine gute Seite der Gewerbegerichte darin, daß sie die Arbeiter daran gewöhnen, selbständigen Anteil an öffentlichen, staatlichen Angelegenheiten zu nehmen (denn das Gericht ist eine staatliche Institution, die Tätigkeit des Gerichts ist ein Teil der Staatsgeschäfte), daß sie die Arbeiter daran gewöhnen, ihre vernünftigsten, ehrlichsten und standhaft für die Sache der Arbeiter eintretenden Kollegen in Ämter zu wählen, in denen die Tätigkeit dieser Arbeiter der ganzen Arbeiterklasse sichtbar ist, in Ämter, in denen die Vertreter der Arbeiter die Nöte und Forderungen aller Arbeiter vorbringen können. Es liegt im Interesse der Kapitalistenklasse, im Interesse der ganzen Bourgeoisie, die Arbeiter in Unwissenheit und Zersplitterung zu belassen und möglichst rasch die Arbeiter zu entfernen, die klüger als die andern sind und sich ihres Verstands und ihrer Kenntnisse nicht bedienen, um Verräter an der Arbeitersache zu werden, um sich bei den Meistern, bei den Unternehmern und bei der Polizei beliebt zu machen, sondern sie dazu benutzen, auch den übrigen Arbeitern zu helfen, mehr Wissen zu erwerben und zu lernen, gemeinsam für die Arbeitersache einzutreten. Damit nun solche fortgeschrittenen Arbeiter, die für die Sache der Arbeiter so nötig sind, allen Arbeitern bekannt werden und ihr Vertrauen genießen, ist es sehr wichtig, daß alle die Tätigkeit eines solchen Arbeiters sehen, daß alle wissen, ob er es versteht, die wirklichen Nöte und Wünsche der Arbeiter zum Ausdruck zu bringen und für sie einzustehen. Könnten die Arbeiter also solche Menschen zu Richtern wählen, dann würden die Besten der Arbeiter allen bekannt sein, dann würden sie mehr Vertrauen genießen, und die Arbeitersache würde davon sehr großen Nutzen haben. Man sehe sich unsere Grundbesitzer, Industriellen und Kaufleute an: sie geben sich ja nicht damit zufrieden, daß jeder von ihnen zum Gouverneur oder zum Minister fahren und ihm seine Bitten vortragen kann; sie streben außerdem noch danach, daß von ihnen gewählte Vertreter auch im Gericht sitzen (Gerichte mit Ständevertretern) und direkt an der Verwaltung teilnehmen (z. B. von den Adligen gewählte Adelsmarschälle, Schulkuratoren usw.;

von den Kaufleuten gewählte Mitglieder der Fabrikkammern, Mitglieder von Börsen- und Messekomitees usw.). Die Arbeiterklasse in Rußland aber bleibt völlig rechtlos: man betrachtet sie als ein Lasttier, das für andere zu arbeiten und sonst zu schweigen hat, das nicht wagen darf, seine Nöte und seine Wünsche vorzubringen. Könnten die Arbeiter ständig Kollegen aus *ihrer Mitte in die Gewerbegerichte wählen, so erhielten sie wenigstens eine* gewisse Möglichkeit, an den öffentlichen Angelegenheiten teilzunehmen und nicht nur die Meinungen einzelner Arbeiter – einzelner Pjotrs, Sidors oder Iwans –, sondern die Meinungen und die Forderungen aller Arbeiter überhaupt vorzutragen. Dann würden die Arbeiter den Gerichten nicht mit dem Mißtrauen gegenüberstehen wie jetzt den Beamtengerichten: sie würden sehen, daß es dort Kollegen von ihnen gibt, die für sie eintreten.

Ferner (fünftens) besteht ein Vorteil der Gewerbegerichte für die Arbeiter darin, daß die Öffentlichkeit durch diese Gerichte mehr über die Fabrikangelegenheiten und alle sonstigen Vorfälle in den Fabriken erfährt. Heute sehen wir, daß sowohl die Fabrikanten als auch die Regierung mit allen Kräften bemüht sind, das, was in den Fabriken vorgeht, *vor der Öffentlichkeit geheimzuhalten: über Streiks darf nichts gedruckt* werden, die Berichte der Fabrikinspektoren über die Lage der Arbeiter werden gleichfalls nicht mehr veröffentlicht, man bemüht sich, alle Mißbräuche zu verschweigen und die Sache so rasch wie möglich „hinter verschlossenen Türen", auf dem Amtswege, abzumachen, alle Arbeiterversammlungen werden verboten. Kein Wunder, daß die Masse der Arbeiter häufig sehr schlecht darüber Bescheid weiß, was in anderen Fabriken, ja sogar in anderen Abteilungen der gleichen Fabrik geschieht. Gewerbegerichte, an die sich die Arbeiter häufig wenden könnten, vor denen außerhalb der Arbeitszeit und öffentlich, d. h. in Anwesenheit von Arbeiterpublikum, verhandelt werden würde, brächten den Arbeitern auch dadurch großen Nutzen, daß sie dazu beitragen würden, jeden Mißbrauch an die Öffentlichkeit zu bringen, und so den Arbeitern den Kampf gegen die verschiedenen Mißstände in den Fabriken erleichtern, daß sie die Arbeiter daran gewöhnen würden, nicht nur an die Zustände ihrer eigenen Fabrik allein, sondern auch an die Zustände in allen anderen Fabriken, an die Lage aller Arbeiter überhaupt zu denken.*

* Natürlich darf hierbei nicht vergessen werden, daß Gewerbegerichte nur eines der Mittel, nur einer der Wege, und bei weitem nicht der Hauptweg sind,

Schließlich darf noch ein weiterer Vorteil der Gewerbegerichte nicht mit Schweigen übergangen werden: Sie gewöhnen die Fabrikanten, Direktoren und Meister daran, die Arbeiter anständig, als gleichberechtigte Staatsbürger und nicht als Knechte, zu behandeln. Jeder Arbeiter weiß, wie häufig sich Fabrikanten und Meister eine empörend grobe Behandlung der Arbeiter, Beschimpfungen usw. erlauben. Sich hierüber zu beschweren ist für den Arbeiter schwer, und wehren kann er sich nur dort mit Erfolg, wo alle Arbeiter bereits ziemlich entwickelt sind und für einen Kollegen einzustehen wissen. Die Fabrikanten und Meister sagen, unsere Arbeiter seien unwissend und grob, deshalb müßten sie auch grob behandelt werden. In unserer Arbeiterklasse gibt es wirklich noch viele Spuren der Leibeigenschaft, wenig Bildung und viel Grobheit — das läßt sich nicht bestreiten. Aber wer ist hieran am meisten schuld? Schuld sind eben die Fabrikanten, die Meister, die Beamten, die sich den Arbeitern gegenüber benehmen wie Fronherren gegenüber Leibeigenen, die den Arbeiter nicht als einen ebenbürtigen Menschen anerkennen wollen. Die Arbeiter kommen mit einer höflichen Bitte oder Anfrage — aber überall werden sie mit Grobheiten, Beschimpfungen und Drohungen empfangen. Ist es da nicht klar, daß die Fabrikanten, wenn sie die Arbeiter der Grobheit zeihen, die Schuld von sich auf Unschuldige abwälzen? Die Gewerbegerichte würden unseren Ausbeutern rasch die Grobheit abgewöhnen: im Gericht säßen Arbeiter neben Fabrikanten als Richter, beide würden gemeinsam über die Fälle verhandeln und abstimmen. Die von den Fabrikanten bestellten Richter wären genötigt, die von den Arbeitern bestellten Richter als ihnen Gleichgestellte und nicht als Lohnsklaven anzusehen.

---

um an die Öffentlichkeit zu treten. Richtig und vollständig können das Fabrikleben, die Lage der Arbeiter und ihr Kampf nur durch freie Arbeiterzeitungen und freie Volksversammlungen, die alle Staatsangelegenheiten erörtern, der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht werden. Genauso ist auch die Vertretung der Arbeiter in den Gewerbegerichten nur eines der Mittel der Vertretung, und bei weitem nicht das Hauptmittel: eine wirkliche Vertretung der Interessen und Bedürfnisse der Arbeiter ist nur in einer vom ganzen Volke gewählten Vertretungskörperschaft (einem Parlament) möglich, die Gesetze erlassen und ihren Vollzug beaufsichtigen würde. Wir werden weiter unten noch davon sprechen, ob unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Rußland Gewerbegerichte möglich sind.

Vor Gericht würden als streitende Parteien und Zeugen sowohl Fabrikanten als auch Arbeiter stehen; die Fabrikanten würden sich daran gewöhnen, ordentliche Verhandlungen mit den Arbeitern zu führen. Dies ist für die Arbeiter sehr wichtig, weil solche Verhandlungen heute äußerst selten zustande kommen: der Fabrikant will einfach nichts davon wissen, daß die Arbeiter ihre Deputierten wählen, so bleibt den Arbeitern nur ein einziger Verhandlungsweg: der Streik, und dies ist ein schwieriger, ja häufig sehr schwerer Weg. Ferner, wenn unter den Richtern auch Arbeiter wären, dann könnten die Arbeiter ungehindert mit Klagen über grobe Behandlung vor Gericht gehen. Die von den Arbeitern bestellten Richter würden stets für sie Partei ergreifen, und die gerichtliche Vorladung eines Fabrikanten oder Meisters wegen Grobheit würde diesen schon die Lust austreiben, sich frech oder anmaßend zu benehmen.

Somit sind die Gewerbegerichte, die zu gleichen Teilen aus gewählten Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter bestehen, für die Arbeiter von sehr großer Bedeutung und bringen ihnen viel Nutzen: die Arbeiter kommen an sie viel leichter heran als an die gewöhnlichen Gerichte, hier gibt es weniger Bürokratismus und Papierwirtschaft, hier kennen die Richter die Bedingungen des Fabriklebens und urteilen gerechter. Sie machen die Arbeiter mit den Gesetzen bekannt, sie gewöhnen die Arbeiter daran, eigene Vertreter zu wählen und an den Staatsgeschäften teilzunehmen, sie sorgen dafür, daß die Öffentlichkeit mehr von den Verhältnissen in den Fabriken und von der Arbeiterbewegung erfährt, sie gewöhnen die Fabrikanten daran, die Arbeiter anständig zu behandeln und ordentliche Verhandlungen mit den Arbeitern wie mit Gleichgestellten zu führen. Kein Wunder daher, daß die Arbeiter in allen europäischen Ländern die Einführung von Gewerbegerichten fordern, daß sie verlangen, solche Gerichte solle es nicht nur für die Arbeiter in den Fabriken und Werken geben (die Deutschen und Franzosen haben derartige Gerichte bereits), sondern auch für die Arbeiter, die zu Hause für Kapitalisten arbeiten (Kustare), und für die Landarbeiter. Von der Regierung ernannte Beamte (*sowohl Richter als auch Fabrikinspektoren*) können *niemals* Institutionen ersetzen, an denen die *Arbeiter selbst teilnehmen*: Dies braucht nach allem, was wir oben gesagt haben, nicht mehr erläutert zu werden. Jeder Arbeiter weiß überdies auch selbst aus eigener Erfahrung, was er von Beamten zu erwarten hat; jeder Arbeiter wird ausgezeichnet

verstehen, daß es Lug und Trug ist, wenn man ihm sagt, die Beamten verstünden es nicht schlechter, für die Arbeiter zu sorgen, als von den Arbeitern selbst gewählte Vertreter. Ein solcher Betrug ist sehr vorteilhaft für eine Regierung, deren Willen es ist, daß die Arbeiter auch weiter unwissende, rechtlose und stumme Sklaven der Kapitalisten bleiben, und deshalb bekommt man auch so oft diese verlogenen Versicherungen von Beamten oder von Schriftstellern zu hören, die die Fabrikanten und die Regierung in Schutz nehmen.

Die Notwendigkeit von Gewerbegerichten und ihr Nutzen für die Arbeiter liegen so klar auf der Hand, daß dies *selbst russische Beamte* längst zugegeben haben. Freilich ist das so lange her, daß es viele vergessen haben! Das war damals, als unsere Bauern von der Leibeigenschaft befreit wurden (im Jahre 1861, vor mehr als 38 Jahren). Etwa um diese Zeit beschloß die russische Regierung, auch die Gesetze über die Handwerker und Fabrikarbeiter durch neue zu ersetzen: schon damals war es allzu klargeworden, daß nach der Freilassung der Bauern die alten Arbeitergesetze nicht in Kraft bleiben konnten; als diese alten Gesetze ausgearbeitet wurden, waren viele Arbeiter Leibeigene. So setzte die Regierung denn eine aus mehreren Beamten bestehende Kommission ein, die den Auftrag erhielt, die in Deutschland und Frankreich (sowie in anderen Ländern) geltenden Fabrikarbeitergesetze zu studieren und einen Entwurf für die Änderung der russischen Handwerker- und Fabrikarbeitergesetze auszuarbeiten. Der Kommission gehörten sehr gewichtige Persönlichkeiten an. Trotzdem aber machten sie sich an die Arbeit und ließen ganze fünf Bände drucken, in denen sie die ausländischen Gesetze darlegten und ein neues Gesetz für Rußland vorschlugen. Diesem von der Kommission vorgeschlagenen Gesetz zufolge *sollten Gewerbegerichte mit von Fabrikanten und Arbeitern zu gleichen Teilen gewählten Richtern eingeführt werden.* Veröffentlicht wurde dieser Entwurf im Jahre 1865, d. h. vor 34 Jahren. Nun, und was ist mit diesem Gesetzentwurf geschehen? wird der Arbeiter fragen. Weshalb hat denn nun die Regierung, die selber diesen Beamten den Auftrag gab, die notwendigen Abänderungen zu entwerfen, in Rußland keine Gewerbegerichte eingeführt?

Unsere Regierung ist mit dem Entwurf dieser Kommission ebenso verfahren, wie sie stets mit allen für das Volk und für die Arbeiter auch nur einigermaßen vorteilhaften Entwürfen verfährt. Die Regierung zahlte den

Beamten Gehälter für ihre Mühen zum Wohle des Zaren und des Vaterlands; den Beamten wurden Orden um den Hals gehängt, höhere Ränge verliehen und noch einträglichere Posten zugeschanzt. Den von ihnen verfaßten Entwurf aber legte man seelenruhig „in das unterste Schubfach", wie man in den Kanzleien zu sagen pflegt. Dort liegt dieser Entwurf bis auf den heutigen Tag. Die Regierung denkt gar nicht mehr daran, den Arbeitern das Recht zu geben, Kollegen aus ihrer Mitte, Arbeiter, in Gewerbegerichte zu wählen.

Aber man kann doch nicht sagen, daß sich die Regierung seitdem kein einziges Mal der Arbeiter erinnert hat. Allerdings hat sie sich ihrer nicht aus freien Stücken erinnert, sondern ausschließlich unter dem Druck bedrohlicher Arbeiterunruhen und Streiks, aber immerhin hat sie sich ihrer erinnert. Sie hat Gesetze erlassen über das Verbot der Kinderarbeit in den Fabriken, über das Verbot der Nachtarbeit für Frauen in bestimmten Produktionszweigen, über die Verkürzung des Arbeitstags und die Ernennung von Fabrikinspektoren. Wie diese Gesetze auch verklausuliert sein mögen, wie viele Schlupflöcher sie den Fabrikanten auch lassen, um die Gesetze zu verletzen und zu umgehen, einen gewissen, geringen Nutzen bringen sie dennoch. Weshalb also hat die Regierung es vorgezogen, keine Gewerbegerichte einzuführen, obgleich ein solches Gesetz schon längst ausgearbeitet war, sondern neue Gesetze und neue Beamte — die Fabrikinspektoren — einzuführen? Der Grund hierfür ist absolut klar, und für die Arbeiter ist es sehr wichtig, diesen Grund restlos zu begreifen, weil sie an diesem Beispiel die ganze Politik der russischen Regierung gegenüber der Arbeiterklasse verstehen können.

Die Regierung hat neue Beamte eingesetzt, anstatt Gewerbegerichte zu schaffen, weil Gewerbegerichte das Bewußtsein der Arbeiter entwickelt, in ihnen das Bewußtsein ihrer Rechte, ihrer Menschen- und Bürgerwürde gehoben hätten, weil sie sie daran gewöhnt hätten, selbständig über Staatsangelegenheiten und über die Interessen der ganzen Arbeiterklasse nachzudenken, weil sie sie daran gewöhnt hätten, ihre entwickeltsten Kollegen als Arbeitervertreter in ein Amt zu wählen, weil sie auf diese Weise dem alleinigen Schalten und Walten der selbstherrlichen Beamten wenigstens teilweise ein Ende gemacht hätten. Das aber ist es ja gerade, was unsere Regierung am meisten fürchtet. Sie ist bereit, den Arbeitern sogar einige Almosen zu reichen (natürlich kleine Almosen, und zwar so, daß sie das,

was sie mit der einen Hand vor aller Augen feierlich gibt, um sich Wohltäter nennen zu können, mit der anderen Hand heimlich und allmählich wieder wegnimmt! Die Arbeiter haben diesen Trick schon am Beispiel des Fabrikgesetzes vom 2. Juni 1897 kennengelernt!), sie ist bereit, Almosen zu reichen, um nur ja die unbeschränkte Macht der Beamten unangetastet zu lassen und zu verhindern, daß das Bewußtsein der Arbeiter erwacht, daß ihre Selbständigkeit sich entwickelt. Dieser für sie furchtbaren Gefahr entgeht die Regierung leicht durch die Ernennung neuer Beamter: die Beamten sind ihre gefügigen Diener. Den Beamten (beispielsweise den Fabrikinspektoren) macht es nichts aus, wenn man ihnen die Veröffentlichung ihrer Berichte verbietet, ihnen macht es nichts aus, wenn man ihnen verbietet, mit dem Arbeiter von seinen Rechten und von den Mißbräuchen der Unternehmer zu sprechen, es bereitet keinerlei Mühe, sie zu Fabrikspitzeln zu machen, von denen man verlangt, daß sie über jede Unzufriedenheit und Unruhe der Arbeiter an die Polizei berichten.

Deshalb können die Arbeiter, solange die jetzigen politischen Zustände in Rußland — das heißt die Rechtlosigkeit des Volkes, die Willkür der Beamten und Polizisten, die dem Volk nicht verantwortlich sind — bestehen bleiben, nicht auf Einführung der für sie nützlichen Gewerbegerichte hoffen. Die Regierung begreift sehr wohl, daß Gewerbegerichte die Arbeiter sehr rasch veranlassen würden, zu radikaleren Forderungen überzugehen. Wenn die Arbeiter eigene Vertreter in die Gewerbegerichte wählen könnten, so würden sie bald sehen, daß dies nicht genügt, da die die Arbeiter ausbeutenden Fabrikanten und Gutsherren ihre Vertreter in sehr viele, bedeutend höhere staatliche Institutionen entsenden; die Arbeiter würden unbedingt eine allgemeine Volksvertretung verlangen. Wenn die Arbeiter es erreichen könnten, daß die Fabrikangelegenheiten und die Nöte der Arbeiter in Gerichten öffentlich verhandelt werden, so würden sie bald sehen, daß dies nicht genügt, denn in unserer Zeit können eine richtige Publizität nur Zeitungen und Volksversammlungen gewährleisten, und die Arbeiter würden Versammlungsfreiheit, Redefreiheit und Pressefreiheit fordern. *Das ist auch der Grund, weshalb die Regierung den Plan zur Einführung von Gewerbegerichten in Rußland begraben hat!*

Nehmen wir anderseits für einen Augenblick an, die Regierung würde absichtlich, um die Arbeiter zu betrügen, gleich jetzt Gewerbegerichte einführen, die jetzigen politischen Zustände aber unverändert lassen. Hätten

die Arbeiter hiervon einen Nutzen? Sie hätten keinerlei Nutzen: die Arbeiter selbst würden sogar davon absehen, ihre bewußtesten, ehrlichsten und der Arbeiterklasse ergebensten Kollegen in diese Gerichte zu wählen, weil sie wissen, daß man in Rußland wegen jedes offenen und ehrlichen Wortes auf Grund eines einfachen Polizeibefehls festgenommen, ohne Untersuchung und Gerichtsverfahren ins Gefängnis geworfen oder nach Sibirien verbannt werden kann!

Also ist die Forderung nach Gewerbegerichten mit wählbaren Vertretern der Arbeiter nur ein kleiner Teil einer umfassenderen und radikaleren Forderung: der Forderung nach politischen Rechten des Volkes, d. h. nach dem Recht, an der Verwaltung des Staates teilzunehmen und die Nöte des Volkes nicht nur in Zeitungen, sondern auch in Volksversammlungen offen zu erörtern.

*Geschrieben Ende 1899.*
*Zuerst veröffentlicht 1924*
*in der Zeitschrift*
*„Proletarskaja Rewoluzija" Nr. 8/9.*

*Nach einer Abschrift*
*von unbekannter Hand.*

# ÜBER STREIKS[96]

Arbeiterstreiks sind in Rußland in den letzten Jahren außerordentlich häufig geworden. Es gibt kein einziges industrielles Gouvernement mehr, wo nicht mehrere Streiks stattgefunden hätten. Und in den Großstädten hören die Streiks überhaupt nicht mehr auf. Es ist deshalb begreiflich, daß sich sowohl die klassenbewußten Arbeiter als auch die Sozialisten immer häufiger mit der Frage beschäftigen, welche Bedeutung haben die Streiks, welches sind die Methoden zur Führung von Streiks, und welche Aufgaben haben die Sozialisten bei der Teilnahme an Streiks.

Wir wollen versuchen, einige unserer Erwägungen zu diesen Fragen darzulegen. Im ersten Artikel wollen wir über die Bedeutung der Streiks in der Arbeiterbewegung überhaupt sprechen; im zweiten Artikel über die russischen Antistreikgesetze, im dritten über die Frage, wie die Streiks in Rußland geführt wurden und geführt werden und welche Stellung die klassenbewußten Arbeiter zu ihnen einnehmen müssen.

## I

Vor allem ist die Frage aufzuwerfen, wodurch sich der Ausbruch und die Ausbreitung der Streiks erklärt. Jeder, der sich all die Streiks, die ihm aus persönlicher Erfahrung, aus Berichten anderer oder aus Zeitungen bekannt sind, in die Erinnerung zurückruft, wird sofort erkennen, daß Streiks dort ausbrechen und sich ausbreiten, wo große Fabriken entstehen und sich ausbreiten. Unter den größeren Fabriken, die mehrere Hunderte (zuweilen auch Tausende) von Arbeitern beschäftigen, wird sich kaum

eine finden, in der es noch keine Arbeiterstreiks gegeben hätte. Als es in Rußland wenig große Fabriken und Werke gab, gab es auch wenig Streiks, seitdem aber die großen Fabriken sowohl in den alten Fabrikorten als auch in den neuen Fabrikstädten und Ortschaften rasch wachsen — seitdem werden die Streiks immer häufiger.

Wie kommt es, daß fabrikmäßige Großproduktion stets zu Streiks führt? Dies kommt daher, daß der Kapitalismus notwendigerweise zum Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer führt, und wenn die Produktion zur Großproduktion wird, so wird dieser Kampf notwendigerweise zum Streikkampf.

Wir wollen das erläutern.

Kapitalismus heißt eine Gesellschaftsordnung, in der der Grund und Boden, die Fabriken, die Maschinen und Werkzeuge usw. einer kleinen Anzahl von Grundbesitzern und Kapitalisten gehören, während die Masse des Volkes kein oder doch fast kein Eigentum besitzt und sich deshalb als Lohnarbeiter verdingen muß. Die Grundbesitzer und Fabrikanten stellen Arbeiter ein und lassen von ihnen diese oder jene Erzeugnisse herstellen, die sie dann auf dem Markt verkaufen. Dabei zahlen die Fabrikanten den Arbeitern so wenig Lohn, daß die Arbeiter mit ihren Familien kaum ihr Leben fristen können, während der Fabrikant alles, was der Arbeiter über diese Produktenmenge hinaus erzeugt, in seine Tasche steckt; dies bildet seinen Profit. In der kapitalistischen Wirtschaft arbeitet somit die Masse des Volkes für Lohn bei anderen Leuten, sie arbeitet nicht für sich selbst, sondern gegen Bezahlung für die Unternehmer. Es ist klar, daß die Unternehmer stets bestrebt sind, den Lohn zu senken: je weniger sie den Arbeitern geben, desto mehr Profit verbleibt ihnen. Die Arbeiter dagegen sind bestrebt, einen möglichst hohen Lohn zu erhalten, um die ganze Familie mit ausreichender und gesunder Nahrung versorgen, in einer guten Wohnung leben, sich nicht wie Bettler, sondern so wie alle anderen Menschen kleiden zu können. Somit wird zwischen Unternehmern und Arbeitern ein ständiger Kampf um den Arbeitslohn geführt: Der Unternehmer hat die Freiheit, sich den Arbeiter, den er einstellen will, nach Belieben zu wählen, und deshalb sucht er stets den billigsten. Der Arbeiter hat die Freiheit, sich den Unternehmer, von dem er sich einstellen lassen will, nach Belieben zu wählen, und er sucht sich den aus, der am meisten bietet, der ihn möglichst hoch bezahlt. Ob der Arbeiter auf dem Lande

oder in der Stadt arbeitet, ob er sich an einen Gutsbesitzer oder an einen reichen Bauern, an einen Bauunternehmer oder an einen Fabrikanten verdingt — er handelt stets mit dem Lohnherrn, führt mit ihm stets einen Kampf um den Lohn.

Kann jedoch ein Arbeiter als einzelner diesen Kampf führen? Die Arbeiterbevölkerung wird immer zahlreicher: die Bauern werden ruiniert und fliehen aus den Dörfern in die Städte und Fabriken. Die Gutsbesitzer und Fabrikanten führen Maschinen ein, die den Arbeitern die Arbeit wegnehmen. In den Städten gibt es immer mehr Arbeitslose, in den Dörfern immer mehr Bettler; die hungernde Bevölkerung drückt den Lohn immer niedriger und niedriger. Es wird für den Arbeiter unmöglich, allein gegen den Unternehmer zu kämpfen. Wenn ein Arbeiter guten Lohn verlangt oder sich mit einer Lohnkürzung nicht einverstanden erklärt, so antwortet der Unternehmer ihm: Scher dich weg, es stehen viele Hungernde vor dem Tor, sie sind froh, auch für niedrigen Lohn arbeiten zu können.

Wenn die Verelendung des Volkes so weit geht, daß es sowohl in den Städten als auch auf dem Lande ständig Massen von Arbeitslosen gibt, wenn die Fabrikanten riesige Reichtümer anhäufen und die kleinen Unternehmer von Millionären verdrängt werden, dann wird der einzelne Arbeiter dem Kapitalisten gegenüber *völlig machtlos*. Der Kapitalist erhält die Möglichkeit, den Arbeiter völlig zugrunde zu richten, ihn durch Zuchthausarbeit in den Tod zu treiben, und nicht nur ihn allein, sondern auch seine Frau und seine Kinder. In der Tat, man sehe sich die Gewerbezweige an, in denen sich die Arbeiter noch keinen gesetzlichen Schutz erkämpft haben und in denen die Arbeiter den Kapitalisten keinen Widerstand leisten können, und man wird einen maßlos langen Arbeitstag — der 17 bis 19 Stunden erreicht — finden, man wird Kinder im Alter von 5 bis 6 Jahren finden, die durch schwere Arbeit zugrunde gerichtet werden, man wird eine Generation ständig Hunger leidender und an Hunger allmählich hinsterbender Arbeiter finden. Ein Beispiel bieten die Arbeiter, die bei sich zu Hause für Kapitalisten arbeiten; ja jeder Arbeiter wird sich noch vieler, sehr vieler anderer Beispiele erinnern! Selbst unter der Sklaverei und unter der Leibeigenschaft gab es niemals eine so furchtbare Knechtung des arbeitenden Volkes wie die, bis zu der die Kapitalisten gehen, wenn die Arbeiter ihnen keinen Widerstand leisten können, wenn sie sich keine Gesetze erkämpfen können, die die Willkür der Unternehmer beschränken.

Um sich nun nicht in diese äußerste Lage treiben zu lassen, beginnen die Arbeiter einen verzweifelten Kampf. Da sie sehen, daß jeder von ihnen für sich allein ganz machtlos ist und daß ihm unter dem Joch des Kapitals der Untergang droht, beginnen die Arbeiter, sich gemeinsam gegen ihre Unternehmer zu erheben. Es beginnen die Arbeiterstreiks. Anfänglich begreifen die Arbeiter häufig nicht einmal, was sie erreichen wollen, sie sind sich nicht bewußt, *weshalb* sie das tun: sie zertrümmern einfach die Maschinen, zerstören die Fabriken. Sie wollen die Fabrikanten nur ihre Empörung fühlen lassen, sie erproben ihre gemeinsamen Kräfte, um aus der unerträglichen Lage herauszukommen, ohne noch zu wissen, weshalb eigentlich ihre Lage so hoffnungslos ist und was sie anstreben müssen.

In allen Ländern hat die Empörung der Arbeiter mit einzelnen Aufständen begonnen — mit Rebellionen, wie die Polizei und die Fabrikanten sie bei uns nennen. In allen Ländern haben diese einzelnen Aufstände einerseits mehr oder weniger friedliche Streiks und anderseits einen allseitigen Kampf der Arbeiterklasse für ihre Befreiung hervorgerufen.

Welche Bedeutung haben nun Streiks (oder Ausstände) im Kampf der Arbeiterklasse? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir hier zunächst auf die Streiks etwas ausführlicher eingehen. Wenn der Lohn eines Arbeiters, wie wir gesehen haben, durch einen Vertrag zwischen Unternehmer und Arbeiter festgesetzt wird und der einzelne Arbeiter sich dabei als ganz machtlos erweist, so ist es klar, daß die Arbeiter ihre Forderungen unbedingt gemeinsam vertreten müssen, daß sie unbedingt Streiks organisieren müssen, um die Unternehmer an einer Lohnkürzung zu hindern oder einen höheren Lohn für sich zu erkämpfen. Und wirklich, es gibt kein einziges Land mit kapitalistischem System, wo es keine Arbeiterstreiks gäbe. In allen europäischen Staaten und in Amerika, überall fühlen sich die Arbeiter einzeln machtlos und können den Unternehmern nur gemeinsam Widerstand leisten, indem sie entweder in den Streik treten oder mit Streik drohen. Je weiter sich nun der Kapitalismus entwickelt, je rascher die großen Fabriken und Werke wachsen, je mehr die kleinen Kapitalisten von den großen verdrängt werden — desto dringender wird das Bedürfnis nach gemeinsamem Widerstand der Arbeiter, denn desto schlimmer wird die Arbeitslosigkeit, desto stärker wird die Konkurrenz zwischen den Kapitalisten, die ihre Waren möglichst billig produzieren

wollen (und dazu ist es notwendig, die Arbeiter möglichst niedrig zu entlohnen), desto stärker werden die Schwankungen in der Industrie und die Krisen.* Wenn die Industrie prosperiert, so erhalten die Fabrikanten große Profite, ohne daß es ihnen einfällt, sie mit den Arbeitern zu teilen; während der Krise dagegen versuchen die Fabrikanten die Verluste auf die Arbeiter abzuwälzen. Die Notwendigkeit von Streiks in der kapitalistischen Gesellschaft ist in den europäischen Ländern von allen so weit anerkannt, daß das Gesetz dort die Durchführung von Streiks nicht verbietet, nur in Rußland gelten noch die barbarischen Antistreikgesetze (von diesen Gesetzen und von ihrer Anwendung werden wir ein andermal sprechen).

Aber die Streiks, die sich aus dem ganzen Wesen der kapitalistischen Gesellschaft ergeben, bedeuten den Anfang des Kampfes der Arbeiterklasse gegen diese Gesellschaftsordnung. Wenn den reichen Kapitalisten die besitzlosen Arbeiter einzeln gegenüberstehen, so bedeutet das die völlige Versklavung der Arbeiter. Wenn diese besitzlosen Arbeiter sich aber zusammenschließen, so ändert sich die Sache. Die Kapitalisten haben von ihren Reichtümern keinerlei Nutzen, wenn sie nicht Arbeiter finden, die bereit sind, ihre Arbeit zu den Maschinen und Werkzeugen und Materialien der Kapitalisten hinzuzufügen und neue Reichtümer zu erzeugen. Wenn die Arbeiter einzeln mit den Unternehmern zu tun haben, so bleiben sie richtige Sklaven, die ewig um eines Stückchens Brot willen für einen fremden Menschen arbeiten, bleiben ewig gefügige und keinen Widerspruch wagende Lohnsklaven. Wenn die Arbeiter aber gemeinsam ihre Forderungen stellen und es ablehnen, sich dem zu fügen, der einen dicken Geldsack hat, dann hören die Arbeiter auf, Sklaven zu sein, sie werden Menschen, sie beginnen zu fordern, daß ihre Arbeit nicht nur zur Bereicherung eines Häufleins von Schmarotzern verwendet werde,

* Über die Krisen in der Industrie und über ihre Bedeutung für die Arbeiter werden wir ein andermal eingehender sprechen. Heute bemerken wir nur, daß in Rußland in den letzten Jahren die Geschäfte der Industrie vortrefflich gingen, daß die Industrie „prosperierte", jetzt aber (Ende 1899) treten bereits klare Anzeichen dafür hervor, daß diese „Prosperität" mit einer Krise enden wird: mit einer Stockung im Warenabsatz, mit Bankrotten der Fabrikanten, mit dem Ruin der kleinen Unternehmer und mit furchtbaren Leiden für die Arbeiter (Arbeitslosigkeit, Lohnsenkung usw.).

sondern den Arbeitenden die Möglichkeit gebe, menschlich zu leben. Die Sklaven beginnen zu fordern, daß sie selbst die Herren werden — daß sie nicht so arbeiten und leben, wie die Gutsbesitzer und Kapitalisten es wollen, sondern so, wie die Werktätigen selbst es wollen. Streiks flößen den Kapitalisten eben deshalb stets solchen Schrecken ein, weil sie ihre Herrschaft zu erschüttern beginnen. „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will", heißt es von der Arbeiterklasse in einem deutschen Arbeiterlied. Und in der Tat: Die Fabriken, die Werke, die großen Güter, die Maschinen, die Eisenbahnen usw. usf., alles das sind gleichsam Räder eines einzigen riesigen Mechanismus — dieser Mechanismus erzeugt die verschiedenen Produkte, bearbeitet sie, transportiert sie an den notwendigen Ort. Diesen ganzen Mechanismus bewegt der *Arbeiter*, der den Boden bebaut, das Erz fördert, in den Fabriken Waren anfertigt, Häuser, Werkstätten, Eisenbahnen baut. Wenn die Arbeiter die Arbeit verweigern, droht dieser ganze Mechanismus zum Stillstand zu kommen. Jeder Streik erinnert die Kapitalisten daran, daß die wahren Herren nicht sie sind, sondern die Arbeiter, die ihre Rechte immer lauter und lauter anmelden. Jeder Streik erinnert die Arbeiter daran, daß ihre Lage nicht hoffnungslos ist, daß sie nicht allein stehen. Man sehe sich an, welchen gewaltigen Einfluß ein Streik sowohl auf die Streikenden als auch auf die Arbeiter der benachbarten oder naheliegenden Fabriken oder auf die Fabriken des gleichen Produktionszweiges ausübt. In gewöhnlichen, friedlichen Zeiten trägt der Arbeiter schweigend sein Joch, streitet nicht mit dem Unternehmer, äußert nicht Unzufriedenheit mit seiner Lage. Während eines Streiks meldet er laut seine Forderungen an, erinnert er die Unternehmer an alle ihre Tyranneien, fordert er seine Rechte, denkt nicht mehr nur an sich allein und an seinen Lohn — er denkt auch an seine Kollegen, die gemeinsam mit ihm die Arbeit niedergelegt haben und ohne Furcht vor Entbehrungen für die Arbeitersache einstehen. Jeder Streik bringt dem Arbeiter eine Masse von Entbehrungen, und zwar so furchtbare Entbehrungen, daß man sie nur mit den Heimsuchungen des Krieges vergleichen kann: Hunger der Familie, Verlust des Verdienstes, häufig Verhaftung, Ausweisung aus der Stadt, wo er sich eingelebt und Arbeit gefunden hat. Und trotz aller dieser Leiden verachten die Arbeiter diejenigen, die ihre Kollegen im Stich lassen und sich auf einen Kuhhandel mit dem Unternehmer einlassen. Trotz der

Not, die ein Streik mit sich bringt, gewinnen die Arbeiter der benachbarten Fabriken stets neuen Mut, wenn sie sehen, daß ihre Kollegen den Kampf aufgenommen haben. „Leute, die so viel erdulden, um einen einzigen Bourgeois zu beugen, werden auch imstande sein, die Macht der ganzen Bourgeoisie zu brechen"[97], sagte ein großer Lehrer des Sozialismus, Engels, von den Streiks der englischen Arbeiter. Oft braucht nur eine Fabrik in den Streik zu treten — und sofort beginnt eine Reihe von Streiks in einer ganzen Menge von Fabriken. So groß ist der moralische Einfluß der Streiks, so ansteckend wirkt auf die Arbeiter der Anblick ihrer Kollegen, die, sei es auch nur für kurze Zeit, aus Sklaven zu Menschen werden, die den Reichen gleichberechtigt sind! Jeder Streik erweckt in den Arbeitern mit großer Kraft den Gedanken an den Sozialismus — den Gedanken an den Kampf der ganzen Arbeiterklasse für ihre Befreiung vom Joch des Kapitals. Sehr häufig ist es vorgekommen, daß die Arbeiter einer bestimmten Fabrik oder eines bestimmten Produktionszweiges, einer bestimmten Stadt bis zu einem großen Streik fast nichts vom Sozialismus gewußt und nicht an ihn gedacht haben — nach dem Streik aber finden unter ihnen Zirkel und Verbände immer mehr Verbreitung, und immer mehr und mehr Arbeiter werden zu Sozialisten.

Ein Streik lehrt die Arbeiter verstehen, worin die Kraft der Unternehmer und worin die Kraft der Arbeiter liegt, er lehrt sie, nicht allein an ihren eigenen Unternehmer und nicht allein an ihre nächsten Kollegen zu denken, sondern an alle Unternehmer, an die ganze Klasse der Kapitalisten und an die ganze Klasse der Arbeiter. Wenn ein Fabrikant, der sich durch die Arbeit mehrerer Generationen von Arbeitern Millionen zusammengerafft hat, auch zu der bescheidensten Lohnzulage nicht bereit ist oder sogar versucht, den Lohn noch mehr herabzusetzen und, im Falle des Widerstands der Arbeiter, Tausende hungernder Familien auf die Straße wirft, dann sehen die Arbeiter klar, daß die ganze Klasse der Kapitalisten ein Feind der ganzen Klasse der Arbeiter ist, daß die Arbeiter sich nur auf sich selbst und auf ihren Zusammenschluß verlassen können. Sehr häufig kommt es vor, daß ein Fabrikant mit allen Kräften bestrebt ist, die Arbeiter zu betrügen, sich als ihr Wohltäter hinzustellen, seine Arbeiterausbeutung mittels eines lumpigen Almosens, mittels irgendwelcher verlogener Versprechungen zu verschleiern. Jeder Streik macht

stets mit einem Schlage diesen ganzen Betrug zunichte, weil er den Arbeitern zeigt, daß ihr „Wohltäter" ein Wolf im Schafspelz ist.

Ein Streik öffnet aber den Arbeitern die Augen nicht nur über die Kapitalisten, sondern auch über die Regierung und über die Gesetze. Genauso, wie die Fabrikanten sich als Wohltäter der Arbeiter hinzustellen suchen, möchten die Beamten und ihre Handlanger den Arbeitern weismachen, der Zar und die Zarenregierung sorgten für Fabrikanten und für Arbeiter in gleicher Weise, nach Recht und Gerechtigkeit. Die Gesetze kennt der Arbeiter nicht, mit den Beamten, besonders den höheren, hat er nichts zu tun, und deshalb schenkt er alledem häufig Glauben. Dann aber bricht ein Streik aus. In der Fabrik erscheinen der Staatsanwalt, der Fabrikinspektor, die Polizei, häufig auch Militär. Die Arbeiter erfahren, daß sie das Gesetz verletzt haben: das Gesetz erlaubt den Fabrikanten, sowohl sich zu versammeln als auch offen darüber zu sprechen, wie sie die Löhne herabsetzen können, die Arbeiter aber werden, wenn sie unter sich Vereinbarungen treffen, für Verbrecher erklärt! Die Arbeiter werden aus ihren Wohnungen gejagt; die Polizei schließt die Läden, in denen die Arbeiter auf Kredit Lebensmittel erhalten könnten, man versucht, Soldaten auf die Arbeiter zu hetzen, selbst dann, wenn die Arbeiter sich ganz ruhig und friedlich verhalten. Den Soldaten wird sogar Befehl gegeben, auf die Arbeiter zu schießen, und wenn sie Flüchtenden in den Rücken schießen und wehrlose Arbeiter töten, läßt der Zar dem Militär seinen Dank übermitteln (so bedankte sich der Zar bei den Soldaten, die 1895 in Jaroslawl streikende Arbeiter getötet hatten). Es wird jedem Arbeiter klar, daß die Zarenregierung sein schlimmster Feind ist, daß sie die Kapitalisten schützt und die Arbeiter an Händen und Füßen fesselt. Der Arbeiter beginnt zu begreifen, daß die Gesetze nur im Interesse der Reichen erlassen werden, daß auch die Beamten deren Interessen verteidigen, daß man dem arbeitenden Volk den Mund verstopft und ihm nicht die Möglichkeit gibt, von seiner Not zu sprechen, daß die Arbeiterklasse sich notwendigerweise das Streikrecht, das Recht auf die Herausgabe von Arbeiterzeitungen, das Recht auf Teilnahme an einer Volksvertretung, die Gesetze erlassen und ihren Vollzug beaufsichtigen soll, erkämpfen muß. Auch die Regierung selbst begreift sehr wohl, daß Streiks den Arbeitern die Augen öffnen, und deshalb hat sie solche Angst vor Streiks, ist sie bemüht, sie um jeden Preis so schnell wie möglich abzuwürgen.

Nicht umsonst erklärte einmal ein deutscher Innenminister, der besonders dafür berüchtigt ist, Sozialisten und klassenbewußte Arbeiter mit allen Kräften verfolgt zu haben, vor den Volksvertretern: „Hinter jedem Streik lauert die Hydra" (das Ungeheuer) „der Revolution"; mit jedem Streik erstarkt und entwickelt sich in den Arbeitern die Erkenntnis, daß die Regierung ihr Feind ist, daß sich die Arbeiterklasse zum Kampf gegen die Regierung, zum Kampf für die Rechte des Volkes rüsten muß.

Und so gewöhnen die Streiks die Arbeiter an den Zusammenschluß, die Streiks zeigen ihnen, daß sie den Kampf gegen die Kapitalisten nur gemeinsam führen können, die Streiks lehren die Arbeiter, an den Kampf der ganzen Arbeiterklasse gegen die ganze Klasse der Fabrikanten und gegen die autokratische Polizeiregierung zu denken. Das ist der Grund, weshalb die Sozialisten die Streiks eine „Schule des Krieges" nennen, eine Schule, in der die Arbeiter es lernen, Krieg zu führen gegen ihre Feinde und für die Befreiung des ganzen Volkes, für die Befreiung aller Werktätigen vom Joch der Beamten und vom Joch des Kapitals.

Aber eine „Schule des Krieges" ist noch nicht der Krieg selbst. Wenn unter den Arbeitern Streiks weite Verbreitung finden, so beginnen manche Arbeiter (und manche Sozialisten) zu glauben, die Arbeiterklasse könne sich auf Streiks und Streikkassen oder -vereinigungen allein beschränken, die Arbeiterklasse könne durch Streiks allein eine ernstliche Verbesserung ihrer Lage oder sogar ihre Befreiung erreichen. Wenn sie sehen, welche Kraft den Arbeitern ihr Zusammenschluß und selbst kleine Streiks geben, so glauben manche, die Arbeiter brauchten nur einen Generalstreik im ganzen Lande auszurufen, und sie könnten bei den Kapitalisten und der Regierung alles erreichen, was sie wollen. Eine solche Meinung wurde auch von Arbeitern anderer Länder ausgesprochen, als die Arbeiterbewegung erst begann und die Arbeiter noch sehr unerfahren waren. *Aber diese Meinung ist irrig.* Streiks sind *eines* der Mittel des Kampfes der Arbeiterklasse für ihre Befreiung, aber nicht das einzige Mittel, und wenn die Arbeiter den anderen Kampfmitteln keine Aufmerksamkeit schenken, so verlangsamen sie dadurch die Entwicklung und die Erfolge der Arbeiterklasse. Es ist wahr, für erfolgreiche Streiks braucht man Kassen, aus denen die Arbeiter während der Streiks unterhalten werden. Solche Kassen gründen die Arbeiter auch (gewöhnlich die Arbeiter einzelner Gewerbe, einzelner Handwerke oder Berufe) in allen

Ländern, bei uns in Rußland aber ist das besonders schwierig, weil die Polizei sie aufspürt, das Geld beschlagnahmt und die Arbeiter verhaftet. Natürlich verstehen die Arbeiter es auch, sich vor der Polizei zu verstecken; natürlich ist die Einrichtung solcher Kassen nützlich, und wir wollen nicht den Arbeitern von ihnen abraten. Man darf aber nicht hoffen, daß die Arbeiterkassen, solange sie gesetzlich verboten sind, zahlreiche Mitglieder gewinnen können; und bei einer kleinen Mitgliederzahl bringen Arbeiterkassen nicht allzuviel Nutzen. Weiter, selbst in den Ländern, in denen Gewerkschaften der Arbeiter frei existieren und sehr große Mittel besitzen — selbst hier kann sich die Arbeiterklasse in ihrem Kampf keineswegs auf Streiks allein beschränken. Es braucht nur eine Absatzstockung in der Industrie einzutreten (eine Krise, wie sie jetzt beispielsweise auch in Rußland naht) — und die Fabrikanten rufen sogar absichtlich Streiks hervor, weil es für sie vorteilhaft ist, ab und zu die Arbeit für einige Zeit einzustellen, weil es für sie vorteilhaft ist, die Arbeiterkassen zu ruinieren. Auf Streiks und Streikvereinigungen allein dürfen sich die Arbeiter daher keinesfalls beschränken. Zweitens führen die Streiks nur dort zum Erfolg, wo die Arbeiter bereits ziemlich klassenbewußt sind, wo sie es verstehen, den Zeitpunkt für Streiks zu wählen, es verstehen, ihre Forderungen zu stellen, wo sie Verbindungen mit den Sozialisten haben, um Flugblätter und Broschüren zu erhalten. Solche Arbeiter aber gibt es in Rußland noch wenige, und es müssen alle Kräfte aufgeboten werden, um ihre Zahl zu erhöhen, um die Arbeitermassen bekannt zu machen mit der Arbeitersache, um sie mit dem Sozialismus und dem Kampf der Arbeiterklasse bekannt zu machen. Diese Aufgabe müssen die Sozialisten und die klassenbewußten Arbeiter gemeinsam übernehmen, indem sie zu diesem Zweck eine sozialistische Arbeiterpartei gründen. Drittens zeigen die Streiks den Arbeitern, wie wir gesehen haben, daß die Regierung ihr Feind ist, daß gegen die Regierung gekämpft werden muß. Und die Streiks haben wirklich in allen Ländern die Arbeiterklasse allmählich gelehrt, den Kampf gegen die Regierungen, für die Rechte der Arbeiter und für die Rechte des ganzen Volkes überhaupt zu führen. Einen solchen Kampf kann, wie wir eben sagten, nur eine sozialistische Arbeiterpartei führen, die unter den Arbeitern richtige Auffassungen von der Regierung und von der Arbeitersache verbreitet. Wir werden ein andermal besonders davon sprechen, wie bei uns in Rußland Streiks

geführt werden und wie die klassenbewußten Arbeiter sie nützen müssen. Heute aber müssen wir darauf hinweisen, daß Streiks, wie bereits oben bemerkt, eine „Schule des Krieges", aber nicht der Krieg selbst sind, daß Streiks nur *ein* Mittel des Kampfes, nur *eine* Form der Arbeiterbewegung sind. Die Arbeiter können und müssen von einzelnen Streiks zum Kampf der ganzen Arbeiterklasse für die Befreiung aller Werktätigen übergehen, und sie tun das auch wirklich in allen Ländern. Wenn alle klassenbewußten Arbeiter Sozialisten werden, d. h. Menschen, die eine solche Befreiung anstreben, wenn sie sich im ganzen Lande zusammenschließen, um unter den Arbeitern den Sozialismus zu verbreiten, um die Arbeiter mit allen Mitteln des Kampfes gegen ihre Feinde vertraut zu machen, wenn sie eine sozialistische Arbeiterpartei bilden, die für die Befreiung des ganzen Volkes vom Joch der Regierung und für die Befreiung aller Werktätigen vom Joch des Kapitals kämpft — erst dann wird sich die Arbeiterklasse völlig jener großen Bewegung der Arbeiter aller Länder angeschlossen haben, die alle Arbeiter vereinigt und die rote Fahne entrollt hat mit der Aufschrift „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"

*Geschrieben Ende 1899.*
*Zuerst veröffentlicht 1924*
*in der Zeitschrift*
*„Proletarskaja Rewoluzija" Nr. 8/9.*

*Nach einer Abschrift*
*von unbekannter Hand.*

# ENTWURF EINER ANKÜNDIGUNG DER REDAKTION DER „ISKRA"[98] UND DER „SARJA"[99]

Im Begriff, zwei sozialdemokratische Organe, eine wissenschaftlich-politische Zeitschrift und eine gesamtrussische Arbeiterzeitung, herauszugeben, halten wir es für notwendig, einige Worte über unser Programm zu sagen, über das, was wir anstreben und wie wir unsere Aufgaben auffassen.

Wir leben in einem äußerst bedeutungsvollen Zeitpunkt der Geschichte der russischen Arbeiterbewegung und der russischen Sozialdemokratie; alles scheint darauf hinzuweisen, daß sich unsere Bewegung in einem kritischen Stadium befindet: sie hat sich so weit ausgebreitet und in den verschiedensten Ecken Rußlands so viele gesunde Triebe hervorgebracht, daß sich jetzt mit unaufhaltsamer Kraft ihr Bestreben geltend macht, sich zu festigen, eine höhere Form anzunehmen, ein bestimmtes Gesicht und eine bestimmte Organisation herauszuarbeiten. In der Tat, die letzten Jahre sind durch eine erstaunlich rasche Verbreitung der Ideen des Sozialdemokratismus in unserer Intelligenz gekennzeichnet, und dieser Strömung des gesellschaftlichen Denkens kommt die völlig selbständige, spontane Bewegung des Industrieproletariats entgegen, das sich zu vereinigen und gegen seine Unterdrücker zu kämpfen beginnt und dabei ein leidenschaftliches Streben zum Sozialismus offenbart. Überall entstehen Zirkel von Arbeitern und sozialdemokratischen Intellektuellen, es erscheinen lokale, der Agitation dienende Flugblätter, die Nachfrage nach sozialdemokratischen Schriften wächst, das Angebot bei weitem überholend — und auch die verstärkten Repressalien der Regierung sind nicht imstande, diese Bewegung aufzuhalten.

Die Gefängnisse sind brechend voll, die Verbannungsorte überfüllt, fast jeden Monat hört man von „hochgegangenen" Sozialisten an allen

Ecken und Enden Rußlands, von abgefangenen Transporten, von verhafteten Agitatoren, von beschlagnahmten Druckschriften und Druckereien — aber die Bewegung kommt nicht zum Stillstand, sondern wächst immer mehr an, sie erfaßt ein immer größeres Gebiet, dringt immer tiefer in die Arbeiterklasse ein und lenkt mehr und mehr die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich. Und die gesamte wirtschaftliche Entwicklung Rußlands, die ganze Geschichte des gesellschaftlichen Denkens und der revolutionären Bewegung in Rußland bürgen dafür, daß die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, allen Hindernissen zum Trotz, wachsen und die Hindernisse überwinden wird.

Das Hauptmerkmal unserer Bewegung, das in letzter Zeit besonders in die Augen springt, ist ihre Zersplitterung, ihr, wenn man so sagen kann, handwerklerischer Charakter: lokale Zirkel entstehen und wirken fast völlig unabhängig von den Zirkeln anderer Orte und sogar (was besonders wichtig ist) von Zirkeln, die gleichzeitig in denselben Zentren tätig waren und tätig sind; es wird keine Tradition und keine Kontinuität geschaffen, und die örtlichen Publikationen widerspiegeln voll und ganz diese Zersplitterung, diese mangelnde Verbindung mit dem, was die russische Sozialdemokratie bereits geschaffen hat. Uns scheint die jetzige Periode gerade deshalb kritisch, weil die Bewegung über diese Handwerklerei und diese Zersplitterung hinauswächst und den Übergang zu einer höheren, geschlosseneren, besser und stärker organisierten Form, die zu schaffen wir für unsere Pflicht halten, dringend verlangt. Selbstverständlich ist in einer gewissen Periode der Bewegung, zu ihrem Beginn, eine solche Zersplitterung ganz unvermeidlich, und die mangelnde Kontinuität ist bei einem so erstaunlich schnellen und allgemeinen Wachstum der Bewegung nach der langen Periode revolutionärer Flaute eine durchaus natürliche Erscheinung. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die Mannigfaltigkeit der lokalen Bedingungen, die Verschiedenartigkeit der Lage der Arbeiterklasse in den einzelnen Gebieten und schließlich auch die Besonderheiten in den Anschauungen der an den einzelnen Orten tätigen Genossen immer bestehen werden und daß gerade diese Mannigfaltigkeit von der Lebenskraft der Bewegung und ihrem gesunden Wachstum zeugt. Das alles ist richtig, aber die Zersplitterung und die Unorganisiertheit sind durchaus keine notwendige Folge dieser Mannigfaltigkeit. Die Wahrung der Kontinuität der Bewegung, ihre Zusammenfassung

schließen durchaus nicht die Mannigfaltigkeit aus, im Gegenteil, sie schaffen ihr sogar weiteren Spielraum und ein freies Betätigungsfeld. Im gegenwärtigen Stadium der Bewegung aber beginnt diese Zersplitterung sich direkt schädlich auszuwirken und droht, die Bewegung auf eine falsche Bahn zu lenken: ein enger Praktizismus, losgerissen von der theoretischen Beleuchtung der Bewegung in ihrer Gesamtheit kann die Verbindung zwischen dem Sozialismus und der revolutionären Bewegung in Rußland einerseits und der spontanen Arbeiterbewegung anderseits zerstören. Daß diese Gefahr keine eingebildete ist, das beweisen solche literarischen Erzeugnisse wie das „Credo"*, das bereits durchaus berechtigten Protest und Ablehnung hervorgerufen hat, und die „Sonderbeilage zur ‚Rabotschaja Mysl'" (September 1899). In dieser Beilage kommt die Tendenz, von der die ganze Zeitung „Rabotschaja Mysl" durchdrungen ist, besonders plastisch zum Ausdruck, in ihr beginnt eine besondere Richtung innerhalb der russischen Sozialdemokratie in Erscheinung zu treten, und zwar eine Richtung, die direkten Schaden anrichten kann und die bekämpft werden muß. Die russische legale Literatur aber, mit jener Parodie auf den Marxismus, die das gesellschaftliche Bewußtsein nur zu korrumpieren vermag, steigert noch diese Zerfahrenheit und diese Anarchie, die dem berühmten (durch seinen Bankrott berühmten) Bernstein die Möglichkeit gaben, in seinem Buch vor aller Welt die Lüge zu verkünden, daß die Mehrheit der in Rußland wirkenden Sozialdemokraten hinter ihm stehe.

Es wäre noch verfrüht, ein Urteil darüber zu fällen, wie tief diese Meinungsverschiedenheiten gehen, wie groß die Wahrscheinlichkeit ist, daß sich eine besondere Richtung herausbildet (wir sind durchaus nicht geneigt, diese Frage jetzt schon im bejahenden Sinne zu beantworten und geben die Hoffnung auf die Möglichkeit einer Zusammenarbeit noch keineswegs auf); aber den Ernst der Lage nicht sehen wollen wäre noch viel schädlicher als eine Übertreibung dieser Meinungsverschiedenheiten, und wir begrüßen daher von ganzem Herzen die Wiederaufnahme der literarischen Tätigkeit durch die Gruppe „Befreiung der Arbeit" und den von ihr begonnenen Kampf gegen die Versuche, den Sozialdemokratismus zu entstellen und zu verflachen.[100]

---

* Glaubensbekenntnis, Programm, Darlegung einer Weltanschauung. *Die Red.*

Die praktische Schlußfolgerung aus alledem ist folgende: Wir russischen Sozialdemokraten müssen uns vereinigen und alle Anstrengungen auf die Bildung einer einheitlichen und starken Partei richten, die unter dem Banner des revolutionären sozialdemokratischen Programms kämpft, die Kontinuität der Bewegung wahrt und ihre Organisiertheit systematisch fördert. Dies ist keine neue Schlußfolgerung. Zu ihr gelangten die russischen Sozialdemokraten. schon vor zwei Jahren, als die Vertreter der größten sozialdemokratischen Organisationen Rußlands im Frühjahr 1898 zu ihrem Parteitag zusammentraten, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands gründeten, ihr „Manifest" veröffentlichten und die „Rabotschaja Gaseta" als das offizielle Organ der Partei anerkannten. Wir bekennen uns als Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands und teilen voll und ganz die Grundideen des „Manifestes", dem wir als der offenen und öffentlichen Deklaration der Ziele, die unsere Partei anstreben muß, sehr große Bedeutung beimessen. Darum lautet für uns, als Mitglieder der Partei, die Frage nach unseren nächsten und unmittelbaren Aufgaben folgendermaßen: Welchen Aktionsplan müssen wir haben, um eine Wiederherstellung der Partei zu erreichen, die von Bestand ist? Einige Genossen (ja sogar einige Gruppen und Organisationen) sind der Ansicht, daß man zu diesem Zweck die Wahl der zentralen Parteiinstitution erneut vornehmen und diese beauftragen müsse, das Parteiorgan wieder herauszubringen.[101] Wir halten einen solchen Plan für falsch oder zumindest für gewagt. Die Partei schaffen und festigen heißt die Vereinigung aller russischen Sozialdemokraten schaffen und festigen, eine solche Vereinigung aber läßt sich nicht einfach dekretieren, sie kann nicht durch den bloßen Beschluß irgendeiner, sagen wir, Versammlung von Delegierten herbeigeführt, sondern muß entwickelt werden. Entwickelt werden muß erstens eine gemeinsame Parteiliteratur, gemeinsam nicht nur in dem Sinne, daß sie im Dienste der gesamten russischen Bewegung und nicht der einzelnen Gebiete steht, daß sie die Fragen der gesamten Bewegung — und nicht nur lokale Fragen — behandelt und den Kampf der klassenbewußten Proletarier unterstützt, sondern gemeinsam auch in dem Sinne, daß sie alle vorhandenen literarischen Kräfte zusammenfaßt, alle Schattierungen der unter den russischen Sozialdemokraten vertretenen Meinungen und Ansichten zum Ausdruck bringt, und zwar nicht als Meinungen und Ansichten isolierter Partei-

arbeiter, sondern als die von Genossen, die durch gemeinsames Programm und gemeinsamen Kampf in den Reihen *einer* Organisation miteinander verbunden sind. Entwickelt werden muß zweitens eine Organisation, die speziell der Verbindung zwischen allen Zentren der Bewegung, der Beschaffung vollständiger und rechtzeitiger Informationen über die Bewegung und der regelmäßigen Versorgung aller Teile Rußlands mit der periodischen Presse dient. Erst wenn eine solche Organisation geschaffen ist, wenn eine russische sozialistische Post besteht, wird die Partei festen Bestand haben, erst dann wird die Partei zu einer realen Tatsache und folglich auch zu einer mächtigen politischen Kraft werden. Der ersten Hälfte dieser Aufgabe, d. h. der Schaffung einer gemeinsamen Literatur, beabsichtigen wir unsere Kräfte zu widmen, da wir hierin ein dringendes Bedürfnis der gegenwärtigen Bewegung und einen notwendigen vorbereitenden Schritt zur Wiederaufnahme der Tätigkeit der Partei erblicken.

Aus diesem Charakter unserer Aufgabe ergibt sich natürlicherweise auch das Programm, das den von uns herausgegebenen Organen als Richtlinie dienen muß. In ihnen muß den theoretischen Fragen, d. h. sowohl der allgemeinen Theorie des Sozialdemokratismus als auch ihrer Anwendung auf die russische Wirklichkeit, viel Platz eingeräumt werden. Daß eine umfassende Behandlung dieser Fragen gerade in der jetzigen Zeit keinen Aufschub duldet, steht außerhalb jedes Zweifels und bedarf nach dem oben Gesagten keiner weiteren Erläuterung. Es versteht sich von selbst, daß in untrennbarer Verbindung mit den Fragen der allgemeinen Theorie der Leser mit der Arbeiterbewegung im Westen, ihrer Geschichte und ihrem gegenwärtigen Stand bekannt gemacht werden muß. Ferner machen wir uns die systematische Erörterung aller politischen Fragen zur Aufgabe: die sozialdemokratische Arbeiterpartei muß auf alle Fragen reagieren, die das Leben auf allen Gebieten aufwirft, auf Fragen sowohl der inneren als auch der internationalen Politik, und wir müssen bestrebt sein, zu erreichen, daß sich jeder Sozialdemokrat und jeder klassenbewußte Arbeiter in allen grundlegenden Fragen eine bestimmte Meinung bildet — ohne diese Bedingung ist eine breitangelegte und planmäßige Propaganda und Agitation unmöglich. Die Erörterung der theoretischen und politischen Fragen wird mit der Ausarbeitung des Parteiprogramms verbunden sein, dessen Notwendigkeit bereits der Parteitag von 1898 anerkannt hat, und in nächster Zeit beabsichtigen wir einen Programm-

entwurf zu veröffentlichen; seine allseitige Erörterung soll genügend Material für den künftigen Parteitag liefern, dessen Aufgabe es sein wird, ein Programm anzunehmen.[102] Für eine besonders dringende Aufgabe halten wir ferner die Erörterung der Organisationsfragen und der praktischen Arbeitsmethoden. Die fehlende Kontinuität und die Zersplitterung, von denen oben die Rede war, wirken sich besonders schädlich auf den gegenwärtigen Stand der Parteidisziplin, der Organisation und der konspirativen Technik aus. Es muß rückhaltlos und offen zugegeben werden, daß wir Sozialdemokraten in dieser Hinsicht hinter den alten Kämpfern der russischen revolutionären Bewegung und hinter anderen in Rußland tätigen Organisationen zurückgeblieben sind und daß wir alle Kräfte anspannen müssen, um diese Mängel zu beseitigen. Die Einbeziehung breiter Massen der Arbeiterjugend und der jungen Intelligenz in die Bewegung, das häufiger werdende Auffliegen von Organisationen und die zunehmende Raffinesse der Verfolgungen von seiten der Regierung machen es dringend erforderlich, die Prinzipien und Methoden der Parteiorganisation, der Disziplin und der konspirativen Technik zu propagieren.

Eine solche Propaganda kann und muß, wenn sie von allen einzelnen Gruppen und allen erfahreneren Genossen unterstützt wird, dazu führen, daß aus jungen Sozialisten und Arbeitern tüchtige Führer der revolutionären Bewegung herangebildet werden, die imstande sind, alle Hindernisse, die das Joch des autokratischen Polizeistaates unserer Arbeit entgegenstellt, zu überwinden und allen Anforderungen der spontan zum Sozialismus und zum politischen Kampf drängenden Arbeitermasse zu genügen. Schließlich muß es im Zusammenhang mit den obengenannten Themen eine unserer wichtigsten Aufgaben sein, diese spontane Bewegung (sowohl in den Arbeitermassen als auch in unserer Intelligenz) zu analysieren: wir müssen uns klarwerden über die gesellschaftliche Bewegung der Intelligenz, die in Rußland die zweite Hälfte der neunziger Jahre kennzeichnet und die verschiedene und mitunter verschiedenartige Strömungen in sich vereinigt; wir müssen die Lage der Arbeiterklasse auf allen Gebieten der Volkswirtschaft sorgfältig studieren, müssen die Formen und Bedingungen ihres Erwachens, ihres beginnenden Kampfes studieren, um den marxistischen Sozialismus, der auf russischem Boden bereits Wurzel faßt, und die russische Arbeiterbewegung zu einem unlösbaren

Ganzen zu verbinden, um die russische revolutionäre Bewegung mit dem spontanen Aufschwung der Volksmassen zu verbinden. Erst wenn eine solche Verbindung geschaffen ist, kann in Rußland eine sozialdemokratische Arbeiterpartei entstehen, denn Sozialdemokratie – das heißt nicht, sich nur in den Dienst der spontanen Arbeiterbewegung stellen (wie einige zeitgenössische „Praktiker" bei uns zuweilen zu glauben geneigt sind), Sozialdemokratie bedeutet die Vereinigung des Sozialismus mit der Arbeiterbewegung. Nur eine solche Vereinigung ermöglicht dem russischen Proletariat die Erfüllung seiner ersten politischen Aufgabe: die Befreiung Rußlands vom Joch der Selbstherrschaft.

Was die Verteilung der von uns ins Auge gefaßten Themen und Fragen zwischen Zeitschrift und Zeitung betrifft, so wird diese Verteilung ausschließlich durch den unterschiedlichen Umfang dieser Organe sowie durch die Verschiedenheit ihres Charakters bestimmt werden: die Zeitschrift soll vorwiegend der Propaganda, die Zeitung vorwiegend der Agitation dienen. Aber sowohl in der Zeitschrift als auch in der Zeitung müssen sich alle Seiten der Bewegung widerspiegeln, und besonders betonen möchten wir, daß wir den Plan ablehnen, wonach die Arbeiterzeitung ausschließlich das veröffentlichen soll, was die spontane Arbeiterbewegung unmittelbar und am nächsten berührt, während dem Organ für die Intellektuellen alles überlassen bliebe, was ins Gebiet der Theorie des Sozialismus, ins Gebiet der Wissenschaft, der Politik, der mit der Parteiorganisation zusammenhängenden Fragen usw. fällt. Im Gegenteil, notwendig ist gerade die Verbindung aller konkreten Tatsachen und Erscheinungsformen der Arbeiterbewegung mit den erwähnten Fragen, notwendig ist die Beleuchtung jeder einzelnen Tatsache durch die Theorie, notwendig ist die Propagierung der politischen und parteiorganisatorischen Fragen in den breitesten Massen der Arbeiterklasse, notwendig ist die Einbeziehung dieser Fragen in die Agitation. Die bisher bei uns fast ausschließlich herrschende Agitationsform, nämlich die Agitation durch lokale Flugblätter, genügt nicht mehr: sie ist zu eng, denn sie berührt nur lokale und in erster Linie wirtschaftliche Fragen. Es muß der Versuch gemacht werden, eine höhere Form der Agitation zu schaffen – durch die Zeitung, die die Beschwerden der Arbeiter, die Arbeiterstreiks, die anderen Formen des proletarischen Kampfes und alle Erscheinungsformen der politischen Unterdrückung in ganz Rußland periodisch registriert und aus jeder

dieser Tatsachen vom Standpunkt der Endziele des Sozialismus und der politischen Aufgaben des russischen Proletariats bestimmte Schlüsse zieht. „Den Rahmen ausdehnen und den Inhalt unserer propagandistisch-agitatorischen und organisatorischen Tätigkeit erweitern" — diese Worte P. B. Axelrods müssen zu der Losung werden, die die Tätigkeit der russischen Sozialdemokraten in der nächsten Zeit bestimmt, und diese Losung nehmen wir in das Programm unserer Organe auf.

Hier taucht naturgemäß folgende Frage auf: Wenn die von uns geplanten Organe dem Zwecke dienen sollen, alle russischen Sozialdemokraten zu vereinigen und sie zu einer Partei zusammenzuschließen, so müssen sie alle Schattierungen der Meinungen, alle lokalen Besonderheiten, die ganze Mannigfaltigkeit der praktischen Methoden widerspiegeln. Wie aber diese Vereinigung verschiedenartiger Standpunkte mit der redaktionellen Einheitlichkeit der Organe in Einklang bringen? Sollen diese Organe eine einfache Zusammenstellung der verschiedenartigen Anschauungen sein, oder sollen sie eine selbständige, ganz bestimmte Richtung haben?

Wir entscheiden diese Fragen in dem letztgenannten Sinn und hoffen, daß sich ein Organ mit einer klar bestimmten Richtung (wie wir weiter unten ausführen werden) sowohl für die Darlegung der verschiedenen Gesichtspunkte als auch für eine kameradschaftliche Polemik unter den Mitarbeitern durchaus eignen kann. Wir stehen unseren Anschauungen nach völlig auf dem Boden der grundlegenden Ideen des Marxismus (wie sie im „Kommunistischen Manifest" und in den Programmen der westeuropäischen Sozialdemokraten zum Ausdruck kommen); wir treten für die konsequente Entwicklung dieser Ideen im Geiste von Marx und Engels ein und lehnen entschieden jene halbschlächtigen und opportunistischen Korrekturen ab, die jetzt nach dem Beispiel Bernsteins so sehr zur Mode geworden sind. Wir sehen die Aufgabe der Sozialdemokratie in der Organisierung des proletarischen Klassenkampfes, in der Förderung dieses Kampfes, in der Aufzeigung seines notwendigen Endziels, in der Analyse der Bedingungen, die die Methoden der Führung dieses Kampfes bestimmen. „Die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein."[103] Wenn wir aber die Sozialdemokratie nicht von der Arbeiterbewegung trennen, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß sie die Aufgabe hat, die Interessen dieser Bewegung in allen Ländern, in

ihrer Gesamtheit zu vertreten, daß sie keineswegs in eine blinde Anbetung dieser oder jener einzelnen Phase, in der sich die Bewegung zu dieser oder jener Zeit, an diesem oder jenem Ort befindet, verfallen darf. *Wir halten es für die Pflicht der Sozialdemokratie, jede revolutionäre Bewegung* gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu unterstützen, und sehen ihr Ziel in der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, in der Expropriation der Expropriateure und in der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft. Wir lehnen entschieden jeden Versuch ab, den revolutionären Charakter der Sozialdemokratie, die die Partei der sozialen Revolution ist und allen auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehenden Klassen schonungslos feindlich gegenübersteht, abzuschwächen oder zu vertuschen. Insbesondere halten wir den Sturz der Selbstherrschaft für eine geschichtliche Aufgabe der russischen Sozialdemokratie: die russische Sozialdemokratie ist berufen, die Vorkämpferin der russischen Demokratie zu sein, sie ist berufen, das Ziel zu verwirklichen, das ihr durch die ganze gesellschaftliche Entwicklung in Rußland gestellt ist und das ihr die ruhmreichen Kämpfer der russischen revolutionären Bewegung als Vermächtnis hinterlassen haben. Nur wenn sie den wirtschaftlichen Kampf mit dem politischen untrennbar verbindet, wenn sie die politische Propaganda und Agitation in immer breitere Schichten der Arbeiterklasse trägt, kann die Sozialdemokratie ihre Bestimmung erfüllen.

Von diesem Gesichtspunkt aus (der hier nur in ganz allgemeinen Linien dargelegt ist, da er bereits mehrfach von der Gruppe „Befreiung der Arbeit" wie auch im „Manifest" der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands und in seinem „Kommentar", in der Broschüre „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten"*, ferner in der Broschüre „Die Sache der Arbeiter in Rußland" (Begründung des Programms der russischen Sozialdemokratie) ausführlich dargestellt und begründet worden ist) werden wir alle theoretischen und praktischen Fragen beleuchten und bemüht sein, alle Erscheinungsformen der Arbeiterbewegung und des demokratischen Protestes in Rußland mit den erwähnten Ideen zu verknüpfen.

Obwohl wir unsere literarische Arbeit vom Standpunkt einer bestimmten Richtung durchführen werden, beabsichtigen wir durchaus nicht, alle

* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 299, russ. *Die Red.*

Einzelheiten unserer Auffassungen für die Auffassungen aller russischen Sozialdemokraten auszugeben, haben wir durchaus nicht die Absicht, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu leugnen, zu vertuschen oder zu unterdrücken. Im Gegenteil, wir wollen unsere Organe zu Organen der *Diskussion* aller Fragen machen, an der alle russischen Sozialdemokraten mit Anschauungen verschiedenster Schattierung teilnehmen. Eine Polemik zwischen Genossen lehnen wir in unseren Organen nicht nur nicht ab, sondern wir sind im Gegenteil bereit, ihr sehr viel Platz einzuräumen. Eine offene Polemik vor allen russischen Sozialdemokraten und klassenbewußten Arbeitern ist notwendig und wünschenswert, damit die Tiefe der bestehenden Meinungsverschiedenheiten klargelegt, die strittigen Fragen allseitig erörtert und die Extreme bekämpft werden können, in die Vertreter verschiedener Auffassungen, Vertreter verschiedener Gegenden oder verschiedener „Professionen" der revolutionären Bewegung unweigerlich verfallen. Wir betrachten es sogar als einen Mangel der gegenwärtigen Bewegung, daß die offene Polemik zwischen offenkundig auseinandergehenden Anschauungen fehlt, daß man bestrebt ist, Meinungsverschiedenheiten in sehr wesentlichen Fragen verborgen zu halten.

Mehr noch: Da wir in der russischen Arbeiterklasse und in der russischen Sozialdemokratie die Vorkämpferin für die Demokratie, für die politische Freiheit sehen, halten wir es für notwendig, danach zu streben, unsere Presseorgane zu *allgemein-demokratischen Organen* zu machen, nicht in dem Sinne, daß wir bereit wären, auch nur einen Augenblick den Klassenantagonismus zwischen dem Proletariat und den anderen Klassen zu vergessen, nicht in dem Sinne, daß wir auch nur die geringste Verwischung des Klassenkampfes zulassen wollten — nein, sondern in dem Sinne, daß wir *alle* demokratischen Fragen aufrollen und erörtern, ohne uns allein auf eng proletarische Fragen zu beschränken, daß wir alle Fälle und Äußerungen der politischen Unterdrückung aufgreifen und erörtern, den Zusammenhang zwischen der Arbeiterbewegung und dem politischen Kampf in allen seinen Formen aufzeigen, alle ehrlichen Kämpfer gegen die Selbstherrschaft heranziehen, welcher Ansicht sie auch seien und welchen Klassen sie auch angehören mögen, daß wir sie heranziehen für die Unterstützung der Arbeiterklasse, als der einzigen revolutionären und dem Absolutismus unwiderruflich feindlichen Kraft. Wenn wir uns in erster Linie an die russischen Sozialisten und klassenbewußten Arbeiter

wenden, so wollen wir uns darum doch nicht ausschließlich auf sie beschränken. Wir appellieren auch an alle, die durch die gegenwärtige politische Ordnung Rußlands unterdrückt und geknechtet werden, die die Befreiung des russischen Volkes aus seiner politischen Sklaverei anstreben, wir fordern sie auf, die Presseorgane zu unterstützen, die ihre Kräfte einsetzen, um die Arbeiterbewegung als revolutionäre politische Partei zu organisieren, wir öffnen ihnen die Spalten unserer Organe zur Enthüllung aller Niederträchtigkeiten und Verbrechen der russischen Selbstherrschaft. Wir appellieren an sie in der Überzeugung, daß das von der russischen Sozialdemokratie erhobene Banner des politischen Kampfes zum Banner des gesamten Volkes werden kann und muß.

Die Aufgaben, die wir uns stellen, sind im höchsten Grade weitgefaßt und allumfassend, und wir würden es nicht wagen, diese Aufgaben anzupacken, wenn wir nicht aus all unseren Erfahrungen die unerschütterliche Überzeugung gewonnen hätten, daß es sich um die dringendsten Aufgaben der gesamten Bewegung handelt, wenn wir uns nicht der Sympathie und des Versprechens allseitiger und dauernder Unterstützung versichert hätten: erstens seitens mehrerer Organisationen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands und einzelner in verschiedenen Städten tätigen Gruppen russischer Sozialdemokraten; zweitens seitens der Gruppe „Befreiung der Arbeit", die die russische Sozialdemokratie gegründet und immer an der Spitze ihrer Theoretiker und literarischen Repräsentanten gestanden hat; drittens seitens einer ganzen Anzahl Personen, die keinen Organisationen angehören, die aber mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung sympathisieren und ihr nicht wenige Dienste erwiesen haben. Wir werden alle unsere Kräfte daransetzen, um den von uns gewählten Teil der gemeinsamen revolutionären Arbeit in der erforderlichen Weise durchzuführen, und wir streben danach, daß alle russischen Genossen unsere Publikationen als ihre Organe betrachten, denen *jede* Gruppe alle Informationen über die Bewegung zukommen läßt, denen sie Mitteilung macht über ihre Ansichten, über ihre Anforderungen an die Literatur, über ihre Erfahrungen, ihre Beurteilung der sozialdemokratischen Publikationen, mit einem Wort, denen sie alles mitteilt, was sie in die Bewegung hineinträgt und was sie aus ihr gewinnt. Nur unter dieser Bedingung wird es möglich sein, ein wirklich gesamtrussisches sozialdemokratisches Organ zu schaffen. Die russische Sozialdemokratie fühlt sich bereits beengt in

der Untergrundarbeit, die die einzelnen Gruppen und zersplitterten Zirkel leisten; es ist an der Zeit, daß sie den Weg offener Propaganda des Sozialismus, den Weg des offenen politischen Kampfes beschreitet – und die Gründung eines gesamtrussischen sozialdemokratischen Organs muß *der erste Schritt auf diesem Wege* sein.

*Geschrieben im Frühjahr 1900.*
*Zuerst veröffentlicht 1925 im Lenin-Sammelband IV.*

*Nach einer Abschrift von unbekannter Hand.*

# WIE DER „FUNKE" BEINAHE ERLOSCHEN WÄRE

Ich fuhr zuerst nach Zürich, fuhr allein und ohne Arsenjew (Potressow) vorher gesehen zu haben. In Zürich empfing mich P. B. Axelrod mit offenen Armen, und ich verbrachte zwei Tage in sehr herzlichem Gespräch mit ihm. Die Unterhaltung war wie zwischen Freunden, die sich lange nicht gesehen haben: wir sprachen von allem möglichen, wie es gerade kam, gar nicht wie bei einer Arbeitsbesprechung. Es zeigte sich, daß P. B. in Fragen der Arbeit überhaupt wenig mitsprechen kann*; es war zu merken, daß er G. W. Plechanow das Wort redet, daran zu merken, wie er darauf bestand, daß die Druckerei für die Zeitschrift in Genf eingerichtet werde. Im allgemeinen aber „schmeichelte" (man entschuldige diesen Ausdruck) P. B. sehr, er sagte, daß für sie *alles* mit unserem Unternehmen verknüpft sei, daß das für sie die Wiedergeburt bedeute, daß „wir" jetzt die Möglichkeit haben würden, auch gegen die extremen Ansichten von G. W. zu polemisieren — die letztere Äußerung habe ich mir besonders gemerkt, und die ganze weitere „Historia" hat ja auch bewiesen, daß es besonders bemerkenswerte Worte waren.

Ich komme nach Genf. Arsenjew macht mich darauf aufmerksam, daß man mit G. W., der über die Spaltung[104] furchtbar erregt und mißtrauisch sei, sehr vorsichtig sein müsse. Tatsächlich haben die Besprechungen mit dem letzteren sofort gezeigt, daß er mißtrauisch, argwöhnisch und rechthaberisch** nec plus ultra*** ist. Ich war bemüht, vorsichtig zu sein, vermied die „wunden" Punkte, aber dieses ständige Auf-der-Hut-

* „mitsprechen kann" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

** „rechthaberisch" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

*** in höchstem Maße. *Die Red.*

а. / Как чуть не потухла «Искра»?

STEINDL'S WIENER-GRAND-CAFÉ

ZÜRICH

Bahnhofplatz.

Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript
„Wie der ‚Funke' beinahe erloschen wäre"

1900

*Verkleinert*

Sein mußte sich natürlich äußerst ungünstig auf die Stimmung auswirken. Von Zeit zu Zeit gab es auch kleine „Reibungen" in Form hitziger Repliken G. W.s auf jede kleine Bemerkung, die geeignet war, die (durch die Spaltung) erhitzten Leidenschaften wenigstens etwas abzukühlen oder zu dämpfen. „Reibungen" gab es auch in den Fragen der Taktik der Zeitschrift: G. W. bekundete fortwährend absolute Intoleranz, Unfähigkeit und mangelnden Willen, auf fremde Argumente einzugehen, und dabei Unaufrichtigkeit, jawohl Unaufrichtigkeit. Wir erklärten, daß wir Struve gegenüber *soweit wie möglich* nachsichtig sein müßten, weil *wir selbst* an seiner Entwicklung nicht ohne Schuld seien, weil wir, *darunter auch G. W.*, nicht Widerstand geleistet haben, als das notwendig gewesen wäre (1895, 1897). G. W. wollte eine Schuld seinerseits, auch die geringste, absolut nicht anerkennen und tat alles mit sichtlich untauglichen Argumenten ab, die die Frage *beiseite schoben*, aber nicht klärten. In einer kameradschaftlichen Unterredung zwischen künftigen Redaktionskollegen wirkte diese... Diplomatie äußerst unangenehm: wozu sich selbst betrügen und erklären, ihm, G. W., sei 1895 „befohlen"(??) worden, „nicht zu schießen" (auf Struve), er aber sei gewohnt zu tun, was man ihm befehle (so sieht er aus!).[105] Wozu sich selbst betrügen und versichern, daß er, G. W., 1897 (als Struve im „Nowoje Slowo" schrieb, es sei sein Ziel, eine der grundlegenden Thesen des Marxismus zu widerlegen) sich nicht dagegen gewandt habe, weil er eine Polemik zwischen Mitarbeitern ein und derselben Zeitschrift absolut nicht verstehen könne (und auch nie verstehen werde).[106] Diese Unaufrichtigkeit ärgerte uns furchtbar, um so mehr, als G. W. bemüht war, in der Diskussion die Sache so darzustellen, als wollten wir keinen schonungslosen Kampf gegen Struve, als wollten wir „dauernd versöhnen" usw. Hitzige Auseinandersetzungen gab es auch um die Frage der Polemik in der Zeitschrift überhaupt: G. W. war dagegen und wollte unsere Argumente nicht hören. Er zeigte einen Haß gegen die „Auslandsbündler", der ans Unanständige grenzte (er verdächtigte sie der Spitzelei, warf ihnen Geschäftemacherei, Gaunerei vor, erklärte, er würde solche „Verräter", ohne zu zögern, „erschießen" usw.). Die entferntesten Andeutungen, daß auch er in Extreme verfallen sei (z. B. mein Hinweis auf die Veröffentlichung von Privatbriefen[107] und die Unvorsichtigkeit dieses Verfahrens), versetzten G. W. geradezu in heftige Erregung und sichtliche Gereiztheit. Offensichtlich wuchs sowohl

bei ihm als auch bei uns die Unzufriedenheit. Bei ihm kam das unter anderem in folgendem zum Ausdruck: Wir hatten eine redaktionelle Ankündigung („Im Namen der Redaktion")* entworfen, in der von den Aufgaben und dem Programm unserer Publikationen die Rede war; diese war (vom Standpunkt G. W.s) in „opportunistischem" Geiste geschrieben: eine Polemik zwischen Mitarbeitern wurde für zulässig erklärt, der Ton war bescheiden, es wurde der Vorbehalt einer möglichen friedlichen Beilegung des Streites mit den „Ökonomisten" gemacht usw. Betont wurden in der Ankündigung auch unsere Zugehörigkeit zur Partei und unser Wunsch, an ihrer Vereinigung zu arbeiten. G. W. hatte diese Ankündigung zusammen mit Arsenjew und W. I. Sassulitsch gelesen, schon vor meiner Ankunft, hatte sie gelesen und keinen Einwand gegen den Inhalt gemacht. Er hatte nur den Wunsch geäußert, den Stil zu verbessern, ihn zu heben, den ganzen Gedankengang aber zu lassen. Zu diesem Zweck hatte ihm A. N. Potressow die Ankündigung auch dagelassen. Als ich ankam, sagte mir G. W. kein Wort davon, wenige Tage später aber, als ich bei ihm war, gab er mir die Ankündigung zurück — hier, bitte, vor Zeugen gebe ich sie unversehrt wieder, ich habe sie nicht verloren. Ich frage, warum er nicht die beabsichtigten Änderungen an ihr vorgenommen habe. Er macht Ausflüchte: Das könne man auch später tun, das gehe rasch, jetzt lohne es nicht. Ich nahm die Ankündigung, verbesserte sie selbst (es war eine noch in Rußland entworfene Rohfassung) und las sie G. W. zum zweitenmal vor (in Anwesenheit von W. I.), wobei *ich* ihn diesmal *direkt* bat, sie an sich zu nehmen und zu verbessern. Er machte wieder Ausflüchte und wollte diese Arbeit der neben ihm sitzenden W. I. übertragen (was nun ganz seltsam war, denn wir hatten W. I. nicht darum gebeten, auch hätte sie die Ankündigung gar nicht so verbessern können, daß der Ton „gehoben" worden wäre und sie den Charakter eines Manifestes erhalten hätte).

So ging die Sache bis zur Konferenz (an der die ganze Gruppe „Befreiung der Arbeit": G. W., P. B., W. I. und wir beide, da unser Dritter[108] fehlte, teilnahmen). Endlich traf P. B. ein, und die Konferenz begann. In der Frage unserer Stellung zum Jüdischen Verband („Bund") legte G. W. eine phänomenale Intoleranz an den Tag: er erklärte ihn direkt für eine nicht-sozialdemokratische, vielmehr einfach ausbeuterische Organisation,

* Siehe den vorliegenden Band, S. 316. *Die Red.*

die die Russen ausbeute, und sagte, unser Ziel sei, diesen „Bund" aus der Partei hinauszuwerfen, die Juden seien durchweg Chauvinisten und Nationalisten, und die russische Partei müsse russisch sein, sie dürfe sich nicht „in die Gefangenschaft" derer vom „Stamme Gads" begeben usw. Alle unsere Einwände gegen diese unanständigen Reden führten zu nichts, und G. W. beharrte voll und ganz auf seinem Standpunkt, wobei er sagte, wir kennten das Judentum einfach nicht genügend und besäßen keinerlei Lebenserfahrungen im Umgang mit Juden. Es wurde keine Resolution zu dieser Frage angenommen. Auf der Konferenz lasen wir die „Ankündigung" gemeinsam: G. W. benahm sich sonderbar, er schwieg, schlug keinerlei Abänderungen vor, wandte sich nicht dagegen, daß hier eine Polemik für zulässig erklärt wurde, überhaupt sah es so aus, als wollte er sich selbst ausschalten, jawohl ausschalten, als wollte er sich nicht beteiligen, und nur so nebenbei, im Vorübergehen ließ er die giftige und boshafte Bemerkung fallen, er allerdings hätte (sie hätten, d. h. die Gruppe „Befreiung der Arbeit", in der er der Diktator ist) natürlich die Ankündigung nicht so geschrieben. Diese von G. W. flüchtig hingeworfene Bemerkung, die er übrigens einem Satz anderen Inhalts anhängte, berührte mich besonders unangenehm; da findet nun eine Beratung der Redaktionskollegen statt, und einer der Redakteure (den man *zwei*mal gebeten hatte, seinen eigenen Entwurf der Ankündigung oder einen Entwurf für Verbesserungen zu unserer Ankündigung zu geben) schlägt keinerlei Abänderungen vor, sondern bemerkt nur sarkastisch, er allerdings hätte natürlich nicht so geschrieben (nicht so schüchtern, bescheiden, opportunistisch — wollte er sagen). Das zeigte bereits klar, daß die Beziehungen zwischen ihm und uns nicht normal sind. Weiter — auf die weniger wichtigen Fragen der Konferenz gehe ich nicht ein — wird die Frage des Verhältnisses zu Bobo[109] und Mich. Iw. Tugan-Baranowski aufgeworfen. Wir sind für *bedingte* Aufforderung zur Mitarbeit (hierzu trieb uns unweigerlich G. W.s Schroffheit: wir wollten damit zeigen, daß wir ein anderes Verhältnis wünschten. G. W.s unglaubliche Schroffheit zwingt einfach irgendwie instinktiv zum Protest, zur Verteidigung seiner Gegner. Wera Iwanowna bemerkte sehr treffend, G. W. polemisiere immer so, daß er beim Leser Sympathien für seinen Gegner wecke). G. W. erklärt sehr kühl und trocken, er sei damit absolut nicht einverstanden, und schweigt demonstrativ während all unserer ziemlich langen Gespräche mit P. B. und W. I.,

die nicht abgeneigt sind, sich mit uns einverstanden zu erklären. Während dieses ganzen Vormittags war die Atmosphäre äußerst drückend: die Sache sah unzweifelhaft so aus, daß G. W. ein Ultimatum stellt: entweder er oder Einladung dieser „Schurken". Als wir das sahen, entschlossen Arsenjew und ich uns zum Nachgeben und erklärten gleich zu Beginn der Abendsitzung, daß wir „auf Verlangen von G. W. hin" unseren Vorschlag zurückziehen. Diese Erklärung wurde mit Schweigen aufgenommen (als ob es sich von selbst verstünde, daß wir nachgeben müssen!). Uns versetzte diese „ultimative Atmosphäre" (wie Arsenjew sich später ausdrückte) in ziemliche Gereiztheit; G. W.s Wunsch, unumschränkt zu herrschen, kam offen zum Ausdruck. Vorher, als wir in einer Privatunterhaltung über Bobo sprachen (G. W., Arsenjew, W. I. und ich bei einem Abendspaziergang im Wald), legte mir G. W. nach einem hitzigen Streit die Hand auf die Schulter und sagte: „Aber ich stelle ja gar keine Bedingungen, Herrschaften, wir werden über alles das in der Konferenz gemeinsam beraten und gemeinsam beschließen." Damals rührte mich das sehr. In der Konferenz aber kam es gerade umgekehrt: in der Konferenz wich G. W. einer kameradschaftlichen Diskussion aus, hüllte sich zornig in Schweigen, und es war offenkundig, daß er mit seinem Schweigen eine „*Bedingung stellte*". Für mich trat hier seine Unaufrichtigkeit schroff zutage (wenn ich auch nicht gleich meine Eindrücke so klar formulierte), Arsenjew aber erklärte offen: „Ich werde ihm dieses Zugeständnis nicht vergessen!" Dann kam der Sonnabend. Ich erinnere mich nicht mehr genau, worüber man an diesem Tage sprach, aber abends, als wir alle zusammen gingen, kam es zu einem neuen Konflikt. G. W. sagte, man sollte eine Person (die in der Literatur noch nicht hervorgetreten ist, in der G. W. aber ein philosophisches Talent sehen will, ich kenne diese Person nicht, bekannt ist ihre blinde Verehrung für G. W.) mit einem philosophischen Aufsatz beauftragen, und nun sagt G. W.: Ich werde ihm raten, seinen Aufsatz mit einer Bemerkung gegen Kautsky einzuleiten — ein sauberer Patron das, ist bereits zum „Kritiker" geworden, läßt in der „Neuen Zeit"[110] philosophische Aufsätze von „Kritikern" erscheinen, und den „Marxisten" (nämlich Plechanow) gibt er nicht volle Bewegungsfreiheit. Als Arsenjew von der Absicht eines so scharfen Ausfalls gegen Kautsky (der bereits aufgefordert worden war, an der Zeitschrift mitzuarbeiten) hörte, war er empört und wandte sich leidenschaftlich dagegen, weil er das unangebracht

fand. G. W. war beleidigt und erbost, ich schloß mich der Meinung Arsenjews an. P. B. und W. I. schwiegen. Eine halbe Stunde später reiste G. W. ab (wir hatten ihn auf den Dampfer gebracht), zuletzt hatte er schweigend dagesessen, düster wie eine Gewitterwolke. Als er fort war, fühlten wir uns alle erleichtert und ein „gütliches" Gespräch kam in Gang. Für den nächsten Tag, Sonntag (heute ist Sonntag, der 2. September. Es ist also *erst* eine Woche her!!!, mir aber scheint es, als sei seitdem ein Jahr vergangen! So weit ist das schon in die Ferne gerückt!), wurde festgelegt, die Sitzung nicht bei uns, außerhalb der Stadt, sondern bei G. W. abzuhalten. Wir kommen dorthin – erst Arsenjew, später ich. G. W. schickt P. B. und W. I., um Arsenjew auszurichten, er, G. W., lehne es ab, Mitredakteur zu sein, er wolle nur einfacher Mitarbeiter sein. P. B. geht fort. W. I., völlig fassungslos, ganz außer sich, sagt stammelnd zu Arsenjew: „George ist unzufrieden, er will nicht..." Ich komme. G. W. öffnet mir, reicht mir mit einem etwas sonderbaren Lächeln die Hand und geht dann wieder. Ich trete in das Zimmer, in dem W. I. und Arsenjew mit seltsamen Gesichtern dasitzen. „Nun, was ist los, Herrschaften?" frage ich. G. W. tritt ein und bittet uns in sein Zimmer. Dort erklärt er, es wäre besser, wenn er nur Mitarbeiter sei, einfacher Mitarbeiter, da es sonst nur Reibungen geben würde, daß er die Dinge offenbar anders betrachte als wir, daß er unseren Standpunkt, den Parteistandpunkt, verstehe und achte, ihn aber nicht teilen könne. Wir sollen also die Redakteure, er aber Mitarbeiter werden. Als wir das hörten, waren wir völlig verblüfft, direkt wie vor den Kopf geschlagen und erhoben Einwände. Daraufhin sagte G. W.: „Nun gut, wenn wir gemeinsam arbeiten sollen, wie werden wir dann abstimmen; wieviel Stimmen haben wir?" – „Sechs." – „Sechs sind unpraktisch." – „Nun, mag dann G. W. zwei Stimmen haben", wirft W. I. ein, „sonst wird er immer allein sein – zwei Stimmen in Fragen der Taktik." Wir sind einverstanden. Darauf reißt G. W. die Zügel der Leitung an sich und beginnt im Tone eines Chefredakteurs die Arbeitsgebiete und die Artikel für die Zeitschrift zu verteilen, wobei er dem einen und dem anderen der Anwesenden verschiedene Arbeitsgebiete überträgt – in einem Tone, der keinen Widerspruch zuläßt. Wir alle sitzen wie begossene Pudel da, stimmen teilnahmslos allem zu und sind immer noch nicht imstande, das Vorgefallene zu verdauen. Wir fühlen, daß wir die Dummen sind, daß unsere Bemerkungen immer schüchterner werden, daß G. W.

sie „beiseite schiebt" (nicht widerlegt, sondern beiseite schiebt), und zwar mit immer größerer Leichtigkeit und Geringschätzung, daß das „neue System" de facto* ganz und gar auf die uneingeschränkte Herrschaft G. W.s hinausläuft und daß G. W., der das ausgezeichnet begreift, sich nicht geniert, seine Herrschaft rücksichtslos auszuüben, daß er mit uns nicht gerade viel Umstände macht. Wir erkannten, daß wir gründlich hereingelegt und aufs Haupt geschlagen worden waren, waren jedoch noch nicht imstande, unsere Lage ganz zu erfassen. Kaum aber waren wir beide allein, kaum hatten wir den Dampfer verlassen und waren auf dem Weg zu dem Landhaus, in dem wir wohnten, da brach es plötzlich aus uns heraus, und wir entluden uns in den wütendsten und erbittertsten Tiraden gegen G. W.

Ehe ich jedoch den Inhalt dieser Tiraden wiedergebe und berichte, wozu sie geführt haben, will ich ein wenig abschweifen und noch einmal zurückgreifen. Warum hat uns der Gedanke einer absoluten Herrschaft Plechanows (unabhängig von der *Form* seiner Herrschaft) so empört? Früher hatten wir immer so gedacht: Wir werden die Redakteure sein, sie aber — die nächsten Mitarbeiter. Ich hatte vorgeschlagen, von vornherein die Frage auch formell so zu stellen (noch in Rußland), Arsenjew aber riet, die Frage nicht formell zu stellen, sondern lieber „im Guten" vorzugehen (was zu demselben Resultat führen würde) — und ich willigte ein. Beide waren wir aber darin einig, daß wir die Redakteure sein müßten, einmal, weil die „Alten" äußerst intolerant sind, und dann auch, weil sie nicht imstande sein würden, die mühselige redaktionelle Kleinarbeit pünktlich zu verrichten: nur diese Erwägungen waren für uns ausschlaggebend, ihre ideologische Leitung aber wurde von uns durchaus gern anerkannt. Die Gespräche, die ich in Genf mit Plechanows nächsten Freunden und Anhängern aus Kreisen der Jungen hatte (Mitglieder der Gruppe „Sozialdemokrat"[111], alte Anhänger Plechanows, Parteiarbeiter, keine Arbeiter, sondern Parteiarbeiter, einfache sachliche Menschen, die Plechanow voll und ganz ergeben sind), diese Gespräche bestärkten mich (und Arsenjew) durchaus in der Auffassung, daß wir unbedingt so an die Sache herangehen müssen; diese seine Anhänger selbst erklärten uns ohne Umschweife, es wäre wünschenswert, wenn sich die Redaktion in Deutschland befände, *denn dadurch würden wir unabhängiger von G. W. sein;*

* faktisch, in der Tat. *Die Red.*

wenn die Alten die faktische Redaktionsarbeit in ihren Händen hielten, wäre das gleichbedeutend mit schrecklichen Verzögerungen und vielleicht sogar mit dem Scheitern der Sache. Aus den gleichen Erwägungen trat auch Arsenjew *bedingungslos* für Deutschland ein.

Ich bin in meiner Schilderung, die zeigen soll, wie der „Funke" beinahe erloschen wäre, bei unserer Heimkehr am Sonntag abend, dem 26. August neuen Stils, stehengeblieben. Kaum waren wir nach Verlassen des Dampfers allein, da entluden wir uns geradezu in einer Flut von Worten der Empörung. Es brach förmlich aus uns heraus, die schwüle Atmosphäre entlud sich in einem Gewitter. Bis in den späten Abend gingen wir von einem Ende unseres Dörfchens zum anderen, die Nacht war ziemlich dunkel, ringsum grollten Gewitter und zuckten Blitze. Wir gingen auf und ab und machten unserer Empörung Luft. Wie ich mich erinnere, begann Arsenjew mit der Erklärung, seine persönlichen Beziehungen zu Plechanow seien ein für allemal gelöst, er werde sie nie wieder aufnehmen; sachliche Beziehungen würden bleiben — persönlich bin ich mit ihm fertig*. Die Art, wie er uns behandelt, sei in solchem Maße beleidigend, daß wir zu dem Verdacht gezwungen seien, er hege sehr „unsaubere" Gedanken in bezug auf uns (d. h., er stelle uns innerlich auf die gleiche Stufe mit Strebern**). Er malträtiere uns usw. Ich pflichtete diesen Beschuldigungen voll und ganz bei. Meine „Vernarrtheit" in Plechanow war ebenfalls wie weggeblasen, und ich war unglaublich verletzt und verbittert. Nie, niemals in meinem Leben hatte ich für einen Menschen so viel aufrichtige Hochachtung und Verehrung, vénération***, empfunden, keinem Menschen war ich so „ehrfürchtig" gegenübergetreten — und nie ist mir ein so brutaler „Fußtritt" versetzt worden. Und wirklich war es so, daß wir einen Fußtritt erhalten hatten: man hatte uns gedroht wie Kindern, gedroht, die Erwachsenen würden fortgehen und uns allein lassen, und als wir es mit der Angst bekamen (welche Schande!), da wurden wir mit unglaublicher Unverfrorenheit beiseite geschoben. Es wurde uns jetzt völlig klar, daß Plechanows Erklärung am Morgen, er lehne es ab, Mitredakteur zu sein, nichts als eine einfache Falle gewesen war, ein berechneter Schachzug, ein Hinterhalt für naive „Gimpel": das konnte keinem Zweifel unter-

* „fertig" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

** „Streber" hier und auch weiter bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

*** hohe Achtung, Verehrung. *Die Red.*

liegen, denn wenn Plechanow wirklich die Mitredaktion gefürchtet hätte, wenn er gefürchtet hätte, die Sache zu hemmen, gefürchtet hätte, unnötige Reibungen unter uns hervorzurufen, so hätte er auf keinen Fall eine Minute später zeigen (und auf grobe Weise zeigen) können, daß seine *Mit*redaktion völlig gleichbedeutend ist mit seiner *Allein*redaktion. Wenn aber ein Mensch, mit dem wir in nahe Beziehungen treten, um ein gemeinsames, uns am Herzen liegendes Werk zu vollbringen, wenn ein solcher Mensch seinen Genossen mit Schachzügen kommt, so kann es keinen Zweifel mehr geben, daß dieser Mensch schlecht, jawohl schlecht ist, daß er sich von Motiven persönlicher, kleinlicher Eigenliebe und Eitelkeit leiten läßt, daß er ein unaufrichtiger Mensch ist. Nach dieser Entdeckung — es war für uns eine richtige Entdeckung! — waren wir wie vom Donner gerührt, denn beide waren wir bis dahin in Plechanow vernarrt gewesen und hatten ihm, wie einem geliebten Menschen, alles verziehen, hatten vor allen seinen Mängeln die Augen geschlossen und uns mit aller Kraft einzureden versucht, daß es diese Mängel nicht gäbe, das seien Kleinigkeiten, um die sich nur Leute kümmern, die das Prinzipielle nicht genügend schätzen. Und nun mußten wir uns selbst durch Augenschein davon überzeugen, daß diese „kleinen" Mängel imstande waren, die ergebensten Freunde abzustoßen, daß keinerlei Überzeugung von der Richtigkeit seiner theoretischen Auffassungen seine *abstoßenden* Eigenschaften vergessen lassen konnte. Unsere Empörung war grenzenlos: das Ideal war zerschlagen, und wir traten es voller Genugtuung mit Füßen, wie einen gestürzten Götzen; die härtesten Anklagen nahmen kein Ende. So geht es nicht! entschieden wir. Unter solchen Umständen wollen, werden und *können* wir *nicht* zusammenarbeiten. Ade, Zeitschrift! Wir geben alles auf und fahren nach Rußland, dort werden wir die Sache von neuem organisieren und uns auf die Zeitung beschränken. Wir wollen keine Schachfiguren in den Händen dieses Mannes sein; er läßt kameradschaftliche Beziehungen weder zu, noch versteht er sie. Wir können uns nicht dazu entschließen, die Redaktion *selbst* zu übernehmen, außerdem wäre das jetzt einfach widerwärtig, es würde geradezu den Anschein erwecken, als jagten wir nur nach Redakteurposten, als wären wir Streber, Karrieristen, als spräche auch aus uns die gleiche Eitelkeit, nur von geringerem Kaliber... Es ist schwer, unseren Zustand an jenem Abend hinreichend genau zu schildern: in einer so komplizierten, schweren und trüben Geistesverfassung befan-

den wir uns! Es war ein wirkliches Drama, ein völliger Bruch mit dem, was ich lange Jahre hindurch wie ein geliebtes Kind gehegt und gepflegt hatte, womit ich meine ganze Lebensarbeit untrennbar verband. Und alles das, weil wir früher in Plechanow vernarrt waren: wäre diese Vernarrtheit nicht gewesen, hätten wir uns mit kälterem Blut, mit mehr Gleichmut zu ihm verhalten, hätten wir ihn mit etwas mehr Abstand betrachtet — so hätten wir uns zu ihm anders benommen und keinen solchen Zusammenbruch, im wahren Sinne dieses Wortes, erlebt, keine solche „moralische kalte Dusche" bekommen, wie Arsenjew es völlig richtig ausdrückte. Es war die härteste Lehre, die das Leben erteilen kann, eine verletzend-harte, eine verletzend-grobe Lehre. Jüngere Genossen „umwerben" den älteren Genossen aus großer Liebe zu ihm, dieser aber bringt plötzlich in diese Liebe eine Atmosphäre der Intrige hinein und zwingt sie, sich nicht als jüngere Brüder zu fühlen, sondern als dumme Jungen, die man an der Nase herumführt, als Schachfiguren, die man willkürlich hin- und herschieben kann, oder sogar als ungeschickte Streber, die man gehörig einschüchtern und unter Druck halten muß. Und die verliebte Jugend erhält vom Gegenstand ihrer Liebe die bittere Zurechtweisung: Es ist notwendig, allen Menschen „ohne Sentimentalität" gegenüberzutreten, es ist notwendig, stets einen Stein wurfbereit in der Tasche zu halten. Unzählig viele solch bitterer Worte sprachen wir an jenem Abend. Die Plötzlichkeit des Zusammenbruchs rief natürlicherweise auch viele Übertreibungen hervor, aber dem Wesen der Sache nach waren diese bitteren Worte richtig. Blind geworden durch unsere Vernarrtheit, hatten wir uns im Grunde wie *Sklaven* benommen; Sklave zu sein ist aber eine unwürdige Sache, und dieses Bewußtsein wurde noch hundertfach kränkender durch den Umstand, daß „er" selbst uns darüber die Augen geöffnet hatte, indem er es uns am eigenen Leibe spüren ließ...

Wir begaben uns schließlich zur Nachtruhe in unsere Zimmer, fest entschlossen, gleich morgen Plechanow unsere Empörung auszudrücken, auf die Zeitschrift zu verzichten, abzureisen und es bei der Zeitung bewenden zu lassen, das Zeitschriftenmaterial aber in Broschüren herauszugeben: die Sache wird darunter nicht leiden, und wir werden der nahen Beziehungen zu „diesem Mann" enthoben sein.

Am nächsten Tage wache ich früher als gewöhnlich auf: Schritte auf der Treppe und die Stimme P. B.s, der an Arsenjews Zimmertür klopft,

wecken mich. Ich höre, wie Arsenjew antwortet, die Tür öffnet -- ich höre das und denke dabei: Wird Arsenjew den Mut aufbringen, alles sofort zu sagen? es wäre doch besser, sofort zu reden, unbedingt sofort, und die Sache nicht in die Länge zu ziehen. Nachdem ich mich gewaschen und angekleidet habe, gehe ich zu Arsenjew, der sich wäscht. Axelrod sitzt mit etwas gezwungener Miene in einem Sessel. „Also, N. N.", wendet sich Arsenjew an mich, „ich habe P. B. von unserem Entschluß, nach Rußland zu reisen, erzählt und ihm gesagt, daß sich unserer Überzeugung nach die Sache so nicht machen läßt." — Ich schließe mich natürlich voll und ganz Arsenjew an und unterstütze ihn. Wir erzählen Axelrod alles, ohne uns zu genieren — wir genieren uns so wenig, daß Arsenjew sogar sagt, wir hätten den Verdacht, Plechanow halte uns für Streber. Axelrod, der uns im allgemeinen halb und halb zustimmt, bitter den Kopf schüttelt und sich in höchstem Grad niedergeschlagen, verwirrt und verlegen zeigt, protestiert jedoch bei dieser Bemerkung energisch und schreit, das sei denn doch nicht wahr, Plechanow habe verschiedene Mängel, aber nicht diesen, hier sei nicht mehr er gegen uns ungerecht, sondern wir gegen ihn, bisher sei er bereit gewesen, Plechanow zu sagen: „Siehst du, was du angerichtet hast, nun löffle die Suppe selber aus, ich wasche meine Hände in Unschuld", jetzt aber könne er sich dazu nicht entschließen, denn er sehe, daß auch wir ungerecht seien. Seine Versicherungen machten natürlich wenig Eindruck auf uns, und der arme P. B. bot ein ganz klägliches Bild, als er sich überzeugen mußte, daß unser Entschluß feststand.

Wir gingen zusammen fort und begaben uns zu W. I., um sie vorher zu unterrichten. Es war zu erwarten, daß die Nachricht von dem „Bruch" (die Geschichte sah tatsächlich nach einem Bruch aus) sie besonders schwer treffen würde. Ich fürchte sogar — hatte Arsenjew am Vorabend gesagt —, ich fürchte in vollem Ernst, daß sie sich das Leben nehmen wird...

Ich werde nie die Stimmung vergessen, in der wir drei das Haus verließen. „Als gingen wir in einem Leichenbegängnis", sagte ich zu mir. Und wirklich, wir gingen wie in einem Leichenbegängnis, schweigend, gesenkten Blickes, in höchstem Grade niedergeschlagen durch die Absurdität, Ungereimtheit, Sinnlosigkeit dieses Verlustes. Es war wie ein Fluch! Alles war auf dem Wege, aufs beste geregelt zu werden, geregelt zu werden nach so langem Ungemach und Mißerfolg — plötzlich aber bricht ein

Sturm herein —, und alles ist zu Ende, und alles stürzt wieder zusammen. Man glaubt sich einfach selber nicht (ebenso wie man sich selbst nicht glaubt, wenn man noch unter dem ersten Eindruck des Todes eines nahestehenden Menschen steht) — bin ich es wirklich, der leidenschaftliche Verehrer Plechanows, der jetzt mit einer solchen Erbitterung von ihm spricht und der mit fest zusammengepreßten Lippen und einer verteufelten Kälte in der Seele zu ihm geht, um ihm kalte und harte Dinge zu sagen, um ihm nahezu den „Abbruch der Beziehungen" zu erklären? Ist das tatsächlich kein böser Traum, sondern Wirklichkeit?

Dieser Eindruck wich auch nicht während des Gesprächs mit W. I. Sie zeigte keine besonders heftige Erregung, aber man sah, daß sie furchtbar niedergedrückt war; sie bat uns inständig, fragte uns fast flehend, ob wir unseren Entschluß nicht doch wieder aufgeben könnten, ob wir es nicht doch versuchen könnten, vielleicht würde es in Wirklichkeit nicht so schlimm werden, bei der Arbeit würden die Beziehungen sich einrenken, bei der Arbeit würden seine abstoßenden Charakterzüge nicht so in Erscheinung treten... Es war im höchsten Grade schwer, diese aufrichtigen Bitten eines Menschen zu hören, der Plechanow gegenüber schwach ist, eines Menschen aber, der absolut aufrichtig und der Sache leidenschaftlich ergeben ist, eines Menschen, der mit dem „Heldenmut eines Sklaven" (ein Ausdruck Arsenjews) das Joch des Plechanowkults trägt. Es war so unerträglich schwer, daß ich wahrhaftig zeitweise glaubte, ich würde in Weinen ausbrechen... In einem Leichenbegängnis kommen einem die Tränen gerade in dem Augenblick am leichtesten, wo Worte des Mitleids, der Verzweiflung gesprochen werden...

Wir verließen P. B. und W. I. Wir gingen fort, aßen zu Mittag und schickten Briefe nach Deutschland, daß wir dorthin kämen, daß sie die *Maschine anhalten* sollten, sogar ein Telegramm dieses Inhalts schickten wir (noch *vor* einem Gespräch mit Plechanow!!), und in keinem von uns regte sich ein Zweifel an der Notwendigkeit dessen, was wir taten.

Nachmittags gehen wir zur verabredeten Zeit wieder zu P. B. und W. I., bei denen Plechanow schon sein sollte. Wir nähern uns dem Haus, sie kommen alle drei heraus. Schweigend begrüßen wir einander — übrigens ist Plechanow bemüht, ein nebensächliches Gespräch zu führen (wir hatten P. B. und W. I. gebeten, ihn zu unterrichten, so daß er bereits alles weiß) —, wir kehren ins Zimmer zurück und setzen uns. Arsenjew be-

ginnt zu sprechen – zurückhaltend, kühl und kurz sagt er, daß wir bei *solchen* Beziehungen, wie sie sich gestern herausgebildet haben, den Glauben an die Möglichkeit verloren haben, die Sache durchzuführen, daß wir beschlossen haben, nach Rußland zu fahren, um uns mit den dortigen Genossen zu beraten, denn wir nehmen die Entscheidung schon nicht mehr auf uns, und daß man vorläufig auf die Zeitschrift verzichten müsse. Plechanow ist sehr ruhig, zurückhaltend, offenbar hat er sich völlig und uneingeschränkt in der Gewalt, keine Spur von der Nervosität Pawel Borissowitschs und Wera Iwanownas (der hat schon in ganz anderen Patschen gesessen! denken wir mit Wut, während wir ihn ansehen!). Er fragt, worum es sich denn eigentlich handle. „Wir befinden uns in einer ultimativen Atmosphäre", sagt Arsenjew und entwickelt diesen Gedanken etwas eingehender. – „Was haben Sie eigentlich gefürchtet, etwa, daß ich zwischen der ersten und der zweiten Nummer gegen Sie in den Streik trete?" fragt Plechanow, gegen uns zum Angriff übergehend. Er glaubte, wir würden nicht den Mut haben, das zu sagen. Aber ich antworte ebenso kalt und ruhig: „Unterscheidet sich denn das von dem, was A. N. gesagt hat? Genau das hat er doch gesagt." Plechanow ist offensichtlich unangenehm berührt. Er hatte einen solchen Ton, solche Kälte und Direktheit der Anschuldigung nicht erwartet. – „Nun, Sie haben beschlossen zu reisen, wozu dann noch reden", sagt er, „ich habe hier nichts zu sagen, meine Lage ist sehr sonderbar: Sie haben Eindrücke über Eindrücke, nichts weiter; Sie haben den Eindruck gewonnen, ich sei ein schlechter Mensch. Was kann ich da tun?" – Unsere Schuld ist vielleicht die, sage ich in der Absicht, das Gespräch von diesem „unmöglichen" Thema abzulenken, daß wir uns zuviel vorgenommen haben, ohne vorher die realen Möglichkeiten geprüft zu haben. – „Nein, wenn wir schon offen sprechen", antwortet Plechanow, „so besteht Ihre Schuld darin, daß Sie (vielleicht äußert sich darin auch die Nervosität Arsenjews) Eindrücken eine zu große Bedeutung beimessen, denen man gar keine Bedeutung beimessen sollte." Wir schweigen und sagen dann, man könne sich ja vorläufig auf Broschüren beschränken. Plechanow wird ärgerlich: „Ich dachte und denke nicht an Broschüren. *Auf mich rechnen Sie nicht.* Wenn Sie abreisen, so werde ich doch nicht die Hände in den Schoß legen, ich kann vor Ihrer Rückkehr einem anderen Unternehmen beitreten."

Nichts hat Plechanow in meinen Augen so herabgesetzt wie diese Er-

klärung, als sie mir später wieder einfiel und ich sie mir gründlich durch den Kopf gehen ließ. Es war eine so plumpe Drohung, ein so schlecht berechneter Einschüchterungsversuch, daß sie Plechanow nur „den Rest geben" konnte, denn sie deckte seine „Politik" uns gegenüber auf: es genügt, ihnen einen tüchtigen Schreck einzujagen...

Wir schenkten jedoch der Drohung *nicht die geringste Beachtung*. Ich preßte nur schweigend die Lippen zusammen: schön, wenn du uns so kommst, nun à la guerre comme à la guerre*, aber du bist ja ein Dummkopf, wenn du nicht siehst, daß wir jetzt nicht mehr die gleichen sind, daß wir uns in einer Nacht völlig gewandelt haben.

Als Plechanow nun sah, daß die Drohung nicht wirkte, versuchte er es mit einem anderen Manöver. Wahrhaftig, wie soll man es nicht ein Manöver nennen, wenn er wenige Augenblicke später, gleich darauf, davon zu reden beginnt, daß der Bruch mit uns für ihn gleichbedeutend sei mit dem vollständigen Verzicht auf politische Tätigkeit, daß er auf sie verzichten und sich der wissenschaftlichen, der rein wissenschaftlichen Literatur widmen werde, denn wenn er schon mit uns nicht arbeiten könne, so werde er es mit niemandem können... Wirkt Einschüchterung nicht, vielleicht hilft dann Schmeichelei!.. Aber *nach* dem Einschüchterungsversuch konnte das nur einen abstoßenden Eindruck hervorrufen... Das Gespräch war kurz, es kam nichts Rechtes heraus; als Plechanow das sah, lenkte er das Gespräch auf die Grausamkeiten der Russen in China, aber er sprach fast ganz allein, und bald trennten wir uns.

Nachdem Plechanow gegangen war, brachte die Unterhaltung mit P. B. und W. I. nichts Interessantes oder Wesentliches mehr: P. B. drehte und wendete sich in dem Bemühen, uns zu beweisen, daß auch Plechanow ganz niedergeschmettert sei, daß wir jetzt, wenn wir so abreisen, eine Sünde auf unsere Seele laden usw. usf. W. I. gab in einem vertrauten Gespräch mit Arsenjew zu, daß „George" stets so gewesen sei, sie gab ihren „Heldenmut des Sklaven" zu, gab zu, daß es „für ihn eine Lehre sein wird", wenn wir abreisen.

Der Rest des Abends war öde und bedrückend.

Am nächsten Tag, Dienstag, den 28. August n. St., wollten wir nach Genf und von dort nach Deutschland fahren. Am frühen Morgen weckt mich (der gewöhnlich spät aufstehende) Arsenjew. Ich wundere mich: er

* im Kriege nach Kriegsbrauch. *Die Red.*

sagt, er habe schlecht geschlafen und noch eine letzte mögliche Kombination gefunden, um die Sache wenigstens einigermaßen in Ordnung zu bringen und nicht zuzulassen, daß ein ernstes *Partei*unternehmen scheitert, weil die *persönlichen* Beziehungen verdorben sind. Wir werden einen *Sammelband* herausgeben — um so mehr, als ja das Material schon ausgewählt und die Verbindung mit einer Druckerei hergestellt ist. Wir werden diesen Sammelband vorläufig unter den augenblicklichen ungeklärten Redaktionsverhältnissen herausgeben, und dann werden wir ja sehen: vom Sammelband sei es ebenso leicht, zu einer Zeitschrift überzugehen wie zu Broschüren. Ist jedoch Plechanow halsstarrig — dann hole ihn der Teufel, wir würden dann wissen, daß wir alles getan haben, was wir konnten... So wurde auch beschlossen.

Wir gehen, um Pawel Borissowitsch und Wera Iwanowna Mitteilung zu machen und treffen sie; sie sind auf dem Wege zu uns. Sie stimmen natürlich gern zu, und P. B. übernimmt den Auftrag, mit Plechanow zu verhandeln und ihn zu bewegen, seine Zustimmung zu geben.

Wir kommen nach Genf und haben *die letzte Unterredung* mit Plechanow. Er tut so, als habe es nur ein durch Nervosität hervorgerufenes bedauerliches Mißverständnis gegeben: er fragt Arsenjew teilnahmsvoll nach seiner Gesundheit und umarmt ihn fast — dieser wäre beinahe zurückgeprallt. Plechanow ist mit dem Sammelband einverstanden; wir sagen, daß in der Redaktionsfrage drei Kombinationen möglich seien (1. wir sind die Redakteure, er Mitarbeiter; 2. wir alle sind Redaktionskollegen; 3. er ist Redakteur, wir Mitarbeiter), daß wir in Rußland diese drei Kombinationen erörtern, einen Entwurf ausarbeiten und ihn herbringen werden. Plechanow erklärt, er lehne die dritte Kombination entschieden ab, er bestehe entschieden darauf, daß man *diese* Kombination vollständig ausschließe, mit den *beiden* ersten Kombinationen dagegen sei er *einverstanden.* So beschlossen wir denn auch: Vorläufig, *bis zur Vorlage* unseres Entwurfs für ein neues Redaktionsstatut, bleibt es beim alten (alle sechs sind wir Redakteure, wobei Plechanow zwei Stimmen hat).

Plechanow spricht dann den Wunsch aus, genauer zu erfahren, worum es sich eigentlich gehandelt habe, womit wir unzufrieden seien. Ich mache die Bemerkung, es sei vielleicht besser, wenn wir unsere Aufmerksamkeit mehr auf das lenkten, was sein wird, und nicht auf das, was war. Aber

Plechanow besteht darauf, die Sache müsse geklärt, müsse bereinigt werden. Es beginnt eine Unterhaltung, an der sich fast nur Plechanow und ich beteiligen — Arsenjew und P. B. schweigen. Die Unterhaltung wird ziemlich ruhig, sogar völlig ruhig geführt. Plechanow sagt, er habe bemerkt, seine Weigerung in bezug auf Struve hätte Arsenjew gereizt — ich bemerke, daß vielmehr er uns Bedingungen gestellt habe — entgegen seiner früheren Erklärung im Walde, daß er keine Bedingungen stelle. Plechanow verteidigt sich: „Ich habe nicht deswegen geschwiegen, weil ich Bedingungen stellte, sondern weil die Frage für mich klar war." Ich spreche von der Notwendigkeit, eine Polemik zuzulassen, von der Notwendigkeit, unter uns abzustimmen — Plechanow läßt das letztere gelten, sagt aber: In untergeordneten Fragen natürlich, in grundlegenden Fragen aber sei eine Abstimmung unmöglich. Ich entgegne, daß gerade die Abgrenzung der grundlegenden von den untergeordneten Fragen nicht immer leicht sein werde, daß die Redaktionskollegen gerade über diese Abgrenzung werden abstimmen müssen. Plechanow sperrt sich, er sagt, das sei schon Gewissenssache, der Unterschied zwischen grundlegenden und untergeordneten Fragen sei klar, Abstimmungen seien hier überflüssig. In diesem Streit — ob eine Abstimmung unter den Redaktionskollegen über die Frage der Abgrenzung zwischen untergeordneten und grundlegenden Fragen zulässig sei — blieben wir stecken, ohne einen Schritt weiterzukommen. Plechanow bot seine ganze Gewandtheit auf, den ganzen Glanz seiner Beispiele, Vergleiche, Witze und Zitate, über die man unwillkürlich lachen muß, aber diese Frage umging er doch, ohne direkt nein zu sagen. Ich kam zu der Überzeugung, daß er gerade hier, in diesem Punkt, nicht nachgeben, auf seinen „Individualismus" und seine „Ultimaten" nicht verzichten konnte, denn in derartigen Fragen würde er nicht abstimmen, sondern eben Ultimaten stellen.

Am Abend des gleichen Tages reiste ich ab, ohne noch einmal jemand von der Gruppe „Befreiung der Arbeit" gesehen zu haben. Wir beschlossen, von dem Vorgefallenen niemandem, außer den Personen, die uns am nächsten stehen, etwas zu sagen — wir beschlossen, apparences[112] zu wahren — die Gegner nicht triumphieren zu lassen. Äußerlich sollte es so aussehen, als wäre nichts passiert, die Maschine sollte weiterlaufen, wie sie bisher lief — nur innen war irgendeine Saite gesprungen, und an die Stelle eines ausgezeichneten persönlichen war ein sachliches, kühles Ver-

hältnis getreten, bei dem jeder Schritt genau berechnet wurde: ein Verhältnis nach der Formel si vis pacem, para bellum*.

Nicht uninteressant ist es, noch ein Gespräch zu erwähnen, das ich am Abend desselben Tages mit einem der nächsten Freunde und Anhänger Plechanows, einem Mitglied der Gruppe „Sozialdemokrat", führte. Ich sagte ihm kein Wort von dem, was vorgefallen war, ich sagte, die Zeitschrift sei beschlossen, die Artikel seien festgelegt — es sei Zeit, an die Arbeit zu gehen. Ich unterhielt mich mit ihm darüber, wie die Sache praktisch in die Wege zu leiten sei: er war ganz der Meinung, daß die Alten zur Redaktionsarbeit entschieden unfähig seien. Ich sprach mit ihm über die „drei Kombinationen" und fragte ihn offen, welche seiner Meinung nach die beste sei. Er antwortete ohne zu zögern: Die erste (wir — Redakteure, sie — Mitarbeiter), aber wahrscheinlich wird die Zeitschrift Plechanow zufallen, die Zeitung — euch.

In dem Maße, wie wir von dem Vorgefallenen Abstand gewannen, betrachteten wir die Dinge ruhiger und gelangten zu der Überzeugung, daß es durchaus unvernünftig wäre, die Sache aufzugeben, daß wir vorläufig keinen Grund haben, uns vor der Übernahme der Redaktion (des *Sammelbands*) zu fürchten, und daß gerade wir sie übernehmen müssen, da es sonst absolut keine Möglichkeit gibt, die Maschine richtig arbeiten zu lassen und zu verhindern, daß die Sache infolge der desorganisatorischen „Eigenschaften" Plechanows zugrunde geht.

Nach der Ankunft in N.[113], am 4. oder 5. September, hatten wir bereits den Entwurf einer Vereinbarung über die *formellen* Beziehungen zwischen uns ausgearbeitet (ich hatte bereits unterwegs, im Eisenbahnwagen, begonnen, diesen Entwurf niederzuschreiben), und dieser Entwurf machte uns zu Redakteuren und sie zu Mitarbeitern mit Stimmrecht in allen Redaktionsfragen. Es wurde auch beschlossen, diesen Entwurf gemeinsam mit Jegor (Martow) zu besprechen und ihnen dann vorzulegen.

Der Funke *erweckte Hoffnung*, aufs neue zur Flamme aufzulodern.

*Geschrieben Anfang September 1900.*
*Zuerst veröffentlicht 1924 im Lenin-Sammelband I.* — *Nach dem Manuskript.*

* Wenn du den Frieden willst, rüste zum Kriege. *Die Red.*

# ENTWURF EINER VEREINBARUNG[114]

1. Da die Auslandsgruppe „Sozialdemokrat" und die russische Gruppe, die den Sammelband „Sarja" und die Zeitung „Iskra" herausgibt, in den grundlegenden Ansichten solidarisch und ihre praktischen Aufgaben identisch sind, schließen die genannten Organisationen miteinander ein Bündnis.

2. Beide Gruppen erweisen einander allseitige Unterstützung:

erstens in literarischer Hinsicht. Die Gruppe „Befreiung der Arbeit" beteiligt sich aufs engste an der Redaktion des Sammelbandes „Sarja" und der Zeitung „Iskra"*;

zweitens bei der Zustellung und der Verbreitung von Literatur, der Erweiterung und Festigung der revolutionären Verbindungen sowie bei der Beschaffung materieller Mittel.

3. Auslandsvertreter der Gruppe „Iskra" sind die Gruppe „Sozialdemokrat" und die speziellen Beauftragten der „Iskra".

4. Briefe und Sendungen aus dem Ausland, die an die Gruppe der „Iskra" gerichtet sind, werden an die Adresse der Gruppe „Sozialdemokrat" gesandt. Falls eines der Mitglieder der Gruppe „Iskra" im Ausland weilt, wird ihm die gesamte Korrespondenz übersandt. Befindet sich aber zu der betreffenden Zeit kein Mitglied der Gruppe „Iskra" im Ausland, so übernehmen deren Geschäfte die Gruppe „Sozialdemokrat" und die speziellen Beauftragten der „Iskra".

*Geschrieben Anfang September 1900.*
*Zuerst veröffentlicht 1940*
*in der Zeitschrift*
*„Proletarskaja Rewoluzija" Nr. 3.*

*Nach dem Manuskript.*

---

* Die Bedingungen dieser Mitarbeit werden durch eine besondere Vereinbarung festgelegt.[115]

# ANKÜNDIGUNG DER REDAKTION DER „ISKRA“[116]

## IM NAMEN DER REDAKTION

Im Begriff, eine politische Zeitung, die „Iskra“, herauszugeben, halten wir es für notwendig, einige Worte darüber zu sagen, was wir anstreben und wie wir unsere Aufgaben auffassen.

Wir leben in einem äußerst bedeutungsvollen Zeitpunkt der Geschichte der russischen Arbeiterbewegung und der russischen Sozialdemokratie. Charakteristisch für die letzten Jahre ist die erstaunlich rasche Verbreitung sozialdemokratischer Ideen unter unserer Intelligenz, und dieser Strömung des gesellschaftlichen Denkens kommt die selbständig entstandene Bewegung des Industrieproletariats entgegen, das sich zu vereinigen und gegen seine Unterdrücker zu kämpfen beginnt, das beginnt, mit Leidenschaft dem Sozialismus zuzustreben. Überall entstehen Zirkel von Arbeitern und sozialdemokratischen Intellektuellen, lokale Flugblätter werden verbreitet, die Nachfrage nach sozialdemokratischen Schriften wächst, das Angebot weit überholend — und auch die verstärkten Repressalien der Regierung sind nicht imstande, diese Bewegung aufzuhalten. Die Gefängnisse sind brechend voll, die Verbannungsorte überfüllt, fast jeden Monat hört man von „hochgegangenen“ Sozialisten an allen Ecken und Enden Rußlands, von abgefangenen Transporten, von beschlagnahmten Druckschriften und Druckereien; aber die Bewegung wächst immer mehr an, sie erfaßt ein immer größeres Gebiet, dringt immer tiefer in die Arbeiterklasse ein und lenkt immer mehr die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich. Und die gesamte wirtschaftliche Entwicklung Rußlands, die ganze Geschichte des gesellschaftlichen Denkens und der revolutionären Bewegung

in Rußland bürgen dafür, daß die sozialdemokratische Arbeiterbewegung allen Hindernissen zum Trotz wachsen und diese zu guter Letzt überwinden wird.

Anderseits aber ist das Hauptmerkmal unserer Bewegung, das in letzter Zeit besonders in die Augen springt, ihre Zersplitterung, ihr sozusagen handwerklerischer Charakter: lokale Zirkel entstehen und wirken unabhängig voneinander und sogar (was besonders wichtig ist) unabhängig von Zirkeln, die in denselben Zentren tätig waren und tätig sind; es wird keine Tradition geschaffen, es besteht keine Kontinuität, und die örtlichen Publikationen widerspiegeln voll und ganz die Zersplitterung und die mangelnde Verbindung mit dem, was die russische Sozialdemokratie bereits geschaffen hat.

Das Mißverhältnis zwischen dieser Zersplitterung und den durch die Kraft und Breite der Bewegung entstandenen Erfordernissen schafft unseres Erachtens ein kritisches Moment in ihrer Entwicklung. In der Bewegung selbst macht sich mit unaufhaltsamer Kraft das Bedürfnis geltend, sich zu festigen, ein bestimmtes Gesicht und eine bestimmte Organisation herauszuarbeiten; indessen wird in den Kreisen der praktisch tätigen Sozialdemokraten die Notwendigkeit eines solchen Übergangs zu einer höheren Form der Bewegung keineswegs überall erkannt. In ziemlich weiten Kreisen bemerkt man im Gegenteil ein ideologisches Schwanken, Begeisterung für die zur Mode gewordene „Kritik am Marxismus" und für die „Bernsteiniade", Verbreitung der Ansichten der sogenannten „ökonomischen" Richtung und, untrennbar damit verbunden, das Bestreben, die Bewegung in ihrem niederen Stadium festzuhalten, das Bestreben, die Bildung einer revolutionären, an der Spitze des gesamten Volkes kämpfenden Partei als zweitrangige Aufgabe abzutun. Daß unter den russischen Sozialdemokraten ein derartiges ideologisches Schwanken zu beobachten ist, daß ein enger Praktizismus, losgerissen von der theoretischen Beleuchtung der Bewegung in ihrer Gesamtheit, die Bewegung in eine falsche Bahn zu lenken droht — *das ist eine Tatsache*; daran kann niemand zweifeln, der die Sachlage in den meisten unserer Organisationen unmittelbar kennt. Es gibt übrigens auch literarische Erzeugnisse, die das bestätigen: es genügt zum Beispiel, das „Credo"* zu nennen, das bereits durchaus berechtigten Protest hervorgerufen hat, ferner die „Sonderbei-

* Glaubensbekenntnis, Programm, Darlegung einer Weltanschauung. *Die Red.*

lage zur ‚Rabotschaja Mysl'" (September 1899), die die Tendenz, von der die *ganze* Zeitung „Rabotschaja Mysl" durchdrungen ist, so plastisch zum Ausdruck gebracht hat, oder schließlich den Aufruf der Petersburger „Gruppe der Selbstbefreiung der Arbeiterklasse" [117], der im selben Geiste des „Ökonomismus" abgefaßt ist. Und *völlig falsch* ist die Behauptung des „Rabotscheje Delo" [118], das „Credo" stelle nicht mehr dar als die Meinung einzelner Personen, die Richtung der „Rabotschaja Mysl" bringe nur die Konfusion und Taktlosigkeit ihrer Redaktion zum Ausdruck, nicht aber eine besondere Richtung in der Entwicklung der russischen Arbeiterbewegung.

Daneben aber zeigt sich, daß in den Arbeiten von Schriftstellern, die die Leserschaft bisher, mit mehr oder weniger Recht, für hervorragende Repräsentanten des „legalen" Marxismus gehalten hat, immer mehr eine Wendung zu Anschauungen hervortritt, die der bürgerlichen Apologetik nahekommen. Das Ergebnis all dessen ist eben die Zerfahrenheit und die Anarchie, die es dem Ex-Marxisten oder richtiger Ex-Sozialisten Bernstein erlaubten, bei der Aufzählung seiner Erfolge in seinem Buch unwidersprochen zu erklären, daß die Mehrheit der in Rußland wirkenden Sozialdemokraten seine Anhänger seien.

Wir wollen die Gefährlichkeit der Lage nicht übertreiben, aber es wäre sehr viel schädlicher, sie nicht sehen zu wollen; aus diesem Grunde begrüßen wir von ganzem Herzen den Entschluß der Gruppe „Befreiung der Arbeit", ihre literarische Tätigkeit wieder aufzunehmen und einen systematischen Kampf zu beginnen gegen die Versuche, den Sozialdemokratismus zu entstellen und zu verflachen.

Die praktische Schlußfolgerung aus alledem ist folgende: Wir russischen Sozialdemokraten müssen uns vereinigen und alle Anstrengungen auf die Bildung einer starken, unter dem Banner der einheitlichen revolutionären Sozialdemokratie kämpfenden Partei richten. Eben diese Aufgabe wurde auch schon auf dem Parteitag von 1898 festgelegt, der die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands gründete und deren „Manifest" veröffentlichte.

Wir bekennen uns als Mitglieder dieser Partei, teilen voll und ganz die Grundideen des „Manifestes" und messen ihm, als der offenen Deklaration der Parteiziele, große Bedeutung bei. Darum lautet für uns, als Mitglieder der Partei, die Frage nach unserer nächsten und unmittelbaren

Aufgabe folgendermaßen: Welchen Aktionsplan müssen wir haben, um eine Wiederherstellung der Partei zu erreichen, die von Bestand ist?

Gewöhnlich wird diese Frage dahin beantwortet, daß es notwendig sei, die zentrale Parteiinstitution von neuem zu wählen und sie zu beauftragen, das Organ der Partei wieder herauszugeben. Doch wäre ein so einfacher Weg in der Periode der Zerfahrenheit, in der wir uns jetzt befinden, kaum zweckmäßig.

Die Partei schaffen und festigen heißt die Vereinigung aller russischen Sozialdemokraten schaffen und festigen, aus den oben aufgezeigten Gründen aber läßt sich eine solche Vereinigung nicht dekretieren; sie kann nicht durch den bloßen Beschluß irgendeiner, sagen wir, Versammlung von Delegierten herbeigeführt, sondern muß allmählich entwickelt werden. Entwickelt werden muß erstens eine feste ideologische Vereinigung, die das Durcheinander und die Verwirrung beseitigt, die — seien wir offen — gegenwärtig bei den russischen Sozialdemokraten herrschen; und diese ideologische Vereinigung muß verankert werden durch ein Parteiprogramm. Zweitens muß eine Organisation entwickelt werden, die speziell der Verbindung zwischen allen Zentren der Bewegung, der Beschaffung vollständiger und rechtzeitiger Informationen über die Bewegung und der regelmäßigen Versorgung aller Teile Rußlands mit der periodischen Presse dient. Erst wenn eine solche Organisation geschaffen ist, wenn eine russische sozialistische Post besteht, wird die Partei festen Bestand haben und zu einer realen Tatsache, also auch zu einer mächtigen politischen Kraft werden. Der ersten Hälfte dieser Aufgabe, d. h. der Schaffung einer gemeinsamen, prinzipienfesten Literatur, die imstande wäre, die revolutionäre Sozialdemokratie ideologisch zu vereinigen, beabsichtigen wir unsere Kräfte zu widmen, da wir hierin ein dringendes Bedürfnis der gegenwärtigen Bewegung und einen notwendigen vorbereitenden Schritt zur Wiederaufnahme der Tätigkeit der Partei erblicken.

Wie wir bereits sagten, muß die ideologische Vereinigung der russischen Sozialdemokraten erst geschaffen werden, wozu, unseres Erachtens, eine offene und allseitige Erörterung der wichtigsten prinzipiellen und taktischen Fragen notwendig ist, die von den heutigen „Ökonomisten“, Bernsteinianern und „Kritikern“ aufgeworfen worden sind. Bevor wir uns vereinigen und um uns zu vereinigen, müssen wir uns zuerst ent-

schieden und bestimmt voneinander abgrenzen. Sonst wäre unsere Einigung lediglich eine Fiktion, die die vorhandene Zerfahrenheit verhüllt und ihre radikale Beseitigung verhindert. Es ist also begreiflich, daß wir nicht die Absicht haben, unser Organ zu einem einfachen Sammelplatz der verschiedenartigen Anschauungen zu machen. Wir werden es im Gegenteil im Geiste einer streng festgelegten Richtung führen. Diese Richtung kann durch ein Wort gekennzeichnet werden: Marxismus, und es braucht wohl kaum hinzugefügt zu werden, daß wir für die konsequente Entwicklung der Ideen von Marx und Engels eintreten und jene halbschlächtigen, verschwommenen und opportunistischen Korrekturen entschieden ablehnen, die jetzt nach dem Beispiel Ed. Bernsteins, P. Struves und vieler anderer so sehr in Mode gekommen sind. Wenn wir auch alle Fragen von unserem eigenen bestimmten Standpunkt aus erörtern, so lehnen wir doch eine Polemik zwischen Genossen in unserem Organ keineswegs ab. Eine offene Polemik vor allen russischen Sozialdemokraten und klassenbewußten Arbeitern ist notwendig und wünschenswert, damit die Tiefe der bestehenden Meinungsverschiedenheiten klargelegt, die strittigen Fragen allseitig erörtert und die Extreme bekämpft werden können, in die nicht nur Vertreter verschiedener Auffassungen unweigerlich verfallen, sondern sogar Vertreter verschiedener Gegenden oder verschiedener „Professionen" der revolutionären Bewegung. Wir betrachten es sogar, wie bereits oben erwähnt, als einen Mangel der gegenwärtigen Bewegung, daß die offene Polemik zwischen offenkundig auseinandergehenden Anschauungen fehlt, daß man bestrebt ist, Meinungsverschiedenheiten in sehr ernsten Fragen verborgen zu halten.

Wir wollen nicht alle Fragen und Themen einzeln aufzählen, die zum Programm unseres Blattes gehören, denn dieses Programm ergibt sich ganz von selbst aus der allgemeinen Auffassung von dem, was eine unter den gegebenen Verhältnissen erscheinende politische Zeitung zu sein hat.

Wir werden nach Maßgabe unserer Kräfte danach streben, daß alle russischen Genossen unsere Publikation als ihr Organ betrachten, dem jede Gruppe alle Informationen über die Bewegung zukommen läßt, dem sie Mitteilung macht über ihre Erfahrungen, über ihre Ansichten, über ihre Anforderungen an die Literatur, ihre Beurteilung der sozialdemokratischen Publikationen, mit einem Wort, dem sie alles mitteilt, was sie in

die Bewegung hineinträgt und was sie aus ihr gewinnt. Nur unter dieser Bedingung wird es möglich sein, ein wirklich gesamtrussisches sozialdemokratisches Organ zu schaffen. Nur ein solches Organ ist imstande, die Bewegung auf den breiten Weg des politischen Kampfes hinauszuführen. „Den Rahmen ausdehnen und den Inhalt unserer propagandistisch-agitatorischen und organisatorischen Tätigkeit erweitern" — diese Worte P. B. Axelrods müssen zu der Losung werden, die die Tätigkeit der russischen Sozialdemokraten in nächster Zeit bestimmt, und diese Losung nehmen wir in das Programm unseres Organs auf.

Wir richten unseren Ruf nicht nur an die Sozialisten und klassenbewußten Arbeiter. Wir appellieren an alle, die durch die gegenwärtige politische Ordnung unterdrückt und geknechtet werden, wir öffnen ihnen die Spalten unserer Publikationen zur Enthüllung aller Niederträchtigkeiten der russischen Selbstherrschaft.

Wer in der Sozialdemokratie eine Organisation sieht, die ausschließlich dem spontanen Kampf des Proletariats zu dienen hat, der kann sich mit einer nur lokalen Agitation und einer „reinen Arbeiterliteratur" zufriedengeben. Wir fassen die Sozialdemokratie nicht so auf: wir fassen sie auf als eine gegen den Absolutismus gerichtete, untrennbar mit der Arbeiterbewegung verbundene revolutionäre Partei. Nur das in einer solchen Partei organisierte Proletariat, diese revolutionärste Klasse des modernen Rußlands, wird imstande sein, die ihm bestimmte historische Aufgabe zu erfüllen: unter seinem Banner alle demokratischen Elemente des Landes zu vereinigen und den zähen Kampf, in dem eine ganze Reihe von Generationen gefallen ist, durch den schließlichen Triumph über das verhaßte Regime zu Ende zu führen.

*

Die Zeitung wird in einem Umfang von ein bis zwei Druckbogen pro Nummer erscheinen.

Der Zeitpunkt ihres Erscheinens wird, in Anbetracht der Arbeitsbedingungen der russischen illegalen Presse, nicht im voraus festgelegt.

Uns ist die Mitarbeit mehrerer hervorragender Vertreter der internationalen Sozialdemokratie, die engste Teilnahme der Gruppe „Befreiung der Arbeit" (G. W. Plechanow, P. B. Axelrod, W. I. Sassulitsch)

versprochen worden, ferner die Unterstützung mehrerer Organisationen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands sowie einzelner Gruppen russischer Sozialdemokraten.

*Geschrieben September 1900.*
*Veröffentlicht 1900 als Sonderdruck der „Iskra".*

*Nach dem Text des Sonderdrucks.*

Россiйская Социалдемократическая Рабочая Партiя.

# МАЙСКIЕ ДНИ ВЪ ХАРЬКОВѢ

Изданiе „ИСКРЫ".

Типографiя „Искры". Январь 1901.

Umschlag der Broschüre „Die Maitage in Charkow"
1901

# VORWORT ZU DER BROSCHÜRE „DIE MAITAGE IN CHARKOW"

Vorliegende Broschüre ist eine Schilderung der berühmten Charkower Maikundgebung im Jahre 1900; sie wurde vom Komitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands in Charkow nach Schilderungen der Arbeiter verfaßt. Sie ist uns als Korrespondenz zugegangen, wir haben es aber für notwendig gehalten, sie als Broschüre herauszugeben, und zwar sowohl ihres beträchtlichen Umfangs wegen als auch, um sie leichter in möglichst großer Zahl und möglichst weit verbreiten zu können. In einem halben Jahr werden die russischen Arbeiter den 1. Mai im ersten Jahr des neuen Jahrhunderts feiern — und es ist an der Zeit, dafür zu sorgen, daß diese Feier möglichst viele Zentren erfaßt, daß sie möglichst eindrucksvoll wird, nicht nur durch ihre Teilnehmerzahl, sondern auch durch die Organisiertheit und Bewußtheit der Teilnehmer, durch ihre Entschlossenheit, den konsequenten Kampf für die politische Befreiung des russischen Volkes aufzunehmen und damit auch für freie Bedingungen der Entwicklung des Proletariats als Klasse und seines offenen Kampfes um den Sozialismus. Es ist Zeit, mit der Vorbereitung der neuen Maikundgebung zu beginnen, und eine der wichtigsten vorbereitenden Maßnahmen muß darin bestehen, sich mit dem vertraut zu machen, was die sozialdemokratische Bewegung in Rußland bereits erreicht hat, zu untersuchen, was unserer Bewegung im allgemeinen und der Maifeier im besonderen noch mangelt, wie wir diese Mängel beseitigen und zu besseren Ergebnissen gelangen können.

Die Maikundgebung in Charkow zeigt, welche große politische Demonstration die Feier dieses Festtages der Arbeiterklasse zu sein vermag und

was uns fehlt, damit diese Feier tatsächlich zu einer gewaltigen gesamtrussischen Demonstration des klassenbewußten Proletariats wird. Was hat den Maitagen in Charkow den Charakter eines hervorragenden Ereignisses verliehen? Die Massenbeteiligung der Arbeiter am Streik, die riesigen, von Tausenden besuchten Versammlungen auf den Straßen, in denen rote Fahnen entrollt und die in den Proklamationen angeführten Forderungen verkündet wurden, und der revolutionäre Charakter dieser Forderungen: Achtstundentag und politische Freiheit. Die Legende, die russischen Arbeiter seien noch nicht reif für den politischen Kampf, ihre Hauptaufgabe sei der rein wirtschaftliche Kampf, der nur allmählich und in aller Stille ergänzt werden soll durch begrenzte politische Agitation für einzelne politische Reformen, nicht aber für den Kampf gegen das gesamte politische System in Rußland — diese Legende wird durch die Charkower Maikundgebung entschieden widerlegt. Wir möchten hier aber auf eine andere Seite der Sache aufmerksam machen. Die Maidemonstration in Charkow, die ein übriges Mal die politischen Fähigkeiten der russischen Arbeiter bewiesen hat, zeigt gleichzeitig, was uns fehlt, um diese Fähigkeiten voll zur Entwicklung zu bringen.

Die Charkower Sozialdemokraten hatten sich bemüht, die Maikundgebung durch vorherige Verbreitung von Broschüren und Flugblättern vorzubereiten; auch ein Plan für eine gemeinsame Demonstration und für Ansprachen auf dem Konnaja-Platz war von den Arbeitern aufgestellt worden. Weshalb ist dieser Plan mißlungen? Die Charkower Genossen beantworten diese Frage so: Weil die Kräfte des „Generalstabs" der klassenbewußten sozialistischen Arbeiter ungleichmäßig verteilt waren, in einem Betrieb viele, in anderen wenige; ferner weil der Plan der Arbeiter „den Behörden bekannt war", die selbstverständlich alle Maßnahmen trafen, um die Arbeiter voneinander zu trennen. Die Schlußfolgerung ist klar: Es fehlt uns an *Organisation*. Die Arbeitermasse ist bereits in Bewegung und ist bereit, den sozialistischen Führern zu folgen, dem „Generalstab" aber ist es noch nicht gelungen, eine starke Kerntruppe zu organisieren, die alle vorhandenen Kräfte der klassenbewußten Arbeiter richtig verteilt und die konspirative (geheime) Organisation der Sache so sichert, daß die vorher aufgestellten Aktionspläne nicht nur den Behörden, sondern auch allen außerhalb der Organisation Stehenden unbekannt bleiben. Diese Organisation muß eine *revolutionäre* Organisation sein:

sie muß aus Menschen bestehen, die die Aufgaben der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ganz klar erkennen und zum beharrlichen Kampf gegen das gegenwärtige politische Regime entschlossen sind, sie muß die sozialistischen Kenntnisse und die revolutionären Erfahrungen, die sich die russische revolutionäre Intelligenz aus den Lehren vieler Jahrzehnte erarbeitet hat, vereinigen mit der Kenntnis des Arbeitermilieus und mit der den fortgeschrittenen Arbeitern eigenen Fähigkeit, unter den Massen zu agitieren und sie zu führen. Was wir vor allem und in erster Linie anstreben müssen, ist nicht, eine künstliche Scheidewand zwischen Intellektuellen und Arbeitern zu errichten, nicht, eine „reine Arbeiter"organisation zu schaffen, sondern eben die erwähnte Vereinigung. Wir erlauben uns, hier an folgende Worte G. Plechanows zu erinnern:

„*Eine notwendige Voraussetzung dieser (agitatorischen) Tätigkeit ist* die Zusammenfassung der bereits vorhandenen revolutionären Kräfte. Mit Propagandaarbeit in Zirkeln können sich Leute befassen, die keine Verbindung miteinander haben, die nicht einmal eine Ahnung davon haben, daß der andere existiert. Das Fehlen einer Organisation wirkt sich natürlich stets auch auf die Propaganda aus, aber es macht diese nicht unmöglich. In einer Epoche starker gesellschaftlicher Gärung aber, wenn die politische Atmosphäre mit Elektrizität geladen ist und es bald hier, bald dort aus den verschiedensten, überraschendsten Anlässen zu immer häufigeren Ausbrüchen kommt, die das Nahen des revolutionären Sturmes verkünden — kurzum, in einer Zeit, in der man agitieren muß oder man hat das Nachsehen, können *nur organisierte* revolutionäre Kräfte einen wesentlichen Einfluß auf den Gang der Ereignisse ausüben. Der einzelne wird dann machtlos, dem *revolutionären Werk* gewachsen sind nur Einheiten höherer Ordnung: *revolutionäre Organisationen.*" (G. Plechanow, „Die Aufgaben der Sozialisten im Kampf gegen die Hungersnot", S. 83.)

In der Geschichte der russischen Arbeiterbewegung beginnt gerade eine solche Epoche der Gärung und der Ausbrüche aus den verschiedensten Anlässen, und wenn wir nicht „das Nachsehen haben" wollen, so müssen wir alle Anstrengungen auf die Schaffung einer gesamtrussischen Organisation richten, die fähig ist, bei all den einzelnen Ausbrüchen die Führung zu übernehmen und dadurch zu erreichen, daß der herannahende Sturm (von dem auch ein Charkower Arbeiter am Schluß der Broschüre spricht) nicht ein spontaner Sturm wird, sondern eine bewußte Bewegung des

Proletariats, das sich an der Spitze des gesamten Volkes gegen die autokratische Regierung erhebt.

Außer dem anschaulichen Hinweis darauf, daß unsere revolutionären Organisationen nicht genügend geschlossen und vorbereitet sind, gibt die Charkower Maikundgebung noch einen anderen, nicht weniger wichtigen praktischen Hinweis. „Mit der Maifeier und der Manifestation", heißt es in der Broschüre, „wurden unerwarteterweise verschiedene praktische Forderungen verflochten, die ohne entsprechende Vorbereitung erhoben wurden und daher natürlich im allgemeinen zum Scheitern verurteilt waren." Nehmen wir z. B. die Forderungen der Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten: Von 14 Forderungen betreffen 11 kleine Verbesserungen, die auch unter dem gegenwärtigen politischen Regime durchaus zu verwirklichen sind: Lohnerhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit, Abstellung von Mißbräuchen. Neben diesen Forderungen stehen, als wären sie ganz von derselben Art, die drei folgenden Forderungen: 4. Einführung des Achtstundentags; 7. Gewährleistung der persönlichen Unverletzlichkeit der Arbeiter nach den Maiereignissen; 10. Einsetzung einer aus Vertretern der Arbeiter und der Betriebsleitung bestehenden Kommission zur Klärung aller Mißverständnisse zwischen beiden Parteien. Die erste dieser Forderungen (Punkt 4) ist die gemeinsame Forderung des Weltproletariats; die Aufstellung dieser Forderung zeigt offenbar, daß die fortgeschrittenen Arbeiter Charkows sich ihrer Solidarität mit der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung bewußt sind. Aber gerade deshalb sollte eine solche Forderung nicht unter die Teilforderungen eingereiht werden, unter Forderungen, die auf bessere Behandlung durch die Meister oder auf eine zehnprozentige Lohnerhöhung abzielen. Die Forderungen nach Lohnerhöhung und besserer Behandlung können (und müssen) die Arbeiter der einzelnen Berufe ihren Unternehmern stellen; das sind Forderungen von Gewerken, Forderungen einzelner Arbeiterkategorien. Die Forderung des Achtstundentags aber ist eine Forderung des gesamten Proletariats, die sich nicht an einzelne Unternehmer richtet, sondern an die Staatsmacht als die Vertreterin des gesamten gegenwärtigen sozialen und politischen Regimes, an die gesamte Klasse der Kapitalisten, die im Besitze aller Produktionsmittel sind. Die Forderung des Achtstundentags hat besondere Bedeutung erlangt: sie bekundet die Solidarität mit der internationalen sozialistischen Bewegung. Wir müssen

dafür sorgen, daß die Arbeiter diesen Unterschied erkennen, daß sie die Forderung des Achtstundentags nicht auf eine Stufe stellen mit der Forderung nach Freifahrkarten oder der Entlassung eines Wächters. Im Laufe des ganzen Jahres stellen die Arbeiter ständig, bald hier, bald dort, verschiedene Teilforderungen an die Unternehmer und kämpfen für diese Forderungen: bei der Unterstützung dieses Kampfes müssen die Sozialisten stets auf seinen Zusammenhang mit dem Befreiungskampf des Proletariats in allen Ländern hinweisen. Und der 1. Mai muß der Tag sein, an dem die Arbeiter die feierliche Erklärung abgeben, daß sie sich dieses Zusammenhangs bewußt sind und sich diesem Kampf mit aller Entschlossenheit anschließen.

Nehmen wir die zehnte Forderung, die Forderung nach Einsetzung einer Kommission zur Klärung von Mißverständnissen. Eine solche, aus gewählten Vertretern der Arbeiter und der Betriebsleitung bestehende Kommission könnte natürlich großen Nutzen bringen, aber nur unter der Bedingung völliger Wahlfreiheit und völliger Unabhängigkeit der Delegierten. Von welchem Nutzen wird eine Kommission sein, wenn man die Arbeiter entläßt, die dagegen kämpfen, daß Kreaturen der Leitung gewählt werden, oder die die Betriebsleitung scharf angreifen und alle ihre Schikanen aufdecken? Und solche Arbeiter wird man nicht nur entlassen, sondern auch verhaften. Soll also eine solche Kommission den Arbeitern Nutzen bringen, so ist es erstens notwendig, daß die Delegierten nicht von der Fabrikleitung abhängig sind; das ist nur zu erreichen, wenn eine freie Gewerkschaft der Arbeiter besteht, ein Verband, der viele Fabriken erfaßt, über eine eigene Kasse verfügt und bereit ist, für seine Delegierten einzutreten. Die Kommission kann nur nützlich sein, wenn viele Betriebe, möglichst alle Betriebe des betreffenden Gewerbes, zusammengefaßt werden. Zweitens ist dazu ferner die Unverletzlichkeit der Person der Arbeiter notwendig, d. h., daß die Arbeiter von der Polizei und Gendarmerie nicht willkürlich verhaftet werden dürfen. Diese Forderung — Gewährleistung der persönlichen Unverletzlichkeit der Arbeiter — ist denn auch erhoben worden (Punkt 7). Es fragt sich jedoch, von wem denn die Arbeiter die Gewährleistung der Unverletzlichkeit der Person und die Koalitionsfreiheit fordern können (die, wie wir gesehen haben, notwendig ist, wenn die Kommissionen Erfolg haben sollen). Nur vom Staat, denn wenn es bei uns keine Unverletzlichkeit der Person und keine Koalitionsfreiheit

gibt, so ist das durch die Grundgesetze des russischen Staates bedingt, ja mehr als das: es ist bedingt durch die Regierungsform des Staates in Rußland. Seiner Regierungsform nach ist Rußland eine unumschränkte Monarchie. Der Zar ist Selbstherrscher, er allein erläßt Gesetze und ernennt alle höheren Beamten ohne jegliche Beteiligung des Volkes, ohne Beteiligung von Volksvertretern. Bei einem solchen Staatssystem kann die Person nicht unverletzlich, können die Vereinigungen der Staatsbürger überhaupt und der Arbeiter im besonderen nicht frei sein. Es ist darum völlig sinnlos, von der autokratischen Regierung zu verlangen, sie solle die Unverletzlichkeit der Person (und die Koalitionsfreiheit) garantieren: eine solche Forderung ist gleichbedeutend mit der Forderung nach politischen Rechten für das Volk, die autokratische Regierung aber heißt ja eben darum autokratisch, weil sie die politische Rechtlosigkeit des Volkes bedeutet. Die Unverletzlichkeit der Person (und die Koalitionsfreiheit) zu garantieren, wird erst dann möglich sein, wenn *Vertreter des Volkes* an der Ausarbeitung der Gesetze und an der gesamten Verwaltung des Staates teilnehmen. Solange es keine Volksvertretung gibt, wird die autokratische Regierung selbst die kleinen Zugeständnisse, die sie den Arbeitern mit einer Hand gibt, stets mit der anderen wieder fortnehmen. Die Maikundgebung in Charkow hat das wieder einmal anschaulich gezeigt: auf die Forderung der Arbeitermassen hin hat der Gouverneur die Verhafteten freigelassen, dann aber, nach einigen Tagen, wurden auf Befehl aus Petersburg Dutzende Arbeiter wieder festgenommen! Die Gouvernementsbehörde und die Fabrikleitungen „garantieren" die Unverletzlichkeit der Delegierten, aber die Gendarmerie nimmt sie fest und steckt sie in Einzelhaft oder weist sie aus der Stadt aus! Welchen Nutzen kann eine solche Garantie dem Volk bringen?

Aus diesen Gründen also müssen die Arbeiter vom Zaren die Einberufung von Volksvertretern, die Einberufung eines Semski Sobor fordern. In der Proklamation, die vor dem 1. Mai dieses Jahres in Charkow verbreitet wurde, ist diese Forderung erhoben worden, und wir haben gesehen, daß ein Teil der fortgeschrittenen Arbeiter ihre Bedeutung durchaus erkannt hat. Wir müssen dafür sorgen, daß *alle* fortgeschrittenen Arbeiter die Notwendigkeit dieser Forderung klar erkennen, daß sie sie nicht nur in den Arbeitermassen verbreiten, sondern auch in allen Schichten der Bevölkerung, die mit den Arbeitern in Berührung kommen und

interessiert danach fragen, wofür die Sozialisten und die „städtischen" Arbeiter kämpfen. In diesem Jahr hat auf die Frage eines Fabrikinspektors, was denn die Arbeiter eigentlich wollen, nur eine Stimme gerufen: „Eine Verfassung"; und diese Stimme war so vereinzelt, daß ein Korrespondent mit einigem Spott sagt: „Ein Proletarier *platzte damit heraus.*" Ein anderer Korrespondent sagt geradezu, „in diesem Fall" sei diese Antwort „beinahe komisch" gewesen (siehe „Die Arbeiterbewegung in Charkow", Bericht des „Charkower Komitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands", herausgegeben vom „Rabotscheje Delo", Genf, September 1900, S. 14). Im Grunde genommen war die Antwort durchaus nicht lächerlich: lächerlich erscheinen konnte nur das Mißverhältnis zwischen dieser vereinzelt vorgebrachten Forderung nach Änderung der gesamten Staatsordnung und der Forderung, die Arbeitszeit um eine halbe Stunde zu verkürzen, sowie der Forderung, die Auszahlung der Löhne während der Arbeitszeit vorzunehmen. Doch ein Zusammenhang zwischen diesen letztgenannten Forderungen und der Forderung nach einer Verfassung besteht ohne Zweifel, und wenn wir es erreichen (und wir werden es bestimmt erreichen), daß die Massen diesen Zusammenhang erkennen, so wird der Ruf „Eine Verfassung!" nicht mehr vereinzelt bleiben, sondern aus dem Munde von Tausenden und Hunderttausenden erschallen, und dann wird dieser Ruf nicht mehr lächerlich, sondern drohend klingen. Man erzählt, jemand hätte, als er während der Maitage durch Charkow fuhr, den Droschkenkutscher gefragt, was denn eigentlich die Arbeiter wollten, und dieser habe geantwortet: „Nun, sie fordern acht Stunden Arbeit und eine eigene Zeitung." Dieser Droschkenkutscher hatte schon begriffen, daß die Arbeiter sich nicht mehr mit irgendwelchen Almosen begnügen, daß sie sich als freie Menschen fühlen wollen, daß sie frei und offen von ihren Forderungen sprechen und für sie kämpfen wollen. Freilich spricht aus seiner Antwort noch nicht die Erkenntnis, daß die Arbeiter für die Freiheit des gesamten Volkes, für sein Recht, an der Leitung des Staates teilzunehmen, kämpfen. Wenn die Forderung, der Zar solle Volksvertreter einberufen, von den Arbeitermassen in allen Industriestädten und Fabrikorten Rußlands mit vollem Bewußtsein und unerschütterlicher Festigkeit wiederholt wird, wenn die Arbeiter es erreichen, daß die gesamte Bevölkerung der Städte und das gesamte Landvolk, das in die Städte kommt, erkennen, was die Sozia-

listen wollen und wofür die Arbeiter kämpfen, dann wird der große Tag der Befreiung des Volkes von der polizeilichen Willkürherrschaft nicht mehr fern sein!

*Geschrieben Anfang November 1900.*
*Zuerst veröffentlicht im Januar 1901 in einer von der „Iskra" herausgegebenen Broschüre.*

*Nach dem Text der Broschüre.*

# DIE DRINGENDSTEN AUFGABEN UNSERER BEWEGUNG[110]

Die russische Sozialdemokratie hat bereits wiederholt erklärt, daß es die nächste politische Aufgabe der russischen Arbeiterpartei sein muß, die Selbstherrschaft zu stürzen, politische Freiheit zu erobern. Das haben vor mehr als 15 Jahren die Vertreter der russischen Sozialdemokratie, die Mitglieder der Gruppe „Befreiung der Arbeit" erklärt, das erklärten vor zweieinhalb Jahren auch die Vertreter der russischen sozialdemokratischen Organisationen, als sie im Frühjahr 1898 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands gründeten. Aber trotz dieser wiederholten Erklärungen steht die Frage der politischen Aufgaben der Sozialdemokratie in Rußland gegenwärtig wieder auf der Tagesordnung. Viele Vertreter unserer Bewegung äußern Zweifel, ob die aufgezeigte Lösung der Frage richtig sei. Man behauptet, von überwiegender Bedeutung sei der ökonomische Kampf, man rückt die politischen Aufgaben des Proletariats in den Hintergrund, man engt diese Aufgaben ein und beschränkt sie, ja erklärt sogar, das Reden über die Bildung einer selbständigen Arbeiterpartei in Rußland sei einfach ein Wiederholen fremder Worte, die Arbeiter hätten nur den ökonomischen Kampf zu führen, die Politik dagegen den Intellektuellen im Bunde mit den Liberalen zu überlassen. Diese letztgenannte Behauptung des neuen Glaubensbekenntnisses (das berüchtigte „Credo") läuft schon geradezu darauf hinaus, das russische Proletariat für unmündig zu erklären und das sozialdemokratische Programm völlig abzulehnen. Und die „Rabotschaja Mysl" hat sich (besonders in der „Sonderbeilage") dem Wesen nach im gleichen Sinne geäußert. Die russische Sozialdemokratie macht eine Periode der Schwankungen durch, eine Periode der Zweifel, die bis zur Selbstverneinung gehen. Einerseits wird die Arbeiterbewegung

vom Sozialismus losgerissen: man hilft den Arbeitern, den ökonomischen Kampf führen, erklärt ihnen dabei aber überhaupt nicht oder erklärt ihnen ungenügend die sozialistischen Ziele und die politischen Aufgaben der Gesamtbewegung als Ganzes. Anderseits wird der Sozialismus von der Arbeiterbewegung losgerissen: abermals beginnen russische Sozialisten immer mehr davon zu sprechen, daß der Kampf gegen die Regierung allein von der Intelligenz mit eigenen Kräften geführt werden müsse, da sich die Arbeiter nur auf den ökonomischen Kampf beschränkten.

Unseres Erachtens haben Umstände von dreierlei Art den Boden für diese traurigen Erscheinungen vorbereitet. Erstens haben sich die russischen Sozialdemokraten zu Beginn ihrer Tätigkeit allein auf die Propagandaarbeit in Zirkeln beschränkt. Als wir zur Agitation unter den Massen übergingen, konnten wir uns nicht immer davor bewahren, ins andere Extrem zu fallen. Zweitens mußten wir zu Beginn unserer Tätigkeit sehr oft unsere Existenzberechtigung im Kampf gegen die Anhänger des Volkswillen verteidigen, die unter „Politik" eine von der Arbeiterbewegung losgelöste Tätigkeit verstanden und die Politik einzig und allein auf Verschwöreraktionen beschränkten. Die Sozialdemokraten lehnten eine solche Politik ab, verfielen dabei aber in das andere Extrem und schoben die Politik überhaupt in den Hintergrund. Drittens haben die Sozialdemokraten, die voneinander isoliert in kleinen lokalen Arbeiterzirkeln wirkten, zuwenig beachtet, daß es notwendig ist, eine revolutionäre Partei zu organisieren, die die gesamte Tätigkeit der lokalen Gruppen zusammenfaßt und die Möglichkeit schafft, die revolutionäre Arbeit richtig in Gang zu bringen. Das Überwiegen der zersplitterten Arbeit ist aber naturgemäß mit dem Überwiegen des ökonomischen Kampfes verbunden.

Alle die genannten Umstände haben dazu geführt, daß die eine Seite der Bewegung überschätzt wurde. Die „ökonomische" Richtung (soweit man hier von einer „Richtung" sprechen kann) machte Versuche, diese Enge zu einer besonderen Theorie zu erheben, Versuche, sich zu diesem Zweck der in Mode gekommenen Bernsteiniade, der in Mode gekommenen „Kritik am Marxismus" zu bedienen, die alte bürgerliche Ideen unter einer neuen Flagge einzuschmuggeln bestrebt ist. Diese Versuche allein riefen die Gefahr hervor, daß die Verbindung zwischen der russischen Arbeiterbewegung und der russischen Sozialdemokratie als der Vorkämpferin für politische Freiheit geschwächt wird. Und die drin-

gendste Aufgabe unserer Bewegung besteht darin, diese Verbindung zu stärken.

Die Sozialdemokratie ist die Vereinigung von Arbeiterbewegung und Sozialismus, ihre Aufgabe besteht nicht darin, der Arbeiterbewegung in jedem einzelnen Stadium passiv zu dienen, sondern darin, die Interessen der Gesamtbewegung als Ganzes zu vertreten, dieser Bewegung ihr Endziel, ihre politischen Aufgaben zu weisen, ihre politische und ihre ideologische Selbständigkeit zu wahren. Von der Sozialdemokratie losgerissen, verflacht die Arbeiterbewegung und verfällt unweigerlich in Bürgerlichkeit: führt die Arbeiterklasse nur den ökonomischen Kampf, so verliert sie ihre politische Selbständigkeit, wird sie zum Anhängsel anderer Parteien und übt Verrat an dem großen Vermächtnis: „Die Befreiung der Arbeiter muß das Werk der Arbeiter selbst sein."[120] In allen Ländern hat es eine Periode gegeben, in der Arbeiterbewegung und Sozialismus getrennt voneinander bestanden und getrennte Wege gingen — und in allen Ländern hat diese Trennung Schwäche des Sozialismus und der Arbeiterbewegung zur Folge gehabt; in allen Ländern hat erst die Vereinigung des Sozialismus mit der Arbeiterbewegung eine feste Grundlage für beide geschaffen. Aber in jedem Lande hat sich diese Vereinigung des Sozialismus mit der Arbeiterbewegung historisch herausgebildet, in jedem Land ist sie, je nach den örtlichen und zeitlichen Bedingungen, auf besonderem Wege zustande gekommen. In Rußland ist die Notwendigkeit, den Sozialismus mit der Arbeiterbewegung zu vereinigen, theoretisch schon längst verkündet worden, praktisch aber kommt diese Vereinigung erst jetzt zustande. Der Prozeß dieser Herausbildung ist ein sehr schwieriger Prozeß, kein Wunder daher, daß er von verschiedenen Schwankungen und Zweifeln begleitet wird.

Welche Lehre ergibt sich nun für uns aus der Vergangenheit?

Die Geschichte des gesamten russischen Sozialismus hat dahin geführt, daß der Kampf gegen die autokratische Regierung, die Eroberung politischer Freiheit seine dringendste Aufgabe geworden ist; unsere sozialistische Bewegung hat sich sozusagen auf den Kampf gegen die Selbstherrschaft konzentriert. Anderseits hat die Geschichte gezeigt, daß in Rußland das sozialistische Denken viel stärker von den fortgeschrittenen Vertretern der werktätigen Klassen getrennt ist als in anderen Ländern und daß bei einer solchen Trennung die russische revolutionäre Bewegung

zur Ohnmacht verurteilt ist. Hieraus ergibt sich ganz von selbst die Aufgabe, die die russische Sozialdemokratie zu verwirklichen berufen ist: sozialistische Ideen und politisches Bewußtsein in die Massen des Proletariats zu tragen und eine revolutionäre Partei zu organisieren, die mit der spontanen Arbeiterbewegung unauflöslich verbunden ist. Viel ist in dieser Hinsicht von der russischen Sozialdemokratie schon getan worden; aber noch mehr bleibt zu tun übrig. Mit dem Anwachsen der Bewegung wird das Tätigkeitsfeld der Sozialdemokratie immer breiter, die Arbeit immer vielseitiger, eine immer größere Zahl von Funktionären der Bewegung konzentriert ihre Kräfte auf die Lösung der verschiedenen Teilaufgaben, die sich aus den täglichen Erfordernissen der Propaganda und Agitation ergeben. Diese Erscheinung ist ganz gesetzmäßig und unvermeidlich, sie zwingt uns jedoch, besonders darauf zu achten, daß die Teilaufgaben unserer Tätigkeit und die einzelnen Methoden des Kampfes nicht zu etwas gemacht werden, was sich selbst genügt, daß die Vorarbeit nicht zur Hauptarbeit, nicht zur einzigen Arbeit erhoben wird.

Die politische Entwicklung und die politische Organisation der Arbeiterklasse zu fördern — das ist unsere wichtigste und grundlegende Aufgabe. Jeder, der diese Aufgabe in den Hintergrund schiebt, der ihr nicht alle Teilaufgaben und einzelnen Kampfmethoden unterordnet, beschreitet einen falschen Weg und fügt der Bewegung ernsten Schaden zu. In den Hintergrund geschoben aber wird diese Aufgabe erstens von denjenigen, die die Revolutionäre auffordern, mit den Kräften einzelner, von der Arbeiterbewegung losgelöster Verschwörerzirkel gegen die Regierung zu kämpfen. In den Hintergrund geschoben wird sie zweitens von denjenigen, die den Inhalt und das Ausmaß der politischen Propaganda, Agitation und Organisation einengen, die es für möglich und angebracht halten, den Arbeitern nur in besonderen Momenten ihres Lebens, nur bei feierlichen Anlässen „Politik" vorzusetzen, die allzuviel Sorge darauf verwenden, den politischen Kampf gegen die Selbstherrschaft einzutauschen gegen Forderungen nach einzelnen Zugeständnissen seitens der Selbstherrschaft, und nicht genügend dafür Sorge tragen, daß diese Forderungen nach einzelnen Zugeständnissen zu einem systematischen und konsequenten Kampf der revolutionären Arbeiterpartei gegen die Selbstherrschaft entwickelt werden.

„Organisiert euch!" ruft die Zeitung „Rabotschaja Mysl" den Arbeitern immer wieder in verschiedenen Tonarten zu, wiederholen alle An-

hänger der „ökonomischen" Richtung. Auch wir schließen uns natürlich diesem Rufe voll und ganz an, fügen aber unbedingt hinzu: Organisiert euch nicht nur in Unterstützungsvereinen, Streikkassen und Arbeiterzirkeln, organisiert euch auch zur politischen Partei, organisiert euch zum entschlossenen Kampf gegen die autokratische Regierung und gegen die gesamte kapitalistische Gesellschaft. Ohne eine solche Organisation ist das Proletariat nicht fähig, sich zum bewußten Klassenkampf zu erheben, ohne eine solche Organisation ist die Arbeiterbewegung zur Ohnmacht verurteilt, und nur mit Kassen, Zirkeln und Unterstützungsvereinen wird es der Arbeiterklasse nie gelingen, die ihr obliegende große geschichtliche Aufgabe zu erfüllen: sich und das ganze russische Volk von der politischen und ökonomischen Sklaverei zu befreien. Keine einzige Klasse in der Geschichte ist zur Herrschaft gelangt, ohne ihre eigenen politischen Führer, ihre fortschrittlichen Vertreter hervorgebracht zu haben, die fähig waren, die Bewegung zu organisieren und zu leiten. Auch die russische Arbeiterklasse hat bereits gezeigt, daß sie fähig ist, solche Menschen hervorzubringen: der weit ausgebreitete Kampf der russischen Arbeiter in den letzten 5–6 Jahren hat gezeigt, welche Fülle an revolutionären Kräften in der Arbeiterklasse steckt, er hat gezeigt, wie selbst die wütendsten Repressalien der Regierung die Zahl der Arbeiter, die darauf brennen, zum Sozialismus, zum politischen Bewußtsein und zum politischen Kampf zu gelangen, nicht verringern, sondern vergrößern. Der Kongreß unserer Genossen im Jahre 1898 hat die Aufgabe richtig gestellt und nicht fremde Worte wiederholt, nicht bloßen Enthusiasmus von „Intellektuellen" zum Ausdruck gebracht... Nun müssen wir entschlossen an die Erfüllung dieser Aufgaben gehen, müssen die Frage des Programms, der Organisation und der Taktik der Partei auf die Tagesordnung setzen. Wie wir über die Grundthesen unseres Programms denken, haben wir bereits gesagt, und diese Thesen ausführlich zu entwickeln ist hier natürlich nicht der Ort. Den Organisationsfragen beabsichtigen wir in den nächsten Nummern eine Reihe von Artikeln zu widmen. Das ist einer unserer wundesten Punkte. Wir sind in dieser Beziehung hinter den alten Vertretern der russischen revolutionären Bewegung sehr zurückgeblieben; diesen Mangel müssen wir offen zugeben und unsere Kräfte darauf richten, eine mehr konspirative Organisation der Arbeit zustande zu bringen, die Regeln für die Arbeit und die Methoden zur Täuschung der Gendar-

men und zur Umgehung der Fallstricke der Polizei systematisch zu propagieren. Es müssen Leute ausgebildet werden, die der Revolution nicht nur ihre freien Abende, sondern ihr ganzes Leben widmen; es muß eine Organisation vorbereitet werden, die genügend groß ist, um in ihr eine strenge Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Arten unserer Tätigkeit vornehmen zu können. Was schließlich die Fragen der Taktik betrifft, so wollen wir uns hier auf das Folgende beschränken: Die Sozialdemokratie bindet sich nicht die Hände, sie engt ihre Tätigkeit nicht durch irgendeinen vorher ersonnenen Plan oder Modus des politischen Kampfes ein — sie erkennt alle Mittel des Kampfes an, wenn sie nur den vorhandenen Kräften der Partei entsprechen und es ermöglichen, die größten Resultate zu erzielen, die unter den gegebenen Verhältnissen erzielt werden können. Besteht eine straff organisierte Partei, so kann sich ein einzelner Streik in eine politische Demonstration, in einen politischen Sieg über die Regierung verwandeln. Besteht eine straff organisierte Partei, so kann aus einem örtlich begrenzten Aufstand eine siegreiche Revolution hervorgehen. Wir dürfen nicht vergessen, daß der Kampf gegen die Regierung um einzelne Forderungen, die Erkämpfung einzelner Zugeständnisse, nur kleine Scharmützel mit dem Feinde, kleine Vorpostengefechte sind und daß der entscheidende Kampf noch bevorsteht. Vor uns liegt in ihrer ganzen Stärke eine feindliche Festung, aus der man uns mit einem Hagel von Kugeln und Kartätschen überschüttet, die uns die besten Kämpfer entreißen. Wir müssen diese Festung nehmen, und wir werden sie nehmen, wenn wir alle Kräfte des erwachenden Proletariats mit allen Kräften der russischen Revolutionäre zu *einer* Partei vereinigen, zu der alles hinstreben wird, was es in Rußland an Lebendigem und Ehrlichem gibt. Und erst dann wird die große Prophezeiung des russischen Arbeiterrevolutionärs Pjotr Alexejew[121] in Erfüllung gehen: „Die Millionenmasse des Arbeitervolks wird ihren muskulösen Arm erheben, und das von Soldatenbajonetten gestützte Joch der Despotie wird in Staub zerfallen!"

*Geschrieben in der ersten Novemberhälfte 1900.*
*Veröffentlicht im Dezember 1900 in der „Iskra" Nr. 1.*

*Nach dem Text der „Iskra".*

# DER CHINA-KRIEG

Rußland beendet den Krieg mit China: eine ganze Reihe von Militärbezirken ist mobilisiert, Hunderte Millionen Rubel sind verausgabt, Zehntausende Soldaten wurden nach China geschickt, eine Reihe Schlachten wurde geschlagen, eine Reihe Siege wurde erfochten — Siege allerdings nicht so sehr über die regulären Truppen des Gegners wie über die chinesischen Aufständischen und noch mehr über unbewaffnete Chinesen, die man ertränkte oder totschlug, ohne haltzumachen vor der Ermordung von Kindern und Frauen, ganz zu schweigen von der Plünderung von Palästen, Häusern und Läden. Und die russische Regierung, im Verein mit den vor ihr liebedienernden Zeitungen, feiert den Sieg, jubelt über die neuen Heldentaten des ruhmvollen Heeres, feiert den Sieg der europäischen Kultur über das chinesische Barbarentum und die neuen Erfolge der russischen „zivilisatorischen Mission" im Fernen Osten.

In diesem Jubelchor fehlt nur die Stimme der klassenbewußten Arbeiter, dieser fortgeschrittenen Vertreter des viele Millionen zählenden arbeitenden Volkes. Gerade das arbeitende Volk aber hat die ganze Last der neuen siegreichen Feldzüge zu tragen: man entreißt ihm die arbeitsfähigen Männer, um sie in ferne Länder zu schicken, von ihm werden besonders erhöhte Steuern zur Deckung der Millionenausgaben eingetrieben. Versuchen wir, uns über die Frage klarzuwerden: Wie müssen sich die Sozialisten zu diesem Krieg verhalten? in wessen Interesse wird er geführt? welches ist der wirkliche Sinn der Politik, die die russische Regierung verfolgt?

Unsere Regierung versichert vor allem, sie führe überhaupt keinen Krieg mit China: sie unterdrücke nur den Aufstand, bändige die Aufrührer, helfe der gesetzlichen chinesischen Regierung, die gesetzliche Ord-

nung wiederherzustellen. Der Krieg ist nicht erklärt, aber das ändert nicht das geringste am Wesen der Sache, denn es wird trotzdem Krieg geführt. Wodurch nun wurde der Überfall der Chinesen auf die Europäer veranlaßt, dieser Aufruhr, der von den Engländern, Franzosen, Deutschen, Russen, Japanern usw. mit so viel Eifer unterdrückt wird? „Durch die Feindschaft der gelben Rasse gegen die weiße Rasse", „durch den Haß der Chinesen gegen die europäische Kultur und Zivilisation" — versichern die Fürsprecher des Krieges. Ja, die Chinesen hassen tatsächlich die Europäer, aber welche Europäer hassen sie und weshalb? Die Chinesen hassen nicht die Völker Europas — mit ihnen haben sie keine Zusammenstöße gehabt —, sondern die europäischen Kapitalisten und die den Kapitalisten hörigen europäischen Regierungen. Wie sollten auch die Chinesen nicht Menschen hassen, die nur des Profits wegen nach China gekommen sind, die ihre vielgerühmte Zivilisation nur zu Betrug, Raub und Vergewaltigung ausgenutzt haben, die gegen China Kriege führten, um das Recht zu erhalten, mit dem das Volk betäubenden Opium Handel zu treiben (der Krieg Englands und Frankreichs gegen China im Jahre 1856), die ihre Raubpolitik heuchlerisch mit der Verbreitung des Christentums verschleierten? Diese Raubpolitik betreiben die bürgerlichen Regierungen Europas schon lange gegen China, und jetzt hat sich ihr auch die autokratische russische Regierung angeschlossen. Man pflegt diese Raubpolitik Kolonialpolitik zu nennen. Jedes Land mit rasch anwachsender kapitalistischer Industrie geht sehr bald auf die Suche nach Kolonien, d. h. nach Ländern, in denen die Industrie schwach entwickelt ist, die sich durch eine mehr oder weniger patriarchalische Lebensweise auszeichnen, in denen man Absatz für Industrieprodukte finden und daran schönes Geld verdienen kann. Und um der Bereicherung einer Handvoll Kapitalisten willen führten die bürgerlichen Regierungen endlose Kriege, ließen ganze Regimenter in ungesunden tropischen Ländern zugrunde gehen, verschleuderten Millionensummen, die dem Volk abgenommen wurden, trieben die Bevölkerung zu verzweifelten Aufständen und in den Hungertod. Man denke nur an den Aufstand der indischen Eingeborenen gegen England[122] und an die Hungersnot in Indien oder an den jetzigen Krieg der Engländer gegen die Buren[123].

Und nun haben die europäischen Kapitalisten ihre gierigen Tatzen nach China ausgestreckt. So ziemlich an der Spitze steht dabei die russische

Regierung, die sich jetzt nicht genug tun kann, ihre „Uneigennützigkeit" zu beteuern. „Uneigennützig" hat sie China Port Arthur abgenommen und jetzt begonnen, unter dem Schutze russischer Truppen eine Eisenbahn in der Mandschurei zu bauen. Eine nach der anderen gingen die europäischen Regierungen so eifrig daran, chinesisches Land zu rauben, zu „pachten", wie man es nennt, daß nicht ohne Grund von einer Aufteilung Chinas gesprochen wird. Will man die Dinge bei ihrem richtigen Namen nennen, so muß man sagen, daß die europäischen Regierungen (und die russische ist dabei so ziemlich eine der ersten) mit der Aufteilung Chinas bereits begonnen haben. Aber sie haben mit der Aufteilung nicht offen begonnen, sondern heimlich, wie Diebe. Sie sind darangegangen, China auszurauben, wie man einen Leichnam ausraubt, und als dieser vermeintliche Tote Widerstand zu leisten versuchte, fielen sie wie wilde Tiere über ihn her, indem sie ganze Dörfer niederbrannten, wehrlose Einwohner, Frauen und Kinder im Amur ertränkten, niederschossen und auf die Bajonette spießten. Und alle diese christlichen Heldentaten werden begleitet von Geschrei gegen die chinesischen Barbaren, die es wagen, ihre Hand gegen zivilisierte Europäer zu erheben. Die Besetzung von Niutschuang und der Einmarsch russischer Truppen in mandschurisches Gebiet — das seien zeitweilige Maßnahmen, erklärt die autokratische russische Regierung in ihrer Zirkularnote an die Mächte vom 12. August 1900; diese Maßnahmen seien „ausschließlich durch die Notwendigkeit hervorgerufen, die aggressiven Handlungen der chinesischen Aufrührer abzuwehren"; sie „können keineswegs von irgendwelchen eigennützigen Plänen zeugen, die der Politik der kaiserlichen Regierung gänzlich fernliegen".

Arme kaiserliche Regierung! Sie ist so christlich uneigennützig und wird so ungerecht gekränkt! Uneigennützig hat sie vor mehreren Jahren Port Arthur an sich gerissen und uneigennützig reißt sie jetzt die Mandschurei an sich, uneigennützig hat sie die an Rußland grenzenden Gebiete Chinas mit einer Meute von Kommissionären, Ingenieuren und Offizieren überschwemmt, die durch ihr Verhalten selbst die für ihre Fügsamkeit bekannten Chinesen zur Empörung getrieben haben. Den beim Bau der chinesischen Eisenbahn beschäftigten chinesischen Arbeitern wurden für ihren Unterhalt 10 Kopeken pro Tag gezahlt — ist das vielleicht keine Uneigennützigkeit von seiten Rußlands?

Wie aber erklärt es sich, daß unsere Regierung diese wahnwitzige Politik in China betreibt? Wem nützt diese Politik? Sie nützt einem Häuflein von Großkapitalisten, die Handelsgeschäfte mit China treiben, einem Häuflein von Fabrikanten, die für den asiatischen Markt Waren produzieren, einem Häuflein von Kommissionären, die jetzt an eiligen Kriegsaufträgen tolles Geld verdienen (verschiedene Werke, die Waffen und Ausrüstung für die Truppen usw. herstellen, arbeiten jetzt mit Hochdruck und stellen Hunderte neuer Tagelöhner ein). Eine solche Politik nützt einem Häuflein Adliger, die im Zivil- und Militärdienst hohe Ämter bekleiden. Sie brauchen eine Abenteurerpolitik, denn hier kann man sich auszeichnen, Karriere machen und durch „Heldentaten" zu Ruhm gelangen. Den Interessen dieses Häufleins von Kapitalisten und beamteten Gaunern bringt unsere Regierung ohne Zaudern die Interessen des ganzen Volkes zum Opfer. Die autokratische Zarenregierung erweist sich auch in diesem Falle, wie stets, als die Regierung verantwortungsloser Bürokraten, die vor den Großkapitalisten und Adligen auf den Knien rutschen.

Welchen Nutzen hat die russische Arbeiterklasse und das ganze arbeitende Volk von den Eroberungen in China? Tausende ruinierter Familien, denen durch den Krieg die Ernährer entrissen wurden, ein ungeheures Anwachsen der staatlichen Schulden und Ausgaben, Erhöhung der Steuern, Stärkung der Macht der Kapitalisten, dieser Ausbeuter der Arbeiter, Verschlechterung der Lage der Arbeiter, noch größeres Massensterben der Bauernschaft, Hungersnot in Sibirien – all das verspricht der chinesische Krieg zu bringen und bringt er schon jetzt. Die gesamte russische Presse, alle Zeitungen und Zeitschriften sind versklavt, sie wagen nicht, etwas ohne Erlaubnis der Regierungsbeamten zu veröffentlichen – daher besitzen wir keine genauen Angaben darüber, was der chinesische Krieg dem Volke kostet, aber zweifellos erfordert er Geldausgaben von *vielen Hundert Millionen Rubel*. Es liegen Mitteilungen vor, daß die Regierung auf Grund eines nicht veröffentlichten Erlasses unverzüglich 150 Millionen Rubel für den Krieg gegeben hat, außerdem verschlingen die laufenden Ausgaben für den Krieg alle drei bis vier Tage je *eine Million Rubel*. Und diese wahnsinnigen Summen verschleudert eine Regierung, die die Unterstützungen für die hungernden Bauern endlos kürzte und dabei um jede Kopeke feilschte, die kein Geld für die Volksbildung

findet, die, wie irgendein Kulak, die Arbeiter in den Staatsbetrieben, die kleinen Angestellten in den Postämtern usw. aussaugt!

Der Finanzminister Witte hatte erklärt, daß am 1. Januar 1900 in der Staatskasse eine frei verfügbare Barsumme von 250 Millionen Rubel vorhanden war — jetzt ist dieses Geld bereits nicht mehr da, es ist für den Krieg draufgegangen, die Regierung sucht Anleihen, erhöht die Steuern, lehnt aus Mangel an Geld notwendige Ausgaben ab, stellt den Bau von Eisenbahnen ein. Der Zarenregierung droht der Bankrott, sie aber stürzt sich in eine Eroberungspolitik — in eine Politik, die nicht nur ungeheure Geldmittel erfordert, sondern auch droht, sie in noch gefährlichere Kriege zu verstricken. Die europäischen Mächte, die über China hergefallen sind, beginnen schon, sich um die Aufteilung der Beute zu streiten, und niemand vermag zu sagen, wie dieser Streit ausgehen wird.

Aber die Politik der Zarenregierung in China stellt nicht nur eine Verhöhnung der Interessen des Volkes dar — sie ist auch bestrebt, das politische Bewußtsein der Volksmassen zu korrumpieren. Die Regierungen, die sich nur durch die Macht der Bajonette halten, die stets genötigt sind, die Volksempörung einzudämmen oder zu unterdrücken, haben seit langem die Wahrheit erkannt, daß die Unzufriedenheit des Volkes durch nichts zu beseitigen ist; man muß versuchen, diese Unzufriedenheit von der Regierung auf jemand anders abzulenken. Man schürt z. B. die Feindschaft gegen die Juden: die Boulevardpresse hetzt gegen die Juden, als ob der jüdische Arbeiter nicht genauso unter dem Joch des Kapitals und des Polizeiregimes zu leiden hätte wie der russische Arbeiter. Augenblicklich führt die Presse einen Feldzug gegen die Chinesen, man schreit über die barbarische gelbe Rasse, ihre Feindschaft gegen die Zivilisation, spricht von kulturellen Aufgaben Rußlands, von der Begeisterung, mit der die russischen Soldaten in die Schlacht ziehen usw. usw. Die vor der Regierung und dem Geldsack auf dem Bauche liegenden Journalisten schreiben sich die Finger wund, um Haß gegen China im Volk zu entfachen. Aber das chinesische Volk hat das russische Volk nie und in keiner Weise bedrängt: das chinesische Volk leidet unter denselben Übeln, unter denen auch das russische Volk schmachtet — unter einer asiatischen Regierung, die aus den hungernden Bauern Steuern herauspreßt und jedes Streben nach Freiheit mit Waffengewalt unterdrückt —, unter dem Joch des Kapitals, das seinen Weg auch ins Reich der Mitte gefunden hat.

Die russische Arbeiterklasse beginnt sich von jener politischen Verschüchterung und Unwissenheit frei zu machen, in der die Masse des Volkes lebt. Alle klassenbewußten Arbeiter haben daher die Pflicht, sich mit allen Kräften gegen diejenigen zu wenden, die den nationalen Haß schüren und die Aufmerksamkeit des arbeitenden Volkes von seinen wahren Feinden ablenken. Die Politik der Zarenregierung in China ist eine verbrecherische Politik, die das Volk noch mehr ruiniert, die es noch mehr demoralisiert und unterdrückt. Die Zarenregierung hält nicht nur unser Volk in Sklaverei — sie schickt es aus zur Niederwerfung anderer Völker, die sich gegen ihre Sklaverei erheben (wie das 1849 der Fall war, als russische Truppen die Revolution in Ungarn unterdrückten). Sie hilft nicht nur den russischen Kapitalisten, ihre Arbeiter auszubeuten, und bindet den Arbeitern die Hände, damit sie es nicht wagen, sich zusammenzuschließen und zu verteidigen, sondern sendet auch Soldaten aus, um im Interesse eines Häufleins von Reichen und Adligen andere Völker zu plündern. Es gibt nur ein Mittel zur Befreiung von dem neuen Joch, das der Krieg dem arbeitenden Volk aufbürdet: die Einberufung von Volksvertretern, die der Willkürherrschaft der Regierung ein Ende machen und sie zwingen würden, nicht einzig und allein auf die Interessen der Hofclique Rücksicht zu nehmen.

*„Iskra" Nr. 1,*
*Dezember 1900.*

*Nach dem Text der „Iskra".*

# DIE SPALTUNG IM AUSLANDSBUND RUSSISCHER SOZIALDEMOKRATEN

Im Frühling dieses Jahres fand in der Schweiz eine Konferenz der Mitglieder des Auslandsbundes russischer Sozialdemokraten statt, die zur Spaltung des Auslandsbundes führte. Eine Minderheit der Mitglieder, an deren Spitze die Gruppe „Befreiung der Arbeit" steht, die den Auslandsbund gegründet und bis zum Herbst 1898 die Veröffentlichungen des Bundes redigiert hat, bildete eine gesonderte Organisation unter dem Namen: Russische revolutionäre Organisation „Sozialdemokrat". Die Mehrheit, darunter die Redaktion der Zeitung „Rabotscheje Delo", bezeichnet sich auch weiterhin als Auslandsbund. Der Parteitag der russischen Sozialdemokraten, der im Frühjahr 1898 stattfand und die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands" gründete, hat den Auslandsbund als die Auslandsvertretung unserer Partei anerkannt. Wie haben wir jetzt, nachdem sich der Auslandsbund gespalten hat, die Frage der Vertretung zu betrachten? Auf die Ursachen der Spaltung wollen wir nicht näher eingehen. Wir stellen nur fest, daß die so weitverbreitete und schwerwiegende Beschuldigung, Plechanow habe von der Druckerei des Auslandsbundes gewaltsam Besitz ergriffen, nicht der Wahrheit entspricht. In Wirklichkeit hat der Sachwalter der Druckerei es nur abgelehnt, sie einem Teil des gespaltenen Auslandsbundes ganz zu überlassen, und beide Parteien haben sehr bald selbst die Druckerei untereinander aufgeteilt. Am wichtigsten ist unseres Erachtens die Tatsache, daß das „Rabotscheje Delo" bei der Polemik sachlich im Unrecht war: das Blatt leugnete irrigerweise das Vorhandensein der „ökonomischen" Richtung und verfolgte die falsche Taktik, die extremen Erscheinungsformen dieser Richtung zu verschweigen und keinen offenen Kampf gegen sie zu führen.

Aus diesem Grunde lehnen wir es ab — obgleich wir die Verdienste des „Rabotscheje Delo", das für die Herausgabe von Literatur und die Organisierung ihrer Zustellung viel getan hat, keineswegs leugnen —, einen Teil der gespaltenen Organisation als Auslandsvertretung unserer Partei anzuerkennen. Bis zur Entscheidung des nächsten Parteitages muß diese Frage offenbleiben. Offizielle Auslandsvertreter der russischen Sozialdemokratie sind gegenwärtig die russischen Mitglieder des ständigen internationalen Komitees, das im Herbst dieses Jahres vom Pariser Internationalen Sozialistenkongreß gebildet worden ist.[124] Für Rußland sind zwei Mitglieder in das Komitee gewählt worden: G. W. Plechanow und B. Kritschewski (einer der Redakteure des „Rabotscheje Delo"). Solange zwischen den beiden Fraktionen der russischen Sozialdemokraten keine Versöhnung oder Verständigung zustande kommt, beabsichtigen wir, mit G. W. Plechanow den ganzen, die Vertretung Rußlands betreffenden Verkehr zu unterhalten. Schließlich müssen wir uns zu der Frage äußern, wen wir im ständigen internationalen Komitee als Sekretär für Rußland haben möchten. Gegenwärtig, da man bemüht ist, unter der Flagge einer „Kritik am Marxismus" die Sozialdemokratie durch bürgerliche Ideologie und eine Politik der Zahmheit und Fügsamkeit gegenüber den bis an die Zähne bewaffneten Feinden (den bürgerlichen Regierungen) zu korrumpieren, ist es besonders notwendig, auf diesen wichtigen Posten einen Mann zu stellen, der fähig ist, der Strömung zu widerstehen und ein gewichtiges Wort gegen das ideologische Schwanken zu sagen. Aus diesem Grunde sowie aus den obenerwähnten Erwägungen stimmen wir für G. W. Plechanow.

*Geschrieben nicht später als*
*am 8. Dezember 1900.*
*Veröffentlicht im Dezember 1900*
*in der „Iskra" Nr. 1.*

*Nach dem Text der „Iskra".*

# AUFZEICHNUNG VOM 29. DEZEMBER 1900

29. XII. 1900, Sonnabend, 2 Uhr nachts.

Ich möchte meine Eindrücke von der heutigen Unterredung mit dem „Zwilling" niederschreiben. Es war eine denkwürdige und in ihrer Art „historische" Zusammenkunft (Arsenjew, Welika, der Zwilling + Frau[125] + ich), historisch zumindest in meinem Leben, da sie die Bilanz, wenn auch nicht einer Epoche, so doch eines Lebensabschnittes gezogen hat und auf lange Zeit für mein Verhalten und meinen Lebensweg bestimmend sein wird.

Auf Grund der von Arsenjew ursprünglich gegebenen Darstellung der Dinge glaubte ich, der Zwilling komme zu uns und wolle von sich aus Schritte unternehmen — aber gerade das Gegenteil war der Fall. Wahrscheinlich kam dieser seltsame Irrtum daher, daß Arsenjew gar zu gern das gehabt hätte, womit der Zwilling „lockte", nämlich politisches Material, Korrespondenzen etc., denn „der Wunsch ist der Vater des Gedankens", und Arsenjew glaubte an die Möglichkeit dessen, womit der Zwilling lockte, er wollte an die Aufrichtigkeit des Zwillings glauben, an die Möglichkeit eines anständigen modus vivendi* mit ihm.

Und gerade diese Zusammenkunft hat einen solchen Glauben endgültig und unwiderruflich zunichte gemacht. Der Zwilling zeigte sich von einer ganz neuen Seite, er zeigte sich als „Politiker" von reinstem Wasser, als Politiker im schlimmsten Sinne des Wortes, als Politikaster, durchtriebener Kerl, Krämer und Frechling. Er kam, *völlig überzeugt von unserer Ohnmacht* — so formulierte Arsenjew selber das Ergebnis der Verhandlungen, und diese Formulierung war durchaus richtig. Der Zwilling

* Auskommens. *Die Red.*

kam im Glauben an unsere Ohnmacht, er erschien, um uns *Kapitulations*bedingungen vorzuschlagen, und tat dies in einer ausnehmend geschickten Form, ohne auch nur ein scharfes Wort fallen zu lassen, verriet aber nichtsdestoweniger, welche grobe Krämernatur eines Dutzendliberalen sich unter dieser eleganten, zivilisierten Hülle des allerneuesten „Kritikers" verbirgt.

Auf meine Fragen (mit denen der sachliche Teil des Abends begann), weshalb er, der Zwilling, nicht einfach Mitarbeiter sein wolle, erwiderte er mit aller Entschiedenheit, es sei für ihn psychologisch unmöglich, an einer Zeitschrift mitzuarbeiten, in der man „kein gutes Haar an ihm lasse" (wörtlich sein Ausdruck), wir sollten doch nicht glauben, daß wir ihn beschimpfen könnten und er werde uns „politische Artikel schreiben" (wörtlich!), von Mitarbeit könne nur unter der Bedingung voller Gleichberechtigung die Rede sein (d. h. anscheinend der Gleichberechtigung von Kritikern und Orthodoxen), nach der Ankündigung* wollte sein Gefährte und Freund[126] nicht einmal mehr zu einer Zusammenkunft mit Arsenjew fahren, seine, des Zwillings, Stellung sei nicht so sehr durch die Ankündigung oder sogar überhaupt nicht durch die Ankündigung bestimmt, sondern vielmehr dadurch, daß er sich früher auf die Rolle einer „wohlwollenden Helferschaft" beschränken wollte, jetzt aber habe er nicht mehr die Absicht, sich damit zu begnügen, sondern wolle auch Redakteur sein (so sagte der Zwilling fast wörtlich!!). Mit all dem rückte der Zwilling nicht auf einmal heraus, die Verhandlungen über seine Mitarbeit zogen sich ziemlich in die Länge (viel zu sehr, nach Arsenjews und Welikas Meinung), aber für mich zeichnete sich in ihnen mit aller Klarheit ab, daß mit diesem Gentleman eine Zusammenarbeit nicht möglich ist.

Dann versteifte er sich auf seinen Vorschlag: Weshalb kein drittes politisches Organ mit gleichen Rechten schaffen, das werde für ihn wie für uns von Vorteil sein (Material für die Zeitung, wir würden einiges von den dafür hergegebenen Mitteln „profitieren"), er sei der Meinung, daß auf dem Umschlag nichts Sozialdemokratisches stehen solle, nichts, was auf unsere Firma hinwiese, wir seien verpflichtet (nicht formell, sondern moralisch verpflichtet), in diesem Organ auch unser ganzes allgemeinpolitisches Material drucken zu lassen.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 348. *Die Red.*

Die Sache wurde klar, und ich sagte offen, von der Gründung eines dritten Organs könne gar keine Rede sein, die Sache laufe hier auf die Frage hinaus, ob es die Sozialdemokratie sei, die den politischen Kampf zu führen hat, oder ob es die Liberalen selbständig, sich selbst genügend, tun sollten (ich drückte mich klarer und bestimmter, präziser aus). Der Zwilling begriff, wurde wütend und erklärte, nachdem ich mich mit anerkennenswerter Klarheit* (wörtlich!) ausgesprochen hätte, lohne es nicht, davon noch zu sprechen, man solle nur noch von den Bestellungen reden — von den Bestellungen auf die Sammelbände: das ist dieselbe dritte Zeitschrift (warf ich ein). „Nun, dann nur von der Bestellung der *vorhandenen* Broschüre", erklärte der Zwilling. Welcher? fragte ich. Wozu wollen Sie das wissen? antwortete die Frau in frechem Ton. Wenn Sie sich im Prinzip dafür entscheiden, dann werden wir beschließen, wenn nicht, wozu brauchen Sie es dann zu wissen? Ich fragte nach den Bedingungen der Drucklegung: Verlag von N. N. und weiter nichts, Ihre Firma darf *nicht* erwähnt werden, außer dem Verlag** darf kein Zusammenhang mit Ihrer Firma bestehen—erklärte der Zwilling. Ich wandte mich auch dagegen und verlangte, daß unsere Firma genannt werde, Arsenjew widersprach mir, und das Gespräch brach ab.

Zum Schluß kam man überein, die Entscheidung aufzuschieben — Arsenjew und Welika setzten dem Zwilling noch zu, verlangten von *ihm* Erklärungen, stritten, ich schwieg meist, lachte (so, daß der Zwilling es deutlich sah), und die Unterhaltung ging bald zu Ende.

*Zuerst veröffentlicht 1924 im Lenin-Sammelband I.* *Nach dem Manuskript.*

* „anerkennenswerter Klarheit" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

** „Verlag" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

# ZUFÄLLIGE NOTIZEN

*Geschrieben im Januar 1901.*
*Veröffentlicht im April 1901*
*in der Zeitschrift „Sarja" Nr. 1.*
*Unterschrift: J. Ch.*

*Nach dem Text der Zeitschrift.*

№ 1

Апрѣль
1901-го г.

Die
Morgenrothe
Heft 1
April 1901

# ЗАРЯ

Соціаль-демократическій научно-политическій журналъ. Издается при ближайшемъ участіи Г. В. Плеханова, В. И. Засуличъ и П. Б. Аксельрода.

Цѣна 2 руб.

Stuttgart
J. H. W. Dietz Nachf. (G. m. b. H.)
1901

Umschlag der ersten Nummer der Zeitschrift „Sarja"
April 1901

## I. PRÜGLE, ABER NICHT ZU TODE

Am 23. Januar verhandelte in Nishni-Nowgorod das Moskauer Oberste Gericht in einer Sondersession *unter Teilnahme von Ständevertretern* den Fall der Ermordung des Bauern Timofej Wassiljewitsch Wosduchow, der „zur Ernüchterung" auf die Polizeiwache gebracht und dort von den vier Polizisten Schelemetjew, Schulpin, Schibajew, Olchowin und dem zeitweilig beauftragten Reviervorsteher Panow derart verprügelt wurde, daß er am nächsten Tag im Krankenhaus verstarb.

Das ist der unkomplizierte Tatbestand dieses einfachen Falls, der ein grelles Licht auf das wirft, was stets und ständig in unseren Polizeidienststellen vor sich geht.

Soweit man sich auf Grund der außerordentlich knappen Zeitungsberichte ein Urteil bilden kann, stellt sich der ganze Vorgang folgendermaßen dar. Am 20. April fuhr Wosduchow in einer Droschke zum Hause des Gouverneurs. Heraus trat der Aufseher des Gouverneurhauses, der vor Gericht aussagte, Wosduchow sei ohne Mütze und angeheitert, aber nicht betrunken gewesen und habe sich über irgendeine Dampferstation beschwert, die keine Fahrkarte ausgegeben habe (?). Der Aufseher gab dem auf Posten befindlichen Polizisten Schelemetjew den Befehl, Wosduchow zur Wache zu bringen. Wosduchow war so wenig angeheitert, daß er mit Schelemetjew ruhig sprach und nach seiner Ankunft dem Reviervorsteher Panow klar und deutlich Namen und Stand nannte. Trotzdem *„stößt"* ihn Schelemetjew – offenbar mit Wissen Panows, der soeben Wosduchow verhört hat – nicht in die Arrestantenzelle, in der sich mehrere Betrunkene befinden, sondern in die neben der Arrestantenzelle befindliche *„Wachstube"*. Dabei stößt er mit dem Säbel an die Türklinke,

schneidet sich ein wenig in die Hand, bildet sich ein, Wosduchow halte den Säbel fest und stürzt sich auf ihn, schlägt ihn und schreit dabei, man habe ihm die Hand zerschnitten. Er schlägt aus voller Kraft, ins Gesicht, auf die Brust, in die Seiten, schlägt so, daß Wosduchow immer auf den Rükken fällt, immer wieder mit dem Kopf auf den Fußboden aufschlägt und um Erbarmen bittet. „Warum schlagen Sie mich?" sagte er nach Aussage eines Zeugen (Semachin), der in der Arrestantenzelle saß. — „Ich bin nicht schuld daran. Verzeihen Sie, um Christi willen!" Nach Aussage desselben Zeugen war Wosduchow nicht betrunken, betrunken war eher Schelemetjew. Daß Schelemetjew Wosduchow „belehrt" (Formulierung der Anklageschrift!), erfahren seine Kollegen Schulpin und Schibajew, die seit dem ersten Ostertage auf dem Polizeirevier fortgesetzt tranken (der 20. April, ein Dienstag, war der dritte Ostertag). Sie kommen zusammen mit dem aus einem anderen Revier eingetroffenen Olchowin in die Wachstube, schlagen auf Wosduchow mit den Fäusten ein und treten ihn mit Füßen. Auch der Reviervorsteher Panow kommt hinzu, schlägt Wosduchow mit einem Buch auf den Kopf, schlägt mit den Fäusten. „Sie haben so geprügelt, so geprügelt", sagte eine verhaftete Frau, „daß mir vor Angst der ganze Leib weh tat." Als die „Belehrung" beendet war, befahl der Reviervorsteher mit größtem Gleichmut Schibajew, dem Mißhandelten das Blut vom Gesicht abzuwaschen — es sei so immerhin anständiger, sonst sieht es noch die Obrigkeit! — und ihn in die Arrestantenzelle zu stoßen. „Brüder!" sagt Wosduchow zu den übrigen Verhafteten, „seht ihr, wie die Polizei prügelt? Seid meine Zeugen, ich werde mich beschweren!" Aber er kommt nicht dazu, sich zu beschweren, am nächsten Morgen findet man ihn in völlig bewußtlosem Zustand, man bringt ihn ins Krankenhaus, wo er acht Stunden später stirbt, ohne wieder zu sich gekommen zu sein. Die Obduktion ergibt zehn gebrochene Rippen, Blutstriemen am ganzen Körper und einen Bluterguß im Gehirn.

Das Gericht verurteilte Schelemetjew, Schulpin und Schibajew zu vier Jahren Zwangsarbeit; Olchowin und Panow aber, die nur der „Beleidigung" für schuldig befunden wurden — zu *einem Monat Haft*...

Mit diesem Urteilsspruch nun wollen wir unsere Analyse beginnen. Die Anklage gegen die zu Zwangsarbeit Verurteilten stützte sich auf die Paragraphen 346 und 1490, Teil 2, des Strafgesetzbuches. Der erste dieser Paragraphen besagt, daß ein Beamter, der in Ausübung seines Amtes jeman-

dem Verletzungen oder Verstümmelungen zufügt, zu der „für selbiges Verbrechen festgesetzten" Höchststrafe verurteilt werden muß. Paragraph 1490, Teil 2, aber setzt für Mißhandlung mit tödlichem Ausgang Zwangsarbeit von 8 bis 10 Jahren fest. Anstatt das *höchste Strafmaß* zu verhängen, *setzt* das Gericht der Ständevertreter und Kronrichter die Strafe um *zwei Stufen herab* (6. Stufe: Zwangsarbeit von 8 bis 10 Jahren; 7. Stufe: von 4 bis 6 Jahren), d. h., es beschließt die maximale Herabsetzung der Strafe, die das Gesetz im Falle mildernder Umstände zuläßt, und außerdem wird das *niedrigste* Strafmaß dieser niedrigsten Stufe in Anwendung gebracht. Mit einem Wort, das Gericht hat alles getan, was es nur konnte, um das Los der Verurteilten zu mildern, ja sogar mehr, als es konnte, da die Gesetzesbestimmung über das „höchste Strafmaß" umgangen wurde. Wir wollen natürlich keineswegs sagen, daß die „höchste Gerechtigkeit" gerade zehn und nicht vier Jahre Zwangsarbeit erforderte; wichtig ist, daß die Mörder als Mörder erkannt und zu Zwangsarbeit verurteilt worden sind. Man kann jedoch nicht umhin, eine Tendenz festzustellen, die für das Gericht der Kronrichter und Ständevertreter überaus charakteristisch ist: wenn sie über Polizeibeamte zu Gericht sitzen, so sind sie zu jeder Nachsicht bereit; wenn sie aber über Vergehen gegen die Polizei ihr Urteil sprechen, dann legen sie bekanntlich unbeugsame Strenge an den Tag.*

Da ist der Herr Reviervorsteher..., nun, wie sollte man ihm gegen-

* Bei dieser Gelegenheit wollen wir zur Beurteilung des Strafmaßes, das unsere Gerichte für verschiedene Verbrechen verhängen, noch eine Tatsache anführen. Einige Tage nach der Verhandlung gegen die Mörder Wosduchows verhandelte das Moskauer Militärbezirksgericht gegen einen Soldaten, der in der dortigen Artilleriebrigade diente und 50 Paar Hosen sowie mehrere Paar Stiefel aus dem Depot gestohlen hatte, als er dort Posten stand. Das Urteil lautete auf vier Jahre *Zwangsarbeit*. Das Leben eines Menschen, der der Polizei anvertraut ist, ist also ebensoviel wert wie 50 Paar Hosen und einige Stiefel, die dem Wachtposten anvertraut sind. In dieser originellen „Gleichung" spiegelt sich, wie die Sonne in einem Tröpfchen Wasser, das ganze System unseres Polizeistaates. Die Persönlichkeit ist der Staatsmacht gegenüber nichts. Die Disziplin innerhalb der Staatsmacht ist alles...; übrigens, Verzeihung: „alles" nur für die kleinen Leute. Der kleine Dieb wird zu Zwangsarbeit verurteilt, die großen Diebe dagegen, alle diese großen Herren, Minister, Bankdirektoren, Erbauer von Eisenbahnen, Ingenieure, Kommissionäre usw., die Zehntausende und Hunderttausende Rubel Staatsgelder in ihren Taschen

über nicht nachsichtig sein! Er nahm Wosduchow, als dieser zur Wache gebracht wurde, in Empfang, er gab offenbar den Befehl, ihn nicht in die Arrestantenzelle zu bringen, sondern zunächst — zur Belehrung — in die Wachstube, er nahm an der Mißhandlung teil, sowohl mit seinen Fäusten als auch mit einem Buche (wohl mit dem Gesetzbuch), er gab die Anweisung, die Spuren des Verbrechens zu beseitigen (das Blut abzuwaschen), er berichtete am 20. April nachts dem zurückgekehrten Polizeioffizier dieses Reviers, Muchanow, in dem „ihm anvertrauten Revier" sei „alles in Ordnung" (wörtlich!) — aber mit den Mördern hat er nichts gemein, er hat sich nur einer tätlichen Beleidigung, einer einfachen tätlichen Beleidigung schuldig gemacht, die mit Haft bestraft wird. Kein Wunder, daß dieser an der Mordtat unschuldige Gentleman, Herr Panow, auch heute noch in der Polizei dient und den Posten eines Wachtmeisters der Landpolizei bekleidet. Herr Panow hat seine nützliche und umsichtige Tätigkeit zur „Belehrung" des einfachen Volkes nur von der Stadt aufs Land verlegt. Sag aufrichtig, lieber Leser, kann der Wachtmeister Panow das Urteil des Gerichts anders auffassen, denn als Rat: in Zukunft die Spuren eines Verbrechens besser zu verwischen, so zu „belehren", daß keine Spuren zurückbleiben? Du hast befohlen, dem Sterbenden das Blut vom Gesicht abzuwaschen — sehr gut, aber du hast Wosduchow sterben lassen —, das, mein Lieber, war nicht umsichtig; sei in Zukunft vorsichtiger und schreibe dir das erste und letzte Gebot des russischen Dershimorda* hinter die Ohren: „Prügle, aber nicht zu Tode!"

Vom allgemein menschlichen Standpunkt ist das Urteil, das das Gericht über Panow fällte, ein direkter Hohn auf die Rechtsprechung; es zeigt das echt knechtselige Bestreben, die ganze Schuld auf die unteren Polizeibeamten abzuwälzen und ihren unmittelbaren Vorgesetzten, mit dessen Wissen, Billigung und Beteiligung die bestialische Mißhandlung erfolgte, reinzuwaschen. Vom juristischen Standpunkt aus aber ist dieses Urteil ein Muster jener Kasuistik, zu der beamtete Richter fähig sind, Richter,

---

verschwinden lassen, büßen das nur sehr selten und schlimmstenfalls mit Verbannung und Aufenthaltszwang in fernen Gouvernements, wo sie für das zusammengestohlene Geld herrlich und in Freuden leben (die Bankdiebe in Westsibirien) und sehr leicht ins Ausland flüchten können (Gendarmerieoberst Méranville de St. Claire).

* Polizist in Gogols „Revisor". Zu deutsch: Halt-die-Schnauze. *Der Übers.*

die selber nicht viel besser sind als der Reviervorsteher. Die Sprache ist dem Menschen gegeben, damit er seine Gedanken verberge — sagen die Diplomaten. Gesetze werden gegeben, damit der Begriff der Schuld und Verantwortung verdreht werde — können unsere Juristen sagen. Welche höchst raffinierte richterliche Kunst ist in der Tat notwendig, um aus der Teilnahme an einer Mißhandlung eine einfache tätliche Beleidigung zu machen! Der Arbeiter, der vielleicht am 20. April morgens Wosduchow die Mütze vom Kopf gerissen hat, wäre demnach desselben Vergehens — ja sogar noch schwächer ausgedrückt: nicht desselben Vergehens, sondern derselben „Übertretung" — schuldig wie Panow. Selbst auf einfache Teilnahme an einer Schlägerei (nicht aber an der Mißhandlung eines hilflosen Menschen) steht, wenn dabei jemand getötet wird, eine strengere Strafe als die, zu der der Reviervorsteher verurteilt worden ist. Die richterlichen Rechtsverdreher machten sich erstens den Umstand zunutze, daß das Gesetz für Mißhandlungen in Ausübung der Dienstpflicht mehrere Strafen vorsieht und es dem Richter überläßt, je nach Umständen zwischen Gefängnis von 2 Monaten an und Verbannung mit Aufenthaltszwang in Sibirien zu wählen. Den Richter nicht durch übermäßig formale Bestimmungen beengen, ihm einen gewissen Spielraum lassen, ist gewiß eine sehr vernünftige Regel, und unsere Professoren des Strafrechts haben die russische Gesetzgebung dafür schon des öfteren gelobt und ihren Liberalismus hervorgehoben. Sie haben dabei nur die Kleinigkeit vergessen, daß man zur Anwendung vernünftiger Verordnungen Richter braucht, die nicht zu bloßen Beamten herabgewürdigt sind, daß die Teilnahme von Vertretern der Öffentlichkeit am Gerichtsverfahren sowie die Mitwirkung der öffentlichen Meinung bei der Erörterung eines Falls notwendig ist. Zweitens aber kam hier der stellvertretende Staatsanwalt dem Gericht zu Hilfe, der die Anklage gegen Panow (und Olchowin) wegen Mißhandlung und Verübung von Grausamkeiten *fallen ließ* und beantragte, sie nur wegen Beleidigung zu bestrafen. Der stellvertretende Staatsanwalt berief sich seinerseits auf das Gutachten der Sachverständigen, die in Abrede stellten, daß die von Panow ausgeteilten Schläge besonders qualvoll und anhaltend gewesen seien. Der juristische Sophismus zeichnet sich, wie man sieht, nicht durch besonderen Scharfsinn aus: da Panow weniger als die anderen geschlagen hat, so *kann* man sagen, daß seine Schläge nicht *besonders* qualvoll waren; wenn sie aber nicht besonders qualvoll waren,

so *kann* man daraus schließen, daß sie keine „Mißhandlungen und Grausamkeiten" waren; wenn sie aber keine Mißhandlungen und keine Grausamkeiten waren, so waren sie also eine einfache tätliche Beleidigung. Alles wird zu allgemeiner Zufriedenheit beigelegt, und Herr Panow bleibt in den Reihen der Hüter von Recht und Ordnung ... *

Wir haben soeben die Frage der Teilnahme von Vertretern der Öffentlichkeit an der Rechtsprechung und der Rolle der öffentlichen Meinung

---

* Anstatt vor dem Gericht und vor der Öffentlichkeit die Niederträchtigkeiten in ihrem ganzen Umfang aufzudecken, zieht man es bei uns vor, die Dinge vor Gericht zu vertuschen und alles mit Rundschreiben und Verordnungen voll schwülstiger, aber hohler Phrasen abzutun. So zum Beispiel hat der Polizeipräsident von Orjol dieser Tage einen Befehl erlassen, der unter Bestätigung früherer Verordnungen es den Polizeioffizieren zur Pflicht macht, persönlich wie auch durch ihre Stellvertreter den unteren Polizeibeamten nachdrücklich einzuschärfen, sich keinesfalls grobe Behandlung oder irgendein gewaltsames Vorgehen zu erlauben, wenn Betrunkene auf der Straße festgenommen und in die Polizeiwachen zwecks Ernüchterung eingeliefert werden, und den unteren Beamten zu erklären, es sei Pflicht der Polizei, unter anderem auch Betrunkene zu schützen, die ohne offenbare Gefahr für ihr Leben nicht sich selbst überlassen werden dürfen, weshalb die unteren Polizeibeamten, die vom Gesetz selber als nächste Verteidiger und Beschützer der Bürger bestellt seien, bei der Festnahme und Einlieferung eines Betrunkenen in die Polizeiwache die Bürger keinesfalls grob oder unmenschlich behandeln dürften, sie müßten vielmehr alles tun, was in ihren Kräften steht, um Personen, die sie bis zur erfolgten Ernüchterung einsperren, zu schützen. Der Befehl macht die unteren Polizeibeamten darauf aufmerksam, daß nur eine pflichtbewußte und den Gesetzen entsprechende Erfüllung ihrer Dienstpflichten ihnen das Recht gibt, Vertrauen und Achtung von der Bevölkerung zu erwarten, während umgekehrt jede von Polizeibeamten verübte Willkür und grausame Behandlung Betrunkener wie auch die Anwendung irgendwelcher Gewaltmethoden gegen diese, die unvereinbar sind mit der Pflicht von Polizeibeamten, da diese durch anständiges Benehmen und gute Sitten vorbildlich zu sein hätten, unweigerlich strenge gesetzliche Bestrafung nach sich ziehen würden, und daß untere Polizeibeamte, die sich solcher Handlungen schuldig machen, ohne jede Nachsicht vor Gericht gestellt würden. — Vorschlag für eine Zeichnung in einer satirischen Zeitschrift: Der von der Anklage des Mordes freigesprochene Reviervorsteher liest den Befehl, demzufolge er als Vorbild anständigen Benehmens und guter Sitten zu dienen hat!

berührt. Diese Frage wird überhaupt durch diesen Prozeß glänzend illustriert. Vor allen Dingen: Warum kam der Fall nicht vor ein Geschworenengericht, sondern vor ein Gericht von Kronrichtern und Ständevertretern? Weil die Regierung Alexanders III., die einen schonungslosen Kampf gegen alles und jedes Streben der Gesellschaft nach Freiheit und Selbständigkeit aufgenommen hat, das Geschworenengericht sehr bald als gefährlich erkannte. Die reaktionäre Presse erklärte das Geschworenengericht für das „Gericht der Straße" und begann gegen dieses Gericht eine Hetze, die übrigens bis auf den heutigen Tag andauert. Die Regierung nahm ein reaktionäres Programm an: nach dem Sieg über die revolutionäre Bewegung der siebziger Jahre erklärte sie den Vertretern der Öffentlichkeit unverfroren, daß sie sie als „Straße" betrachte, als Mob, der sich weder in die Gesetzgebung noch in die Staatsverwaltung einzumischen habe, der aus dem Heiligtum, in dem nach der Methode der Herren Panow über die russischen Bürger zu Gericht gesessen und das Urteil gesprochen wird, vertrieben werden müsse. Im Jahre 1887 wurde ein Gesetz erlassen, laut dem von Amtspersonen oder gegen Amtspersonen verübte Verbrechen der Kompetenz der Geschworenengerichte entzogen werden und diese Fälle dem Gericht der Kronrichter und Ständevertreter überwiesen wurden. Bekanntlich sind diese Ständevertreter, die mit den Berufsrichtern zu einem Kollegium verschmolzen wurden, stumme Statisten, sie spielen die klägliche Rolle von Beisitzern, die alles unterschreiben, was die Bürokraten der Gerichtsbehörde zu beschließen belieben. Das ist eines von den Gesetzen, die sich wie eine lange Kette durch die ganze jüngste reaktionäre Epoche der russischen Geschichte ziehen und denen das gemeinsame Bestreben eigen ist, eine „starke Staatsgewalt" wiederherzustellen. Unter dem Druck der Verhältnisse war die Regierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gezwungen, mit der „Straße" in Berührung zu kommen, die Zusammensetzung dieser Straße aber änderte sich mit überraschender Geschwindigkeit, und an die Stelle unwissender Spießer traten Bürger, die begannen, sich ihrer Rechte bewußt zu werden, die sogar fähig sind, Kämpfer für diese Rechte zu stellen. Als die Regierung das merkte, prallte sie entsetzt zurück, und jetzt macht sie krampfhafte Anstrengungen, sich durch eine chinesische Mauer abzuschließen, sich in einer Festung einzumauern, die allen Äußerungen selbständigen Handelns der Gesellschaft unzugänglich ist... Aber ich bin etwas von meinem Thema abgekommen.

Auf Grund des reaktionären Gesetzes wurde also die Straße aus Gerichtsverfahren gegen Vertreter der Staatsgewalt ausgeschaltet. Über Beamte saßen Beamte zu Gericht. Das wirkte sich nicht nur auf das Urteil aus, sondern auch auf den ganzen Charakter der Voruntersuchung und der Gerichtsverhandlung. Das Gericht der Straße ist gerade darum wertvoll, weil es in den Geist des Kanzleiformalismus, von dem unsere Regierungsinstitutionen völlig durchtränkt sind, einen lebendigen Hauch hineinbringt. Die Straße interessiert sich nicht nur dafür, ja sogar nicht so sehr dafür, ob die betreffende Handlung als Beleidigung, Mißhandlung oder schwere Mißhandlung anzusehen ist und welche Art und Form der Strafe man für sie festsetzt, als vielmehr dafür, daß alle sozialen und politischen Fäden des Verbrechens und seine Bedeutung bis zur Wurzel aufgedeckt und öffentlich beleuchtet werden, daß aus dem Gerichtsverfahren Lehren für die öffentliche Moral und die praktische Politik gezogen werden. Die Straße will im Gericht nicht eine „Dienststelle" sehen, wo Schreiberseelen die entsprechenden Paragraphen des Strafgesetzbuches auf diese oder jene einzelnen Fälle anwenden, sondern eine öffentliche Einrichtung, die die Eiterbeulen der heutigen Ordnung bloßlegt und Material liefert, um diese Ordnung kritisieren und also auch verbessern zu können. Geleitet von ihrem Instinkt und unter dem Druck der Praxis des öffentlichen Lebens sowie ihres wachsenden politischen Bewußtseins, gelangt die Straße zu jener Wahrheit, an die sich unsere offiziell-professorale Jurisprudenz so mühsam und zaghaft, durch ihre scholastischen Schranken hindurch, heranarbeitet, zu der Wahrheit nämlich, daß im Kampf gegen das Verbrechen die Änderung der gesellschaftlichen und politischen Institutionen von unermeßlich größerer Bedeutung ist als der Vollzug einzelner Strafen. Aus eben diesem Grunde wird ja das Gericht der Straße von den reaktionären Publizisten und der reaktionären Regierung gehaßt — und muß von ihnen gehaßt werden. Aus diesem Grunde zieht sich die Einengung der Kompetenz des Geschworenengerichts und die Einschränkung der Öffentlichkeit des Verfahrens wie ein roter Faden durch die ganze Geschichte Rußlands nach der Reform, wobei der reaktionäre Charakter der „Nachreform"epoche *unmittelbar* nach Inkrafttreten des Gesetzes von 1864, das unser „Gerichtswesen" reformierte, zutage trat.* Und

* Die liberalen Anhänger des Geschworenengerichts sprechen, wenn sie in der legalen Presse gegen Reaktionäre polemisieren, oft in kategorischer Weise

gerade bei dem hier in Rede stehenden Prozeß machte sich das Fehlen eines „Gerichtes der Straße" besonders bemerkbar. Wer in diesem Gericht konnte sich für die soziale Seite der Sache interessieren und sich bemühen, sie mit aller Anschaulichkeit sichtbar zu machen? Der Staatsanwalt? Ein Beamter, der in engsten Beziehungen zur Polizei steht, die Verantwortung für die Sicherheit und Behandlung der Inhaftierten teilt — und dem in einigen Fällen die Polizei sogar unterstellt ist? Wir haben gesehen, daß der stellvertretende Staatsanwalt sogar die Anklage gegen Panow wegen Mißhandlung fallen ließ. Der Zivilkläger, wenn die Frau des Ermordeten, die vor Gericht als Zeugin aufgetretene Wosduchowa, Zivilklage gegen die Mörder angestrengt hätte? Woher aber sollte sie, eine einfache Bauersfrau, wissen, daß es vor dem Strafgericht so etwas wie eine Zivilklage gibt? Ja, auch wenn sie das gewußt hätte, wäre sie denn imstande gewesen, einen Rechtsanwalt zu nehmen? Und wenn sie dazu auch imstande gewesen wäre, würde sich ein Rechtsanwalt gefunden haben, der imstande und bereit gewesen wäre, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die durch diesen Mord enthüllten Zustände zu lenken? Und wenn sich auch ein solcher Rechtsanwalt gefunden hätte, würden dann „Delegierte" der Gesellschaft wie die Ständevertreter imstande gewesen sein, seinen „Bürgereifer" zu unterstützen? Da ist zum Beispiel der Bauernobmann eines Amtsbezirks — ich habe ein provinzielles Gericht im Auge —, den seine bäuerliche Kleidung in Verlegenheit bringt, der nicht weiß, wohin er seine geschmierten Stiefel und seine Bauernhände tun soll und ängstlich zu Seiner Exzellenz, dem mit ihm am selben Tisch sitzenden Vorsitzenden des Gerichts, emporschaut. Da ist der Bürgermeister, ein dicker Kaufmann, der in der ihm ungewohnten Uniform schwer atmet, eine Kette um den Hals trägt und bemüht ist, seinen Nachbar, den Adelsmarschall, einen vornehmen Herrn in Adelsuniform, mit gepflegtem Äußeren und

---

dem Geschworenengericht die politische Bedeutung ab und bemühen sich zu beweisen, daß sie keineswegs aus politischen Erwägungen heraus für die Beteiligung von Vertretern der Öffentlichkeit an der Rechtsprechung eintreten. Zum Teil kann das zweifellos von jener politischen Beschränktheit herrühren, an der oft gerade Juristen kranken, obwohl sie sich speziell mit „Staats"-wissenschaften beschäftigen. Hauptsächlich erklärt sich das jedoch aus der Notwendigkeit, eine äsopische Sprache zu sprechen, und aus der Unmöglichkeit, offen ihre Sympathien für eine Verfassung zum Ausdruck zu bringen.

aristokratischen Manieren, nachzuahmen. Daneben aber sitzen die Richter, die die ganze lange Schule der Beamtenlaufbahn durchgemacht haben, echte Kanzleischreiber, die in den Amtsstuben grau geworden und ganz erfüllt sind vom Bewußtsein der Wichtigkeit der ihnen zugefallenen Aufgabe: Vertreter der Staatsgewalt zu richten, die zu richten ein Gericht der Straße nicht würdig ist. Müssen solche Umstände nicht dem redegewandtesten Advokaten die Lust zum Reden nehmen, müssen sie ihm nicht das alte Wort in Erinnerung bringen: „Werfet keine Perlen vor die..."?

So kam es denn, daß man den Prozeß im Eilzugstempo durchpeitschte, als wollte man sich der Sache möglichst rasch entledigen*, als hätte man Angst, diese ganze abscheuliche Angelegenheit gründlich zu untersuchen: man kann neben einem Abtritt wohnen, sich an ihn gewöhnen, nichts merken, sich einleben, kaum aber versucht man, ihn zu reinigen — sofort werden nicht nur die Bewohner der betreffenden Wohnung, sondern auch die der Nachbarwohnungen den Gestank zu spüren bekommen.

Man sehe nur, was für eine Fülle von Fragen sich ganz von selbst aufdrängt, die zu klären sich niemand die Mühe gemacht hat. Weshalb fuhr Wosduchow zum Gouverneur? Die Anklageschrift — dieses Dokument, in dem das Streben der Anklagebehörde, das ganze Verbrechen aufzudecken, seine Verkörperung finden soll — gibt nicht nur keine Antwort auf diese Frage, sondern vertuscht sie direkt, wenn sie sagt, daß Wosduchow angeblich „in betrunkenem Zustand im Hof des Gouverneurhauses von dem Polizisten Schelemetjew festgenommen wurde". Das gibt sogar Anlaß zu glauben, Wosduchow habe skandaliert — und wo? im Hofe des Gouverneurhauses! In Wirklichkeit aber *fuhr Wosduchow in einer Droschke zum Gouverneur, um sich zu beschweren* — das ist eine festgestellte Tatsache. Worüber beschwerte er sich? Der Aufseher des Gouverneurhauses, Ptizyn, sagt, Wosduchow habe sich über irgendeine Dampferstation beschwert, auf der man ihm eine Fahrkarte verweigert habe (?). Der Zeuge Muchanow, der Polizeioffizier des Reviers war, in dem Wosduchow geprügelt wurde (jetzt ist er Leiter des Gouvernementsgefängnisses in der Stadt Wladimir), erklärt, er habe von der Frau Wos-

* Niemand aber kümmerte sich darum, die Sache möglichst rasch vor Gericht zu bringen. Trotz der außerordentlichen Einfachheit und Klarheit des Falls wurden die Vorgänge des 20. April 1899 erst am 23. Januar 1901 vor Gericht behandelt. Ein *schnelles*, gerechtes und gnädiges Gericht!

duchows gehört, sie und ihr Mann hätten zusammen gezecht *und wären in Nishni-Nowgorod sowohl von der Flußpolizei als auch im Polizeirevier Roshdestwenski geschlagen worden, worüber Wosduchow sich beim Gouverneur habe beschweren wollen.* Trotz des offenbaren Widerspruchs in den Aussagen dieser Zeugen trifft das Gericht absolut keine Maßnahmen zur Klärung der Frage. Im Gegenteil: Jeder hätte das volle Recht, die Schlußfolgerung zu ziehen, daß das Gericht *nicht gewillt ist,* diese Frage zu klären. Die Frau Wosduchows war Zeugin vor Gericht, aber niemand machte Anstalten, sie zu fragen, ob sie und ihr Mann wirklich in mehreren Polizeirevieren von Nishni-Nowgorod geprügelt worden seien, unter welchen Umständen sie verhaftet wurden, in welchen Räumen sie geschlagen wurden, wer sie geschlagen habe, ob ihr Mann sich wirklich beim Gouverneur beschweren wollte, ob ihr Mann noch mit anderen von dieser Absicht gesprochen habe? Der Zeuge Ptizyn, der als Beamter der Gouverneurskanzlei sehr wahrscheinlich nicht geneigt war, von dem nicht betrunkenen Wosduchow – der aber doch zur Ernüchterung in Haft genommen werden mußte! – eine Beschwerde über die Polizei entgegenzunehmen, und dem *betrunkenen* Polizisten Schelemetjew den Auftrag gab, den Beschwerdeführer zur Ernüchterung auf die Polizeiwache zu führen, dieser interessante Zeuge wurde nicht ins Kreuzverhör genommen. Der Droschkenkutscher Krainow, der Wosduchow zum Gouverneur gefahren hatte und ihn dann auf die Wache fuhr, wurde ebenfalls nicht befragt, ob Wosduchow ihm nicht gesagt habe, warum er zum Gouverneur fahre, was er eigentlich Ptizyn gesagt und ob nicht sonst irgend jemand das Gespräch mit angehört habe? Das Gericht begnügt sich mit der Verlesung der kurzen Aussage des nicht erschienenen Zeugen Krainow (der bestätigte, daß Wosduchow nicht betrunken, sondern nur ein wenig angeheitert war), und der stellvertretende Staatsanwalt denkt nicht im geringsten daran, dafür zu sorgen, daß dieser wichtige Zeuge vor Gericht erscheint. Wenn man in Betracht zieht, daß Wosduchow Unteroffizier der Reserve war, also ein Mensch, der schon etwas vom Leben gesehen hat und Gesetze und Verordnungen ein wenig kannte, daß er sogar nach den letzten tödlichen Schlägen den anderen Inhaftierten sagte: „Ich werde mich beschweren" – so wird es mehr als wahrscheinlich, daß er tatsächlich zum Gouverneur gekommen war, um sich über die Polizei zu beschweren, daß der Zeuge Ptizyn log, um die Polizei zu schützen, daß

die Lakaien von Richtern und der Lakai von Staatsanwalt diese peinliche Geschichte nicht aufklären wollten.

Weiter. Warum und wofür ist Wosduchow geprügelt worden? Die Anklageschrift stellt das wiederum *so* dar, wie es am günstigsten ist... für die Angeklagten. Der „Anlaß zu der Mißhandlung" bestand angeblich darin, daß Schelemetjew sich die Hand verletzt hatte, als er Wosduchow in die Wachstube stieß. Die Frage ist nun, warum man Wosduchow, der mit Schelemetjew und Panow ruhig gesprochen hatte (nehmen wir an, daß man ihn unbedingt *hineinstoßen* mußte!), nicht in die Arrestantenzelle, sondern zuerst in die Wachstube hineinstieß? Er wird zur Ernüchterung eingeliefert — in der Arrestantenzelle befinden sich bereits einige Betrunkene —, später wird auch Wosduchow dorthin gebracht, warum also stößt Schelemetjew den Wosduchow, nachdem er ihn Panow „vorgestellt" hat, in die *Wachstube?* Es ist offensichtlich, daß dies eben mit der Absicht geschieht, ihn zu verprügeln. In der Arrestantenzelle sind noch andere da, in der Wachstube wird Wosduchow allein sein, Schelemetjew aber werden seine Kollegen und Herr Panow, dem zu dieser Stunde das erste Polizeirevier „anvertraut" ist, zu Hilfe kommen. Die Mißhandlung war also nicht durch einen Zufall veranlaßt, sondern erfolgte in vorbedachter Absicht. Es läßt sich von zwei Dingen nur eins annehmen: Entweder bringt man alle, die zur Ernüchterung nach der Polizeiwache gebracht werden (auch wenn sie sich durchaus anständig und ruhig verhalten) zunächst zur „Belehrung" in die Wachstube, oder aber man brachte Wosduchow dorthin und verprügelte ihn, *eben weil er zum Gouverneur gefahren war, um sich über die Polizei zu beschweren.* Die Zeitungsberichte über den Prozeß sind so kurz, daß es schwer ist, sich kategorisch für die letztere Annahme (die durchaus nicht unwahrscheinlich ist) auszusprechen, aber die Voruntersuchung und das Gerichtsverfahren hätten diese Frage natürlich gründlich klären können. Das Gericht hat dieser Frage selbstverständlich keinerlei Aufmerksamkeit gewidmet. Ich sage „selbstverständlich", denn die Gleichgültigkeit der Richter spiegelt hier nicht nur den bürokratischen Formalismus wider, sondern auch einfach den spießbürgerlichen Standpunkt des russischen Menschen. „Was ist das schon Besonderes! Ein betrunkener Bauer wurde auf der Polizeiwache totgeschlagen! Bei uns passieren noch ganz andere Dinge!" Und der Durchschnittsbürger weist euch auf Dutzende Fälle hin, die noch viel empörender sind und bei denen

die Schuldigen dazu noch straflos davonkamen. Die Hinweise des Durchschnittsbürgers sind ganz richtig, trotzdem aber ist er völlig im Unrecht, und durch seine Betrachtungsweise offenbart er nur seine grenzenlose spießbürgerliche Kurzsichtigkeit. Sind nicht gerade deshalb unvergleichlich empörendere Fälle polizeilicher Brutalität bei uns möglich, weil diese Brutalität die tagtägliche und ganz gewöhnliche Praxis in jedem beliebigen Polizeirevier ist? Und ist unsere Entrüstung über Ausnahmefälle nicht gerade darum ohnmächtig, weil wir die „normalen" Fälle mit gewohnter Gleichgültigkeit betrachten? — weil wir auch dann nicht aus unserer Gleichgültigkeit gerissen werden, wenn eine so gewohnte und gewöhnliche Erscheinung wie die Mißhandlung eines betrunkenen (angeblich betrunkenen) „Mushiks" im Polizeirevier bei diesem Mushik (der solche Dinge doch wohl gewohnt sein müßte) Protest hervorruft, bei diesem Mushik, der den unverschämten Versuch, dem Gouverneur eine untertänigste Beschwerde zu überreichen, mit seinem Leben bezahlen mußte?

Es gibt noch einen anderen Grund, der es nicht gestattet, an diesem, ganz gewöhnlichen Fall vorbeizugehen. Es ist bereits seit langem ausgesprochen worden, daß der vorbeugende Sinn der Strafe keineswegs in ihrer Härte, sondern in ihrer Unabwendbarkeit liegt. Es ist nicht wichtig, daß ein Verbrechen eine schwere Strafe nach sich zieht, wichtig ist aber, daß *kein einziges* Verbrechen unaufgedeckt bleibt. Von dieser Seite betrachtet, ist dieser Prozeß gleichfalls nicht ohne Interesse. Gesetzwidrige und barbarische Mißhandlungen auf der Polizei kommen im Russischen Reiche — man kann das ohne Übertreibung sagen — täglich und stündlich vor. *

* Diese Zeilen waren bereits geschrieben, als die Zeitungen eine weitere Bestätigung für die Richtigkeit dieser Behauptung brachten. Am anderen Ende Rußlands, in Odessa, einer Stadt, die den Rang einer Hauptstadt hat, sprach der Friedensrichter einen gewissen M. Klinkow frei, der auf Grund eines Protokolls des Reviervorstehers Sadukow angeklagt worden war, während seiner Haft im Revier randaliert zu haben. Vor Gericht erklärten der Angeklagte und seine vier Zeugen folgendes: Sadukow hatte M. Klinkow in betrunkenem Zustand festgenommen und zur Wache gebracht. Als Klinkow wieder nüchtern geworden war, verlangte er seine Freilassung. In Erwiderung hierauf packte ihn ein Polizist am Kragen und begann ihn zu schlagen, dann kamen noch drei Polizisten, und alle vier mißhandelten ihn, schlugen ihn ins Gesicht, auf den Kopf, auf die Brust und in die Seiten. Unter diesem Hagel von Schlägen stürzte Klinkow blutüberströmt zu Boden, und darauf begann man den am Boden

Aber nur ganz ausnahmsweise und in den seltensten Fällen kommt es zu Gerichtsverhandlungen. Das ist gar kein Wunder, denn der Verbrecher ist ja dieselbe Polizei, die in Rußland mit der Aufdeckung von Verbrechen betraut ist. Das aber verpflichtet uns, mit um so größerer, wenn auch nicht üblicher Aufmerksamkeit die Fälle zu betrachten, in denen das Gericht gezwungen ist, den Vorhang zu lüften, der diese übliche Sache verhüllt.

Man beachte zum Beispiel, wie die Polizisten prügeln. Sie sind ihrer fünf oder sechs, sie arbeiten mit bestialischer Grausamkeit, viele sind betrunken, alle haben Säbel. Aber kein einziger versetzt jemals seinem Opfer einen Schlag mit dem Säbel. Sie sind erfahrene Leute und wissen sehr gut, wie man prügeln muß. Ein Schlag mit dem Säbel ist ein Schuldbeweis, schlägt man aber mit den Fäusten — dann gehe einer hin und beweise, daß man ihn auf der Polizei verprügelt hat. „Ist bei einer Schlägerei verprügelt und als Verprügelter in Gewahrsam genommen worden" — und keiner kann einem was am Zeuge flicken. Sogar in diesem Prozeß, wo zufällig der Betreffende zu Tode geprügelt worden ist („Was zum Teufel mußte er denn sterben; der Kerl sah so gesund aus, wer konnte das erwarten?"), mußte die Anklage durch Zeugenaussagen den Nachweis führen, daß „Wosduchow bis zu seiner Einlieferung ins Polizeirevier völlig gesund gewesen ist". Offenbar haben die Mörder, die dauernd behaupteten, sie hätten ja überhaupt nicht geschlagen, erklärt, daß er bereits verprügelt war, als sie ihn aufs Polizeirevier brachten. In einer solchen Sache aber Zeugen zu finden — ist eine unglaublich schwierige Angelegen-

Liegenden mit noch größerer Wut zu schlagen. Wie Klinkow und seine Zeugen aussagten, war es Sadukow, der bei der Mißhandlung führend voranging und die Polizisten anfeuerte. Der mißhandelte Klinkow verlor das Bewußtsein, und als er wieder zu sich kam, wurde er freigelassen. Klinkow ging sofort zu einem Arzt, der ihm ein Attest ausstellte. Der Friedensrichter erteilte Klinkow den Rat, sich beim Staatsanwalt über Sadukow und die Polizisten zu beschweren, worauf Klinkow antwortete, er habe bereits beim Staatsanwalt Beschwerde eingereicht, und zwanzig Personen würden seine Mißhandlung bezeugen.

Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß es M. Klinkow nicht gelingen wird, ein Gerichtsverfahren gegen die Polizisten und ihre Verurteilung wegen Mißhandlung durchzusetzen. Man hatte ihn ja nicht zu Tode geprügelt — und wenn sie wider Erwarten doch verurteilt werden, so zu lächerlichen Strafen.

heit. Nur einem glücklichen Zufall ist es zu danken, daß das kleine Fenster zwischen Arrestantenzelle und Wachstube nicht ganz verschlossen war: zwar ist die Glasscheibe durch ein Blech mit eingebohrten Löchern ersetzt, und die Löcher sind von der Wachstube aus mit Leder verhängt, steckt man aber einen Finger durch, so hebt sich das Leder, und man kann von der Arrestantenzelle aus sehen, was in der Wachstube vorgeht. Nur deshalb gelang es, vor Gericht den Verlauf der „Belehrung" völlig zu reproduzieren. Eine solche Liederlichkeit aber wie ein nicht dicht verschlossenes Fenster konnte natürlich nur im vorigen Jahrhundert vorkommen; im 20. Jahrhundert ist im ersten Kremlrevier von Nishni-Nowgorod das Fensterchen zwischen der Arrestantenzelle und der Wachstube nun bestimmt fest verschlossen... Sind aber keine Zeugen vorhanden, dann Gnade dem, der in die Wachstube gerät!

In keinem einzigen Lande gibt es eine solche Fülle von Gesetzen wie in Rußland. Wir haben Gesetze für alles. Es gibt auch besondere Vorschriften über die Behandlung von Häftlingen, in denen ausführlich dargelegt wird, daß als Haftlokal nur besondere Räume, die einer besonderen Aufsicht unterstehen, gesetzlich zulässig sind. Das Gesetz wird, wie man sieht, eingehalten: auf der Polizei besteht eine besondere „Arrestantenzelle". *Bevor* aber der Verhaftete in die Arrestantenzelle kommt, ist es „üblich", ihn in die „Wachstube" zu „stoßen". Und obwohl aus dem Material des gesamten Prozesses klar hervorgeht, daß die Wachstube eine wahre Folterkammer ist, dachte die Gerichtsbehörde gar nicht daran, dieser Erscheinung ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es sind wahrlich nicht die Staatsanwälte, von denen wir erwarten dürfen, daß sie die Exzesse unserer Polizeiwillkür entlarven und sie bekämpfen!

Wir haben die Frage der Zeugen in solchen Prozessen berührt. Im günstigsten Falle können nur Leute als Zeugen auftreten, die sich in den Händen der Polizei befinden; einem Außenstehenden wird es nur unter ganz außergewöhnlichen Umständen gelingen, eine polizeiliche „Belehrung" im Revier zu beobachten. Die Zeugen aber, die sich in den Händen der Polizei befinden, können von dieser beeinflußt werden. So war es auch in diesem Fall. Der Zeuge Frolow, der sich während der Mordtat in der Arrestantenzelle befand, sagte bei der Voruntersuchung zunächst aus, Wosduchow sei sowohl von den Polizisten als auch vom Reviervorsteher geprügelt worden; dann nahm er die Beschuldigung gegen den Revier-

vorsteher Panow zurück; vor Gericht aber erklärte er, niemand von der Polizei habe Wosduchow geschlagen, Semachin und Barinow (andere Häftlinge, die als Hauptbelastungszeugen auftraten) hätten ihn aufgehetzt, gegen die Polizei auszusagen, die Polizei habe ihn nicht beeinflußt und nicht instruiert. Die Zeugen Fadejew und Antonowa sagten aus, niemand in der Wachstube habe Wosduchow auch nur mit einem Finger berührt: dort hätten alle ruhig und still gesessen, und Streit habe es überhaupt nicht gegeben.

Wie man sieht, wieder eine ganz übliche Erscheinung. Und die Gerichtsbehörde behandelt sie wieder mit gewohntem Gleichmut. Es gibt ein Gesetz, das falsche Aussagen vor Gericht ziemlich streng bestraft; die Eröffnung eines Verfahrens gegen die beiden falschen Zeugen würde noch mehr Licht auf die brutale Willkür der Polizei werfen, gegen die jedermann fast völlig wehrlos ist, der das Unglück hat, in die Klauen der Polizei zu geraten (dieses Unglück aber trifft regelmäßig und ständig Hunderttausende aus dem „einfachen" Volk) — das Gericht aber denkt nur an die Anwendung dieses oder jenes Paragraphen, keineswegs aber an diese Wehrlosigkeit. Diese Einzelheit des Prozesses beweist ebenso klar wie alle übrigen, was das für ein allumspannendes und starkes Netz, was für ein verschlepptes Erbübel es ist, von dem man sich nur befreien kann, wenn man sich von dem ganzen System der unumschränkten polizeilichen Willkürherrschaft und der völligen Rechtlosigkeit des Volkes befreit.

Vor fünfunddreißig Jahren passierte einem bekannten russischen Schriftsteller, F. M. Reschetnikow, eine unangenehme Geschichte. Er ging in Petersburg ins Adelshaus, weil er irrigerweise glaubte, daß dort ein Konzert stattfinde. Die Polizisten ließen ihn nicht hinein und schrien ihn an: „Wohin willst du? wer bist du?" „Ein Arbeiter!" antwortete der wütend gewordene F. M. Reschetnikow grob. Die Folge dieser Antwort — erzählt Gl. Uspenski — war, daß Reschetnikow auf dem Revier übernachten mußte und von dort verprügelt sowie ohne Geld und Ring wieder herauskam. „Ich bringe das Euer Exzellenz zur Kenntnis", schrieb Reschetnikow in seiner Eingabe an den Petersburger Polizeipräsidenten. „Ich verlange nichts. Nur mit einer Angelegenheit wage ich, Sie zu belästigen, daß die Polizeioffiziere, die Wachtmeister, ihre Helfer und die Polizisten *das Volk nicht schlagen*... Dieses Volk muß ohnehin viel einstecken."[127]

Der bescheidene Wunsch, mit dem vor bereits so langer Zeit ein russischer Schriftsteller den Chef der hauptstädtischen Polizei zu belästigen sich erdreistete, ist bis auf den heutigen Tag unerfüllt geblieben und bleibt *unerfüllbar* unter unseren politischen Verhältnissen. Aber die Blicke jedes ehrlichen Menschen, dem es unerträglich ist, die Bestialitäten und Gewalttaten noch länger anzusehen, lenkt jetzt eine neue machtvolle Bewegung im Volke auf sich, die ihre Kräfte sammelt, um jede Bestialität vom russischen Boden fortzufegen und die besten Ideale der Menschheit zu verwirklichen. In den letzten Jahrzehnten ist der Haß gegen die Polizei in den Massen des einfachen Volkes um ein Vielfaches gewachsen und erstarkt. Die Entwicklung des städtischen Lebens, das Anwachsen der Industrie, die Verbreitung elementarer Bildung, all das hat auch in den unwissenden Massen den Drang nach einem besseren Leben und das Bewußtsein ihrer Menschenwürde geweckt, die Willkür und Brutalität der Polizei aber ist dieselbe geblieben. Zu ihrer Brutalität hinzugekommen ist nur eine noch größere Raffiniertheit in der Bespitzelung und Verfolgung des neuen, des gefährlichsten Feindes: all dessen, was das Licht der Erkenntnis der eigenen Rechte und den Glauben an die eigene Kraft ins Volk trägt. Durch dieses Bewußtsein und diesen Glauben befruchtet, wird der Haß des Volkes seinen Ausweg finden nicht in wilder Rache, sondern im Kampf für die Freiheit.

## II. WARUM DEN WANDEL DER ZEITEN BESCHLEUNIGEN?

Die Adelsversammlung des Gouvernements Orjol hat ein interessantes Projekt beschlossen, und noch interessanter waren die Debatten über dieses Projekt.

Es handelt sich um folgendes. Der Adelsmarschall des Gouvernements, M. A. Stachowitsch, erstattete einen Bericht, in dem er den Antrag stellte, mit der Finanzbehörde einen Vertrag zu schließen, wonach den Adligen des Gouvernements Orjol die Einnehmerposten überlassen werden sollen. Mit der Einführung des Branntweinmonopols werden im Gouvernement 40 Posten für Einnehmer geschaffen, die die Gelder der staatlichen Branntweinläden einzuziehen haben. Die Geldeinnehmer erhalten 2180 Rubel

Entschädigung im Jahr (900 Rubel Gehalt, 600 Rubel Spesen und 680 Rubel für einen bewaffneten Begleiter). Es wäre doch schön, wenn Adlige diese Posten bekämen, zu diesem Zweck aber müßten sie ein Artel gründen und mit dem Fiskus einen Vertrag schließen. An Stelle der geforderten Kaution (3000 bis 5000 Rubel) sollte man in der ersten Zeit von jedem Einnehmer 300 Rubel jährlich einbehalten und aus diesen Geldern einen Adelsfonds schaffen, der der Branntweinverwaltung Sicherheit bietet.

Wie man sieht, ist das Projekt zweifellos praktisch und ein Beweis dafür, daß unser höchster Stand eine außerordentlich feine Nase dafür hat, wo man vom Staatskuchen etwas ergattern kann. Doch gerade dieser aufs Praktische gerichtete Sinn erschien vielen hochwohlgeborenen Gutsherren übertrieben, unanständig, eines Adligen unwürdig. Es entbrannten Debatten über die Frage, in denen drei Standpunkte besonders klar hervortraten.

Der erste ist der Standpunkt des Praktizismus. Ernähren müsse man sich, der Adel leide Not... immerhin sei es eine Verdienstmöglichkeit... man könne den armen Adligen doch nicht die Hilfe versagen? Ja, und außerdem könnten doch die Einnehmer die Enthaltsamkeit des Volkes fördern! Der zweite ist der Standpunkt der Romantiker. Im Branntweinressort arbeiten, nur ein klein wenig höher stehen als ein Schnapsverkäufer, einfachen Lagerverwaltern — „oft Personen aus den niederen Ständen" — unterstellt sein!? — und es hagelte leidenschaftliche Reden über die hohe Berufung des Adels. Gerade auf diese Reden wollen wir eingehen, zunächst aber möchten wir noch auf den dritten Standpunkt hinweisen — auf den der Staatsmänner. Einerseits könne man nicht leugnen, daß die Sache gewissermaßen anstößig sei, anderseits müsse man aber zugeben, daß sie einträglich sei. Es sei jedoch möglich, sowohl Kapital zu erwerben als auch die Unschuld zu wahren: der Leiter der Akzisenverwaltung könne die Posten auch ohne Kaution besetzen, und die betreffenden 40 Adligen könnten auf Ersuchen des Adelsmarschalls des Gouvernements die Posten erhalten — ganz ohne Artel und Vertrag, sonst würde womöglich „der Innenminister den Beschluß suspendieren, um die Regeln der allgemeinen Staatsordnung aufrechtzuerhalten". Diese weise Ansicht würde wahrscheinlich triumphiert haben, wenn der Adelsmarschall nicht zwei außerordentlich wichtige Erklärungen abgegeben hätte: erstens sei der Vertrag bereits dem Rat des Finanzministers vor-

gelegt worden, der ihn als durchführbar bezeichnet und sich im Prinzip mit ihm einverstanden erklärt habe. Zweitens aber könne man „diese Posten durch ein Gesuch des Adelsmarschalls des Gouvernements allein nicht erlangen". Und der Bericht wurde gebilligt.

Arme Romantiker! Sie haben eine Niederlage erlitten. Und sie hatten so schön geredet.

„Bisher hatte der Adel nur führende Positionen inne. Im Bericht aber wird vorgeschlagen, ein Artel zu gründen. Entspricht das der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft des Adels? Falls dem Verkaufsleiter eine Unterschlagung nachgewiesen wird, muß der Adlige laut Einnehmergesetz den Platz hinter dem Ladentisch einnehmen. Lieber sterben, als einen solchen Posten bekleiden!"

Ach, du lieber Himmel, wieviel Edelmut doch im Menschen steckt! Lieber sterben, als mit Branntwein handeln! Mit Getreide handeln — ja, das ist eine edle Beschäftigung, besonders in Jahren der Mißernte, wo man sich auf Kosten der Hungernden bereichern kann. Eine noch edlere Beschäftigung aber ist es, mit Getreide Wucher zu treiben, es im Winter den hungernden Bauern auf die Sommerarbeit vorzuschießen und diese Arbeit dann weit unter den freien Preisen zu entlohnen. Gerade im zentralen Schwarzerdegebiet, zu dem das Gouvernement Orjol gehört, trieben und treiben unsere Gutsbesitzer stets mit besonderem Eifer diese überaus edle Art von Wucher. Um aber den edlen und den unedlen Wucher hübsch voneinander zu scheiden, muß man natürlich möglichst laut über die eines Adligen unwürdige Beschäftigung als Branntweinverkäufer schreien.

„Wir müssen streng unsere Berufung wahren, auf die in dem bekannten allerhöchsten Manifest hingewiesen wird — uneigennützig dem Volke zu dienen. Ein eigennütziger Dienst steht im Widerspruch dazu..." „Ein Stand, der in der Vergangenheit solche Verdienste aufzuweisen hat wie die Kriegsdienste seiner Ahnen, ein Stand, der die Last der großen Reformen Kaiser Alexanders II. getragen hat, bietet die Gewähr dafür, daß er auch in Zukunft seine Pflichten dem Staate gegenüber erfüllen wird."

Jawohl, uneigennütziger Dienst! Verteilung von Grundherrensitzen, Belehnung mit besiedelten Kronländereien, d. h. die Verschenkung von Tausenden Desjatinen Land und von Tausenden Leibeigenen, die Bildung einer Klasse von Großgrundbesitzern, die Hunderte, Tausende und Zehn-

tausende Desjatinen Land besitzen und Millionen von Bauern durch ihre Ausbeutung in völliges Elend bringen — das sind die Erscheinungsformen dieser Uneigennützigkeit. Besonders hübsch aber ist die Berufung auf die „großen" Reformen Alexanders II. Nehmen wir beispielsweise die Bauernbefreiung — mit welcher Uneigennützigkeit haben unsere wohlgeborenen Adligen den Bauern das Fell über die Ohren gezogen: sie zwangen sie, ihr eigenes Land loszukaufen und dafür weit mehr zu zahlen, als der wirkliche Preis betrug, sie stahlen sich Bauernland in Form aller möglichen Boden„abschnitte", sie vertauschten ihre Sandböden, Schluchten und Ödländereien gegen guten Boden der Bauern, und jetzt haben sie noch die Frechheit, sich dieser Heldentaten zu rühmen!

„Etwas Patriotisches hat die Sphäre des Branntweingeschäfts nicht an sich..." „Unsere Traditionen gründen sich nicht auf Rubel, sondern auf den Staatsdienst. Der Adel darf nicht zur Börse werden."

Die Trauben sind zu sauer! Der Adel „darf nicht" zur Börse werden, denn auf der Börse werden solide Kapitalien verlangt, die Herren Sklavenhalter von gestern haben aber alles bis auf den letzten Heller verjubelt. Für die breite Masse dieser Herren ist nicht die Verwandlung in eine Börse, sondern die Unterordnung unter die Börse, die Unterordnung unter den Rubel längst zu einer vollzogenen Tatsache geworden. Und auf der Jagd nach dem Rubel beschäftigt sich der „höchste Stand" bereits seit langem mit so hochpatriotischen Geschäften wie die Erzeugung von Fusel, die Gründung von Zuckerfabriken und anderen Betrieben, die Teilnahme an allen möglichen Schwindelunternehmen in Handel und Industrie, das Antichambrieren bei Vertretern der höchsten Hofsphären, bei Großfürsten, Ministern usw. usf., um von ihnen Konzessionen und Regierungsgarantien für solche Unternehmen zu bekommen, um ihnen Almosen in Form von Begünstigungen für die Adelsbank, Prämien für die Zuckerausfuhr, Stückchen (in der Größe von Tausenden Desjatinen!) irgendwelchen baschkirischen Bodens, fette und warme „einträgliche Pöstchen" und dergleichen mehr abzubetteln.

„Die Ethik des Adels trägt die Spuren der Geschichte, der sozialen Stellung..." — und die Spuren des Pferdestalls, wo sich der Adel in Gewalttaten und Schändlichkeiten gegenüber dem Bauern übte. Übrigens hat die jahrhundertelange Gewohnheit des Herrschens in den Adligen auch etwas Feineres entwickelt: die Fähigkeit, ihre Ausbeuterinteressen in hoch-

trabende Phrasen zu hüllen, die darauf berechnet sind, das unwissende „gemeine Volk" hinters Licht zu führen. Man höre weiter:

„Warum den Wandel der Zeiten beschleunigen? Mag es auch ein Vorurteil sein, aber die alten Traditionen erlauben es nicht, bei diesem Wandel mitzuhelfen..."

In diesen Worten des Herrn Naryschkin (eines der Ratsmänner, die den staatsmännischen Standpunkt vertraten) kommt ein richtiger Klasseninstinkt zum Ausdruck. Gewiß, die Angst vor dem Posten eines Einnehmers (oder sogar eines Branntweinverkäufers) ist heutzutage ein Vorurteil, aber sind es denn nicht die Vorurteile der unwissenden Bauernmassen, kraft deren sich die unerhört schamlose Ausbeutung der Bauern durch die Grundbesitzer in unseren Dörfern hält? Die Vorurteile sterben ohnehin aus: warum also ihr Aussterben dadurch beschleunigen, daß man vor aller Welt den Adligen neben den Branntweinverkäufer stellt, daß man den Bauern durch diese Nebeneinanderstellung den (ohnehin bereits begonnenen) Prozeß der Erkenntnis jener einfachen Wahrheit erleichtert, daß der adlige Gutsherr ein ebensolcher Wucherer, Räuber und Dieb ist wie irgendein Blutsauger des Dorfes, nur unvergleichlich viel stärker, stärker durch seinen Bodenbesitz, seine in Jahrhunderten entstandenen Privilegien, seine nahen Beziehungen zum zaristischen Machtapparat, seine Gewohnheit zu herrschen und seine Fähigkeit, seine Juduschka-Natur* in eine ganze Doktrin von Romantik und Großmut zu hüllen?

Jawohl, Herr Naryschkin ist zweifellos ein Ratsmann, und aus seinem Mund spricht staatsmännische Weisheit. Ich wundere mich nicht, daß der „Marschall" des Orjoler Adels ihm — mit einer Gewähltheit des Ausdrucks, die einem englischen Lord zur Ehre gereicht hätte — folgende Antwort erteilte:

„Den Autoritäten, die wir hier gehört haben, widersprechen zu wollen, wäre meinerseits eine Kühnheit, wenn ich nicht die Gewißheit hätte, daß ich nicht gegen ihre Überzeugungen spreche, wenn ich mich gegen ihre Meinungen wende."

Jawohl, das ist richtig, und zwar in einem viel weiteren Sinne, als es sich Herr Stachowitsch, der wirklich ungewollt die Wahrheit gesagt hat,

* Juduschka — Hauptfigur des Romans „Die Herren Golowljow" von Saltykow-Schtschedrin. *Der Übers.*

vorstellen konnte. Die Herren Adligen haben alle die gleichen Überzeugungen, von den Praktikern bis zu den Romantikern. Alle glauben fest an ihr „heiliges Recht" auf Hunderte oder Tausende Desjatinen Land, das von ihren Vorfahren zusammengeraubt wurde oder mit dem sie von Räubern belehnt worden sind, an das Recht, die Bauern auszubeuten und die herrschende Rolle im Staate zu spielen, an das Recht auf die fettesten (wenn es nicht anders geht, aber auch weniger fetten) Stücke des Staatskuchens, d. h. auf die Gelder des Volkes. Verschieden sind nur ihre Meinungen über die Zweckmäßigkeit einzelner Maßnahmen, und ihre Streitigkeiten bei der Erörterung dieser Meinungen sind ebenso lehrreich für das Proletariat wie jeder andere häusliche Streit im Lager der Ausbeuter. Bei diesen Streitigkeiten tritt der Unterschied zwischen den gemeinsamen Interessen der ganzen Klasse der Kapitalisten oder der Grundbesitzer und den Interessen einzelner Personen oder einzelner Gruppen anschaulich zutage; bei solchen Streitigkeiten wird nicht selten ausgeplaudert, was man sonst sorgfältig zu verbergen pflegt.

Außerdem aber wirft diese Orjoler Episode ein gewisses Licht auch auf den Charakter des berüchtigten Branntweinmonopols. Welche Segnungen hat nicht unsere offizielle und offiziöse Presse von ihm erhofft: Erhöhung der Staatseinnahmen, Verbesserung des Erzeugnisses, Rückgang der Trunksucht! In Wirklichkeit aber ist bisher anstatt einer Erhöhung der Einnahmen nur eine Verteuerung des Branntweins eingetreten, ein Wirrwarr im Staatshaushalt, die Unmöglichkeit, die finanziellen Ergebnisse der ganzen Operation genau zu ermitteln; das Erzeugnis hat sich nicht verbessert, sondern verschlechtert, und es wird der Regierung wohl kaum gelingen, dem Publikum mit der vor kurzem durch alle Zeitungen gegangenen Mitteilung über erfolgreiche Resultate der „Degustation" des neuen „Staatsschnapses" besonders zu imponieren. An Stelle eines Rückgangs der Trunksucht haben wir noch mehr geheime Branntweinverkaufsstellen, erhöhte Einnahmen der Polizei aus diesen Verkaufsstellen, Eröffnung von Branntweinläden gegen den Willen der Bevölkerung, die gerade das Gegenteil verlangt*,

* Vor kurzem zum Beispiel teilten die Zeitungen mit, daß im Gouvernement Archangelsk einige Ortschaften schon im Jahre 1899 in Entschließungen forderten, bei ihnen keine Branntweinläden zu eröffnen. Die Regierung, die dort gerade jetzt das Branntweinmonopol einführt, antwortete *natürlich* abschlägig; offenbar, um für Mäßigkeit des Volkes beim Alkoholgenuß zu sorgen!

und wachsende Trunkenheit auf den Straßen*. Die Hauptsache aber ist, welch neues gewaltiges Betätigungsfeld dem bürokratischen Despotismus und Willkürregiment, Kriechertum und Diebstahl durch die Schaffung eines neuen, in die Millionen gehenden Zweiges der fiskalischen Wirtschaft, die Schaffung einer ganzen Armee von neuen Beamten eröffnet wird! Es ist eine regelrechte Invasion ganzer Heuschreckenschwärme von Beamten, die katzbuckeln, die intrigieren, stehlen, die Meere über Meere von Tinte und Berge von Papier verschreiben. Das Orjoler Projekt ist nichts anderes als ein Versuch, das Bestreben, mehr oder weniger fette Stückchen des Staatskuchens zu ergattern, in gesetzliche Formen zu kleiden, ein Bestreben, von dem unsere Provinz erfaßt wird und das — angesichts der Selbstherrlichkeit der Beamten und einer zum Schweigen verurteilten Öffentlichkeit — das Land unweigerlich mit einer Zunahme der Willkür und Korruption bedroht. Ein kleines Beispiel: Bereits im Herbst ging eine Notiz durch die Zeitungen über eine „Anekdote aus der Bautätigkeit im Bereich des Branntweinmonopols". In Moskau werden drei Branntweinlager errichtet, die das ganze Gouvernement versorgen sollen. Für den Bau dieser Lager wurden vom Ministerium 1637000 Rubel bewilligt. Nun stellt sich aber heraus, daß „ein Zusatzkredit von *zweieinhalb Millionen Rubel* erforderlich ist"**. Die Amtspersonen, denen das Staatseigentum anvertraut war, haben hier offenbar etwas mehr in ihre Taschen gesteckt als 50 Paar Hosen und einige Paar Stiefel!

---

* Wir wollen schon gar nicht davon reden, welche Menge Geld die Bauerngemeinden durch das Staatsmonopol verloren haben. Früher erhoben sie von den Besitzern der Branntweinläden Gebühren. Der Fiskus hat ihnen diese Einnahmequelle genommen, ohne sie auch nur mit einer einzigen Kopeke dafür zu entschädigen! In seinem interessanten Buch „Das hungernde Rußland" (Reiseeindrücke, Beobachtungen und Untersuchungen. Von C. Lehmann und Parvus, Stuttgart. Dietz Verlag. 1900) bezeichnet Parvus das mit Recht als eine *Beraubung der Gemeindekassen.* Er berichtet, daß nach den Schätzungen des Gouvernement-Semstwos von Samara die Bauerngemeinden dieses Gouvernements in drei Jahren (1895—1897) durch die Einführung des Branntweinmonopols *3150000 Rubel* verloren!

** Hervorgehoben vom Verfasser. Siehe „St. Peterburgskije Wedomosti" [Petersburger Nachrichten] Nr. 239 vom 1. September 1900.

## III. EINE OBJEKTIVE STATISTIK

Unsere Regierung pflegt ihren Gegnern — und zwar nicht nur den Revolutionären, sondern auch den Liberalen — tendenziöse Einstellung vorzuwerfen. Haben Sie zum Beispiel schon einmal Äußerungen der offiziellen Presse über die liberalen (natürlich legalen) Presseorgane gelesen? Das Organ des Finanzministeriums, der „Westnik Finansow" [Finanzbote], brachte mitunter Presseübersichten, und jedesmal, wenn der Beamte, der diese Presseübersichten redigierte, von der Stellungnahme einer unserer liberalen (literarisch-publizistischen) Zeitschriften zum Staatshaushalt oder zur Hungersnot oder zu einer Regierungsmaßnahme sprach, vermerkte er mit Entrüstung ihre „tendenziöse Haltung" und stellte ihr einen „objektiven Hinweis" nicht nur auf die „dunklen Seiten", sondern auch auf die „erfreulichen Erscheinungen" entgegen. Das ist selbstverständlich nur ein kleines Beispiel, aber es illustriert die übliche Haltung der Regierung, ihr übliches Streben, sich mit ihrer „Objektivität" zu brüsten.

Versuchen wir, diesen strengen und unparteiischen Richtern ein Vergnügen zu bereiten. Versuchen wir es mit der Statistik. Natürlich werden wir nicht die Statistik dieser oder jener Tatsachen des öffentlichen Lebens nehmen: es ist bekannt, daß die Tatsachen sowohl von parteiischen Leuten registriert als auch von mitunter entschieden „tendenziösen" Institutionen — wie die Semstwos — verallgemeinert werden. Nein, wir nehmen die Statistik der ... Gesetze. Wir erkühnen uns zu glauben, daß selbst von den eifrigsten Anhängern der Regierung kein einziger wagen wird zu behaupten, es könne etwas Objektiveres und Unparteiischeres geben als die Statistik der Gesetze — als die einfache Zählung dessen, was die Regierung selbst verordnet, ganz unabhängig von allen Erwägungen über den Widerspruch zwischen Worten und Taten, zwischen Verordnung und Durchführung usw.?

Kommen wir zur Sache.

Beim regierenden Senat wird bekanntlich eine „Sammlung der Verordnungen und Verfügungen der Regierung" herausgegeben, die periodisch über jede Maßnahme der Regierung berichtet. Eben dieses Material wollen wir vornehmen und uns ansehen, *worüber* die Regierung Verordnungen und Verfügungen erläßt. Jawohl: Worüber. Wir erlauben uns keine

Kritik an den obrigkeitlichen Geboten, wir wollen nur die Zahl „derselbigen" für das eine oder andere Gebiet errechnen. In den Januarzeitungen ist aus der genannten Regierungspublikation der Inhalt der Nr. 2905 bis 2929 vergangenen Jahres und der Nr. 1 bis 66 des laufenden Jahres veröffentlicht worden. Insgesamt sind in der Zeit vom 29. Dezember 1900 bis zum 12. Januar 1901 — gerade an der Grenzscheide zweier Jahrhunderte — 91 Verordnungen und Verfügungen erlassen worden. Ihrem Charakter nach eignen sich diese 91 Gesetzesakte besonders gut für eine „statistische" Bearbeitung: wir finden unter ihnen keinerlei besonders hervorragende Gesetze, nichts, was alles übrige völlig in den Hintergrund drängte und der betreffenden Periode der inneren Verwaltung einen besonderen Stempel aufdrückte. Alle sind Gesetzesakte von verhältnismäßig geringer Bedeutung, die den laufenden, ständig und regelmäßig auftauchenden Erfordernissen Genüge tun. Wir erblicken somit die Regierung in ihrem Alltagsgewand, das aber ist für uns eine weitere Garantie für die Objektivität der „Statistik".

Von den 91 Gesetzesakten behandeln 34, d. h. über ein Drittel, ein und denselben Gegenstand: die Verlängerung des Termins für die Einzahlung des Aktienkapitals oder der fälligen Beträge für die Aktien verschiedener Handels- und Industriegesellschaften. Die Lektüre dieser Verfügungen ist den Zeitungslesern zu empfehlen, damit sie sich die Liste der Produktionszweige unserer Industrie und die Namen der verschiedenen Firmen ins Gedächtnis rufen. Ganz analog ist der Inhalt der zweiten Gruppe von Verfügungen: die Änderung der Statuten von Handels- und Industriegesellschaften. Dazu gehören 15 Verfügungen, die die Statuten der Teehandelsgesellschaft Gebrüder K. und S. Popow, der Gesellschaft zur Herstellung von Karton und Dachpappe A. Naumann & Co., der Gesellschaft zur Herstellung von Lederwaren sowie zum Vertrieb von Leder-, Hanf- und Leinenwaren I. A. Ossipow & Co. usw. usf. reformieren. Endlich kommen zu den Verfügungen dieser Art noch 11 hinzu, von denen sechs diese oder jene Bedürfnisse von Handel und Industrie befriedigen (Gründung einer Gesellschaftsbank und einer Vereinigung für gegenseitige Kredite, Festsetzung der Preise für verzinsliche Wertpapiere, die bei Staatsaufträgen als Pfand hinterlegt werden, Bestimmungen für den Verkehr von Eisenbahnwagen, die Privatpersonen gehören, eine Instruktion für Makler der Getreidebörse in Borissoglebsk), während fünf Ver-

ordnungen sich damit beschäftigen, in vier Fabriken und einem Bergwerk sechs neue Polizistenposten und zwei Posten für Wachtmeister der berittenen Landpolizei zu schaffen.

Von den 91 Gesetzesakten also gelten 60, d. h. zwei Drittel, der unmittelbarsten Befriedigung der verschiedenen praktischen Bedürfnisse unserer Kapitalisten und (zum Teil) deren Schutz gegen die Empörung der Arbeiter. Die leidenschaftslose Sprache der Zahlen bezeugt, daß unsere Regierung, nach dem überwiegenden Charakter ihrer alltäglichen Verordnungen und Verfügungen zu urteilen, ein treuer Diener der Kapitalisten ist, der gegenüber der gesamten Kapitalistenklasse ganz die gleiche Rolle spielt wie, sagen wir, irgendein ständiges Büro des Kongresses der Eisenindustriellen oder die Kanzlei des Syndikats der Zuckerfabrikanten gegenüber den Kapitalisten einzelner Produktionszweige. Gewiß, der Umstand, daß eine geringfügige Änderung im Statut irgendeiner Gesellschaft oder die Verlängerung der Frist für die Bezahlung ihrer Aktien den Gegenstand besonderer Gesetzesakte bildet, ist einfach durch die Schwerfälligkeit unserer Staatsmaschinerie bedingt; eine kleine „Vervollkommnung des Mechanismus" würde genügen, um alles das von lokalen Institutionen erledigen zu lassen. Anderseits aber sind die Schwerfälligkeit des Mechanismus, die übermäßige Zentralisierung, die Tatsache, daß die Regierung in alles selber ihre Nase hineinstecken muß — sind all das allgemeine Erscheinungen, die sich auf unser ganzes gesellschaftliches Leben erstrecken, also keineswegs nur auf die Handels- und Industriesphäre. Darum kann eine zahlenmäßige Nebeneinanderstellung der Gesetzesakte dieser oder jener Art durchaus ein annäherndes Bild von dem geben, woran unsere Regierung denkt, wofür sie sorgt und was sie interessiert.

Wenn zum Beispiel Privatgesellschaften nicht das moralisch so ehrenvolle und politisch so harmlose Ziel der Bereicherung verfolgen, so interessiert sich unsere Regierung schon sehr viel weniger für sie (wenn man nicht das Bestreben, zu hemmen, zu verbieten, aufzulösen usw. für eine Erscheinungsform von Interesse halten will). In der „Berichts"periode — der Schreiber dieser Zeilen ist Angestellter und hofft daher, daß der Leser ihm den Gebrauch bürokratischer Ausdrücke verzeihen wird — wurden die Statuten zweier Gesellschaften bestätigt (der Gesellschaft zur Unterstützung notleidender Schüler des Knabengymnasiums in Wladikawkas und der Wladikawkaser Gesellschaft zur Veranstaltung von Ausflügen

und Reisen zu Lehr- und Erziehungszwecken), und drei Gesellschaften ist allergnädigst gestattet worden, ihre Statuten zu ändern (der Darlehens-, Spar- und Hilfskasse der Angestellten und Arbeiter der Ludinowski- und Sukremlskiwerke und der Malzew-Eisenbahnlinie; der ersten Gesellschaft für Hopfenbau; einem Wohltätigkeitsverein zur Förderung der Frauenarbeit); 55 Verfügungen betreffen Handels- und Industriegesellschaften und 5 Verfügungen verschiedene andere Gesellschaften. In der Sphäre der Handels- und Industrieinteressen sind „wir" bestrebt, auf der Höhe der Aufgabe zu stehen, sind bestrebt, alles mögliche zu tun, um gemeinsame Vereinigungen von Kaufleuten und Industriellen zu fördern (wir sind bestrebt, tun es aber nicht, denn die Schwerfälligkeit der Maschinerie und die endlose Verschlepperei ziehen dem „Möglichen" in einem Polizeistaate sehr enge Grenzen). In der Sphäre der nichtkommerziellen Vereinigungen aber sind wir prinzipiell für Homöopathie. Nun wohl, eine Gesellschaft für Hopfenbau oder zur Förderung der Frauenarbeit — das geht noch allenfalls. Aber Ausflüge zu Lehr- und Erziehungszwecken... Gott der Herr weiß, worüber man auf diesen Ausflügen reden wird, und ob es der Inspektion nicht erschwert wird, ihre Aufsichtspflicht unermüdlich wahrzunehmen. Nein, wirklich, mit Feuer muß man schon etwas vorsichtiger umgehen.

Die Schulen. Es sind ganze drei Schulen eingerichtet worden. Und dabei was für Schulen! Eine Elementarschule für Viehwärter auf dem Gute Seiner Kaiserlichen Hoheit des Großfürsten Pjotr Nikolajewitsch im Dorfe Blagodatnoje*. Daß die Dörfer der Großfürsten alle segensreich sein müssen — daran habe ich seit langem nicht mehr gezweifelt. Jetzt aber bezweifle ich auch nicht mehr, daß sich sogar die höchsten Personen aufrichtig und von ganzem Herzen für die Aufklärung des jüngeren Bruders interessieren und begeistern können. Weiter: Die Statuten der Lehrwerkstätte für ländliche Handwerker im Dorfe Dergatschewo und der landwirtschaftlichen Elementarschule in Assanowo sind bestätigt worden. Schade, daß wir kein Nachschlagewerk bei der Hand haben, um festzustellen, ob nicht auch diese segensreichen Dörfer, in denen die Volksbildung und — die Gutsherrenwirtschaft so energisch kultiviert werden, irgendwelchen hohen Personen gehören. Übrigens, ich tröste mich damit, daß derlei Auskünfte nicht zu den Pflichten eines Statistikers gehören.

* *Blagodatnoje* = Segensreich. *Der Übers.*

Und das sind alle Gesetzesakte, in denen die „Fürsorge der Regierung für das Volk" zum Ausdruck kommt. Ich habe sie, wie man sieht, nach den vorteilhaftesten Prinzipien gruppiert. Warum zum Beispiel ist die Gesellschaft für Hopfenbau keine kommerzielle Gesellschaft? Etwa nur darum, weil man dort vielleicht manchmal nicht nur vom Kommerz redet? Oder die Schule für Viehwärter — wer kann eigentlich wissen, ob das wirklich eine Schule oder ob es nur ein vervollkommneter Viehstall ist?

Bleibt die letzte Gruppe von Gesetzesakten, in der die Fürsorge der Regierung für sich selbst zum Ausdruck kommt. Deren Zahl ist dreimal so groß (22) wie die in den zwei vorhergehenden Rubriken. Hier haben wir eine Reihe administrativer Reformen, eine noch radikaler als die andere: die Umbenennung des Dorfes Platonowskoje in Nikolajewskoje; Änderung von Statuten, Personaletats, Bestimmungen, Listen, Tagungsterminen (verschiedener Kreiskonferenzen) usw.; Gehaltserhöhung für Hebammen, die bei den Truppenteilen des kaukasischen Militärbezirks tätig sind; Festsetzung der Mittel für das Beschlagen und die tierärztliche Behandlung der Pferde der Kosakeneinheiten; Änderung des Statuts einer privaten Handelsschule in Moskau, Bestimmungen über die Verteilung des „Hofrat-Daniel-Samuilowitsch-Poljakow-Stipendiums" in der Koslower Handelsschule. Ich weiß übrigens nicht, ob ich diese letzten Gesetzesakte richtig klassifiziert habe: kommt in ihnen tatsächlich die Fürsorge der Regierung für sich selbst zum Ausdruck und nicht die Sorge für kommerziell-industrielle Interessen? Ich bitte den Leser um Nachsicht — dies ist ja der erste Versuch einer Statistik der Gesetzesakte; bisher hat noch niemand versucht, dieses Wissensgebiet auf die Stufe einer strengen Wissenschaft zu heben — niemand, nicht einmal die Professoren des russischen Staatsrechts.

Schließlich muß noch ein Gesetzesakt — sowohl seines Inhalts wegen als auch, weil er die erste Maßnahme der Regierung im neuen Jahrhundert ist — als eine besondere, selbständige Gruppe behandelt werden: die Verordnung „Über die Erweiterung der für die Entwicklung und Verbesserung der kaiserlichen Jagd bestimmten Waldungen". Ein großartiger, einer Großmacht würdiger Anfang!

Jetzt muß zur Kontrolle addiert werden. Ohne das kommt eine Statistik nicht aus.

Ein halbes Hundert Verordnungen und Verfügungen, die einzelnen kommerziellen und industriellen Gesellschaften und Unternehmungen gewidmet sind; etwa zwanzig administrative Umbenennungen und Umgestaltungen; zwei neugegründete und drei reformierte Privatgesellschaften; drei Schulen, die Gutsangestellte ausbilden; sechs Polizisten und zwei berittene Wachtmeister bei Betrieben. Kann man daran zweifeln, daß eine so reiche und vielseitige legislativ-administrative Tätigkeit unserem Vaterland im 20. Jahrhundert einen raschen und unaufhaltsamen Fortschritt sichert?

# ZWANGSREKRUTIERUNG VON 183 STUDENTEN*

Am 11. Januar veröffentlichten die Zeitungen ein Regierungskommuniqué des Ministeriums für Volksaufklärung über die Zwangsrekrutierung von 183 Studenten der Kiewer Universität wegen „gemeinsamer Unruhestiftung". Die provisorischen Bestimmungen vom 29. Juli 1899 — diese Drohung gegen die Studentenschaft und die Gesellschaft — gelangen nicht ganz anderthalb Jahre, nachdem sie erlassen wurden, zur Anwendung, und als hätte die Regierung Eile, sich wegen der Verhängung dieser unerhörten Strafmaßnahme zu rechtfertigen, tritt sie mit einem ganzen Anklageakt hervor, worin bei der Darstellung der studentischen Missetaten nicht mit Farben gespart wird.

Eine Missetat ist schrecklicher als die andere. Im Sommer der allgemeine Studentenkongreß in Odessa mit dem Programm, die gesamte russische Studentenschaft zu organisieren, um ihrem Protest gegen verschiedene Erscheinungen des akademischen, öffentlichen und politischen Lebens Ausdruck zu verleihen. Wegen dieser verbrecherischen politischen Ziele wurden sämtliche Studentendelegierten verhaftet und ihnen die Papiere abgenommen. Aber die Gärung legt sich nicht, sondern wächst an und tritt an *vielen* Hochschulen beharrlich zutage. Die Studenten wollen ihre gemeinsamen Angelegenheiten frei und selbständig erörtern und verwalten. Ihre vorgesetzte Behörde — von jenem seelenlosen Formalismus erfüllt, der die russische Beamtenschaft von alters her auszeichnet — antwortet mit kleinlichen Schikanen, steigert die Unzufriedenheit aufs äußerste und bringt, ohne es zu wollen, die Jugend, die noch nicht im

* Die Nummer war bereits umbrochen, als das Kommuniqué der Regierung erschien.

Schlamm des bürgerlichen Dahinvegetierens versunken ist, auf den Gedanken, gegen das gesamte System der Polizei- und Beamtenwillkür zu protestieren.

Die Kiewer Studenten fordern die Entfernung eines Professors, der an die Stelle eines abgereisten Kollegen getreten ist. Die vorgesetzte Behörde widersetzt sich, treibt die Jugend zu „Zusammenrottungen und Demonstrationen" und... gibt nach. Die Studenten veranstalten eine Versammlung, um zu erörtern, warum solche Niederträchtigkeiten möglich sind wie die Vergewaltigung eines Mädchens durch zwei Studenten aus vornehmen Familien (so lautet das Gerücht). Die vorgesetzte Behörde verurteilt die Haupt„schuldigen" zu Karzer. Diese lehnen es ab, sich zu fügen. Sie werden ausgeschlossen. Eine Menschenmenge begleitet die Ausgeschlossenen demonstrativ zum Bahnhof. Eine neue Versammlung tritt zusammen, die Studenten bleiben bis zum Abend und weigern sich fortzugehen, solange der Rektor nicht erscheint. Es erscheinen der Vizegouverneur und der Gendarmeriechef mit einem Trupp Soldaten, die die Universität umstellen und in das Auditorium eindringen, und — der Rektor wird herbeizitiert. Die Studenten fordern — man glaubt vielleicht eine Verfassung? — nein, sie fordern, daß die Karzerstrafe nicht angewendet wird und die Ausgeschlossenen wieder aufgenommen werden. Die Teilnehmer der Versammlung werden aufgeschrieben und nach Hause entlassen.

Man überlege nur, welches erstaunliche Mißverhältnis besteht zwischen der Bescheidenheit und Harmlosigkeit der Forderungen der Studenten und dem panischen Schrecken der Regierung, die vorgeht, als sei bereits die Axt an die Wurzeln ihrer Herrschaft gelegt. Durch nichts verrät sich unsere „allmächtige" Regierung so sehr wie durch diesen panischen Schrekken. Besser als alle „verbrecherischen Aufrufe" das können, zeigt sie damit — zeigt sie jedem, der Augen hat, zu sehen, und Ohren, zu hören —, daß sie sich ganz unsicher fühlt und nur an die Kraft des Bajonetts und der Knute glaubt, die sie vor der Volksempörung schützen. Durch jahrzehntelange Erfahrung gewitzigt, hat die Regierung sich fest davon überzeugt, daß sie von Zündstoff umgeben ist, daß das kleinste Fünkchen genügt, daß ein Protest gegen den Karzer hinreicht, um den Brand zu entfachen. Wenn dem aber so ist, so ist es auch klar, daß ein Exempel statuiert werden mußte: Hunderte von Studenten zwangsweise rekrutieren! „Statt Voltaire den Feldwebel!"[128] — diese Formel ist keines-

wegs veraltet. Im Gegenteil, dem 20. Jahrhundert ist es beschieden, ihre tatsächliche Verwirklichung zu erleben.

Diese neue Strafmaßnahme, neu durch ihren Versuch, eine längst überwundene Vergangenheit wieder aufleben zu lassen, bringt einen auf viele Gedanken und Vergleiche. Vor etwa drei Generationen, zu den Zeiten Nikolaus I., war die Zwangsrekrutierung eine natürliche Strafe, die durchaus der ganzen Struktur der auf der Leibeigenschaft beruhenden russischen Gesellschaft entsprach. Die Adligen steckte man unter die Soldaten, um sie zum Militärdienst zu zwingen und damit sie sich als Ersatz für die Adelsfreiheit zum Offizier hinaufdienen. Den Bauern schickte man zum Militär wie zu langjähriger Zwangsarbeit, wo die unmenschliche Folter der „grünen Gasse"[129] und dgl. mehr seiner harrten. Nun aber besteht bei uns schon mehr als ein Vierteljahrhundert die „allgemeine" Wehrpflicht, deren Einführung seinerzeit als große demokratische Reform gepriesen wurde. Eine allgemeine Wehrpflicht, die nicht bloß auf dem Papier steht, sondern wirklich durchgeführt wird, ist zweifellos eine demokratische Reform: sie bricht mit dem Ständeprinzip und führt die Gleichberechtigung der Bürger ein. Wenn dem aber in der Tat so wäre, wie könnte dann die Einberufung zum Militär eine Strafe sein? Und beweist die Regierung, wenn sie die Wehrpflicht in eine Strafe verwandelt, damit nicht, daß wir dem Rekrutenpressen viel näher stehen als der *allgemeinen* Wehrpflicht? Die provisorischen Bestimmungen von 1899 reißen sogar denjenigen unserer Einrichtungen, die den europäischen am nächsten stehen, die Pharisäermaske ab und enthüllen ihr asiatisches Wesen. Im Grunde hat es bei uns nie eine allgemeine Wehrpflicht gegeben und gibt es sie auch jetzt nicht, denn die Privilegien der vornehmen Herkunft und des Reichtums schaffen eine Menge Ausnahmen. Im Grunde gab und gibt es bei uns nichts, was einer Gleichberechtigung der Bürger beim Militärdienst ähnlich sähe. Im Gegenteil, die Kaserne ist ganz und gar durchdrungen vom Geiste der empörendsten Rechtlosigkeit. Der Soldat aus der Bauernschaft oder der Arbeiterschaft ist völlig schutzlos, die Menschenwürde wird mit Füßen getreten, Erpressungen sind an der Tagesordnung, es hagelt Prügel, Prügel und noch einmal Prügel. Für diejenigen aber, die einflußreiche Beziehungen und Geld besitzen, gibt es Vergünstigungen und Ausnahmen. Kein Wunder, daß die Auslieferung an diese Schule der Willkür und Gewalttätigkeit eine Strafe sein kann, und sogar

eine sehr schwere Strafe, die der Aberkennung der Bürgerrechte nahekommt. Die Regierung rechnet darauf, in dieser Schule den „Rebellen" Disziplin beibringen zu können. Hat sie sich nicht verrechnet? Wird nicht die Schule des russischen Militärdienstes zu einer Kriegsschule für die Revolution werden? Natürlich bringen nicht alle Studenten die Kraft auf, eine solche Schule bis zu Ende durchzumachen. Die einen zerbricht das schwere Joch des Drills, richtet der Zusammenstoß mit den militärischen Vorgesetzten zugrunde, einen anderen Teil — die Schwachen und Schlappen — schüchtert die Kaserne ein, die übrigen aber stählt sie, erweitert ihren Horizont, bringt sie dazu, ihr Freiheitsstreben mit Hirn und Herz zu erfassen. Jetzt, wo ihre ganze Menschenwürde von dem Gutdünken eines Feldwebels abhängt, der nicht selten mit Vorbedacht sein Mütchen am „Gebildeten" kühlen mag, bekommen sie die Willkür und Unterjochung mit ganzer Kraft am eigenen Leibe zu spüren. Sie sehen, wie die Lage des einfachen Volkes in Wirklichkeit ist, alle Beschimpfungen und Gewalttätigkeiten, zu deren Zeugen man sie jeden Tag macht, nagen ihnen am Herzen, und sie begreifen, daß die Ungerechtigkeiten und Schikanen, unter denen die Studenten zu leiden haben, nur ein Tropfen sind im Meer der Unterdrückung des Volkes. Wer das begreift, der verläßt den Militärdienst mit dem Hannibalschwur[130], gemeinsam mit der fortgeschrittensten Klasse des Volkes für die Befreiung des Volkes vom Despotismus zu kämpfen.

Aber nicht minder empörend als die Grausamkeit der neuen Strafe ist ihr erniedrigender Charakter. Die Regierung erlaubt sich eine Herausforderung an alle, die noch ein Gefühl für Anstand besitzen, wenn sie die gegen Willkür protestierenden Studenten für einfache Radaumacher erklärt — geradeso wie sie verbannte streikende Arbeiter für Leute mit lasterhaftem Lebenswandel erklärt hat. Man sehe sich das Kommuniqué der Regierung an: es strotzt von Worten wie Ruhestörung, Krawall, Ausschreitungen, Unverfrorenheit, Zügellosigkeit. Einerseits werden verbrecherische politische Ziele und politische Protestbestrebungen konstatiert, anderseits werden die Studenten als gewöhnliche Radaumacher, denen Disziplin beigebracht werden muß, behandelt. Das ist eine Ohrfeige für die öffentliche Meinung Rußlands, deren Sympathien für die Studentenschaft der Regierung sehr wohl bekannt sind. Und die einzig würdige Antwort der Studentenschaft darauf wäre, die Drohung der Kiewer wahr

zu machen: die Organisierung eines konsequenten und standhaften Streiks aller Studierenden an allen Hochschulen mit der Forderung nach Aufhebung der provisorischen Bestimmungen vom 29. Juli 1899.

Aber nicht nur die Studentenschaft ist verpflichtet, der Regierung eine Antwort zu erteilen. Die Regierung selbst hat dafür gesorgt, daß aus dem erwähnten Ereignis viel mehr als eine reine Studentenangelegenheit geworden ist. Die Regierung wendet sich an die öffentliche Meinung, als wollte sie sich ihres energischen Durchgreifens rühmen, als wollte sie alles Freiheitsstreben verhöhnen. Und alle bewußten Elemente in allen Schichten des Volkes sind zu einer Antwort auf diese Herausforderung verpflichtet, wenn sie nicht zu stummen Sklaven hinabsinken wollen, die jede Beleidigung schweigend hinnehmen. An der Spitze dieser bewußten Elemente aber stehen die fortgeschrittenen Arbeiter und die mit ihnen untrennbar verbundenen sozialdemokratischen Organisationen. Die Arbeiterklasse erduldet ständig unermeßlich größere Unterdrückung und Beschimpfungen durch dieselbe polizeiliche Willkürherrschaft, mit der die Studenten jetzt so hart zusammengestoßen sind. Die Arbeiterklasse hat den Kampf um ihre Befreiung bereits aufgenommen. Und sie muß dessen eingedenk sein, daß dieser gewaltige Kampf ihr gewaltige Verpflichtungen auferlegt, daß sie sich nicht befreien kann, ohne das ganze Volk vom Despotismus zu befreien, daß sie in erster Linie und vor allem verpflichtet ist, auf jeden politischen Protest zu reagieren und ihn auf jede Weise zu unterstützen. Die besten Vertreter unserer gebildeten Klassen haben bewiesen und mit dem Blut Tausender von der Regierung zu Tode gequälter Revolutionäre besiegelt, daß sie fähig und bereit sind, den Staub der bürgerlichen Gesellschaft von ihren Füßen zu schütteln und in die Reihen der Sozialisten einzutreten. Und der Arbeiter, der gleichgültig zusehen könnte, wie die Regierung ihre Truppen gegen die studierende Jugend schickt, wäre nicht würdig, sich Sozialist zu nennen. Der Student ist dem Arbeiter zu Hilfe gekommen — der Arbeiter muß dem Studenten zu Hilfe kommen. Die Regierung will das Volk verdummen, wenn sie den Drang nach politischem Protest als einfache Ausschreitung hinstellt. Die Arbeiter müssen öffentlich erklären und den breitesten Massen auseinandersetzen, daß das eine Lüge ist, daß die wirkliche Brutstätte der Gewalttätigkeit, der Ausschreitungen und der Zügellosigkeit die russische autokratische Regierung, die Willkürherrschaft der Polizei und der Beamten ist.

Wie dieser Protest zu organisieren ist, das müssen die örtlichen sozialdemokratischen Organisationen und Arbeitergruppen entscheiden. Verteilung, Ausstreuung und Kleben von Flugblättern, Veranstaltung von Versammlungen, zu denen möglichst alle Gesellschaftsklassen eingeladen werden sollten — das sind die am ehesten möglichen Formen des Protestes. Wo aber starke und festgefügte Organisationen bestehen, da wäre es wünschenswert, es mit einem breiteren und offenen Protest vermittels einer öffentlichen Demonstration zu versuchen. Als gutes Beispiel hierfür kann die Demonstration in Charkow am 1. Dezember des vergangenen Jahres vor der Redaktion des „Jushny Krai" [Südregion] dienen. Man feierte das Jubiläum dieses Schmutzblattes, das gegen jedes Streben nach Licht und Freiheit hetzt und alle Bestialitäten unserer Regierung verherrlicht. Vor der Redaktion versammelte sich eine Volksmenge, die Exemplare des „Jushny Krai" feierlich zerriß, sie Pferden an die Schwänze band, Hunde darin einwickelte, Steine und Fläschchen mit Schwefelwasserstoff in die Fenster warf und dabei rief: „Nieder mit der käuflichen Presse!" Wahrlich, solche Ehrungen verdienen nicht nur die Redaktionen käuflicher Zeitungen, sondern auch alle unsere Regierungsinstitutionen. Ein Jubiläum obrigkeitlicher Huld feiern sie nur selten — das Jubiläum des Volksstrafgerichts verdienen sie jederzeit. Jede Äußerung von Regierungswillkür und Gewalttätigkeit ist ein berechtigter Anlaß für eine solche Demonstration. Und so möge die offene Deklaration der Regierung, mit der sie ihr Strafgericht gegen die Studenten bekanntgegeben hat, nicht ohne eine offene Antwort von seiten des Volkes bleiben!

*Geschrieben im Januar 1901.*
*Veröffentlicht im Februar 1901*
*in der „Iskra" Nr. 2.*

*Nach dem Text der „Iskra".*

## ARBEITERPARTEI UND BAUERNSCHAFT[131]

Vierzig Jahre sind seit der Bauernbefreiung verstrichen. Es ist ganz natürlich, daß unsere Öffentlichkeit mit besonderer Begeisterung den 19. Februar feiert — den Tag, an dem das alte Rußland der Leibeigenschaft zusammenbrach, an dem eine Epoche begann, die dem Volke Freiheit und Wohlstand verhieß. Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß die Lobeserhebungen der Festredner neben aufrichtigem Haß gegen die Leibeigenschaft und alle ihre Erscheinungsformen auch eine Menge Heuchelei enthalten. Durch und durch heuchlerisch und verlogen ist die bei uns landläufig gewordene Einschätzung der „großen" Reform als „Befreiung der Bauern samt Grund und Boden *mit Hilfe* staatlichen Loskaufs". In Wirklichkeit handelte es sich um eine Befreiung der Bauern *vom* Grund und Boden, denn von den Bodenanteilen, die die Bauern jahrhundertelang besessen hatten, wurden gewaltige Stücke abgeschnitten, und Hunderttausende von Bauern verloren ihren Boden völlig oder wurden auf den Viertelanteil oder Bettelanteil[132] gesetzt. In Wirklichkeit wurden die Bauern doppelt ausgeplündert: nicht genug damit, daß man ihr Land beschnitt, wurden sie auch noch gezwungen, für das Land, das seit jeher in ihrem Besitz gewesen war und ihnen belassen wurde, „Ablösegelder" zu zahlen, wobei man den Ablösungspreis weit über dem wirklichen Bodenpreis festsetzte. Die Gutsherren selbst gestanden zehn Jahre nach der Befreiung den Regierungsbeamten, die die Lage der Landwirtschaft untersuchten, daß man die Bauern gezwungen hatte, nicht nur ihren Boden, sondern auch ihre Freiheit zu bezahlen. Aber auch nachdem man den Bauern für ihre persönliche Freiheit die Loskaufzahlung abgenommen hatte, wurden sie doch nicht zu freien Menschen gemacht: sie blie-

ben noch für zwanzig Jahre hindurch zeitweilig verpflichtet[133], sie blieben — und bleiben bis auf den heutigen Tag — der niedere Stand, der mit Ruten gepeitscht wird, der besondere Abgaben zahlt, der nicht das Recht hat, frank und frei die halb auf Leibeigenschaft beruhende Dorfgemeinde zu verlassen, frei über sein Land zu verfügen, sich frei an einem beliebigen Ort des Staates anzusiedeln. Nicht von Großmut der Regierung zeugt unsere Bauernreform; im Gegenteil, sie ist eines der größten geschichtlichen Beispiele dafür, wie besudelt jede Sache aus den Händen der autokratischen Regierung hervorgeht. Unter dem Druck der militärischen Niederlage, furchtbarer finanzieller Schwierigkeiten und bedrohlicher Bauernempörungen war die Regierung geradezu *gezwungen*, die Bauern zu befreien. Der Zar selbst gestand, daß man von oben befreien mußte, ehe von unten mit der Befreiung begonnen wurde. Aber als die Regierung an die Befreiung ging, tat sie alles mögliche und unmögliche, um die Gier der „benachteiligten" Fronherren zu befriedigen; die Regierung machte nicht einmal vor der Niedertracht halt, die Männer beiseite zu schieben, die berufen waren, die Reform zu verwirklichen, obwohl auch sie aus dem Adel genommen waren! Die zuerst bestellten Friedensrichter wurden entlassen und durch Leute ersetzt, die auch dann nicht imstande waren, den Fronherren nein zu sagen, wenn diese die Bauern bei der Bodenvermessung betrogen. Und die große Reform konnte nicht verwirklicht werden ohne militärische Exekutionen und ohne Erschießung von Bauern, die sich weigerten, die Urbarialurkunden[134] in Empfang zu nehmen. Kein Wunder, daß die besten Leute jener Zeit, die der Maulkorb der Zensur knebelte, diese große Reform mit dem Fluche des Schweigens aufnahmen...

Der vom Frondienst „befreite" Bauer ging aus den Händen des Reformators so eingeschüchtert, ausgeplündert, gedemütigt, so an seinen Bodenanteil gefesselt hervor, daß ihm nichts übrigblieb, als „freiwillig" Frondienst zu leisten. So begann der Bauer das Land seines früheren Herrn zu bestellen, indem er seine eigenen, ihm geraubten, „abgeschnittenen" Landstücke „pachtete", sich schon im Winter auf Sommerarbeit verdingte, um so für seine hungernde Familie Getreide geliehen zu bekommen. Abarbeit und Schuldknechtschaft — das war in Wirklichkeit die „freie Arbeit", für die der Bauer laut dem von einem jesuitischen Pfaffen verfaßten Manifest „Gottes Segen" erbitten sollte.

Und zu diesem Joch der Gutsherren, das erhalten blieb dank der Großmut der Beamten, die die Reform gemacht und verwirklicht haben, ist noch das Joch des Kapitals hinzugekommen. Die Macht des Geldes, die z. B. sogar den französischen Bauern, der nicht durch eine klägliche, halbschlächtige Reform, sondern durch eine mächtige Volksrevolution von der Gewalt der Grundbesitzer befreit wurde, zu Boden gedrückt hat, diese Macht des Geldes stürzte mit ihrer ganzen Schwere auf unseren noch halbleibeigenen Bauern. Geld mußte um jeden Preis aufgetrieben werden: sowohl für die durch die wohltätige Reform noch vermehrten Abgaben und für die Bodenpacht als auch für den Kauf der armseligen Erzeugnisse der Fabrikindustrie, die die im bäuerlichen Haushalt selbst hergestellten Erzeugnisse zu verdrängen begannen, für den Kauf von Getreide usw. Die Macht des Geldes hat die Bauernschaft nicht nur zu Boden gedrückt, sondern auch gespalten: die große Masse verarmte unaufhaltsam und wurde zu Proletariern, während aus der Minderheit eine Handvoll wenig zahlreicher, aber zäher Kulaken und wirtschaftlich starker Bauern hervorging, die sich der bäuerlichen Wirtschaft und der bäuerlichen Ländereien bemächtigten und so die Kader der im Entstehen begriffenen Dorfbourgeoisie bildeten. Die ganzen seit der Reform vergangenen vierzig Jahre stellen einen einzigen ununterbrochenen Prozeß dieser Entbauerung dar, einen Prozeß langsamen, qualvollen Hinsterbens. Der Bauer wurde auf das Lebensniveau eines Bettlers herabgedrückt; er hauste zusammen mit dem Vieh, kleidete sich in Lumpen, nährte sich von Melde; der Bauer floh von seiner Scholle, sobald er nur einen Zufluchtsort fand, er *kaufte* sich sogar von seinem Bodenanteil *los*, zahlte demjenigen Geld, der bereit war, seinen Boden, der mehr Abgaben erforderte, als er Einnahmen erbrachte, zu übernehmen. Die Bauern litten unter chronischem Hunger, und während der immer häufiger wiederkehrenden Mißernten fielen sie zu Zehntausenden dem Hunger und den Epidemien zum Opfer.

So stehen die Dinge bei uns auf dem Lande auch jetzt noch. Es fragt sich, wo der Ausweg zu suchen und mit welchen Mitteln eine Besserung der Lage des Bauern zu erreichen ist. Vom Joch des Kapitals kann sich die Kleinbauernschaft nur befreien, wenn sie sich der Arbeiterbewegung anschließt und sie unterstützt in ihrem Kampf für die sozialistische Gesellschaftsordnung, für die Umwandlung des Grund und Bodens ebenso

wie der übrigen Produktionsmittel (der Fabriken, Werke, Maschinen usw.) in gesellschaftliches Eigentum. Ein Versuch, die Bauernschaft durch die Verteidigung des Kleinbetriebs und Kleinbesitzes vor dem Ansturm des Kapitalismus zu retten, würde bedeuten, die gesellschaftliche Entwicklung nutzlos aufzuhalten, den Bauern durch die Illusion eines auch unter der Herrschaft des Kapitalismus möglichen Wohlstands zu betrügen und die werktätigen Klassen dadurch zu entzweien, daß man der Minderheit auf Kosten der Mehrheit eine privilegierte Stellung einräumt. Das ist der Grund, weshalb die Sozialdemokraten stets gegen so sinnlose und schädliche Einrichtungen kämpfen werden wie die Unveräußerlichkeit der bäuerlichen Bodenanteile, die solidarische Haftung, das Verbot des freien Ausscheidens aus der Dorfgemeinde und der freien Aufnahme von Angehörigen beliebiger Stände in die Dorfgemeinde! Unser Bauer leidet jedoch, wie wir gesehen haben, nicht nur und nicht einmal so sehr unter dem Joch des Kapitals als unter dem Joch der Gutsherren und unter den Überresten der Leibeigenschaft. Ein rücksichtsloser Kampf gegen diese Fesseln, die die Lage der Bauernschaft maßlos verschlechtern und sie an Händen und Füßen binden, ist nicht nur möglich, sondern auch notwendig im Interesse der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung des Landes, denn die grenzenlose Armut, Unwissenheit, Rechtlosigkeit und Erniedrigung des Bauern drückt allen Verhältnissen in unserem Vaterland den Stempel des Asiatentums auf. Und die Sozialdemokratie würde ihre Pflicht nicht erfüllen, wenn sie diesem Kampf nicht alle und jede Unterstützung angedeihen ließe. Diese Unterstützung muß, kurz gesagt, darin zum Ausdruck kommen, daß *der Klassenkampf ins Dorf getragen wird.*

Wir haben gesehen, daß im heutigen russischen Dorf Klassengegensätze von zweierlei Art nebeneinander bestehen: erstens zwischen den Landarbeitern und den landwirtschaftlichen Unternehmern, zweitens zwischen der gesamten Bauernschaft und der gesamten Gutsbesitzerklasse. Der erste Gegensatz entwickelt sich und wächst, der zweite wird allmählich schwächer. Der erste gehört noch ganz der Zukunft an, während der zweite in bedeutendem Maße bereits der Vergangenheit angehört. Und trotzdem ist für die russischen Sozialdemokraten in der Gegenwart gerade der zweite Gegensatz von wesentlichster und praktisch größter Bedeutung. Daß wir jeden sich bietenden Anlaß ausnutzen müssen,

um in den landwirtschaftlichen Lohnarbeitern das Klassenbewußtsein zu entwickeln, daß wir daher unsere Aufmerksamkeit auf die Übersiedlung von städtischen Arbeitern ins Dorf (z. B. von Mechanikern, die an Dampfdreschmaschinen arbeiten usw.) und auf den landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt lenken müssen — das ist selbstverständlich, das ist für jeden Sozialdemokraten ein Axiom.

Aber unsere Landarbeiter sind noch zu fest mit der Bauernschaft verbunden, auf ihnen lastet noch zu sehr das Elend der gesamten Bauernschaft, und daher kann die Bewegung der Landarbeiter weder jetzt noch in nächster Zukunft eine gesamtnationale Bedeutung erlangen. Aber die Überreste der Leibeigenschaft hinwegzufegen, den Geist der ständischen Rechtsungleichheit und der Erniedrigung von Dutzenden Millionen des „gemeinen Volkes" aus der gesamten russischen Staatsordnung auszurotten, das ist jetzt schon eine Frage von gesamtnationaler Bedeutung, und eine Partei, die Anspruch darauf erhebt, Vorkämpfer der Freiheit zu sein, darf dieser Frage nicht ausweichen.

Das Elend des Bauern wird jetzt (in mehr oder minder allgemeiner Form) fast von allen zugegeben, die Redensart von den „Mängeln" der Reform des Jahres 1861 und von der Notwendigkeit staatlicher Hilfe ist zu einer Binsenwahrheit geworden. Unsere Pflicht ist es, darauf hinzuweisen, daß dieses Elend eben die Folge der Unterdrückung der Bauernschaft als Klasse ist, daß die Regierung die treue Beschützerin der Unterdrückerklassen ist, daß nicht die Hilfe der Regierung, sondern die Befreiung von ihrem Joch, die Erkämpfung politischer Freiheit von denjenigen angestrebt werden muß, die aufrichtig und ernstlich eine grundlegende Besserung der Lage der Bauern wünschen. Man spricht von der übermäßigen Höhe der Loskaufzahlungen, von der wohltätigen Maßnahme der Regierung, durch die diese Zahlungen herabgesetzt und gestundet wurden. Wir antworten darauf, daß diese Loskaufzahlungen nichts anderes sind als eine durch gesetzliche Formen und bürokratische Phrasen bemäntelte Ausplünderung der Bauern durch die Gutsbesitzer und die Regierung, nichts anderes als ein Tribut an die Fronherren als Gegenleistung für die Freilassung ihrer Sklaven. Wir stellen die Forderung nach sofortiger und vollständiger Aufhebung der Loskaufzahlungen und des Fronzinses, wir fordern, daß dem Volk jene Hunderte von Millionen wiedergegeben werden, die die Zarenregierung jahrelang aus ihm

herausgepreßt hat, um den Appetit der Sklavenhalter zu befriedigen. Man spricht von der Landarmut der Bauern, von der Notwendigkeit staatlicher Hilfe zwecks Erweiterung des bäuerlichen Bodenbesitzes. Wir antworten darauf, daß gerade *infolge* der staatlichen Hilfe — Hilfe für die Gutsbesitzer natürlich — die Bauern in solcher Masse des für sie notwendigsten Bodens beraubt wurden. Wir stellen die Forderung, den Bauern die Boden„abschnitte" zurückzugeben, mittels deren die Zwangsarbeit, die Zinsarbeit, die Fronarbeit, d. h. in Wirklichkeit die alte Leibeigenenarbeit aufrechterhalten wird. Wir stellen die Forderung, Bauernkomitees zur Beseitigung der empörenden Ungerechtigkeiten zu gründen, die die von der Zarenregierung eingesetzten Adelskomitees an den zu befreienden Sklaven begangen haben. Wir verlangen die Einsetzung von Gerichten, die das Recht haben sollen, den maßlos hohen Bodenpreis herabzusetzen, der von den die ausweglose Lage der Bauern ausnutzenden Gutsherren erhoben wird — von Gerichten, vor denen der Bauer das Recht haben soll, diejenigen wegen Wuchers zu belangen, die sich die äußerste Not des anderen zunutze machen, um knechtende Abmachungen zu treffen. Wir werden uns bemühen, stets und bei jedem Anlaß den Bauern klarzumachen, daß Leute, die ihnen von Schutz oder Hilfe durch den heutigen Staat sprechen, entweder Narren oder aber Scharlatane und ihre schlimmsten Feinde sind, daß die Bauernschaft vor allem die Willkür und den Druck der Beamtendespotie loswerden muß, daß sie vor allem in jeder Hinsicht ihre völlige und unbedingte Gleichberechtigung mit allen anderen Ständen, völlige Freizügigkeit, das Recht freier Verfügung über das Land, das Recht freier Verfügung in allen Angelegenheiten und über alle Einnahmen der Dorfgemeinde haben muß. Die alltäglichsten Tatsachen aus dem Leben eines beliebigen russischen Dorfes können stets tausendfachen Anlaß geben, im Sinne dieser Forderungen zu agitieren. Diese Agitation muß von den örtlichen, konkreten, den dringendsten Nöten der Bauern ausgehen, darf aber nicht bei diesen Nöten stehenbleiben, sondern muß ständig den Gesichtskreis der Bauern erweitern, ständig ihr politisches Bewußtsein entwickeln, ihnen den besonderen Platz aufzeigen, den die Gutsherren und die Bauern im Staate einnehmen, ihnen das einzige Mittel zur Erlösung des Dorfes von dem auf ihm lastenden Joch der Willkür und Unterdrückung zeigen — die Einberufung von Volksvertretern und den Sturz der Willkürherrschaft der Beamten. Albern und unsinnig ist

die Behauptung, die Forderung nach politischer Freiheit übersteige die Fassungskraft der Arbeiter: nicht nur die Arbeiter, die Jahre des direkten Kampfes gegen Fabrikbesitzer und Polizei durchgemacht haben, die ständig sehen, wie die Besten aus ihren Reihen willkürlich verhaftet und verfolgt werden, nicht nur diese, vom Sozialismus bereits angesteckten Arbeiter, sondern jeder aufgeweckte Bauer, der auch nur etwas über das nachdenkt, was um ihn herum vorgeht, wird imstande sein, zu begreifen und zu erfassen, wofür die Arbeiter kämpfen, die Idee eines Semski Sobor zu erfassen, der das ganze Land von der Allmacht der verhaßten Beamten befreien würde. Und die Agitation, die von den unmittelbaren und dringendsten Nöten der Bauernschaft ausgeht, wird erst dann ihre Aufgabe — den Klassenkampf ins Dorf zu tragen — erfüllen können, wenn sie es versteht, mit der Aufdeckung dieses oder jenes „ökonomischen" Übels stets bestimmte politische Forderungen zu verbinden.

Es fragt sich aber: Kann die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Forderungen wie die obengenannten in ihr Programm aufnehmen? Kann sie es übernehmen, unter den Bauern Agitation zu treiben? Wird das nicht dazu führen, daß wir uns zersplittern und unsere ohnehin so wenig zahlreichen revolutionären Kräfte von der wichtigsten und einzig sicheren Route der Bewegung ablenken?

Solche Einwände beruhen auf einem Mißverständnis. Jawohl, wir müssen unbedingt in unser Programm Forderungen aufnehmen, die die Befreiung unseres Dorfes von allen Überresten der Sklaverei zum Ziel haben, Forderungen, die geeignet sind, den besten Teil der Bauernschaft, wenn nicht zu selbständigem politischem Kampf, so doch zu bewußter Unterstützung des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse zu veranlassen. Wir würden einen Fehler begehen, wollten wir Maßnahmen verteidigen, die dazu angetan sind, die gesellschaftliche Entwicklung zu hemmen oder die Kleinbauernschaft vor dem Wachstum des Kapitalismus, vor der Entwicklung der Großproduktion künstlich zu schützen; aber ein noch verhängnisvollerer Fehler wäre es, wenn wir es nicht verstünden, die Arbeiterbewegung zur Verbreitung derjenigen demokratischen Forderungen unter der Bauernschaft zu benutzen, die die Reform vom 19. Februar 1861 nicht erfüllt hat, weil die Gutsbesitzer und Beamten diese Reform verzerrten. Solche Forderungen muß unsere Partei in ihr Programm aufnehmen, wenn sie an der Spitze des ganzen Volkes den Kampf gegen die

Selbstherrschaft führen will.* Die Aufnahme solcher Forderungen setzt jedoch keineswegs voraus, daß wir die aktiven revolutionären Kräfte aus der Stadt aufs Land rufen. Davon kann gar keine Rede sein. Es unterliegt keinem Zweifel, daß alle kämpferischen Elemente der Partei nach den Städten und Industriezentren streben müssen, daß nur das Industrieproletariat zu einem konsequenten und die Massen erfassenden Kampf gegen die Selbstherrschaft fähig ist, daß nur dieses Proletariat imstande ist, mit Erfolg solche Kampfmittel anzuwenden wie die Organisierung einer öffentlichen Demonstration oder die Herausgabe einer regelmäßig erscheinenden und weitverbreiteten *mit dem Volk verbundenen* politischen Zeitung. Nicht um überzeugte Sozialdemokraten aus der Stadt abzuziehen und aufs Land zu schicken, nicht um sie an das Dorf zu ketten, müssen wir die Bauernforderungen in unser Programm aufnehmen, nein, sondern um jenen Kräften, die *nicht* anders als auf dem Lande Verwendung finden *können*, Anleitung für ihre Tätigkeit zu geben, um für die Sache der Demokratie und des politischen Freiheitskampfes die Verbindungen mit dem Dorfe auszunutzen, die auf Grund der bestehenden Verhältnisse nicht wenige der Sozialdemokratie ergebene Intellektuelle und Arbeiter haben und die mit dem Wachstum der Bewegung notwendigerweise sich erweitern und wachsen müssen. Wir sind schon längst über das Stadium hinaus, da wir ein kleiner Trupp von Freiwilligen waren, da sich die ganze Reserve an sozialdemokratischen Kräften in Jugendzirkeln erschöpfte, die Mann für Mann „zu den Arbeitern gingen". Unsere Bewegung verfügt heute über eine ganze Armee, eine Armee von Arbeitern, die vom Kampf für den Sozialismus und für Freiheit erfaßt sind; über eine Armee von Intellektuellen, die an der Bewegung teilgenommen haben und weiter teilnehmen und gegenwärtig bereits über ganz Rußland verstreut sind; über eine Armee von Sympathisierenden, die voller Glauben und Hoffnung auf die Arbeiterbewegung blicken und bereit sind, ihr tausend Dienste zu erweisen. Und wir stehen vor einer großen Aufgabe: alle diese Armeen zu organisieren, sie so zu organisieren, daß wir im-

* Der Entwurf eines sozialdemokratischen Programms, der die obengenannten Forderungen in sich einschließt, ist von uns schon verfaßt worden. Wir hoffen, nach Erörterung und Umarbeitung dieses Entwurfs mit Unterstützung der Gruppe „Befreiung der Arbeit" den Entwurf eines Programms unserer Partei in einer der nächsten Nummern veröffentlichen zu können.

stande sind, nicht nur schnell vorübergehende Ausbrüche hervorzurufen, dem Feinde nicht nur zufällige, vereinzelte (und daher nicht gefährliche) Schläge zu versetzen, sondern den Feind im unentwegten, zähen und konsequenten Kampf auf der ganzen Linie zu verfolgen, die autokratische Regierung überall anzugreifen, wo sie Unterdrückung sät und Haß erntet. Läßt sich dieses Ziel aber erreichen, ohne in die Millionenmasse der Bauernschaft den Samen des Klassenkampfes und des politischen Bewußtseins zu tragen? Man sage nicht, es sei unmöglich, dies zu tun: es ist *nicht nur möglich, es geschieht bereits, es vollzieht sich auf tausend Wegen*, die sich unserer Aufmerksamkeit und unserer Einwirkung entziehen. Es wird unermeßlich schneller und umfassender vor sich gehen, wenn wir eine Losung für diese Einwirkung zu geben vermögen und das Banner der Befreiung der russischen Bauernschaft von allen Überresten der schmachvollen Leibeigenschaft entrollen. Das Landvolk, das in die Städte kommt, betrachtet schon heute mit Neugier und Interesse den ihm unverständlichen Kampf der Arbeiter und trägt die Kunde von diesem Kampf in die entlegensten Gegenden. Wir können und müssen es erreichen, daß diese Neugier unbeteiligter Zuschauer, wenn schon nicht einem vollen Verständnis, so doch wenigstens der dämmernden Erkenntnis Platz macht, daß die Arbeiter für die Interessen des gesamten Volkes kämpfen und daß diese Neugier von stets größer werdender Sympathie für ihren Kampf abgelöst wird. Dann aber wird der Tag des Sieges der revolutionären Arbeiterpartei über die Polizeiregierung mit einer für uns selbst unerwarteten und ungeahnten Geschwindigkeit herannahen.

*Geschrieben im Februar 1901.*
*Veröffentlicht im April 1901*
*in der „Iskra" Nr. 3.*

*Nach dem Text der „Iskra".*

# ANMERKUNGEN

[1] Der Artikel *„Zur Frage unserer Fabrik- und Werkstatistik (Neue statistische Daten Professor Karyschews)"* wurde in dem Sammelband von W. I. Lenin „Ökonomische Studien und Aufsätze" veröffentlicht, der im Oktober 1898 erschien (auf Umschlag und Titelblatt des Sammelbands ist das Jahr 1899 angegeben). *1*

[2] *„Mir Boshi"* (Die Welt Gottes) — literarische und populärwissenschaftliche Monatsschrift liberaler Richtung, die von 1892 bis 1906 in Petersburg erschien. Im Jahre 1898 veröffentlichte die Zeitschrift Lenins Rezension über A. Bogdanows „Kurzen Lehrgang der ökonomischen Wissenschaft". (Siehe den vorliegenden Band, S. 36.) Von 1906 bis 1918 erschien die Zeitschrift unter dem Titel „Sowremenny Mir" (Die Welt der Gegenwart). *17*

[3] *N.-on* oder Nikolai-on (Pseudonyme für N. F. Danielson) — einer der Ideologen der liberalen Volkstümlerrichtung in den achtziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts. *17*

[4] Lenin meint sein Buch „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland". (Siehe Werke, Bd. 3.) *17*

[5] Die Ergebnisse der ersten allgemeinen Volkszählung des Russischen Reichs vom 28. Januar (9. Februar) 1897 wurden in den Jahren 1897 bis 1905 veröffentlicht. Lenin verarbeitete sie für die Neuauflage des Buches „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland" im Jahre 1908. (Siehe Werke, Bd. 3.) *30*

[6] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1953, S. 774/775. *43*

[7] *Kolonen* — Pächter kleiner Bodenparzellen bei den Großgrundbesitzern des alten Römischen Reichs. Für die Nutzung der Parzellen zahlten die Kolonen eine Abgabe in Naturalien oder Geld. Später wurden sie unter

Ausnutzung ihrer Verschuldung von den Grundherren zu Leibeigenen gemacht. *43*

[8] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1953, S. 832–866. *43*

[9] *W. W.* (Pseudonym für W. P. Woronzow) — ein Ideologe der liberalen Volkstümlerrichtung in den achtziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts. *45*

[10] Für *„Mehrwert"* gebraucht Lenin in den Arbeiten der neunziger Jahre nebeneinander die Ausdrücke „swerchstoimost" und „pribawotschnaja stoimost". Später verwendet er nur noch den Ausdruck „pribawotschnaja stoimost".

In der Zeitschrift „Nautschnoje Obosrenije", in der die „Notiz zur Frage der Theorie der Märkte" zum erstenmal veröffentlicht wurde, ersetzte die Redaktion ohne Lenins Zustimmung den Ausdruck „stoimost" durch den Ausdruck „zennost". In einer Anmerkung zu dem Artikel „Noch einmal zur Frage der Realisationstheorie" unterstrich Lenin schon damals, daß er mit der Redaktion in dieser Frage nicht einverstanden war. (Siehe den vorliegenden Band, S. 65.) *45*

[11] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. II, Berlin 1953, S. 474/475. *47*

[12] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1953, S. 335/336 und S. 886–907. *47*

[13] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1953, S. 272/273. *48*

[14] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1953, S. 336. *49*

[15] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1953, S. 277–279. *49*

[16] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1953, S. 528. *49*

[17] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. II, Berlin 1953, S. 316. *50*

[18] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. II, Berlin 1953, S. 364–392. *51*

[19] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. II, Berlin 1953, S. 18. *54*

[20] *„Nautschnoje Obosrenije"* (Wissenschaftliche Revue) — Monatsschrift, die in Petersburg von 1894 bis 1903 erschien.

Lenin veröffentlichte in dieser Zeitschrift die Artikel „Notiz zur Frage der Theorie der Märkte", „Noch einmal zur Frage der Realisationstheorie" sowie „Eine unkritische Kritik". (Siehe den vorliegenden Band, S. 45–54 und 64–83 sowie Werke, 4. Ausgabe, Bd. 3, S. 537–559, russ.) *54*

[21] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1953, S. 773—775. *56*

[22] „*Natschalo*" (Der Anfang) — literarisch-politische Monatsschrift der „legalen Marxisten", die in der ersten Hälfte des Jahres 1899 in Petersburg unter der Redaktion von P. B. Struve, M. I. Tugan-Baranowski u. a. erschien. Die Zeitschrift veröffentlichte auch Arbeiten G. W. Plechanows, W. I. Sassulitschs u. a. Sie wurde im Juni 1899 von der Zarenregierung verboten. *56*

[23] Siehe Friedrich Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (‚Anti-Dühring')", Berlin 1954, S. 309. Lenin verweist hier auf das von Marx verfaßte Kapitel „Aus der ‚Kritischen Geschichte'". (Siehe zweiter Abschnitt, Kapitel X.) *65*

[24] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. I, Berlin 1953, S. 620. *66*

[25] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. II, Berlin 1953, S. 360/361. *66*

[26] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. II, Berlin 1953, S. 362—394. *66*

[27] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. II, Berlin 1953, S. 392. *68*

[28] Als *vierten Band des „Kapitals"* bezeichnet Lenin entsprechend einem Hinweis von Engels das Werk „Theorien über den Mehrwert" von Marx. Im Vorwort zum zweiten Band des „Kapitals" schrieb Engels: „Ich behalte mir vor, den kritischen Teil dieses Manuskripts, nach Beseitigung der zahlreichen durch Buch II und III bereits erledigten Stellen, als Buch IV des ‚Kapital' zu veröffentlichen." (Karl Marx, „Das Kapital", Bd. II, Berlin 1953, S. 4.) *68*

[29] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1953, S. 896. *68*

[30] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. I, Berlin 1953, S. 618/619. *68*

[31] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1953, S. 894/895. *69*

[32] *Neukantianertum* — bürgerliche philosophische Richtung, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland aufkam und die reaktionärsten, idealistischen Thesen der Kantschen Philosophie wieder aufwärmte. Die Neukantianer kämpften unter der Losung „Zurück zu Kant!" gegen den dialektischen und historischen Materialismus. In seinem Buch „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie" bezeichnete Engels die Neukantianer als „spintisierende eklektische Flohknacker" und stellte fest, daß ihre Philosophie „wissenschaftlich ein Rückschritt" ist. Die Neukantianer in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie (E. Bernstein, K. Schmidt u. a.) unternahmen den Versuch, die

marxistische Philosophie und die ökonomische Lehre von Marx sowie seine Lehre vom Klassenkampf und von der Diktatur des Proletariats einer Revision zu unterziehen. In Rußland waren die „legalen Marxisten", die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki Anhänger des Neukantianertums. In seinem Buch „Materialismus und Empiriokritizismus" unterzieht Lenin die reaktionäre Philosophie des Neukantianertums einer umfassenden Kritik. *72*

[33] Lenin meint das 1895 in Petersburg legal erschienene Buch von G. W. Plechanow (N. Beltow) „Zur Frage der Entwicklung der monistischen Geschichtsauffassung" sowie ein weiteres Buch von ihm, „Beiträge zur Geschichte des Materialismus", das 1896 in Stuttgart in deutscher Sprache herauskam. *72*

[34] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. II, Berlin 1953, S. 474. *76*

[35] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1953, S. 885. *77*

[36] Lenin meint seine Arbeit „Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerrichtung und seine Kritik in dem Buch des Herrn Struve (Die Widerspiegelung des Marxismus in der bürgerlichen Literatur)". (Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 1, S. 315—484, russ.) *80*

[37] *Majorat* — Erbfolgeordnung für große Rittergüter, die sich in einigen kapitalistischen Ländern aus der Feudalzeit erhalten hat; beim Majorat geht das Gut ungeteilt an den ältesten Sohn des Erblassers bzw. den Ältesten der Familie über. *87*

[38] *„Shisn"* (Das Leben) — Monatsschrift, die von 1897 bis 1901 in Petersburg, 1902 im Ausland erschien. Ab 1899 befand sich die Zeitschrift in den Händen der „legalen Marxisten". *95*

[39] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1953, S. 665/666. *107*

[40] *„Nichtsalsfreihändler"* (Freetrader) — Anhänger des Freihandels. In England und Frankreich vertraten die Freihändler vorwiegend die Interessen der industriellen Bourgeoisie. In den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts waren die Industriellen von Manchester die Hauptstütze des Freihändlertums in England, deshalb wurden die Freihändler auch „Manchesterleute" genannt. Theoretisch begründet wurde das Freihändlertum in den Schriften von A. Smith und D. Ricardo. *122*

[41] Es handelt sich um einen kritischen Artikel von Karl Marx über die Schrift von E. de Girardin „Le socialisme et l'impôt" („Der Sozialismus und die Steuer"). (Siehe Gesammelte Schriften von Karl Marx und Fried-

rich Engels, 1841 bis 1850. Herausgegeben von Franz Mehring. Dritter Band, Stuttgart 1913, S. 434–442.)

Der Artikel wurde in Heft 4 der Zeitschrift „Neue Rheinische Zeitung. Politisch-ökonomische Revue", das Mai 1850 erschien, veröffentlicht. Die Zeitschrift wurde 1850 von Marx in London herausgegeben und war die Fortsetzung der „Neuen Rheinischen Zeitung". *127*

[42] Es handelt sich um das von einer Autorengruppe liberal-bürgerlicher und volkstümlerischer Richtung unter der Redaktion von Prof. A. I. Tschuprow und A. S. Posnikow (1897) verfaßte zweibändige Werk „*Der Einfluß der Ernten und Getreidepreise auf einige Gebiete der russischen Volkswirtschaft*". Lenin las dieses Werk in der Verbannung und kritisierte es in seinem Buch „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland". *130*

[43] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1953, S. 662–866. *131*

[44] *Fideikommiß* — ein System der Erbfolge im Großgrundbesitz. Die Nutzung des Grundbesitzes geht beim Fideikommiß auf den ersten Sohn des Erblassers über, ohne daß der Besitz ganz oder teilweise verpfändet, geteilt oder veräußert (verkauft) werden darf.

*Anerbenrecht* — eine Art bäuerliches Fideikommiß, das dem Grundbesitzer in der Verfügung über den zu vererbenden Grundbesitz etwas mehr Freiheit läßt, aber gleichfalls die Teilung des Erbes verbietet. *137*

[45] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1953, S. 687. *143*

[46] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1953, S. 273. *154*

[47] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. III, Berlin 1953, S. 336. *155*

[48] Der „*Protest russischer Sozialdemokraten*" wurde von Lenin 1899 in der Verbannung geschrieben. Er war gegen das „Credo" gerichtet, das Manifest einer Gruppe von „Ökonomisten" (S. N. Prokopowitsch, J. D. Kuskowa und andere, die später Kadetten wurden). Lenin erhielt das „Credo" durch seine Schwester A. I. Jelisarowa und verfaßte daraufhin einen scharfen und anprangernden Protest.

Der „Protest" wurde in einer Beratung von siebzehn politisch verbannten Marxisten, die Lenin in das Dorf Jermakowskoje, Minussinsker Bezirk, einberief, erörtert und einstimmig angenommen. Die Kolonien der Verbannten in Turuchansk und Orlow (Gouvernement Wjatka) schlossen sich dem „Protest" an.

Der „Protest russischer Sozialdemokraten" wurde von Lenin an die Gruppe „Befreiung der Arbeit" ins Ausland geschickt. Anfang 1900 wurde der

„Protest" in dem gegen den Ökonomismus gerichteten, von G. W. Plechanow herausgegebenen Sammelband „Vademecum (Wegweiser. *Die Red.*) für die Redaktion des ‚Rabotscheje Delo'" veröffentlicht. *159*

[49] *Internationale Arbeiterassoziation* — die von Marx im Herbst 1864 in London gegründete I. Internationale; sie war die erste internationale Massenorganisation des Proletariats. Unter Überwindung der bürgerlichen Einflüsse und der sektiererischen Tendenzen, die damals in der Arbeiterbewegung vorherrschten (Trade-Unionismus in England, Proudhonismus und Anarchismus in den romanischen Ländern), vereinigte Marx in den Reihen der I. Internationale die fortschrittlichen Arbeiter der Länder Europas und Amerikas und erreichte, daß auf einer Reihe von Kongressen der Internationale die Notwendigkeit des politischen Kampfes der Arbeiterklasse für den Sozialismus anerkannt wurde. Die historische Bedeutung der I. Internationale besteht darin, daß sie, wie Lenin sagte, „den Grundstein der internationalen Organisation der Arbeiter zur Vorbereitung ihres revolutionären Ansturms gegen das Kapital legte". Nach der Pariser Kommune stand die Arbeiterklasse vor der Aufgabe, nationale Massenparteien der Arbeiter auf dem Boden der von der I. Internationale angenommenen Grundsätze zu schaffen. Die Organisationsform der I. Internationale jedoch entsprach schon nicht mehr den neuen Aufgaben, und 1872 wurde sie auf Initiative von Marx aufgelöst. *168*

[50] *Bernsteiniade* (Bernsteinianertum) — eine dem Marxismus feindliche Strömung in der internationalen Sozialdemokratie, die Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland entstand und nach dem deutschen Sozialdemokraten Eduard Bernstein benannt wurde. Bernstein forderte eine Revision der revolutionären Lehre von Marx im Geiste des bürgerlichen Liberalismus.

Anhänger Bernsteins in Rußland waren die „legalen Marxisten", die „Ökonomisten", die Bundisten und die Menschewiki. *169*

[51] Siehe Karl Marx, „Das Elend der Philosophie", Zweites Kapitel, § 5, „Streiks und Arbeiterkoalitionen", Berlin 1952, S. 185—194. *169*

[52] Lenin kritisiert hier die bekannte These der Lassalleaner, wonach der Arbeiterklasse gegenüber alle anderen Klassen nur *eine* reaktionäre Masse sind. Diese These fand Aufnahme ins Programm der deutschen Sozialdemokraten, das 1875 auf dem Parteitag in Gotha bei der Vereinigung der beiden bis dahin getrennt bestehenden deutschen sozialistischen Parteien, der Eisenacher und der Lassalleaner, beschlossen wurde.

Karl Marx entlarvte den antirevolutionären Charakter dieser These in der „Kritik des Gothaer Programms". (Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. II, Berlin 1953, S. 18 bis 19.) *170*

[53] Der *„Nordbund russischer Arbeiter"*, der 1878 in Petersburg gegründet wurde, war eine der ersten revolutionären politischen Organisationen der Arbeiterklasse in Rußland. An der Spitze des Bundes standen der Tischler Stepan Chalturin und der Schlosser Wiktor Obnorski. Der Bund leitete Arbeiterstreiks und gab eine Reihe Proklamationen an die Streikenden heraus. Er zählte etwa 200 Mitglieder. Im Jahre 1879 wurde der Bund durch die Zarenregierung zerschlagen. Die in Freiheit verbliebenen Mitglieder des Bundes gaben im Februar 1880 eine Nummer der ersten russischen Arbeiterzeitung, der „Rabotschaja Sarja" (Morgenröte des Arbeiters) heraus. *171*

[54] Der *„Südrussische Arbeiterbund"*, gegründet 1875 in Odessa von J. O. Saslawski, war die erste revolutionäre politische Arbeiterorganisation Rußlands. Nach acht- bis neunmonatigem Bestehen wurde der Bund von der Zarenregierung zerschlagen. *171*

[55] *„Rabotschaja Mysl"* (Arbeitergedanke) — Zeitung der „Ökonomisten", die von Oktober 1897 bis Dezember 1902 erschien. Insgesamt kamen sechzehn Nummern heraus. Redigiert wurde sie von K. M. Tachtarew u. a.

Eine Kritik der Ansichten der „Rabotschaja Mysl" als einer russischen Abart des internationalen Opportunismus gab Lenin in Artikeln, die in der „Iskra" veröffentlicht wurden, und in seinem Werk „Was tun?". *172*

[56] *„St. Peterburgski Rabotschi Listok"* (St. Petersburger Arbeiterblatt) — illegale Zeitung, Organ des Petersburger „Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse". Es erschienen zwei Nummern: Nr. 1 im Februar (datiert Januar) 1897, von der in Rußland auf einem Mimeographen 300 bis 400 Exemplare hergestellt wurden, und Nr. 2 im September 1897 in Genf. *172*

[57] *„Rabotschaja Gaseta"* (Arbeiterzeitung) — illegales Organ der Kiewer Gruppe der Sozialdemokraten. Es erschienen zwei Nummern: Nr. 1 im August 1897 und Nr. 2 im Dezember (datiert November) desselben Jahres. Auf dem I. Parteitag der SDAPR wurde die „Rabotschaja Gaseta" als offizielles Organ der Partei anerkannt. Nach dem Parteitag erschien die Zeitung nicht mehr, da die Druckerei von der Polizei ausgehoben und die Mitglieder des Zentralkomitees verhaftet worden waren. Über die im Jahre

1899 unternommenen Versuche, sie wieder neu herauszugeben, siehe den vorliegenden Band, S. 201—203. *173*

[58] Der *I. Parteitag der SDAPR* fand im März 1898 in Minsk statt. Am Parteitag nahmen 9 Delegierte teil, die 6 Organisationen vertraten: den Petersburger, den Moskauer, den Jekaterinoslawer und den Kiewer „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse", die Gruppe der Kiewer „Rabotschaja Gaseta" und den „Bund".

Der Parteitag wählte ein Zentralkomitee, bestätigte die „Rabotschaja Gaseta" als offizielles Parteiorgan, veröffentlichte das „Manifest" und erklärte den „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten" zum Vertreter der Partei im Ausland. Bald nach dem Parteitag wurde das Zentralkomitee verhaftet.

Die Bedeutung des I. Parteitages der SDAPR bestand darin, daß er in seinen Beschlüssen und in seinem „Manifest" die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands proklamierte. *173*

[59] *„Volkswille"* (Narodnaja Wolja) — Geheimbund der Volkstümler, wurde 1879 zum revolutionären Kampf gegen die zaristische Selbstherrschaft organisiert.

Bald nach der Ermordung des Zaren Alexander II. (1. (13.) März 1881) durch Mitglieder des „Volkswillen" wurde die Organisation von der Zarenregierung zerschlagen. Die meisten Volkstümler sagten sich hiernach vom revolutionären Kampf gegen den Zarismus los und predigten Versöhnung und Verständigung mit der zaristischen Selbstherrschaft. Diese Epigonen der Volkstümlerrichtung, die liberalen Volkstümler der achtziger und neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts, wurden zu Wortführern der Kulakeninteressen.

Eine Einschätzung der Tätigkeit des „Volkswillen" findet sich im ersten Kapitel der „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang". *174*

[60] W. I. Lenins Rezension über das Buch von S. N. Prokopowitsch „Die Arbeiterbewegung im Westen" wird nach einem unvollständigen Manuskript veröffentlicht. Im Archiv des Marx-Engels-Lenin-Stalin-Instituts (Moskau) sind nur die Seiten 4—15 des Manuskripts vorhanden. Der Anfang des Manuskripts ist bisher nicht aufgefunden worden. *176*

[61] *„Nowoje Wremja"* (Neue Zeit) — Zeitung, die von 1868 bis Oktober 1917 in Petersburg erschien. Zu Beginn gemäßigt liberal, wurde sie ab 1876 zum Organ reaktionärer Kreise des Adels und der beamteten Bürokratie. Die Zeitung bekämpfte nicht nur die revolutionäre, sondern auch die bürger-

lich-liberale Bewegung. Ab 1905 wurde sie ein Organ der Schwarzhunderter. *185*

[62] *„Zur Kritik"* — Anfang des Titels „Zur Kritik der politischen Ökonomie" von Karl Marx. (Siehe Neuausgabe, Berlin 1951.) Lenin bezieht sich hier auf die russische Ausgabe des Buches von 1896. *189*

[63] Lenin meint das von Karl Marx und Friedrich Engels verfaßte, im Jahre 1848 erschienene „Manifest der Kommunistischen Partei". (Siehe Neuausgabe, Berlin 1954.) *190*

[64] Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1953, S. 340. *190*

[65] Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1953, S. 340. *190*

[66] Die Artikel *„Unser Programm"*, *„Unsere nächste Aufgabe"* und *„Eine dringende Frage"* wurden von Lenin in der Verbannung geschrieben. Sie waren für die „Rabotschaja Gaseta" bestimmt, die auf dem I. Parteitag der SDAPR als das offizielle Parteiorgan anerkannt worden war. Im Jahre 1899 wurde der Versuch gemacht, die Zeitung neu herauszugeben; die Redakteurgruppe wandte sich an Lenin mit dem Vorschlag, die Redaktion der Zeitung zu übernehmen, und später mit der Aufforderung, an der Zeitung mitzuarbeiten. Die Artikel wurden von Lenin zusammen mit dem Brief an die Redakteurgruppe abgeschickt. Es gelang nicht, die Zeitung neu herauszubringen, und die Artikel blieben unveröffentlicht. *199*

[67] Die russischen Opportunisten — die „Ökonomisten" und die Bundisten — erklärten sich mit den revisionistischen Ansichten Bernsteins solidarisch. In seinem Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus" gab Bernstein deren Zustimmung zu seinen Ansichten als Zustimmung der Mehrheit der russischen Sozialdemokraten aus. *202*

[68] Es handelt sich um die Spaltung, die in der ersten Konferenz des „Auslandsbundes russischer Sozialdemokraten" im November 1898 in Zürich erfolgte. Der Grund für die Spaltung war, daß sich die Mehrheit der Mitglieder des Auslandsbundes (die sogenannten „Jungen") dem „Ökonomismus" anschloß. Aus diesem Grunde lehnte es die Gruppe „Befreiung der Arbeit" zuerst ab, die Veröffentlichungen des Auslandsbundes zu redigieren, und trennte sich später ganz von ihm. *202*

[69] Der Sammelband *„Der proletarische Kampf"* Nr. 1, herausgegeben von der „Uraler sozialdemokratischen Gruppe", wurde 1899 in der Druckerei

der Gruppe gedruckt. Die auf dem Boden des „Ökonomismus" stehenden Verfasser des Sammelbands bestritten die Notwendigkeit, eine selbständige politische Partei der Arbeiterklasse zu schaffen, und waren der Ansicht, daß die politische Revolution mittels des Generalstreiks gemacht werden könne. Eine Charakteristik und Einschätzung der von den Autoren des Sammelbands vertretenen Ansichten findet man in Kapitel IV von Lenins Werk „Was tun?". *202*

[70] Es handelt sich um den *„Entwurf eines Programms unserer Partei"*. (Siehe den vorliegenden Band, S. 221—248.) *202*

[71] Gemeint ist der II. Parteitag der SDAPR, der für das Frühjahr 1900 einberufen werden sollte. Wie Lenin über die Einberufung des Parteitages zu diesem Zeitpunkt dachte, dazu siehe den vorliegenden Band, S. 319/320 und 350/351. *202*

[72] *F. P.* — eines der Pseudonyme Lenins. *203*

[73] Gemeint ist der Artikel von G. W. Plechanow, „Bernstein und der Materialismus", der Juli 1898 in Nr. 44 der deutschen sozialdemokratischen Zeitschrift „Die Neue Zeit" veröffentlicht wurde. Siehe auch G. W. Plechanow, Werke, Bd. XI, 1928, S. 13—26, russ. *205*

[74] Der *Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Hannover* fand vom 9. bis zum 14. Oktober 1899 statt. In der Hauptfrage der Tagesordnung „Die Angriffe auf die Grundanschauungen und die taktische Stellungnahme der Partei" nahm der Parteitag gegen die revisionistischen Ansichten Bernsteins Stellung, unterzog jedoch das Bernsteinianertum keiner gründlichen Kritik. *205*

[75] Gemeint ist das *Gesetz vom 2. (14.) Juni 1897*, das den Arbeitstag in Industriebetrieben und Eisenbahnwerkstätten auf 11½ Stunden festsetzte. Vor diesem Gesetz war der Arbeitstag in Rußland nicht beschränkt und dauerte bis zu 14 und 15 Stunden. Unter dem Druck der vom Leninschen „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse" geführten Arbeiterbewegung sah sich die Zarenregierung genötigt, das Gesetz vom 2. Juni 1897 zu erlassen. Lenin hat das Gesetz in der Broschüre „Das neue Fabrikgesetz" (siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 243—291, russ.) ausführlich analysiert und kritisiert. *208*

[76] Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei", Berlin 1954, S. 18. *210*

[77] Das *Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten* wurde 1878 in Deutschland erlassen. Durch dieses Gesetz wurden alle Organisationen der Sozialdemokratischen Partei, alle Massenorganisationen der Arbeiter und die Arbeiterpresse verboten. Sozialistische Schriften wurden beschlagnahmt, die Ausweisung von Sozialdemokraten begann. Unter dem Druck der Massenbewegung der Arbeiter wurde das Sozialistengesetz 1890 aufgehoben. *218*

[78] *„Vorwärts"* — das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie. Die Zeitung erschien erstmalig 1876 unter der Redaktion von Wilhelm Liebknecht u. a. In der Zeitung führte Friedrich Engels einen Kampf gegen alle Erscheinungsformen des Opportunismus. Angefangen von der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, nach dem Tode von Friedrich Engels, brachte der „Vorwärts" systematisch Artikel von Opportunisten, die die deutsche Sozialdemokratie und die II. Internationale beherrschten. *218*

[79] Hier fehlt ein Teil des Manuskripts. *220*

[80] Der *„Entwurf eines Programms unserer Partei"* wurde von Lenin in der Verbannung geschrieben. Davon zeugen die von Lenin auf dem Manuskript eingetragene Jahreszahl „[1899]" sowie der Brief an die Redakteurgruppe der „Rabotschaja Gaseta". (Siehe den vorliegenden Band, S. 202.) *221*

[81] Siehe Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms", in Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. II, Berlin 1953, S. 9. *223*

[82] Siehe Karl Marx, „Das Kapital", Bd. I, Hamburg 1872, S. 793 oder Berlin 1953, S. 803. *228*

[83] Das *„Erfurter Programm"* der deutschen Sozialdemokratie wurde auf dem Erfurter Parteitag im Oktober 1891 an Stelle des Gothaer Programms von 1875 angenommen, dessen Fehler Karl Marx in seiner „Kritik des Gothaer Programms" aufgedeckt hatte. *228*

[84] Lenin meint die „Provisorischen Bestimmungen über die Ableistung der Militärpflicht durch die Studierenden der Hochschulen, die aus selbigen Institutionen wegen gemeinsamer Unruhestiftung relegiert werden". Auf Grund dieser am 29. Juli (10. August) 1899 erlassenen Bestimmungen wurden Studenten, die an Kundgebungen gegen das in den Hochschulen eingeführte Polizeiregime teilgenommen hatten, von den Universitäten rele-

giert und für einen Zeitraum von einem bis zu drei Jahren als gemeine Soldaten in die zaristische Armee eingezogen. Die Studenten aller Hochschulen Rußlands forderten die Aufhebung der provisorischen Bestimmungen. (Siehe Lenins Artikel „Zwangsrekrutierung von 183 Studenten", vorliegender Band, S. 416—421.) *231*

[85] *Servitut* — eine Form des Nutzungsrechts an fremdem Eigentum. Im vorliegenden Fall meint Lenin die Überreste der Leibeigenschaftsverhältnisse in den Westgebieten Rußlands. Für das Recht auf Benutzung der gemeinsamen Wege, Wiesen, Weiden, Viehtränken usw. mußten die Bauern nach der Reform von 1861 zusätzliche Dienste zugunsten der Gutsherren leisten. *239*

[86] Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1953, S. 309/310. *241*

[87] Der Petersburger *„Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse"* wurde von Lenin im Herbst 1895 organisiert. Der Kampfbund vereinigte alle marxistischen Arbeiterzirkel in Petersburg. An der Spitze des Kampfbundes stand die von Lenin geleitete Zentrale Gruppe. Der Kampfbund verwirklichte erstmalig in Rußland die Vereinigung des Sozialismus mit der Arbeiterbewegung, den Übergang von der Propaganda des Marxismus in einem kleinen Kreise fortgeschrittener Arbeiter zur politischen Agitation in den breiten Massen der Arbeiterklasse.

„Die Bedeutung des Petersburger ‚Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse' bestand darin, daß er, nach einem Ausspruch Lenins, der erste bedeutsame *Keim einer revolutionären Partei* war, *die sich auf die Arbeiterbewegung stützt."* („Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang", Berlin 1954, S. 26.) *250*

[88] Der Kiewer *„Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse"* wurde im März 1897 unter dem Einfluß des Petersburger Kampfbundes organisiert. Der Kiewer Kampfbund nahm aktiv an der Vorbereitung des ersten Parteitages der SDAPR teil. *250*

[89] Der *„Bund"* („Allgemeiner Jüdischer Arbeiterverband in Litauen, Polen und Rußland") wurde 1897 gegründet und vereinigte hauptsächlich jüdische Handwerker in den Westgebieten Rußlands. Auf dem I. Parteitag der SDAPR im März 1898 schloß sich der „Bund" der SDAPR an. Auf dem II. Parteitag der SDAPR erhoben die Bundisten die Forderung, der „Bund" solle als einziger Vertreter des jüdischen Proletariats anerkannt werden. Nachdem der Parteitag den organisatorischen Nationalismus der Bundisten

abgelehnt hatte, trat der „Bund" aus der Partei aus. Im Jahre 1906, nach dem IV. („Vereinigungs"-) Parteitag kehrte der „Bund" in die SDAPR zurück.

Die Bundisten unterstützten stets die Menschewiki und führten einen ununterbrochenen Kampf gegen die Bolschewiki. Formal zur SDAPR gehörend, war der „Bund" eine Organisation bürgerlich-nationalistischen Charakters. Der Programmforderung der Bolschewiki — Recht der Nationen auf Selbstbestimmung — stellte der „Bund" die Forderung nach kultureller nationaler Autonomie entgegen. Während des ersten Weltkriegs von 1914 bis 1918 standen die Bundisten auf dem Boden des Sozialchauvinismus; im Jahre 1917 unterstützte der „Bund" die konterrevolutionäre Provisorische Regierung und kämpfte auf seiten der Feinde der Sozialistischen Oktoberrevolution. In den Jahren des Bürgerkriegs schlossen sich namhafte Bundisten den Kräften der Konterrevolution an. Zur gleichen Zeit begann in den Reihen der einfachen Mitglieder des „Bund" ein Umschwung zugunsten einer Zusammenarbeit mit der Sowjetmacht. Als der Sieg der Diktatur des Proletariats über die innere Konterrevolution und die ausländischen Interventen klar entschieden war, erklärte der „Bund", daß er sich vom Kampf gegen die Sowjetmacht lossage. Im März 1921 löste sich der „Bund" selbst auf, ein Teil seiner Mitglieder trat nach den allgemein geltenden Bestimmungen individuell in die KPR(B) ein. Unter den in die Partei eingetretenen Bundisten befanden sich Doppelzüngler, die in die Partei gegangen waren, um sie von innen zu unterminieren; sie wurden später als Volksfeinde entlarvt. *250*

[90] Es handelt sich um L. Martows Broschüre „Das rote Banner in Rußland", die Oktober 1900 im Ausland erschien. *252*

[91] „*Sozialdemokrat*" — Sammelband (literarisch-politische Rundschau), der von der Gruppe „Befreiung der Arbeit" in den Jahren 1890 bis 1892 im Ausland herausgegeben wurde; es erschienen 4 Bände.

Die von Lenin erwähnten Artikel Plechanows erschienen unter dem gemeinsamen Titel „N. G. Tschernyschewski" 1890 in den Nummern 1 bis 3 und 1892 in Nr. 4. *265*

[92] *Balalaikin* — Gestalt aus M. J. Saltykow-Schtschedrins Werk „Eine zeitgenössische Idylle"; liberaler Phrasendrescher, Abenteurer und Lügner. *273*

[93] „*Moskowskije Wedomosti*" (Moskauer Nachrichten) — im Jahre 1756 gegründete Zeitung; seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts vertrat die Zeitung die Ansichten der reaktionärsten monarchistischen Kreise der Gutsbesitzer und der Geistlichkeit; ab 1905 war sie eins der wichtigsten

Presseorgane der Schwarzhunderter. Erschien bis zur Oktoberrevolution 1917. *284*

94 *„Grashdanin"* (Der Staatsbürger) — reaktionäre Zeitung, die von 1872 bis 1914 in Petersburg erschien. Seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts war sie das Organ der extremen Monarchisten. Die Existenzmittel der Zeitung waren in der Hauptsache Subsidien, die sie von der Zarenregierung erhielt. *284*

95 *Johann von Kronstadt* (I. I. Sergejew) — Geistlicher am Kronstädter Dom; ein Dunkelmann, der sich durch seine Pogromhetze gegen die nichtrussischen Nationalitäten traurigen Ruhm erwarb. *285*

96 Den Artikel *„Über Streiks"* schrieb Lenin in der Verbannung für die „Rabotschaja Gaseta". (Siehe den vorliegenden Band, S. 201, „Brief an die Redakteurgruppe".) Im Archiv des Marx-Engels-Lenin-Stalin-Instituts (Moskau) befindet sich lediglich der erste Teil des Artikels. Ob die beiden anderen Teile geschrieben worden sind, konnte nicht festgestellt werden. *305*

97 Lenin zitiert das Buch von Friedrich Engels „Die Lage der arbeitenden Klasse in England". (Siehe Neuausgabe, Berlin 1952, S. 277/278.) *311*

98 *„Iskra"* (Der Funke) — die erste gesamtrussische illegale marxistische Zeitung, die 1900 von Lenin gegründet wurde. Die Schaffung dieses Kampforgans der revolutionären Marxisten war „das Hauptglied in der Kette der Glieder und die Hauptaufgabe in der Kette der Aufgaben, vor denen die Partei damals stand" (*Stalin*).

Da es wegen der polizeilichen Verfolgungen unmöglich war, in Rußland eine revolutionäre Zeitung herauszugeben, hatte Lenin bereits in der sibirischen Verbannung in allen Einzelheiten den Plan durchdacht, sie im Ausland erscheinen zu lassen. Nach Beendigung seiner Verbannung im Januar 1900 ging Lenin unverzüglich daran, seinen Plan zu verwirklichen.

Die erste Nummer der Leninschen „Iskra" erschien am 11. (24.) Dezember 1900 in Leipzig, die folgenden Nummern erschienen in München, ab April 1902 in London und ab Frühjahr 1903 in Genf.

Der Redaktion der „Iskra" gehörten an: W. I. Lenin, G. W. Plechanow, J. O. Martow, P. B. Axelrod, A. N. Potressow und W. I. Sassulitsch. Ab Frühjahr 1901 war N. K. Krupskaja Redaktionssekretärin. Faktisch war Lenin der Chefredakteur und Leiter der „Iskra". Er veröffentlichte in der „Iskra" Artikel über alle grundlegenden Fragen des Parteiaufbaus und des proletarischen Klassenkampfes und nahm zu den wichtigsten internationalen Ereignissen Stellung.

In einer Reihe von Städten Rußlands (Petersburg, Moskau u. a.) wurden Gruppen und Komitees der SDAPR geschaffen, die sich zur Leninschen „Iskra"-Richtung bekannten. In Transkaukasien wurden die Ideen der „Iskra" von der Zeitung „Brdsola" (Der Kampf) vertreten, der ersten illegalen georgischen Zeitung der Tifliser sozialdemokratischen Organisation, ihrer Leninschen „Iskra"-Gruppe. Der Begründer und Leiter der Leninschen „Iskra"-Organisationen in Transkaukasien war J. W. Stalin in Zusammenarbeit mit W. S. Kezchoweli, A. G. Zulukidse und W. K. Kurnatowski.

Die „Iskra"-Organisationen entstanden und arbeiteten unter der unmittelbaren Leitung der von Lenin und Stalin herangebildeten Berufsrevolutionäre (N. E. Bauman, I. W. Babuschkin, S. I. Gussew, M. I. Kalinin u. a.).

Auf Initiative Lenins und unter seiner unmittelbaren Teilnahme arbeitete die Redaktion der „Iskra" den Entwurf eines Parteiprogramms aus (veröffentlicht in Nr. 21 der „Iskra") und bereitete den II. Parteitag der SDAPR vor, der im Juli-August 1903 stattfand. Als der Parteitag zusammentrat, hatten sich die meisten lokalen sozialdemokratischen Organisationen Rußlands der „Iskra" angeschlossen; sie billigten ihre Taktik, ihr Programm und ihren Organisationsplan und erkannten sie als ihr leitendes Organ an. In einem besonderen Beschluß unterstrich der Parteitag die außerordentliche Bedeutung der „Iskra" im Kampf für die Partei und erklärte sie zum Zentralorgan der SDAPR.

Auf dem II. Parteitag wurden Lenin, Plechanow und Martow zu Redakteuren gewählt. Trotz des Parteitagsbeschlusses lehnte Martow es jedoch ab, in die Redaktion einzutreten, so daß die Nummern 46—51 der „Iskra" unter der Redaktion Lenins und Plechanows erschienen. Später ging Plechanow zum Menschewismus über und forderte die Aufnahme aller alten, vom Parteitag abgelehnten menschewistischen Redakteure in die Redaktion der „Iskra". Hiermit konnte sich Lenin nicht einverstanden erklären. Er trat am 19. Oktober (1. November) 1903 aus der Redaktion der „Iskra" aus, um sich im Zentralkomitee der Partei eine feste Position zu sichern und von dieser Position aus die opportunistischen Menschewiki zu bekämpfen. Nr. 52 erschien unter der alleinigen Redaktion Plechanows. Am 13. (26.) November 1903 kooptierte Plechanow eigenmächtig unter Verletzung des Willens des Parteitages die früheren menschewistischen Redakteure in die Redaktion der „Iskra". Von Nr. 52 der „Iskra" angefangen, verwandelten die Menschewiki die „Iskra" in ihr Organ.

„Seit dieser Zeit spricht man in der Partei von der *alten* ‚Iskra' als der Leninschen, bolschewistischen ‚Iskra' und von der *neuen* ‚Iskra' als der menschewistischen, opportunistischen ‚Iskra'." („Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang", Berlin 1954, S. 58.) *316*

[99] *„Sarja"* (Die Morgenröte) — von der Redaktion der „Iskra" in den Jahren 1901 und 1902 in Stuttgart herausgegebene marxistische wissenschaftlich-politische Zeitschrift. In der „Sarja" wurden folgende Arbeiten Lenins veröffentlicht: „Zufällige Notizen", „Die Hetze gegen das Semstwo und die Hannibale des Liberalismus", die ersten vier Kapitel des Werkes „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker'" (unter dem Titel „Die Herren ‚Kritiker' in der Agrarfrage"), „Innerpolitische Rundschau" und „Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie". Insgesamt erschienen 4 Nummern (3 Hefte) der „Sarja": Nr. 1 im April 1901 (tatsächlich erschien Nr. 1 am 23. März n. St.), Nr. 2/3 im Dezember 1901 und Nr. 4 im August 1902. *316*

[100] Lenin meint die Anfang 1900 in Genf veröffentlichte *„Mitteilung der Gruppe ‚Befreiung der Arbeit' über die Wiederaufnahme ihrer Publikationstätigkeit"*. Die Mitteilung erfolgte nach dem Erscheinen des von Lenin verfaßten Artikels „Protest russischer Sozialdemokraten". Die Gruppe „Befreiung der Arbeit" erklärte sich in dem erwähnten Dokument mit dem in Lenins Protest ergangenen Aufruf zum entschiedenen Kampf gegen den Opportunismus in der russischen und internationalen Sozialdemokratie solidarisch. *318*

[101] Lenin meint die Sozialdemokraten, die sich um die Zeitung „Jushny Rabotschi" (Arbeiter des Südens) gruppierten, den „Bund" und den „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten", dessen Leitung inzwischen von der Gruppe „Befreiung der Arbeit" auf die „Jungen", die Anhänger des „Ökonomismus", übergegangen war. Diese Organisationen wollten den II. Parteitag am 6. (19.) Mai 1900 in Smolensk zusammentreten lassen. Der Parteitag sollte das Zentralkomitee und die Redaktion der „Rabotschaja Gaseta" wählen, damit diese Zeitung wieder als offizielles Parteiorgan erscheinen könne. Der Vertreter der Gruppe des „Jushny Rabotschi", I. Ch. Lalajanz, führte im Februar 1900 in Moskau über diese Frage mit Lenin Verhandlungen. Namens der Initiatoren der Einberufung des Parteitags schlug Lalajanz Lenin und seiner Gruppe vor, kollektiv die Redaktion der „Rabotschaja Gaseta" zu übernehmen. Lenin wies Lalajanz darauf hin, daß ein Parteitag verfrüht und nicht genügend vorbereitet sei. Da Lenin aber dennoch mit der Möglichkeit einer Einberufung des Parteitages rechnete, schrieb er im Namen der Gruppe der künftigen „Iskra" einen Bericht an den Parteitag. Ferner erhielt er von der Gruppe „Befreiung der Arbeit" das Mandat, diese Gruppe auf dem Parteitag zu vertreten. Infolge einer Reihe von Verhaftungen fand der Parteitag nicht statt. Über die Umstände, unter denen der Parteitag vorbereitet wurde, schreibt Lenin in Kapitel V seines Werkes „Was tun?". *319*

[102] An dem Entwurf eines Programms der Sozialdemokratischen Partei begann Lenin im Gefängnis in den Jahren 1895 und 1896 zu arbeiten. (Siehe „Entwurf und Erläuterung des Programms der Sozialdemokratischen Partei", Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 77—104, russ.) Ende 1899, in der Verbannung, schrieb Lenin den zweiten „Entwurf eines Programms unserer Partei". (Siehe den vorliegenden Band, S. 221—248.) Der Entwurf eines Parteiprogramms wurde auf Lenins Vorschlag von den Redaktionen der „Iskra" und der „Sarja" für den II. Parteitag der SDAPR ausgearbeitet, in Nr. 21 der „Iskra" vom 1. Juni 1902 veröffentlicht und später vom II. Parteitag der SDAPR im August 1903 angenommen. *321*

[103] Lenin führt die Hauptthese der von Karl Marx verfaßten „Allgemeinen Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation" (I. Internationale) an. (Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1953, S. 360.) *323*

[104] Gemeint ist die Spaltung im „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten" in der II. Konferenz des Auslandsbundes im April 1900. Der Auslandsbund, der vom I. Parteitag der SDAPR als Auslandsvertreter der Partei anerkannt worden war, stand in seiner Mehrheit auf dem Boden des „Ökonomismus". Deshalb verließen die Gruppe „Befreiung der Arbeit" und ihre Anhänger die Konferenz, brachen die organisatorischen Beziehungen zum Auslandsbund ab und konstituierten sich als selbständige Auslandsorganisation unter der Bezeichnung „Russische revolutionäre Organisation ‚Sozialdemokrat'". *328*

[105] G. W. Plechanow wollte durch die Erklärung, ihm sei 1895 „befohlen" worden, auf P. B. Struve „nicht zu schießen" (hier handelt es sich um eine Anspielung auf A. N. Potressow), seine versöhnlerische Haltung gegenüber dem revisionistischen Auftreten der „legalen Marxisten" rechtfertigen. Lenin erachtete das Verhalten Plechanows, der die bürgerlich-liberalen Ansichten Struves nicht nur nicht kritisierte, sondern sogar noch verteidigte, für falsch. *331*

[106] Lenin meint den Artikel P. B. Struves „Noch einmal über Freiheit und Notwendigkeit", der 1897 in Nr. 8 der Zeitschrift „Nowoje Slowo" veröffentlicht worden war. In diesem Artikel trat Struve offen gegen die marxistische Lehre von der proletarischen Revolution auf. W. I. Lenin schrieb am 27. Juni (9. Juli) 1899 an A. N. Potressow: „Ich begreife nur eins nicht, wie *konnte* Kamenski (Plechanow. *Die Red.*) die Artikel Struves und Bulgakows gegen Engels im ‚Nowoje Slowo' unbeantwortet lassen! Können Sie mir das nicht erklären?"

*„Nowoje Slowo"* (Neues Wort)— wissenschaftlich-literarische und politische Monatsschrift, die ab 1894 in Petersburg von den liberalen Volkstümlern und ab Frühjahr 1897 von den „legalen Marxisten" herausgegeben wurde. Im „Nowoje Slowo" wurden zwei Artikel Lenins veröffentlicht: „Zur Charakteristik des ökonomischen Romantizismus" und „Anläßlich einer Zeitungsnotiz". (Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 111—242 und 292—298, russ.) Auch G. W. Plechanow und A. M. Gorki waren Mitarbeiter der Zeitschrift. Im Dezember 1897 wurde die Zeitschrift von der Regierung verboten. *331*

[107] Es handelt sich um den Sammelband von Materialien und Dokumenten „Vademecum (Wegweiser. *Die Red.*) für die Redaktion des ‚Rabotscheje Delo'" (1900), worin G. W. Plechanow neben anderen Dokumenten drei Privatbriefe veröffentlichte, die von Z. M. Kopelson, einem Bundisten, und J. D. Kuskowa, einer der führenden Persönlichkeiten der „Ökonomisten", geschrieben waren. *331*

[108] *„Unser Dritter"* — J. O. Martow, der sich während der Verhandlungen W. I. Lenins und A. N. Potressows mit der Gruppe „Befreiung der Arbeit" in Südrußland befand und im März 1901 ins Ausland kam. *332*

[109] *„Bobo"* — P. B. Struve. *333*

[110] *„Die Neue Zeit"* — Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie, die von 1883 bis 1923 in Stuttgart erschien. In den Jahren 1885—1895 veröffentlichte „Die Neue Zeit" einige Artikel von Friedrich Engels. Dieser gab der Redaktion der Zeitschrift oft Ratschläge und kritisierte sie scharf wegen ihrer Abweichungen vom Marxismus. Angefangen von der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, nach dem Tode von Friedrich Engels, vertrat die Zeitschrift Kautskysche Auffassungen und veröffentlichte systematisch Artikel von Revisionisten. Während des ersten Weltkriegs (1914—1918) bezog sie einen zentristischen Standpunkt, wodurch sie faktisch die Sozialchauvinisten unterstützte. *334*

[111] Gemeint sind frühere Mitglieder des „Auslandsbundes russischer Sozialdemokraten", die nach der Spaltung in der II. Konferenz des Auslandsbundes im April 1900 mit seiner opportunistischen Mehrheit brachen und der von der Gruppe „Befreiung der Arbeit" neugeschaffenen Organisation „Sozialdemokrat" beitraten. *336*

[112] *„Apparences wahren"* — den Schein des Anstands wahren. *345*

[113] *N.* — Nürnberg, wo sich Lenin nach der Beratung der „Iskra"-Gruppe mit der Gruppe „Befreiung der Arbeit" auf der Reise von Genf nach München aufhielt. *346*

114 Der *„Entwurf einer Vereinbarung"* zwischen der Leninschen „Iskra"-Gruppe und der Plechanowschen Gruppe „Sozialdemokrat" wurde von W. I. Lenin Anfang September 1900 geschrieben. (Siehe den vorliegenden Band, S. 346.) Das Manuskript trägt keine Überschrift. Diese stammt vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut (Moskau). *347*

115 Die *„besondere Vereinbarung"* wurde offenbar später geschrieben. Das Archiv des Marx-Engels-Lenin-Stalin-Instituts (Moskau) besitzt folgendes Dokument, eingelegt in einen Umschlag mit der von N. K. Krupskaja herrührenden Aufschrift „Dokumente, die sich auf die allererste Periode beziehen. Vertrag über die Herausgabe der ‚Sarja' und der ‚Iskra' ":

„1. Der Sammelband ‚Sarja' und die Zeitung ‚Iskra' werden von einer Gruppe russischer Sozialdemokraten unter redaktioneller Mitarbeit der Gruppe ‚Befreiung der Arbeit' herausgegeben und redigiert.

2. Alle prinzipiellen Artikel sowie alle Artikel von besonders großer Bedeutung stellt die Redaktion, falls redaktionstechnische Umstände dies nicht unmöglich machen, allen Mitgliedern der Gruppe ‚Befreiung der Arbeit' zu.

3. Die Mitglieder der Gruppe ‚Befreiung der Arbeit' stimmen über alle redaktionellen Fragen ab, persönlich, wenn sie sich am Ort der Redaktion befinden, schriftlich, wenn ihnen die Artikel zugesandt werden.

4. Die Redaktion verpflichtet sich im Falle von Meinungsverschiedenheiten mit der Gruppe ‚Befreiung der Arbeit' die besondere Meinung der Gruppe oder jedes einzelnen ihrer Mitglieder ungekürzt zum Abdruck zu bringen.

5. Zu veröffentlichen ist lediglich der erste Punkt dieser Vereinbarung.

Den 6. Oktober 1900".

Das Dokument ist mit Schreibmaschine geschrieben und hat weder Titel noch Unterschrift. *347*

116 Zum Unterschied vom ursprünglichen Entwurf der Ankündigung (siehe den vorliegenden Band, S. 316—327), in dem gleichzeitig das Programm beider Organe, der Zeitung und der Zeitschrift, dargelegt wurde, ist in der von der Redaktion der „Iskra" herausgegebenen Ankündigung nur von der Zeitung „Iskra" die Rede. Über die Aufgaben der Zeitschrift „Sarja" sollte in der ersten Nummer der Zeitschrift besonders geschrieben werden. *348*

117 *„Gruppe der Selbstbefreiung der Arbeiterklasse"* — kleine Gruppe von „Ökonomisten", die im Herbst 1898 in Petersburg entstand und einige

Monate existierte. Die Gruppe legte ihre Ziele in einem Aufruf dar (veröffentlicht in der in London herausgegebenen Zeitschrift „Nakanune" (Am Vorabend), außerdem gab sie ihr Statut und einige Proklamationen an die Arbeiter heraus.

Lenin kritisierte die Auffassungen dieser Gruppe in Kapitel II seines Werkes „Was tun?". *350*

[118] *„Rabotscheje Delo"* (Arbeitersache) — Zeitschrift der „Ökonomisten", unregelmäßig erscheinendes Organ des „Auslandsbundes russischer Sozialdemokraten". Die Zeitschrift erschien in Genf von April 1899 bis Februar 1902 unter der Redaktion von B. N. Kritschewski, A. S. Martynow und W. P. Iwanschin. Insgesamt erschienen 12 Nummern in 9 Heften.

Eine Kritik der Ansichten der Gruppe „Rabotscheje Delo" findet man in Lenins Werk „Was tun?". *350*

[119] Der Artikel *„Die dringendsten Aufgaben unserer Bewegung"* wurde als Leitartikel in Nr. 1 der „Iskra" veröffentlicht. *365*

[120] Lenin führt die Hauptthese der von Karl Marx verfaßten „Allgemeinen Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation" (I. Internationale) an. (Siehe Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1953, S. 360.) *367*

[121] Die *Rede Pjotr Alexejews*, eines Arbeiterrevolutionärs der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts, die dieser am 10. (22.) März 1877 vor dem zaristischen Gericht in Petersburg hielt, wurde zuerst 1877 in London in dem Sammelband „Wperjod!" (Vorwärts!) (einer unregelmäßig erscheinenden Rundschau) veröffentlicht. Danach wurde diese Rede, die bei den russischen Arbeitern sehr populär war, wiederholt illegal nachgedruckt. *370*

[122] Es handelt sich um den Aufstand in Indien, der 1857 begann. Der Aufstand trug den Charakter eines nationalen Befreiungskampfes; er wurde 1859 niedergeschlagen. *372*

[123] Der Burenkrieg (Oktober 1899 bis Mai 1902), durch den zwei südafrikanische Republiken, Transvaal und der Oranje-Freistaat, Kolonien Großbritanniens wurden. *372*

[124] Der *Fünfte Internationale Sozialistenkongreß der II. Internationale* tagte vom 23. bis zum 27. September 1900 in Paris. Die russische Delegation bestand aus 23 Mitgliedern. Der Kongreß beschloß unter anderem, ein ständiges Internationales Sozialistisches Büro aus Vertretern der sozialistischen Parteien aller Länder mit einem Sekretariat in Brüssel zu bilden. *378*

[125] *Arsenjew* — A. N. Potressow; *Welika* — W. I. Sassulitsch; der *Zwilling* — P. B. Struve; *„Frau"* — die Gattin P. B. Struves, N. A. Struve. *379*

[126] Der *„Gefährte und Freund"* P. B. Struves — M. I. Tugan-Baranowski. *380*

[127] Lenin zitiert den Artikel von Gleb Uspenski „Fjodor Michailowitsch Reschetnikow". (Siehe G. I. Uspenski, Sämtliche Werke, Bd. VI, 1919, S. 682, russ.) *402*

[128] Lenin zitiert die Worte des Obersten Skalosub, einer Gestalt aus A. S. Gribojedows Komödie „Verstand schafft Leiden". (Siehe A. S. Gribojedow, Werke, 1945, S. 94, russ.) *417*

[129] *Folter der „grünen Gasse"* — Spießrutenlaufen, körperliche Züchtigung der Soldaten, die in der russischen Armee zur Zeit der Leibeigenschaft angewandt wurde. Man trieb den Verurteilten, an ein Gewehr gebunden, durch eine Doppelreihe Soldaten, die ihn mit Knüppeln oder grünen Weidenruten (Spießruten) schlugen. Besonders häufig wurde diese Strafe unter Nikolaus I. (1825—1855) angewandt. *418*

[130] *Hannibalschwur* — Ausdruck, der die unerschütterliche Entschlossenheit, für etwas bis zum letzten zu kämpfen, bezeichnet. Der Ausdruck geht zurück auf den karthagischen Heerführer Hannibal. *419*

[131] Der Artikel *„Arbeiterpartei und Bauernschaft"* ist eine Skizze des Agrarprogramms der SDAPR, das im Namen der Redaktionen der „Iskra" und der „Sarja" im Sommer 1902 veröffentlicht und vom II. Parteitag der SDAPR angenommen wurde. *422*

[132] *Viertelanteil oder Bettelanteil* — der vierte Teil des sogenannten „maximalen" oder „verordneten", d. h. bei Durchführung der Reform von 1861 für die betreffende Gegend gesetzlich festgelegten bäuerlichen Bodenanteils. Ein Teil der ehemaligen leibeigenen Bauern erhielt von den Gutsherren diese Bettelanteile umsonst (ohne Loskauf). Darum wurden die Viertelanteile auch „geschenkte" Bodenanteile genannt, und man sprach von Bauern mit „geschenktem" Bodenanteil. *422*

[133] Als *zeitweilig verpflichtet* wurden diejenigen ehemaligen leibeigenen Bauern bezeichnet, die auch nach Aufhebung der Leibeigenschaft im Jahre 1861 noch Lasten (Fronzins oder Frondienst) zu tragen hatten, und zwar so lange, bis sie mit dem Loskauf ihres Bodenanteils beim Gutsbesitzer begonnen hatten.

Nach Abschließung des Loskaufvertrags hörte der Bauer auf, „zeitweilig

verpflichtet" zu sein und gehörte von nun an zur Gruppe der „bäuerlichen Eigentümer". *423*

[134] *Urbarialurkunden* — so hießen die von den Gutsbesitzern bei der „Befreiung" der Bauern durch die Reform von 1861 verfaßten Urkunden. In der Urbarialurkunde wurden der Umfang der Bodenfläche angegeben, die die Bauern bis zur Reform in Nutzung hatten, sowie die Äcker und Weiden bezeichnet, die den bei der „Befreiung" bestohlenen Bauern verblieben. In der Urkunde wurden ferner die Lasten aufgezählt, die die leibeigenen Bauern früher zugunsten des Gutsherrn getragen hatten. Auf Grund dieser Urbarialurkunden wurde die Höhe der von den Bauern zu leistenden Loskaufzahlungen bestimmt. *423*

# DATEN AUS DEM LEBEN UND WIRKEN W. I. LENINS

(1898 bis April 1901)

## 1898

| | |
|---|---|
| *Vor dem 24. Januar (5. Februar)* | Lenin schreibt dem Organisator und Leiter der ersten marxistischen Zirkel in Kasan, N. J. Fedossejew, zwei Briefe nach Wercholensk (Sibirien). |
| *Zwischen dem 7. und 14. (19. und 26.) Februar* | Lenin rezensiert das Buch „Kurzer Lehrgang der ökonomischen Wissenschaft" von A. Bogdanow. |
| *Von Ende Februar (Anfang März) bis August* | Lenin übersetzt Band I des Buches von S. und B. Webb „Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine". |
| *Ende Mai (Anfang Juni)* | Reise Lenins und N. K. Krupskajas von Schuschenskoje nach Minussinsk. Teilnahme an einer Versammlung Verbannter. |
| *10. (22.) Juli* | Eheschließung W. I. Lenins mit N. K. Krupskaja. |
| *9. (21.) August* | Lenin beendet das Buch „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland" in erster unreiner Niederschrift. |
| *Vor dem 26. August (7. September)* | Lenin schreibt den Artikel „Zur Frage unserer Fabrik- und Werkstatistik (Neue statistische Taten Professor Karyschews)". |
| *11.—25. September (23. September—7. Oktober)* | Reise Lenins nach Krasnojarsk, Arbeit in der Bibliothek und Zusammenkünfte mit den am Ort lebenden politischen Verbannten. |
| *9.—15. (21. bis 27.) Oktober* | In Rußland erscheint der erste Sammelband von Arbeiten Lenins, die „Ökonomischen Studien und Aufsätze" unter dem Namen Wladimir Iljin. |

| | |
|---|---|
| *Herbst* | In Genf erscheint die Broschüre Lenins „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten". |
| *24. Dezember 1898 bis 2. Januar 1899 (5. bis 14. Januar 1899)* | Reise Lenins und N. K. Krupskajas nach Minussinsk. Lenin nimmt teil an einer Versammlung verbannter Marxisten, die aus verschiedenen Orten des Minussinsker Kreises zusammengekommen sind. |

## 1899

| | |
|---|---|
| *30. Januar (11. Februar)* | Lenin schließt die Vorbereitungsarbeiten zur Drucklegung des Buches „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland" ab. |
| *Januar* | In der Zeitschrift „Nautschnoje Obosrenije" Nr. 1 wird der Artikel Lenins „Notiz zur Frage der Theorie der Märkte (Aus Anlaß der Polemik zwischen Herrn Tugan-Baranowski und Herrn Bulgakow)" veröffentlicht. |
| *Februar* | Lenin rezensiert die Bücher „Das wuchertreibende Kulakentum, seine sozialökonomische Bedeutung" von R. Gwosdew, „Der Weltmarkt und die Agrarkrisis" von Parvus und das Handbuch „Handel und Industrie in Rußland". |
| *Erste Märzhälfte* | Lenin schreibt den gegen Struve gerichteten Artikel „Noch einmal zur Frage der Realisationstheorie". |
| *Vor dem 21. März (2. April)* | Lenin rezensiert das Buch K. Kautskys „Die Agrarfrage". |
| *24.—31. März (5.—12. April)* | Lenins Buch „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland. Der Prozeß der Bildung des inneren Marktes für die Großindustrie" erscheint unter dem Namen Wladimir Iljin. |
| *4. (16.) April bis 9. (21.) Mai* | Lenin schreibt zwei Artikel mit dem gemeinsamen Titel „Der Kapitalismus in der Landwirtschaft. (Über das Buch Kautskys und einen Artikel des Herrn Bulgakow)". |
| *2. (14.) Mai* | Haussuchung bei Lenin im Dorf Schuschenskoje. Lenin wird von der Polizei verhört, die festgestellt hat, daß er mit verbannten Sozialdemokraten in Briefwechsel steht. |

| | |
|---|---|
| *Mai* | In Nr. 5 der Zeitschrift „Natschalo" wird die Rezension Lenins über das Buch Hobsons „Die Entwicklung des modernen Kapitalismus" veröffentlicht. |
| *Vor dem 29. Mai (10. Juni)* | Lenin schreibt den gegen den Revisionismus gerichteten Artikel „Antwort an Herrn P. Neshdanow". |
| *Vor dem 22. August (3. September)* | Lenin verfaßt den „Protest russischer Sozialdemokraten" gegen das „Credo", das Manifest der „Ökonomisten". |
| | Lenin organisiert in dem Dorf Jermakowskoje eine Beratung von 17 politisch verbannten Marxisten, in der der von Lenin verfaßte „Protest russischer Sozialdemokraten" angenommen wird. |
| *9.–15. (21. bis 27.) September* | Von Lenin (Wladimir Iljin) ins Russische übersetzt, erscheint Band I des Buches von S. und B. Webb „Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine". |
| *10. (22.) September* | Lenin nimmt im Dorfe Jermakowskoje an dem Begräbnis A. A. Wanejews, eines in der Verbannung verstorbenen Mitglieds des Petersburger „Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse", teil und hält die Grabrede. |
| *Anfang September 1899 bis 19. (31.) Januar 1900* | Lenin redigiert zusammen mit N. K. Krupskaja die ihm aus Petersburg übersandte russische Übersetzung von Band II des Buches von S. und B. Webb „Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine". |
| *Nicht vor Oktober* | Lenin akzeptiert den Vorschlag, die „Rabotschaja Gaseta", die vom I. Parteitag der SDAPR als offizielles Organ der Partei anerkannt wurde, zu redigieren, und etwas später den anderen Vorschlag, an dieser Zeitung mitzuarbeiten. Lenin schreibt drei Artikel für die „Rabotschaja Gaseta" und den „Brief an die Redakteurgruppe". |
| *Ende des Jahres* | Lenin rezensiert das Buch „Die Arbeiterbewegung im Westen" von S. N. Prokopowitsch.<br>Lenin rezensiert das Buch K. Kautskys „Bernstein und das sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik".<br>Lenin übersetzt gemeinsam mit N. K. Krupskaja das Buch K. Kautskys „Bernstein und das sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik". |

In Genf erscheint als Sonderdruck aus Nr. 4/5 des „Rabotscheje Delo" der von Lenin verfaßte „Protest russischer Sozialdemokraten".
Lenin schreibt die Artikel „Entwurf eines Programms unserer Partei", „Eine rückläufige Richtung in der russischen Sozialdemokratie", „Aus Anlaß der ‚Profession de foi'", „Über Gewerbegerichte", „Über Streiks".

*1898/1899* Lenin korrespondiert mit dem in der Verbannung lebenden F. W. Lengnik (Hauptthema des Briefwechsels ist die Erörterung philosophischer Fragen).

## 1900

*29. Januar (10. Februar)* Ende der Verbannungszeit Lenins.
Lenin und N. K. Krupskaja verlassen das Dorf Schuschenskoje und fahren nach dem europäischen Rußland. Da Lenin verboten ist, in Hauptstädten, Universitätsstädten und größeren Arbeiterzentren zu leben, wählt er Pskow als seinen Wohnsitz, das für den Verkehr mit Petersburg die meisten Vorteile bietet.

*Erste Februarhälfte* Auf der Fahrt aus Sibirien macht Lenin in Ufa Station, wo N. K. Krupskaja bleibt, bis ihre Verbannungszeit abgelaufen ist. Lenin trifft mit nach Ufa verbannten Sozialdemokraten (A. D. Zjurupa und anderen) zusammen.

*Mitte Februar* Lenin fährt illegal nach Moskau und hält sich bei seinen Angehörigen auf.

Lenin erfährt durch den Vertreter des Jekaterinoslawer Komitees I. Ch. Lalajanz von den Vorbereitungen zur Einberufung eines II. Parteitages der SDAPR; ihm wird vorgeschlagen, am Parteitag teilzunehmen sowie die Redaktion der „Rabotschaja Gaseta" zu übernehmen.

*Vor dem 26. Februar (10. März)* Lenin hält sich illegal in Petersburg auf, trifft sich mit W. I. Sassulitsch, die nach Rußland gekommen ist, und führt mit ihr Verhandlungen über die Teilnahme der Gruppe „Befreiung der Arbeit" an der Herausgabe einer gesamtrussi-

| | |
|---|---|
| | schen marxistischen Zeitung sowie einer Zeitschrift, die beide im Ausland erscheinen sollen. |
| *26. Februar (10. März)* | Lenin trifft in Pskow ein, wo er unter geheime Polizeiaufsicht gestellt wird. |
| *Frühjahr* | Lenin nimmt mit sozialdemokratischen Gruppen und einzelnen Sozialdemokraten in verschiedenen Städten Rußlands Verbindung auf und führt mit ihnen Verhandlungen über ihre Mitwirkung bei der Herausgabe der künftigen „Iskra".<br>Lenin fährt illegal nach Riga, um mit den dortigen Sozialdemokraten Verbindung aufzunehmen. In Pskow beteiligt sich Lenin an einer Versammlung der dortigen revolutionären und oppositionellen Intellektuellen; er unterzieht den Revisionismus einer Kritik. |
| *Ende März bis Anfang April, bis zum 4. (17.) April* | Lenin verfaßt den Entwurf einer Ankündigung der Redaktion über Programm und Aufgaben einer gesamtrussischen politischen Zeitung („Iskra") und einer wissenschaftlich-politischen Zeitschrift („Sarja").<br>Lenin veranstaltet eine Beratung von revolutionären Marxisten mit „legalen Marxisten" (P. B. Struve, M. I. Tugan-Baranowski) über ihre Mitwirkung bei der Herausgabe der „Iskra" und der „Sarja" („Pskower Beratung"). |
| *April—Mai* | Lenin schreibt einen Bericht der „Iskra"-Gruppe, der dem geplanten II. Parteitag der SDAPR vorgelegt werden soll, und erhält von der Gruppe „Befreiung der Arbeit" ein Mandat für den Parteitag. |
| *5. (18.) Mai* | Lenin erhält einen Auslandspaß zur Reise nach Deutschland. |
| *20. Mai (2. Juni)* | Lenin kommt illegal nach Petersburg, um mit den dortigen Sozialdemokraten Verbindung aufzunehmen. |
| *21. Mai (3. Juni)* | Verhaftung und Verhör Lenins in Petersburg. |
| *31. Mai (13. Juni)* | Lenin wird aus der Haft entlassen. |
| *1.—7. (14. bis 20.) Juni* | Lenin wohnt bei seinen Angehörigen in Podolsk (in der Nähe Moskaus).<br>Auf Einladung Lenins kommen einige Sozialdemokraten (P. N. Lepeschinski, S. P. und S. P. Schesternin u. a.) nach Podolsk, mit denen Lenin Vereinbarungen über ihre Mitwir- |

| | |
|---|---|
| | kung bei der Herausgabe der zu gründenden Zeitung „Iskra" trifft. |
| *7. (20.) Juni* | Lenin fährt über Nishni-Nowgorod (heute Gorki) nach Ufa zu N. K. Krupskaja. |
| *8. oder 9. (21. oder 22.) Juni* | Lenin trifft mit den Nishni-Nowgoroder Sozialdemokraten Vereinbarungen über deren Unterstützung der „Iskra". |
| *Zweite Junihälfte* | Lenin trifft in Ufa mit den dorthin verbannten Sozialdemokraten Vereinbarungen über deren Unterstützung der „Iskra". |
| *Nach dem 2. (15.) Juli* | Lenin fährt von Ufa nach Podolsk. |
| *Zwischen dem 2. und 10. (15. und 23.) Juli* | Lenin macht in Samara (heute Kuibyschew) Station, wo er mit den dortigen Sozialdemokraten Vereinbarungen über deren Mitwirkung bei der Herausgabe der „Iskra" trifft. |
| *10. (23.) Juli* | Lenin kehrt nach Podolsk zurück. |
| *16. (29.) Juli* | Lenin fährt ins Ausland. |
| *Anfang August* | Zweitägiger Aufenthalt Lenins in Zürich. Unterredungen mit P. B. Axelrod über die Herausgabe der „Iskra" und der „Sarja".<br>Verhandlungen Lenins mit G. W. Plechanow in Genf über die Herausgabe der „Iskra" und der „Sarja"; bei der Erörterung des Leninschen Entwurfs einer Ankündigung „Im Namen der Redaktion" treten Meinungsverschiedenheiten mit Plechanow zutage.<br>In Bellerive (bei Genf) führt Lenin Verhandlungen mit N. E. Bauman und anderen Sozialdemokraten über ihre Mitarbeit an der „Iskra". |
| *11.—15. (24. bis 28.) August* | Lenin nimmt an einer Beratung mit der Gruppe „Befreiung der Arbeit" in Corsier (bei Genf) teil; in der Beratung wird die Herausgabe und gemeinsame Redaktion der „Iskra" und der „Sarja" erörtert. |
| *20. August (2. September) und später* | Lenin schreibt einen Bericht, in dem er schildert, unter welchen Verhältnissen die Verhandlungen mit Plechanow geführt wurden. („Wie der ‚Funke' beinahe erloschen wäre.") |

*22. oder 23. August (4. oder 5. September)* Lenin verfaßt den Entwurf einer Vereinbarung zwischen der „Iskra"-Gruppe und der Gruppe „Befreiung der Arbeit" über die Herausgabe der „Iskra" und der „Sarja" sowie über die gegenseitigen Beziehungen dieser Gruppen in der Redaktion dieser Organe.

*Zwischen dem 23. August und dem 2. September (5. und 15. September)* In einem Briefwechsel mit einem unbekannten russischen Sozialdemokraten verwirft Lenin kategorisch jedes Übereinkommen mit dem „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten", einer Organisation der „Ökonomisten".

*24. August (6. September)* Lenin fährt von Nürnberg nach München.

*Zwischen dem 27. September und dem 5. Oktober (10. und 18. Oktober)* Die von Lenin verfaßte „Ankündigung der Redaktion der ‚Iskra'" erscheint als Sonderdruck. Die Ankündigung wird zur Verbreitung unter den sozialdemokratischen Organisationen und Arbeitern nach Rußland geschickt.

*13. (26.) Oktober* In einem Brief an A. A. Jakubowa lehnt Lenin im Namen der „Iskra"-Gruppe entschieden die Aufforderung ab, am Organ der „Ökonomisten", der „Rabotschaja Mysl", mitzuarbeiten.

*Anfang November* Lenin schreibt das Vorwort zu der Broschüre „Die Maitage in Charkow".

*November* Lenin redigiert die erste Nummer der „Iskra" und bereitet sie zum Druck vor.

*Ende November (erste Dezemberhälfte)* Lenin trifft Vorbereitungen zur Herausgabe von Nr. 1 der Zeitschrift „Sarja" in Stuttgart.

*Zwischen dem 1. und dem 10. (14. und 23.) Dezember* Lenin reist von München nach Leipzig, um der ersten Nummer der „Iskra" vor ihrer Herausgabe die endgültige Fassung zu geben.

*11. (24.) Dezember* Es erscheint die erste Nummer der „Iskra" mit den Artikeln Lenins: „Die dringendsten Aufgaben unserer Bewegung" (Leitartikel), „Der China-Krieg" und „Die Spaltung im Auslandsbund russischer Sozialdemokraten".

| | |
|---|---|
| *Zwischen dem 16. (29.) Dezember 1900 und Mitte Februar 1901* | Lenin nimmt an den Verhandlungen der Redaktion der „Iskra" und der „Sarja" mit dem nach München gekommenen P. B. Struve teil, in denen die Bedingungen für dessen Mitarbeit an diesen Organen erörtert werden. Lenin spricht sich kategorisch gegen ein Übereinkommen mit Struve aus. |

## 1901

| | |
|---|---|
| *Januar—März* | Unter der Leitung Lenins entfaltet sich die Arbeit der „Gruppen zur Unterstützung der ‚Iskra'" und ihrer Vertrauensleute in Rußland (Petersburg, Moskau, Pskow, Poltawa, Samara, Südrußland u. a.). |
| *Erste Februarhälfte* | Es erscheint die zweite Nummer der „Iskra", in der der Artikel Lenins „Zwangsrekrutierung von 183 Studenten" veröffentlicht wird. |
| *Mitte Februar* | Lenin reist nach Prag und Wien, um die Reise N. K. Krupskajas ins Ausland zu organisieren. |
| *Ende Februar bis erste Märzhälfte (März)* | Lenin führt Verhandlungen über die Einrichtung einer illegalen Druckerei der „Iskra" in Rußland (in Kischinjow). |
| *10. (23.) März* | Es erscheint die erste Nummer der „Sarja" mit drei Artikeln Lenins unter dem zusammenfassenden Titel „Zufällige Notizen". |
| *12. (25.) April* | Lenin entwickelt vor der Gruppe „Befreiung der Arbeit" einen Plan zur Vereinigung der russischen revolutionären sozialdemokratischen Auslandsorganisationen, die sich um die „Iskra" gruppieren, zu einer „Liga der russischen revolutionären Sozialdemokratie". |
| *19. April (2. Mai)* | Es erscheint die dritte Nummer der „Iskra", in der der Artikel Lenins „Arbeiterpartei und Bauernschaft" veröffentlicht wird. |
| *Zwischen dem 24. April und dem 1. Mai (7. und 14. Mai)* | In einer Beratung der Redaktion der „Iskra" und der „Sarja" in München werden der von Lenin entwickelte Plan zur Organisierung der „Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie" und ihr vorläufiges Statut erörtert. |

# INHALTSVERZEICHNIS

## 1900



## 1901



## ILLUSTRATIONEN